hallesaale

BETEILIGUNGSBERICHT 2011

der Stadt Halle (Saale)

Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Die Oberbürgermeisterin
Marktplatz 1
06100 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	**EINLEITUNG**	**7**
	Vorwort	8
2.0	**GRUNDINFORMATIONEN**	**9**
2.1	**AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES**	**10**
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	**ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN**	**14**
	Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2011	15
	Beteiligungsliste	16
2.3	**UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG**	**19**
	Unternehmensorganisation	20
	Unternehmensführung	22
2.4	**BETEILIGUNGSPOLITIK**	**23**
2.5	**ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBS-WIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN**	**25**
	Finanzbeziehungen 2011 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	26
	Geschäfts- und Ertragslage	34
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2011	34
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2010	37
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2009	40

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	43
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	49
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	54
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	55
	Stadtwerke Halle GmbH	56
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	68
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	69
	A/V/E GmbH	79
	Cives Dienste GmbH	86
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	92
	EVH GmbH	103
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	116
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	121
	Hafen Halle GmbH	130
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	136
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	147
	IT-Consult Halle GmbH	155
	Meter1 GmbH & Co. KG	162
	Meter1 Verwaltung GmbH	167
	M-Exchange AG	170
	Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	175
	RAB Halle GmbH	180
	Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	187
	TELONON Abwasserbehandlung GmbH	193
	WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	198
	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	205

3.3 VERKEHR 212

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin 213
Hallesche Verkehrs-AG 218
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 230
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH 241
Saalebus GmbH 247
Servicegesellschaft Saale mbH 252

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT 258

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH 259
Eigen**B**etrieb **Z**entrales **G**ebäude**M**anagement der Stadt Halle (Saale) 265
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH 275
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH 291
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG 312

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG 315

Bio-Zentrum Halle GmbH 316
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG 330
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH 337
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH 343
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH 353
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 372

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT 386

Bäder Halle GmbH 387
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH 395
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung 404
Eigenbetrieb Kindertagesstätten 412
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH 425
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH 430
Maya mare GmbH & Co. KG 436
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung 443
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale 447
Serva GmbH 455
Stadion Halle Betriebs GmbH 458
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale) 463
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung 467

3.7 KULTUR 471

Stiftung Händel-Haus 472
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle 501
Zoologischer Garten Halle GmbH 515

3.8 BETEILIGUNGSMANAGEMENT 521

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) 522

1.0 EINLEITUNG

Vorwort der Oberbürgermeisterin

Der „Konzern Stadt Halle an der Saale“ ist in den vergangenen Jahren aus dem Miteinander von Kernverwaltung und städtischen Beteiligungen gewachsen. Unser Handeln richtet sich an dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger sowie der weiteren Gestaltung unserer lebenswerten Stadt und der lokalen Wirtschaft aus.

Die städtischen Beteiligungen übernehmen gesellschaftliche Verantwortung und sorgen in ihrer Vielfältigkeit für die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse nach Wohnraum, Kinderbetreuung, Ver- und Entsorgung, Teilhabe am kulturellen Leben sowie nach Mobilität. Weiterhin erstreckt sich das umfangreiche Leistungsspektrum auf das Angebot weiterer Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, das mit der Inbetriebnahme unseres Fußballstadions im Jahr 2011 einen bedeutenden Quantensprung erlebte. Damit sind die städtischen Beteiligungen ein wichtiger wirtschaftlicher Erfolgsfaktor und leisten gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung des Haushaltes der Stadt Halle (Saale).

In ihrer Gesamtheit sorgen die städtischen Beteiligungen dafür, dass unsere Stadt Halle an der Saale ein Stück weit lebenswerter ist.

Ich bedanke mich einmal mehr für die herausragenden Leistungen der Beteiligungen im Geschäftsjahr 2011 und für die erzielten Ergebnisse zum Wohle unserer Stadt. Meine Anerkennung für die erfolgreiche Arbeit gilt den Geschäftsleitungen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Aufsichtsgremien.

Der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) danke ich für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit sowie ihre kompetente Unterstützung in Beteiligungsangelegenheiten.

Halle (Saale), im August 2012

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand an Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Die Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 2009, zuletzt geändert am 30. November 2011, verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 118 Abs. 2 GO-LSA hat eine Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2011 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 3 Eigenbetrieben, 5 Stiftungen und 46 Kapital- bzw. Personengesellschaften und ist Gewährsträger einer Anstalt öffentlichen Rechts.

Diese 55 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen rund 6.000 Mitarbeitern und 250 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2011 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum öffentlichen Zweck getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar und vermitteln einen Eindruck über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Ebenso richtet sich der Report an alle Interessenten für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort im Zentrum Mitteldeutschlands. Sie sind bei der Mitwirkung am eingeleiteten Veränderungsprozess jederzeit und gerne willkommen.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2010 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Aufgabenbereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Aufgabenbereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisiert erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen (einschließlich des öffentlichen Zwecks)
b) Besetzung der Organe
c) Beteiligungen
d) Geschäftsentwicklung
   aa) Bilanzdaten
   bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
   cc) Kennzahlen zur Ertragslage
   dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
   ee) Leistungsdaten
e) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

Alle in der Gemeindeordnung geforderten Informationen sind enthalten.

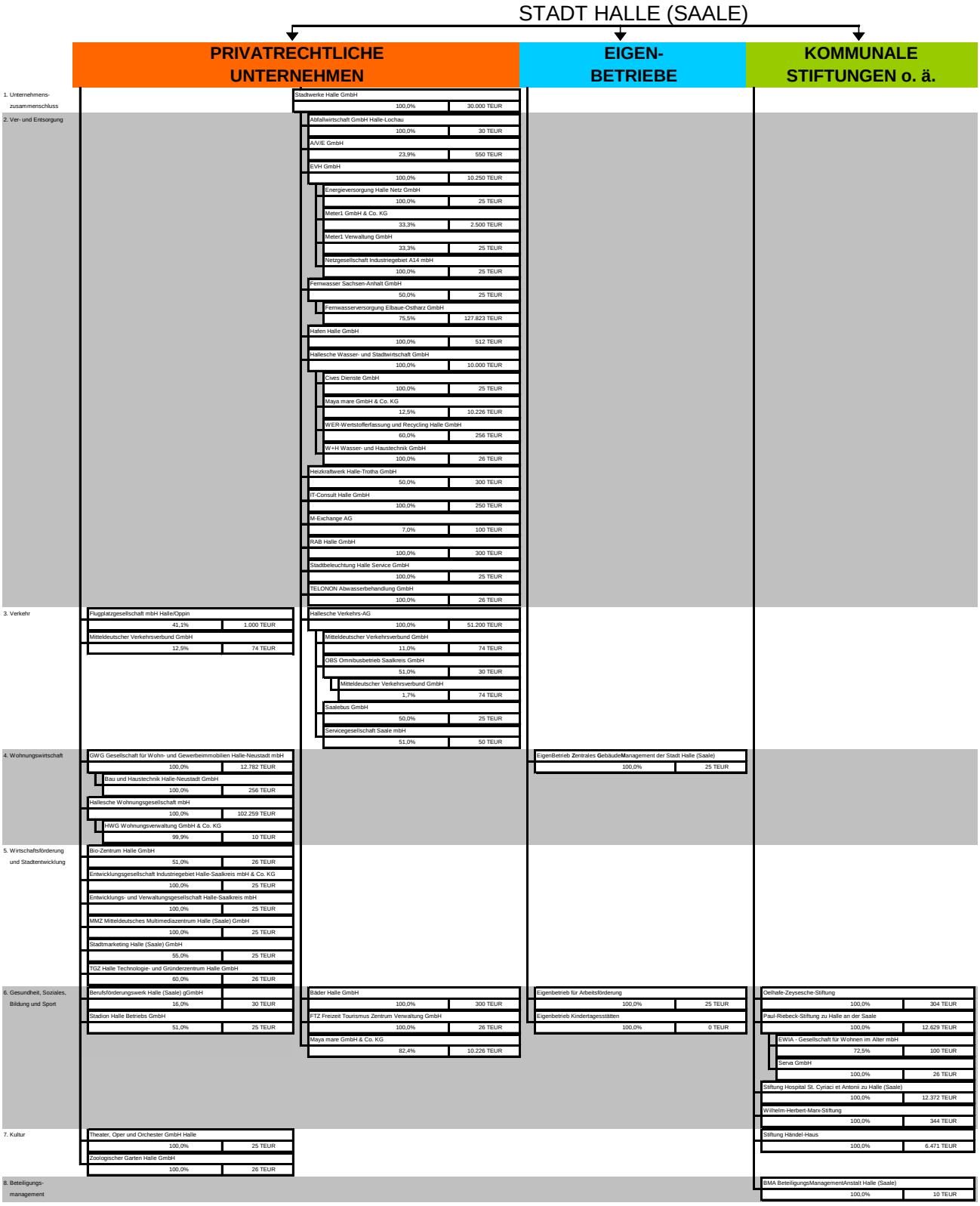
Der Leitfaden Nr. 3 „Inhalt eines Beteiligungsberichtes“, herausgegeben im Januar 2005 vom Ministerium des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt, wurde der Konzeption dieses Reports zugrunde gelegt.

2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2011



Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS		
Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
2. VER- UND ENTSORGUNG		
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	22,88
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	50,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	2.500	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	25	33,33
M-Exchange AG	100	7,00
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
3. VERKEHR		
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	74	24,27
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	30	51,00
Saalebus GmbH	25	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	50	51,00
4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT		
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
Eigen**B**etrieb **Z**entrales **G**ebäude**M**anagement der Stadt Halle (Saale)	25	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90
5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG		
Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	60,00

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT		
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	25	100,00
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	100	72,50
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	304	100,00
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.629	100,00
Serva GmbH	26	100,00
Stadion Halle Betriebs GmbH	25	51,00
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	12.372	100,00
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	100,00
7. KULTUR		
Stiftung Händel-Haus	6.471	100,00
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00
8. BETEILIGUNGSMANAGEMENT		
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2010 haben sich folgende wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Stadtwerke Halle GmbH hat einen Vertrag über den Erwerb von 20 % der Geschäftsanteile an der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) geschlossen. Es ist ein umfassendes weitreichendes Rücktrittsrecht (ohne Angaben von Gründen bis Ende September 2012 möglich) vereinbart worden.

Mit notarieller Urkunde vom 21.09.2011 ist die Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH gegründet worden. Alleinige Gesellschafterin ist die EVH GmbH. Mit Datum vom 12.10.2011 ist die Eintragung ins Handelsregister erfolgt.

Die Hallesche Verkehrs-AG hat im Geschäftsjahr 2011 weitere 18 % Anteile an der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH erworben und ist nunmehr in Höhe von 51 % am Stammkapital beteiligt.

Über die Beteiligung der Stadtwerke Halle GmbH an der Trianel GmbH gehört ab dem Berichtsjahr 2011 die GESY Green Energy Systems GmbH zum städtischen Beteiligungsportfolio. Eine Berichterstattung im Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2011 erfolgt nicht, da die Beteiligungsquote unterhalb von 5 % liegt.

Die ARGE SGB II Halle GmbH i. L. und die RPL Recyclingpark Lochau GmbH i. L. sind seit dem Berichtsjahr 2011 in Liquidation. Eine Berichterstattung im Beteiligungsbericht 2011 der Stadt Halle (Saale) erfolgt aus diesem Grund nicht.

Die erstmalige Berichterstattung im Beteiligungsbericht 2011 erfolgt für die Stadion Halle Betriebs GmbH, Meter1 GmbH & Co. KG und Meter1 Verwaltung GmbH sowie die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) nach den Veränderungen im Beteiligung-Portfolio nunmehr an drei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Für eine Anstalt öffentlichen Rechts, die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), ist die Stadt Gewährsträgerin.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 15 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapital- und Personengesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt nunmehr die Aktivitäten der Ver- und Entsorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs.

Das Organigramm der städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2. 2. (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 44 Abs. 3 Ziffer 9 GO-LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Umwandlung des Zwecks, die Zusammenlegung und Aufhebung von Stiftungen sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens (vgl. § 44 Abs. 3 Ziffer 11 GO-LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat nach der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO-LSA) die Aufgabe, das Beteiligungsmanagement durch eine fachlich geeignete Stelle zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch städtische Beteiligungen in verschiedenen privaten und öffentlichen Rechtsformen erbracht werden.

Die Balance zwischen Gewinnoptimierung und Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Stadt Halle (Saale) im Umgang mit ihren Beteiligungen. Mit dem Blick auf das **Wohl der städtischen Gemeinschaft** können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben rechtlich einwandfrei und in einer hohen Qualität erbringen sowie stets an den Bedürfnissen der Kunden/Bürger orientieren und ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft als **Werkzeug politischer Gestaltung** eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine funktionelle Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese ein Grundfundament für eine aktive Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung sowie Ausbildungsförderung und ist ein bedeutsames **Instrument der Arbeits- und Sozialpolitik**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** im Zusammenhang mit der Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es werden neue Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten und die Betrachtungsweise als **Konzern-Stadt** rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Darauf aufbauend übt die Stadt Halle (Saale) ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen als Gesellschafter und über die städtischen Vertreter in den Aufsichtsgremien aus. Den Beteiligungen wird eine solide Basis für ihr **operatives Handeln** geschaffen.

Mit dem neuen strategischen Ansatz **„Shared Services“** (gemeinsam erbrachte Dienstleistungen) werden die Vorteile des „Konzern Stadt Halle an der Saale“, also die Kernverwaltung und die städtischen Beteiligungen, stärker genutzt. Im Ergebnis entstehen Synergieeffekte und ein erhöhter Nutzen für die Stadt.

Eine **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Beteiligungspolitik.

Ein Beleg für die wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 Übersicht über ausgewählte Finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Finanzbeziehungen 2011 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2011 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

Angaben in TEUR

		Ertrags-zuschüsse	*Verlust-ausgleich*	*Investi-tions-zuschüsse*	*Kapital-zuführung*	*Stand Darlehen (31.12.11)*	*Stand Bürg-schaften (31.12.11)*	*nicht ausge-schüttete Gewinne*	*Gewinn-abführung o.ä.*	*Kon-zessions-abgaben*	*Rück-zahlung von Darlehen*
1.	**UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS**	**1.300**						**4.659**			
	Stadtwerke Halle GmbH	1.300[1)]						4.659			
2.	**VER- UND ENTSORGUNG**			**269**			**22.927**			**9.564**	
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau							(1.651[2)])			
	A/V/E GmbH							(147[2)])			
	Cives Dienste GmbH							(20[2)])			
	Energieversorgung Halle Netz GmbH							(2.853[2)])			
	EVH GmbH			269				(25.359[2)])		9.564[3)]	
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH										

[1)] Zuschüsse Dritter zur Weiterleitung an HAVAG
[2)] (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung
[3)] an die Stadt gezahlt für Strom (8.404 TEUR), Gas (499 TEUR) und Fernwärme (661 TEUR inkl. Zahlung für 2010); die bei der EVH periodengerecht ermittelte Konzessionsabgabe beträgt 8.635 TEUR (gemäß Pachtvertrag über die Energieversorgungsnetze in Halle (Saale) zwischen EVH und EHN werden die zu zahlenden Konzessionsabgaben an die EHN weiterberechnet)

	Ertrags-zuschüsse	*Verlust-ausgleich*	*Investi-tions-zuschüsse*	*Kapital-zuführung*	*Stand Darlehen (31.12.11)*	*Stand Bürg-schaften (31.12.11)*	*nicht ausge-schüttete Gewinne*	*Gewinn-abführung o.ä.*	*Kon-zessions-abgaben*	*Rück-zahlung von Darlehen*
VER- UND ENTSORGUNG										
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH							(620[2)])			
Hafen Halle GmbH						3.170				
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH						19.757				
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH							(2.056[2)])			
IT-Consult GmbH							(1.212[2)])			
Meter1 GmbH & Co. KG										
Meter1 Verwaltung GmbH										
M-Exchange AG							(7[2)])			
Netzgesellschaft Industriegebiet A14 mbH										
RAB Halle GmbH							(102[2)])			
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH										

[2)] (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

		Ertrags-zuschüsse	*Verlust-ausgleich*	*Investi-tions-zuschüsse*	*Kapital-zuführung*	*Stand Darlehen (31.12.11)*	*Stand Bürg-schaften (31.12.11)*	*nicht ausge-schüttete Gewinne*	*Gewinn-abführung o.ä.*	*Kon-zessions-abgaben*	*Rück-zahlung von Darlehen*
	VER- UND ENTSORGUNG										
	TELONON Abwasserbehandlung GmbH							(15[2)])			
	WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH							(24[2)])			
	W + H Wasser- und Haustechnik GmbH							(351[2)])			
3.	**VERKEHR**	**4.341**		**3.226**		**5**	**12.645**	**17**			**15**
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin					5	33	17[2)]			15
	Hallesche Verkehrs-AG	3.239[4)]		3.226			12.612				
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.102									
	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH										
	Saalebus GmbH										
	Servicegesellschaft Saale mbH							(12[2)])			

[2)] (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung
[4)] Zuschuss Rosengarten (3.106 TEUR); Zahlung der Stadt Halle (Saale) für den Betrieb der Parkeisenbahn (133 TEUR; dem Ergebnis 2011 der Stadt Halle (Saale) sind insgesamt 185 TEUR zugeordnet)

		Ertrags-zuschüsse	*Verlust-ausgleich*	*Investi-tions-zuschüsse*	*Kapital-zuführung*	*Stand Darlehen (31.12.11)*	*Stand Bürg-schaften (31.12.11)*	*nicht ausge-schüttete Gewinne*	*Gewinn-abführung o.ä.*	*Kon-zessions-abgaben*	*Rück-zahlung von Darlehen*
4.	**WOHNUNGSWIRTSCHAFT**	**1.436**				**161**		**1.811**	**11.200**		**147**
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH							(147[2)])			
	Eigen**B**etrieb **Z**entrales **G**ebäude**M**anagement der Stadt Halle (Saale)	1.436[5)]						1			
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH							721	3.900[6)]		
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH					161		1.089	7.300[6)]		147
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG							(6[2)])			

[2)] (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung
[5)] davon 1.183 TEUR Aufwandszuschuss
[6)] Ausschüttung erfolgte anteilig aus dem Bilanzgewinn 2010

		Ertrags-zuschüsse	*Verlust-ausgleich*	*Investi-tions-zuschüsse*	*Kapital-zuführung*	*Stand Darlehen (31.12.11)*	*Stand Bürg-schaften (31.12.11)*	*nicht ausge-schüttete Gewinne*	*Gewinn-abführung o.ä.*	*Kon-zessions-abgaben*	*Rück-zahlung von Darlehen*
5.	**WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG**	**1.476**		**6.654**				**157**	**5**		
	Bio-Zentrum Halle GmbH							27[2)]			
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG			6.606[7)]							
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH							5[2)]			
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	365[8)]									
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.111		48							
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH							125[2)]	5		

[2)] (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung
[7)] Der Eigenmittelanteil der Stadt Halle (Saale) beträgt 0 TEUR. Der periodengerecht ermittelte Gesamtbetrag der Investitionszuschüsse (weitergeleitete Fördermittel) beträgt 5,1 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2011.
[8)] davon 275 TEUR außerplanmäßiger Zuschuss zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten lt. Beschluss des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 15. November 2011 (Beschlussvorlage: V/2011/10187)

		Ertrags-zuschüsse	*Verlust-ausgleich*	*Investi-tions-zuschüsse*	*Kapital-zuführung*	*Stand Darlehen (31.12.11)*	*Stand Bürg-schaften (31.12.11)*	*nicht ausge-schüttete Gewinne*	*Gewinn-abführung o.ä.*	*Kon-zessions-abgaben*	*Rück-zahlung von Darlehen*
6.	**GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT**	**29.667**		**274**		**1.250**	**11.426**	**1.672**			**92**
	Bäder Halle GmbH	3.650[9)]						(20[2)])			
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	2.456		24							
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	23.307[10)]		250				1.672			
	EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH										
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH							(1[2)])			
	Maya mare GmbH & Co. KG										
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung										
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					1.250	7.421				92

[2)] (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung
[9)] davon 350 TEUR aus dem Vermögenshaushalt
[10)] inkl. 2.246 TEUR, die vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten dem Geschäftsjahr 2010 zugeordnet worden sind

		Ertrags-zuschüsse	*Verlust-ausgleich*	*Investi-tions-zuschüsse*	*Kapital-zuführung*	*Stand Darlehen (31.12.11)*	*Stand Bürg-schaften (31.12.11)*	*nicht ausge-schüttete Gewinne*	*Gewinn-abführung o.ä.*	*Kon-zessions-abgaben*	*Rück-zahlung von Darlehen*
	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT										
	Serva GmbH										
	Stadion Halle Betriebs GmbH	254									
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)						4.005				
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung										
7.	**KULTUR**	**39.906**		**1.988**			**10.764**				
	Stiftung Händel-Haus	2.140									
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	34.276[11)]		1.357							
	Zoologischer Garten Halle GmbH	3.490		631			10.764				

[11)] davon 53 TEUR Ausgleichsbetrag Altersteilzeit und 131 TEUR Nachzahlung Tarifvertrag Staatskapelle

		Ertrags-zuschüsse	*Verlust-ausgleich*	*Investi-tions-zuschüsse*	*Kapital-zuführung*	*Stand Darlehen (31.12.11)*	*Stand Bürg-schaften (31.12.11)*	*nicht ausge-schüttete Gewinne*	*Gewinn-abführung o.ä.*	*Kon-zessions-abgaben*	*Rück-zahlung von Darlehen*
8.	**BETEILIGUNGSMANAGEMENT**	**935**		**10**					**124**		
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	935		10					124		
	SUMME	**79.061**		**12.421**		**1.416**	**57.762**	**8.316**	**11.329**	**9.564**	**254**

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2011

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH*	2.761	2.185	7.524	313.109	183.830	21.283	172.807	55,2	54	0
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.559	7.226	1.152	67.935	1.260	0	3.624	5,3	60	5
A/V/E GmbH	22.613	22.363	576	5.256	1.054	393	2.123	40,4	282	12
Cives Dienste GmbH	632	627	3	79	0	0	25	31,6	37	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	103.830	100.940	3.616	35.743	1.607	848	25	0,1	63	7
EVH GmbH	454.512	428.682	23.021	336.424	235.389	22.471	77.917	23,2	485	51
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-39	142	0	0	133	93,5	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	40.862	36.845	2.437	140.282	133.462	10.134	108.003	77,0	224	7
Hafen Halle GmbH	3.913	3.430	-1.264	17.063	14.828	320	731	4,3	32	2
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	119.153	115.096	9.067	444.055	398.688	17.162	68.898	15,5	648	70
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	64.377	59.494	-1.282	36.115	22.448	12.928	10.338	28,6	0	0
IT-Consult Halle GmbH	20.383	19.573	1.663	10.348	710	530	522	5,0	124	0
Meter1 GmbH & Co. KG	3	3	-458	385	3	5	313	81,4	2	0
Meter1 Verwaltung GmbH	8	7	1	29	0	0	26	91,9	0	0
M-Exchange AG	1.249	1.211	115	659	293	190	197	29,9	3	0
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	29	0	0	53	0	0	25	47,0	0	0
RAB Halle GmbH	4.406	4.271	256	4.375	3.059	431	1.708	39,0	1	0
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	2.492	2.394	-305	1.845	45	57	22	1,2	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.330	3.330	17	673	0	0	26	3,8	0	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2011

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Ver- und Entsorgung										
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	213	209	15	781	0	0	656	84,0	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.935	4.761	350	1.124	239	61	225	20,0	57	2
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin*	685	590	54	2.229	1.983	26	959	43,0	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	51.375	38.514	3.000	336.187	312.036	21.612	83.583	24,9	757	29
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH*	1.191	485	0	1.359	296	65	461	34,0	26	1
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH*	11.918	11.001	3	10.647	8.345	1.322	4.623	43,4	110	0
Saalebus GmbH	1.760	1.750	2	297	0	0	85	28,5	31	0
Servicegesellschaft Saale mbH	1.434	1.413	15	253	92	17	128	50,5	52	0
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.609	3.411	67	1.425	147	31	526	36,9	35	0
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)*	33.839	32.534	1	27.546	772	68	1.588	5,8	198	3
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*	46.066	45.349	2.911	329.025	298.749	12.519[1)]	165.846	50,4	103	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*	83.838	78.251	6.610	531.472	475.090	21.878[2)]	241.948	45,5	222	10
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG*	5.886	5.879	0	76.248	76.236	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH*	1.804	1.728	49	11.696	9.812	1.019	6.402	54,7	3	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*	2.149	2.290	1.130	20.515	0	0	17.932	87,4	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*	237	0	3	155	1	0	63	40,5	2	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH*	16.042	686	-5.716	9.264	8.397	465	1.974	21,3	7	0

[1)] inkl. Instandsetzung und Instandhaltung
[2)] vor Abzug von Zuschüssen (381 TEUR)
* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2011

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.694	486	4	339	41	34	111	32,9	22	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH*	4.019	3.695	37	37.469	34.394	1.563	14.156	37,8	6	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	4.474	722	-2	5.362	4.046	3.989	324	6,0	29	0
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.313	5.692	-2	21.202	16.780	275	5.983	28,2	78	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung*	7.169	6.081	0	6.425	40	24	37	0,6	423	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten*	32.282	31.341	37	43.012	34.985	1.760	21.086	49,0	644	0
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	869	870	53	9.257	8.925	51	2.555	27,6	0	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	18	18	1	55	0	0	47	84,9	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.541	4.485	-218	13.404	12.966	327	3.520	26,3	119	18
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	15	0	9	545	304	0	545	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	18.093	16.462	202	53.842	49.674	1.304	16.403	30,5	398	10
Serva GmbH	395	380	2	131	18	18	81	61,5	26	0
Stadion Halle Betriebs GmbH**										
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)**										
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	14	0	14	518	344	0	518	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.934	61	146	23.857	8.663	72	23.405	98,1	24	1
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	37.638	37.299	20	31.408	29.941	2.886	28.147	89,6	534	9
Zoologischer Garten Halle GmbH*	6.564	1.481	-1.478	29.080	28.535	776	4.553	15,7	78	9
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	974	0	184	492	160	13	202	41,1	8	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.
** Ein geprüfter Jahresabschluss 2011 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2010

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	25.930	0	4.659	310.180	184.415	62.245	165.284	53,3	23	0
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	9.274	7.158	1.651	70.165	1.260	0	3.123	4,5	63	6
A/V/E GmbH	20.368	19.900	616	5.422	1.193	344	2.163	39,9	249	12
Cives Dienste GmbH	769	731	20	87	1	1	25	28,7	43	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	138.165	135.232	2.853	51.361	904	758	25	0,0	57	5
EVH GmbH	446.872	418.045	25.359	356.283	236.821	14.574	77.917	21,9	497	48
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-107	227	0	0	172	75,7	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	43.533	39.171	2.710	139.303	132.678	11.975	105.566	75,8	226	8
Hafen Halle GmbH	3.345	2.441	-1.171	17.206	15.280	1.183	731	4,2	23	1
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	117.410	111.018	-2.483	436.346	399.477	16.948	68.898	15,8	663	72
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	77.210	69.307	4.112	46.333	9.981	3.283	11.904	25,7	0	0
IT-Consult Halle GmbH	12.863	12.466	1.212	6.828	583	504	522	7,6	102	0
Meter1 GmbH & Co. KG	0	0	-78	250	0	0	172	68,6	0	0
Meter1 Verwaltung GmbH	3	3	0	28	0	0	25	90,9	0	0
M-Exchange AG	827	790	102	363	188	122	82	22,5	2	0
RAB Halle GmbH	3.868	3.846	102	5.176	3.065	3.140	1.708	33,0	1	0
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	0	0	-3	25	0	0	22	88,8	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.167	3.167	15	452	0	0	26	5,7	0	0
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	243	206	40	789	0	0	681	86,3	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.062	3.952	351	1.016	238	72	225	22,1	54	6

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2010

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	687	577	40	2.234	2.044	81	905	40,5	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	48.511	36.575	-11.508	339.047	311.654	26.754	83.583	24,7	777	30
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	908	371	0	1.478	367	65	461	31,2	26	1
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	11.779	10.625	-100	10.778	8.241	845	4.620	42,9	110	0
Saalebus GmbH	1.700	1.698	-14	273	0	0	82	30,1	30	0
Servicegesellschaft Saale mbH	1.413	1.334	23	263	101	69	112	42,7	51	0
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	5.880	6.909	147	2.092	160	101	526	25,1	44	1
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	37.658	34.645	1	31.435	914	107	1.587	5,0	253	4
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	46.553	45.083	2.928	334.934	303.174	13.973[1)]	166.025	49,6	104	7
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	83.907	78.125	9.227	521.434	466.507	26.530[2)]	242.638	46,5	218	15
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.982	5.976	6	77.609	77.597	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.660	1.741	53	11.949	10.375	1.003	6.353	53,2	3	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	551	413	-181	19.085	0	1	16.802	88,0	2	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	58	0	5	122	1	0	60	48,9	0	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.161	833	-601	29.166	27.681	43	7.690	26,4	7	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.775	581	1	242	22	1	107	44,4	24	1
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.013	3.456	208	40.533	36.682	2.609	14.124	34,8	6	0

[1)] inkl. Instandsetzung und Instandhaltung
[2)] vor Abzug von Zuschüssen (989 TEUR)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2010

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	2.747	441	20	4.698	254	264	326	6,9	31	0
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.787	6.182	302	22.916	17.389	484	5.985	26,1	79	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	7.675	4.596	0	6.202	28	24	37	0,6	461	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	31.438	30.700	1.672	43.065	34.846	6.242	21.555	50,1	654	0
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	885	868	62	9.430	9.053	3	2.501	26,5	0	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	6	6	1	57	0	0	46	80,4	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.018	4.112	-656	14.532	14.083	282	3.739	25,7	116	16
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	15	0	18	536	287	0	536	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	17.980	16.359	134	53.352	49.959	550	16.200	30,4	400	7
Serva GmbH	303	299	10	125	4	3	81	64,5	21	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	13	0	0	39	0	0	25	63,0	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	5.365	3.997	3	32.169	27.654	883	18.869	58,7	41	1
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	10	0	12	503	344	0	503	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.882	63	717	26.356	8.781	143	25.910	98,3	24	1
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	37.799	37.466	-107	30.921	28.628	1.804	28.127	91,0	575	14
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.679	1.205	-1.480	31.895	31.107	444	6.031	18,9	73	9
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	807	0	78	455	184	45	143	31,4	7	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2009

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	73.575	0	144.597	337.637	152.614	35.687	233.625	69,2	23	0
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.292	6.498	3.316	77.809	1.260	0	8.668	11,1	57	6
A/V/E GmbH	19.206	18.671	652	5.288	1.428	421	2.199	41,6	240	12
Cives Dienste GmbH	452	409	3	52	1	0	18	35,0	30	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	106.442	105.303	1.673	37.950	451	262	25	0,1	47	3
EVH GmbH	402.947	376.028	22.959	343.418	247.955	15.467	76.736	22,3	515	44
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-25	291	0	0	279	95,9	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	44.238	40.316	1.267	138.792	130.067	11.487	102.856	74,1	240	10
Hafen Halle GmbH	2.157	1.228	-1.259	16.876	14.876	1.793	727	4,3	17	1
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	113.799	108.529	6.341	437.593	408.909	15.914	68.898	15,7	660	67
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	75.039	70.343	313	19.570	2.707	579	741	3,8	0	0
IT-Consult Halle GmbH	10.753	10.426	1.148	6.156	360	211	522	8,5	91	0
M-Exchange AG	689	648	60	251	87	42	0	0,0	1	0
RAB Halle GmbH	6.507	6.419	69	958	0	0	606	63,2	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.138	3.138	14	594	0	0	25	4,1	0	0
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	343	297	59	812	1	0	701	86,3	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.912	3.811	329	902	222	59	225	24,9	55	5

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2009

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	691	567	95	2.201	2.070	48	214	9,7	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	49.653	37.270	140	318.941	308.141	10.300	83.583	26,2	799	31
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.333	326	0	1.506	621	344	461	30,6	26	1
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	11.048	10.020	-438	11.153	8.550	1.414	4.720	42,3	119	0
Saalebus GmbH	1.721	1.715	47	302	0	0	96	31,8	30	0
Servicegesellschaft Saale mbH	1.299	1.254	6	271	53	62	89	32,9	51	0
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	5.055	4.646	50	1.783	93	43	526	29,5	54	0
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	37.588	36.710	1	28.285	1.036	166	1.534	5,4	257	0
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	46.888	45.136	7.653	345.213	308.602	13.785[1)]	167.704	48,6	108	7
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	84.595	79.547	11.678	517.911	451.687	12.451[2)]	244.111	47,1	217	18
HWG Wohnungsverwaltungs GmbH & Co. KG	6.068	6.068	-4	79.872	78.958	0	4	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.823	1.686	89	13.262	9.958	8	6.300	47,5	4	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	509	95	-149	20.929	0	0	16.983	81,1	3	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	49	0	2	93	2	0	55	59,0	0	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	2.313	936	-501	31.008	29.028	47	6.291	20,3	8	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.635	420	-35	274	32	5	107	38,9	26	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	3.861	3.456	158	44.468	38.479	1.789	13.915	31,3	8	0

[1)] inkl. Instandsetzung und Instandhaltung
[2)] vor Abzug von Zuschüssen (395 TEUR)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2009

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	3	0	0	33	0	0	30	91,2	0	0
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.396	5.800	222	24.025	17.694	520	5.682	23,7	77	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	7.326	6.036	0	3.831	12	4	37	1,0	435	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	29.797	5.831	93	37.929	29.592	2.153	19.883	52,4	655	0
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	888	880	57	9.607	9.229	5	2.439	25,4	0	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	7	7	2	54	0	0	44	82,1	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	4.687	3.902	-489	16.003	15.161	442	4.396	27,5	114	14
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	16	0	22	518	287	0	518	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	17.490	15.615	308	54.787	51.239	377	16.066	29,3	357	6
Serva GmbH	264	264	1	142	0	0	81	56,8	18	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	5.430	4.098	66	30.235	28.211	861	18.867	62,4	38	1
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	13	0	14	491	344	0	491	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	5.182	16	1.171	26.536	8.830	1.591	25.809	97,3	18	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	22.511	22.124	-513	34.660	28.460	870	28.233	81,5	597	10
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.495	1.350	-1.859	34.915	34.307	297	7.512	21,5	73	10
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	834	0	138	492	170	11	62	12,6	6	0

2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Cashflow (Berechnung)

Die Grundlage für die Berechnung des Cashflows bildet das Jahresergebnis. Dieses wird um die nicht liquiditätswirksamen Aufwands- und Ertragspositionen bereinigt. In der Mehrzahl der Fälle wird der Cashflow hinreichend genau aus dem Jahresergebnis zuzüglich der Abschreibungen ermittelt. Sofern von Relevanz, können zusätzlich die Veränderungen der Rückstellungen und die Auflösung des Sonderpostens zur Ermittlung des Cashflow herangezogen werden.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresergebnis/Bilanzergebnis

Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Das Jahresergebnis ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzergebnisses wird der Jahresüberschuss unter Berücksichtigung der Ergebnisverwendung aufgestellt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresergebnisses zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Sonderverlustkonto

Regelung gemäß § 17 Abs. 4 DM-Bilanz-Gesetz im Zusammenhang mit der Bilanzerstellung in den neuen Bundesländern nach der Währungsumstellung: Bei erstmaliger Erstellung der Eröffnungsbilanz wurden die gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB zu bildenden Rückstellungen auf der Aktivseite in einem Sonderverlustkonto gesondert ausgewiesen. Der dort aktivierte Betrag wurde/wird in den Folgejahren in dem Umfang abgeschrieben, in dem Aufwendungen zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtungen entstehen.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Durch den Verlustvortrag können die im Verlustentstehungsjahr nicht anrechnungsfähigen Verluste in den folgenden Veranlagungszeiträumen als Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Negative Einkünfte (Verluste) können bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens abgezogen werden (Verlustabzug). Dadurch wird verhindert, dass die Steuerpflichtigen Einkommensteuer auf ihre Gewinne aus einer ihrer Tätigkeiten zahlen müssen, wenn sie die entsprechenden Beträge in Wahrheit längst durch eine andere Betätigung verloren haben und deshalb über gar keine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mehr verfügen, die sie zur Steuerzahlung befähigen können. Verluste aus einer Einkunftsart sind zunächst vorrangig mit Gewinnen aus derselben Einkunftsart zu saldieren (sog. horizontaler Verlustausgleich). Soweit hiernach noch Verluste nicht berücksichtigt worden sind, sind sie mit den Einkünften aus anderen Einkunftsarten zu verrechnen (vertikaler Verlustausgleich). Bleibt auch nach diesem Verrechnungsschritt noch ein Verlustüberhang übrig, findet ein Ausgleich mit dem Einkommen des vorigen Veranlagungszeitraums statt (Verlustrücktrag) und, wenn auch dann noch Verluste nicht ausgeglichen werden konnten, kommt es zur Verrechnung mit dem Einkommen folgender Jahre (Verlustvortrag).

(Quelle: Gabler-Wirtschafts-Lexikon, 16. Auflage 2004, Wiesbaden: Gabler)

2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung x 100}}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage
Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses, Steuern und außerordentlicher Positionen dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft
Der Gewinn kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung x 100}}{\text{bilanzielles Eigenkapital (bereinigt um Bilanzgewinn/Bilanzverlust)}}$$

Kennzahlen-Aussage
Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Aktionären zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist (Leverage Effekt).

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft
Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

Cashflow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cashflow

Kennzahlen-Aussage
Der Cashflow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cashflow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft
Die für den Cashflow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

$$\frac{\begin{array}{l}\textbf{Umsatzerlöse}\\ \textbf{+/- Bestandsveränderungen}\\ \textbf{+ aktivierte Eigenleistungen}\\ \textbf{+ sonstige betriebliche Erträge}\end{array}}{\textbf{Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende) im Jahresdurchschnitt}}$$

Kennzahlen-Aussage
Die Gesamtleistung je Beschäftigtem gibt den Anteil eines Beschäftigten an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft
Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

Personalaufwandsquote

$$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatzerlöse} \pm \text{Bestandsveränderungen} + \text{aktivierte Eigenleistungen} + \text{sonstige betriebliche Erträge}}$$

Kennzahlen-Aussage
Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft
Neben dem reinen Personalaufwand sind die Pensionsrückstellungen zu berücksichtigen sowie die sozialen Abgaben. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

$$\frac{\text{Sachanlagen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage
Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft
Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage
Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft
Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und/oder Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag und Jahresüberschuss. Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{\text{(Bilanzsumme-bilanzielles Eigenkapital) x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage
Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft
Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport

Kultur

Beteiligungsmanagement

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	30.000

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	30.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafenbetrieb, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Öffentlicher Zweck:

Als Holdinggesellschaft für Unternehmen der Energieversorgung ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias
		Girard, François
		Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias
	Arbeitsdirektor	Walther, René

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
		Berend, Stephanie	(seit 04.10.2011)
		Böcker, Udo	
		Bönisch, Bernhard	
		Gärtner, Steffen	
		Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
		Kley, Gerry	
		Kocian, Burkhard	
		Koppitz, Erhard	
		Krause, Johannes	
		Lange, Hendrik	
		Mahlert, Eckard	
		Müller, Raik	
		Nagel, Elisabeth	
		Richter, Ulrich	
		Weihrich, Dietmar	

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	28	29	46

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Energieunion AG	150	3,41
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH	52	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	13	50,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L.	8	30,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	150	50,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
M-Exchange AG	7	7,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RPL Recyclingpark Lochau GmbH i. L.	38	75,10
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel GmbH	317	1,70

mittelbar	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka ebusiness GmbH	1	0,50
beka GmbH	2	0,63
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energiefinanz GmbH	27	3,41
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	29.250	22,88
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		25,00
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH		41,36
GESY Green Energy Systems GmbH	0	0,42
HAL-Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Halle (Saale) i. L.	8	30,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	9	11,82
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,05
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	15	51,00
Saalebus GmbH	13	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00
Trianel Energie B.V.		1,70
Trianel Erdgasförderung Nordsee GmbH & Co. KG		0,43
Trianel Erdgasförderung Nordsee Verwaltungs GmbH	0	1,70
Trianel Finanzdienste GmbH	43	1,70
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,70
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG		0,13
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,70
Trianel Kohlekraftwerk Krefeld Verwaltungs GmbH	0	1,70
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,11
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,70
Trianel Service GmbH	7	1,36
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,05
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,70
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Verände-rungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	183.830	59	184.415	59	152.614	45	-585	0
Umlaufvermögen	129.024	41	125.626	41	184.791	55	3.398	3
Rechnungsabgrenzungsposten	255	0	139	0	232	0	116	83
Bilanzsumme	**313.109**	**100**	**310.180**	**100**	**337.637**	**100**	**2.929**	**1**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	172.807	55	165.284	53	233.625	69	7.524	5
Rückstellungen	5.126	2	8.014	3	7.580	2	-2.889	-36
Verbindlichkeiten	135.176	43	136.882	44	96.432	29	-1.706	-1
Bilanzsumme	**313.109**	**100**	**310.180**	**100**	**337.637**	**100**	**2.929**	**1**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.185		
sonstige betriebliche Erträge	577	25.930	73.575
Personalaufwand	4.465	2.822	2.206
Abschreibungen	86	87	70
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.661	4.512	5.071
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	37.024	26.586	27.519
Erträge aus Beteiligungen	940	8.002	1.039
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	143	150	86
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.452	1.482	1.329
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	1.569	15.162	1.259
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	21.705	28.986	83.444
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.829	1.219	1.509
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.006	9.362	9.989
außerordentliche Erträge			140.014
außerordentliche Aufwendungen	1.417	1.075	1.117
außerordentliches Ergebnis	-1.417	-1.075	138.897
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.938	2.825	4.175
sonstige Steuern	3	803	114
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	7.524	4.659	144.597
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.659	144.597	7.016
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	4.659	71.597	7.016
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7.524	4.659	144.597
Ausschüttung		73.000	

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	344,35			%
Eigenkapitalrentabilität:	4,55	2,90	162,42	%
Cash-Flow:	29.315	33.731	228.111	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	51	1.127	3.199	T€
Personalaufwandsquote:	161,70	10,88	3,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,14	0,17	0,13	%
Eigenkapitalquote:	55,19	53,29	69,19	%
Fremdkapitalquote:	44,81	46,71	30,81	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Die Stadtwerke Halle GmbH (SWH) ist eine Management-Holding mit Beteiligungen in der Ver- und Entsorgungswirtschaft, der Informationstechnologie, der Logistik sowie dem Verkehr.

Die Organisation der SWH gliedert sich in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Projektentwicklung, Konzerncompliance/Konzernrevision und in Konzerncontrolling (Rechnungswesen, Controlling, Steuern, Finanzen/Cash-Pool). Im Jahresdurchschnitt 2011 waren 54 Mitarbeiter beschäftigt.

1. Wesentliche Veränderungen des Unternehmens

1.1. Strategieprozess „Kompass 2020“

Im Verlauf des Jahres 2011 wurde das konzernweite Projekt „SWH-Kompass 2020“ begonnen. Inhalt des mehrjährigen Prozesses ist die strategische und nachfolgend operative Neuausrichtung der Stadtwerkegruppe zur Stärkung der Ertragskraft und zur Verbesserung der Finanz- und Vermögenslage. Die Namensgebung unterstreicht die beiden wesentlichen Merkmale des mit dem Projekt beabsichtigten Prozesses, nämlich die richtungsweisende Wirkung des Handelns sowie die mittel- bis langfristige Perspektive.
Unter Beteiligung aller Führungskräfte der Stadtwerke-Unternehmen wurden in zwei Führungskräftetagungen und mehreren zentralen und dezentralen Projektgruppen ein Leitbild für die Unternehmensgruppe und hieran ausgerichtete Führungsgrundsätze erarbeitet. Darüber hinaus wurden ebenfalls unter Einbeziehung sämtlicher Führungskräfte die wesentlichen Erfolgsfaktoren und deren Wirkungszusammenhänge in Bezug auf die finanziellen Oberziele der Stadtwerkegruppe entwickelt.
Die nächsten Schritte umfassen die Entwicklung eines neuen kennzahlenbasierten Steuerungssystems für die Stadtwerkegruppe sowie die Operationalisierung und Quantifizierung der entwickelten Erfolgsfaktoren in Bezug auf die Einzelunternehmen samt Ableitung von Maßnahmen zur Erreichung der Effizienzziele.

1.2. Neue Geschäftsfeld- und Führungsstruktur

Im Anschluss an die in den Vorjahren erfolgte Straffung des Beteiligungsportfolios der SWH auf die wesentlichen Kerngeschäfte erfolgte im Verlaufe des Jahres 2011 die Weichenstellung für eine neue Geschäftsfeld – und Führungsstruktur, welche Anfang 2012 verabschiedet wurde.
Die Konzernsteuerung wird sich künftig auf die Geschäftsbereiche „Energieversorgung und Energie-effizienzdienstleistungen“, „Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallent-sorgung und Sekundärrohstoffe“, „Öffentlicher Personennahverkehr, Mobilität und Logistik“ und auf „Kommunale Infrastrukturdienstleistungen und interne Dienste“ ausrichten. Den einzelnen Geschäftsbereichen wurde jeweils eine Geschäftsfeld-Führungsgesellschaft (EVH, HWS und HAVAG für die drei erstgenannten Geschäftsbereiche) zugeordnet, mit denen eine an den Erfordernissen der jeweiligen Branchen orientierte Geschäftsfeldausrichtung sichergestellt werden soll.

Neben der Neuausrichtung in der Geschäftsfeldstruktur erfolgte auch eine Neubestimmung für die Besetzung der Führungspositionen. Zukünftig werden die Führungsgesellschaften nur noch durch einen Geschäftsführer geleitet. Zudem wurden Doppelbesetzungen in den Führungspositionen der Holding und der Tochterunternehmen mit dem Ziel ausgeschlossen, die Verantwortlichkeiten auf den jeweiligen Ebenen zu stärken.
Von der aufgezeigten Verschlankung der Führungsstruktur sowie von der strikten Rollentrennung wird es eine temporäre Ausnahme geben. Für den Zeitraum von zwei Jahren wird ein Stadtwerke-Geschäftsführer parallel als technischer Geschäftsführer in den drei Geschäftsfeld-Führungsgesellschaften bestellt. Zielstellung hierbei ist die Umsetzung konzerneinheitlicher Investitionsstandards und eines konzernweiten Asset-Managements. Hierin wird ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Finanz- und Vermögenslage der Stadtwerkegruppe gesehen.

1.3. Compliance-Management

Die Stadtwerke-Unternehmen stehen für Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit als Basis für Ergebnisorientierung durch engagierte Mitarbeiter, Anwendung innovativer Technologien und vernetzter Systeme für die Gestaltung einer lebenswerten Region. Verletzungen von geltenden Gesetzesvorschriften und unternehmensinternen Regelungen könnten diese Erfolgsfaktoren gefährden. Die Stadtwerke Halle GmbH hat sich daher zur Aufgabe gestellt, in der SWH-Gruppe bis zum Ende des Jahres 2012 ein Compliance-Management-System (CMS) einzuführen, um Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen und interne Regelungen präventiv entgegenzutreten. Die Einführung des CMS erfolgt auf der Grundlage eines mehrphasigen Prozesses, der folgende Abschnitte vorsieht:

1. Phase: Compliance-Risikoanalyse,
2. Phase: Konzeption eines CMS,
3. Phase: Einführung des CMS in der SWH-Gruppe.

Derzeit befindet sich das Projekt in der 2. Phase, der Konzeption des CMS. Zum 01.01.2012 wurde in der Holding eine Abteilung Konzerncompliance eingerichtet, die mit der bereits bestehenden Konzernrevision zusammengelegt wurde.

1.4. Konzernoptimierung

Mit der Zielstellung der weiteren Zentralisierung von Querschnittsfunktionen in der Stadtwerkegruppe wurde die Überführung der Personalabrechnung der Einzelunternehmen in die Holding im abgelaufenen Geschäftsjahr abgeschlossen.

Zur Vorbereitung auf die Einführung eines konzerneinheitlichen Investitions- und Asset-Managements wurde ein Projektteam aus Mitarbeitern der Geschäftsfeld-Führungsgesellschaften unter Leitung der Stadtwerke-Geschäftsführung eingesetzt.

1.5. Steuerliche Organschaft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Stadtwerke Halle GmbH mit der RAB GmbH einen Ergebnisabführungsvertrag mit Wirkung zum 01.01.2011 geschlossen. Für die RAB GmbH zeichnen sich nach der erfolgten Neuausrichtung stabile positive Ergebnisse ab, welche steueroptimal für die Stadtwerkegruppe vereinnahmt werden sollen.
Ebenfalls mit Wirkung zum 01.01.2011 wurde ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH abgeschlossen.
Nunmehr erstreckt sich die steuerliche Organschaft der SWH auf die Unternehmen EVH GmbH, Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS), Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG), Hafen Halle GmbH (Hafen), IT-Consult Halle GmbH (ITC), TELONON Abwasserbehandlung GmbH, Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH (SHS) und RAB GmbH.

1.6. Beteiligungsportfolio

Die Stadtwerke Halle GmbH hat rückwirkend im abgelaufenen Geschäftsjahr 20 % der Anteile an der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) erworben. In dem Beteiligungserwerb wird eine sinnvolle Ergänzungsmöglichkeit für bestehende Geschäftsfelder gesehen.

2. Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 % konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 % erreicht werden.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 % gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 % an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 %-Punkte auf 7,1 %. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 %-Punkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 %. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen: die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 %-Punkte auf 11,7 %.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.
Trotz dieser positiven Entwicklung kann noch nicht von einer nachhaltigen Trendwende in der Bevölkerungsentwicklung ausgegangen werden. Die Prognosen deuten immer noch auf zukünftig abnehmende Bevölkerungszahlen hin.

2.4. Umfeldentwicklungen

Die Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe sind sachlich und räumlich in unterschiedlichen Märkten tätig. Die Märkte wiesen aber in Folge fortgesetzt hoher Wettbewerbsintensitäten, steigenden Erlös- und Kostendrucks sowie hoher Qualitätsanforderungen vergleichbare Entwicklungsmuster auf.

Daneben behielten die Volatilitäten auf den Rohstoffmärkten eine weiterhin hohe Relevanz für die Erfolgsposition der Stadtwerkegruppe. In erster Linie bezog sich dieses auf die Energie-, Wertstoff- und Wasserpreise. Bezugsseitig hatten die Preisentwicklungen für Energien, Wasser und Kraftstoffe bedeutenden Einfluss auf die Kostenentwicklung der Gruppe bei wettbewerbsbedingt geringeren Preiswälzungsspielräumen.

Neben den vorgenannten Entwicklungen hatte die SWH auch die gestiegenen Ergebnisanforderungen der Gesellschafterin zu beachten, die auf eine vollständige Deckung der Zuschuss- und Verlustbetriebe durch Eigenmittel der Gruppe hinausliefen.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Stadtwerke Halle GmbH schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresüberschuss (nach Steuern) von 7,5 Mio. € ab. Das Ergebnis lag über den Erwartungen der Planung.

3.1. Ertragslage

Umsatzerlöse wurden in Höhe von 2,2 Mio. € erzielt und erstreckten sich weit wesentlich auf Weiterberechnungen an Tochterunternehmen für Managementleistungen, Personalmanage-ment- und Revisionsleistungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalteten hauptsächlich Weiterberechnungen an Tochterunternehmen für Mieten und Versicherungen. Die Höhe der sonstigen betrieblichen Erträge des Vorjahres war eine Folge einmaliger Veräußerungserlöse.

Der Anstieg des Personalaufwandes in Höhe von 1,7 Mio. € zum Vorjahr war im Wesentlichen auf die weitere Zentralisierung des Personalbereiches in der Holding zurückzuführen.

Die Abschreibungen auf Sachanlagevermögen betrafen die Geschäftsausstattung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Vorjahresvergleich um 1,1 Mio. € hauptsächlich in Folge gestiegener Beratungskosten, welche im Zusammenhang mit dem SWH-Kompass 2020, der weiteren Zentralisierung des Personalbereiches und der Einführung des Compliance-Management-System anfielen.

Die Erträge aus Beteiligungen resultierten hauptsächlich aus Ausschüttungen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH).

Die aus Gewinnabführungsverträgen erzielten Erträge erreichten im Geschäftsjahr 2011 37,0 Mio. € und lagen um 10,4 Mio. € über dem Vorjahr. Über den Erwartungen liegende Ergebnisabführungen erreichten HWS (9,1 Mio. €), HAVAG (3,0 Mio. €) und ITC (1,7 Mio. €).

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens waren in Verbindung mit HAVAG und AWH zu sehen. Die von den Stadtwerken als verdeckte Einlage in die HAVAG geleisteten Betriebskostenzuschüsse in Höhe von ca. 21 Mio. € wurden in voller Höhe abgeschrieben. Im Vergleich zum Vorjahr (22,2 Mio. €) konnte der Betriebs-kostenzuschuss gesenkt werden. Hervorzuheben ist, dass der Betriebskosten-zuschuss an die HAVAG vollständig aus Eigenmitteln der SWH finanziert wurde.
Daneben wurde der Beteiligungsbuchwert an der AWH in Höhe der (auf den Erwerbsstichtag abgezinsten) Gewinnausschüttung abgeschrieben.

Während die Zinserträge im abgelaufenen Jahr auf Vorjahresniveau lagen, stiegen die Zinsaufwendungen im Vorjahresvergleich um 0,6 Mio. € auf 1,8 Mio. €. Dieses war hauptsächlich auf die Inanspruchnahme von Cash-Pool-Mitteln durch die Holding zur Finanzierung der im Jahr 2010 entstandenen Verlustausgleichspflichten gegenüber HAVAG und HWS zurückzuführen. Den Vorjahresverlusten von HAVAG und HWS lagen Rückstellungen für Sozialplanmaßnahmen und vorgezogene Abschreibungen zu Grunde. Die mit den vorgenannten Maßnahmen geplanten Ergebnisverbesserungen sollen zukünftig zur Rückführung der Mittel in den Cash-Pool genutzt werden.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme resultierten im Wesentlichen aus der Übernahme der Verluste der Hafen Halle GmbH, welche entgegen der Erwartung aus der Planung höher ausgefallen war.

Die Steuerbelastung des abgelaufenen Geschäftsjahres 2011 der SWH mit Körperschafts- und Gewerbesteuer belief sich auf ca. 1,1 Mio. €. Dem gegenüber konnten in den Vorjahren gebildete Steuerrückstellungen von rd. 3 Mio. € aufgelöst werden, so dass im Steuerergebnis ein negativer Steueraufwand resultierte.

3.2. Vermögenslage und Finanzlage

Die Bilanzsumme der Stadtwerke stieg im Vorjahresvergleich um 2,9 Mio. € auf 313,1 Mio. € an.

Hierbei verringerte sich das Anlagevermögen um 0,6 Mio. €, was hauptsächlich auf die Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes an der AWH in der Position Finanzanlagen zurückzuführen war.

Die im Umlaufvermögen ausgewiesenen Forderungen gegen verbundene Unternehmen betrafen hauptsächlich die Forderungen auf Ergebnisabführungen gegen die in die ertragsteuerliche Organschaft einbezogenen Tochterunternehmen. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr korrespondiert mit dem Ergebniszuwachs der Tochterunternehmen.
Die Wertpapiere waren zum Stichtagswert auszuweisen, welcher unter dem Vorjahreswert lag.

Die Bankguthaben ergaben sich hauptsächlich aus den Stichtagsguthaben der im Cash Pool einbezogenen Tochterunternehmen und der SWH. Der Rückgang zum Vorjahr spiegelte die Gesamtliquidität der Gruppe wider.

In Folge der Gewinnthesaurierung stieg das Eigenkapital der Gesellschaft auf 172,8 Mio. €.

Die Rückstellungen der Gesellschaft verringerten sich hauptsächlich durch den Verbrauch bzw. die Auflösung von Steuerrückstellungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten konnten durch planmäßige Tilgungs-leistungen um knapp 3 Mio. € gesenkt werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen umfassten die zum Stichtag bei der Holding gebündelten Cash Pool-Bestände der Tochterunternehmen, die hierüber jederzeit verfügen können, sowie die Verlustausgleichspflichten der Holding gegenüber der Hafen Halle GmbH und der SHS.

Die Eigenkapitalquote der Stadtwerke stieg im Vergleich zum Vorjahr von 53,3 % auf 55,2 % maßgeblich durch die Gewinnthesaurierung.

Die Finanzlage war gekennzeichnet durch einen deutlichen Rückgang des (positiven) Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 1,3 Mio. € (Vorjahr 50 Mio. €). Dieses war hauptsächlich Folge der gestiegenen Gewinne (bzw. der gesunkenen Verluste) der Tochterunternehmen, welche sich in Form höhere Forderungen (bzw. verminderter Verbindlichkeiten) aus Ergebnisabführungsvertrag niederschlugen.

4. Finanz- und Risikomanagement

Die Gesellschaft hat sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzerneinheitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie niedergelegt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen.

Bei den Stadtwerken kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Ein spekulativer Handel mit Finanzderivaten erfolgt nicht.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch des Cash Pools) nur bei einlagengesicherten Banken getätigt. Bankenausfälle, wie sie im Zuge der Finanzkrise 2008 zu verzeichnen waren, würden insofern das Risiko eines vorübergehenden Liquiditätsausfalles (bis zur Ersatzleistung durch die Sicherungsfonds) bergen. Zur Minderung dieses Risikos erfolgte seit 2008 – so auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 – eine breitere Streuung der Geldanlagen zu jeweils geringeren Anlagebeträgen.

In das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH sind alle wesentlichen Beteiligungsgesellschaften einbezogen. Die Identifikation und Bewertung von Risiken sowie die Überwachung von Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und zur Risikobegegnung erfolgen nach einem einheitlichen System.

Gegenwärtig bestehen keine den Bestand der SWH gefährdenden Risiken.

5. Chancen, Risiken und Ausblick

Die Stadtwerke Halle GmbH ist als Organträgerin über die bestehenden Beherrschungs- bzw. Ergebnisabführungsverträge mittelbar mit den Chancen und Risiken der Tochterunternehmen verbunden. Insofern können finanzielle Risiken aus nicht auszuschließenden Verlustausgleichspflichten oder durch unzureichende Erträge aus Ergebnisabführungen entstehen, welche einzeln oder zusammen die Finanzierungskraft der Stadtwerke belasten könnten.
Durch die regelmäßigen Berichtspflichten der Tochterunternehmen an die Holding und durch die konzernweiten Regelungen zur Risiko- und Akutberichtserstattung ist eine frühzeitige Kenntnisnahme und Reaktion auf derartige Entwicklungen gewährleistet.

Die Geschäftsführung unterstellt für die zukünftige Entwicklung einen anhaltenden bzw. steigenden Ertrags- und Kostendruck in nahezu allen Geschäftsbereichen. Als Triebkräfte hierfür wurden insbesondere die Auswirkungen der seit der Wende anzutreffenden negativen Bevölkerungsentwicklung, die für die gesamten Geschäftsbereiche erwarteten zunehmenden Wettbewerbsintensitäten, die wieder anziehenden Rohstoffpreise sowie die Ergebnisan-forderungen der Gesellschafterin erkannt.

Der bestehende energiewirtschaftliche Rechtsrahmen und die damit intendierte Absenkung der Marktzutrittsbarrieren bietet sowohl Chancen für das eigene überregionale Geschäft als auch Risiken aus einem erleichterten Markteintritt von Mitbewerbern im Stadtgebiet Halle (Saale).

Für das Segment Wasserversorgung, Wasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe ist sowohl durch die Diskussionen auf europäischer als auch auf Bundesebene eine Liberalisierung dieser Märkte über kurz oder lang nicht auszuschließen. Auch hierin wird ein beachtlicher Druck auf die Ertrags- und Kostensituation gesehen.

Die Zulässigkeit von öffentlichen Zuschüssen und von Inhouse-Geschäften sowie die bestehenden beihilferechtlichen Regelungen führen ebenso wie die europäische Marktöffnung im ÖPNV zu absehbaren Wettbewerbsrisiken, welche eine frühzeitige Anpassung der Kostenstrukturen auf ein wettbewerbsfähiges Niveau erforderlich machen.

Die Hafen Halle GmbH und ihre Gesellschafterin SWH prüfen derzeit die gemeinschafts-rechtliche Relevanz der an den Hafen geleisteten Finanzströme.

Die das Marktumfeld der SWH prägenden volatilen Märkte können zu ungeplanten Abweichungen der Erträge der SWH führen und somit die auf Planwerten beruhenden Finanzzusagen der SWH beeinflussen.

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Entwicklungsszenarien beabsichtigen die Stadtwerke deshalb auch zukünftig weitere Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Erhöhung der Effizienz führen und so zu einem weiteren Ausbaus der Wettbewerbsfähigkeit des Beteiligungsportfolios beitragen. Hierzu zählen sowohl konzerninterne Projekte und Maßnahmen als auch externe Kooperationen und Anteilserwerbe.

Die Geschäftsführung geht davon aus, auch im Geschäftsjahr 2012 sämtliche defizitären Bereiche der Stadtwerke-Gruppe aus Eigenmitteln, d. h. ohne Verwendung städtischer Haushaltsmittel, decken zu können. In Folge dessen wird ein Jahresüberschuss von unter einer Million Euro erwartet.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Gesellschaft:	Postanschrift:
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Berliner Straße 100 06258 Schkopau

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	30

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadtwerke Halle GmbH	30	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Arndt, Michael	
	Klose, Wilfried	(bis 31.12.2011)

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	(seit 04.10.2011)
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Mahlert, Eckard	
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Richter, Ulrich	
	Weihrich, Dietmar	

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
Aufsichtsrat	0	0	9

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	1.260	2	1.260	2	1.260	2	0	0
Umlaufvermögen	66.653	98	68.884	98	76.518	98	-2.231	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	22	0	21	0	31	0	1	5
Bilanzsumme	**67.935**	**100**	**70.165**	**100**	**77.809**	**100**	**-2.230**	**-3**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.624	5	3.123	4	8.668	11	501	16
Rückstellungen	63.402	93	65.954	94	67.754	87	-2.552	-4
Verbindlichkeiten	909	1	1.084	2	1.357	2	-175	-16
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	4	0	30	0	-4	-100
Bilanzsumme	**67.935**	**100**	**70.165**	**100**	**77.809**	**100**	**-2.230**	**-3**

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	7.226	7.158	6.498
sonstige betriebliche Erträge	3.333	2.116	3.795
Materialaufwand	198	197	193
Personalaufwand	2.537	2.541	2.403
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.509	6.289	7.523
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.928	2.312	2.880
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	532	315	19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33	27	21
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.678	2.218	3.014
außerordentliche Erträge	418		
außerordentliche Aufwendungen	84	299	
außerordentliches Ergebnis	334	-299	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	843	251	-319
sonstige Steuern	17	16	17
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.152	1.651	3.316
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.152	1.651	3.316

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	15,95	23,07	51,03	%
Eigenkapitalrentabilität:	46,62	112,20	61,95	%
Cash-Flow:	1.684	1.966	3.335	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	176	147	181	T€
Personalaufwandsquote:	24,02	27,40	23,35	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,85	1,80	1,62	%
Eigenkapitalquote:	5,33	4,45	11,14	%
Fremdkapitalquote:	94,67	95,55	88,86	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Abfallmenge	938.864,00	1.348.353,00	1.252.216,00	Mg
Durchschnittserlöse	3,84	2,65	2,82	EUR/Mg

e) Lagebericht

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 % konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 % ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 % gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 % an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 %-Punkte auf 7,1 %. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 %-Punkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 %. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen: die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 %-Punkte auf 11,7 %.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

Das Geschäftsjahr 2011 war für die Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) erneut mit wesentlichen Entscheidungen für die weitere Umsetzung der Rekultivierungsanordnung des Landesverwaltungsamtes verbunden.

Die Geschäftsführung hat insbesondere mit den betroffenen anliegenden Partnern der Deponie bedeutsame Vorgespräche für die wichtige Sanierungsmaßnahme „Drehpunkt“ geführt. Gleichzeitig wurden die wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen für den Drehpunkt weiter entwickelt und sind in mehreren Beratungen dem Landesverwaltungsamt mündlich und schriftlich dargelegt worden. Die abschließende Bestätigung einer Aufgabenstellung für den Drehpunkt hat auch wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der AWH und des Gesamtkonzeptes zur Rekultivierung. In diesem Zusammenhang ist besonders darauf zu verweisen, dass das Landesverwaltungsamt mit seinen Entscheidungen wesentlich die Möglichkeiten zur weiteren abschließenden Einlagerung von genehmigten Stoffen sowie den Bedarf an inerten Einbaumaterialien im Bereich des entstehenden Oberflächensees beeinflussen wird. Auch bezüglich der weiteren Verwendung der finanziellen Rückstellungsmittel und den bisherigen Finanzanlagen wurden wichtige Entscheidungen mit dem Gesellschafter vereinbart.

Schwerpunkt im Jahr 2011 war erneut die ständige Konkretisierung, Fortschreibung und Aktualisierung der Decklungsrechnung insbesondere unter dem Gesichtspunkt der schwierig einschätzbaren Entwicklung der Sickerwassermengen im Deponiekörper und die daraus entstehenden Erfordernisse für die Behandlung dieser Sickerwässer in verschiedenen Anlagen.

Die Geschäftsführung schätzt ein, dass die gegenwärtige Situation der mittelfristigen Planung erwartungsgemäß entspricht. Die dem Gesellschafter vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bildung von Gewinnrücklagen in den Jahren 2010 und 2011 stellen eine zusätzliche Sicherung für die Finanzierung der Rekultivierungsmaßnahmen unter Beachtung der langen Zeitabschnitte dar. Wichtige Entscheidungen konnten auch im Bereich der Personalentwicklung kurz- und mittelfristig vorbereitet und umgesetzt werden.

Weitere wichtige Einzelmaßnahmen sind im nachfolgenden Bericht detailliert aufgeführt. Dabei verweisen wir auch auf eine zusammenfassende Darstellung über die konkreten Entscheidungsvorgänge im Zeitraum 2002 bis 2011, dazu siehe Anlage 5 in diesem Bericht.

Am 16. Juli 2009 trat die Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts in Kraft. Sie schreibt u.a. in § 26 den Bestandsschutz für diejenigen Altdeponien, die sich bereits in der Stilllegung befinden und für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung eine rechtsgültige Rekultivierungsanordnung vorlag, fest. Mit der vorliegenden Verordnung gingen eine weitere Verschärfung der Eigenkontrollverantwortung der Deponiebetreiber sowie der Ausbau der Verantwortung und Kontrollpflicht der Deponiebetreiber gegenüber den Abfallerzeugern einher.
Mit dieser Verordnung sollte das historisch zersplitterte Deponierecht zu einer übersichtlichen Regelung zusammengefasst und gleichzeitig an den Stand der Technik angepasst werden.
Am 20. Juli 2011 beschloss die Bundesregierung die vom BMU vorgelegte „Erste Verordnung zur Änderung der Deponieverordnung“ in der Fassung, die sich aus dem Beschluss des Bundesrates vom 27. Mai 2011 ergab. Der Deutsche Bundestag stimmte dieser Fassung am 29. September 2011 zu, die Novellierung wurde am 20. Oktober 2011 im Bundesgesetzblatt verkündet und trat am 01. Dezember 2011 in Kraft.

Neben der von der EU angemahnten Aufnahme einer Gleichwertigkeitsklausel für Erzeugnisse aus anderen EU-Mitgliedsstaaten, wurden mit dieser Veränderungsverordnung Anpassungen und Aktualisierungen vorgenommen, die sich vor allem aus dem Vollzug ergaben und für die Deponiebetreiber eine weitere Verschärfung bezüglich Abfallannahme und Abfallkontrolle mit sich brachten.

Um weiterhin Rechtssicherheit in Bezug auf Abfallannahme und Abfallverwertung im Unternehmen zu gewährleisten und die innerbetrieblichen Abläufe mit der notwendigen Transparenz für die Kontrollbehörde deutlich zu machen, erfolgte eine Anpassung der diesbezüglichen Ablauforganisation in dem dafür zuständigen Bereich USICO.

Erneuter Änderungsbedarf für die jetzt vorliegende novellierte Deponieverordnung ergibt sich aus der europäischen Richtlinie über Industrieemissionen, die am 06. Januar 2011 in Kraft getreten ist und innerhalb von 2 Jahren in nationales Recht umgesetzt werden muss. Dies betrifft insbesondere die von der IED vorgegebenen formellen Pflichten für die im Abfallrecht Umsetzungsbedarf besteht. Im Einzelnen geht es um Änderungen bezüglich Melde-, Informations- und Überwachungspflichten, die Ergänzungen und Aktualisierungen der einschlägigen Paragraphen der Deponieverordnung erforderlich werden lassen.

Weiterhin liegt als Arbeitsentwurf eine Mantelverordnung vor, die den Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe außerhalb des Deponierechts regeln soll (Ersatzbaustoffverordnung) sowie Regelungen zum Grundwasserschutz (Grundwasserverordnung) und Bodenschutz (Bundesbodenschutzverordnung) beinhaltet.

In den Erarbeitungsprozess dieser Verordnungen brachte und bringt sich die AWH durch ihre Mitarbeit in den einschlägigen Fachverbänden ein.

Grundlage für die im Jahr 2011 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen bleibt der im Juni 2008 durch das LVwA erlassene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF – Forschungsvorhabens der AWH basiert.

Im Rahmen der Stilllegungsmaßnahme der geotechnischen Sicherung des Deponiekörpers werden geeignete Abfälle zur Verwertung in den unterschiedlichen Bereichen des Deponiekörpers eingebaut mit dem Ziel, das Durchströmungsverhalten im Deponiekörper hydraulisch zu optimieren und somit eine langzeitlich wirksame und nachhaltige Reduzierung des Stoffaustrages aus dem Deponiekörper zu gewährleisten. Im Geschäftsjahr 2011 wurden im Rahmen dieser Maßnahmen 817.437 Mg Abfall als Deponiebaustoff eingebaut.

Zur Reduzierung der Menge des in den Deponiekörper eindringenden Niederschlagswassers und somit zur Reduzierung des Stoffaustrages aus dem Deponiekörper wird eine 1,5 m mächtige Wasserhaushaltsschicht aufgebaut und anschließend auf einer Fläche von ca. 100 ha aufgeforstet. Die Art und Beschaffenheit der Wasserhaushaltsschicht sowie die geeignete Vegetation zur Reduzierung der Niederschlagsinfiltration ist durch Modellprognoserechnungen belegt und muss regelmäßig nachgewiesen werden. Die Verringerung des Niederschlagseintrages in den Deponiekörper erfolgt im Wesentlichen durch die hydraulische Entlastung über eine darunterliegende Drainageschicht in einem dann angestauten Wasserkörper durch die Wasserspeicherung in der Wasserhaushaltsschicht und Evapotranspiration durch den dafür vorgesehenen Wald. Die genehmigungsrechtliche Antragstellung dieser Maßnahme durch die AWH erfolgte schrittweise seit 2005. In den Jahren 2008 bis 2010 erfolgte zunächst ein Probebetrieb auf 5 ha Deponiefläche, mit dem der Nachweis erbracht werden konnte, dass die anspruchsvollen chemischen und bauphysikalischen Zuordnungspunkte eingehalten werden können. Für drei Hektar dieser Probefläche erfolgte 2010 die behördliche Endabnahme. Seit Oktober 2010 erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Bereich Forst des Landesverwaltungsamtes die Aufforstung von der zunächst 3 ha fertig gestellten Wasserhaushaltsschicht. Im März 2010 erfolgte die Antragstellung für weitere 16 ha (zweiter Bauabschnitt) bei der Genehmigungsbehörde, die im September 2011 beschieden wurde. Auf Grundlage des nunmehr vorliegenden Genehmigungsbescheides wurden im Jahr 2011 neben noch anstehenden Restarbeiten im ersten Bauabschnitt, im zweiten Bauabschnitt 3 ha Drainage- und Wasserhaushaltsschicht errichtet. Per 31. Dezember 2011 sind damit insgesamt 8 ha Rekultivierungsfläche der Deponie fertig gestellt, wovon 5 ha aufgeforstet sind.

Die Annahme von Abfällen zum Einsatz für die geotechnische Sicherung als auch für den Aufbau der Drainage- und Wasserhaushaltsschicht unterliegen einer komplexen Kontrolle der chemischen Zusammensetzung und der bodenphysikalischen Eigenschaften sowie einer engmaschigen Überwachung im eingebauten Zustand.

Durch kontinuierliche Kontrollmessungen im Deponiebereich Süd wurde 2007 ein Methangehalt größer 50 % im Deponiegas festgestellt. Deponiegas mit einem Methangehalt dieser Größenordnung ist ordnungsgemäß zu fassen und schadlos zu beseitigen. Im August 2008 wurden durch die AWH die Genehmigungsunterlagen für den Bau einer Gasfassungs- und Gasverwertungsanlage für den Deponiebereich Süd bei der zuständigen Behörde eingereicht.
Im April 2009 lag der AWH die immissionsschutzrechtliche Genehmigung vor, im Juni 2009 die abfallrechtliche Genehmigung. Nach Durchführung einer beschränkten Ausschreibung mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb erfolgte im August 2009 der Baubeginn, im Dezember 2009 die Inbetriebnahme und im Frühjahr 2010 die VOB-Abnahme nach erfolgreich abgeschlossenem Probebetrieb. Durch diese Anlage konnte 2011 ein zusätzlicher Gaserlös von ca. TEUR 860 generiert werden. Insgesamt konnte im Jahr 2011 ein Gesamterlös durch Verstromung bzw. Bereitstellung von Deponiegas von TEUR 2.096,4 erzielt werden und somit eine Steigung von 7,5 % gegenüber den Planvorgaben.

Durch Setzungen und Sackungen im Deponiekörper, besonders im Mittelstraßenbereich resultieren Abrisse von Gasleitungen, die im Jahr 2010 erfolgreich behoben werden konnten.
Durch die extremen Niederschlagsereignisse Ende 2010 und Anfang 2011 kam es zu einem erhöhten Sickerwasserstand im Deponiekörper und insbesondere im nördlichen Deponiebereich zu Wasseransammlungen in Deponiegasbrunnen, die die Leistungsfähigkeit dieser Brunnen beträchtlich schmälern.
Durch die AWH erfolgt momentan gemeinsam mit Fachplanern die Ausarbeitung technischer Lösungen, um diesem Trend entgegenzuwirken.

Eine andere im Geschäftsjahr 2008 begonnene Maßnahme, die Errichtung des ersten Baufeldes der Sickerwasserinfiltration im Rahmen der biochemischen Inertisierung, konnte im Berichtsjahr mit dem geplanten zweiten Baufeld nicht weitergeführt werden, da der im Juni 2010 von der AWH eingereichte Fördermittelantrag durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Jahr 2011 immer noch nicht beschieden wurde. Entgegen ursprünglichen Zusagen der Investitionsbank wurde der Erlass von Durchführungsbestimmungen zur Antragstellung immer wieder zeitlich verschoben, liegt aber nunmehr seit März 2010 vor.
Auf Antrag und wiederholter Anfrage durch die AWH erfolgte im September 2011 die Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn. Nach Abschluss einer beschränkten Ausschreibung und öffentlichem Teilnahmewettbewerb wurde mit dem Bauvorhaben am 02. Januar 2012 begonnen.
Mit der Maßnahme der Sickerwasserinfiltration ist beabsichtigt, durch die Einstellung eines optimalen Wassergehaltes im Deponiekörper die Mineralisierung in der Deponie zu beschleunigen und in einem übersehbaren Zeitraum die Emission zu minimieren. Die bereits bestehende Anlage ist kombiniert mit kiesgefüllten Infiltrationssäulen und Infiltrationsrigolen und versickert zurzeit ca. 3.600 m3 Sickerwasser im Monat. Nach Inbetriebnahme des 2. Bauabschnittes ab 07/2012 wird sich die Aufgabemenge auf 13.180 m³ Sickerwasser im Monat erhöhen. Die umfangreiche Datenerfassung und wissenschaftliche Auswertung erfolgt durch die AWH. Die bisherigen Ergebnisse entsprechen den Erwartungen und Prognosen des Forschungsvorhabens und sind Grundlage für die Vorgaben für den Regelbetrieb und die Planung des darauf folgenden Bauabschnittes.

In Vorbereitung für die zum Ende der Stilllegung geplante Flutung des sogenannten Drehpunktbereiches des Tagebaurestloches ist es notwendig, die Böschungen in diesem Bereich standsicher zu gestalten sowie Schnittstellen zum Deponiekörper und zum Westschlauch geotechnisch und hydrogeologisch zu sichern.

Zur Durchführung dieser Maßnahme liegt ein mit den Behörden abgestimmtes Planungskonzept vor, dass im Geschäftsjahr 2012 als Plandokument realisiert werden soll.

Weitere Maßnahmen im Jahr 2011 betrafen die Bereiche Erkundung, Umweltcontrolling und Monitoring. So wurde in Vorbereitung auf die spätere Seenflutung ein System einer flächenhaften Setzungsmessung mittels Laserscanning installiert. Die Ergebnisse dieser Messungen gestatten konkretere Aussagen bezüglich erforderlicher Maßnahmen zur Gestaltung der Deponiewestböschung in Bezug auf die Standsicherheit.

Eine weitere Maßnahme war die Teufung von 5 Sickerwasserpegeln im Deponiekörper, die eine komplexere Einschätzung der Sickerwasserhorizonte im Deponiekörper ermöglichen und gleichzeitig bei der geplanten Seenflutung im Drehpunktbereich Informationen über den Grundwasseranstieg im Deponiekörper liefern. Dieses Wissen ist wichtig, da zur Wahrung des geotechnischen Gleichgewichtes Seewasseranstieg und Grundwasseranstieg im Deponiekörper parallel erfolgen müssen.

Im Jahr 2011 erhöhten sich die Kosten der Deponiesickerwasserentsorgung gegenüber dem Wirtschaftsplan 2011 um TEUR 983 und stellt mit Mio. EUR 2,9 den größten Kostenfaktor im Stilllegungsbetrieb dar.

Dieser Kostenanstieg (Plan TEUR 1.950; IST TEUR 2.933) resultiert aus dem auch besonders im ersten Halbjahr 2011 anhaltenden Anstieg der zur Entsorgung anfallenden Sickerwassermenge. Dieser Anstieg der Sickerwassermenge resultiert insbesondere aus den Extremniederschlagsereignissen Ende 2010 und Anfang 2011 und den damit verbundenen regionalen Anstieg der Grundwasserstände, die wiederum einen Anstieg der Sickerwasserstände im Deponiekörper zur Folge haben, da das Tagebaurestloch hydraulisch ein Depressionselement darstellt.

So mussten 2011 statt der geplanten 150.000 m³ Sickerwasser 233.417 m³ Sickerwasser entsorgt werden. Da das Deponiesickerwasser auf Grund seiner sich ändernden chemischen Zusammensetzung insbesondere in Bezug auf Ammonium-Stickstoff und chemischen Sauerstoffbedarf eine hohe Belastung für das kommunale Klärwerk Nord darstellt, wurde 2011 verstärkt nach alternativen Behandlungsmethoden gesucht. Die bis zum Jahr 2001 am Standort praktizierte 2-stufige Hochdruckumkehrosmose ist mit 11 €/m³ Behandlungskosten eine zunächst mögliche Variante. Da für dieses Verfahren die Konzentratentsorgung wirtschaftlich vorerst nicht darstellbar ist, wurde diese Variante nicht weiter betrachtet. In Abstimmung mit InfraLeuna und DowChemical wurden bei der Unteren Wasserbehörde des Saalekreises für deren Abwasserbehandlungsanlagen von der AWH der Genehmigungs-antrag zur Indirekteinleitung gestellt und beschieden. Nach einem erfolgreichen Probebetrieb wird von der AWH seit September 2011 wöchentlich etwa 1.800 m³ Sickerwasser in die zentrale Abwasserbehandlungsanlage von InfraLeuna mit einem Preisvorteil von ca. 2 €/m³ gegenüber dem Klärwerk Nord entsorgt.

Weiterhin wurde im Jahr 2011 nach mehrjährigen Bemühungen der Bebauungsplan 2/2 der Gemeinde Schkopau, Ortsteil Döllnitz „An der Deponie/Industriegebiet Ost“ durch die Gemeinde Schkopau beschlossen und bietet damit die Grundlage für weitere Wirtschaftsansiedlungen und Aufbau eines Kreislauf-Wirtschaftszentrums am Standort Halle-Lochau.

Ebenso wurde im Jahr 2011 der BImSch-Antrag zur Errichtung einer Boden- und Bauschuttbörse im Gelände der AWH bei der Unteren Abfallbehörde des Saalekreises gestellt. Eine entsprechende Genehmigung zum Betrieb dieser Anlage liegt der AWH noch nicht vor.

Insgesamt konnte im Geschäftsjahr 2011 eine Gesamtleistung von Mio. EUR 10,5 erzielt werden, das entspricht einer Planerfüllung von 85,4 %. Ursache für das Defizit ist u.a. die nur teilweise Inanspruchnahme von Sanierungsrückstellungen auf Grund der behördlichen Bescheidlage.

Die im Rahmen des Stilllegungsbetriebes erzielten Umsatzerlöse und die sonstigen Erträge (ohne Erträge aus der Inanspruchnahme der Sanierungsrückstellung) betragen für 2011 Mio. EUR 6,0.

Der gesamte betriebliche Aufwand unter Einbeziehung des außerordentlichen Aufwandes des Geschäftsjahres 2011 belief sich auf Mio. EUR 10,3 (Vj. Mio. EUR 9,3). Davon entfallen Mio. EUR 8,8 auf die Kosten des Stilllegungsbetriebes.

Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d. h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurden in Höhe des sich ergebenden Saldos von Mio. EUR 2,8 entsprechende Erträge aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge verbucht.

Es ist vorgesehen, aus dem sich nach Steuern ergebenden Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2011 (TEUR 1.152), der letztlich vorrangig aus den Wertpapiererträgen resultiert, TEUR 1.000 in das neue Geschäftsjahr vorzutragen und TEUR 152 an den Gesellschafter Stadtwerke Halle GmbH (SWH) auszuschütten. Die Geschäftsführung erbringt die notwendigen Nachweise, dass die Ausschüttung in Einklang mit dem vom LVwA beschiedenen Sicherungsbetrag (geforderte Sicherheit für die Rekultivierung der Deponie) steht.

Im Geschäftsjahr 2011 bestanden grundsätzlich durch den vom LVwA genehmigten Verkauf von Wertpapieren und der Beteiligung am Cash-Pool der SWH keine Liquiditätsprobleme.

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2011 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit für die Verwertung von Abfällen im Deponiestilllegungsbetrieb vom EdDE bestätigt. Im September 2011 wurde durch ZER-QMS das jährliche Qualitätsmanagement-Überwachungsaudit durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungs-arbeiten für die Stilllegung.

Ausblick

Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u. a. auf Unter-suchungen und Modellprognoserechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen weiter einzugrenzen und eine Umsetzung unter genau definierten Rahmenbedingungen zu erreichen, sind weiterhin konkretisierende, wissenschaftlich fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u. a. durch Systemmonitoring ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu verifizieren und darauf aufbauend die bisher aufgestellten Prognosen im Sinne der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit fortzuentwickeln und weitergehend untersetzen zu können.

Diese Untersuchungen dienen im Wesentlichen der Bemessung und Optimierung von Maßnahmen, sodass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können.

Die Kosten- und Erlöskalkulation (Decklungsrechnung) für den Zeitraum vom 1. Juni 2005 bis 31. Dezember 2051 wird von der AWH ständig fortgeschrieben. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass mit den nach der geplanten Ausschüttung an den Gesellschafter verfügbaren Mitteln eine Rekultivierung der Deponie wie geplant möglich ist. Zum 31. Dezember 2011 sind hierfür Rückstellungen in Höhe von Mio. EUR 62 gebildet. Wertpapiere sind mit einem Buchwert zum 31. Dezember 2011 in Höhe von Mio. EUR 63,1 ausgewiesen.

Die Geschäftsführung der AWH geht jedoch nach wie vor davon aus, dass aufgrund der langfristigen Sanierungszeiträume auch unter Einbeziehung der Wertpapiererträge und eventueller Kursgewinne kurzfristig oder anhaltend Fehlbeträge bei der Decklungsrechnung eintreten können (Differenz zwischen den tatsächlich anfallenden Stilllegungs- und Nachsorgekosten, abzüglich zu erzielender Erlöse, und den durch die AWH zu finanzierenden Mittel). Es ist dann notwendig, in der Decklungsrechnung enthaltene Aufwendungen weiter zu minimieren oder die Einnahmesituation zu verbessern. Grundsätzlich hat die Geschäftsführung gegenwärtig keine Anhaltspunkte für wesentliche Über- und Unterschreitungen der in der Decklungsrechnung ausgewiesenen Positionen. Insofern kann nach den Festlegungen des LVwA zur Sicherstellung der Finanzmittel für Sanierungsleistungen verfahren werden. In der Decklungsrechnung wurden bisher mögliche finanzielle Potentiale aus der Beantragung von Förder- und Zuschussmitteln aus verschiedenen landes- bzw. europaweiten Fördermittelpositionen nicht berücksichtigt. Dies würde eine Deckung von eventuellen Mehrkosten ermöglichen, gleichermaßen wie eine mögliche Minimierung der bisher geplanten Aufwendungen insbesondere in den Jahren zwischen 2016 und 2021.

Die von der Geschäftsführung getroffenen Annahmen hinsichtlich der durchzuführenden Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen und ihrer Finanzierung sind sorgfältig eingeschätzt, aber durch die Langfristigkeit und verbleibenden Innovationsrisiken nicht vollständig kalkulierbar. Der Fortbestand der AWH ist bedroht, wenn die von der Geschäftsführung getroffenen Annahmen hinsichtlich der im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge durchzuführenden Maßnahmen und ihrer Finanzierung nicht eintreten. Dies kann u. a. durch Mehrkosten, die eventuell im Rahmen von Genehmigungsanordnungen für die einzelnen Maßnahmen entstehen könnten, eine sich ändernde Rechtslage (insbesondere in Bezug auf EU-Vorgaben), Kosten- und Preissteigerungen, höher als geplante Steuer(nach)zahlungen und geringere als geplante Erlöse verursacht sein. Des Weiteren ist zu beachten, dass Teile des vom LVwA vorgegebenen Stilllegungskonzeptes auf modelltheoretischen Ansätzen basieren, deren Bestätigung in der Praxis noch nicht gesichert ist und bei denen die Auswirkungen auf den tatsächlichen Sanierungsprozess noch nicht eingeschätzt werden können. Dies könnte die Fortsetzung des Sanierungsprozesses beeinflussen und Auswirkungen auf die Gesamtsanierungsaufwendungen nach sich ziehen.

Hinsichtlich möglicher Risiken aus künftigen finanzamtlichen Außenprüfungen ist zu beachten, dass die bisherigen Betriebsprüfungen die Decklungsrechnung (Kosten- und Erlöskalkulation), die als Basis zur Berechnung der Rückstellung zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge dient, noch keiner abschließenden Prüfung unterzogen haben. Der Kosten- und Erlösplan ist Basis für die Bildung und Bewertung der Rückstellung zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge.
Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die von der AWH gehaltenen Wertpapiere neben Chancen einer überdurchschnittlichen Performance auch Kurs- Teilungs- (Tranchen-) und Wertschwankungsrisiken unterliegen, insbesondere vor dem Hintergrund der andauernden Finanzkrise. Die zusätzlich zum Verkauf der Wertpapiere zu erzielenden (und sich im Zeitablauf mit Fortschreiten der Sanierungsarbeiten und damit Abbau des Wertpapierbestands verringernden) Wertpapiererträge (nach Steuern) die nicht Bestandteil der Decklungsrechnung sind, dienen vorrangig dazu, mögliche Kosten- und Preissteigerungen der Sanierung zu kompensieren. Sie stehen insoweit für Ausschüttungen nicht zur Verfügung.

Die Geschäftsführung hat die Manager der Wertpapierfonds angewiesen, bei den Wertpapieranlagen dafür Sorge zu tragen, dass im Jahre 2013 die Entscheidung getroffen werden kann, teilweise oder vollständig auf die Wertpapierfonds zu verzichten und die dann verfügbaren Cash-Mittel zur Sanierung nur als (Termin-)Geldanlage einzusetzen. Die abschließende Entscheidung ist unter Berücksichtigung der Performance der Wertpapieranlagen in den Jahren 2012 bis 2013 zu treffen.

Im Jahr 2012 ist unter Berücksichtigung der neuen Rahmenbedingungen (u. a. steigendes Druckpotenzial der Grundwasserleiter) die Prognose des künftig zu erwartenden Sickerwasseranfalls und der hydraulischen Flurstände im Deponiekörper zu aktualisieren und Maßnahmen zu ergreifen, um eventuell drohenden Kostensteigerungen der Deponiesickerwasserentsorgung und einem Entsorgungsnotstand entgegenzuwirken. Für den Fall, dass das Klärwerk Nord aus kapazitiven oder genehmigungsrechtlichen Gründen im Jahr 2012 die Sickerwassermengen beträchtlich reduziert, wird im Jahr 2012 nach weiteren Möglichkeiten gesucht, wirtschaftlich vertretbare Alternativen anstelle der Behandlung des Deponiesickerwassers im Klärwerk Nord zu finden.

Weiterhin wird im 1. Halbjahr 2012 der zweite Bauabschnitt der Deponie-sickerwasserinfiltration fertig gestellt. Für dieses Stilllegungsvorhaben stellte die AWH einen Antrag auf Gewährung eines Zuschusses von TEUR 200 aus dem Programm „Zuschuss Entsorgungswirtschaft“ der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung abfallwirtschaftlicher Maßnahmen bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt. Dieser Antrag wurde noch nicht beschieden.
Um die Deponiegaserlöse auch weiterhin stabil zu halten, sind im Jahr 2012 Ertüchtigungs-maßnahmen im nördlichen Deponiebereich durchzuführen.

Im Jahr 2012 ist der Aufbau von weiteren 9 ha der Drainage- und Wasserhaushaltsschicht vorgesehen und die Aufforstung weiterer 7 ha. Zunehmend schwierig gestaltet sich hierfür die Bereitstellung der erforderlichen sehr großen Menge Drainage- und Bodenmaterials. Die AWH muss im Jahr 2012 ihre Bemühungen verstärkt darauf abzielen, die erforderliche Menge am Markt zu akquirieren, um ersatzweise Einkäufe von diversem Material aus Kostengründen zu vermeiden.

Eine weitere wichtige Maßnahme im Jahr 2012 wird die Planung Drehpunktbereich sein. Beabsichtigt ist im Jahr 2013 mit Dichtungsmaßnahmen und der Böschungsgestaltung zu beginnen, um eine Seenflutung ab dem Jahr 2017 zu gewährleisten.

Die Unternehmenskonzeption der AWH sieht zusätzlich zur Durchführung des Stilllegungs- und Nachsorgebetriebes den Ausbau des Standortes Halle-Lochau zu einem Abfallwirtschaftszentrum vor, das auch weitere (nicht nur durch die AWH betriebene) Anlagen zur Stoffkonditionierung für den Stilllegungsbetrieb vorsieht bzw. Flächen für andere Ansiedlungen anbietet. Dazu wurde eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem ehemaligen Gesellschafter Stadt Halle (Saale) und dem Landkreis Saalekreis zur Entwicklung eines Kreislaufwirtschafts-Parks geschlossen. Ein dazu erforderlicher Bebauungsplan wurde von der Gemeinde Schkopau beschlossen. Außerdem liegt ein Antrag der SWH für Forschungsmittel „Cluster“ in Zusammenarbeit mit der AWH vor.

Bestandteil der vorgesehenen innovativen Maßnahmen ist u. a. auch die Entwicklung des Geschäftsfeldes „Bodenbörse“, welche am Standort Halle-Lochau vorgesehen ist und sowohl zur Gewinnung von Deponiebaustoffen für die Rekultivierungsschicht dient, als auch eine neue wettbewerbsbezogene Marktposition mit zusätzlichen Ergebnismöglichkeiten erschließt!
In den Jahren 2010 und 2011 sind außerplanmäßige Aufwendungen für die Reinigung des anfallenden Sickerwassers in der Deponie entstanden. Die Geschäftsführung der AWH geht davon aus, dass die an die LMBV gestellten Schadenersatzforderungen in Höhe von über TEUR 166 (netto) geleistet werden. (Nach Auffassung der AWH ist ein Teil des erhöhten Sickerwasseranfalls in der Deponie durch eine ungenügende Funktion der Oberflächen-wasserhaltung, die sich noch im Besitz der LMBV befindet, begründet.)

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2009 die Geschäftsführung beauftragt, unverzüglich Verhandlungen mit der LMBV darüber aufzunehmen, unter welchen Bedingungen eine Übertragung des bisherigen Grundstückseigentums an der Deponie von der LMBV auf die AWH möglich ist. Da entsprechend dem Gutachten eine kostenlose Eigentums-rückübertragung des jetzigen Deponiegeländes an die AWH/Stadt Halle (Saale) nicht möglich ist, andererseits aber das Interesse des Gesellschafters besteht, das ca. 350 ha große, später sanierte Gelände in das Eigentum der AWH/Stadt Halle (Saale) zu überführen, wurden entsprechende Verhandlungen, unter Mitwirkung der Aufsichtsratsvorsitzenden der SWH, eingeleitet.
Ein zwischenzeitlich erarbeitetes Wertgutachten zum Grundstück wurde von beiden Partnern grundsätzlich anerkannt und bildet die Basis für die weiteren Verhandlungen. Die LMBV geht davon aus, dass eine Eigentumsrückübertragung ohne jahrelange Rechtsstreitigkeiten nur möglich ist, wenn sich beide Partner im Sinne eines Vergleichs einigen. Die Geschäftsführung der AWH hat einen Forderungskatalog aufgestellt, der der LMBV übergeben wurde, in dem alle finanziellen und materiellen Voraussetzungen beinhaltet sind, die vor einem Eigentumserwerb durch die AWH von der LMBV zu erfüllen sind.

Die AWH wird die Entwicklung auf den Finanz- und Wirtschaftsmärkten verfolgen müssen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass grundsätzlich die im Wirtschaftsplan 2012 festgeschriebenen Mengen und Erlöse aus der Annahme von Abfällen zur Verwertung eingehalten werden können.

Nach Einbindung der AWH in den Verbund der Stadtwerke Halle GmbH wird im Jahr 2012 weiter untersucht, wie Effizienzsteigerungen aus Synergieeffekten erschlossen werden können, um die zukünftigen Entwicklungserfordernisse zu unterstützen, beispielsweise durch die Zusammenlegung aller Laborkapazitäten im SWH-Konzern.

Laut Handelsregistereintragung vom 16. Januar 2012 beim Amtsgericht Stendal ist zum 31. Dezember 2011 Herr Wilfried Klose als Geschäftsführer ausgeschieden.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Magdeburger Straße 51 06112 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	550

Gesellschafter:

	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	281	51,00
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Die Abrechnung von Leistungen der Ver- und Entsorgung, die damit verbundene Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesem Zweck dienen.
(2) Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
(3) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Es bestehen Verträge u. a. mit den Energiedienstleistern Mitgas, der enviaM und anderen Stadtwerken. Diese Unternehmen finden ihren öffentlichen Zweck in § 116 GO-LSA. Soweit Abrechnungsaufgaben für diese Unternehmen vorgenommen werden, muss es dafür daher auch einen öffentlichen Zweck geben.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arnold, Andrea

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Verände-rungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.054	20	1.193	22	1.428	27	-139	-12
Umlaufvermögen	4.157	79	4.229	78	3.860	73	-72	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	45	1					45	
Bilanzsumme	**5.256**	**100**	**5.422**	**100**	**5.288**	**100**	**-166**	**-3**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.123	41	2.163	40	2.199	42	-40	-2
Rückstellungen	1.951	37	2.063	38	1.645	31	-112	-5
Verbindlichkeiten	1.182	22	1.196	22	1.444	27	-14	-1
Bilanzsumme	**5.256**	**100**	**5.422**	**100**	**5.288**	**100**	**-166**	**-3**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	22.363	19.900	18.671
sonstige betriebliche Erträge	250	468	535
Materialaufwand	5.433	4.890	4.615
Personalaufwand	13.183	11.502	11.064
Abschreibungen	530	578	500
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.573	1.992	2.027
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	31	15	16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20	61	5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	905	1.360	1.011
außerordentliche Erträge		36	
außerordentliche Aufwendungen	38		
außerordentliches Ergebnis	-38	36	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	291	780	359
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	576	616	652
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	576	616	652

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,58	3,09	3,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	37,22	39,80	42,14	%
Cash-Flow:	1.106	1.194	1.152	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	80	82	80	T€
Personalaufwandsquote:	58,30	56,47	57,61	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	11,02	9,15	11,19	%
Eigenkapitalquote:	40,40	39,89	41,59	%
Fremdkapitalquote:	59,60	60,11	58,41	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Unternehmen & Umfeld

Die Erwartungen an 2011 waren nicht geringer als die der Jahre zuvor. Die Ziele, Ausbau des Drittmarktgeschäftes und wirtschaftliche Stabilität, wurden klar erreicht.
Mit der Positionierung als Marktrollen-Dienstleister kann A/V/E nicht nur erhebliche Potenziale heben, sondern auch weitere Marktchancen finden. Neue Kunden können, unabhängig von Art und Umfang der zu vergebenden Dienstleistung und ihrer Marktrolle, aus dem modular aufgebauten Full-Service-Angebot Dienstleistungen auswählen und beauftragen. Die strategische Ausrichtung der A/V/E, neben dem Full-Service ihren Auftraggebern auch die Möglichkeit der Beauftragung kundenindividueller Einzelleistungen anzubieten, hat sich auch in diesem Jahr als die richtige Entscheidung erwiesen. Kunden überzeugten sich von der Qualität der A/V/E-Leistungen in kleineren Projekten und beauftragten dann größere Nachfolgeprojekte.

Die Strategie der Nutzung mehrerer Abrechnungssysteme (Unabhängigkeit in der Wahl des Abrechnungssystems für den Kunden) erwies sich auch im Jahr 2011 als sehr erfolgreich. Die Fähigkeit, in und mit allen marktüblichen Abrechnungssystemen fallabschließend zu arbeiten, ist am Markt ein derzeit immer noch einmaliges Leistungsangebot. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um ein Angebot im Rahmen eines Application Service Providing (ASP) oder eines Business Service Providing (BSP) handelt. Die damit gelebte Systemunabhängigkeit eröffnet A/V/E auch zukünftig Chancen am Markt.

Ein qualitativ hochwertiger Kundenservice ist existenziell. Diverse unabhängige Studien bestätigen immer häufiger, dass die Versorger erkennen müssen, dass neben dem Preis und der Vertragsgestaltung auch der Kundenservice im Wettbewerb mitbestimmend ist.

2009 war das Jahr, in dem zahlreiche neue Wettbewerber auf den Markt drängten. 2010 dagegen war von einer diesbezüglichen Stagnation gekennzeichnet. Neue Wettbewerber wurden nicht wahrgenommen. In 2011 findet ein zunehmender Rückzug der vermeintlich „etablierten“ Marktbegleiter statt. A/V/E konnte 2011 ihre Marktposition nicht nur halten, sondern weiter ausbauen.

Geschäftsentwicklung

Der sich weiter rasant veränderte energiewirtschaftliche Markt hat einen hohen Flexibilitätsanspruch. Diese Flexibilität stellte A/V/E nicht nur im Kundenservice, die damit verbundene Erreichbarkeit und Reaktionsgeschwindigkeit, sondern auch in der Bearbeitung von Marktkommunikationsprozessen sicher. Die Qualitätssicherung und die Beibehaltung von Flexibilität ist eine der Herausforderungen für die Zukunft.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2011 sieht die Gesellschaft die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erneut stabil und positiv.

Im Geschäftsjahr 2011 betrug das Investitionsvolumen 393 T€ (Vorjahr 343 T€). Das Anlagevermögen verminderte sich um 140 T€ bzw. 11,7 %, wobei die Abschreibungen im Vergleich zu 2010 um 48 T€ rückläufig waren. Das Umlaufvermögen nahm stichtagsbedingt um 72 T€ ab. Der Rückgang entfiel insbesondere auf Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, dem steht eine Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber.

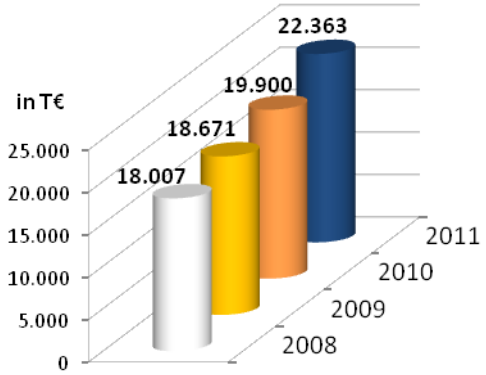
Das Eigenkapital verringerte sich durch den niedrigeren Jahresüberschuss 2011 sowie der Berücksichtigung der Gewinnausschüttung für das vorangegangene Geschäftsjahr um 40 T€ auf 2.123 T€. Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag 40,4 % (Vorjahr 39,9 %).

Die Entwicklung der Passiva ist vor allem durch die Abnahme von Rückstellungen um 113 T€ geprägt. Ursache dafür ist ein Rückgang von 629 T€ bei den Steuerrückstellungen (resultierend aus der Beendigung der steuerlichen Betriebsprüfung für Vorjahre). Dem stehen die Erhöhungen von Rückstellungen für Altersvorsorgeverpflichtungen von insgesamt 500 T€ gegenüber.

Die Verbindlichkeiten nahmen gegenüber dem Vorjahr um 14 T€ ab.

Der Umsatz konnte gegenüber 2010 um 12 % auf 22.363 T€ gesteigert werden.

Umsatzentwicklung



Die betrieblichen Aufwendungen (insbesondere Personalaufwendungen) sind im Verhältnis zum Umsatz überproportional angestiegen. Ursächlich hierfür waren zahlreiche Einstellungen von Mitarbeitern aus der Arbeitnehmerüberlassung in ein Beschäftigungsverhältnis mit A/V/E und den oben angeführten Aufwendungen für Altersvorsorgeverpflichtungen. Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 58 T€ verbessert.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit fiel demgemäß um 455 T€ niedriger aus.

Die im außerordentlichen Ergebnis zusammengefassten Auswirkungen der geänderten gesetzlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften („BilMoG“) betrugen im Berichtsjahr 38 T€ und beeinflussten die Ertragslage wie im Vorjahr nicht wesentlich. Der Steueraufwand hat sich insbesondere durch periodenfremde Effekte um 490 T€ gegenüber 2010 verringert.

Daher erzielte die A/V/E im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss in ähnlicher Höhe wie im Vorjahr (576 T€; 2010 616 T€).

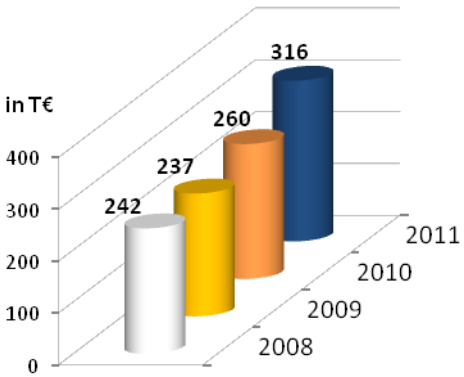
Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war im Geschäftsjahr 2011 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2011 jederzeit gewährleistet.

Personalwesen

In Zeiten veränderter Marktbedingungen und steigenden Wettbewerb erhöhen sich nicht nur stetig die Anforderungen an Prozesse und Systeme, sondern auch an die Menschen im Unternehmen. Es sind die Mitarbeiter, die mit ihrer Veränderungs- und Leistungsbereitschaft eine erfolgreiche Zukunft der A/V/E ermöglichen. Ein modernes strategisches Personalmanagement stellt in diesem Zusammenhang einen wichtigen Erfolgsfaktor dar. Der Schwerpunkt in der Personalbeschaffung lag insbesondere im Abdecken von kurz- und mittelfristigen Bedarfen für den Kundenservice. Im direkten Umfeld profitieren so rund 100 weitere Arbeitskräfte vom Geschäft der A/V/E.
Die Umsatzsteigerung im Jahr 2011 war mit einem Anstieg von Beschäftigung verbunden. Der Personalbestand der A/V/E hat sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 47 Mitarbeiter auf insgesamt 316 Mitarbeiter erhöht, davon sind 13 Auszubildende. Diese werden in den Ausbildungsberufen Bürokaufmann/frau und Kaufmann/frau für Dialogmarketing ausgebildet.

Das Thema der Personalgewinnung stellte die Gesellschaft auch im Jahr 2011 vor hohe Herausforderungen. Qualifiziertes Personal zu finden, wird zunehmend schwieriger und die Investition in Schulungsmaßnahmen wird immer höher. Deshalb hatte die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte auch in 2011 für A/V/E eine große Bedeutung. Die Ausbildungsquote betrug 2011 weiterhin rund 5%. Vier Nachwuchskräfte haben ihre Ausbildung bei A/V/E erfolgreich abgeschlossen und alle erhielten das Angebot eines Arbeitsvertrags. Sie nutzten die Chance, ihr erlerntes Wissen in der Praxis zu festigen und zu vertiefen.

Personalentwicklung



Risiko-Management

Die gesetzlichen energiewirtschaftlichen Regelungen, u.a. zur Liberalisierung des Zähl- und Messwesens, werden durch A/V/E kritisch verfolgt und in die strategischen Betrachtungen aufgenommen. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt A/V/E das Verhalten von Vertriebsgesellschaften und das Reagieren der Netzbetreiber auf gesetzlich veränderte Vorgaben und Rahmenbedingungen und konzentriert sich dann entsprechend auf die Anpassung des eigenen Leistungsspektrums.
Risiko-Management und Controlling sind bei A/V/E unverändert eng verbunden. Die quartalsweise identifizierten und bewerteten Risiken werden mit dem Controlling abgestimmt und finden, soweit handelsrechtlich zulässig und notwendig, bilanzielle Berücksichtigung.
Im Risiko-Management-Prozess werden nicht nur Risiken, sondern auch Chancen erfasst und gegeneinander abgewogen. A/V/E setzt damit auf eine umfassende vorrausschauende Zukunftseinschätzung.

Chancen, Aussichten und Strategie

2011 feierte A/V/E ihre Volljährigkeit und gewann erneut ein Jahr an Erfahrungen und Kompetenz. Seit fast 20 Jahren ist A/V/E der Partner an der Seite der Unternehmen der Energiewirtschaft. Der Zuwachs spiegelt sich nicht nur an den Firmenjahren wider, sondern auch an der Belegschaft. Die stetig steigende Anzahl der Mitarbeiter erfordern auch ein Wachstum von Räumlichkeiten und an Arbeitsplätzen. Zahlreiche Baumaßnahmen haben uns im abgeschlossenen Geschäftsjahr beschäftigt und werden uns auch im kommenden Jahr begleiten.

Die bisherigen am Markt etablierten Eigenentwicklungen nA/V/Egation und TA/V/EX sind Ausdruck von Kompetenz, Innovation und Erfahrung. Das intelligente Softwaresystem nA/V/Egation nutzt eine einheitliche Oberfläche, um die unterschiedlichen IT-Systeme der Auftraggeber in einer Benutzerlogik zusammenzuführen. Der Online-Tarifberater TA/V/EX dient den Mitarbeitern im Kundenservice eine kundenspezifische und qualitativ hochwertige Beratung durchzuführen.

Die strukturierte Arbeitsweise, die bereits im Angebotsprozess der A/V/E zu erkennen ist, findet in den Reihen der Einkäufer seine Befürworter. Von der Übersichtlichkeit über die Vollständigkeit bis hin zur Plausibilität der Angebote sowie der nachgelagerten Prozesse spiegeln die Arbeitsstrukturen der A/V/E in allen Bereichen wider.

Die Ausweitung der A/V/E-Gesellschafterstruktur stärkt A/V/E erneut den Rücken für das Drittmarktgeschäft und damit die vertrieblichen Aktivitäten. Die rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft übernahm zum 01. Januar 2012 25,1% der A/V/E-Anteile von der enviaM AG und unterstützt damit das Dienstleistungsgeschäft der A/V/E als neuer Gesellschafter. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Ausblick

Die Regulierung der Energiewirtschaft bietet für A/V/E vielfältige Chancen. Der Wettbewerb zwischen den Energieversorgungsunternehmen wird sich weiter verschärfen. Dies führt mittelfristig zu einer Marktbereinigung und zur Konsolidierung des Marktes. A/V/E wird hier eine wesentliche Rolle spielen.
Die steigende Anzahl der Vertriebsgesellschaften, die sich aus Kostengründen einem Outsourcing oder einer dauerhaften Kooperation nicht verschließen können, und der immer besser funktionierende Wettbewerb der Versorgungswirtschaft lassen die A/V/E positiv in die Zukunft blicken. Gleichwohl wird A/V/E sich keine Ruhe gönnen und weiterhin individuell und sehr reaktionsschnell ihre Bestandskunden betreuen und neue Kunden akquirieren. Demzufolge erwartet A/V/E, dass sich Umsatz und Ergebnis 2012 auf ähnlichem Niveau wie 2011 bewegen und mittelfristig weiter positiv entwickeln.

A/V/E war in der Vergangenheit akribisch, vorausschauend und ehrlich und wird es auch bleiben.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote, Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen.

Öffentlicher Zweck:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Unterhaltsreinigung in Gebäuden der Stadt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Arndt, Michael

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzender	Misch, Werner	
stellv. Vorsitzender	Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 19.05.2011 stellv. Vorsitzender)
	Allner, Jürgen	(seit 28.07.2011)
	Böcker, Udo	
	Dr. Köck, Uwe-Volkmar	
	Hildebrandt, Roland	
	Krause, Johannes	
	Nebelung, Barbara	
	Neumann, Wolfram	
	Raab, Katja	
	Sieber, Olaf	
	Weiland, Mathias	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	0	1	1	1	1	2	-1	-100
Umlaufvermögen	79	99	86	99	51	98	-7	-8
Bilanzsumme	**79**	**100**	**87**	**100**	**52**	**100**	**-8**	**-9**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25	32	25	29	18	35	0	0
Rückstellungen	26	33	26	30	24	46	0	0
Verbindlichkeiten	28	35	36	41	10	19	-8	-22
Bilanzsumme	**79**	**100**	**87**	**100**	**52**	**100**	**-8**	**-9**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	627	731	409
sonstige betriebliche Erträge	5	37	42
Materialaufwand	2	10	7
Personalaufwand	581	702	401
Abschreibungen	0	1	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	46	35	40
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3	20	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	3	13	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	7	3
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	7	3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,49	2,75	0,76	%
Eigenkapitalrentabilität:	12,31	110,01	20,59	%
Cash-Flow:	3	21	4	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	17	18	15	T€
Personalaufwandsquote:	91,86	91,35	88,75	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,53	0,96	2,42	%
Eigenkapitalquote:	31,65	28,71	35,05	%
Fremdkapitalquote:	68,35	71,29	64,95	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 Prozent konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 Prozent ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 Prozent an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 Prozentpunkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 Prozent. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen: die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 Prozentpunkte auf 11,7 Prozent.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

Im Geschäftsjahr 2011 galt es für die Cives Dienste GmbH, die Stabilisierung des Kerngeschäftes der Gebäudereinigung und die Fortsetzung der im Jahr 2010 aufgenommen Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen in der täglichen Arbeit umzusetzen. Gegenüber der Muttergesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Fähigkeiten durch eine hohe Qualität der Arbeit beweisen. Konsequent setzt dabei das Unternehmen auf die Fortsetzung der kooperativen Partnerschaft zur Leistungserbringung und als Leistungsempfänger auf die ergänzenden Tätigkeiten der kaufmännischen Betriebsführung.

Das Geschäftsfeld der Logistikleistungen war im Jahr 2011 von der Anhebung des Mindestlohnniveaus betroffen. Für das Geschäftsfeld der Gebäudereinigung gelten die Regelungen ab 01.01.2012, wobei die Geschäftsführung diese Entwicklung als eindeutigen Schritt zu mehr Chancengleichheit versteht. Besonders im Gebäudereinigerhandwerk kann durch diese gesetzliche Festlegung die Transparenz des Wettbewerbs entwickelt werden. Zugleich stellt es die Cives Dienste GmbH, welche in der Vergangenheit bereits keine sittenwidrigen Löhne zahlte, näher an die Konkurrenten des Marktes. Begrüßt wird zugleich die Kontrolle der Umsetzung dieser Richtlinie. So musste sich im Dezember 2011 die Gesellschaft gegenüber der Zollbehörde ausweisen. Ohne Beanstandung konnte die Prüfung der Landesbediensteten absolviert werden.

Im gesamten Geschäftsfeld der allgemeinen Daseinsvorsorge ist es notwendig, für ein erfolgreiches Agieren eine hohe Flexibilität zu beweisen. Dieses ist dem Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr in jedem Fall gelungen, denn selbst große Leistungsschwankungen konnten kompensiert werden.

Vor dem Hintergrund einer allgemein stärkeren Betrachtung der Wirtschaftskriminalität hat sich die Cives Dienste GmbH im Jahr 2011 einer Compliance-Risikoanalyse gestellt. Alle Verträge und Regelungen des Unternehmens wurden durch eine externe Prüfungsgesellschaft intensiv auf mögliche Gefahrenpotentiale untersucht. Der Geschäftsführung ist das hohe Schadenspotential durch wirtschaftskriminelle Handlungen bewusst, und diese erste Maßnahme ist ein wesentlicher Schritt zur Vermeidung von Kapital-, Image- und Vertrauensverlusten. Im Jahr 2012 soll das begonnene konzernweite Programm fest zu einem Compliance-Programm entwickelt und etabliert werden. Ein wesentlicher Gedanke der Gesellschaft ist dabei die Entwicklung eines Wettbewerbsvorteils auf Grund eines funktionierenden Präventionssystems.

Tätigkeit der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr

Um dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz entsprechen zu können, mussten die Rahmenbedingungen für die Cives Dienste GmbH den rechtlichen Vorgaben zum 01. Dezember 2011 angepasst werden. Die bislang praktizierte operative Leistungssteuerung durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH konnte nicht fortgesetzt werden. Mit der Schaffung eigener Linienstrukturen wurde im vierten Quartal begonnen. Eine Mitarbeiterin hat zum November die Funktion des Teamleiters übernommen und koordiniert seither die operativen Einsätze der Sparte Gebäudereinigung. Zugleich obliegt ihr ebenfalls die monatliche Abrechnung der tatsächlichen Einsatzstunden.

Sparte Gebäudereinigung

Das Geschäftsjahr 2011 war für die Sparte Gebäudereinigung von einer stetigen Nachfragebewegung geprägt. Zumeist waren es die saisonal bedingten Schwankungen durch Schulferien aber auch die Häufung von Wochenfeiertagen, welche die Leistungsmengen stark beeinflussten. Zudem war ein hoher Krankenstand anzumerken, so dass die zeitliche Leistungsverschiebung nur bedingt ausgeglichen werden konnte. Insgesamt war das abgelaufene Jahr von einem permanenten Auftragsrückgang gekennzeichnet. Die Konsolidierung des kommunalen Auftraggebers wirkt sich direkt auf das Auftragsvolumen der Cives Dienste GmbH aus. Nur leicht konnten zusätzliche Tätigkeiten für die Theater, Oper und Orchester Halle GmbH für andere Tochterunternehmen des Stadtwerkekonzerns diesen Trend entschärfen. Neu sind im Laufe des Jahres die Objekte der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau am Standort der Deponie und der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH in der Karlsruher Allee hinzugekommen.

Mit der hohen natürlichen Fluktuation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten die Leistungsminderungen kompensiert werden, denn nicht alle freigewordenen Stellen wurden unmittelbar wiederbesetzt. Zum Jahresende misst die Zahl der Leistungen in der Gebäudereinigung 29.986 Einsatzstunden. Diese Reduzierung gegenüber dem Jahr 2010 in Höhe von 10.296 Einsatzstunden stellt eine Senkung um 25,7 Prozent dar. Dennoch geht das Unternehmen zuversichtlich den Aufgaben des Jahres 2012 entgegen, denn in den letzten beiden Monaten des Jahres 2011 war ein Aufwärtstrend zu verzeichnen gewesen.

Sparte Logistikleistung für den Entsorgungsbereich

In der Sparte Logistik konnte das Leistungsvolumen im Vergleich zum Vorjahr konstant gehalten werden. Mit 15.751 Einsatzstunden im Geschäftsjahr 2011 war nur eine leichte Reduzierung um 415 Einsatzstunden gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 16.166 Einsatzstunden erkennbar. Durch das Ausscheiden von zwei Mitarbeitern zur Jahresmitte und nur einer Nachbesetzung ab September 2011 steht dieser Entwicklung eine angepasste Aufwandsdarstellung entgegen.
Im zweiten Jahr der Leistungserbringung konnte eine Produktivitätssteigerung nachgewiesen und diese Leistungsart zum festen Bestandteil der Produktpalette etabliert werden. Letztlich strebt die Gesellschaft zur langfristigen Fortsetzung des Geschäftsmodells an, aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Ertragslage

Insbesondere die geringe Nachfrage nach Gebäudereinigungsleistungen ist für den Umsatzrückgang von TEUR 731 im Jahr 2010 um TEUR 104 auf TEUR 627 im Jahr 2011 ausschlaggebend. Für die Entwicklung der Erträge ist nach der anfänglichen Unterstützung durch die Agentur für Arbeit die Minderung der Rückerstattung von Lohnkosten zu berücksichtigen.
Waren im Vorjahr TEUR 10 noch variable Aufwendungen für die Erstausstattung von Material und Arbeitsschutzmittel notwendig, so bestimmen im Jahr 2011 nur noch TEUR 2 diese Kostenartengruppe.
Mit der Reduzierung der Personalzahl geht die Senkung des Personalaufwandes einher. Gemessen am Vorjahr in Höhe von TEUR 702 sind es im Geschäftsjahr 2011 nur TEUR 581. Dieser Abbau von 17,2 Prozent spiegelt sich nahezu in der rückläufigen Entwicklung des Umsatzes von 14,2 Prozent wieder.
Weitere Tendenzen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen können durch den Ausbau der kaufmännischen Dienstleistungen und einem höheren Aufwand für Aus- und Fortbildung argumentiert werden. Bei Letzterem wird ein Mitarbeiter der Logistik zum Kraftfahrer ausgebildet.
Das Betriebsergebnis und zugleich das Ergebnis für den Gesellschafter gibt im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 10 auf TEUR 1 nach, übertrifft aber dennoch die gestellten Erwartungen.

Für die bilanzielle Betrachtung ist das Umlaufvermögen von TEUR 79 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 7 gesunken, wobei sich die Detailpositionen aus Lieferungen und Leistungen sowie Forderungen aus dem Cash Pool gegenläufig entwickelt haben. Hauptsächlich die sonstigen Forderungen haben sich reduziert und bestimmen die Entwicklung der Bilanzsumme auf der Aktivseite von TEUR 87 im Jahr 2010 auf TEUR 79 im Jahr 2011. Die Kreditwürdigkeit der Cives Dienste GmbH war zu jeder Zeit im abgelaufenen Jahr gegeben und die im Cash Pool eingeräumte Kreditlinie in Höhe von TEUR 50 wurde zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen.
Letztmalig wurden im Bilanzjahr 2010 Verlustvorträge ausgeglichen, so dass nunmehr das nominelle Eigenkapital von TEUR 25 konstant fortbesteht. In den Rückstellungen sind nur die planmäßigen Pflichtrückstellungen in den TEUR 26 enthalten. Die Verbindlichkeiten von TEUR 28 nehmen um TEUR 8 gegenüber TEUR 36 im Vorjahr ab.

Personal

Zum Stichtag 31. Dezember 2011 sind in der Cives Dienste GmbH 32 Mitarbeiter, was einem Äquivalent von 26,3 Vollbeschäftigteneinheiten entspricht, beschäftigt. Dabei befinden sich neun Kraftfahrer und Lader in einem Arbeitsverhältnis von vierzig Stunden pro Woche. Für die 23 Gebäudereinigerinnen und Gebäudereiniger gilt eine wöchentliche Beschäftigung von dreißig Stunden. Insgesamt ergab sich somit im Jahresverlauf eine Anpassung der Kraftfahrer und Lader um einen Mitarbeiter und der Gebäudereinigerinnen und Gebäudereiniger um 8 Mitarbeiter. Dieser simultane Fortschritt der Beschäftigungszahl war vor dem Hintergrund der Leistungsentwicklung ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Ergebnis zum Jahresende.

Risikobericht

Die Abhängigkeit vom Gesellschafter in Bezug auf die Abnahme der durch die Cives Dienste GmbH angebotenen Leistungen muss generell als Risiko angesehen werden. Dennoch soll dem latenten Risiko durch die Gewinnung neuer Kunden und durch die Optimierung der Kosten- / Leistungssituation entgegengewirkt werden.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Fremdwährungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente, insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten, ausgesetzt.
Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

Zukünftige Entwicklung

Eine solide Leistungsentwicklung im Jahr 2012 soll der Cives Dienste GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von TEUR 4 vor Gewinnabführung bringen. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Nischen fortzusetzen, um zusätzlichen Umsatz zu generieren.
Zur Fortsetzung der erfolgreichen Entwicklung stützt sich die Gesellschaft wiederholt auf die Strategie, mit ihren Konditionen, stets über dem Mindestlohn der privaten Anbieter, gut motivierte Mitarbeiter an das Unternehmen zu binden. Nur so kann die sichere Daseinsvorsorge wie gefordert umgesetzt, aber auch kostengünstig erbracht werden. Diese Herausforderung wird das Agieren im Jahr 2012 weiterhin bestimmen und den marktwirtschaftlichen Fortschritt sichern. Auch für das Folgejahr strebt die Cives Dienste GmbH nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotentials.

Energieversorgung Halle Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer Sitz	postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Zum Heizkraftwerk 12 06112 Halle (Saale)

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:	**T€**	**%**
EVH GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale); Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie-, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von elektrischer Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf dem Gebiet der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Energieversorgung Halle Netz GmbH findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Göpfert, Heike

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Verände-rungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.607	4	904	2	451	1	703	78
Umlaufvermögen	25.232	71	43.761	85	32.317	85	-18.529	-42
Rechnungsabgrenzungsposten	8.904	25	6.696	13	5.182	14	2.208	33
Bilanzsumme	**35.743**	**100**	**51.361**	**100**	**37.950**	**100**	**-15.618**	**-30**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25	0	25	0	25	0	0	0
Rückstellungen	19.418	54	24.830	48	19.545	51	-5.412	-22
Verbindlichkeiten	7.478	21	19.874	39	13.229	35	-12.396	-62
Rechnungsabgrenzungsposten	8.822	25	6.632	13	5.151	14	2.190	33
Bilanzsumme	**35.743**	**100**	**51.361**	**100**	**37.950**	**100**	**-15.618**	**-30**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	100.940	135.232	105.303
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-212	429	11
sonstige betriebliche Erträge	3.102	2.504	1.127
Materialaufwand	74.159	110.125	81.525
Personalaufwand	4.005	3.679	2.722
Abschreibungen	145	97	145
sonstige betriebliche Aufwendungen	21.920	21.107	17.634
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	281	503	31
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens			13
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	298	531	6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.584	3.129	4.427
außerordentliche Erträge	127	132	2.366
außerordentliche Aufwendungen	72	331	5.080
außerordentliches Ergebnis	55	-199	-2.714
sonstige Steuern	23[1)]	77	40
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	3.616	2.853	1.673
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

[1)] ab 2011 werden Teile der Position sonstige Steuern dem Materialaufwand zugeordnet

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,58	2,11	1,59	%
Eigenkapitalrentabilität:	14.463,52	11.413,86	6.691,12	%
Cash-Flow:	3.761	2.950	1.831	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.648	2.424	2.265	T€
Personalaufwandsquote:	3,86	2,66	2,56	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,16	1,24	0,05	%
Eigenkapitalquote:	0,07	0,05	0,07	%
Fremdkapitalquote:	99,93	99,95	99,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Netznutzung Fernwärme	610,00	724,00	0,00	GWh
Netznutzung Gas	1.110,00	1.349,00	1.174,00	GWh
Netznutzung Strom	799,00	819,00	789,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen, Branchenentwicklung und Geschäft

1.1. Rahmenbedingungen

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 Prozent konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 Prozent ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 Prozent an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 Prozentpunkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 Prozent. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 Prozentpunkte auf 11,7 Prozent.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

1.2. Branchenentwicklung

Durch die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen stand die deutsche Energiewirtschaft auch in diesem Geschäftsjahr vor neuen Herausforderungen.

Der Bundesgerichtshof (BGH) entschied mit zwei Beschlüssen vom 28. Juni 2011, dass sich die in § 9 Anreizregulierungsverordnung (ARegV) vorgesehene Berücksichtigung des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors nicht auf die Verordnungsermächtigung des § 21a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) stützen ließ und damit unzulässig war. Nach dieser Rechtsprechung fand der generelle sektorale Produktivitätsfaktor mangels Rechtsgrundlage keine Anwendung mehr.

Als Reaktion hierauf beschloss der Bundesrat am 8. Juli 2011, die Bundesregierung zu bitten, baldmöglichst einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Neuregelung energiewirtschaftlicher Vorschriften vorzulegen, in dem die Verordnungsermächtigung des § 21a EnWG um Regelungen zur Anwendung und Bestimmung eines generellen sektoralen Produktivitätsfaktors erweitert wird. Dem folgte die Bundesregierung.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 2011 die Änderung des EnWG und der ARegV bezüglich des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors beschlossen, so dass dessen Anwendung nunmehr gesetzlich legitimiert ist.

Am 28. Oktober 2011 veröffentlichte die Bundesnetzagentur neue Regeln für den Wechsel des Strom- und Gasanbieters. Der Lieferantenwechsel muss ab der Anmeldung beim zuständigen Netzbetreiber innerhalb von drei Wochen erfolgen. Ein Liefervertrag konnte bisher nur zum Ersten eines Monats geschlossen werden, nun ist der Beginn eines Liefervertrages an jedem beliebigen Werktag möglich. Den Netzbetreibern und Energielieferanten wurde eine Umsetzungsfrist bis zum 1. April 2012 gewährt.

Die Bundesnetzagentur hat am 31. Oktober 2011 die Eigenkapitalzinssätze für die Betreiber von Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen für die zweite Regulierungsperiode beschlossen. Diese beginnt für Stromnetzbetreiber am 1. Januar 2014 und für Gasnetzbetreiber am 1. Januar 2013. Der Zinssatz wurde für Neuanlagen auf 9,05 Prozent und für Altanlagen auf 7,14 Prozent vor Körperschaftsteuer festgeschrieben. Die vergleichsweise moderate Kürzung gegenüber der ersten Regulierungsperiode wurde mit der Entwicklung des allgemeinen Zinsniveaus begründet. Auf eine Reduzierung des Risikozuschlags wurde laut Pressemitteilung der Bundesnetzagentur jedoch verzichtet, um Anreize für den deutschen Netzausbau im Rahmen der geplanten Energiewende zu wahren.

Im November 2011 hat die Bundesnetzagentur die Qualitätsregulierung für Stromverteilernetze begonnen. Im ersten Schritt wurden den Stromverteilnetzbetreibern, welche in der ersten Regulierungsperiode am regulären Verfahren der Anreizregulierung teilnehmen, die Höhe des individuellen sogenannten Qualitätselements (Q-Element) mitgeteilt. Dieses dient einem Bonus-Malus-System für Netzzuverlässigkeit und hat künftig direkten Einfluss auf die Erlösobergrenzen.

1.3. Geschäft

Die Gesellschaft ist als Strom-, Gas- und Fernwärmenetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Verteilnetzes verantwortlich. Das Unternehmen erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz in Höhe von 100,9 Millionen Euro, der sich überwiegend aus der Vereinnahmung der Netznutzungserlöse zusammensetzte.

Auf Basis des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 und der Anreizregulierungsverordnung vom 29. Oktober 2007 wurde mit einem Schreiben vom 2. September 2008 von der Bundesnetzagentur für die 1. Regulierungsperiode ein unternehmensspezifischer Effizienzwert für die beeinflussbaren Kostenbestandteile der Netzentgelte Strom von 95,7 Prozent festgelegt, der bis zum 31. Dezember 2018 gültig ist. Die Erlösobergrenze für Strom wurde der Energieversorgung Halle Netz GmbH mit Schreiben vom 6. Januar 2009 mitgeteilt und hat bis 31. Dezember 2013 Gültigkeit.

Für den Bereich des Verteilnetzes Gas wurde mit Schreiben vom 10. Dezember 2008 und einer Gültigkeit bis 31. Dezember 2017 von der Landesregulierungsbehörde Magdeburg ein unternehmensspezifischer Effizienzwert von 82,2 Prozent festgelegt. Mit gleichem Schreiben wurde auch die Erlösobergrenze für Gas mitgeteilt, welche bis 31. Dezember 2012 gültig ist.

Eine Anpassung der Erlösobergrenze kann lt. Anreizregulierungsverordnung (ARegV) jährlich zum 1. Januar des Folgejahres erfolgen. Anpassungsrelevante Faktoren sind die Entwicklung des Verbraucherpreisindexes oder nicht beeinflussbare Kostenanteile, wie z. B. vorgelagerte Netzkosten oder Kosten der vermiedenen Netznutzung.

Zur Ermittlung der Höhe der Mehrerlösabschöpfung Strom hat die BNetzA einen Erhebungsbogen erstellt, der dieser am 19. August 2009 übersandt worden ist. Der auf der Basis des Bescheides zur Mehrerlösabschöpfung vom 27. November 2009 durch die BNetzA ermittelte Wert der Mehrerlösabschöpfung Strom der Jahre 2005 bis 2007 wurde als Rückstellung eingestellt. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2013 wird diese zu je einem Viertel in Anspruch genommen. Die Landesregulierungsbehörde hat bisher darauf verzichtet, für Gas eine Mehrerlösabschöpfung für die Jahre 2005 bis 2007 zu berechnen. Da ungewiss ist, ob die Landesregulierungsbehörde zu einem späteren Zeitpunkt doch eine Mehrerlösabschöpfung erheben wird, wurde auf der Basis des Erhebungsbogens Gas der BNetzA die Mehrerlösabschöpfung Gas ermittelt und im Jahr 2009 eine Rückstellung gebildet.

Für die Jahre 2007 und 2008, die vor dem Beginn der 1. Anreizregulierungsperiode lagen, mussten Betreiber von Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen nach § 11 Satz 1 der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) beziehungsweise § 10 der Gasnetzentgeltverordnung (GasNEV) nach Abschluss einer Kalkulationsperiode die Differenz zwischen den Erlösen ermitteln, die sie in dieser Periode aus den Netzentgelten erzielt haben sowie den für die Periode kalkulierten Netzkosten. Für diese Differenz muss eine Rückstellung gebildet werden, die so genannte Periodenübergreifende Saldierung (PÜS). In den Jahren 2009 bis 2011 ist die Periodenübergreifende Saldierung des Jahres 2007 Bestandteil der genehmigten Erlösobergrenzen für Strom und Gas. In den Jahren 2010 bis 2012 kommt die PÜS 2008 zum Ansatz.

Mit Beginn der 1. Anreizregulierungsperiode sind die Betreiber von Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen nach § 5 der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) verpflichtet, ein Regulierungskonto zu führen. Inhaltliche Schwerpunkte des Regulierungskontos bilden die Differenz zwischen den zulässigen Erlösen und den vom Netzbetreiber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mengenentwicklung erzielten Erlösen - inhaltlich mit der periodenübergreifenden Saldierung (PÜS) vergleichbar, die Differenz aus den tatsächlich entstandenen Kosten und den in der Erlösobergrenze zum Ansatz gebrachten Kosten der dezentralen Einspeisung und des vorgelagerten Netzes.

In Umsetzung des Konzernprojekts zur Schaffung einer konzerneinheitlichen und konzerninternen Abrechnungslösung gingen zum 1. Januar 2011 alle Funktionen der Netzabrechnung Strom, Gas und Fernwärme an die IT Consult Halle GmbH über. Die Aktivitäten wurden über Dienstleistungsverträge abgerechnet.

Der Personalbereich der EVH GmbH ging zum 1. Januar 2011 mittels Personalübergang an die Stadtwerke Halle GmbH über. Entsprechende Personaldienstleistungen für die Energieversorgung Halle Netz GmbH wurden daher von der Stadtwerke Halle GmbH übernommen und die entsprechenden Rahmenbedingungen durch Dienstleistungsverträge geregelt.

1.4. Kommunikation

Der Gesellschafter der Netzgesellschaft Halle wurde durch schriftliche und mündliche Berichte der Geschäftsführung regelmäßig über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft unterrichtet. Wichtige Geschäftsvorgänge, die Geschäftsentwicklung, die finanzielle Lage der Gesellschaft und die Ergebnissituation sowie alle Maßnahmen, die nach den Regelungen der Satzung der Zustimmung des Gesellschafters bedürfen, wurden eingehend beraten.

2. Ertragslage

2.1. Absatz / Umsatz

Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrugen die Gesamtumsatzerlöse aus Netznutzung 93,4 Millionen Euro, im Vorjahr waren es 96,2 Millionen Euro.

Netznutzung Strom
Im Netzgebiet der Energieversorgung Halle Netz GmbH wurden im Jahr 2011 799 GWh (Vorjahr: 819 GWh) Strom ausgespeist. Die Umsätze in diesem Zusammenhang betrugen 49,5 Millionen Euro. Dies ist eine Verringerung von 1,2 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Zum einen wurden niedrigere Umsätze aufgrund der gesunkenen Ausspeisung generiert. Zum anderen wirkte sich die Inanspruchnahme der Mehrerlösabschöpfung in Höhe von 2,5 Millionen Euro positiv auf den Umsatz aus. Positiven Einfluss hatte der im Jahr 2011 in das Regulierungskonto eingestellte Betrag.

Netznutzung Gas
Der Durchsatz im Erdgasnetz der Gesellschaft betrug 1.110 GWh (Vorjahr: 1.349 GWh). Der Umsatz in diesem Segment belief sich auf 21,3 Millionen Euro (Vorjahr: 22,7 Millionen Euro). Die Ursache für den geringeren Erlösausweis liegt in einem geringeren Erdgasdurchsatz in 2011 und der gegenüber dem Vorjahr abweichenden Erlösobergrenze. Dieser Effekt wurde durch den im Jahr 2011 in das Regulierungskonto eingestellte Betrag zum Teil kompensiert.

Netznutzung Fernwärme
Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist seit 1. Januar 2010 Pächter des Fernwärmenetzes der EVH GmbH. In Anlehnung an die Berechnungsmethodik der Netznutzungsentgelte für Strom und Gas wurden auch die Entgelte für Wärme kalkuliert. Das Unternehmen transportierte im Jahr 2011 610 GWh (Vorjahr: 724 GWh) Wärme und erzielte 22,6 Millionen Euro (Vorjahr: 22,9 Millionen Euro) Umsatzerlöse aus Netznutzung Wärme. In den Umsatzerlösen wurde das Ausgleichskonto Wärme 2011 fortgeschrieben und beeinflusste die Umsatzerlöse aus Netznutzung Fernwärme positiv.

Umsatzerlöse Strom
Ab dem Jahr 2011 wurde der von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH im Kraftwerk Dieselstraße erzeugte Strom nicht mehr an die Energieversorgung Halle Netz GmbH verkauft. In der Folge fand auch kein Weiterverkauf an die EVH GmbH mehr statt. Somit wurden bei der Energieversorgung Halle Netz GmbH in den Umsatzerlösen aus Strom in Höhe von 1,3 Millionen Euro (Vorjahr: 25,8 Millionen Euro) im Jahr 2011 nur Erlöse aus dem Weiterverkauf des von kleinen dezentralen KWK-Anlagen aufgenommenen Stroms und die erzielten Erlöse für Ausgleichsenergie aus der Bilanzkreisabrechnung des Übertragungsnetzbetreibers ausgewiesen. Diese sind weitestgehend ergebnisneutral. In der Position Strombezug ist der Aufwand für Unterspeisung aus der Bilanzkreisabrechnung enthalten.

Sonstige Umsatzerlöse
Die Energieversorgung Halle Netz GmbH erzielte mit Servicedienstleistungen einen Umsatz in Höhe von 2,0 Millionen Euro. Bestandteil dieser Position waren vor allem die Erlöse aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der EVH GmbH, welcher Energiedienstleistungen für Nahwärme, Facility Management und Kraftwerke für die EVH beinhaltet. Ferner enthielt diese Position Erlöse für Servicedienstleistungen, vor allem aus Umverlegungsarbeiten für Kundenanschlüsse. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 0,4 Millionen Euro höhere Erlöse für Servicedienstleistungen generiert.

Weitere Sonstige Umsatzerlöse beliefen sich auf 4,1 Millionen Euro (Vorjahr: 11,7 Millionen Euro). Die Verminderung dieser Position gegenüber dem Vorjahr resultierte aus der Tatsache, dass die Erlöse aus Zuschlägen gemäß § 7 KWKG für die im Kraftwerk Dieselstraße per Kraft-Wärme-Kopplung erzeugte und gemäß KWK-Gesetz geförderte Strommenge nicht mehr enthalten war. Die Veränderung stellte sich im Aufwand für KWK als Gegenposition ebenso dar.

Außerdem enthalten waren die vom regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz Transmission GmbH gezahlten Vergütungen nach dem Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) für die eingespeisten KWK-Strommengen kleiner dezentraler Einspeiser sowie für die nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) geförderten, vom Netzbetreiber aufgenommenen Strommengen.

2.2. Variable Aufwendungen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen in der Energieversorgung Halle Netz GmbH Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von 74,2 Millionen Euro an. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 35,9 Millionen Euro weniger ausgegeben.

Bezug KWK-Strom
Die Strombezugskosten mit 0,1 Millionen Euro entsprachen den KWK-Strombezugskosten aus der Einspeisung kleiner dezentraler Erzeuger. Im Vorjahr wurden für den KWK-Strombezug 22,9 Millionen Euro aufgewandt. Diese Veränderung war darauf zurück zu führen, dass der Strombezug von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH ab 2011 nicht mehr enthalten war.

Netzverluste / Betriebsverbrauch / Regelenergie
Weiterhin bezog die Energieversorgung Halle Netz GmbH Strom in Höhe von 3,6 Millionen Euro (Vorjahr: 5,1 Millionen Euro) zur Deckung der Netzverluste, des Betriebsverbrauchs und der Regelenergie für das Stromnetz sowie Kommunalgas in Höhe von 0,3 Millionen Euro (Vorjahr: 0,2 Millionen Euro) für das Gasnetz. Zur Deckung der Netzverluste für das Fernwärmenetz wandte die Gesellschaft 3,8 Millionen Euro auf (Vorjahr 5,2 Millionen Euro).

KWK-Aufwand
Der KWK-Aufwand belief sich im Geschäftsjahr 2011 auf 0,6 Millionen Euro (Vorjahr: 9,9 Millionen Euro). Diese Position resultierte zum einen aus der Vergütung der KWK-Förderung an die zuschussberechtigten Stromeinspeiser und zum anderen aus dem im Netznutzungsentgelt als Letztverbraucherzuschlag enthaltenen KWK-Belastungsausgleich. Die Abweichung zum Vorjahr war ebenfalls auf die veränderte Vertragsgestaltung bezüglich der durch die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH produzierten Strommengen zurückzuführen.

Bezogene Leistungen
Für bezogene Leistungen fielen im abgelaufenen Geschäftsjahr 62,2 Millionen Euro (Vorjahr: 64,6 Millionen Euro) an. Aufgrund von Umstrukturierungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns wurden Personal-, Abrechnungs- und DV-Dienstleistungen, die im Vorjahr in den bezogenen Leistungen enthaltenen waren, den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zugeordnet. Der Aufwand für die Nutzung des vorgelagerten Stromnetzes der envia Verteilnetz GmbH ist gesunken. In den bezogenen Leistungen sind ebenfalls die Aufwendungen aus vermiedener Netznutzung für den in das Netz eingespeisten Strom aus Stromerzeugungsanlagen im Netzgebiet der Stadt Halle und die gesonderten Kosten des vorgelagerten Gasnetzes von ONTRAS enthalten. Eine weitere Position ist das Pachtentgelt für die von der EVH GmbH gepachteten Energieversorgungsnetze sowie für die von der EVH GmbH erbrachten kaufmännischen und technischen Dienstleistungen im Rahmen der Geschäftsbesorgung durch die EVH GmbH.

2.3. Personal- und Sozialbereich

Am 31. Dezember 2011 beschäftigte die Energieversorgung Halle Netz GmbH 66 Mitarbeiter und 8 Auszubildende.

Der Personalaufwand betrug 4,0 Millionen Euro. Diese Steigerung um 8,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr war im Wesentlichen auf die Tarifsteigerung zum Jahresanfang sowie auf Neueinstellungen zurückzuführen. Insgesamt beschäftigte die Energieversorgung Halle Netz GmbH zum Jahresende 2011 damit 6 Mitarbeiter mehr als noch zum Ende des Jahres 2010.

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 41 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 16 Jahre (unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge gemäß § 613a BGB).

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH steht vor den Herausforderungen des demographischen Wandels. Sowohl die geburtenschwachen Jahrgänge als auch die Abwanderungsbewegung der Bevölkerung machen es immer schwieriger, neue Mitarbeiter zu gewinnen. Ein besonderes Augenmerk liegt deshalb auf der Rekrutierung von Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung bzw. der Gewinnung von Hochschulabsolventen. Um den Wissenstransfer zu gewährleisten, wird angestrebt, Jungfacharbeiter zu übernehmen. Zudem besteht für Auszubildende die Möglichkeit, duale Studiengänge zu absolvieren. Auch das Angebot von Diplomanden-, Praktikanten- und Traineestellen wird kontinuierlich ausgebaut.

Angesichts des bundesweiten Start-Termins zur Bilanzkreisabrechnung (Festlegung von Marktregeln für die Durchführung der Bilanzkreisabrechnung Strom – MaBiS) zum 1. April 2011 mit verbindlichen Geschäftsprozessen und dem Ziel einer durchgängigen Prozess- und Datenbeschreibung wurden die Geschäftsprozesse im neuen Netzmanagementbilanzierungssystem aufgenommen. Die personelle Neubesetzung im Sachgebiet wurde ohne Verzögerung angegangen. Neue Datenaustauschpflichten mit neuen Zeitreihentypen und Datenformaten sind ebenso zu entwickeln, wie angepasste Prozessbeschreibungen für die Abwicklung der Bilanzkreisabrechnung.

Mit der Einführung der Marktteilnehmer Messstellenbetreiber und Messdienstleister und der bundesweiten Verpflichtung des Angebotes von intelligenten Zählern wurde es notwendig, alle Wechselprozesse (Netzabnahmestellen, Lieferanten und Messstellenbetreiber) in einem Sachgebiet zusammen zu fassen. Am 9. September 2010 veröffentlichte die Bundesnetzagentur (BNetzA) die Festlegungen zur Standardisierung von Verträgen und Geschäftsprozessen im Messwesen. Die als Anlage zu den Beschlüssen festgelegten Änderungen der Anlage zur GPKE (Geschäftsprozesse zur Kundenbelieferung mit Strom) und GeLiGas (Geschäftsprozesse zum Lieferantenwechsel Gas) waren ab dem 1. Oktober 2011 anzuwenden.

Aufgrund der relativ schnellen Folge des Eintretens der passiven Arbeitsphase und des krankheitsbedingten Ausfalls von insgesamt 5 Mitarbeitern wurde zur Entspannung der Situation in den Wartebereichen die Nachfolgeplanung forciert.
Für die Einarbeitung neuer Betriebsführer werden aufgrund des komplexen Tätigkeits- und Aufgabengebietes und der umfangreichen Anforderungen mindestens 2 Jahre benötigt. Während dieses Zeitraumes sollen die Mitarbeiter auch am Bereitschaftsdienst des Netzservice teilnehmen, um die wichtigsten Abläufe vor Ort kennenzulernen.

2.4. Sonstiger betrieblicher Aufwand

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Berichtszeitraum 21,9 Millionen Euro und fielen mit 0,8 Millionen Euro höher aus als im Vorjahr. Die Abweichungen resultierten hauptsächlich aus der vom Vorjahr abweichenden Zuordnung von Personal-, Abrechnungs- und DV-Dienstleistungen. Diese veränderte Zuordnung beruhte auf Umstrukturierungen innerhalb des Konzerns. Weitere wesentliche Bestandteile dieser Position waren die Aufwendungen für die Konzessionsabgabe Strom und Gas sowie der Gestattungsvertrag Fernwärme in Höhe von 8,6 Millionen Euro (Vorjahr: 9,2 Millionen Euro) und die Kosten für Instandhaltungs- und Abrüstungsarbeiten.

2.5. Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2011 belief sich das Außerordentliche Ergebnis auf 0,1 Millionen Euro. Grund für die Veränderung zum Vorjahr in Höhe von 0,3 Millionen Euro waren im Wesentlichen geringere Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Bilanzrechtsmodernisierungs-gesetz.

2.6. Ergebnisverwendung

Die Gesellschaft führt den Jahresüberschuss in Höhe von 3,6 Millionen Euro an die EVH GmbH aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages ab.

3. Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung weist im Geschäftsjahr einen Zahlungsmittelabfluss von 1,0 Millionen Euro aus. Dieser ergibt sich aus dem Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 2,7 Millionen Euro, dem Cash-Outflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 0,8 Millionen Euro und der Ergebnisabführung in Höhe von 2,9 Millionen Euro.

Wie die Kapitalflussrechnung zeigt, verringerte sich der Cash-flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 7,3 Millionen Euro.

Die Senkung des Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit beruht im Wesentlichen auf dem negativen Saldo der Rückstellungen (Abnahme -5,3 Millionen Euro) im Geschäftsjahr sowie der Entwicklung von Forderungen und Verbindlichkeiten.

Aufgrund der Zahlungsmittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und unter Berücksichtigung des Cash-Outflows aus der Investitionstätigkeit (0,8 Millionen Euro) sowie der Abführung des Vorjahresergebnisses (2,9 Millionen Euro) ergibt sich insgesamt ein Finanzmittelbestand in Höhe von 10,2 Millionen Euro (Vorjahr: 11,2 Millionen Euro).

Dies entspricht einer Verschlechterung des Finanzmittelbestandes um 1,0 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr.

Der Finanzmittelbestand wird täglich dem Cash-Pool der Stadtwerke Halle GmbH zugeführt und dort angemessen verzinst.

4. Vermögenslage

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH hat mit der EVH GmbH einen Pachtvertrag abgeschlossen, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Das Unternehmen tätigte im Geschäftsjahr 2011 Investitionen in Höhe von 0,8 Millionen Euro, welche hauptsächlich für die Beschaffung spezieller Hard- und Software ausgegeben wurden.

Die Bilanzsumme des Unternehmens verringerte sich um 15,6 Millionen Euro auf 35,7 Millionen Euro. Das Eigenkapital belief sich auf 25 Tausend Euro.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die Energieversorgung Halle Netz GmbH notwendig machen würden.

6. Tätigkeiten

Als Unternehmen ist die Energieversorgung Halle Netz GmbH für Ausbau, Betrieb, und Instandhaltung von Energieversorgungsnetzen der Sparten Strom, Gas und Wärme sowie der spartenübergreifenden Fernwirk-, Kommunikations- und Leittechnik tätig.

Die Netze wurden von der Muttergesellschaft EVH GmbH gepachtet. Neubau, Ersatzinvestitionen, Erneuerungen und Änderungen im Rahmen der Betriebsführung sind das Kerngeschäft der Netzgesellschaft Halle.

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG wurde jeweils für die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung und Gasverteilung ein Tätigkeitsabschluss erstellt.

7. Risikobericht

Basierend auf den gesetzlichen Anforderungen bildet das Risikomanagementsystem der Energieversorgung Halle Netz GmbH einen integralen Bestandteil der Unternehmensführung. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH führt jährlich zusammen mit der EVH GmbH eine Chancen- und Risikoinventur durch, auf deren Grundlage die Anpassung der Inhalte des monatlichen Reports erfolgt. Ziel ist es, möglichst frühzeitig Informationen über Risiken und Chancen und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen zu gewinnen, die Erkenntnisse fortlaufend in unternehmerische Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen und gegenüber der Gesellschafterin kontinuierlich zu kommunizieren.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschläge vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld.

Im Rahmen der Anreizregulierung ist vorgesehen, dass von allen Unternehmen eine Effizienzsteigerung zu erbringen ist. In den ersten fünf Jahren müssen die Netzbetreiber einen jährlichen Produktivitätsfortschritt von 1,25 Prozent und in den zweiten fünf Jahren von 1,5 Prozent erzielen. Außerdem ist das Kostenniveau im Ergebnis des Effizienzvergleichs zum Beginn der ersten Anreizregulierungsperiode langfristig abzusenken. Das bedeutet für die Gesellschaft, dass sie ihre Netzentgelte am effizientesten vergleichbaren Unternehmen ausrichten und dessen Niveau spätestens nach zehn Jahren erreichen muss.

Daraus ergibt sich eine Unsicherheit bezüglich des Preisniveaus des Nutzungsentgeltes für Strom und Gas.

In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

8. Prognosebericht

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass sich durch die eingeleiteten Maßnahmen zur Kostenoptimierung, insbesondere im Bereich Instandhaltung und Ersatzinvestition, mittelfristig eine Verbesserung der Effizienzwerte einstellen wird.

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Energieversorgung Halle Netz GmbH entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Übertragungs- und Verteilleitungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Fachsparten Strom, Erdgas, Fernwärme, Leittechnik, Passivnetze und Zähler.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Gewerke Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Die bereits im Jahr 2009 begonnenen und mittelfristig weiterzuführenden Maßnahmen im Schutzrohrauswechslungsprogramm, beim Umbau der Kettenpaartrafostationen und der Ersatz von Fernwärmeprimär- und -sekundärleitungen führen zum einen zur Optimierung im Bereich der Investition und zeigen andererseits Kostensenkungspotenziale der Betriebs- und Instandhaltungskosten.

Im Ergebnis der Auswertung der Prognosezahlen wird im kommenden Berichtsjahr von einem gleich bleibenden Strommengenaufkommen im Netzgebiet der Stadt Halle ausgegangen. Das Mengenaufkommen im Gassektor kann witterungsbedingt variieren.

Die Gesellschaft geht im Jahr 2012 von Investitionen in Höhe von 0,6 Millionen Euro aus. Hauptsächlich wird in den Kauf bzw. Ersatz von Hard- und Software investiert.

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat mit ihrem Schreiben vom 5. Dezember 2011 den Entwurf eines Beschlusses im Hinblick auf die beabsichtigte Festlegung zur Bestimmung des Qualitätselementes übersandt. Im Rahmen der Anhörung gemäß § 67 Abs. 1 EnWG hat die Netzgesellschaft Halle die Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 10. Januar 2012 wahrgenommen.

Für das Geschäftsjahr 2012 erwartet die Energieversorgung Halle Netz GmbH ein positives Jahresergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 0,2 Millionen Euro. Für das Jahr 2013 plant die Gesellschaft nach den derzeit bekannten Rahmenbedingungen ein Ergebnis von ebenfalls 0,2 Millionen Euro.

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	10.250

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Erzeugung und Lieferung von Elektrizität, Gas und Wärme; die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen; die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der EVH GmbH findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Müller-Urlaub, Berthold
		Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar
	stellv. Vorsitzender	Kocian, Burkhard
		Bauersfeld, Martin
		Birth, Siegfried
		Felke, Thomas
		Gabrysch, Hubert
		Gärtner, Steffen
		Hajek, Andreas
		Knöchel, Swen
		Krause, Johannes
		Neumann, Lutz
		Paulsen, Oliver

Aufsichtsrat:

Philipp, Lothar
Schramm, Rudenz
Wolter, Tom

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	26	25	24

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	235.389	70	236.821	67	247.955	72	-1.432	-1
Umlaufvermögen	100.276	30	118.447	33	87.702	26	-18.171	-15
Rechnungsabgrenzungsposten	759	0	1.015	0	7.761	2	-256	-25
Bilanzsumme	**336.424**	**100**	**356.283**	**100**	**343.418**	**100**	**-19.859**	**-6**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	77.917	23	77.917	22	76.736	22	0	0
Sonderposten mit Rücklagenanteil	8.426	3	9.549	2	10.783	3	-1.123	-12
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	20.699	6	24.423	7	28.896	8	-3.724	-15
Rückstellungen	51.531	15	52.724	15	51.255	15	-1.193	-2
Verbindlichkeiten	168.530	50	184.566	52	167.415	49	-16.036	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	9.321	3	7.104	2	8.333	3	2.217	31
Bilanzsumme	**336.424**	**100**	**356.283**	**100**	**343.418**	**100**	**-19.859**	**-6**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	465.608	452.339	409.097
Stromsteuer/Erdgassteuer	-36.925	-34.294	-33.068
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1	-13	-39
andere aktivierte Eigenleistungen	2.745	1.843	2.158
sonstige betriebliche Erträge	23.083	26.997	24.799
Materialaufwand	342.121	328.687	271.830
Personalaufwand	28.261	27.675	26.837
Abschreibungen	22.588	23.616	26.031
sonstige betriebliche Aufwendungen	32.046	38.343	49.715
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	3.616	2.853	1.673
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	560	798	347
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	0	0	114
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.447	4.397	4.277
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	29.225	27.805	26.163
außerordentliche Erträge	100	60	4.305
außerordentliche Aufwendungen	5.384	1.444	5.951
außerordentliches Ergebnis	-5.284	-1.384	-1.646
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-273	-0	623
sonstige Steuern	1.193	1.062	935
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	23.021	25.359	22.959
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,37	6,07	6,11	%
Eigenkapitalrentabilität:	29,55	32,55	29,92	%
Cash-Flow:	45.609	48.975	49.104	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	937	899	782	T€
Personalaufwandsquote:	6,22	6,19	6,66	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	69,75	66,25	71,54	%
Eigenkapitalquote:	23,16	21,87	22,34	%
Fremdkapitalquote:	76,84	78,13	77,66	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Absatz Erdgas	2.799,00	3.221,00	2.910,00	GWh
Absatz Strom	1.741,00	1.577,00	1.339,00	GWh
Absatz Wärme	789,00	958,00	753,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen, Branchenentwicklung und Geschäft

1.1. Rahmenbedingungen

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 Prozent konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 Prozent ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 Prozent an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 Prozentpunkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 Prozent. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 Prozentpunkte auf 11,7 Prozent.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

1.2. Branchenentwicklung

Durch die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen stand die deutsche Energiewirtschaft auch in diesem Geschäftsjahr vor neuen Herausforderungen.

Am 6. Juni 2011 beschloss die Bundesregierung ihr Maßnahmenpaket zur Energiewende. Der Bundestag hat das aus insgesamt sieben Gesetzen und einer Verordnung bestehende Maßnahmenpaket am 30. Juni 2011 verabschiedet. Dem hat der Bundesrat am 8. Juli 2011 weitgehend zugestimmt. Es umfasst unter anderem Neuregelungen und Anpassungen im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2012), den Erlass des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes Übertragungsnetz (NABEG) sowie die Novelle des Atomgesetzes mit dem darin verankerten Ausstieg aus der Kernenergie. Ausgenommen ist lediglich das Gesetz zur steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Bundestag und Bundesrat konnten sich bis Ende 2011 dazu nicht einigen.

Die Regelungen des novellierten EEG 2012 treten am 1. Januar 2012 in Kraft. Änderungen betreffen vor allem Neuregelungen des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Langfristig sollen erneuerbare Quellen wie Sonne, Wind, Biomasse oder Geothermie weitgehend den gesamten in Deutschland benötigten Strom liefern. Bis 2020 soll sich der Anteil von heute 17 auf 35 Prozent verdoppeln und auch danach noch deutlich zunehmen. Hierfür setzt die Regierung vor allem auf neue Windparks auf hoher See, die stärker gefördert werden. Auch die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft und Geothermie profitieren von höheren Vergütungssätzen. Im Gegenzug sinken die Vergütungssätze für die Erzeugung von Strom aus Biomasse und Photovoltaik. Das Bundesumweltministerium rechnet wegen der Ökostrom-Förderung vorübergehend mit steigenden Strompreisen, welche ab 2030 deutlich sinken sollen.

Das novellierte EnWG trat am 4. August 2011 in Kraft. Die meisten Neuregelungen haben sowohl Auswirkungen auf Betreiber von Transport-, Verteil- und Objektnetzen als auch auf das Verhältnis von Letztverbrauchern und Energieversorgungsunternehmen. Die Neuerungen für Energieversorgungsunternehmen umfassen u. a. die Reduzierung der Frist für die Durchführung des Lieferantenwechsels, die erhöhten Anforderungen an die Stromkennzeichnung sowie zusätzliche Anforderungen an die Rechnungen.

Das NABEG trat am 5. August 2011 in Kraft. Mit dem Gesetz wird die Grundlage für einen rechtssicheren, transparenten, effizienten und umweltverträglichen Ausbau des Übertragungsnetzes sowie dessen Ertüchtigung geschaffen. Durch das Gesetz soll der Ausbau der Stromnetze vorangetrieben werden. Dies ist die Voraussetzung für den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Infolge der Reaktorkatastrophe von Fukushima (Japan) im März 2011 erließ die Bundesregierung ein dreimonatiges Atom-Moratorium, welches eine Überprüfung sämtlicher deutscher Atomkraftwerke und die zwischenzeitliche Abschaltung von acht deutschen Reaktoren zum Inhalt hatte.

Am 30. Juni 2011 beschloss der Bundestag im Rahmen der Energiewende den endgültigen Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie und nahm damit die erst im Herbst des Vorjahres beschlossene Laufzeitverlängerung der vorhandenen Atomkraftwerke zurück. Die während des Moratoriums abgeschalteten Reaktoren wurden sofort stillgelegt und für die verbliebenen neun Anlagen eine stufenweise Abschaltung bis 2022 festgelegt.

Seit 2010 gilt die Ausführungsverordnung der Bundesnetzagentur zur Ausgleichsmechanisierungsverordnung (AusglMechV) für EEG-Strom. Gemäß dieser Verordnung haben die Elektrizitätsunternehmen für jede an Letztverbraucher gelieferte Kilowattstunde Strom eine EEG-Umlage an die Übertragungsnetzbetreiber zu entrichten. Die AusglMechV verpflichtet die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (50Hertz, Amprion, EnBW Transportnetze, Tennet), den gesamten EEG-Strom an der Strombörse zu verkaufen. Die an der Börse erzielten Einnahmen reichen nicht aus, die Ausgaben für die im EEG festgelegten Vergütungen und die so genannten Profilservicekosten des EEG-Stroms zu decken. Den prognostizierten Fehlbetrag geben die Übertragungsnetzbetreiber in Gestalt der EEG-Umlage an die Stromlieferanten weiter. Im Oktober 2011 veröffentlichten die vier Übertragungsnetzbetreiber die EEG-Umlage für 2012. Diese änderte sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig und wurde auf 3,592 Cent/kWh festgeschrieben, während sie im Jahr 2010 bei 3,530 Cent/kWh lag.

Am 16. Dezember 2011 veröffentlichte die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur (BNetzA) die Festlegungen zur neuen Umlage nach Paragraph 19, Absatz 2 der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV). Die neue Regelung gilt ab 1. Januar 2012 und hat Auswirkungen auf die Höhe der Netzentgelte. Stromintensive Industrieunternehmen können bei Erfüllung der Voraussetzungen (mindestens 7000 Benutzungsstunden und mindestens 10 GWh Stromverbrauch pro Jahr) eine vollständige Befreiung der Netzentgelte beantragen. Bisher erhielten diese maximal 20 Prozent Befreiung. Anders als in der Vergangenheit werden die Entlastungen nicht mehr über die Netzentgelte im jeweiligen Netzgebiet, sondern über eine neue bundesweite Umlage von allen Letztverbrauchern finanziert.

Die European Energy Exchange AG (EEX) hat neben dem Stromhandel nun auch den Erdgashandel ausgebaut. Dazu wurden ab Januar 2011 die börslichen Handelszeiten am Spot- und Terminmarkt für Erdgas erweitert sowie ein neuer Gaspreisindex für den deutschen Markt eingeführt. Am 30. Mai 2011 startete die EEX den 24/7-Gashandel. Somit ist der Handel an 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche möglich. Zeitgleich wurden die an den Börsenhandel der EEX angeschlossenen deutschen Marktgebiete Gaspool und Netconnect Germany um das niederländische Marktgebiet TTF erweitert. Die Anerkennung durch das niederländische Wirtschaftsministerium als Gasbörse war Voraussetzung für diesen Schritt.

Die Gasmarktgebiete Gaspool und LGas 1 wurden zum 1. Oktober 2011 zusammengelegt. Damit bestehen in Deutschland nur noch zwei Gasmarktgebiete, Netconnect Germany und Gaspool. Beide sind qualitätsübergreifend für H- und L-Gas aufgestellt.

1.3. Geschäft

In Umsetzung des Konzernprojekts zur Schaffung einer konzerneinheitlichen und konzerninternen Abrechnungslösung sind zum 1. Januar 2011 alle Aufgaben der Abrechnung Strom, Gas und Wärme auf die IT-Consult Halle GmbH übergegangen. Die Aktivitäten werden über Dienstleistungsverträge abgerechnet.

Weiterhin ging das Personalwesen zum 1. Januar 2011 mittels Personalübergang an die Stadtwerke Halle GmbH über. Die entsprechenden Rahmenbedingungen wurden mit Dienstleistungsverträgen geregelt.

Zum 1. Januar 2011 wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der EVH GmbH und der Meter1 GmbH & Co.KG sowie der Meter1 Verwaltung GmbH geschlossen. Dieser umfasst die Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen von der EVH GmbH an die Meter1 GmbH & Co.KG.

Am 14. Dezember 2010 wurde die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH, eine 100-prozentige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH, gegründet. Die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH ist für die Betriebsführung, Instandhaltung und Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen sowie den Ersatz und die Optimierung unwirtschaftlicher Beleuchtungsanlagen verantwortlich. Die kaufmännische und technische Dienstleistung sowie die Belieferung mit Strom für diese Gesellschaft übernahm die EVH GmbH. Dazu wurden zum 1. Januar 2011 ein Geschäftsbesorgungsvertrag sowie zum 1. Februar 2011 ein Stromliefervertrag zwischen der EVH GmbH und der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH geschlossen. Des Weiteren sind Mitarbeiter der EVH GmbH mittels Arbeitnehmerüberlassungsvertrag für die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH tätig. Dieser Vertrag wurde zum 1. Januar 2011 geschlossen

Am 21. September 2011 wurde die Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH als 100%iges Tochterunternehmen der EVH GmbH gegründet und nahm am 1. Oktober 2011 ihren operativen Geschäftsbetrieb auf. Die Gesellschaft übernimmt die Verantwortung zum Betrieb, zur Wartung und zum Ausbau des Strom- und Gasnetzes, der Info- und Leittechnik, der Fernwirktechnik und des Mess- und Zählwesens sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte auf dem Industriegebiet an der A 14 von Halle (Saale). Die kaufmännischen sowie technischen Dienstleistungen werden durch die EVH GmbH erbracht.

Im Rahmen des von der Bundesregierung beschlossenen Energie- und Klimaschutzprogramms hat die EVH GmbH im Geschäftsjahr 2011 den Ausbau ihrer regenerativen Erzeugungskapazitäten vorangetrieben, um ihrer klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. Die Errichtung zweier Wasserkraftwerke schreitet voran. Für das Projekt Pulverweiden liegt der Planfeststellungsbescheid bereits vor. Das Genehmigungsverfahren für Halle-Kröllwitz läuft derzeit.

Am 6. Juni 2011 schloss die Stadt Halle mit der EVH GmbH und der Stadtwerke Halle GmbH einen „Energiepakt für Halle“. Darin verpflichteten sich die Unternehmen, ab Frühsommer 2012 die gesamte für die Stadt Halle benötigte Strommenge atomstromfrei zu produzieren. Kern dieses Projektes ist der Umbau der Stromerzeugung, um die benötigte Strommenge für Halle umweltschonend und ökologisch erzeugen zu können. Eine gute Voraussetzung dafür ist die Eigenerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung. Die beiden halleschen Kraftwerke in Halle-Trotha und in der Dieselstraße können nach Abschluss der Umbauarbeiten am Standort Halle-Trotha ab 2012 zusammen ca. 90 % des Stromverbrauchs im Stadtgebiet Halle in umweltfreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung herstellen. Hinzu kommt der Ausbau regenerativer Energieerzeugung. So wurde am 1. Juli 2011 die bisher größte Photovoltaikanlage der EVH GmbH auf dem Dach eines Möbelkaufhauses in der Mansfelder Straße errichtet. Dort wird auf 10.000 m^2 Dachfläche Strom aus Sonnenenergie produziert. Ein weiteres Projekt in diesem Zusammenhang ist die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Erdgas Sportparkes in Halle. Diese Anlage ist im Dezember 2011 in Betrieb gegangen.

Ab 2011 übernahm die EVH GmbH die Belieferung des Krankenhauses Martha-Maria in Halle-Dölau mit Strom, Wärme und Kälte. Es wurde in eine moderne, umweltschonende Versorgungslösung investiert. Die EVH GmbH und das Krankenhaus Martha-Maria in Halle-Dölau realisierten gemeinsam in siebenmonatiger Bauzeit ein umfassendes Contracting-Projekt. Nicht nur die Errichtung von drei BHKW-Modulen sowie einer Pelletkesselanlage standen im Fokus dieses Projektes, sondern auch die Optimierung der bestehenden Kälte- und Ölheizkesselanlage.

Halplus Strom Öko+ von der EVH GmbH trägt seit 2011 das ok-power Label und wird zu 100 Prozent in norwegischen Wasserkraftwerken erzeugt. Das ok-power-Gütesiegel steht für eine vertrauenswürdige und transparente Zertifizierung von Ökostrom mit echtem Zusatznutzen für die Umwelt. Die EVH GmbH bietet seit Jahren Strom aus Wasserkraft an. Das ok-power Label hat nun diesen Strom auf dessen Wirkung für eine nachhaltige Energieerzeugung geprüft.

Das Preisniveau für Rohöl hat sich gegenüber 2010 stark erhöht. Die Preise erreichten im Jahresdurchschnitt 111 Dollar pro Barrel und übertrafen damit die Höchstmarke aus dem Jahr 2008 (knapp 100 Dollar pro Barrel). Zum Jahresende 2010 lag der Ölpreis noch bei 90 Dollar pro Barrel. Für 2012 erwarten Analysten einen leichten Anstieg. Grund dafür ist der Streit mit dem Iran wegen seines umstrittenen Atomprogrammes. Die Ölmarktentwicklung beeinflusst auch die Gaspreise. Viele Verträge basieren auf Ölpreisbindung. Die gestiegenen Ölpreise führten teilweise auch bei der EVH GmbH zu höheren Beschaffungskosten. Das Unternehmen musste zum November 2011 die Erdgaspreise für Grundversorgung und Halplus-Produkte in Halle erhöhen.

Im Vergleich zum Dezember 2010 stieg der VIK-Strompreisindex zum Dezember 2011 leicht um 4,8 Punkte (+ 3 Prozent). Der Index spiegelt die Entwicklung des Strompreises für große Kunden wider und basiert auf der Börsenpreisentwicklung und den Netzentgelten. Grund für die Entwicklung sind die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen höheren Spotmarktpreise auf den Großhandelsmärkten und die sich fortsetzende konjunkturelle Erholung. Im vierten Quartal 2011 war ein Absinken des Preisniveaus an der EEX zu verzeichnen.

Auf dem deutschen Strommarkt hat der Wettbewerb in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Im Herbst 2008 waren durchschnittlich 50 Wettbewerber auf dem Markt. Aktuell können Privatkunden zwischen durchschnittlich 98 Stromanbietern wählen. Dieser Trend ist auch bei der EVH GmbH zu verzeichnen. Der Wettbewerb im Netzgebiet Halle ist intensiv. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Gewinnung von Marktanteilen, wobei der Direktvertrieb durch sogenannte Haustürgeschäfte am weitesten verbreitet ist. Diese Vermittler überreden teilweise mit unlauteren Mitteln Kunden zum Wechsel des Energielieferanten. Gegen einige Unternehmen wurden juristische Schritte in die Wege geleitet.

Der Wettbewerb am deutschen Gasmarkt hat 2011 auch an Intensität zugenommen. Nach einer Marktanalyse von toptarif.de hatten Ende 2010 die Verbraucher in Deutschland die Wahl zwischen durchschnittlich 41 Gasanbietern. Aktuell konkurrieren durchschnittlich 59 Wettbewerber. Grund für den Anstieg sind neben neuen Anbietern auch immer mehr Stadtwerke, die in den überregionalen Vertrieb von Gas einsteigen bzw. ihre Liefergebiete vergrößern. Begünstigt wird diese Entwicklung durch die verbesserten Eintritts- und Rahmenbedingungen für Gasversorger.

Die aktuellen Marktaktivitäten verdeutlichen, dass sich die EVH GmbH auf eine weitere Intensivierung des Wettbewerbs um Endkunden einstellen muss. Aus diesem Grund führte das Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr zum vierten Mal Kundenbefragungen durch. Mit der Befragung sollte die Bekanntheit des Unternehmens sowie die Zufriedenheit der Kunden mit unseren Produkten, Angeboten und Services erfragt und messbar gemacht werden. Die Ergebnisse der Befragung dienen der Ausrichtung von Produkt- und Marketingstrategien sowie der Verbesserung des Kundenservices.

Um den Kundenservice ständig zu verbessern, unterzogen sich bereits im Jahr 2008 Mitarbeiter des Kundencenters sowie der Vertriebsabteilung Privat- und Gewerbekunden einer Prüfung durch Vertreter des TÜV Rheinland. Das Zertifikat „Kundenservice in der Energie- und Versorgungswirtschaft“ bescheinigt den Mitarbeitern eine sehr hohe Kompetenz im Umgang mit Kunden. Im Dezember 2011 fand erfolgreich die Rezertifizierung statt.

Die EVH GmbH erweiterte ihr Angebot zur bereits bestehenden Förderung für Erdgasfahrzeuge. Zuzüglich der Fördersumme von 300 Euro für die Neuanschaffung bzw. Umrüstung der Fahrzeuge, erhielten im Jahr 2011 alle Kunden der EVH GmbH, die künftig mit Erdgas fahren, 350 Kg Erdgas.

Um die Kundenbindung zu verbessern, werden immer wieder neue Dienstleistungen oder Produkte entwickelt. Mit dem Produkt „Halplus GrünAnlage“, welches erstmals 2010 angeboten wurde, konnten die EVH-Kunden in Zusammenhang mit den Investitionen in Photovoltaik-Anlagen einen Sparbrief erwerben. Bis zu 5.000 Euro konnten mit einer Laufzeit von fünf Jahren bei der Saalesparkasse angelegt werden. Unter der Voraussetzung, dass ein Stromliefervertrag mit der EVH GmbH besteht, wurde ein Zinsaufschlag von 1,65 Prozent p. a. von der EVH gewährt, sodass eine Gesamtverzinsung von 3 Prozent p. a. ermöglicht wurde. Innerhalb von 4 Wochen war das Volumen ausgeschöpft. Damit wurde eine langfristige Bindung zu den beteiligten Kunden aufgebaut. Vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2011 wurde die Halplus GrünAnlage 2 aufgelegt und hat wiederum hohe Akzeptanz gefunden.

Der EVH GmbH wurde am 13. Oktober 2011 der Innovationspreis 2011 vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU) überreicht. Ausgezeichnet wurde das innovative Bürgerbeteiligungsprogramm der EVH GmbH „Solar für Halle“. Mit dem Programm wird es Hallensern ermöglicht, entweder auf dem eigenen Dach Photovoltaikanlagen zu installieren oder sich unbürokratisch an Investitionen in Solarprojekte zu beteiligen und sich so für regenerative Energien zu engagieren.

Das Umweltministerium des Landes hat die Einführung der Umweltzone in Halle festgelegt. Sie soll in zwei Phasen eingeführt werden. Die erste Phase ist abgeschlossen. Seit dem 1. September 2011 dürfen nur noch Autos mit grüner und gelber Plakette die Umweltzone befahren. Ab 2013 soll die Einfahrt dann nur noch mit der grünen Plakette oder einer Ausnahmegenehmigung möglich sein. In diesem Zusammenhang musste die EVH GmbH bereits neue Fahrzeuge beschaffen. Auch 2012 und 2013 sind Investitionen in neue Fahrzeuge geplant, um die Anforderungen an die grüne Plakette zu erfüllen.

Die Gesellschaft engagiert sich seit 2004 stark für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In der Zielvereinbarung zur Re-Auditierung 2011 hat sich die EVH GmbH zum wiederholten Male erfolgreich dem „audit berufundfamilie“ unterzogen und am 25. Mai 2011 das entsprechende Zertifikat erhalten. Damit ist das Unternehmen berechtigt, sich mit diesem Qualitätssiegel als besonders familienfreundlicher Arbeitgeber auszuweisen. Eine Rezertifizierung ist für 2013 vorgesehen.

2. Ertragslage

2.1. Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Auch im Geschäftsjahr 2011 erzielte die EVH GmbH ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 23,0 Millionen Euro und lag damit mit 2,3 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert.

2.2. Erzeugung

Im Geschäftsjahr 2011 produzierte die EVH GmbH 142 GWh Wärme (Vorjahr: 226 GWh). In 2010 erfolgte eine Umverlagerung der Produktion von der an die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH verpachtete Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) des Heizkraftwerkes Dieselstraße an das Heizwerk Dieselstraße. Aus diesem Grund war die Wärmeproduktion im Geschäftsjahr 2010 im Heizwerk Dieselstraße höher als im Vorjahr. Zum anderen war die Witterung in 2011 wesentlich milder.

Das Unternehmen führte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Betriebsführung für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH durch.

2.3. Absatz/Umsatz

Strom
Zum 31. Dezember 2011 betrug der Absatz im Stromsegment 1.741 GWh und lag mit 164 GWh über dem Vorjahreswert.

Innerhalb des Netzgebietes wurden 482 GWh Strom abgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr war dies ein Rückgang von 27 GWh, was auf den sich weiter verschärfenden Wettbewerb im Endkundensegment sowie auf das Verbrauchsverhalten der Kunden zurückzuführen ist.

Außerhalb des Netzgebietes von Halle konnten 161 GWh mehr abgesetzt werden. Grund hierfür war die Ausweitung des Geschäfts in diesem Bereich.

Durch Kraftwerksvermarktung und Bilanzkreisoptimierung wurden 652 GWh abgesetzt. Das waren 30 GWh mehr als im Vorjahr. Durch die Portfoliotrennung Kraftwerk/Vertrieb erfolgte der Verkauf der im Kraftwerk Dieselstraße erzeugten Strommenge am Markt.

Im Geschäftsjahr 2011 erzielte die EVH GmbH aus dem Stromverkauf 199,6 Millionen Euro. Dies sind 21,2 Millionen Euro mehr als im Vorjahr (178,3 Millionen Euro).

Wärme
Im Jahr 2011 betrug der Wärmeabsatz 789 GWh. Dies waren 169 GWh weniger als im Vorjahr (958 GWh). Im Gegensatz zum Vorjahr war das Jahr 2011 mit eines der wärmsten Jahre. Aufgrund dessen viel der Absatz wesentlich geringer aus. Die Umsatzerlöse sind um 1,2 Millionen Euro auf 59,9 Millionen Euro gesunken (Vorjahr: 61,1 Millionen Euro).

Erdgas
Die EVH GmbH setzte im Berichtsjahr 2011 an ihre Kunden 1.248 GWh Erdgas ab. Im Vergleich zum Vorjahr (1.429 GWh) sank der Erdgasabsatz aufgrund der wärmeren Witterung. Durch die Intensivierung des Wettbewerbs nun auch auf dem Gasmarkt verlor die EVH GmbH Kunden im Netzgebiet von Halle. Dieser Rückgang konnte nicht durch höhere Akquisition von Kunden außerhalb des Netzgebietes kompensiert werden.

Das Unternehmen verkaufte an die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH 1.551 GWh Gas (Vorjahr: 1.791 GWh). Grund für den geringeren Verkauf im Vergleich zum Vorjahr war die mildere Witterung. Diese Entwicklung führte dazu, dass die Umsatzerlöse 7,4 Millionen Euro niedriger ausfielen als im Vorjahr (Vorjahr: 109,3 Millionen Euro).

Sonstige Umsatzerlöse
Die sonstigen Umsatzerlöse betrafen im Wesentlichen Erlöse aus der Verpachtung der Energieversorgungsnetze und der GuD-Anlage des Heizkraftwerkes Dieselstraße in Höhe von 31,9 Millionen Euro (Vorjahr: 32,0 Millionen Euro) sowie Erlöse aus Geschäftsbesorgungen/Dienstleistungen von 32,2 Millionen Euro (Vorjahr: 33,0 Millionen Euro).

2.4. Bezug

Strom
Im Geschäftsjahr 2011 bezog die EVH GmbH 1.746 GWh Strom (Vorjahr: 1.584 GWh) auf dem Wege der strukturierten Strombeschaffung sowie von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH. Für den Bezug von Strom wandte das Unternehmen 97,2 Millionen Euro auf. Das sind 5,4 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Wärme
Von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH wurden 652 GWh Wärme bezogen (Vorjahr: 736 GWh). Das waren 84 GWh weniger als im Vorjahr, was auf die milde Witterung zurückzuführen war. Der Aufwand in diesem Segment betrug 26,4 Millionen Euro. Ursächlich für den Anstieg von 1,8 Millionen Euro im Vergleich zu 2010 sind die gestiegenen Bezugspreise.

Erdgas
Für den Kommunalgasabsatz und für die Belieferung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH sowie für eigene Zwecke (Brennstoffeinsatz, Eigenverbrauch) bezog die EVH GmbH insgesamt 2.969 GWh Erdgas, 525 GWh weniger als im Vorjahr. Die Bezugskosten lagen somit 3,1 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert (81,5 Millionen Euro). Grund dafür waren die geringeren Bezugsmengen durch die mildere Witterung.

EEG-Umlage
Der finanzielle Ausgleich für den EEG-Strom (EEG-Umlage) betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 37,7 Millionen Euro (Vorjahr: 19,1 Millionen Euro). Ursächlich für den Anstieg sind der kräftig gestiegene Umlagesatz laut EEG sowie die höhere Absatzmenge.

Bezogene Leistungen
Für bezogene Leistungen wandte das Unternehmen 96,6 Millionen Euro auf. Im Vergleich zum Vorjahr (103,7 Millionen Euro) waren das 7,2 Millionen Euro weniger. Durch den geringeren Absatz in den Segmenten Fernwärme und Gas fielen niedrigere Netznutzungsentgelte an.

2.5. Personal- und Sozialbereich

Am 31. Dezember 2011 beschäftigte die EVH GmbH 486 Mitarbeiter und 56 Auszubildende. Das sind 5 Personen weniger als im Vorjahr. Der Personalaufwand betrug 28,3 Millionen Euro und ist damit um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das ist im Wesentlichen auf die Tarifsteigerung zum Jahresanfang zurückzuführen.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug zum Geschäftsjahresende 42, die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit 19 Jahre.

Die EVH steht vor großen Herausforderungen, die sich durch den demographischen Wandel ergeben. Sowohl die geburtenschwachen Jahrgänge als auch die Abwanderungsbewegung der Bevölkerung machen es immer schwieriger, neue Mitarbeiter zu gewinnen. Neben der weiteren Optimierung des Personalaufwandes liegt daher das Augenmerk besonders auf der Rekrutierung von Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung bzw. der Gewinnung von Hochschulabsolventen. Durch eine positives Image und die Marke „Stadtwerke“ soll auch die EVH für potentielle Mitarbeiter attraktiver gemacht werden.

Um den Wissenstransfer zu gewährleisten und die Altersstruktur zu senken, wird angestrebt Jungfacharbeiter zu übernehmen. Durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte sollen Diplomanden, Praktikanten und Trainees gewonnen werden.

2.6. Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2011 belief sich das Außerordentliche Ergebnis auf -5,3 Millionen Euro. Der Anstieg von 3,9 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr ist auf Neubewertungen und damit verbundene Zuführungen von Rückstellungen für die Mehrerlösabschöpfung Gas, für Prozesskosten sowie Sozialplanaufwendungen zurückzuführen. Des Weiteren wurde für das Jahr 2013 eine Drohverlustrückstellung für den Strombezug aus dem Heizkraftwerk Halle-Dieselstraße gebildet. Der Rückstellungsbetrag wurde auf Grundlage der zukunftsbezogenen Marktpreise zum Bilanzstichtag ermittelt.

3. Finanzlage

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug zum Bilanzstichtag 32,9 Millionen Euro (Vorjahr: 50,6 Millionen Euro).

Die Verringerung des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit um 17,6 Millionen Euro ist maßgeblich auf den Aufbau von Forderungen in Höhe von 12,3 Millionen Euro (Vorjahr: Abnahme von 8,0 Millionen Euro) sowie auf den Abbau von Verbindlichkeiten in Höhe von 21,7 Millionen Euro (Vorjahr: Zunahme 11,6 Millionen Euro) und die Abnahme von Rückstellungen in Höhe von 4,0 Millionen Euro zurückzuführen.

Der Finanzmittelbestand der EVH GmbH belief sich am 31. Dezember 2011 auf insgesamt 46,2 Millionen Euro und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Pools mit der Stadtwerke Halle GmbH. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

Der Cash-Outflow aus der Investitionstätigkeit betrug 18,2 Millionen Euro. Die Finanzierung der langfristigen Investitionen erfolgte im Berichtsjahr 2011 über einen KfW-Fördermittelkredit in Höhe von 14,0 Millionen Euro und ein variables Darlehen in Höhe von 3,0 Millionen Euro, das mittels Festsatzswap für die gesamte Laufzeit gesichert wurde.

Im stichtagsbezogenen kurzfristigen Liquiditätsstatus (kurzfristige Aktiva ./. kurzfristige Schulden) ergab sich eine Unterdeckung von 7,9 Millionen Euro (Vorjahr: Unterdeckung 7,3 Millionen Euro). Der aus dem Bestand an kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen resultierende zukünftige Zahlungsmittelabfluss kann dazu führen, dass die Cash-Pool-Kreditlinie bei der Stadtwerke Halle GmbH in Anspruch genommen werden müsste. Die Liquidität war während des Jahres 2011 gegeben und wird auch im Geschäftsjahr 2012 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

4. Vermögenslage

Im Berichtsjahr 2011 tätigte die EVH GmbH Investitionen, ohne Finanzanlagen, in Höhe von 22,2 Millionen Euro. Schwerpunkte waren die Sanierung, Anpassung und Erweiterung des Fernwärmenetzes im Stadtgebiet Halle, der Ersatz von Trafokettenpaarstationen, die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf dem Dach des Wohn-Centers Lührmann sowie auf dem Dach des Erdgas Sportparkes. Des Weiteren wurden Investitionen für den Ersatz von Hochdruck- und Niederdruckleitungen, die Erweiterung und den Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, der Neubau von Kälte- und Wärmeerzeugungsanlagen sowie die Erschließung von Wohngebieten getätigt.

Die Bilanzsumme des Unternehmens verringerte sich um 19,9 Millionen Euro auf 336,4 Millionen Euro. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 107,0 Millionen Euro. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 31,8 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich diese um 0,4 Prozentpunkte.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2011 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die EVH GmbH notwendig machen.

6. Tätigkeiten

Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung, der Einkauf sowie der Vertrieb von Elektrizität, Gas und Wärme, insbesondere im Stadtgebiet Halle, aber auch außerhalb. Weiterhin zählen die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen, sowie die Verpachtung von Assets zu den Tätigkeiten des Unternehmens.

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG wurde jeweils für die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung (Verpachtung Stromnetz) sowie Gasverteilung (Verpachtung Gasnetz) ein Tätigkeitsabschluss erstellt.

7. Risikomanagement

Die EVH GmbH betreibt ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, um dem sich fortwährend ändernden Umfeld zu entsprechen und den wachsenden gesetzlichen Anforderungen zu genügen. Deshalb führt die EVH GmbH jährlich eine Risikoinventur durch, auf deren Grundlage die Anpassung der Inhalte des monatlichen Reports erfolgt. In die Früherkennung werden alle Unternehmensbereiche einbezogen.

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Auf Grund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Das Unternehmen tätigte Festpreisein- und -verkäufe, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren.

Im Rahmen des Risikomanagements für Energiebeschaffung und Vermarktung erfolgten für die Jahre 2012 und 2013 Geschäfte, um die geplanten Deckungsbeiträge der Stromproduktion des Heizkraftwerkes Dieselstraße abzusichern. Für das Jahr 2012 beträgt der Absicherungsgrad 100 Prozent. Für 2013 wurden bisher 50 Prozent gesichert.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Stromhandel wirkt das Unternehmen mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. Es legt jährlich neue Limite fest, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner. Diese Limite werden jährlich im Rahmen des Wirtschaftsplanes festgelegt.

Die EVH GmbH behielt die Beschaffungsstrategie für den Kommunalgasbezug bei. Es erfolgte eine Streuung der Preis- und Mengenrisiken durch die Aufteilung der Gesamtbeschaffung auf mehrere Lieferanten. Risiken bestehen hier auch in den Mindestabnahmeverpflichtungen für Kommunal- und Kraftwerksgas z. B. bei milder Witterung.

Ab 2013 besteht das Risiko verminderter Deckungsbeiträge aus der Vermarktung der Stromerzeugung des Heizkraftwerkes Dieselstraße aufgrund der gegenwärtigen Marktpreissituation.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2011 wurde auf Initiative der Bundesnetzagentur über eine Modifikation der Berechnung für vermiedene Netznutzungsentgelte bis hin zur vollständigen Abschaffung diskutiert. Gegenwärtig gibt es seitens der Politik keine öffentliche Äußerung zu den Aussagen der Bundesnetzagentur. Der Verband kommunaler Unternehmen geht jedoch von einem Scheitern der Initiative aus. Die Diskussion über die Neureglung der Preisgestaltung für die Entgelte aus vermiedener Netznutzung bleibt allerdings bestehen. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass sich die Berechnung der vermiedenen Netznutzungsentgelte für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH nachhaltig ändern. Für die EVH GmbH bestünde demnach ein Risiko für erhöhte Strombezugskosten aus der GuD-Anlage Dieselstraße der Heizkraftwerk-Halle-Trotha GmbH.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat in mehreren Fällen die Rechtsprechung zu Preisanpassungsklauseln in Fernwärmelieferverträgen präzisiert, bei denen die Preise an die Entwicklung für Heizöl gekoppelt sind. Die Rechtsprechung in diesem Bereich entwickelt sich weiter und wurde als Position in die Chancen- und Risikoinventur aufgenommen.

Seit 19. September 2011 wurden von Halleschen Wohnungsunternehmen Rückforderungsansprüche aufgrund einer behaupteten Unwirksamkeit der Preisanpassungsformel aus den Fernwärmelieferverträgen für den Zeitraum 2008 bis 2010 angezeigt. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Fernwärmelieferverträge rechtssicher sind und damit die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als „sehr gering“ zu bewerten ist.

Zum 31. Dezember 2012 enden die Konzessionsverträge für Strom und Gas mit der Stadt Halle. Die Stadt Halle (Saale) musste in einem wettbewerblichen Auswahl- und Konzessionierungsverfahren nach § 46 Energiewirtschaftsgesetz einen neuen Netzbetreiber bestimmen.

Bislang war die EVH GmbH Konzessionsnehmer, die Netzbetreiberaufgaben für das Strom- und das Gasnetz sind mit Gründung der Energieversorgung Halle Netz GmbH zum 1. Januar 2007 auf diese übergegangen.

Die EVH GmbH hat sich fristgerecht auf die Ausschreibung der Konzessionen beworben und kann davon ausgehen, auch weiterhin mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH, die im Angebot die Funktionen des Netzbetreibers übernimmt, Netzbetreiber der Stadt Halle zu sein.

Es wurden entsprechende Verhandlungsgespräche mit der Stadt Halle geführt. Im Ergebnis liegen abgestimmte Vertragsentwürfe vor. Zum Abschluss der Verträge ist noch die Einholung von Gremienbeschlüssen notwendig.

Im Rahmen des Stadtumbaus in der Stadt Halle (Saale) ist nicht auszuschließen, dass zukünftig weitere Aufwendungen (erhöhte Abschreibungen aufgrund Verkürzung von Nutzungsdauern von Vermögensgegenständen, außerplanmäßige Abschreibungen und Verluste aus Anlagenabgängen, Rückbauverpflichtungen, Stilllegungskosten etc.) auf die EVH GmbH zukommen werden.

8. Prognosebericht

Das Wirtschaftswachstum in Sachsen-Anhalt ist im ersten Halbjahr 2011 stark angestiegen, um 4,5 Prozent. Ursachen dafür waren die Entwicklungen im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe. Zum Ende des Geschäftsjahres 2011 stagnierte das Wachstum in Deutschland. Grund dafür sind die aktuelle Schuldenkrise sowie die Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Die Norddeutsche Landesbank schätzt ein, dass es für 2012 für Sachsen-Anhalt kaum noch Wachstum gibt. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) geht für das kommende Jahr nur noch von einem Wirtschaftswachstum in Deutschland von 0,3 Prozent und für Ostdeutschland von 0,5 Prozent aus.

Die demographischen Rahmenbedingungen (weiterer prognostizierter Bevölkerungsrückgang) in Verbindung mit einem noch sparsameren Verbrauchsverhalten und weiter zunehmendem Wettbewerb führen zu rückläufigen Absatzmengen für Strom, Erdgas und Fernwärme im Netzgebiet der EVH GmbH.

Im Geschäftsjahr 2012 wird mit einer Novellierung der derzeit gültigen Energieeinsparverordnung (EnEV) von 2009 und damit mit einer weiteren Verschärfung des maximalen Primärenergieverbrauchs für Neubauten um ca. 30 Prozent gerechnet. Die Europäische Union hat unlängst eine neue Gebäuderichtlinie beschlossen, die 2012 in nationales Recht umzusetzen ist. Danach sind ab 2021 alle Neubauten als so genannte Niedrigstenergiegebäude zu bauen. Der dabei verbleibende geringe Energiebedarf soll zum wesentlichen Teil durch Energie aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Gefordert ist außerdem eine Pflicht für den Einsatz erneuerbarer Energien bei Änderungen von Bestandsgebäuden, ohne dass jedoch in der Richtlinie ein genauer Mindestsatz festgelegt wurde.

Nah- und Fernwärmesysteme werden für Neubauten dann häufiger nachgefragt werden, wenn diese einen günstigen Primärenergiefaktor (PEF) beispielsweise bei Systemen mit Kraft-Wärme-Kopplung aufweisen. Für Bauherren besteht bei Anschluss an ein System mit einem PEF deutlich <1 der Vorteil, dass damit die zumeist kostenintensive Raumwärmebereitstellung durch erneuerbare Energien entfallen kann. Der sehr niedrige PEF des Fernwärmesystems der EVH GmbH von 0,065 kann sich positiv auswirken.

Derzeit wird das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz novelliert. Mit einem Inkrafttreten des neuen KWKG 2012 wird bis spätestens August 2012 gerechnet. Veränderungen soll es beispielsweise bei der Förderung von Wärme- und Kältespeicher, der Förderung bei Modernisierung von bestehenden KWK-Anlagen, der Förderung bei Nachrüstung von Kondensationskraftwerken sowie Pauschalierung der Zuschlagszahlungen für kleinere KWK-Anlagen bis 2 kW geben. Des Weiteren soll der Verwaltungsaufwand für kleine KWK-Anlagen bis 50 kW verringert werden.

Im Jahr 2013 beginnt für den europäischen Emissionshandel die dritte Handelsperiode, die bis zum Jahr 2020 andauern wird. Demzufolge wird es für die Stromproduktion keine kostenfreien Emissionsberechtigungen mehr geben. Für die Wärmeerzeugung wird es weiterhin kostenfreie Zuteilungen geben.

Im Rahmen des von der Bundesregierung beschlossenen Energie- und Klimaschutzprogramms plant das Unternehmen mittelfristig den Ausbau seiner regenerativen Erzeugungskapazitäten, um seiner klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. Der Bau der Wasserkraftwerke (Pulverweiden und Papiermühle Kröllwitz) wird fortgeführt und ist im Investitionsplan der EVH GmbH fest verankert. Des Weiteren wird durch Investitionen in den Bau von Photovoltaikanlagen der Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert.

Weitere Investitionen wird es in den Folgejahren bei den Netzen geben, um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Wärmenetz.

Im Geschäftsjahr 2012 soll der Neubau der chemischen Wasseraufbereitung im Heizkraftwerk Dieselstraße folgen. Des Weiteren wurde für 2012 der Neubau eines Fernwärmespeichers mit 6,3 Millionen Euro geplant.

Die EVH GmbH will ihre Akquisitionen innerhalb und außerhalb von Halle verstärken. Auf Grund dessen sind erhöhte Investitionen in den Bau von Gaskesselanlagen sowie die Errichtung von Hausanschlussstationen geplant.

Zum 1. Januar 2011 sind alle Funktionen der Abrechnung Strom, Gas und Fernwärme auf die IT-Consult Halle GmbH übergegangen. Die Aktivitäten werden über Dienstleistungsverträge abgerechnet. Die Personalgestellung für die Mitarbeiter der Abrechnung an die IT-Consult Halle GmbH entfällt, da dieses Personal in die Gesellschaft zum 1. Januar 2012 übergeht.

Mit der Gründung der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag geschlossen, der die Erbringung von kaufmännischen und technischen Dienstleistungen umfasst. Die bisher verrechnete Personalgestellung entfällt ebenfalls, da dieses Personal in die Gesellschaft zum 1. Januar 2012 übergeht.

Die EVH GmbH plant für das Jahr 2012 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung von 24,0 Millionen Euro. Im Geschäftsjahr 2013 wird von einem sinkenden Planergebnis ausgegangen. Hauptgrund dafür sind verminderte Deckungsbeiträge aus der Vermarktung der Stromerzeugung des Heizkraftwerkes Dieselstraße aufgrund der gegenwärtigen Marktpreissituation.

Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:

	T€	%
MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH	13	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	13	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Gebieten, Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jeglicher Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Belieferung von Kommunen, Wasserversorgungsgesellschaften sowie von gewerblichen und privaten Endverbrauchern im Land Sachsen-Anhalt sowie in angrenzenden Gebieten mit Roh- und Trinkwasser. Errichtung, Betrieb Verwaltung und Unterhaltung von fernwassertypischen Anlagen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Gaudig, Lutz
Störzner, Uwe

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	0	50,00
GbR MIDEWA-Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	0	82,72
mittelbar	**T€**	**%**
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	58.500	45,77

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Verände-rungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	
Umlaufvermögen	142	100	227	100	291	100	-85	-37
Bilanzsumme	**142**	**100**	**227**	**100**	**291**	**100**	**-85**	**-37**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	133	94	172	76	279	96	-39	-23
Rückstellungen	9	6	55	24	5	2	-46	-84
Verbindlichkeiten					7	2	0	
Bilanzsumme	**142**	**100**	**227**	**100**	**291**	**100**	**-85**	**-37**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge		0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	40	106	19
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-39	-104	-18
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	3	7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-39	-107	-25
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-39	-107	-25

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-22,91	-38,37	-8,21	%
Cash-Flow:	-39	-107	-25	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	93,51	75,66	95,88	%
Fremdkapitalquote:	6,49	24,34	4,12	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Rohwasserlieferung gesamt	0,00	0,00	0,00	m³

e) Lagebericht

Entwicklung

Unternehmensgegenstand der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) sind u. a. Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

Gesellschafter der FSA sind zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH.

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Uwe Störzner und Herr Dr. Lutz Gaudig.

Die FSA hält eine Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) mit Sitz in Torgau in Höhe von 25,5 % über eine „Große GbR“, die zwischen der FSA und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) besteht. Darüber hinaus hat die FSA einen Auskehrungsanspruch aus der Auflösung der „Kleinen GbR“ zwischen der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (TWM) und der Mitteldeutschen Wasser und Abwasser GmbH i.L., deren einziger Vermögenswert eine 24,5%ige Beteiligung an der FWV ist. Der Auskehrungsanspruch sieht eine Übertragung von 20,2664% der FWV-Geschäftsanteile auf die FSA vor. Die Auflösung der „Kleinen GbR“ und somit die Vermögensauseinandersetzung wurde und wird nicht mehr vollzogen.

Wirtschaftliche Situation und Betätigung

Der Jahresabschluss weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 39,4 aus.

Die Gesellschaft verfügte im Berichtsjahr über eine ausreichende Liquidität. Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt. Über die Geschäftsführung hinaus verfügt die Gesellschaft über kein Personal. Die Ausübung der Geschäftsführertätigkeit erfolgt unentgeltlich.

Der Jahresfehlbetrag 2011 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde durch das Finanzamt Halle (Saale)-Nord der Vorsteuerabzug aus Eingangsrechnungen seit dem Jahr 2008 und für zukünftige Veranlagungszeiträume untersagt Grund dafür war die seit Ende 2007 ausschließlich bestehende Geschäftstätigkeit im Halten der mittelbaren Beteiligung an der FWV. Das Halten von Beteiligungen stellt keine unternehmerische Tätigkeit im Sinne des § 2 UStG dar, die allerdings Voraussetzung für den Vorsteuerabzug ist.

Beteiligungen

Die FSA besitzt Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau. Diese Anteile an der FWV werden über Beteiligungen an zwei Gesellschaften bürgerlichen Rechts gehalten. Die sogenannte „Große GbR“, die 51 % der Geschäftsanteile der FWV hält, wird jeweils zu 50 % von der KWL und der FSA gehalten. An der sogenannten „Kleinen GbR“, die 24,5 % an der FWV besitzt, hat die FSA gemäß Geschäftsanteils- und Abtretungsvertrag bezüglich der FSA einen Auskehrungsanspruch auf Übertragung eines FWV Geschäftsanteiles in Höhe von 20,2664 %. Eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung der „Kleinen GbR“ erfolgt auf Grund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Januar 2005 nicht.

Die indirekten Gesellschafteraufgaben gegenüber der FWV wurden für das Geschäftsjahr mit der KWL in vier GbR-Sitzungen am 09. Februar 2011, 19. April 2011, 27. Juli 2011, 15. November 2011, und in drei Aufsichtsratssitzungen der FWV am 12. Mai 2011, 1. September 2011 und am 8. Dezember 2011 und einer Gesellschafterversammlung am 12. Mai 2011 wahrgenommen.

Die Aufgaben und Pflichten der FSA werden in der „Großen GbR“ durch die Geschäftsführer der FSA, Herrn Uwe Störzner und Herrn Dr. Lutz Gaudig wahrgenommen. Im Aufsichtsrat der FWV wirken seitens der FSA Herr Uwe Störzner als stellvertretender Vorsitzender, Herr Wilfried Klose und Herr Dr. Lutz Gaudig mit.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Januar 2005 sind die gesamten Anteile der FWV zu kommunalisieren und den Gemeinden unentgeltlich zuzuordnen. Damit wird es zu einer Neuverteilung der Geschäftsanteile an der FWV kommen, so dass die Beteiligung der FSA an der FWV unmittelbar berührt wird. Das BVerwG hat die von der FWV wahrgenommene Fernwasserversorgung – die Beschaffung, Heranleitung und Verteilung von Fernwasser bis auf die Gemeindeebene – nach der Kompetenzzuordnung des Grundgesetzes der kommunalen Selbstverwaltung zugeordnet.

Nachdem sich die Situation der Neuzuordnung von 2005 bis 2008 nicht wesentlich geändert hatte, waren die Voraussetzungen für eine Neuverteilung der FWV-Geschäftsanteile durch das zuständige Bundesamt im Jahr 2009 gegeben. So hat u. a. die Mittelrheinische Treuhand GmbH im Auftrag der FSA eine Bescheinigung der Zuordnung der Fernwasserbezugsmengen des Monats Oktober 1990 im ehemaligen Versorgungsgebiet der Mitteldeutschen Wasser und Abwasser GmbH i.L. als Zuordnungsgrundlage der FWV-Geschäftsanteile erstellt. Analoge Unterlagen liegen für den Fernwasserbezug der ehemaligen Wasserunternehmen MAWAG und WAB Leipzig vor.

Mit Schreiben vom 30. September 2009 informierte das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) alle Antragsteller und Beteiligte über einen beabsichtigten Bescheid zur Vermögenszuordnung der Geschäftsanteile der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH und leitete gleichzeitig eine Anhörung ein. Mit diesem Schreiben erhielten Antragsteller und Beteiligte die Gelegenheit, Einwände oder Ergänzungen zum beabsichtigten Vermögenszuordnungsbescheid tatsächlicher oder rechtlicher Art schriftlich bis zum 15. Januar 2010 beim zuständigen Bundesamt geltend zu machen.

Mit Bescheid des BADV vom 30. Juli 2010 wurde zunächst der Erlass eines rechtmäßigen Quotierungsbescheides bezüglich der Anteile der FWV an die Kommunen erlassen. In einem zweiten Schritt ist auf dieser Grundlage geplant, einen Bescheid mit einer rechtmäßigen Anteilsübertragung mit dinglicher Wirkung zu erlassen, was bis heute noch nicht geschehen ist. Anderweitige Sachverhalte diesbezüglich haben sich im Geschäftsjahr nicht ergeben.

Die FSA hat gegen diesen Bescheid fristgerecht Klage zur Aufhebung dieses Bescheides bei dem Verwaltungsgericht Berlin (AZ.: 27 K 295/10) erhoben, da eine vollständige Neuzuordnung der Anteile an der FWV auf die Kommunen dazu führen würde, dass die FSA mit Rechtskraft eines Zuordnungsbescheides kraft Gesetzes entschädigungslos ihre zum Gesamthandvermögen der „Großen GbR“ gehörende Beteiligung an der FWV verlieren würde. Die FSA hält eine Zuordnung der Geschäftsanteile an der FWV auf die Kommunen und damit auch den Erlass des vorausgehenden Quotierungsbescheids für rechtswidrig, soweit die von der „Großen GbR“ gehaltene Beteiligung an der FWV betroffen ist. Da bis zuletzt am 09. Februar 2012 Verhandlungen und Gespräche zwischen der „Großen GbR“ einerseits und der BvS und dem BMF andererseits zur Findung einer gütlichen Lösung zu den Forderungen der „Großen GbR“ im Zusammenhang mit dem die FWV betreffenden Teilprivatisierungsvertrag vom 25. Februar 1994 geführt wurden, hat die FSA ihre Klage zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses noch nicht begründet. Darüber hinaus sind uns 18 weitere Klagen von sächsischen und sachsen-anhaltinischen Gemeinden sowie der BvS bekannt.

Es ist heute davon auszugehen, dass sowohl der Auskehrungsanspruch der FSA an der „Kleinen GbR“ wie auch der von der „Großen GbR“ an der FWV gehaltene Anteil auf die anspruchsberechtigten Kommunen übertragen wird. Ein konkreter Zeitpunkt und die Art einer Neuzuordnung sind gegenwärtig weiter offen.

Im Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag zur Veräußerung der FSA zwischen dem TSB-LSA und dem Konsortium MIDEWA / SWH sind für den Kommunalisierungsfall Regelungen für den Verlust von Geschäftsanteilen bis zum Rücktrittsrecht festgeschrieben. Mit Schreiben vom 29. Oktober 2008 an den Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt hat die FSA ihren Rücktritt vorsorglich angekündigt.

Mit dem TSB-LSA und dem MLU-LSA wurden auch im Jahr 2011 fortführend Gespräche und verschiedener Schriftverkehr zur weiteren Verfahrensweise der Vertragsrückabwicklung im Rahmen der zu erwartenden Kommunalisierung der FWV-Anteile geführt. Konkrete und abschließende Ergebnisse liegen weiterhin nicht vor. Erneute Gespräche sind für März 2012 geplant.

Ausblick

Die Aufgabe der FSA bis zu einer Neuordnung der Geschäftsanteile an der FWV ist es, die Beteiligungen zu halten und über die „Große GbR“ Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der FWV zu nehmen. Besondere Beachtung gilt der konstruktiven Begleitung und Umsetzung des Fernwasserentwicklungskonzeptes und des Unternehmensoptimierungsprojektes „Zukunft Fernwasser“. Die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH als Gesellschafter der FSA schließen nicht aus, sich auch zukünftig mit einer den Rahmenbedingungen angepassten Organisationsstruktur mit einer Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH engagieren. Eine konkrete Umsetzung bzw. eine geplante Bündelung von Geschäftsanteilen kann erst nach der Neuzuordnung der Geschäftsanteile an die einzelnen anspruchsberechtigten Gemeinden durch das zuständige Bundesamt erfolgen.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Naundorfer Straße 46 04860 Torgau
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	127.823

Gesellschafter:

	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	65.190	51,00
GbR MIDEWA-Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	31.317	24,50
Stadt Leipzig	31.317	24,50

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Rohwasser zu Trinkwasser aus Grund- und Oberflächenwasser und die Überleitung des gewonnenen Trinkwassers mittels Fernleitung in Versorgungsgebiete.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung:		Wollenberg, Jan	
Technische Geschäftsführung:		Dr. Michalik, Peter	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Rahmen, Josef	
	stellv. Vorsitzender	Störzner, Uwe	
		Dallhammer, Wolf-Dieter	
		Dr. Gaudig, Lutz	
		Dr. Meyer, Ulrich	(seit 13.05.2011)
		Henning, Burkhard	
		Kirst, Gerald	
		Klose, Wilfried	

Aufsichtsrat:

Müller, Annerose
Müller, Volkmar
Prigge, Rainer (bis 13.05.2011)
Schlicke, Friedhelm
Wenzel, Christian

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
Aufsichtsrat	31	30	36

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	133.462	95	132.678	95	130.067	94	784	1
Umlaufvermögen	6.746	5	6.548	5	8.629	6	198	3
Rechnungsabgrenzungsposten	74	0	77	0	96	0	-3	-4
Bilanzsumme	**140.282**	**100**	**139.303**	**100**	**138.792**	**100**	**979**	**1**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	108.003	77	105.565	76	102.855	74	2.438	2
Sonderposten für Investitionszulagen	244	0	286	0	336	0	-42	-15
Empfangene Ertragszuschüsse	305	0	320	0	334	0	-15	-5
Rückstellungen	6.791	5	7.203	5	8.848	7	-412	-6
Verbindlichkeiten	24.939	18	25.929	19	26.419	19	-990	-4
Bilanzsumme	**140.282**	**100**	**139.303**	**100**	**138.792**	**100**	**979**	**1**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	36.845	39.171	40.316
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen			-7
andere aktivierte Eigenleistungen	2.746	2.660	2.610
sonstige betriebliche Erträge	1.271	1.701	1.319
Materialaufwand	13.094	14.619	16.938
Personalaufwand	12.204	12.487	12.438
Abschreibungen	8.921	9.240	8.825
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.358	3.123	3.877
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	156	159	158
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	868	1.082	902
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.572	3.140	1.416
außerordentliche Aufwendungen		263	
außerordentliches Ergebnis		-263	
sonstige Steuern	135	167	149
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.437	2.710	1.267
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2.437	2.710	1.267

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,62	6,92	3,14	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,31	2,63	1,25	%
Cash-Flow:	11.358	11.950	10.093	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	182	193	184	T€
Personalaufwandsquote:	29,87	28,68	28,12	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,09	94,13	92,54	%
Eigenkapitalquote:	76,99	75,78	74,11	%
Fremdkapitalquote:	23,01	24,22	25,89	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	173.500,00	173.500,00	173.500,00	m³
Fernleitungsnetz	713,00	721,00	717,50	km
Trinkwasserverkauf	76,63	78,09	76,50	Mio. m³

e) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Für die Unternehmen der Wasserbranche war das Jahr 2011 in Bezug auf die unternehmerischen Rahmenbedingungen durch eine Vielzahl gesetzgeberischer Aktivitäten geprägt, die die wirtschaftliche Tätigkeit beeinflussten. Zu nennen sind beispielhaft die Oberflächengewässerverordnung, die Grundwasserverordnung und insbesondere die per November 2011 in Kraft getretene novellierte Trinkwasserverordnung (TVO). Über die Mitarbeit in den Branchenverbänden haben sich die Fachkollegen der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) aktiv in die Diskussion im Rahmen der jeweiligen Anhörungsverfahren eingebracht. Speziell die novellierte TVO bringt neue, zum Teil erhöhte Anforderungen an die Überwachung unseres Produktes Trinkwasser mit sich. Diesen Anforderungen kann das unternehmenseigene Trinkwasserlabor in jeder Hinsicht gerecht werden.

Im politischen Raum setzte sich die Diskussion um eine mögliche Regulierung der Wasserbranche fort. Den Forderungen der Regulierungsbefürworter setzten die politischen Gremien (Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat) Beschlüsse entgegen, die die besondere Bedeutung der Wasserversorgung als wesentlichen Baustein der Daseinsvorsorge unterstreichen.

Gleichzeitig wird die Forderung an die Branche nach mehr Transparenz und weiterer Modernisierung mit Nachdruck formuliert. Niederschlag findet dies indirekt auch in der Diskussion zur Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Danach bliebe der Tatbestand bestehen, dass Wasserversorgungsunternehmen, die Konzessionen bzw. Demarkationsverträge abgeschlossen haben, von der Anwendung des GWB ausgeschlossen sind. Im Gegenzug würden kartellrechtliche Kontrollen der Wasserpreise verstärkt zur Anwendung kommen, da durch die Monopolstellung der Wasserversorgung eine Marktbeherrschung vorliegt.

Unser Unternehmen ist durch die oben genannten Prozesse direkt bzw. mittelbar betroffen. Einerseits stellen wir uns der Transparenzforderung. So erfolgte in 2011 wieder eine Teilnahme am Benchmarkingprojekt für Fernwasserversorger. Die Ergebnisse dieses Projektes wurden sowohl gegenüber der Belegschaft, den Aufsichtsgremien als auch den Kunden kommuniziert. Diese Aktivitäten wurden Ende 2011/Anfang 2012 für das Geschäftsjahr 2010 fortgeführt. Des Weiteren wurde die Entscheidung für eine Teilnahme am Projekt „Kundenbilanz Vorversorger“ des Branchenverbandes BDEW e.V. getroffen. Der Anlauf des Projektes erfolgte im I. Quartal 2012.

Darüber hinaus waren im Bereich unserer Kunden in den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt die erwähnten Kontrollen der zuständigen Kartellämter hinsichtlich der Preisgestaltung zu verzeichnen. Rückkopplungen zur Wasserversorgung durch unser Unternehmen sind daraus nicht entstanden.

Ein wesentlicher Aspekt, der die wirtschaftliche Tätigkeit unseres Unternehmens ab dem Geschäftsjahr 2012 beeinflussen wird, ist das am 22. Dezember 2011 im Land Sachsen-Anhalt beschlossene Wasserentnahmeentgelt. Zur Umsetzung der entsprechenden Verordnung müssen umfangreiche Verhandlungen sowohl mit den Durchführungsbehörden als auch den betroffenen Kunden geführt werden, um negative wirtschaftliche Auswirkungen für das Unternehmen abzuwenden.

Für das Geschäftsjahr 2011 wirkte sich die Fortsetzung der konjunkturellen Erholung auch im Versorgungsgebiet der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH positiv aus. Auch der Witterungsverlauf im ersten Halbjahr 2011 hatte positive Auswirkungen auf die Wasserlieferung an unsere Kunden.

Insgesamt kann resümiert werden, dass das Jahr 2011 für die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH sehr erfolgreich war, sowohl wirtschaftlich als auch hinsichtlich der Fortschritte bei der Ertüchtigung und Optimierung der technischen Basis.

Mit 76,6 Mio. m³ wurden 0,8 Mio. m³ mehr Trinkwasser an unsere Kunden geliefert als geplant, allerdings 1,5 Mio. m³ weniger als im Vorjahr.

Die reduziert geplante Abgabemenge resultierte aus den geringeren, durch unsere Kunden angemeldeten Wasserabnahmen und der allgemein zu berücksichtigenden demografischen Entwicklung im Versorgungsgebiet. Positiv wirkte sich die trockene und über weite Zeiträume warme Witterung im ersten Halbjahr 2011 aus. Ab Juli waren durch das feuchte und teilweise recht kühle Wetter vergleichsweise geringe Abgabemengen zu verzeichnen. So lagen beispielsweise die durchschnittlichen Tagesabgaben im Sommermonat August bei lediglich 206 Tm³ pro Tag (Plan 215 Tm³). Ein weiterer deutlicher Rückgang der Liefermengen war im Dezember 2011 zu verzeichnen, mit Tagesleistungen von 191 Tm³ oder darunter. Dieser Trend setzte sich zu Beginn des Jahres 2012 fort.

Der durchschnittliche Tagesverkauf im Verlauf des Jahres 2011 betrug 210 Tm³. Der Tagesspitzenwert wurde am 30. Mai 2011 mit 259 Tm³ erreicht. Daraus ergibt sich wie im Vorjahr ein Spitzenfaktor im Vergleich zum Durchschnittsverbrauch von 1,3. Die hydrologischen und meteorologischen Einflüsse insbesondere in den Frühlings- und Sommermonaten spiegeln sich direkt in den täglichen Absatzmengen wider. Die gegenüber dem Plan erzielten Mehrabsätze konnten sowohl bei den Weiterverteilern als auch bei den Industriekunden erzielt werden.

Die Erlöse aus dem Trinkwasserverkauf betrugen 2011 35,2 Mio. €. Korrespondierend zum Absatzrückgang liegen die Erlöse ebenfalls unter dem Vorjahreswert von 36,4 Mio. €. Das seit 2007 weitestgehend umgesetzte neue Preissystem aus Leistungs- und Arbeitspreis hat sich bewährt. Durch die Sensibilisierung unserer Kunden und die intensivere Kommunikation konnte die Zusammenarbeit weiter verbessert werden. Im Vorfeld planbare besondere Versorgungssituationen wurden frühzeitig mit allen betroffenen Kunden abgestimmt. Beispiel hierfür sind die Umstellungsarbeiten auf dem Nordring des Systems in den Sommer- und Herbstmonaten. Die Trinkwasserlieferung an unsere Kunden war im Jahresverlauf zu jeder Zeit ohne Einschränkungen gegeben.

Darüber hinaus werden die Kunden in regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen über versorgungsrelevante Themen sowie über aktuelle Entwicklungen im Unternehmen informiert. Vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren stark gestiegenen Energiepreise stand die Herbstveranstaltung des Jahres 2011 unter dem Motto „Energieeffizienz in der Wasserwirtschaft“.

Im Rahmen der laufenden Kundengespräche wurden entsprechend den vertraglichen Regelungen mehrere Kundenverträge angepasst bzw. weiter fortgeschrieben. Schwerpunkt waren hierbei Mengenanpassungen an die regionalen Absatzbedingungen.

Im Geschäftsjahr 2011 konnten die Erlöse aus der Abgabe regenerativ erzeugten Stromes deutlich erhöht werden. Mit 1,16 Mio. € lagen die Erlöse ca. 440 T€ über dem Vorjahreswert. Dies wurde durch die Inbetriebnahme aller geplanten Anlagen im Verlauf des Jahreswechsels 2010/2011 ermöglicht. Besonders die im Jahr 2010 in Betrieb genommene Photovoltaikanlage auf den Gebäuden des Wasserwerkes Torgau-Ost übertraf die geplanten Erwartungen.

Eine positive Entwicklung war bei den Dienstleistungen, die unsere Fachleute für Dritte erbringen, zu verzeichnen. In 2011 wurden Laborleistungen sowie Bau- und Montageleistungen für andere Unternehmen in Höhe von ca. 450 T€ erbracht. Zur Anwendung kamen auch Spezialkenntnisse unserer Mitarbeiter, insbesondere bei Reparaturen und Netzeinbindungen an Spannbetonrohrleitungen in Magdeburg und Dresden. Mit einer Reihe von Versorgungsunternehmen, die diese Rohrleitungen betreiben, bestehen entsprechende Serviceverträge.

Für die technische Fortentwicklung des Fernwassersystems konnten im Jahr 2011 wesentliche Meilensteine erreicht werden. 2008 wurden mit der Erstellung des Fernwasserentwicklungskonzeptes (FEK) die wichtigsten Eckpunkte der mittel- bis langfristigen Systemanpassung definiert. Im FEK wurde insbesondere den rückläufigen Absätzen Rechnung getragen und es wurden Zielsetzungen für die weitere Optimierung des Versorgungssystems herausgearbeitet. Eine wesentliche Aufgabe war und ist es, durch die wirtschaftlich günstige Wasserbereitstellung des Wasserwerk Wienrode dieses besser auszulasten und gleichzeitig eine Kapazitätsanpassung in der Elbaue vorzunehmen.

Dazu war es notwendig, die Ableitungskapazitäten des Wasserwerkes Wienrode in den mitteldeutschen Raum zu verstärken. Dies erfolgt seit 2009 mit dem Bau einer insgesamt 15,5 Kilometer langen, parallelen Rohrleitung im Bereich Bernburg-Güsten. Mit Fertigstellung wesentlicher Abschnitte bis Jahresende 2011 ist es nunmehr möglich, die oben genannte Zielsetzung zu erreichen und Ostharzwasser bis in den Bereich Dessau zu verteilen. Die Kapazitätsanpassung im Bereich der Elbaue erfolgte durch die In-Reserve-Stellung des Wasserwerkes Sachau. Vor Abschaltung des Wasserwerkes am 10. Dezember 2011 wurden zur Aufrechterhaltung des hohen Niveaus der Versorgungssicherheit am Leitungsabschnitt Wasserwerk Mockritz - Hochbehälter Korgau alle relevanten Bauwerke ertüchtigt. Die Maßnahmen des Leitungsbaus und der Netzerhaltung erforderten einen erheblichen Personal- und Materialeinsatz.

Nach dem Quotierungsbescheid aus dem Jahr 2010 erfolgten im Jahr 2011 keine weiteren formalen Verfahrensschritte zur Neuordnung der Gesellschafterstruktur der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH. Der Verfahrensstand entspricht im Wesentlichen dem des Lageberichtes 2010.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Insbesondere durch Mehrerlöse im Bereich des Trinkwasserabsatzes und erhöhte aktivierte Eigenleistungen konnte ein gegenüber den Planungen deutlich gesteigertes Ergebnis erreicht werden. Das Vorsteuerergebnis beläuft sich auf 2,57 Mio. €, nach Abzug von Steuern sind es 2,44 Mio. €.

Neben den Erlösen aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 35,24 Mio. € wurden sonstige Umsatzerlöse von 1,61 Mio. € erzielt. Wesentlichster Bestandteil waren die Vergütungen für die erzeugte regenerative Energie nach dem EEG in einem Umfang von 1,16 Mio. €. Die verbleibenden Erlöse beziehen sich auf die Verrechnung der Umverlegungsmaßnahmen an unserem Leitungssystem, die von Dritten veranlasst wurden, und auf Bau-/Montage- und Laborleistungen für Dritte. Die sonstigen Umsatzerlöse machten 4,4 % am Gesamtumsatz aus (Vorjahr: 7,2 %). Im Geschäftsjahr 2011 belaufen sich die Gesamtumsätze somit auf 36,84 Mio. € (Vorjahr: 39,17 Mio. €).

Aus der Realisierung umfangreicher Investitionsmaßnahmen, insbesondere dem parallelen Leitungsbau bei Bernburg - Güsten und den Ertüchtigungsarbeiten am Leitungsabschnitt Wasserwerk Mockritz - Hochbehälter Korgau, wurden aktivierte Eigenleistungen in einem Umfang von 2,75 Mio. € erbracht. Somit liegen diese Leistungen wiederum wie im Vorjahr auf sehr hohem Niveau (Vorjahr: 2,66 Mio. €).

Trotz weiterer Optimierungsmaßnahmen und geringerer Fördermengen stiegen die Kosten für den Strombezug um 0,25 Mio. € auf 4,56 Mio. €. Die Aufwendungen für die eingesetzten Aufbereitungschemikalien (BtH-Material) erhöhten sich aufgrund inflationärer Steigerungen leicht auf 0,57 Mio. € (Vorjahr: 0,54 Mio. €). Die Kosten für das bezogene Rohwasser aus der Rappbodetalsperre lagen auf dem Vorjahresniveau von 4,55 Mio. €. Die Instandhaltungsaufwendungen für Material und Fremdleistung umfassten im Jahr 2011 2,76 Mio. €. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verringerung von 0,4 Mio. €.

Die Personalaufwendungen im Jahr 2011 betrugen 12,2 Mio. € und waren damit um 0,28 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Darin enthalten sind die Tarifsteigerungen und die Rückstellungen für in der Vergangenheit abgeschlossene Altersteilzeitverträge und Pensionszusagen. Die Bewertung der Rückstellungen erfolgte auf Basis eingeholter finanzmathematischer Gutachten.

Die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen entsprechen mit 8,92 Mio. € in etwa dem Niveau des Vorjahres.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit 3,36 Mio. € leicht über dem Vorjahr. Bedingt durch umfangreiche Ersatzinvestitionen, insbesondere im Bereich der Prozessleittechnik, mussten verschiedene, nicht mehr benötigte Anlagen des Sachanlagevermögens kostenwirksam ausgebucht werden. Hierdurch entstanden Buchverluste in Höhe von 0,36 Mio. €. Diese konnten nicht gänzlich durch Einsparungen in anderen Positionen kompensiert werden.

Finanzlage

Die aktuelle Situation der Finanzmärkte hatte keine Auswirkungen auf die Finanzlage des Unternehmens. Durch die derzeitige Zinssituation in Verbindung mit dem Geschäftsmodell der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH konnten günstige Kreditkonditionen bei Neuaufnahmen erreicht werden. Die notwendige Liquidität zur Wahrnehmung aller Geschäftsaufgaben war jederzeit gegeben.

Die Kapitalflussrechnung ergibt eine weitere Verbesserung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Der Wert verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,56 Mio. € auf 9,86 Mio. €. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit beträgt -9,86 Mio. € bzw. -57 T€. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit umfasst Kreditneuaufnahmen und Tilgungen von jeweils ca. 2 Mio. €. Der Finanzmittelbestand am Jahresende bewegt sich mit 2,76 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2011 wurden 10,1 Mio. € in das Anlagevermögen der Gesellschaft investiert. Davon entfielen 55 T€ auf immaterielle Wirtschaftsgüter und 0,89 Mio. € auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten. Der Großteil der Investitionen floss in die Neuerrichtung technischer Anlagen und Maschinen. So wurden allein Trinkwasserleitungen in einem Umfang von 4,99 Mio. € errichtet. Insgesamt wurden 7,91 Mio. € in technische Anlagen und Maschinen investiert sowie 0,51 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. In Höhe von 0,77 Mio. € gab es Zugänge bei den Anlagen im Bau.

Investitionsschwerpunkte in 2011 waren:

- Bau paralleler Rohrleitungsabschnitte im Raum Bernburg - Güsten mit einer Gesamtlänge von 3,7 km
- Abdeckung der Filterbecken im Wasserwerk Torgau-Ost
- Erneuerung bestehender Behälterkapazitäten und
- technologische Erneuerung von Gewinnungs- und Aufbereitungskapazitäten in den Wasserwerken Torgau-Ost und Mockritz.

Die Finanzanlagen verminderten sich im Berichtsjahr durch planmäßige Tilgungen.

Zum 31. Dezember 2011 betrug die Eigenkapitalquote 77,0 %. Der Deckungsgrad des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital verbesserte sich auf 101,4 %.

3. Risiken der künftigen Entwicklung

Bestehende und mögliche Risiken für die Geschäftsentwicklung der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH werden zweimal pro Jahr analysiert und bezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeiten und Risikopotenziale bewertet. Entsprechend dem installierten Risikomanagementsystem werden Gegenmaßnahmen zur Vermeidung bzw. zur Verringerung der Risiken definiert und umgesetzt. Insbesondere bei höheren Risikoeinstufungen erfolgt eine permanente Kontrolle relevanter Kennzahlen. Das Risikomanagementsystem entspricht den gesetzlichen Anforderungen nach § 53 HGrG i. V. m. § 91 Abs. 2 AktG.

Für die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH besteht das größte Risiko im weiteren Absatzrückgang beim Trinkwasserverkauf. Absatzrückgänge können sich im Wesentlichen aus den folgen-den Gründen ergeben:

- Weiterer Rückgang der Bevölkerung und des Pro-Kopf-Verbrauchs im Versorgungsgebiet unserer Kunden. Diese Tendenz ist insbesondere in den eher ländlich geprägten Gebieten zu beobachten.
- Tendenzen zur verstärkten Nutzung eigener Wasseraufbereitungsanlagen bzw. der Neuerrichtung solcher Anlagen bei den Kunden des Unternehmens
- Verringerung der Abnahmen bei direkt oder indirekt versorgten gewerblichen Kunden

Die Gesellschaft erwartet hierdurch mittelfristig weiter rückläufige Absätze. In den verrechneten Trinkwasserpreisen werden inflationäre Kostenentwicklungen wesentlicher Aufwandsbestandteile anteilig über die vertraglich vereinbarten Preisgleitklauseln abgebildet. Mit nennenswerten Forderungsausfällen ist bedingt durch die Kundenstruktur im Trinkwasserbereich und bei den sonstigen Umsatzerlösen nicht zu rechnen.

Durch das unternehmenseigene Labor wird eine qualitätsgerechte Trinkwasseraufbereitung und -verteilung über den ganzen Verantwortungsbereich der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH sichergestellt. Mit Hilfe eines aktiven Ressourcenmanagements und der Zusammenarbeit mit lokalen Partnern werden die Rohwässer im Ostharz und in der Elbaue quantitativ und qualitativ nachhaltig verfügbar gehalten.

Das Investitionsgeschehen richtet sich an der bedarfsgerechten Erhaltung und Anpassung der Anlagensubstanz aus. Neben der Anpassung der Kapazitäten an die mittel- bis langfristige Absatzentwicklung wird aber auch der Zunahme längerer extremer Witterungslagen Rechnung getragen, die sowohl anhaltende trockene Perioden als auch Hochwasserereignisse einschließen können.

Darüber hinaus ist der Einsatz von Controllinginstrumenten zur Überwachung aller Kostenpositionen des Unternehmens von der Planung bis hin zur laufenden unterjährigen Kontrolle Bestandteil des Risikomanagements. Die Erfahrungen zeigen, dass in einigen Beschaffungsbereichen recht erhebliche Preissteigerungen zu verzeichnen waren. Eine Gegensteuerung zu dieser Tendenz erfolgt über die Optimierung der Beschaffungsprozesse und des Materialeinsatzes.

Grundlegende Risiken wurden mit Hilfe der aktiven Gestaltung des Versicherungsschutzes abgesichert. Durch Optimierung und Modernisierung bestehender Absicherungen konnten die Konditionen der abgeschlossenen Verträge weiter verbessert werden. Die Wirksamkeit zeigt sich anhand 2011 eingetretener Schadensfälle.

Die Liquidität der Gesellschaft war über das gesamte Jahr 2011 gegeben. Die Verfügbarkeit und die Konditionen für Kreditaufnahmen haben sich nicht verschlechtert und befinden sich weiterhin auf einem guten Niveau. Benötigte Mittel werden zinsoptimiert aufgenommen. Zinsänderungsrisiken wird durch mittel- bis langfristige Zinsfestschreibungen begegnet. In einem Fall wurde eine variable Zinsvereinbarung durch einen bis Ende Juni 2012 laufenden Zins-Swap abgesichert. Die Liquiditätsüberwachung und -planfortschreibung erfolgt täglich.

4. Ausblick/Prognosebericht

Auf Basis der Absatzentwicklung im Geschäftsjahr 2011, insbesondere der letzten Monate bis zum Jahreswechsel, der beschriebenen demografischen Einflüsse und der bekannten vertraglichen Vereinbarungen geht das Unternehmen von weiter rückläufigen Absatzzahlen im Trinkwasserbereich aus. Gegenüber 76,6 Mio. m³ in 2011 wird im Geschäftsjahr 2012 ein Absatz von 74,3 Mio. m³ erwartet. Es wird mit Umsatzerlösen aus dem Verkauf von Trinkwasser in Höhe von 34,8 Mio. € gerechnet. Die aktuelle Mittelfristplanung weist bis zum Jahr 2016 einen weiteren Absatzrückgang bis auf 72,4 Mio. m³ aus. Neben bekannten Rückgängen bei einzelnen Kunden rechnet das Unternehmen mit einem Absatzrückgang von ca. 400 Tm³ jährlich allein aus den Effekten der demografischen Entwicklung.

Zusätzlich muss die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH die eingangs erwähnte Wasserentnahmeentgeltverordnung für das Land Sachsen-Anhalt umsetzen.

Neben den von Dritten veranlassten Umverlegungsmaßnahmen an unseren Anlagen und damit ebenfalls einhergehenden Materialaufwendungen sind die Erlöse aus dem Verkauf der Stromerzeugung mit den installierten Anlagen der Photovoltaik und den Turbinen nach dem EEG wesentlichster Bestandteil der sonstigen betrieblichen Umsatzerlöse. Nach der Inbetriebnahme aller bisher geplanten Anlagen sollen jährliche Erlöse von ca. 1,2 Mio. € generiert werden. Sofern weitere in 2012 geplante Photovoltaikanlagen unter Beachtung der Rahmenbedingungen wirtschaftlich sinnvoll realisiert werden können, erhöhen sich diese Umsätze um knapp 0,1 Mio. €.

Darüber hinaus gehen die Planungen davon aus, auch zukünftig Umsätze über wasserwirtschaftliche Dienstleistungen für Dritte zu erwirtschaften.

Schwerpunkt der sonstigen betrieblichen Erträge ist die Erstattung der Stromsteuer, da die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH als energieintensiver Gewerbebetrieb einzuordnen ist. Neben der noch offenen beihilferechtlichen Genehmigung durch die EU-Kommission ab 2013 werden ab 2012 neue Erstattungsregularien erwartet. Die konkrete Ausgestaltung dieser Neuregelungen gilt es zu analysieren und entsprechende Schlussfolgerungen abzuleiten.

Die Materialaufwendungen wurden auf Basis inflationärer Entwicklungen bzw. abgeschlossener Verträge geplant. Schwerpunktmaßnahme im Geschäftsjahr 2012 stellt die Entsorgung der Filterspülabwässer des Wasserwerkes Wienrode dar. Diese erfolgt kampagnenartig in einem Zyklus von zwei bis drei Jahren unter Nutzung einer Absetzanlage im Territorium.

Der Personalaufwand wurde auf Basis des bestehenden Tarifvertrages für Versorgungsbetriebe und der vertraglich vereinbarten 7,5%igen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohn- bzw. Gehaltsausgleich geplant. Somit werden für das Jahr 2012 Personalkosten von 12,5 Mio. € bei einer Mitarbeiterzahl von 235 zum Jahresende erwartet. Im laufenden Geschäftsjahr 2012 werden Gespräche zur Fortführung der Regelung zur Arbeitszeitverkürzung ab dem Jahr 2013 aufgenommen.

Zur Weiterentwicklung und Erneuerung des Anlagebestandes sind im Geschäftsjahr 2012 Investitionen in einer Höhe von 9,0 Mio. € geplant. Vorgesehen ist unter anderem die Photovoltaik-Anlagen zu erweitern, wofür 1 Mio. € eingeplant wurden. Einen Schwerpunkt der Investitionen bildet die Sicherung der Trinkwasserqualität, beginnend bei der Wassergewinnung, über die Aufbereitung im Wasserwerk bis hin zum Verteilungssystem.

Hervorzuheben sind Erneuerungsarbeiten an verschiedenen Trinkwasserspeichern sowie die Erneuerung der Chemikalienanlage im Wasserwerk Torgau-Ost und die Fortsetzung der Sanierung der Röhrenabsetzbecken im Wasserwerk Mockritz.

Zur Sicherung der Rohwassergewinnung im Wasserwerk Mockritz sollen drei Brunnen neu gebohrt werden.

Einen erheblichen Anteil der vorgesehenen Investitionsmittel (1,8 Mio. €) wird die Fertigstellung des im Bericht bereits erwähnten 15,5 km langen Parallelleitungsabschnittes der Ableitung aus dem Wasserwerk Wienrode im Raum Bernburg binden.

Im Zuge des Unternehmensprojektes „Zukunft Fernwasser“, welches 2008 mit wesentlichen Festlegungen zur Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation abgeschlossen wurde, wurde auch ein „Wartenkonzept“ verabschiedet. Die Umsetzung dieses Konzeptes steht nach umfangreichen Vorleistungen bzw. Planungen in den Vorjahren im Jahr 2012 an. Ziel ist es, zukünftig mit lediglich zwei zentralen Warten an den Hauptstandorten Wienrode im Harz und Torgau-Ost zu arbeiten. Zu diesem Zweck wird die neu zu erstellende Warte im Wasserwerk Torgau-Ost im Jahr 2012 fertiggestellt und die bisher separat bestehende Überwachungseinheit am Standort der Unternehmenszentrale in diese integriert. Damit wird auch die Möglichkeit geschaffen, Wartenfunktionen des Wasserwerkes Mockritz in Zukunft ebenfalls nach Torgau-Ost zu verlagern.

Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH betreibt zur Versorgung eigener Kunden seit 1999 fernwassertypische Anlagen der MIDEWA im Bereich Bitterfeld-Wolfen und Eisleben. Durch einen Nutzungsvertrag wurde geregelt, dass ein Kauf dieser Anlagen durch die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH ermöglicht wird. Zu Beginn 2013 soll diese Option umgesetzt werden. Notwendige technologische Erneuerungen und Anpassungsarbeiten zur Integration dieser Anlagen in das Fernwassersystem erfolgen bereits im Jahr 2012, um eine weitere reibungslose Funktionsweise ab 2013 sicherzustellen. Die Kosten des Kaufs der Anlagen beeinflussen die Ergebniserwartungen nicht, da diese den bisherigen Nutzungsentgelten weitestgehend entsprechen.

Zur Finanzierung der geplanten Investitionen ist vorgesehen, Fremdmittel bis zu einer Höhe von 3 Mio. € in 2012 aufzunehmen. Dem gegenüber stehen im gleichen Zeitraum Tilgungen bestehender Kreditverbindlichkeiten von 1,7 Mio. €. Für die Folgejahre sind bisher keine weiteren Neuverschuldungen vorgesehen. Die Eigenkapitalquote verbleibt auf dem aktuellen Niveau und wird zum Jahresende 2012 76 % ausmachen.

Die Liquidität des Unternehmens für 2012 ist gesichert.

Trotz der zu verzeichnenden Absatzrückgänge können durch die vielfältigen Optimierungsmaßnahmen der Gesellschaft auch zukünftig positive Ergebnisse erreicht werden. Für 2012 wird ein Jahresüberschuss von 1,4 Mio. € nach Steuern erwartet, für die Folgejahre jeweils ca. 1,3 Mio. €.

Vorgänge mit besonderer Bedeutung lagen nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht vor.

Hafen Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Am Saalehafen 1 06118 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	512

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadtwerke Halle GmbH	512	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Betrieb und die Unterhaltung eines oder mehrerer Binnenschifffahrtshäfen im Gebiet der Stadt Halle und im Saalkreis, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die dem Hafenbetrieb in Halle und im Saalkreis dienen, sowie die Vornahme aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Die Hafen Halle GmbH ist der einzige Binnenschiffahrtshafen in der Region. Durch ihn wird die Versorgung einzelner Unternehmen sichergestellt. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung und Standortsicherung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Lindemann, Dirk

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	(seit 04.10.2011)
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Mahlert, Eckard	
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Richter, Ulrich	
	Weihrich, Dietmar	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	31	0	53	0	74	1	-22	-42
Anlagevermögen	14.828	87	15.280	89	14.876	88	-452	-3
Umlaufvermögen	2.191	13	1.841	11	1.923	11	350	19
Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	32	0	3	0	-19	-59
Bilanzsumme	**17.063**	**100**	**17.206**	**100**	**16.876**	**100**	**-143**	**-1**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	731	4	731	4	727	4	0	0
Sonderposten mit Rücklagenanteil					4	0	0	
Sonderposten für Investitionszulagen	5.000	29	5.280	31	5.561	33	-280	-5
Rückstellungen	104	1	30	0	749	5	74	247
Verbindlichkeiten	11.228	66	11.165	65	9.835	58	63	1
Bilanzsumme	**17.063**	**100**	**17.206**	**100**	**16.876**	**100**	**-143**	**-1**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.430	2.441	1.228
andere aktivierte Eigenleistungen	1	9	8
sonstige betriebliche Erträge	483	896	921
Materialaufwand	1.946	1.517	582
Personalaufwand	1.007	832	585
Abschreibungen	779	740	660
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.124	1.156	685
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	308	261	244
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.250	-1.160	-599
außerordentliche Aufwendungen			650
außerordentliches Ergebnis			-650
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	-0	-0
sonstige Steuern	14	11	10
Erträge aus Verlustübernahmen	1.264	1.171	1.259
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-36,86	-47,97	-102,55	%
Eigenkapitalrentabilität:	-172,91	-160,14	-173,23	%
Cash-Flow:	-485	-431	-599	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	121	145	125	T€
Personalaufwandsquote:	25,72	24,88	27,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	86,27	88,38	88,01	%
Eigenkapitalquote:	4,28	4,25	4,31	%
Fremdkapitalquote:	95,72	95,75	95,69	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Containerumschlag	71.676	63.403	26.639	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	1.297.296	1.140.664	648.959	t
Hafenbahn	506.433	442.260	219.460	t
Straßengüterverkehr	790.813	698.404	429.499	t

e) Lagebericht

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 % konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 % ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 % gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 % an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Nach vorläufigen Zahlen ist die deutschlandweit im Güterverkehr transportierte Tonnage der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße im Jahresvergleich um 6,7 % auf 3,95 Mrd. Tonnen deutlich gewachsen. Während die Mengen im Eisenbahn- und Straßenverkehr im Jahresvergleich 7,7 % bzw. 5,1 % Zuwachs erreichten, ging die Transportmenge in der Binnenschifffahrt um 4,3 % zurück. In etwa unverändert waren die Anteile der Verkehrszweige am Transportaufkommen: nach wie vor dominiert hier der Straßengüterverkehr mit einem (leicht gestiegenen) Anteil von 85 % an der Gesamttonnage deutlich.

Die Gesamtverkehrsleistung im Hafen Halle belief sich 2011 auf 1.297.296 Tonnen und nahm damit im Jahresvergleich um 156.633 Tonnen bzw. 13,7 % zu. 506.433 Tonnen bzw. 39 % der Gesamttonnage entfielen dabei auf bahnseitige Transporte. Im KV-Umschlag (KV: Kombinierter (Container-)Verkehr Schiene-Straße) konnte gegenüber dem Vorjahr wiederum eine deutliche Steigerung erreicht werden. Mit 71.676 TEU und 707.798 Tonnen nahm das Aufkommen im Jahresvergleich um 13 % (TEU) bzw. 18,9 % (Tonnen) zu. Allein in den letzten 3 Monaten 2011 wurden mit über 20.000 TEU mehr Einheiten umgeschlagen als im gesamten Jahr 2005 (16.506 TEU). Auch in 2011 war aufgrund der anhaltend widrigen Schifffahrtsbedingungen auf der Saale – bis auf den Umschlag einer Gasturbine für das benachbarte Kraftwerk – kein Schiffsumschlag im Hafen zu verzeichnen.

Die am 16. Juni 2010 gegen das Landesverwaltungsamt eingereichte Klage von Bürgern gegen die erteilte Bau-und Betriebsgenehmigung für die Firma Pyrolyx, aufgrund derer das Landesverwaltungsamt die Genehmigungen widerrief, wurde nach fast 18-monatigem Verfahren in 2011 als unbegründet zurückgewiesen. Zwei Bürger klagten daraufhin beim Oberverwaltungsgericht in Magdeburg, welches im Dezember 2011 wiederum diese Klage abgewiesen hat. Aufgrund des Klageverfahrens wurde durch die Investitionsbank des Landes Sachsen Anhalt der Förderzeitraum verlängert. Am 14. Februar 2012 wurde durch das Landesverwaltungsamt nach der Bau- nunmehr auch die Betriebsgenehmigung erteilt. Im 2. Quartal des Jahres 2012 wird mit den Bauarbeiten begonnen, die Inbetriebnahme wird Ende des 1. Quartals 2013 erfolgen.

Im Zusammenhang mit der Klage gegen die Genehmigungen für die Firma Pyrolyx widerrief das Landesverwaltungsamt am 20. Juli 2010 auch die gegenüber der OTK Oil Trading Kraftstoff GmbH (GULF-Gruppe) bereits nach § 33 Baugesetzbuch erteilte Baugenehmigung zur Errichtung und dem Betrieb eines Tank-Mischlagers im Hafen. Die OTK musste daraufhin einen neuen Antrag nach § 34 Baugesetzbuch stellen, der zwischenzeitlich genehmigt wurde. Im Zuge der Antragstellung wurde der ebenfalls bereits erteilte Fördermittelbescheid von der Firma OTK zurückgegeben, da der Förderungszeitraum überschritten worden wäre. In der Zwischenzeit gibt es die Information durch die Investitionsbank, dass bis Ende März 2012 eine Entscheidung zu den Fördermodalitäten getroffen werden soll. Mit positiver Bescheidung soll nach Aussagen der Investoren im zweiten Quartal 2012 mit der Anlagenerrichtung begonnen werden. Die Betriebsaufnahme ist für Ende 2012/Anfang 2013 vorgesehen, so dass Mitte 2013 der Betrieb in Volllast erwartet werden kann.

Im Juni 2011 wurde durch das Bundesverkehrsministerium die Planung vorgelegt, die Saale zu einer „Restwasserstrasse“ ohne weiteren Investitions-und Unterhaltungsbedarfes herabzustufen. Die Elbe sollte als Nebenwasserstrasse herab qualifiziert werden. Dieses führte zu einer breiten Protestbewegung in der Landes-, Regional- und Lokalpolitik, der Wirtschaft und großen Kreisen der Gesellschaft. In enger Abstimmung mit dem Verein zur Hebung der Saaleschifffahrt (VHdS e.V.) hat sich am 05. August 2011 das „Saale–Bündnis“ gegründet. In der Zwischenzeit, vor allem durch den Druck des „Saale–Bündnisses“ hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages diesen Vorschlag abgelehnt. Das Bundesverkehrsministerium hat das Planco-Institut mit einer neuen Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Saale beauftragt. Die Ergebnisse werden im 3. Quartal 2012 erwartet.

Die Hafen Halle GmbH erzielte per 31. Dezember 2011 Umsatzerlöse und andere Erträge in Höhe von T€ 3.760. Hauptumsatzträger bei den typischen Hafenleistungen waren mit T€ 2.309 die Erlöse aus Umschlagsleistungen und mit T€ 621 die Erlöse aus Leistungen der Hafenbahn.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden T€ 320 investiert. Neben T€ 137 Investitionen für technische Hafenanlagen (darunter T€ 81 für die Anschaffung von 4 Chassis für den Containertransport) und T€ 84 für Geländemaßnahmen (darunter T€ 50 Überhang aus 2010 für den Erwerb der Grundstücksflächen zur Gleisanlage „Saalebahn“) fielen T€ 42 für Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie T€ 58 für sonstige Investitionen (darunter T€ 44 für betriebswirtschaftliche Software) an.

Die Liquidität der Gesellschaft war in 2011 durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages gegeben.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2011 absolut um T€ 142,8 und relativ um 0,8 % auf T€ 17.063 verringert. Der Anteil des Anlagevermögens belief sich auf 86,9 % der Bilanzsumme.

Einschließlich der Zurechnung der Sonderposten beläuft sich das wirtschaftliche Eigenkapital auf T€ 5.731 und beträgt 33,6 % der Bilanzsumme. Bei Bankdarlehen über T€ 4,758 ist das Anlagevermögen der Gesellschaft zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 (T€ 14.828) zu 70,7 % durch lang- und mittelfristiges Eigen- und Fremdkapital (T€ 10.489) gedeckt.

In dem seit August 2004 beim Landgericht Halle anhängigen Rechtsstreit wegen mangelhafter Planungsleistungen gegen die Firma H.P. Gauff Ingenieure GmbH & Co. KG war im Jahr 2011 – trotz mehrmaliger Anfragen unserer Rechtsanwälte an das Gericht – kein Verfahrensfortgang zu verzeichnen.

Entsprechend der Regelungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wurden durch die Gesellschaft auch in 2009 die wesentlichen Risikofelder identifiziert und einer Bewertung unterzogen sowie die erforderlichen Schritte zur Schaffung eines adäquaten Risikomanagement- und Früherkennungssystems erfolgreich realisiert. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die für die Gesellschaft relevanten Risikofelder einer laufenden Bewertung und Kontrolle unterliegen sowie wesentliche Instrumente der Risikoerkennung und -bewertung installiert sind.
Auf Grundlage des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages wurden von der Gesellschafterin Verlustausgleichszahlungen geleistet (bzw. Darlehen schuldbefreiend übernommen) sowie im Rahmen des konzernweiten Cash-Pools Kontokorrentkredite bereitgestellt. Es kann derzeit nicht ausgeschlossen werden, dass diese Finanzströme als staatliche Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG-Vertrag gewertet werden könnten. Es bestünde insofern das grundsätzliche Risiko der Rückzahlung der als Beihilfe klassifizierten Finanzströme. Der Hafen und seine Gesellschafterin haben zwei Kanzleien damit beauftragt zu prüfen, welche Finanzströme beihilfenrechtliche Relevanz entfaltet haben könnten, für welchen Zeitraum dieses unterstellt werden könnte und welche finanziellen Risiken hieraus entstehen könnten. Die endgültigen Ergebnisse liegen derzeit noch nicht vor.

Ausblick

Der Ertragswert der Sparten „Schiffsverkehr“ und „Ansiedlung“ ist gemäß den aktuellen Planungsrechnungen unverändert nachhaltig negativ. Nach rezessionsbedingten Rückgängen in 2009 zeigt die Sparte „Bahn- und Straßenverkehr“, und hier insbesondere der KV-Umschlag, eine mittelfristig positive Entwicklung. Der Schwerpunkt der weiteren Entwicklung liegt daher unverändert auf dem Container-Verkehr und dem Eisenbahnbereich. Gerade im Containerverkehr wird es darauf ankommen, die seit der Einführung unserer Marke „CTHS – **C**ontainer **T**erminal **H**alle **S**aale“ am Markt bereits zu spürende positive Wahrnehmung dieser Leistung des Hafens Halle weiter auszuschöpfen. Ebenso wird der Focus auf der Stabilisierung und dem weiteren Ausbau des Eisenbahnbereiches insbesondere bei der Erbringung von Verkehrsdienstleistungen (Traktionen) liegen. Weiterhin gehen wir davon aus, dass das Ansiedlungsvorhaben Tankmischlager Anfang 2013 seinen Betrieb aufnimmt und damit die bereits in Vorjahren geplanten und mit einer Laufzeit von 5 Jahren bereits vertraglich fixierten Hafenbahnleistungen umgesetzt werden.

Aufgrund der guten Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr erwarten wir für 2012 im KV-Geschäft ein stabiles leicht steigendes Verkehrsaufkommen. Ungeachtet dessen wird die weitere Ausweitung der Geschäfte im KV-Bereich einen wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft auch in 2012 darstellen. Weiter ausgebaut werden soll auch das Geschäftsfeld der dispositiven speditionellen Leistungen mit kompletten Container-Transport-Läufen Seehafen-Kunde-Seehafen. Hierzu soll auch die in 2011 erfolgreich gestartete Sparte „Lkw-Verkehr“ (Straßentransporte im KV-Verkehr mit angemieteten Zugmaschinen und eigenen Chassis) beitragen.

Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft im Bereich Ansiedlungen wird es in 2012 sein, die beiden im Hafen begonnenen Ansiedlungsprojekte in der Umsetzung bis hin zur Betriebsaufnahme zu begleiten. Vor dem Hintergrund einer mittelfristig verbesserten Erlössituation der Gesellschaft vor allem im Bahnsektor wird die Gesellschaft weiterhin versuchen, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gebietskörperschaften weitere Grundstücksflächen im engeren Hafenumfeld einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen. Damit soll auch ein Beitrag zur Entwicklung des Hafengebietes sowie des Wirtschaftsstandortes Halle (Saale) insgesamt geleistet werden.

Im investiven Bereich sind insbesondere Maßnahmen zur Erweiterung und Sicherung der Geschäfte im Bahn- und Container-Verkehr geplant. Neben dem Neubau des Gleisanschlusses für einen Neuansiedler im Hafen ist zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Betriebsabläufe auch der Ersatzneubau der technischen Sicherungsanlagen an den Bahnübergängen der Gleisanlage „Saalebahn“ geplant. Hier hoffen wir auf zeitnahen Abschluss der bereits seit Ende 2007 diskutierten Kreuzungsvereinbarungen mit der Stadt Halle (Saale). Im Zusammenhang mit dem Neubau der bahnseitigen Hafenanbindung im sogenannten „Nördlichen Ringschluss“ sowie für den Neubau eines KV-Terminals sollen die Entscheidungen soweit vorangebracht werden, dass die bereits europaweit ausgeschriebenen Planungsleistungen Mitte des Jahres beauftragt werden können.
Die zukünftige Ertrags- und Finanzlage des Hafens ist außer von politischen Entscheidungen zur Saaleschifffahrt entscheidend davon abhängig, dass die Akquisitionsaktivitäten erfolgreich verlaufen, die für eine langfristig positive Entwicklung des Hafenbetriebs (einschließlich Bahn- und Straßenverkehr) erforderlichen Investitionen realisiert werden sowie der Hafenbetrieb und die zur Ansiedlung hergerichteten Flächen signifikant besser ausgelastet sind.

Die Zahlungsfähigkeit und der Fortbestand der Gesellschaft sind auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH – im Wege des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH – abhängig.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	10.000

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung und die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit im Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.

(2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbereiche errichten, erwerben, oder pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Abwasserent- und die Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias	
		Dr. Gaudig, Lutz	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Misch, Werner	
	stellv. Vorsitzender	Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 19.05.2011 stellv. Vorsitzender)
		Allner, Jürgen	(seit 28.07.2011)
		Böcker, Udo	
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	
		Hildebrandt, Roland	
		Krause, Johannes	

Aufsichtsrat:	Nebelung, Barbara
	Neumann, Wolfram
	Raab, Katja
	Sieber, Olaf
	Weiland, Mathias

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	21	21	8

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	398.688	90	399.477	92	408.909	94	-789	0
Umlaufvermögen	44.638	10	35.920	8	27.735	6	8.718	24
Rechnungsabgrenzungsposten	729	0	949	0	949	0	-220	-23
Bilanzsumme	**444.055**	**100**	**436.346**	**100**	**437.593**	**100**	**7.709**	**2**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	68.898	15	68.898	16	68.898	16	0	0
Sonderposten mit Rücklagenanteil	7.666	2	8.023	2	8.380	2	-357	-4
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	47.423	11	47.794	11	48.421	11	-371	-1
Rückstellungen	18.865	4	18.097	4	14.174	3	768	4
Verbindlichkeiten	292.036	66	285.448	65	291.508	67	6.588	2
Rechnungsabgrenzungsposten	9.167	2	8.086	2	6.212	1	1.081	13
Bilanzsumme	**444.055**	**100**	**436.346**	**100**	**437.593**	**100**	**7.709**	**2**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	115.096	111.018	108.529
andere aktivierte Eigenleistungen	337	270	389
sonstige betriebliche Erträge	3.720	6.122	4.881
Materialaufwand	27.903	26.050	23.455
Personalaufwand	29.451	29.637	29.821
Abschreibungen	17.802	25.942	18.761
sonstige betriebliche Aufwendungen	23.165	21.868	21.504
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	353	365	329
Erträge aus Beteiligungen	24	26	30
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	202	71	91
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12.032	12.361	12.638
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.379	2.014	8.070
außerordentliche Aufwendungen	198	4.359	1.435
außerordentliches Ergebnis	-198	-4.359	-1.435
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0	0
sonstige Steuern	114	138	294
Erträge aus Verlustübernahmen		2.483	
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	9.067		6.341
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,88	-2,24	5,84	%
Eigenkapitalrentabilität:	13,16	-3,60	9,20	%
Cash-Flow:	26.869	23.458	25.102	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	184	177	172	T€
Personalaufwandsquote:	24,72	25,24	26,21	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,49	91,21	93,10	%
Eigenkapitalquote:	15,52	15,79	15,74	%
Fremdkapitalquote:	84,48	84,21	84,26	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	9.523,00	9.323,00	9.450,00	Tm³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	16.741,00	16.527,00	16.413,00	Tm³
Abwassereinleitung Kläranlagen	17.528,00	19.339,00	15.835,00	Tm³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	6.723,00	6.747,00	6.910,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	36.979,00	37.169,00	37.543,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	163.482,00	153.132,00	153.627,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	70.192.483,00	72.957.791,00	71.308.614,00	m²
Hausanschlüsse	49.485,00	49.283,00	49.077,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung	350.538,00	310.968,26	326.285,00	km²

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 % konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 % ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 % gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 % an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 %-Punkte auf 7,1 %. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 %-Punkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 %. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen: die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 %-Punkte auf 11,7 %.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

Veränderungen wesentlicher Verträge, Produktveränderungen, Kundenorientierung

Bei der **Trinkwasserversorgung** ist es gelungen - trotz steigender Preise für die Instandhaltung des Trinkwassernetzes und allgemeiner Preissteigerungen - den Grundpreis unverändert bei 0,104 EUR (brutto) pro Einwohnerwert und Tag sowie den Mengenpreis konstant bei 1,39 EUR (brutto) pro Kubikmeter zu halten.

Turnusmäßig kalkulierte die HWS auf Basis der Kosten- und Absatzentwicklung in der **Abwasserentsorgung** die Abwasserpreise neu. Der Preis für Niederschlagswasser konnte zum 01. Januar 2011 um 4 Cent auf 1,44 EUR (brutto) pro Quadratmeter Berechnungsfläche gesenkt werden.

Der Auftraggeber, die Stadt Halle (Saale) und das Unternehmen einigten sich im Jahr 2011 über die Inhalte und Konditionen bei Verlängerung bzw. Neuabschluss des Vertrages über die Durchführung der öffentlichen Abfallentsorgung im Einzugsgebiet der Stadt für weitere 10 Jahre. Der Stadtrat und der Aufsichtsrat haben am Ende des Jahres 2011 dem **Abfallentsorgungsvertrag** zugestimmt. Eine Unterzeichnung des Vertrages ist zu Beginn des Folgejahres vorgesehen. Die Verlängerung des Vertrages sorgt für eine Kontinuität in der Auftragslage des Unternehmens.

Mit Wirkung zum 01. November 2011 trat die **Novellierung der Trinkwasserverordnung** in Kraft. Gegenstand dieser Novellierung sind unter anderem Änderungen bei mikrobiologischen -, chemischen- sowie Indikatorparametern. Weiterhin wurden in der Novelle neue Nachweisverfahren festgesetzt sowie Änderungen in der Zuständigkeit der Erstellung der Probeentnahmepläne. Neu aufgenommen wurde ein sogenannter technischer **Maßnahmewert von Legionellen**. Dies ist besonders für Betreiber von Wassererwärmungsanlagen von Bedeutung. Für das Trinkwasserlabor der HWS bedeutet diese Änderung die **Möglichkeit der Leistungserweiterung**.

Die Kundenorientierung und stetige Verbesserung des Produkt- und Dienstleistungsportfolios zählen in der HWS nach wie vor zu den wichtigsten Zielen und werden kontinuierlich optimiert und erweitert. In diesem Rahmen konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr das bereits umfangreiche **Dienstleistungsangebot** des Unternehmens um die Entsorgung von Konfiskaten bei der Speiseresteentsorgung **erweitert** werden.

Der Wirtschaftsverband Abfall- und Wertstoffbehälter informierte die Entsorgungswirtschaft im Jahr 2011 über die Änderung der DIN EN 840 bezüglich der Sicherheitsanforderungen für Schiebedeckelbehälter (Abfallsammelbehälter) und der technischen Umsetzung. Verschiedene Unfälle in Europa und in Deutschland mit Abfall- und Wertstoffbehältern ohne Sicherheitsdeckel zeigten, dass die Anforderungen der DIN EN 840 nicht nur für Neugefäße sondern auch für die nach alter Norm gerüsteten Abfall- und Wertstoffbehälter angewendet werden muss. Die HWS hat bereits im Jahr 2009 damit begonnen, die 11.000 Behälter (1,1 m³ MGB) die im Stadtgebiet Halle (Saale) stehen, vor Ort umzurüsten. Im November des Geschäftsjahres 2011 konnte das Projekt – Sicherheit für unsere Kunden - weitgehend und Anfang 2012 vollständig abgeschlossen werden.

Bereits seit dem Jahr 2006 trägt die gesammelte Altpapiermenge des **Altpapier-Sammelwettbewerb** für Schulen und Kindertagesstätten in der Stadt Halle (Saale) zur Erhaltung des Altpapiermengenstromes aus Halle (Saale) bei. Durch die positive Resonanz und große Teilnehmeranzahl konnte der Wettbewerb auch im Jahr 2011 fortgeführt werden.

Abfall-Logistik und –Behandlung, Reinigungslogistik

Mit Wirkung vom 01. September 2011 begann das Pilotprojekt zum **Einsatz von Telematik im Unternehmensbereich Entsorgungsdienste**. Im Rahmen dieses Projektes wurden 5 Entsorgungsfahrzeuge sowie 5 Containerfahrzeuge mit sogenannten Fleet Boards (elektronische Erfassung von technischen Zuständen der Aggregate und Antriebe) ausgestattet. Das Unternehmen verbindet mit dieser Testphase u.a. die Zielsetzungen der Reduzierung des Kraftstoffverbrauches, die Optimierung der Touren durch eine verbesserte Fahrzeugverfügbarkeit sowie mittelfristig die Reduzierung der Reparaturkosten. Bis zum Ende des Jahres 2011 konnten bereits erste Einspareffekte erreicht werden. Aus diesem Grund wird im kommenden Geschäftsjahr 2012 das Unternehmen den Pilotversuch auf weitere 15 Fahrzeuge des Unternehmensbereichs Entsorgungsdienste ausweiten.

Vor dem Hintergrund der Einführung der **Umweltzonen** in der Stadt Halle (Saale) zum 01. September 2011 gewinnen zunehmend die E-Mobilität und die Reduzierung von Feinstaub- und CO_2-Emissionen sowohl im Straßenverkehr als auch im innerstädtischen Nahverkehr an Bedeutung. Zu den 10 bereits durch Erdgas angetriebenen Fahrzeugen sowie den 4 Fahrzeugen mit Elektroantrieb der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH kamen im Jahr 2011 weitere 4 durch **Erdgas angetriebene Fahrzeuge** hinzu und wurden 10 Nutzfahrzeuge mit einem **Partikelminderungssystem** aufgerüstet.

Produktions- und Behandlungskapazitäten

Unverändert stellte die HWS im vergangenen Geschäftsjahr ihren Kunden Trinkwasser von hervorragender Qualität zur Verfügung. Insgesamt wurden 18.266 Tm^3 Trinkwasser zur Versorgung bereitgestellt, davon 14.274 Tm^3 im Versorgungsgebiet der Stadt Halle (Saale) und des Wasserzweckverbandes „Saalkreis“. Die HWS bezieht das Trinkwasser auf Grundlage eines langfristigen Liefervertrages mit der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH.

Das Wasseraufkommen lag im Jahr 2011 um 0,9 % unter dem Vorjahresniveau aber dennoch mit 2,1 Prozent über unseren Erwartungen. Dazu haben die stabile Entwicklung der Einwohnerzahlen der Stadt Halle (Saale) und die wasserabsatzfördernde Witterung beigetragen.

Die Wasserverluste wurden für das gesamte Versorgungsgebiet der HWS mit 8,4 % ermittelt, was einer Senkung von 1,9 %-Punkte zum Vorjahr entspricht.

Die Auslastung der **Zählanlage** für Getränkeeinwegverpackungen ist weiterhin hoch. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Anzahl der gezählten Gebinde im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht werden. Weiterhin wurde für die PET-klar-Fraktion eine größere Zerstörmaschine eingebaut.

Durch die zu Beginn des Jahres weiterhin rückläufigen Preise für die Papier-Pappe-Kartonagen- Fraktion (PPK) und auf Grund des dadurch bedingten nicht kostendeckenden Anlagenbetriebes der **mechanischen Sortieranlage für PPK**, wurde die Anlage bereits zu Beginn des Jahres 2010 außer Betrieb genommen und für besondere Marktsituationen in Reserve gehalten. Je nach Marktpreislage wurde sie im abgelaufenen Jahr zeitweise in Betrieb genommen.

Optimierung der Beschaffung

Im Geschäftsjahr 2011 wurden alle Aufträge zur Umsetzung vorgesehener Investitionsmaßnahmen der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung mit Hilfe der einschlägigen Vergabeverfahren beauftragt. Dies trug zu wirtschaftlich guten Ergebnissen bei.

Zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren des Unternehmens zählt ebenfalls eine **optimierte Beschaffung** von Verwertungs- und Behandlungskapazitäten bzw. diesbezüglicher Nachunternehmerleistungen für verschiedenen Abfallarten. Diese permanente Optimierungsaufgabe konnte auch im Geschäftsjahr 2011 erfolgreich erledigt werden. So gelang es bereits für das laufende Jahr sowie für das Jahr 2012 insbesondere für die Fraktion Altholz, Bauabfälle, Straßenkehricht sowie gemischte Siedlungsabfälle zur Verwertung neue Verträge zu günstigeren Konditionen abzuschließen. Dabei ist es auch im Jahr 2011 gelungen, Abhängigkeiten von Nachunternehmern dadurch zu vermeiden, dass in der Regel bei jeder Abfallart mehr als ein Nachunternehmer für das Unternehmen tätig ist.

Organisationsveränderungen

Im Jahr 2010 begann das Unternehmen mit der Entwicklung eines langfristigen **Strategiekonzeptes „HWS 2020“**. Das Konzept dient der Entwicklung zukunftsfähiger Geschäftsfeld- und Produkterweiterungen in allen Geschäftsbereichen des Unternehmens. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Stufe 1 – „Strategieschleife“ des Konzeptes vollständig abgeschlossen. Aus der Stufe 1 wurden 48 konkrete Maßnahmen abgeleitet und analysiert. Alle Maßnahmen wurden im Laufe des Jahres in die Stufe 2 – Konzeptionsphase des Strategiekonzepts überführt und bearbeitet. Bis zum Ende des Jahres konnten 8 konkrete Maßnahmen, u. a. die Neukonzeption des Winterdienstes, umgesetzt werden. Die sich noch in der Konzeptionsphase befindenden Maßnahmen werden im Folgejahr 2012 abgeschlossen.

Im November 2011 begann das konzernweite **Projekt „Strategische Assetsteuerung“,** an dem sich auch die HWS beteiligt. Im Rahmen dieses Projektes soll künftig der Einsatz aller Betriebsmittel der kompletten Netzinfrastruktur (für die HWS die Trinkwasser- und Abwassernetze) der SWH-Gruppe optimal gestaltet werden. Durch den Aufbau der strategischen Assetsteuerung wird die Grundlage für ein langfristig erfolgreiches Management der netztechnischen Anlagen der SWH-Gruppe gelegt. Die ganzheitliche Betrachtung von Kosten, Qualität, Risiko und die Optimierung des Zusammenspiels zwischen Technik, Vertrieb und Controlling können zukünftig Prozesse besser vernetzt und operative Exzellenz geschaffen werden. Zu den wesentlichen Arbeit- und Aufgabenschwerpunkten zählen beispielsweise die Bewertung strategischer Investitionsentscheidungen der Tochterunternehmen des SWH-Konzerns, die Betreuung der Thematik „Stadtumbau“ in allen Facetten und die Einführung abgestimmter Planungs-, Ausschreibungs- und Vergabegrundsätze. Ziel ist dabei die Investitionserfordernisse aller Gesellschaften im SWH-Konzern optimiert umzusetzen.

Mit Wirkung zum 01. Mai 2011 wurde eine innerbetriebliche Umstrukturierung mit dem Ziel der **internen Straffung von Struktureinheiten** und der Optimierung logistischer und verwaltungstechnischer Prozesse im Unternehmensbereich Entsorgung vorgenommen. Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH integrierte den Bereich Straßenreinigung / Winterdienst als Abteilung in den Bereich Entsorgungsdienste und bündelt somit nunmehr alle logistischen und hoheitlichen von der Stadt Halle (Saale) übertragenen Aufgaben der Abfallentsorgung und Stadtreinigung in einem Verantwortungsbereich.

Im Rahmen der kontinuierlichen internen Prozessoptimierung wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 die Zusammenführung von zwei Abteilungen zu einem neuen **Meisterbereich Netz- und Anlagenüberwachung** durchgeführt. Das Unternehmen verbindet mit der Optimierung das Ziel, künftig versorgungswichtige Instandhaltungsaufgaben effizienter und in einem kürzeren Zeitrahmen koordinieren und durchführen zu können. Die Aufgabenvielfalt im Meisterbereich Netz- und Anlagenüberwachung umfasst unter anderem die Wartung und Reparatur von Pumpen in Druckerhöhungsstationen, die Leckortung und Trassensuche, das An- und Abstellen von Versorgungsleitungen im Zuge der Störungsbehebung sowie die Drucküberwachung im Versorgungssystem.

Die HWS übernahm im Jahr 2010 aufgrund der Zentralisierung bestimmter konzerninterner Leistungen die Aufgabe, ein **zentrales Fuhrparkmanagement** für die SWH-Gruppe aufzubauen. Das Projekt dauert an. Erste Erfolge konnten durch die Verkleinerung des Fuhrparks erzielt werden.

Im abgelaufenen Jahr hat das Unternehmen ein IT-gestütztes **Berechtigungsmanagement-konzept für die im Unternehmen eingesetzten Software-Produkte** eingeführt. Die damit verbundene Neuorganisation hatte das Ziel, die Sicherheit und Dokumentation bei Softwaresystemberechtigungen weiter zu verbessern.

Personal

Zum Stichtag 31. Dezember 2011 waren im Unternehmen 647 Mitarbeiter (Vorjahr: 661) beschäftigt. Zudem waren 72 Auszubildenden (davon 9 duale Studiengänge) und 28 Praktikanten für das Unternehmen tätig.
Der zum Teil erhebliche Rückgang der Schulabgängerzahlen in den östlichen Bundesländern veranlasste die HWS präventive Maßnahmen zu ergreifen, um den erwarteten Auswirkungen entgegenwirken zu können. Kontinuierlich und planmäßig steigerte das Unternehmen in den vergangenen Jahren die Anzahl der **Ausbildungsplätze** auf 72 davon 9 duale Studiengänge. Das Unternehmen beabsichtigt, mit dieser Maßnahme dem möglichen Fachkräftemangel vor allem in den produktiven/ technischen Bereichen des Unternehmens zu begegnen und frühzeitig den Aspekt der Mitarbeiterbindung zu berücksichtigen. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Kfz-Mechatroniker / -in, Berufskraftfahrer/-in, Anlagenmechaniker / -in, Elektroniker / -in für Betriebstechnik, Chemielaborant / -in, Elektroniker / -in für Automati-sierungstechnik und Gebäudereiniger/ -in sowie Bürokauffrau /-mann, Industriekauffrau / -mann und duale Studiengänge.

Das im Jahr 2010 umfangreiche und kontinuierliche Weiterbildungsprogramm **für Berufskraftfahrer** nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz (BKrFQG) für die logistischen Bereiche des Unternehmens wurde auch im abgelaufenem Geschäftsjahr insbesondere mit den Schwerpunkten auf ein wirtschaftliche Fahrweise und die geltenden Sozialvorschriften umgesetzt. Im Jahr 2011 nahmen wiederum über 200 Mitarbeiter des Unternehmens teil.

Die Kooperation zwischen der HWS und dem Institut für Leistungsdiagnostik und Gesundheitsförderung (ILUG) begann im Jahr 2011 mit dem Ziel der Weiterentwicklung der aktiven **Gesundheitsförderung**. Die Entwicklung eines ganzheitlichen Konzeptes zu den Themenschwerpunkten Ernährung / Gemeinschaftspflege; Alltagsbewegung fördern / Präventionsangebote; Vorsorge / Diagnostik sowie Stressmanagement / Kommunikation/ Führung bildeten dabei den Mittelpunkt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 beendeten erfolgreich 7 Fachkräfte mit Führungsaufgaben der HWS das eineinhalbjährige Ausbildungsprogramm zum **Fachwirt für Einkauf und Logistik**. Das mit dieser Ausbildung verbundene Ziel ist die Optimierung der komplexen betriebswirtschaftlichen und logistischen Prozesse im Unternehmen.

Das Ende des Jahres 2010 begonnene strategische Personalanpassungsprogramm wurde konsequent fortgeführt. Beabsichtigt wird, 56 Stellen in den Jahren bis 2019 abzubauen.

Investitionstätigkeit

Die **Investitionen des Geschäftsjahres 2011** der HWS hatten einen Gesamtumfang von insgesamt TEUR 16.908 (Vorjahr: TEUR 15.881) zuzüglich unentgeltlicher Übernahmen von Ver- und Entsorgungsleitungen in Höhe von TEUR 254, die durch andere Erschließungsträger errichtet wurden. Auf den Abwasserbereich entfielen dabei Investitionen von TEUR 9.500 (Vorjahr: TEUR 8.158) und auf den Trinkwasserbereich TEUR 5.056 (Vorjahr: TEUR 5.192).
In den leitungs- bzw. kanalnetzgebundenen Geschäftsfeldern der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung wurden insbesondere Projekte zur Verbesserung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur in Kooperation mit der Stadt Halle (Saale) und mit der konzernzugehörigen HAVAG – Hallesche Verkehrs AG realisiert.

Investitionsschwerpunkte für die Sparten Wasser und Abwasser waren im Jahr 2011 insbesondere die Mitwirkung an komplexen Straßenbaumaßnahmen wie zum Beispiel der Delitzscher Straße, Beesener Straße, Eislebener Straße, Berliner Straße sowie an Erschließungs- und Entwicklungsmaßnahmen (Erschließungsgebiet an der A 14; Baugebiete Heide-Süd und A.-Oelßner Straße). Dazu kommen folgende Projekte im **Abwasserbereich**:

- die Weiterführung der abwassertechnischen Ersterschließung entsprechend Abwasserbeseitigungskonzeption (z.B. im den Stadtteil Dölau und in Halle Diemitz);
- die Sanierung besonders störanfälliger Kanalabschnitte, beispielsweise der Hauptsammelkanal in der Kantstraße, Kanäle in der Liebenauer Straße, Türkstraße, Jakobstraße
- Ertüchtigung der überbauten Gerbersaale
- Ertüchtigung störanfälliger und überlasteter Anlagengruppen auf der Kläranlage Halle Nord (z.B. Überschussschlammeindickung)

Der Anschlussgrad an die zentrale Abwasserentsorgung beläuft sich nunmehr auf 99,55 % (Kanalnetz).

Im Bereich der **Trinkwasserinvestitionen** lagen die Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr zusätzlich zu der Beteiligung an den bereits aufgeführten Komplexbaumaßnahmen auf folgenden Projekten:

- Abschluss der Sanierung der Großrohrleitung in der Kantstraße / Schwarzer Weg mit Außerbetriebnahme von 2 gefährdeten Parallelleitungen (DN 400/Beton)
- Maßnahmen zur Senkung / Stabilisierung von Wasserverlusten durch Ersatz von besonders schadensanfälligen Leitungen; z. B. Elsterdüker Döllnitz und im Auftrag des Wasserzweckverbandes Saalkreis anlässlich verschiedener Straßenbaumaßnahmen
- Erneuerung von Versorgungsleitungen beispielsweise in der Leibnitzstraße, in der Merseburger Straße, in der Otto-Stomps-Straße, im Universitätsring, in der Charlottenstraße und im Blumenauweg.

Die Investitionen des Geschäftsjahres 2011 im Unternehmensbereich Entsorgung waren im Wesentlichen auf die Erhaltung der bestehenden Logistik und Behandlungskapazitäten ausgerichtet.

Wirtschaftliche Entwicklung

Umsatzerlöse und Aufwendungen

Von der HWS wurden im Jahr 2011 Umsatzerlöse von TEUR 115.096 erwirtschaftet. Dieser Wert bedeutet zum Vorjahr ein Wachstum um TEUR 4.078 und liegt deutlich über den Erwartungen. Im Einzelnen entwickelten sich die Geschäftsfelder wie folgt:

Trinkwasserlieferung	TEUR 32.612 (Vorjahr TEUR 32.408)
Abwasserentsorgung	TEUR 40.937 (Vorjahr TEUR 41.873)
Abfallentsorgung / Reinigung	TEUR 28.641 (Vorjahr TEUR 25.614)
Sonstige Umsatzerlöse	TEUR 12.906 (Vorjahr TEUR 11.123)

Der Erlösanstieg in der Trinkwassersparte ist auf den Anstieg der Absatzmengen zurückzuführen. Die Erlösreduzierung bei der Abwasserentsorgung zum Vorjahr ergibt sich aus dem Ausgleich von Kostenüberdeckungen im Rahmen der Nachkalkulation Abwasser.
Die deutliche Erlössteigerung im Geschäftsfeld Abfallentsorgung / Reinigung resultiert aus positiven Mengenentwicklungen und aus höheren Vermarktungspreisen für Sekundärrohstoffe.

Eine Erhöhung zum Vorjahr war bei den sonstigen Umsatzerlösen auf TEUR 12.960 zu verzeichnen. Die Steigerung wurde im Wesentlichen auf erhöhte Leistungen bei Betriebsführungsverträgen und Betriebsdienstleistungen sowie bei der Deponiesickerwasser-übernahme von Dritten erreicht.

Die Personalaufwendungen lagen mit TEUR 29.451 unter dem Vorjahresniveau. Diverse Maßnahmen zur strategischen Personalentwicklung wurden zielgerichtet weitergeführt und spiegeln sich in gesunkenen Beschäftigtenzahlen sowie reduzierten Personalkosten wider.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 23.165 ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr eingetreten. Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Übergang der Abrechnungsdienste auf die ITC Halle GmbH mit sämtlichen Leistungen der Rechnungslegung einschließlich dem dazugehörigen Mahn- und Forderungsmanagement zurückzuführen.

Der Materialaufwand betrug TEUR 27.903 und lag damit über Vorjahresniveau. Hauptursachen für diese Entwicklung sind einmalig, in dieser Periode erhöhte Aufwendungen für Sanierung und Instandhaltung von Anlagen (Trink- und Abwasser) sowie zusätzliche Transportaufwendungen für Deponiesickerwasser infolge einer mit den diesbezüglichen Umsatzerlösen korrespondierenden Mengensteigerung.

Die Reduzierung der Abschreibungen um TEUR 8.140 auf TEUR 17.802 ist hauptsächlich die Folge der außerplanmäßigen Abschreibung auf Sachanlagen im Jahr 2010 (Wasserwerk Beesen).

Die außerordentlichen Aufwendungen lagen mit TEUR 198 um TEUR 4.161 unter dem Vorjahr. Sie betreffen Aufwendungen (Zuführung zu Rückstellungen) für die im Vorjahr (2010) begonnenen strategischen Personalentwicklungsmaßnahmen.

Infolge eines anhaltenden niedrigen Zinsniveaus sowie Maßnahmen eines aktiven Zinsmanagement sind die Zinsaufwendungen gesunken.

Ergebnis

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2011 von TEUR 9.067 liegt deutlich über den Erwartungen. Das außerordentlich gute Ergebnis ist insbesondere auf eine positive Mengenentwicklung in den Ver- und Entsorgungssparten zurückzuführen. Durch die positive Konjunkturentwicklung der deutschen Wirtschaft konnten darüber hinaus auch höhere Vermarktungserlöse für wesentliche Sekundärrohstoffe erzielt werden. Zusätzlich trugen Kosteneinsparungen, hauptsächlich bei Abschreibungen und Zinsen, zu der positiven Ergebnisentwicklung bei.

Wesentliche Bilanzpositionen

Die Bilanzsumme der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH nahm im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 436.346) um TEUR 7.709 auf TEUR 444.055 zu.

Eine Verminderung um TEUR 789 auf TEUR 398.688 (Vorjahr: TEUR 399.477) war im Anlagevermögen zu verzeichnen. Das entspricht einem Rückgang um 0,2 %.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände als wesentliche Bestandteile des Umlaufvermögens lagen mit TEUR 43.042 deutlich über den Werten des Vorjahres (TEUR 35.005) Diese Erhöhung resultiert vor allem aus der Erhöhung der Forderungen aus dem Cash-Pool gegenüber dem Gesellschafter.

Das bilanzielle Eigenkapital veränderte sich im Geschäftsjahr 2011 nicht.

Die sonstigen Rückstellungen übersteigen den Vorjahreswert um TEUR 580. Das entspricht einem Anstieg um 3,3 %. Maßgeblich für den Anstieg waren Zuführungen für unterlassene Instandhaltungen und Sanierungen.

Die zur Finanzierung, insbesondere der Anlageinvestitionen, aufgenommen Darlehen bei Kreditinstituten reduzierten sich auf TEUR 273.632 (Vorjahr TEUR 276.074). Damit folgt die Gesellschaft dem Kurs einer maßvollen Senkung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im langfristigen Durchschnitt.

Management

Unverändert sind seit dem 01. Januar 2010 als Geschäftsführer der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH Herr Matthias Lux (Vorsitzender der Geschäftsführung / kaufmännischer Geschäftsführer) und Herr Dr. Lutz Gaudig (technischer Geschäftsführer) bestellt.

Qualitätsmanagement, Zertifizierungen

Neben der im September 2011 erfolgreich absolvierten jährlichen Überprüfung der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zum **Entsorgungsfachbetrieb,** erfolgte im Oktober erstmals für das Gesamtunternehmen die Zertifizierung zum **Qualitäts- und Umweltmanagement**. Ebenfalls erfolgreich wurde die **Zertifizierung des Zählzentrums** nach der Zertifizierungsrichtlinie der Deutschen Pfandsystem GmbH durchlaufen. Für das Trinkwasserlabor der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH konnte die **Akkreditierung durch die DAkkS** aufrechterhalten werden.

Forschung und Entwicklung

Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Integrierte Verwertungsanlage und Strategie für kommunale Biomasse – HTC Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft“, welches im Jahr 2010 zusammen mit dem Deutschen Biomasseforschungszentrum (DBFZ) aus Leipzig begonnen wurde, konnte erfolgreich fortgeführt werden. Neben einer umfassenden Marktanalyse mit dem Ziel, einen geeigneten Anbieter einer Anlage für die **hydrothermale Carbonisierung** zu ermitteln, wurden auch Standortfragen geklärt und Verwertungswege eruiert. Des Weiteren wurden parallel durch das DBFZ die potentiellen Eingangsstoffe der HWS untersucht und mit diesen auch Carbonisierungsversuche im Labormaßstab durchgeführt Eine Fortführung des Projektes unter Zugrundelegung einer fundierten Bewertung der Wirtschaftlichkeit wird für das Folgejahr angestrebt.

Im Rahmen der im abgelaufenen Geschäftsjahr größten durchgeführten Kanalbau-maßnahmen wurde **erstmals** das **Verfahren der Kurzrohrsanierung angewandt**. Bei diesem Verfahren werden glasfaserverstärkte Kunststoffrohrteile in den vorhandenen Kanal eingesetzt. Mit der verwendeten Sanierungstechnik verfolgt das Unternehmen das Ziel der Kosten- und Aufwandsreduzierung durch grabenlose Verfahren.

An dem im Jahre 2007 begonnenen und langfristig angelegten Pilotprojekt **„Kurzumtriebsplantagen auf innerstädtischen Flächen“** gab es auch im Jahr 2011 großes und auch überregionales Interesse. So widmete sich beispielsweise eine Bachelorarbeit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit dem Titel „Kurzumtriebs-plantagen auf urbanen Rückbauflächen am Beispiel der Stadt Halle/Saale“ dem Thema. Im Juni besuchte eine französische Delegation aus Centre die Anlage in Halle-Neustadt, der u.a. die Vizepräsidentin der Region Centre für Internationale Beziehungen, Europa und Europapolitik und interregionale Kooperation sowie der Vizepräsident für Energie, Klima und Umwelt angehörten. Seitens der HWS wurde das Projekt unter Anderem im Mai auf Einladung des Deutschen Instituts für Urbanistik gGmbH in Berlin vorgestellt.

Beteiligungsbereich

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der W+H Wasser- und Haustechnik GmbH, Halle (Saale). Die W+H realisiert u.a. die Bewirtschaftung der Wasserzähler und Wasser-zählerstandrohre im Versorgungsgebiet der HWS.

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der Cives Dienste GmbH (Cives), Halle (Saale). Die Cives erbringt für die HWS Dienstleistungen im Bereich der Gebäudereinigung und Logistikdienstleistungen und trägt damit langfristig zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in diesem Geschäftsfeld bei.

Weiterhin hält die HWS 60 % der Geschäftsanteile der Wertstofferfassung und Recycling GmbH (WER), Halle (Saale). Die WER erbringt Entsorgungsleistungen u.a. im Bereich der Altglaserfassung, -sammlung und –verwertung.

Darüber hinaus hält die HWS 12,5 % der Geschäftsanteile an der Maya mare GmbH & Co. KG. Hauptgesellschafter ist die Muttergesellschaft Stadtwerke Halle GmbH.

Risikomanagement, Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem der HWS benennt für das Jahr 2011 keine den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken.

Branchen- und Unternehmensausblick

Für das kommende Geschäftsjahr 2012 erwartet die HWS eine Gesamtleistung von 113,6 Mio. EUR und einen Jahresüberschuss von 7,1 Mio. EUR vor Ergebnisabführung. Die HWS strebt einen Personalbestand von 603 Mitarbeitern auf Vollzeitbasis an. Die Investitionen wurden in Höhe von 22,1 Mio. EUR geplant. Die Preise für die Trinkwasserversorgung wurden für das Jahr 2012 lt. Aufsichtsratsbeschluss vom 10. November 2011 von 1,29 € um 3 Cent (netto) je m³ gesenkt. Der Preis für die Niederschlagswasserbeseitigung und die Abfallentsorgung werden konstant gehalten.

Im Geschäftsbereich der Trinkwasserversorgung prüft das Unternehmen für das Jahr 2012
eine Mengenpreisanpassung in Folge der Einführung eines landesweiten Entgeltes für die Entnahme von Grund- und Oberflächenwasser auf der Grundlage der von der Landesregierung Sachsen-Anhalt am 22. Dezember 2011 beschlossenen Verordnung zum Wasserentnahmeentgelt.

Im Geschäftsfeld Abwasserentsorgung muss das Unternehmen im Jahr 2012 trotz der im abgelaufenem Geschäftsjahr durchgeführten Senkung des Preises für Niederschlagswasser eine Erhöhung des Preises für die Schmutzwasserbeseitigung aus Haushalten, Kleingewerben und Industrie um 21 Cent auf 2,98 EUR (netto) pro Kubikmeter, für die Schmutzwasserbeseitigung über eine Kleinkläranlage um 15 Cent auf 2,08 EUR (netto) pro Kubikmeter umsetzen. Diese Preisanpassung ist mit Wirkung zum 01. Januar 2012 bereits vollzogen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 verfolgte die HWS das Hauptziel, die wesentlichen Dienstleistungen Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Straßenreinigungs- und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung für den Konzessions- und Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale), Gebietskörperschaften im Umland und private und gewerbliche Auftraggeber nachhaltig und langfristig anzubieten und zu erbringen. Die Grundvoraussetzung dabei ist ein konsequentes Kostenmanagement, um die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens trotz des Umstandes einer langfristig rückläufigen Bevölkerungszahl im Marktgebiet und eines durch sparsames Verbrauchsverhalten erzeugten langfristig rückläufigen Bedarfs an Trinkwasser sowie Aufkommens an Abwasser und Abfall auf dem Niveau der Vergangenheit zu halten.

Unverändert ist der Markt für Abfallentsorgungsleistungen von konjunkturell stark schwankenden Wertstoff- und Entsorgungspreisen geprägt. Mit dem weiterhin stark diskutierten und nicht verabschiedeten neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz soll der zunehmende Wandel der Abfallwirtschaft zur Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft konsequent weiter vorangetrieben werden. Seit mehreren Jahren entwickelt die HWS die Unternehmensfunktion der Stoffstromwirtschaft weiter und richtet diese auf die stetig ändernden Markt- und gesetzlichen Rahmenbedingungen aus.

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	300

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	150	50,00
VNG Verbundnetz Gas AG	150	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.

(2) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Beachtung der anwendbaren Rechtsvorschriften, der technischen und sozialen Standards, der Belange des Umweltschutzes und des Gebotes einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung betrieben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung:	Burkhardt, André	(bis 14.02.2011)
	Dr. Krein, Stephan	(seit 15.02.2011)
Technische Geschäftsführung:	Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	22.448	62	9.981	22	2.707	14	12.467	125
Umlaufvermögen	13.667	38	36.352	78	16.863	86	-22.685	-62
Bilanzsumme	**36.115**	**100**	**46.333**	**100**	**19.570**	**100**	**-10.218**	**-22**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	10.338	29	11.904	26	741	4	-1.566	-13
Rückstellungen	5.088	14	8.815	19	5.346	27	-3.727	-42
Verbindlichkeiten	20.689	57	25.614	55	13.483	69	-4.925	-19
Bilanzsumme	**36.115**	**100**	**46.333**	**100**	**19.570**	**100**	**-10.218**	**-22**

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	59.494	69.307	70.343
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1		
sonstige betriebliche Erträge	4.882	7.903	4.696
Materialaufwand	60.432	63.549	65.888
Personalaufwand	7	10	13
Abschreibungen	460	1.103	1.390
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.541	6.789	7.348
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	40	18	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	185	85	20
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.208	5.692	380
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.523	25
sonstige Steuern	74	57	42
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			313
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.282	4.112	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.282	4.112	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,15	5,93	0,45	%
Eigenkapitalrentabilität:	-11,03	52,78	42,26	%
Cash-Flow:	-822	5.216	1.704	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,01	0,01	0,02	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	62,16	21,54	13,83	%
Eigenkapitalquote:	28,63	25,69	3,79	%
Fremdkapitalquote:	71,37	74,31	96,21	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Absatz Fernwärme	652,00	736,00	693,00	GWh
Absatz Strom	558,00	663,00	661,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen und Geschäft

1.1. Rahmenbedingungen

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 Prozent konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 Prozent ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 Prozent an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 Prozent-Punkte auf 7,1 Prozent. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 Prozentpunkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 Prozent. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 Prozentpunkte auf 11,7 Prozent.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

1.2. Geschäft

Am 14. Februar 2011 wurde Herr André Burkhardt durch die Gesellschafterversammlung als Geschäftsführer der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH abberufen. Des Weiteren wurde Herr Dr. Stephan Krein als weiterer Geschäftsführer der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH bestellt.

Die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH wurde zum 1. März 2011 als Wasserrechtsinhaber in das Wasserbuch des Landes Sachsen-Anhalts eingetragen. Die Gesellschaft besitzt demzufolge die Berechtigung zum Entnehmen und Ableiten von Wasser aus der Saale in Halle-Trotha.

Zur Optimierung der Ertragslage 2012 und effizienten Nutzung der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung beschlossen die Geschäftsführer der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH einen geänderten Sommerbetrieb. Die Anlage am Standort Trotha sichert demnach Strommengen als auch Wärmemengen gemäß des geplanten Wärmeregimes der EVH GmbH für den Zeitraum vom 1. April 2012 bis zum 30. September 2012 zu. Diese und alle weiteren Bedingungen wurden in einer Vereinbarung zum Sommerbetrieb am 16. Mai 2011 zwischen der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH und der EVH GmbH festgehalten.

Am 1. Juli 2011 wurde ein neuer Wärmelieferungsvertrag wirtschaftlich wirksam. Demnach liefert das Heizkraftwerk Halle-Trotha an die EVH GmbH mindestens 130 GWh Wärme pro Jahr. Er hat eine Laufzeit von 15 Jahren. Im Gegenzug wurde der Strom- und Wärmelieferungsvertrag zwischen den Vertragsparteien Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH und EVH GmbH zum 30. Juni 2011 beendet.

Gemäß dem Wärmelieferungsvertrag vom 13. Oktober 2010 zwischen der EVH GmbH und der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH verständigten sich die Vertragsparteien über die Verrechnung von Wärmemengen im Zeitraum vom 1. Juli bis zum 31. Oktober 2011 aus der Spitzenkesselanlage am Standort Trotha. Die Vereinbarung wurde am 11. Juli 2011 unterzeichnet.

Des Weiteren vereinbarten die Vertragsparteien EVH GmbH und Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH am 1. November 2011 die Aussetzung des Wärmelieferungsvertrags für den Monat November 2011. Für die Produktionsverlagerung erhielt die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße bei der Abrechnung eine interne Ausgleichszahlung. Aufgrund der vertraglichen Regelungen des Strom- und Wärmelieferungsvertrages verringerten sich somit die Umsatzerlöse mit dem Vertragspartner EVH GmbH.

Die Vertragsparteien VNG - Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft und die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH einigten sich, dass der bestehende Gasliefervertrag vom 8. November 2010 in neue Gaslieferverträge überführt werden soll. Hierzu werden ein Rahmenvertrag und separate Einzelverträge für die unterschiedlichen Lieferphasen geschlossen. Im Vorfeld unterzeichneten die Vertragsparteien am 7. November 2011 die wesentlichen Eckpunkte zur Neuregelung des Gaslieferungsvertrags.

Ergänzend zum Wärmelieferungsvertrag vereinbarten die EVH GmbH und die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH eine geänderte Verfahrensweise für den Zeitraum zwischen dem 1. Dezember 2011 bis zum 31. März 2012. Mit der Vereinbarung vom 12. Dezember 2011 soll die Spitzenkesselanlage am Standort Trotha nur soweit ausgefahren werden, wie bei einer optimierten Kraft-Wärme-Kopplungsproduktion der Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße für das Gesamtwärmeaufkommen notwendig ist.

Die Gas- und Dampfturbinenanlage des Kraftwerks Dieselstraße war auch in diesem Geschäftsjahr Pachtgegenstand der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH.

Im Geschäftsjahr 2011 produzierte die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße vorwiegend im Grundlastbetrieb Strom und Fernwärme. Die erfolgte „Halbjährliche Inspektion“ der Blöcke A und B blieb ohne Befund, insbesondere die Prüfung der Verzahnung der Hilfsgetriebe. Für die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße ergab sich für das Geschäftsjahr 2011 ein Brennstoffnutzungsgrad von 87,7 Prozent. Er lag somit unter dem Vorjahreswert von 89,1 Prozent.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 produzierte die Spitzenkesselanlage am Standort Trotha 82 GWh Fernwärme. Für die Spitzenkesselanlage ergab sich im oben genannten Zeitraum ein Brennstoffnutzungsgrad von 85,2 Prozent.

Projekt Modernisierung des Heizkraftwerks Halle-Trotha

Die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH investiert seit März 2010 in den Kraftwerkstandort Halle-Trotha. Kernstück der modernisierten Anlage ist die neue Gasturbine LM6000-PF aus dem Hause General Electric. Erneuert wurden auch der dazugehörige Generator, das Getriebe und die Ölversorgung. Des Weiteren erfolgte die Ertüchtigung der inneren Leittechnik und für die Erhöhung der Automatisierung wurden einzelne Komponenten der Feldtechnik erneuert. Die durchgeführte Revision der vorhandenen Dampfturbinenanlage ergab keine gravierenden Mängel. Lediglich ein modernes Steuersystem für die Turbinenreglung und den Turbinenschutz wurde installiert. Mit einer installierten Leistung von 55 MW elektrisch und 40 MW thermisch erfolgte am 19. Januar 2012 die erste Zündung und somit der Startschuss für die hocheffiziente Gas- und Dampfturbinenanlage am Standort Trotha. Im Laufe des 1. Quartals 2012 werden die einzelnen Bauteile sowie das Zusammenspiel der Gewerke erprobt und justiert.

Die voraussichtliche Investitionssumme für die Umsetzung der Modernisierung beläuft sich auf ca. 23,5 Millionen Euro.

2. Ertragslage

2.1. Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Das Ergebnis vor Ertragsteuern beläuft sich auf -1,3 Millionen Euro für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH. Davon entfielen 0,2 Millionen Euro aus den vertraglichen Regelungen der Strom- und Wärmelieferungsverträge und -1,5 Millionen Euro wurden dem Projekt Modernisierung des Heizkraftwerks Halle-Trotha zugeordnet.

2.2. Erzeugung

Die Gesellschaft produzierte im abgelaufenen Geschäftsjahr 652 GWh Fernwärme. Die Unterschreitung von 84 GWh im Vergleich zum Vorjahr resultierte aus der warmen Witterung im Geschäftsjahr 2011. Ein weiterer Grund war die Verlagerung der geplanten Wärmeproduktion in die Heizwerke Dieselstraße.

Im Berichtszeitraum erzeugte das Unternehmen im umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungs-Prozess 558 GWh Strom und lag damit 104 GWh unter dem Vorjahresniveau. Die hohe Abweichung zum Vorjahr hatte ihre Ursache in der Stromproduktion der Gas- und Dampfturbinenanlage am Standort Trotha. Im ersten Quartal des Jahres 2010 produzierte die Anlage noch 101 GWh Strom und wurde im März desselben Jahres vom Netz genommen.

2.3. Absatz/Umsatz/Erträge

Fernwärme

Die Umsatzerlöse im Segment Fernwärme betrugen 26,7 Millionen Euro und wurden an den Kunden EVH GmbH geliefert. Im Vergleich zum Vorjahr (25,4 Millionen Euro) war dies ein Anstieg von 1,3 Millionen Euro.

Strom

Im Geschäftsjahr 2011 erzielte die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH aus dem Stromverkauf 26,6 Millionen Euro. Dies waren 1,4 Millionen Euro weniger als im Vorjahr (28,0 Millionen Euro).

Sonstige Umsatzerlöse

Die sonstigen Umsatzerlöse betrafen vor allem Erlöse aus vermiedener Netznutzung. Mit 6,1 Millionen Euro wurde der Vorjahreswert um 9,7 Millionen Euro unterschritten. Grund hierfür war das Auslaufen der Förderung für produzierten Strom im Kraft-Wärme-Kopplungs-Prozess der GuD-Anlage Dieselstraße.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 Millionen Euro auf 4,9 Millionen Euro gesunken. Die Ursache hierfür waren die Sondereffekte aus der Zuschreibung des Anlagevermögens im Jahr 2010. Für das Geschäftsjahr 2011 enthielt die Position Erträge aus der Fixkostenbeteiligung und die Teilrückerstattung der Strom- und Energiesteuer.

2.4. Bezug/Aufwendungen

Bezug

In den Gas- und Dampfturbinenanlagen Halle-Trotha und Dieselstraße sowie in der Spitzenkesselanlage Halle-Trotha wurden für die Strom- und Fernwärmeerzeugung insgesamt 1.551 GWh Erdgas verbraucht. Dafür musste das Unternehmen 42,4 Millionen Euro aufwenden.

Aufwendungen für bezogene Leistungen

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen lagen auf dem Vorjahresniveau und betrugen 17,0 Millionen Euro nach 16,9 Millionen Euro im Vorjahr. Im Einzelnen beinhaltete die Position den Pachtvertrag (5,7 Millionen Euro), den Dienstleistungsvertrag (8,3 Millionen Euro) und das Entgelt für die Reservenetzkapazität (1,3 Millionen Euro) der GuD-Dieselstraße sowie den Dienstleistungsvertrag (1,7 Millionen Euro) für den Betrieb der Anlage am Standort Trotha.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit 4,5 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert von 6,8 Millionen Euro. Sie beinhalteten im Wesentlichen den Verbrauch und die Abschreibungen von CO_2-Emissionszertifikaten sowie Aufwendungen für Instandhaltung und Versicherungen.

2.5. Personal- und Sozialbereich

Die technische und kaufmännische Betriebsführung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH erfolgt durch die EVH GmbH. Zum 1. Dezember 2011 hat ein Mitarbeiter ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis bei der Gesellschaft aufgenommen.

3. Finanzlage

Das Finanzergebnis der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH belief sich auf -0,1 Millionen Euro. Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH sichergestellt. Den Finanzbedarf für die Modernisierung des Heizkraftwerks Halle-Trotha sicherte die Gesellschaft durch ein aufgenommenes Darlehen ab.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 36,1 Millionen Euro und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 10,2 Millionen Euro verringert.

Im Gegensatz zur Bilanzsumme erhöhte sich das Anlagevermögen der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH um 12,5 Millionen Euro. Das Anlagevermögen bildete mit 22,4 Millionen Euro die größte Position auf der Aktivseite. Die Erhöhung war überwiegend auf die Investition in das Heizkraftwerk Halle-Trotha zurückzuführen. Die Vorräte dagegen verzeichneten einen Wertverlust von 3,4 Millionen Euro und beinhalteten die CO_2-Emissionszertifikate (1,1 Millionen Euro) und den Lagerbestand (0,5 Millionen Euro). Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände beliefen sich auf 12,1 Millionen Euro und lagen somit 13,0 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert. Die liquiden Mittel verminderten sich um 6,3 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr.

Auf der Passivseite war der Rückgang der Bilanzsumme im Wesentlichen auf die geringeren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Rückstellungen zurückzuführen.

Das Eigenkapital verringerte sich um 1,6 Millionen Euro auf 10,3 Millionen Euro, wovon 1,3 Millionen Euro auf den Jahresverlust 2011 entfallen und 0,3 Millionen Euro auf die Gewinnausschüttung für das Jahr 2010 an die Gesellschafter. Die Rückstellungen beliefen sich auf 5,1 Millionen Euro und enthielten Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung (0,8 Millionen Euro), Steuerrückstellungen (1,5 Millionen Euro), ausstehende Eingangsrechnungen (0,1 Millionen Euro), Rückstellungen zum § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (0,1 Millionen Euro) und Rückstellungen für Verbindlichkeiten gegenüber Dritten (2,6 Millionen Euro). Die Verbindlichkeiten fielen im Vergleich zum Vorjahr um 4,9 Millionen Euro auf 20,7 Millionen Euro. Die größten Positionen waren die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (10,0 Millionen Euro), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (9,9 Millionen Euro) und die Verbindlichkeiten aus Steuern (0,8 Millionen Euro).

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2011 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH notwendig machen würden.

6. Risikobericht

Die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH betreibt die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße sowie das Heizkraftwerk Halle-Trotha.

Für die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße bestehen aufgrund der Kundenstruktur keine Ausfallrisiken beim Forderungsbestand. Des Weiteren ist die Gesellschaft in das konzerninterne Cash-Management-System der Stadtwerke Halle GmbH einbezogen. Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen bestehen für die Anlage Dieselstraße insofern nicht.

Mit dem eingeführten Risikodokument betreibt die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH ein kontinuierliches Chancen und Risikomanagement für das Heizkraftwerk am Standort Halle-Trotha. Im Rahmen des Risikodokuments tätigte die ENERGIEUNION AG als Portfoliomanager für das zweite und dritte Quartal 2012 Geschäfte, um den geplanten Deckungsbeitrag des Heizkraftwerks Halle-Trotha abzusichern. Die Sicherungsquote des zweiten Quartals liegt bei nahezu 85 Prozent sowie 100 Prozent für das dritte Quartal 2012. Die Deckungsbeiträge konnten nur durch den übertragenen Sommerbetriebs der Anlage Dieselstraße erreicht werden. Für das vierte Quartal 2012 konnte aufgrund der Marktsituation keine Deckungsbeitragssicherung erfolgen.

Des Weiteren besteht für die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße das Risiko, dass durch die Verzahnung des Hilfsgetriebes verursachte Schäden bzw. Ausfallkosten nicht durch Versicherungen abgedeckt werden. Auf Grund des bestehenden Strom- und Wärmelieferungsvertrags trägt das wirtschaftliche Risiko die EVH GmbH

Das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalts beschloss am 20. Dezember 2011 die Einführung des Wasserentnahmeentgeltes ab dem Jahr 2012. Für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH ergibt sich daraus ein jährlicher Mehraufwand von bis zu 1 Millionen Euro.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2011 wurde auf Initiative der Bundesnetzagentur über eine Modifikation der Berechnung für vermiedene Netznutzungsentgelte bis hin zur vollständigen Abschaffung diskutiert. Gegenwärtig gibt es seitens der Politik keine öffentliche Äußerung zu den Aussagen der Bundesnetzagentur. Der Verband kommunaler Unternehmen geht jedoch von einem Scheitern der Initiative aus. Die Diskussion über die Neureglung der Preisgestaltung für die Entgelte aus vermiedener Netznutzung bleibt allerdings bestehen. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass sich die Berechnung der vermiedenen Netznutzungsentgelte für die KWT negativ ändern könnte. Das jährliche Risiko der Anlage am Standort Trotha beläuft sich aus heutiger Sicht auf rund 1,3 Millionen Euro, dies wäre eine Halbierung der geplanten Entgelte für vermiedene Netznutzung.

Im Jahr 2013 beginnt für den europäischen Emissionshandel die dritte Handelsperiode, die bis zum Jahr 2020 andauern wird. Demzufolge wird es für die Stromproduktion keine kostenfreien Emissionsberechtigungen mehr geben. Für die Wärmeerzeugung wird es weiterhin kostenfreie Zuteilungen geben, die anhand des § 9 Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes im Januar 2012 beantragt wurden. Für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH besteht somit die Notwendigkeit der Ersteigerung von Emissionsberechtigungen für die Strom- und Wärmeproduktion.

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass der Netzbetreiber auf der Grundlage des EnWG eine vorrübergehende Reduzierung der Einspeiseleistung oder eine Abschaltung verlangen kann.

Nach unserer Einschätzung bestehen keine für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH schwerwiegenden Risiken, die mit einer wesentlichen Wahrscheinlichkeit den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

7. Prognosebericht

Für die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße ist eine Produktion von 384 GWh Strom und 397 GWh Fernwärme für das Geschäftsjahr 2012 geplant. Im Zeitraum zwischen dem 1. April und dem 30. September 2012 ist der Sommerstillstand des Blocks B vorgesehen, im Reservefall steht er mit einer kurzen Zugriffszeit zur Verfügung. Für den Block A erfolgt ab dem 23. Mai 2012 die Generalüberholung des Gasgenerators. Die Revision nach 50.000 Betriebsstunden wird bis zum 15. September 2012 andauern.

Im ersten Quartal 2012 ist der Einsatz der Spitzenkesselanlage in Halle-Trotha mit einer Wärmeproduktion von 78 GWh vorgesehen. Ab April soll dann die Gas- und Dampfturbinenanlage 199 GWh Wärme und 300 GWh Strom produzieren. Davon entfallen 141 GWh Wärme und 154 GWh Strom auf den übertragenen Sommerbetrieb der Anlage Dieselstraße.

Durch das Gesetz zur Neureglung energiewirtschaftlicher Vorschriften vom 26. Juli 2011 wurde die doppelte Begrenzung der Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen aufgehoben. Nunmehr gilt nach dem Gesetzestext nur noch eine Begrenzung der Förderung auf 30.000 Vollbenutzungsstunden. In welchem Zeitraum die Vollbenutzungsstundenanzahl erreicht wird, spielt keine Rolle mehr. Dadurch wurde für die dann modernisierte GuD-Anlage am Standort Trotha eine flexible Kraft-Wärme-Kopplungsfahrweise ermöglicht. Des Weiteren strebt die Bundesregierung mit ihrem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes vom 14. Dezember 2011 die Erhöhung des Zuschlags für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen an. Die Erhöhung soll mit dem 1. Januar 2013 in Kraft treten und ist für Anlagenbetreiber im Anwendungsbereich des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes gültig.

Auf Grund der Lieferverpflichtungen aus dem Wärmelieferungsvertrag und der zeitversetzten Inbetriebnahme der modernisierten GuD-Anlage des Heizkraftwerks Halle-Trotha sowie der aktuellen Deckungsbeitragsentwicklung im 4 Quartal 2012 wird für das kommende Geschäftsjahr ein negatives Betriebsergebnis erwartet.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	250

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadtwerke Halle GmbH	250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet, Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT- und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die IT-Consult bietet Dienstleistungen im Bereich Inter- und Intranets an. Es bestehen unter anderem Verträge mit der EVH GmbH in den genannten Bereichen, so dass sich der öffentliche Zweck des Unternehmens aus einem Annex der Tätigkeit der EVH ergibt. Die IT-Consult betreibt alle kommunalen Verfahren und die komplette Datenverarbeitung (Infrastruktur) der Stadt Halle (Saale) und sichert damit die Bürgerdienste (z. B. Kfz-Zulassung, Einwohnerwesen, Steuerverfahren, Ordnungswidrigkeiten) und alle hoheitlichen Aufgaben (z. B. Steuerveranlagung, Vollstreckung, Baugenehmigung, ...) ab.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Siebenhüner, Jörg
	von der Heyde, Axel

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	(seit 04.10.2011)
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Mahlert, Eckard	
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Richter, Ulrich	
	Weihrich, Dietmar	

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	710	7	583	9	360	6	127	22
Umlaufvermögen	9.387	91	6.012	88	5.647	92	3.375	56
Rechnungsabgrenzungsposten	251	2	233	3	149	2	18	8
Bilanzsumme	**10.348**	**100**	**6.828**	**100**	**6.156**	**100**	**3.520**	**52**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	522	5	522	8	522	8	0	0
Rückstellungen	3.455	33	2.559	38	2.726	44	896	35
Verbindlichkeiten	6.266	61	3.648	53	2.813	46	2.618	72
Rechnungsabgrenzungsposten	105	1	99	1	95	2	6	6
Bilanzsumme	**10.348**	**100**	**6.828**	**100**	**6.156**	**100**	**3.520**	**52**

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	19.573	12.466	10.426
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	601	144	131
sonstige betriebliche Erträge	209	253	196
Materialaufwand	7.270	4.280	3.148
Personalaufwand	7.280	5.521	4.861
Abschreibungen	403	272	194
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.721	1.445	1.421
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30	27	20
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	73	60	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.666	1.312	1.149
außerordentliche Aufwendungen		99	
außerordentliches Ergebnis		-99	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-1
sonstige Steuern	3	1	1
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	1.663	1.212	1.148
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,49	9,72	11,01	%
Eigenkapitalrentabilität:	318,73	232,41	220,16	%
Cash-Flow:	2.065	1.485	1.342	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	164	126	118	T€
Personalaufwandsquote:	35,72	42,92	45,21	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,03	7,52	5,13	%
Eigenkapitalquote:	5,04	7,64	8,47	%
Fremdkapitalquote:	94,96	92,36	91,53	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Rahmenbedingungen und Geschäft

Rahmenbedingungen

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 % konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 % ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 % gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 % an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 %-Punkte auf 7,1 %. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 %-Punkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 %. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0.8 %-Punkte auf 11,7 %.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

Ziele und wirtschaftliches Umfeld

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist auf das Erreichen folgender Ziele ausgerichtet:

- Optimale Versorgung der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH mit allen Dienstleistungen der Informationstechnologie
- Angebot von IT-Dienstleistungen für Kunden aus dem kommunalen Sektor, für Stadtwerkeunternehmen und mittelständische Unternehmen, speziell bei der Nutzung von Standardsoftware (SAP), der Internet- und Intranettechnologie und der geografischen Informationsverarbeitung
- Angebot von E-Government-Lösungen.

Die anhaltend schwierige Situation der Haushaltslage der Kommunen lässt wenig Spielraum für die Entwicklung ihrer DV-Infrastruktur, jedoch muss durch den Rationalisierungsdruck in der öffentlichen Verwaltung und durch die hohen Anforderungen der Unternehmen und Bürger an die zu erbringenden Dienstleistungen (Stichwort: E-Government) die DV-Infrastruktur den Erfordernissen angepasst werden.

Der anhaltende Kostendruck in den Unternehmen der Stadtwerke, die Aufgaben, die aus der Arbeit der „OPTIMUS“-Projekte resultierten, und die sich ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft (Stichwort: Unbundling, elektronischer Datenaustausch) bedingten eine Vielzahl von neuen DV-Projekten, die zur Erfüllung der sich daraus ergebenen Aufgaben dienten.

In diesem Umfeld positioniert sich die IT-Consult mit ihrem Angebotsspektrum und sieht ein Marktpotenzial, das für eine weitere Expansion gute Voraussetzungen mit sich bringt.

Geschäftsentwicklung und Schwerpunktaufgaben 2011

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 57 % auf 19,6 Mio. €. Dies wurde im besonderen Maße durch die Erweiterung unseres Dienstleistungsangebotes für die Stadtwerkeunternehmen (Übernahme der kompletten Abrechnungsdienstleistungen für Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser, Abfallgebühren), durch die Vermarktung unserer Produkte, die Erbringung von DV-Dienstleistungen für Dritte und durch zusätzliche Projekte erreicht.

Der Anstieg bei den Betriebsaufwendungen war besonders durch folgende Kostenpositionen geprägt: Kosten für die Personalgestellung, Kosten für die Abrechnungsdienstleistungen durch den Dienstleister A/V/E GmbH, Kosten für TK-Leistungen, Personalkosten für Neueinstellungen, Personalübernahme und Altersteilzeitrückstellungen und Kosten für SAP-Beratungsleistungen durch Dritte für eine Vielzahl von Projekten, die mit eigenen Kapazitäten nicht komplett realisiert werden konnten.
Das über Plan erzielte Jahresergebnis von TEUR 1.663 (Vj.: TEUR 1.212) wird im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags an die SWH abgeführt.

Die Übernahme der Abrechnungsdienstleistungen und weiterer DV-Dienstleistungen für die Stadtwerkeunternehmen, Projekte bei den Unternehmen der Stadtwerke, bei Kommunen und Landes- und Bundeseinrichtungen, die hohen Anforderungen der Umgestaltung der Datenverarbeitung in der Stadt Halle (Saale) und der Aufbau weiterer SAP-Kompetenz erforderte eine Neueinstellung von insgesamt 11 Mitarbeitern. Weitere 36 Mitarbeiter wurden per Personalgestellung und 11 Mitarbeiter durch einen Personalübergang nach § 613a BGB für die Erbringung der Abrechnungsdienstleistungen und DV-Dienstleistungen für die HAVAG eingesetzt.

Wesentliche Schwerpunkte der Arbeit waren die Übernahme der Abrechnungsdienstleistungen für die EVH GmbH, EVH Netz GmbH und die HWS GmbH, die Übernahme der kompletten DV-Dienstleistungen für die HAVAG und AWH, die Einführung der Doppik für den Salzlandkreis und die Stadt Halle, die DV-Ausstattung der Bäder GmbH einschließlich eines neuen Kassensystems, Errichtung der technischen Infrastruktur für das Projekt „D 115 (einheitliche Behördenrufnummer)“ bei der Stadt Halle, die Weiterentwicklung der KomGIS+®-Suite und die Zertifizierung eines Informationssicherheits-Managementsystems gemäß ISO 27001.
Weiterhin wurden im Rahmen des e-Government Masterplanes der Stadt Halle Teillösungen im Umfeld verschiedener Fachverfahren implementiert.

Die Akquisition von langfristigen Aufgaben der DV-Betriebsführung und Abarbeitung von Aufträgen zur Sicherung der finanziellen Basis der Gesellschaft, die weitere Anpassung der betrieblichen Organisation zur Optimierung der betrieblichen Geschäftsprozesse und eines effektiven Qualitätsmanagement waren weitere wesentliche Schwerpunktaufgaben. Die Gesellschaft absolvierte 2011 mit Erfolg das Überwachungsaudit für die DIN EN ISO 9001:2008.

Im Jahr 2011 wurde unser Angebot an innovativen Eigenentwicklungen erweitert und weiterentwickelt. Dazu zählen BEMA (Berechtigungs-Management) und KomGIS®+ Gebühren und ENTIS+ Leuchtpunkte zum Einsatz in Firmen oder Eigenbetrieben, denen der Betrieb der Stadtbeleuchtung übertragen wurde.

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) ist der führende kommunale IT-Dienstleister in Mitteldeutschland und Initiator der eGovernment-Initiative „Kommunales Kompetenzzentrum für Mitteldeutschland“ - *KomKomM®*. Mit kompetenten Partnern, wie z. B. Dresden-IT, BSYS, MakeIT und der Hochschule Harz werden integrierte Lösungen für Kommunen angeboten. Regelmäßige Arbeitstreffen des KomKomM® bieten die Plattform, um kommunale Entscheidungsträger bei der Entwicklung von Städten, Landkreisen und Gemeinden zu modernen Dienstleistern für Bürger und Unternehmen zu unterstützen.

Im Jahr 2011 beteiligte sich die ITC an 7 Messen bzw. Fachtagungen mit begleitenden Ausstellungen mit eigenem Präsentationsstand. Außerdem organisierte die ITC 13 eigene Workshops und Anwendertreffen zu aktuellen Themen (IT-Outsourcing, IT-Sicherheit, elektronisches Personenstandsregister, Dokumentenmanagement, Berichtswesen, EnTIS+, Schachtscheinverfahren, BRAVO+). Schwerpunkte der Marketing- und Vertriebskommunikation waren Veranstaltungsteilnahmen, Telemarketing, Mailings, Newsletter und die Firmenwebseite. Es wurden 48 Neukunden mit Auftragseingang 2011 gewonnen (vgl. 2010: 27), davon 65% aus Sachsen, 25% aus Sachsen-Anhalt und 10% aus sonstigen neuen Bundesländern. Besonders hervorzuheben sind die Neukunden innerhalb der Kommunen in Sachsen (27 Neukunden für Betrieb ePR-elektronisches Personenstandsregister und Hosting Autista-Fachverfahren für Standesämter).

Die ITC gewann 4 Ausschreibungen, darunter vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig (SAP Einführung Module HCM, BusinessIntelligence) und vom Zweckverband Ostharz (Beratungsleistungen IT-Infrastruktur).

Die mit der KID GmbH gebildete ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)" arbeitet erfolgreich. Diese erhielt vom Land Sachsen-Anhalt den Auftrag, das zentrale elektronische Personenstandsregister zu führen. Die ITC betreibt diese Anwendung in ihrem Rechenzentrum.

Investitionen im Jahr 2011 wurden im Umfang von TEUR 530, davon TEUR 335 für die Übernahme der TK-Anlage der EVH GmbH, in Hard- und Software zur Ausstattung der Mitarbeiterarbeitsplätze, zur Realisierung der innerbetrieblichen Geschäftsprozesse und für Hosting-Dienstleistungen durchgeführt. Diese Investitionen konnten ohne die Aufnahme von Fremdmitteln erfolgen.

Insgesamt kann die finanzielle Lage des Unternehmens als stabil bewertet werden. Die IT-Consult Halle GmbH nimmt am Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH teil. Dadurch ist auch für 2012 die Liquidität des Unternehmens gegeben.

Die Gesellschaft führt jährlich eine Risikoinventur durch. Maßnahmen zur Risikoerkennung und -überwachung bzw. zur Risikobegegnung sind in einer Riskmap festgelegt. Umfangreiche Sicherungsmechanismen minimieren mögliche Risiken, die mit unserer Geschäftstätigkeit verbunden sind. Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle eingebunden, die ebenfalls eine umfangreiche Risikovorsorge betreiben.

Ausblick

Für das Jahr 2012 sind folgende Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit zu nennen:

- Qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser und Entsorgungsleistungen für die Firmen EVH, EVH Netz und HWS;
- Einführung von SAP HCM für die Personalabrechnung und das Personalmanagement einschließlich der Integration der Zeitwirtschaft bei der HAVAG;
- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung in den Unternehmen der Stadtwerke Halle, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- Erweiterung der Outsourcing-Kapazitäten im SAP-Umfeld;
- Weiterer Ausbau der Kapazitäten auf dem Gebiet des Geschäftsprozessmanagement und Projektmanagements durch zertifizierte PMP®-Berater;
- Vermarktung von komplexen Lösungen der Elektronischen Archivierung und Vorgangsbearbeitung im Rahmen einer Business-Partnerschaft mit einem führenden Anbieter von Lösungen zur Automation Dokumenten basierter Prozesse;
- Vermarktung und Weiterentwicklung unseres Produktes EnTIS+ ein energietechnisches Informationssystem für Stadtwerke, Elektromontagefirmen und Bauämter;
- die weitere bundesweite Vermarktung der Produktfamilie KomGIS+ in der Version 3.0;
- Ausbau der Kompetenz und der Kapazitäten für Beratungs-, Betreuungs- und Schulungsleistungen im Bereich kommunaler Fachverfahren (openProsoz, MESO, AUSO, Session);
- Übernahme der Komplettbetreuung der Datenverarbeitung weiterer kommunaler Auftraggeber (Outsourcing);
- aufbauend auf die vorhandene Kompetenz im Bereich Internet/Intranet werden weitere vermarktungsfähige Lösungen geschaffen und vermarktet;
- die Entwicklung spezieller E-Commerce/E-Government Lösungen für Kommunen, Stadtwerke und mittlere und kleinere Unternehmen.

Im Mittelpunkt der Vertriebsaktivitäten im Jahr 2012 steht der Abschluss von IT-Dienstleistungsverträgen mit Kommunen und Unternehmen öffentlicher Träger für komplette Übernahme der DV-Dienstleistungen sowie die Vermarktung eigener Produkte und spezieller DV-Dienstleistungen.

Durch weitere innovative Produkte und Lösungen, die weitere Qualifikation der Mitarbeiter und ein ausgeprägtes Qualitätsmanagement wird die IT-Consult Halle GmbH ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem hart umkämpften IT-Markt verbessern.

Meter1 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€:	2.500

Gesellschafter:

	T€	%
EVH GmbH	833	33 1/3
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	833	33 1/3
Stadtwerke Leipzig GmbH	833	33 1/3

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Messstellenbetriebs-· und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister. Dazu gehören insbesondere die Beschaffung von Zählern und den zugehörigen Kommunikations- und Datenmanagementsystemen und deren Betrieb, sowie das Ablesen, Speichern, Weiterleiten und Verarbeiten von Zählerdaten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft soll sich auf die Netzgebiete der Gesellschafter oder mit ihnen verbundener Unternehmen und auf den gesamtdeutschen Raum als zusätzliches Vertriebsgebiet erstrecken.

(2) Die Gesellschaft kann alle Geschäfte tätigen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens mittelbar oder unmittelbar zu fördern. Sie kann auch gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Meter1 GmbH & Co. KG findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Dienstleistungsunternehmen für den Bereich der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Füller, Ralfdieter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	3	1			3	
Umlaufvermögen	337	87	250	100	87	35
Rechnungsabgrenzungsposten	45	12			45	
Bilanzsumme	**385**	**100**	**250**	**100**	**135**	**54**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	313	81	172	69	141	82
Rückstellungen	14	4	4	2	10	250
Verbindlichkeiten	58	15	74	29	-16	-22
Bilanzsumme	**385**	**100**	**250**	**100**	**135**	**54**

bb) GuV

	2011	2010
	T€	**T€**
Umsatzerlöse	3	
sonstige betriebliche Erträge	0	
Materialaufwand	234	54
Personalaufwand	79	
Abschreibungen	2	
sonstige betriebliche Aufwendungen	146	24
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-458	-78
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-458	-78
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-458	-78

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-15.132,67		%
Eigenkapitalrentabilität:	-146,21	-31,26	%
Cash-Flow:	-456	-78	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	2		T€
Personalaufwandsquote:	2.633,89		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,72		%
Eigenkapitalquote:	81,37	68,64	%
Fremdkapitalquote:	18,63	31,36	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen und Geschäft

1.1 Rahmenbedingungen

Im Rahmen des Energie- und Klimapaketes („Klimapakt“) hat die Bundesregierung die zügige Verbreitung neuer Technologien im liberalisierten Messwesen beschlossen. Mit der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) durch das „Gesetz zur Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas für Wettbewerb“, welches am 9. September 2008 in Kraft getreten ist, wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen.

Die wesentlichen Neuerungen der weiteren Liberalisierung des Messwesens liegen darin, dass nun nicht mehr der Anschlussnehmer, sondern vielmehr der Anschlussnutzer, den Messstellenbetreiber bestimmen kann. Neben dem Messstellenbetrieb, also Zählereinbau bzw. -wartung, wird auch die Liberalisierung der Messung weiter vorangetrieben.

Für die Einführung von Smart Metering in Deutschland wurden mit der seit dem 4. August 2011 vorliegenden Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes neue Rahmenbedingungen geschaffen.

Demnach besteht eine Einbauverpflichtung für Messsysteme bei Neubauten und Gebäuden die einer größeren Renovierung unterzogen werden, bei Letztverbrauchern mit einem Jahresverbrauch größer 6.000 Kilowattstunden, bei Anlagenbetreibern einer Neuanlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz oder dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz mit einer installierten Leistung von mehr als 7 Kilowatt, insofern dies technisch möglich ist.

Die Voraussetzung der technischen Realisierbarkeit ist das Vorliegen von zertifizierten Messsystemen, die den eichrechtlichen Vorschriften entsprechen. Aktuell jedoch stehen eine ganze Reihe von Rechtsverordnungen aus, die für die Definition eines Schutzprofils und den Bau von zertifizierten Messsytemen unabdingbar sind. Weiterhin hat das BMWi bis September 2012 eine wirtschaftliche Bewertung, die alle langfristigen, gesamtwirtschaftlichen und individuellen Kosten und Vorteile prüft, vorzunehmen. Die derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen begünstigen die Verbreitung der intelligenten Zähler nicht. Das ursprünglich formulierte Ziel eines flächendeckenden Einsatzes von Smart Metern innerhalb von sechs Jahren ist mit den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht zu erreichen.

1.2 Geschäft

Die beschriebenen gesetzlichen Gegebenheiten haben zu einer zähen Marktsituation geführt, in der nur mäßig Bewegung am Markt zu verzeichnen ist. Demzufolge war im Jahr 2011 bei der Meter1 GmbH & Co. KG nur eine minimale Geschäftstätigkeit zu verzeichnen.

Zum 1. Oktober 2011 wurde für den Vertrieb der Stadtwerke Leipzig GmbH das Geschäft aufgenommen. Derzeit werden hier rund 80 Zähler betreut.

Überdies konnte ein Filialist für ein Pilotprojekt gewonnen und damit die ersten Umsatzerlöse generiert werden. Mit einem weiteren Filialisten steht die Meter1 GmbH & Co. KG kurz vor der Vertragsunterzeichnung für ein neues Pilotprojekt.

Bedingt durch das größtenteils ausgebliebene Geschäft sind jedoch auch die Investitionen deutlich unter dem Planwert geblieben. Hier wird davon ausgegangen, dass eine Verschiebung ins Folgejahr zu erwarten ist. Das Ergebnis der Meter1 GmbH & Co. KG ist dadurch signifikant weniger negativ ausgefallen als ursprünglich geplant.

In 2011 wurden zentrale Ingangsetzungsaufgaben umgesetzt. So wurde eine IT-Kleinstlösung angeschafft, die Rahmenverträge für die Zählerbeschaffung sowie für die Lagerung/Logistik und ferner die notwendigen Verträge mit den Gesellschaftern abgeschlossen.

Aktuell konzentriert sich die Meter1 GmbH & Co. KG auf die Akquisition von Filialisten und die weitere Produktentwicklung.

2. Ertragslage

2.1 Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Das Ergebnis der Meter1 GmbH & Co. KG beläuft sich im Geschäftsjahr 2011 auf EUR -458.269 und wird auf den Verlustvortragskonten der Gesellschafter verbucht.

Umsatzerlöse

Das Unternehmen generierte im Geschäftsjahr 2011 Umsatzerlöse aus Messdienstleistungen in Höhe von EUR 3.028.

Aufwendungen für bezogene Leistungen

Diese Position beinhaltet insbesondere Aufwendungen für die Personalgestellung der Stadtwerke Leipzig GmbH in Höhe von EUR 168.780 sowie EUR 30.000 für kaufmännische Dienstleistungen durch die EVH GmbH.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von EUR 145.856 betrafen vor allem Aufwendungen für DV-Dienstleistungen, Werbekosten, Mieten und Pachten, Beraterleistungen, Wirtschaftsprüfung und Aufwendungen für die Geschäfte der persönlich haftenden Gesellschafterin.

Personalaufwand

Der Personalaufwand der Meter1 GmbH & Co. KG im Jahr 2011 betrug EUR 79.768.

2.2 Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der Meter1 GmbH & Co. KG belief sich am 31. Dezember 2011 auf EUR 188.827 und bestand aus einem Guthaben bei einem Kreditinstitut.

Das Abrufen weiterer Kommanditeinlagen wird voraussichtlich im ersten Quartal des Jahres 2012 erfolgen.

2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Jahresende EUR 385.201 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 134.846 erhöht.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

4. Risikobericht

Die Risiken entstehen aus den bereits dargelegten gesetzlichen Unsicherheiten. Für den Fall, dass in 2012 keine Messsysteme am Markt verfügbar sind, muss sich die Meter1 GmbH & Co. KG ausschließlich um das Filialistengeschäft bemühen und hätte dann mit einen ähnlichen Geschäftsverlauf mit analoger Ergebnis-, Kosten-, Umsatz- und Investitionssituation zu rechnen wie im Geschäftsjahr 2011.

Für die Meter1 GmbH & Co. KG besteht das Risiko, dass sich die Investitionen für Messsysteme und in Folge die hierauf notwendigen Abschreibungen nicht über wettbewerbsfähige Produktpreise refinanzieren lassen.

5. Prognosebericht

Für das Jahr 2012 ist die Übernahme der Messdienstleistung im Rahmen des rLM-Geschäftes der Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH vorgesehen.

Es wird davon ausgegangen, dass auf Grund der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der damit verbundenen technischen Verfügbarkeit frühestens ab dem 4. Quartal 2012 mit der Installation von elektronischen Messsystemen begonnen werden kann. Bis zu diesem Zeitpunkt wird sich die Meter1 GmbH & Co. KG in Zusammenarbeit mit den Vertrieben der jeweiligen Gesellschafter intensiv um die Entwicklung von smarten Produkten bemühen.

Die Geschäftsführung geht für das Jahr 2013 von einem positiven Jahresergebnis i. H. v. ca. TEUR 120 aus.

Meter1 Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:

	T€	%
EVH GmbH	8	33 1/3
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	8	33 1/3
Stadtwerke Leipzig GmbH	8	33 1/3

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister ist. Dazu gehören insbesondere die Beschaffung von Zählern und den zugehörigen Kommunikations- und Datenmanagementsystemen, deren Betrieb, sowie das Ablesen, Speichern, Weiterleiten und Verarbeiten von Zählerdaten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft soll sich auf die Netzgebiete der Gesellschafter oder mit ihnen verbundener Unternehmen und auf den gesamtdeutschen Raum als zusätzliches Vertriebsgebiet erstrecken.

Öffentlicher Zweck:

Gegenstand des Unternehmens ist als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister ist.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Füller, Ralfdieter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	29	100	28	100	1	4
Bilanzsumme	**29**	**100**	**28**	**100**	**1**	**4**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	26	90	25	89	1	4
Rückstellungen	2	7	2	7	0	0
Verbindlichkeiten	1	3	1	4	0	0
Bilanzsumme	**29**	**100**	**28**	**100**	**1**	**4**

bb) GuV

	2011	2010
	T€	**T€**
Umsatzerlöse	7	3
sonstige betriebliche Erträge	1	
Materialaufwand	5	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	2	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	14,68	9,13	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,15	1,26	%
Cash-Flow:	1	0	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:			%
Eigenkapitalquote:	91,90	90,86	%
Fremdkapitalquote:	8,10	9,14	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

M-Exchange AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Haus Sülz 6 53797 Lohmar
Rechtsform:	AG
Stammkapital in T€:	100

Gesellschafter:	**T€**	**%**
WV Energie AG Frankfurt	93	93,00
Stadtwerke Halle GmbH	7	7,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Aufbau, Betrieb und Betreuung von elektronischen Marktplätzen im Internet, die Vermarktung und Vermittlung von IT-Dienstleistungen aller Art, sowie die Erbringung von Informationstechnologischen Diensten, Beratungs- und Programmierdienstleistungen mit Schwerpunkt auf die Versorgungs- und Verkehrswirtschaft.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen betreibt und betreut elektronische Marktplätze im Internet. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung zu sehen, da auch örtliche Unternehmen von dem Vorhandensein dieser elektronischen Marktplätze profitieren.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:		Berner, Manfred
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Zimmermann, Felix
		Gieske, Hartmut
		Heinze, Harald
		Helbig, Andreas
		Müller-Urlaub, Berthold
		Thielmann, Fred

	31.12.2011	**31.12.2010**	**31.12.2009**
	T€	**T€**	**T€**
Aufsichtsrat	13	13	13

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	293	44	188	52	87	35	105	56
Umlaufvermögen	347	53	164	45	142	57	183	112
Rechnungsabgrenzungsposten	19	3	11	3	1	0	8	73
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag					21	8		
Bilanzsumme	**659**	**100**	**363**	**100**	**251**	**100**	**296**	**82**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	197	30	82	23			115	140
Rückstellungen	73	11	77	21	83	33	-4	-5
Verbindlichkeiten	252	38	204	56	168	67	48	24
Rechnungsabgrenzungsposten	137	21					137	
Bilanzsumme	**659**	**100**	**363**	**100**	**251**	**100**	**296**	**82**

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	1.211	790	648
sonstige betriebliche Erträge	38	37	41
Materialaufwand	310	85	54
Personalaufwand	209	171	126
Abschreibungen	51	21	18
sonstige betriebliche Aufwendungen	560	440	421
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	8	10
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	115	102	60
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-0	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	115	102	60
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-18	-120	-180
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	5	0	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	92	-18	-120

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,52	12,95	9,22	%
Eigenkapitalrentabilität:	109,92	-496,66	49,57	%
Cash-Flow:	166	123	78	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	416	413	689	T€
Personalaufwandsquote:	16,72	20,69	18,31	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,30	1,64	1,43	%
Eigenkapitalquote:	29,89	22,54	0,00	%
Fremdkapitalquote:	70,11	77,46	100,00	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Das Jahr 2011 war für den Kernmarkt der M-Exchange, die Stadtwerke, Energieversorger und Verkehrsbetriebe, durch die Energiewende mit Umbruch, Aufregung und sinkenden Margen verbunden. Die Projekte im Bereich Einkauf und Materialwirtschaft stehen hinter den Projekten der Unternehmensumorganisation zurück. Der Vorstand rechnet allerdings damit, dass als Konsequenz der sinkenden Margen die Nachfrage nach effizienzsteigernden Tools zukünftig steigen wird. E-Procurement und Outsourcing wird sich deshalb in Zukunft bei den Stadtwerken dem bereits steigenden Bedarf der Industrie anpassen.

Der Jahresabschluss 2011 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 115.255,59 € aus. Der Bilanzgewinn in Höhe von 96.979,28 € rundet die seit Jahren kontinuierliche positive Entwicklung ab. Das M-Exchange Geschäft entwickelte sich damit 2011 leicht besser als geplant und ist das beste Ergebnis seit Bestehen des Unternehmens. Gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis der Betriebstätigkeit (EBITDA) um 30% und das Unternehmensergebnis um 13% gestiegen.

Auch in der Langfristplanung hält M-Exchange den Kurs. Im 5-Jahresplan von 2006 wurde das Ergebnis von 2011 mit 112 T€ geplant und damit leicht übertroffen. Dies ist eine weitere Bestätigung des Geschäftsmodells der M-Exchange AG.

Die Umsatzrendite hat sich von 12,9% in 2010 auf 9,5% in 2011 verschlechtert, da die IT-Kosten, die Abschreibungen (Investitionen) und die direkten Projektkosten aufgrund von Releasewechsel-Projekten stark gestiegen sind.

Der Umsatz konnte gegenüber 2010 um 53% gesteigert werden, das EBITDA um ca. 30%.

Der Bereich „eProcurement“ entwickelte sich weiter positiv. Der Abschluss neuer Kunden und die umgesetzten Kundenprojekte haben sich in 2011 wiederum zufriedenstellend entwickelt. Die Bestandskundenbasis konnte 2011 ebenso wie in 2010 weiter stabilisiert werden, u.a. über substanzielle Investitionen in die IT-Plattformen. Darüber hinaus trugen die 2010 gewonnenen Neukunden zu erfreulichen Umsatzzuwächsen in den kontinuierlichen Gebühreneinnahmen bei.

Mit dem Aufbau einer Energiedaten-Management-Plattform (EDM) in 2007 hat M-Exchange das neue Geschäftsfeld „Energiemanagement“ beschritten. 2011 wurde die Verbrauchsabrechnung (VA) hinzugefügt. Sowohl EDM als auch VA tragen mit ca. 492 T€ deutlich zum Umsatz und Ertrag bei. M-Exchange ist in diesem Geschäftsfeld z.T. Subunternehmer der WV Energie AG, Geschäftsbereich WV-EM.

Durch Neueinsteilungen stieg der Personalaufwand erwartungsgemäß um 22% an. Der starke Anstieg des Materialaufwands resultiert aus den hohen Projektausgaben für den Aufbau der Verbrauchsabrechnung für die WV Energie, die auch zu entsprechend hohen Projekteinnahmen führten. Damit reflektieren die Kosten die Ausdehnung des Geschäftsvolumens.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die hauptsächlich aus den IT-Kosten und dem Verwaltungsaufwand bestehen, sind gegenüber 2010 um 27% gestiegen.

Die WV Energie AG gewährte der M-Exchange seit 2002 ein Darlehen mit Rangrücktritt in Höhe von 300 Tsd. Euro zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes. In 2011 wurde der Restbetrag von 70 Tsd. Euro komplett getilgt. Damit gibt es zum Jahreswechsel 2011/2012 keine Inanspruchnahme des Darlehens mehr, allerdings steht die Finanzierungslinie der M-Exchange AG weiterhin zur Verfügung. Die Bilanz weist ein positives Eigenkapital in Höhe von 196.979,28 Euro auf, die EK-Quote beträgt nahezu 30%.

Die bereits in 2010 begonnenen (TEUR 87) substanziellen Investitionen in die Weiterentwicklung der Software-Plattformen hat M-Exchange in 2011 in Höhe von TEUR 177 weiter ausgebaut, um weiterhin den technologischen Marktstandard im e-Procurement halten zu können. Die Investitionen werden in den kommenden Jahren zu entsprechend erhöhten Abschreibungen führen. Durch diese hohen Investitionen beträgt die Anlagendeckung 1 insgesamt 67 %.

Die derzeit nicht in Anspruch genommene Finanzierungslinie der WV Energie AG in Höhe von 300 Tsd. Euro gibt die Möglichkeit, sowohl Rückschläge abzufedern als auch weitere Investitionen finanzieren zu können. Die Finanzierung ist deshalb für 2012 gesichert.

Ausblick: Die positive Tendenz aus 2010 und 2011 wird sich voraussichtlich 2012 und 2013 fortsetzen. Sowohl im Bereich e-Procurement als auch im Bereich Energiemanagement werden Umsatz- und Ertragssteigerungen bei Bestandskunden erwartet. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von vielversprechenden Akquisefällen, die 2012 zum Abschluss kommen sollten. Der Vorstand rechnet im kommenden Geschäftsjahr und für 2013 wiederum mit einer moderaten Ertragssteigerung, allerdings bei leicht fallenden Umsätzen in 2012 im Projektgeschäft. Die Position der M-Exchange am Markt ist gefestigt und das Unternehmen ist für ein mittelfristig zu erwartendes Marktwachstum gut positioniert.

Bestandsgefährdende Risiken sind nach heutiger Einschätzung nicht gegeben. Die Forderungen gegenüber den Kunden sind nach heutiger Einschätzung nicht gefährdet. Das Zahlungsverhalten der Kunden ist gut. Da die Risiken im M-Exchange Modell durch die festen monatlichen Gebühren gut überschaubar sind, sieht der Vorstand keine Risiken in der Liquidität bzw. einem Forderungsausfall. Durch die in 2010/2011 vorgenommenen Investitionen in die Weiterentwicklung der Software-Plattformen ist M-Exchange AG weiter auf dem technologischen Marktstand. Auch zukünftig werden in diesem Bereich Investitionen notwendig sein.

Da die M-Exchange nur 3 Mitarbeiter hat und viele Dienstleistungen (IT, Buchhaltung) extern beauftragt gibt es ein permanentes Risiko des Know-How Verlustes bei Weggang von Personal. Darüber hinaus ist der Bereich „Plattformen für Energiemanagement“ von der Abnahme durch den Hauptaktionär WV Energie AG abhängig. Die Vertragskündigungszeiten geben allerdings im Kündigungsfall genügend Zeit für entsprechende Kostensenkungsmaßnahmen.

Die Positionierung des Unternehmens als individueller Plattformanbieter im Bereich der elektronischen Beschaffung und des Energiemanagements für Versorgungs- und Verkehrsunternehmen bietet mittelfristig das Potenzial für ein marktgerechtes Wachstum.

Schlusserklärung des Vorstandes zum Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

„Die M-Exchange hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:	**T€**	**%**
EVH GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport- und Verteilungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Industriegebiet A 14 von Halle (Saale); Errichtung von Transport- und Verteilungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von elektrischer Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Industriegebiet A 14 von Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Göpfert, Heike

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011	
Aktiva	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	53	100
Bilanzsumme	**53**	**100**

Passiva	**T€**	**%**
Eigenkapital	25	47
Rückstellungen	3	6
Verbindlichkeiten	25	47
Bilanzsumme	**53**	**100**

bb) GuV

	2011
	T€
sonstige betriebliche Erträge	29
Materialaufwand	8
Personalaufwand	10
sonstige betriebliche Aufwendungen	11
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:		%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	%
Cash-Flow:	0	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:		
Personalaufwandsquote:	33,68	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:		%
Eigenkapitalquote:	47,01	%
Fremdkapitalquote:	52,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. Allgemeine Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Rahmenbedingungen

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 Prozent konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 Prozent ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 Prozent an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 Prozent-Punkte auf 7,1 Prozent. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 Prozent-Punkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 Prozent. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 Prozent-Punkte auf 11,7 Prozent.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

1.2 Geschäft und Geschäftsgegenstand

Die Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH wurde am 21. September 2011 als Tochterunternehmen der EVH GmbH gegründet und hat am 01. Oktober 2011 ihren operativen Geschäftsbetrieb aufgenommen. Der Antrag der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH zur Erteilung einer Genehmigung des Netzbetriebs für das Elektrizitäts- und Gasverteilnetz für das Industriegebiet A 14 nach § 4 EnWG wurde mit Schreiben vom 14. Oktober 2011 bei der Landesregulierungsbehörde des Landes Sachsen-Anhalt gestellt.

Die Gesellschaft übernimmt die Verantwortung zum Betrieb, zur Wartung und zum Ausbau des Strom- und Gasnetzes, der Info- und Leittechnik, der Fernwirktechnik und des Mess- und Zählwesens sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte im Industriegebiet an der A 14 von Halle (Saale).

Die Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH wurde in der Rechtsform der GmbH gegründet. Gesellschafterin ist die EVH GmbH. Als alleinige Geschäftsführerin wurde Frau Heike Göpfert bestellt. Der Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

2. Darstellung der Lage

2.1 Ertragslage

Das Unternehmen generierte im Rumpfgeschäftsjahr 2011 keine Umsatzerlöse.

Im Rumpfgeschäftsjahr entstand der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH Aufwand in Höhe von 29.171 Euro, dieser setzt sich wie folgt zusammen:

- Bezogene Leistungen
  Die bezogenen Leistungen in Höhe von 7.784 Euro beinhalten Aufwendungen für kaufmännische und technische Dienstleistungen sowie Aufwendungen für die Netzführung des Strom- und Gasnetzes

- Personalaufwand
  Der Gesellschaft entstand ein Personalaufwand in Höhe von 9.815 Euro

- Sonstige betriebliche Aufwendungen
  Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen hauptsächlich die Positionen Beraterleistungen, Wirtschaftsprüfung, Gutachter- und sonstige Gebühren sowie Gerichts-, Notariats- und Anwaltsgebühren. Hierfür wurden 11.572 Euro aufgewendet

Die aktuell im Industriegebiet A 14 angesiedelten Unternehmen lasten die geschaffene Versorgungsinfrastruktur noch nicht in dem Maße aus, dass die aus der Unterhaltung und Betreibung der entsprechenden Anlagen entstehenden Kosten durch Netznutzungsentgelte vollständig kompensiert werden. Diesem Umstand hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 23.11.2011 mit einer Stadtratsvorlage entsprochen, in dem der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH aus dem städtischen Haushalt ein Zuschuss gezahlt werden soll. Zur Vereinfachung dieser genehmigten Zuschussgewährung soll die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgiG) die von der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH benötigten Zuschüsse direkt an diese auszahlen. Eine entsprechende Forderung gegenüber der EgiG wurde in die Bilanz aufgenommen. Die Gesellschaft weist auf Grund der sonstigen betrieblichen Erträge im Rumpfgeschäftsjahr 2011 ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus.

In der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH haben vorerst neben der Geschäftsführerin neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zusätzlich zu Ihrer Tätigkeit bei der Energieversorgung Halle Netz GmbH, ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis begonnen.

2.2 Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH belief sich am 31. Dezember 2011 auf 15.694 Euro und bestand aus einem Guthaben im Cash-Pool der SWH.

2.3 Vermögenslage

Die Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH wurde mit einem Stammkapital in Höhe von 25.000 Euro ausgestattet.

Die Rückstellungen betrafen Aufwendungen des Jahresabschlusses 2011.

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug 53.178 Euro.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

4. Risikobericht

Risiken entstehen aus der noch unsicheren Ansiedlungsentwicklung im Industriegebiet und der damit im Zusammenhang stehenden Entwicklung der Gesellschaft.

5. Prognosebericht

Die Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH beabsichtigt im Februar 2012 das Anlagevermögen des Elektrizitäts- und Gasnetzes von der EgiG zu erwerben. Die Registrierung als Verteilnetzbetreiber im deutschen Strom- und Gasmarkt ist erfolgt. Das Bilanzierungsgebiet Strom und das Netzbetreiberkonto Gas wurden beantragt.

Neben dem Industrieunternehmen IST - Innotec Solar, welches am 30. September 2011 den Dauerbetrieb im Industriegebiet aufgenommen hat, wird für das Jahr 2012 die Ingangsetzung eines weiteren Industrieunternehmens erwartet. Die GA Pack Manufactoring GmbH hat mit der Errichtung der Produktionsanlagen begonnen. Am 13.12.2011 wurde der Strom- und am 22.12.2011 der Gashausanschluss in Betrieb genommen. Der Probebetrieb soll im April 2012 starten und ab 01. September 2012 der Dauerbetrieb aufgenommen werden.

Ziel der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH wird in den folgenden Jahren die Erhaltung der Ansiedlungsanreize im Industriegebiet sein, um weiteren Industrieunternehmen die Ansiedlung zu ermöglichen.

Mit Erreichen eines kumulierten positiven Jahresüberschusses der Netzgesellschaft hat seitens des Fördermittelgebers eine Neubescheidung gewährter Fördergelder zu erfolgen und damit sind von der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH bis zu 30 Prozent der tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellkosten der geförderten Versorgungsanlagen abzüglich des bereits gezahlten Kaufpreises an die Entwicklungsgesellschaft auszuzahlen. Nach der Antragstellung beim Fördermittelgeber würde dieser Fall bei Eintreffen der darin zugrunde gelegten Annahmen zur Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals beginnend im Jahr 2017 für die Sparte Gas und 2018 für die Sparte Strom eintreten.

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	300

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden sowie das Handeln und Vermitteln aller nicht gefährlichen Abfallarten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Arndt, Michael

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	(seit 04.10.2011)
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Mahlert, Eckard	
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Richter, Ulrich	
	Weihrich, Dietmar	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	3.059	70	3.065	59			-6	0
Umlaufvermögen	1.316	30	2.111	41	958	100	-795	-38
Bilanzsumme	**4.375**	**100**	**5.176**	**100**	**958**	**100**	**-801**	**-15**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.708	39	1.708	33	606	63	0	0
Rückstellungen	46	1	88	2	29	3	-42	-48
Verbindlichkeiten	2.621	60	3.380	65	323	34	-759	-22
Bilanzsumme	**4.375**	**100**	**5.176**	**100**	**958**	**100**	**-801**	**-15**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.271	3.846	6.419
sonstige betriebliche Erträge	135	22	88
Materialaufwand	3.340	3.395	6.236
Personalaufwand	73	20	11
Abschreibungen	437	75	
sonstige betriebliche Aufwendungen	246	227	197
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	3	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	61	14	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	258	140	69
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		38	-0
sonstige Steuern	2		
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	256		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	102	69
Gewinnvortrag/Verlustvortrag		-1.324	
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		-1.222	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	69

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,00	2,65	1,08	%
Eigenkapitalrentabilität:	15,02	5,97	12,87	%
Cash-Flow:	693	177	69	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	4.406	3.868		T€
Personalaufwandsquote:	1,65	0,51	0,17	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	69,85	59,22		%
Eigenkapitalquote:	39,03	33,00	63,25	%
Fremdkapitalquote:	60,97	67,00	36,75	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	59.181,00	59.938,00	61.696,00	Mg
gesicherte Kapazitäten	70.000,00	70.000,00	70.000,00	Mg

e) Lagebericht

1. Rechtliche Grundlagen

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 Prozent konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 Prozent ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 Prozent an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 Prozentpunkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 Prozent. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen: die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 Prozentpunkte auf 11,7 Prozent.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

Mitte des Jahres 2011 hat die Bundesregierung in der Energiepolitik die Weichen neu gestellt. Um das hohe Wohlstandsniveau in Deutschland auf der Basis bezahlbarer Energiepreise zu sichern, soll unsere Volkswirtschaft zu einer der energieeffizientesten und umweltschonendsten umgebaut werden. Konkret dazu notwendig sind die Reduzierung der Treibhausemission, die stärkere Nutzung erneuerbarer Energietechnologien und die Erhöhung der Energieeffizienz. Wenn auch diese Trendwende der Energiepolitik durch andere Beweggründe hervorgerufen wurde, so bestätigt sie den seit Jahresbeginn gewählten Leistungszweck der RAB Halle GmbH (RAB). Das Leistungsangebot des 100 % Tochterunternehmens der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) trägt zur konsequenten Nutzung der Ressource Abfall als Energieträger bei.

Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche die Siedlungsabfälle, Bau- und Abbruchabfälle und Abfälle aus der mechanischen Behandlung annimmt. Hauptsächlich dient sie dabei der Stadt Halle (Saale) als beauftragter Dritter für die dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger überlassenen Abfälle. In die Neuausrichtung der Energieversorgung will die Gesellschaft mit der Herstellung von Fraktionen für die Vergärung, die reine Verbrennung oder die Mitverbrennung als Ersatzbrennstoffe mit geeigneten Substitutionsstoffströmen eine qualifizierte Wahlmöglichkeit anbieten.

Aus dem kommunalen Auftrag der Sortierung der überlassungspflichtigen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) resultiert zugleich das Hauptgeschäft der Gesellschaft. Ergänzt wird dieses Kerngeschäft durch gewerbliche Spotmengen aus unterschiedlichen Produktionsbereichen.

2. Rahmen- und Marktbedingungen

Auf Grund des demographischen Wandels muss sich die RAB stets auf die Leistungsmenge und die Sortierleistung einstellen können. Langfristig werden die Inputmengen durch den Bevölkerungsrückgang sinken. Mit dem steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung wird ein verändertes Verbraucherverhalten auf die Zusammensetzung der Abfallmengen Einfluss nehmen. Daran knüpfte die allgemeine Diskussion des Jahres 2011 in der Abfallbrache immer wieder an und zielte gleichzeitig auf die Sicherung der Daseinsvorsorge, einen hohen Grad der stofflichen Verwertung von Abfällen und die Unterstützung alternativer Energieerzeugung. Alle Bemühungen mündeten in dem zentralen Thema der Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Insbesondere um die Vielfalt und die Definition der Stoffströme, die Entwicklung der Abfallmengen und die Einführung der Wertstofftonne wurde in der Branche alternativ diskutiert. Bislang lassen sich im politischen Willen keine tiefgreifenden Änderungen zur nachhaltigen Materialwirtschaft erkennen, sondern bislang ist nur die geeignete Erfassung von stoffgleichen Nichtverpackungen über die Wertstofftonne geregelt.

Aber trotz aller gesetzlichen Bestrebungen wird ein nicht geringer Teil von Wertstoffen dennoch über die Restmülltonne entsorgt und sichert weiterhin den Unternehmenszweck der RAB. Zudem ist die Anlage jederzeit auf die Erweiterung der Sortiertiefe vorbereitet und kann bei gegebener Wirtschaftlichkeit weitere gewinnbringende Leistungen anbieten. Nicht zuletzt beschäftigt sich die Gesellschaft mit der Sortierung der Wertstofftonnen und führt derzeit zahlreiche Gespräche, um eine hinreichende Sortierleistung zu generieren.

Zwar ist gesamtgesellschaftlich immer wieder die Abfallvermeidung thematisiert, aber anhand der erreichten Mengen des Jahres 2011 nicht erkennbar. Der Ansatz des Unternehmens bietet dazu eine geeignete Alternative und fördert mit seinem Leistungsangebot wesentlich die Verwertungsquote von Siedlungsabfällen. In der effizienten Nutzung von Biogas oder mittelkalorischen Ersatzbrennstoffen für die Stromerzeugung, bei gleichzeitiger Wiederverwertung von metallischen Sekundärrohstoffen, sieht die RAB eine geeignete Antwort auf zukünftige Fragen.

Bei der Wahl der Sortierstoffströme wollte sich die Gesellschaft nicht nur an der thermischen Verwertung orientieren, denn diese ist durch die Freisetzung von Schadstoffen im Verbrennungsprozess immer wieder in der Kritik. Alternativ dazu wählte das Unternehmen die Ausschleusung einer nativorganischen Fraktion für die Vergärung. Mit einer somit erzielten Reduzierung der Gesamtbelastung sollen Ziele weit über das wirtschaftliche Ergebnis hinaus erreicht werden. Auf Grundlage einer europaweiten Ausschreibung der Verwertungsleistung im dritten Quartal 2010 konnten die Sita Deutschland GmbH und die C.A.R.E. Biogas GmbH für das abgelaufene Geschäftsjahr gebunden werden. Eine längerfristige Vergabe, unter zusätzlicher vorgeschalteter Trocknung des Abfalls, ist auf Grund der Unwirtschaftlichkeit der Angebote durch die RAB aufgehoben worden.

In Fortführung des gewählten Geschäftsmodells und zur steten Bindung geeigneter Verwertungspartner formulierte die Unternehmensleitung ein Modell, welches die mittelfristige Ausrichtung der Sortierleistung beschrieb und die Grundlage für die erneute Ausschreibung der Stoffströme im zweiten Quartal 2011 darstellte. Im Ergebnis der Ausschreibung konnten adäquate Verwertungspartner gefunden und im dritten Quartal beauftragt werden. Für die organisch-mineralische Fraktion hat sich der Verwertungspartner C.A.R.E. Biogas GmbH bestätigt. Einen neuen Weg der Verwertung nimmt ab Januar 2012 die Fraktion der thermisch behandelbaren Fraktion zur PD energy GmbH nach Bitterfeld. Ergänzt wird das veränderte Outputregime durch eine abfallrechtlich notwendige ausschließlich thermisch zu verwertende Fraktion von gemischten Siedlungsabfällen durch die Becker Umweltdienste GmbH.

Auf der Grundlage dieses Ausschreibungsergebnisses hat die RAB Halle GmbH Überlegungen zur Erweiterung des Leistungsspektrums entworfen. So sollen neben den Sortierleistungen zusätzliche Aktivitäten zur Herstellung eines Ersatzbrennstoffes die Wertschöpfungskette ergänzen. Die dazu notwendigen Anlagenmodifizierungen wurde im vierten Quartal 2011 begonnen und ergänzen die Investitionen der Gesellschaft.

3. Bericht über wichtige Projekte und Vorhaben

Die Beobachtung des Sekundärrohstoffmarktes zeigt in der Nutzung von Abfällen als Energieträger in den letzten Monaten einen wesentlichen Aufschwung. Die Verteuerung der fossilen Brennstoffe und die fortwährende Diskussion um den Handel von Zertifikaten für den Kohlendioxidausstoß lassen insbesondere die großen Kraftwerksbetreiber über Alternativen nachdenken. Eine geeignete Lösung kann hierfür in der Mit-Verbrennung von Ersatzbrennstoffen liegen. Die RAB Halle GmbH hat sich ab der Jahresmitte 2011 auf Initiative eines überregionalen Stromproduzenten der Herstellung dieses geeigneten Ersatzbrennstoffes gewidmet. In einem umfangreichen Testlauf sind die physikalischen und chemischen Stoffeigenschaften, der Heizwert des Brennstoffes und die Technologie der Mit-Verbrennung im Kraftwerk mit dem Produktionsprozess abgestimmt worden.

Vor dem Hintergrund endlicher fossiler Energieressourcen und weltweiter Klimaschutzziele strebt die Gesellschaft ausgangs des Jahres 2011 der Herstellung eines qualifizierten Ersatzbrennstoffes für die Mitverbrennung in einem Braunkohlekraftwerk entgegen. Mit dieser Nutzung des Abfalls als Energiequelle werden eigene Nachhaltigkeitsziele verfolgt und präzise in die Wirklichkeit umgesetzt. Durch die Herstellung einer heizwertreichen Mischung aus Papier, Holz, Kunststoff und Verpackungsresten kann ein wesentlicher Teil an Rohbraunkohle substituiert werden. Zugleich unterstützt der teilweise CO2-neutrale Energierohstoff die Energiebilanz des Kraftwerkes. In der Hoffnung, dass regionale Kraftwerke ihre Technologie auf die Mitverbrennung von Heizwertäquivalenten umrüsten, sieht die RAB ein Erfolgspotential durch die Reduzierung der Transportwege.

Neben den Investitionen der Anlagenumrüstung des Jahres 2010 hat das Unternehmen zudem mit der Leistungsaufnahme in einen modernen Radlader für die leichte Beladung von Walking-Floor-Fahrzeugen investiert. Heutzutage werden Abfälle und Verwertungsmaterialien in logistikoptimalen Großeinheiten transportiert und die Betreiber einer Sortieranlage müssen sich den baulichen Gegebenheiten der Transportfahrzeuge anpassen, um die hohen Schüttwände zu überwinden und zugleich eine hinreichende Verdichtung des Ladematerials zu erreichen. Auch somit werden Ressourcen geschont, der Klimaschutz unterstützt und die gesamtwirtschaftliche Betrachtung gestärkt.

Mit dem Gremienentscheid zum Ende des Jahres konnte die RAB ihre Verlustvorträge durch die vorhandenen Kapitalrücklagen ausgleichen und somit die Ergebnisabführung ab dem Jahr 2011 an den Gesellschafter sicherstellen. Die Grundlage dazu ist der zum 06.12.2011 abgeschlossene Ergebnisabführungsvertrag der eine noch stärkere Bindung an den Konzern darstellt, aber auch die Bedeutung der Gesellschaft als Wirtschaftskraft zum Ausdruck bringt.

4. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Mit einem Mengenstrom von 59.181 Mg hatte die RAB im Jahr 2011 entsprechend ihrer Erwartungen akquiriert. So zeigt das Umsatzvolumen in Höhe von TEUR 4.271 nahezu das geplante Niveau und liegt um TEUR 425 deutlich über dem Vorjahr. Noch signifikanter konnten die sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Getragen wird diese Entwicklung von den Schrotterlösen für die aussortierten Eisen- und Nichteisenmetalle. Auf Grund der im Jahresverlauf günstigen Aufkaufpreise konnten somit TEUR 123 generiert werden.

Insbesondere der leichte Rückgang des Materialverbrauchs unterstreicht die Marktfähigkeit des Konzeptes und die Umsetzung durch das Unternehmen. Für Material, Energiestoffe, die Verwertung und die bezogenen Fremdleistungen wurden im Jahr 2011 TEUR 3.340 verwendet. Im Vergleich zum Vorjahr, wo ein Gesamtbetrag von TEUR 3.395 noch eine Mehrausgabe von TEUR 55 bedeutete, konnten im Jahr 2011 sogar Preissteigerungen für die Fremdleistungen kompensiert werden.

Nach der Ertüchtigung der Sortierkapazitäten Ende des Jahres 2010 und mit Aufnahme des Anlagenbetriebes ab 03.01.2011 müssen die Personal- und Abschreibungskosten von insgesamt TEUR 509 berücksichtigt werden. Sie lassen sich auf Grund des neuen Betriebsregimes nicht mit dem Vorjahr vergleichen. Mit der operativen Tätigkeit nahmen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu. Einem Aufwand von TEUR 246 steht beim Vorjahresvergleich ein Wert von TEUR 227 gegenüber. Dabei entwickelten sich einzelne Kostenarten sehr unterschiedlich fort. So wurde der Beratungsaufwand nahezu halbiert, aber die Versicherungs- und Shared-Service-Leistungen haben sich dem eigenständigen Geschäftsbetrieb angepasst.

Leichten Zinsgewinnen, welche aus den Forderungen gegenüber dem Cash-Pool resultieren, stehen die Zinsaufwendungen für die Fremdfinanzierung des Anlagenumbaus entgegen. Saldiert entwickelt sich das Finanzergebnis von TEUR -11 im Vorjahr auf TEUR -52 im Jahr 2011.

Insgesamt schließt die Gesellschaft ein erfolgreiches erstes Jahr des Regelbetriebes mit TEUR 256 vor Gewinnabführung ab und beweist mit der Verdopplung des Ergebnisses seine Produktivität. Ebenfalls werden mit diesem Ergebnis die gestellten Erwartungen von TEUR 127 mit TEUR 129 weit übertroffen.

In der Bilanz zeigen sich beim Eigenkapital, aufgrund der Ergebnisabführung, keine Bewegungen. Da die Hauptinvestitionstätigkeit im Jahr 2010 bereits die Sachanlagen dimensionierten, ist durch die Nachinvestitionen des Jahres 2011 eine Konstanz in Höhe von TEUR 3.059 festzustellen. Die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Forderungen sind insbesondere auf die Ausgleichszahlung durch den Leistungspartner auf Grundlage einer erst zum Jahresende feststehenden Mengen-Preis-Staffelung begründet. Alle im Jahr 2011 getätigten Investitionen wurden aus den eigenen liquiden Mitteln finanziert, bewirken aber einen Rückgang der Forderungen aus dem Cash Pool der SWH. Zusätzlich sind die sonstigen Vermögensgegenstände gegenüber dem Vorjahr vermindert. So ist ein Bestand an Forderungen und Vermögensgegenständen von TEUR 1.123 angezeigt, der sich um TEUR 792 im Jahresverlauf verringerte. Hauptsächlich die Festgeldanlage in Höhe von TEUR 188, zur Gegenfinanzierung der genehmigungsrechtlichen Sicherungsleistung, ergänzt das Umlaufvermögen von TEUR 1.316.

Gegenüber dem Vorjahr ist eine wesentliche Verringerung der Rückstellungen auf ein betriebsnotwendiges Maß für die Arbeiten im Rahmen des Jahresabschlusses und bekannter Nachforderungen aus dem Geschäftsjahr 2011 von insgesamt TEUR 45 anzumerken. Mit der planmäßigen Tilgung des Fremdkredits haben sich die Verbindlichkeiten der RAB auf TEUR 1.807 um TEUR 314 reduziert. Verbindlichkeiten werden durch die zahlungsfälligen Rechnungen nach dem Stichtag und einer Rückerstattung gegenüber dem Kunden Stadt Halle begründet. Dieser Vorgang dient dem Ausgleich der mengenscharfen Abrechnung der Leistung am Ende eines jeden Wirtschaftsjahres.

Abschließend bestimmten die genannten Sachverhalte die Bilanzsumme von TEUR 4.375 und verminderten sie somit von TEUR 5.176 im Vorjahr um TEUR 801.

Personell wird der Anlagenbetrieb durch eine zertifizierte Zeitarbeitsfirma aus Halle (Saale) realisiert. Die Anlagenfahrer, -monteure und Betriebselektriker werden sowohl für Anpassungsarbeiten an der Anlage als auch zum Anlagenbetrieb bei der Aufbereitung und der Brennstoffherstellung eingesetzt. Von den insgesamt neun Mitarbeitern sind drei als Schichtleiter und Waagepersonal und sechs Mitarbeiter für die Sortier- und Verladetätigkeit zuständig. Zuzüglich des Anlagenleiters wird somit ein kontinuierlicher Drei-Schicht-Betrieb realisiert. Zudem werden speziell geschulte Mitarbeiter bei Bedarf für Wartungs- und Reinigungsarbeiten eingesetzt. Als überaus effizient erweist sich dabei der flexible Einsatz des gestellten Personals bei der Einsatzplanung unter Berücksichtigung von Mengenschwankungen, beispielsweise durch das saisonale Mengenaufkommen und die Mehrbelastung bei Feiertagen und Urlaub.

5. Risikobericht

Mit ihrem Geschäftsmodell beabsichtigt die RAB, trotz eines sich einstellenden Mengenrückganges, zusätzliche freie Gewerbemengen am Markt zu akquirieren. Damit können die eingesetzten Kapazitäten besser ausgelastet werden, welche die Gesellschaft insgesamt von Einwohnerrückgang und vom Verbraucherverhalten unabhängiger macht. Zwar ist die Gesellschaft stark auf die derzeitigen Regelungen des Abfallrechtes und den Gegebenheiten des Marktes angepasst, hat aber mit geringem Aufwand genug Spielraum, um auch kurzfristig technologisch reagieren zu können. Zudem sind die Verwertungspartner mittelfristig gebunden und stützen damit einen konstanten Materialaufwand.

Mit umfangreichen Erweiterungen der Löschtechnik stellt sich die Gesellschaft der Brandgefahr bei der Behandlung von Abfällen entgegen. Umsichtige Mitarbeiter, die gut geschult einen ersten Löschangriff vornehmen können, sollen das Risiko von Sachschäden minimieren.
Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Fremdwährungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten ausgesetzt.

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine weiteren den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

6. Ausblick

Für den Jahresverlauf 2012 geht die Gesellschaft von einem insgesamt konstanten Mengenstrom aus. Entsprechend der Wirtschaftsplanung erwarten wir die Fortsetzung der positiven Unternehmensentwicklung und zielen zum Abschluss des Geschäftsjahres 2012 auf einen Jahresüberschuss von TEUR 266. Für die Folgejahre wird von ähnlichen Ergebnissen ausgegangen.

Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in und für die Stadt Halle zur öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in und für die Stadt Halle zur öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Böttcher, Jens	(seit 01.07.2011)
	Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias	(bis 30.06.2011)

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	(seit 04.10.2011)
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Mahlert, Eckard	
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Richter, Ulrich	
	Weihrich, Dietmar	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	45	2			45	
Umlaufvermögen	1.291	70	25	100	1.266	5.064
Rechnungsabgrenzungsposten	509	28			509	
Bilanzsumme	**1.845**	**100**	**25**	**100**	**1.820**	**7.280**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	22	1	22	88	0	0
Rückstellungen	79	4	3	12	76	2.533
Verbindlichkeiten	1.744	95	0	0	1.744	
Bilanzsumme	**1.845**	**100**	**25**	**100**	**1.820**	**7.280**

bb) GuV

	2011	2010
	T€	T€
Umsatzerlöse	2.394	
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	15	
sonstige betriebliche Erträge	83	
Materialaufwand	2.655	
Personalaufwand	4	
Abschreibungen	12	
sonstige betriebliche Aufwendungen	114	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-305	-3
sonstige Steuern	0	
Erträge aus Verlustübernahmen	305	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	-3
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	-3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-12,74		%
Eigenkapitalrentabilität:	-1.393,68	-12,48	%
Cash-Flow:	-293	-3	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:	0,14		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,45		%
Eigenkapitalquote:	1,19	88,82	%
Fremdkapitalquote:	98,81	11,18	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Lichtpunkte	22.700,00	0,00	Stk.

e) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Rahmenbedingungen

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 Prozent konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 Prozent ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 Prozent an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 Prozentpunkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 Prozent. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 Prozentpunkte auf 11,7 Prozent.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

1.2 Geschäft und Geschäftsgegenstand

Am 14. Dezember 2010 wurde die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH als 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH gegründet. Der operative Geschäftsbetrieb der Gesellschaft begann zum 1. Januar 2011.

Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen in und für die Stadt Halle zur öffentlich technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehender Geschäfte.

Die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH schloss mit der EVH GmbH Verträge zu Arbeitnehmerüberlassung sowie zu kaufmännischen und technischen Dienstleistungen. Weiterhin wurde zwischen der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und der Stadtwerke Halle GmbH eine Cash-Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von 2,0 Millionen Euro sowie mit Wirkung zum 1. Januar 2011 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen.

Zwischen der Stadt Halle (Saale), der EVH GmbH sowie der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH wurde ein Übergang des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrags zur Straßenbeleuchtung von der EVH GmbH auf die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH ab 1. Januar 2011 vertraglich vereinbart. Die Stadt Halle (Saale) sowie die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH haben diesen Geschäftsbesorgungsvertrag zum 31. Januar 2011 gekündigt.

Mit der Stadt Halle (Saale) hat die Gesellschaft zum 1. Februar 2011 einen Beleuchtungsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 15 Jahren. Durch diesen Vertrag ist die Gesellschaft verpflichtet, über die Vertragslaufzeit Maßnahmen zum Betrieb, zur Instandsetzung, zur Erneuerung sowie zur Erhöhung der Energieeffizienz der Beleuchtungsanlagen durchzuführen. Dafür erhält die Gesellschaft ein vertraglich fixiertes Entgelt.

2. Ertragslage

2.1 Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2011 erwirtschaftete die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH einen Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von – 304,9 Tausend Euro.

2.2 Absatz/Umsatz/Erträge

Umsatz Strom
Die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH erzielte durch Weiterberechnungen von Strom an die DSM Deutsche Städte Medien GmbH sowie an die Stadt Halle Umsatzerlöse in Höhe von 100,3 Tausend Euro.

Umsatzerlöse Service
Zum 31. Dezember 2011 betrugen die Umsatzerlöse Service 2.293,9 Tausend Euro. Diese Position beinhaltet hauptsächlich den Beleuchtungsvertrag mit der Stadt Halle.

Betriebliche Erträge
Im abgelaufenen Geschäftsjahr generierte das Unternehmen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 83,3 Tausend Euro.

2.3 Variable Aufwendungen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen in der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von 2.655,4 Tausend Euro an.

Bezug Strom
Die Gesellschaft bezog von der EVH GmbH 8,4 GWh Strom. Dafür musste das Unternehmen 1.326,7 Tausend Euro aufwenden.

Bezogene Leistungen
Die bezogenen Leistungen umfassten hauptsächlich Fremdleistungen für Instandhaltungen, den Dienstleistungsvertrag mit der EVH GmbH zu kaufmännischen und technischen Dienstleistungen, die Weiterberechnung von Schäden, deren Verursacher bekannt sind sowie den Vertrag zur Arbeitnehmerüberlassung mit der EVH GmbH. Insgesamt wurden für bezogene Leistungen 920,5 Tausend Euro aufgewandt.

2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Zum 31. Dezember 2011 betrugen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen 113,9 Tausend Euro.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Zum 31. Dezember 2011 wandte das Unternehmen für Personal 3,5 Tausend Euro auf.

2.6 Finanzlage

Die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH wies am 31. Dezember 2011 einen negativen Finanzmittelbestand in Höhe von 1.524 Tausend Euro aus, der sich in 1. Linie aus der Veränderung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergibt.

Diese Veränderung beruht auf dem negativen Geschäftsergebnis in Höhe von -305 Tausend Euro und auf dem Aufbau von Vorräten und Forderungen. Wesentlichen Einfluss hat auch der Anstieg des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens (RAP). Aufgrund des zwischen der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und der Stadt Halle abgeschlossenen Beleuchtungsvertrages (Vertragslaufzeit 15 Jahre) führt die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH Investitionen zur Effizienzsteigerung durch. Diese Investitionen werden bei der Stadt Halle als Anlagevermögen und bei der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH als aktiver RAP aktiviert und über die Laufzeit aufgelöst.

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Jahr 2011 im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH sichergestellt. Die Stadtwerke Halle GmbH stellt der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH einen unbefristeten Cash-Pool-Kreditrahmen in Höhe von 2,0 Millionen Euro zur Verfügung, sodass gemäß der vorliegenden Planung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird.

2.7 Vermögenslage

Die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH wurde mit einem Stammkapital in Höhe 25 Tausend Euro ausgestattet. Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 21,9 Tausend Euro. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 1,2 Prozent.

Die Rückstellungen betrafen Aufwendungen des Jahresabschlusses 2011, Aufwendungen für unterlassene Instandhaltungen sowie Aufwendungen für Beraterleistungen und Verpflichtungen gegenüber Dritten.

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug 1.845,1 Tausend Euro.

3. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2011 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH notwendig machen würden.

4. Risikobericht

Es sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

5. Prognosebericht

Die Gesellschaft wird in den Jahren 2012 bis 2013 ein negatives Jahresergebnis ausweisen. Insbesondere 2012 ist von erhöhten Ausgaben zur Optimierung der Energieeffizienz gekennzeichnet. In diesem Zeitraum erfolgt ein Verlustausgleich über den Gewinnabführungsvertrag.

Ab dem Jahr 2014 wird davon ausgegangen, dass die Gesellschaft ein positives Jahresergebnis realisieren wird und dass über die Vertragslaufzeit des Beleuchtungsvertrages mit der Stadt Halle die anfänglichen Minderergebnisse kompensiert werden können (Gewinnabführung an die Stadtwerke Halle GmbH).

Die Liquidität wird, auch unter Inanspruchnahme der eingeräumten Cash-Pool-Konto-korrentkreditlinie der SWH, gegeben sein.

Mit der Gründung der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH wurde ein Arbeitnehmerüberlassungsvertrag mit der EVH GmbH geschlossen. Die bisher von der EVH GmbH verrechnete Personalgestellung reduziert sich auf einen Mitarbeiter, da das restliche Personal zum 1. Januar 2012 auf die Gesellschaft übergegangen ist.

In den Jahren 2012 bis 2016 sind keine Investitionen geplant.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Zum Teich 6 06120 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	26

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung; ausgenommen sind Tätigkeiten, die in § 34c der Gewerbeordnung aufgeführt sind oder die sonst staatlicher Genehmigung im Sinne des § 8 des GmbH-Gesetzes bedürfen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Rausch, Werner

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	(seit 04.10.2011)
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Mahlert, Eckard	
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Richter, Ulrich	
	Weihrich, Dietmar	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	673	100	452	100	594	100	221	49
Bilanzsumme	**673**	**100**	**452**	**100**	**594**	**100**	**221**	**49**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	26	4	26	6	25	4	0	0
Rückstellungen	7	1	5	1	6	1	2	40
Verbindlichkeiten	640	95	421	93	563	95	219	52
Bilanzsumme	**673**	**100**	**452**	**100**	**594**	**100**	**221**	**49**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.330	3.167	3.138
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Materialaufwand	2.082	1.943	1.907
Personalaufwand	7	7	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.224	1.200	1.209
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	1	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19	18	16
sonstige Steuern	2	3	2
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	17	14	14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	1	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	1	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,50	0,49	0,44	%
Eigenkapitalrentabilität:	64,80	63,02	56,13	%
Cash-Flow:	17	15	14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,21	0,22	0,23	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	3,80	5,66	4,13	%
Fremdkapitalquote:	96,20	94,34	95,87	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
behandeltes Mischwasser	19,71	23,90	19,10	Mio. m³
Klärgas	2,44	2,40	2,30	Mio. m³
Klärschlamm	17.742,00	18.244,00	17.791,00	t
Stromerzeugung	4,72	4,79	4,74	Mio. kWh

e) Lagebericht

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 % konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 % ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 % gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 % an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 %-Punkte auf 7,1 %. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 %-Punkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 %. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen: die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 %-Punkte auf 11,7 %.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

Seit dem 30. April 1997 führt die TELONON Abwasserbehandlung GmbH gemäß Betriebsführungsvertrag für die Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG den kaufmännischen und technischen Betrieb der Kläranlage Halle-Nord durch.

Für die Erledigung der Aufgaben aus dem Betriebsführungsvertrag hat die Gesellschaft per Geschäftsbesorgungsvertrag das Personal der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) vertraglich gebunden. Der Betriebsdienst wird von der HWS ordnungsgemäß durchgeführt.

Zu größeren Störungen im Betrieb der Kläranlage kam es im Geschäftsjahr 2011 nicht.

Im Jahr 2011 wurden auf der Kläranlage Halle-Nord 19,71 Mio. m³ Mischwasser behandelt (2010 = 23,90 Mio. m³). Bezogen auf die Trockenwetterzulaufmenge betrug die durchschnittliche Abwassermenge 48.112 m³/d (2010 = 52.965 m³/d).

Der Abwasseranfall auf der Kläranlage Halle-Nord ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Der starke Anstieg im Vorjahr hing mit den hohen Niederschlagsmengen und dem erhöhten Grundwasserstand in der Region zusammen. Der Trend der letzten Jahre zeigt einen rückläufigen Abwasseranfall. Durch den Rückgang der Einwohnerzahl und des Trinkwasserverbrauchs in der Stadt Halle wird sich dieser Trend weiter fortsetzen.

Durch die Überleitung der südlichen und östlichen Stadtteile von Halle reinigt die Kläranlage ca. 99 % des gesamten anfallenden Abwassers der Stadt Halle und hat damit ihre volle frachtmäßige Auslastung erreicht.

In den nächsten Jahren wird sich der Anschluss aus einigen Gemeinden des Saalekreises weiter erhöhen.

Mit der noch vorgesehenen Erweiterung des Einzugsgebietes wird sich der zurzeit sehr hohe Auslastungsgrad der Kläranlage Halle-Nord in den Folgejahren kaum ändern.

Seit Juli 2001 übernimmt die Kläranlage Halle-Nord zusätzlich Deponiesickerwasser aus der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau. Im Jahr 2011 wurden 196.875 m³ Sickerwasser (2010 = 178.798 m³) ordnungsgemäß gereinigt.

Die Ablaufwerte wurden im Jahr 2011 im Allgemeinen stabil eingehalten. Es kam jedoch kurzzeitig zu einer Überschreitung des vorgegebenen Überwachungswertes Gesamt-Stickstoff.

Im Jahr 2011 wurden 60,5 t Rechengut und 615,1 t Sandfangrückstände entsorgt. Gleichzeitig fielen 17.742 t Klärschlamm an, die durch die SUC GmbH, Abfallbehandlung Döllnitz entsorgt wurden.

Der Klärschlamm wurde auf der Deponie Halle - Lochau weiter verarbeitet. Dieser Entsorgungsweg kann auch in den kommenden Jahren weiter genutzt werden.

Durch das angefallene Klärgas (Gesamtanfall 2,44 Mio. m³) wurden im Jahr 2011 in den Blockheizkraftwerken ca. 4,72 Mio. kWh Strom erzeugt (2010: 4,79 Mio. kWh).

Insgesamt wurden im Jahr 2011 49 % des Gesamtstromverbrauches der Kläranlage Halle-Nord selbst erzeugt.

In den letzten Jahren wurden verstärkt Fäkalien aus dem Umland der Stadt Halle angenommen, verarbeitet und gereinigt. Im Jahr 2011 betrug diese Menge 17.365 m³ (2010: 20.666 m³).

In der kaufmännischen und technischen Betriebsführung der Kläranlage Halle-Nord gab es im Jahr 2011 keine Probleme.

Die Betriebskosten auf der Kläranlage haben sich im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entsprechend der allgemeinen Preissteigerung leicht erhöht. Durch die Annahme von Sickerwasser aus der Deponie und Fäkalien aus dem Umland von Halle werden die Einnahmen erhöht und damit die Wirtschaftlichkeit des Klärwerkes verbessert. Ein Vergleich mit anderen Abwasserreinigungsanlagen dieser Größenordnung zeigt, dass die Kläranlage Halle-Nord wirtschaftlich betrieben wird.

Die Betriebsführung wurde für die Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH für das Geschäftsjahr 2011 ordnungsgemäß erfüllt.

Besondere Vorkommnisse in der Betriebsführung sind im Verlauf des gesamten Geschäftsjahres nicht aufgetreten.

Der bestätigte Wirtschaftsplan des Jahres 2011 wurde eingehalten. Es wurde ein positives Ergebnis erzielt.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist Mitglied der IHK Halle und der Berufsgenossenschaft der Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM).

Auf der Grundlage des abgeschlossenen Betriebsführungsvertrages mit der Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG und dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der HWS wird sich das Aufgabengebiet der TELONON Abwasserbehandlung GmbH in den nächsten Jahren nicht ändern. Die Erweiterung der Geschäftsfelder ist nur in begrenztem Maße möglich.
Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht tätig.

Zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens gibt es keine Veränderung.

Das Jahresergebnis 2012 wird in ähnlicher Höhe wie im Jahr 2011 erwartet. Auch für das Jahr 2013 wird eine Entwicklung analog zu den Vorjahren erwartet.

WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	256

Gesellschafter:

	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	153	60,00
Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen der Duales System Deutschland AG wahrnehmen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Winter, Thomas
Handlungsbevollmächtigte:r	Günther, Peter

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzender	Misch, Werner	
stellv. Vorsitzender	Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 19.05.2011 stellv. Vorsitzender)
	Allner, Jürgen	(seit 28.07.2011)
	Böcker, Udo	
	Dr. Köck, Uwe-Volkmar	
	Hildebrandt, Roland	
	Krause, Johannes	
	Nebelung, Barbara	
	Neumann, Wolfram	
	Raab, Katja	
	Sieber, Olaf	
	Weiland, Mathias	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	0	0	0	0	1	0	0	0
Umlaufvermögen	780	100	788	100	805	99	-8	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	6	1	0	0
Bilanzsumme	**781**	**100**	**789**	**100**	**812**	**100**	**-8**	**-1**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	656	84	681	86	701	86	-25	-4
Rückstellungen	113	14	90	12	86	11	23	26
Verbindlichkeiten	12	2	18	2	25	3	-6	-33
Bilanzsumme	**781**	**100**	**789**	**100**	**812**	**100**	**-8**	**-1**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	209	206	297
sonstige betriebliche Erträge	4	37	46
Materialaufwand	80	76	151
Personalaufwand	22	19	26
Abschreibungen	0	1	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	97	106	79
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	5	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	20	46	82
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5	6	23
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	15	40	59
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	15	40	59

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,99	19,23	19,93	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,28	6,16	9,23	%
Cash-Flow:	15	40	60	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	106	121	172	T€
Personalaufwandsquote:	10,19	7,70	7,57	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,03	0,04	0,11	%
Eigenkapitalquote:	84,03	86,33	86,34	%
Fremdkapitalquote:	15,97	13,67	13,66	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	3.738,00	3.601,24	3.644,95	Mg

e) Lagebericht

Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 Prozent konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 Prozent ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 Prozent an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 Prozentpunkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 Prozent. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen: die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 Prozentpunkte auf 11,7 Prozent.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

In immer stärkerem Maße wird bei der Beurteilung der Erfassung von Sekundärrohstoffen die Einschätzung als Zukunftsressource gegeben. Sowohl auf Europaebene als auch auf Bundesebene ist derzeit eine intensive Diskussion um Ressourceneffizienz, Nachhaltigkeit und Rohstoffversorgung auf der politischen Agenda. Am einprägsamsten war im abgelaufenen Jahr 2011 die Umgestaltung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu verfolgen.

In diesem Sinn spezialisierte sich die WER Halle GmbH in den vergangenen Jahren auf dem Gebiet der Getrenntglaserfassung im Rahmen eines Rücknahmesystems gemäß § 6 Abs. 3 der Verpackungsverordnung. Denn somit beginnt das effiziente Recycling und kann anschließend einen bedeutenden Beitrag zum Umweltschutz leisten. Neueste Datenanalysen bescheinigen dem Glas-Recycling einen weitestgehend geschlossenen Kreislauf, welcher durch die durchschnittlich 60 Prozent der Altglasverwertung bei Neuverpackungen zum Ausdruck kommt. Das bundesweite komplexe Sammel- und Rücknahmesystem wird von nahezu 97 Prozent aller Haushalte genutzt. Insgesamt beträgt die Erfassungsmenge von Altglas in Deutschland jährlich bei zirka 2 Millionen Tonnen.

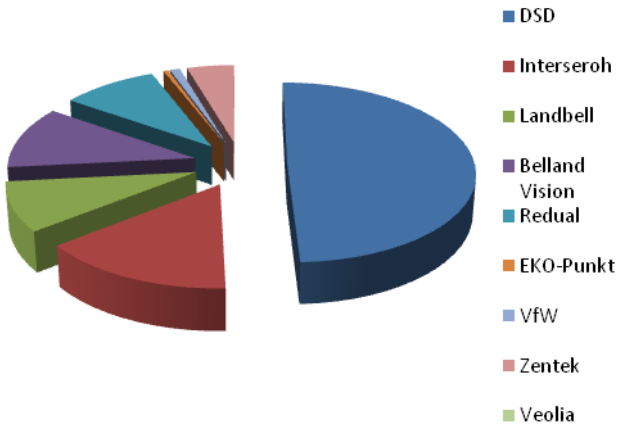
Das Kerngeschäft der WER Halle GmbH liegt in der Erfassung der Altglasmengen in der Stadt Halle (Saale). Dabei ist der Unternehmenserfolg wesentlich vom Verbraucherverhalten der Bürgerinnen und Bürger abhängig. Im Jahr 2011 konnte die sich im Vorjahr abzeichnende Trendwende Bestätigung finden. In den Sammelbehältern des Unternehmens werden zunehmend höhere Erfassungsquoten erreicht. Durch die zunehmende Konsequenz bei der Abfalltrennung in den Haushalten konnten die Altglasmengen gesteigert werden. Zwar ist damit nur eine geringfügige Umsatzsteigerung verbunden, aber dennoch kann die höhere Tonnage die erweiterten Unternehmensziele wie Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit eindeutig belegen.

Bei der konstanten Umsetzung des Leistungsauftrages steht für die WER Halle GmbH stets die allgemeine Kundenzufriedenheit im Vordergrund. Dabei betrachtet die Gesellschaft ihre Sichtweise nicht nur auf die vertraglich gebundenen Systembetreiber, sondern erweitert den Kundenkreis auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale), welche die eigentlichen Leistungsempfänger sind. Permanent steht für das Unternehmen die Wahrung der Entsorgungssicherheit auf einem qualitativ hohen Niveau im Blickpunkt, wo strikte Termintreue, kurze Reaktionszeiten auf Kundenanfragen und eine besonders niedrige Reklamationsrate als direkter Gradmesser dienen. Gegenüber den Systembetreibern muss eine kontinuierliche, fehlerfreie und insbesondere unverzügliche Datenmeldung erfolgen. Alle diese Parameter konnte die WER Halle GmbH im vergangenen Jahr erfüllen und schließt deshalb mit Zufriedenheit ein bewegtes Geschäftsjahr 2011 ab.

Zu den bisherigen bundesweit agierenden Systembetreibern, welche alle in Sachsen-Anhalt lizenziert sind, kam im dritten Quartal 2011 ein neuer Geschäftspartner hinzu. Mit Wirkung vom 19.10.2011 hat die RKD - Recycling Kontor Dual GmbH & Co. KG einen Leistungsvertrag mit der WER Halle GmbH geschlossen und strebt somit die Mitnutzung des umfangreichen Sammelsystems für Altglas in der Stadt Halle (Saale) an. Nach letzten Abstimmungen mit dem neuen Kunden ist mit der operativen Geschäftstätigkeit in unserem Bundesland ab dem zweiten Quartal 2012 zu rechnen.

Zudem zählen mit der DSD GmbH, der EKO-Punkt GmbH, der Landbell AG, der ISD Interseroh Dienstleistungs GmbH, der Belland Vision GmbH, der Redual GmbH, der Zentek GmbH, der VfW und der Veolia nun insgesamt zehn Systembetreiber zu den Auftraggebern der Gesellschaft. Im abgelaufenen Jahr entwickelten sich die Mengenströme der einzelnen Partner unterschiedlich. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Gesamttonnage des Jahres 2011 verteilt auf die einzelnen Vertragsgeber.

Systempartner	**Jahrestonnage**
DSD	1.846,7 Mg
Interseroh	562,4 Mg
Landbell	333,7 Mg
Belland Vision	421,3 Mg
Redual	348,8 Mg
EKO-Punkt	17,4 Mg
VfW	36,5 Mg
Zentek	171,2 Mg
Veolia	0,0 Mg
Summe	**3.738,0 Mg**



Veränderungen in der Gesellschaft

Das Ende des Leistungsjahres 2011 stellt zugleich die Halbzeit des laufenden Vertragszeitraumes 2010 - 2013 dar. Die Glaserfassung im Rahmen des dualen Systems konnte somit seit Anbeginn, anfangs durch Vertragsverhandlungen später durch die wettbewerbliche Vergabe, fortwährend gesichert werden. Ein langjähriges konstantes Vertragsverhältnis ist in dem stark umkämpften Markt der Abfallsammelleistungen eine große Ausnahme und zeigt zugleich die starke Position der Gesellschaft.

Wesentlicher Erfolgsfaktor ist dabei die konsequente Anpassung der Entsorgung an die vorhandenen Erfassungsmengen. Trotz sinkender Einwohnerzahl konnte im Jahr 2011 eine Sammelmenge von 3.738 Tonnen erreicht werden. Diese Mehrmenge gegenüber dem Vorjahr um 137 Tonnen ist bei einer Steigerung um nahezu 4 Prozent auf das bessere Trennverhalten der Bevölkerung zurückzuführen. Dennoch bleibt die Aufgabe für das Unternehmen die permanente Optimierung der operativen Leistung fortzusetzen, um auch zukünftig die Konkurrenzfähigkeit bei anstehenden Ausschreibungen beweisen zu können.

Ein zweiter Erfolgsfaktor sind die ca. 1.300 Depotcontainer, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung aufgestellt sind. Diese überaus große Anzahl stellt bei einer Vertragslaufzeit von vier Jahren für die Konkurrenzunternehmen eine zusätzliche Aufwandsposition dar. Dieser Umstand hindert die WER Halle GmbH wiederum an der regionalen Erweiterung des Leistungsauftrages.

Nach der Sammelleistung im Stadtgebiet erfolgt entlang der Stoffstromkette die Aufbereitung beziehungsweise die Verwertung der Glasmengen. Da die Verwertungsleistungen im Jahresrhythmus vakant sind, haben sich auch zu Beginn des Jahres 2011 die Verwertungswege geändert. Positiv kann von der WER Halle GmbH bewertet werden, dass die regional günstig gelegene Verwertungsgesellschaft Rhenus Recycling Ost GmbH & Co. KG in Bennstedt (Saalekreis) die Gesamttonnage der Verwertungsmenge gegenüber dem Vorjahr behaupten konnte. Weiterhin ist die WER Halle GmbH mit der direkten Anlieferung aus dem Sammelgebiet zum Verwerter beauftragt. Aus logistikoptimalen Gründen können dabei Regiefahrten eingespart und Lagerflächen reduziert werden. Diese Argumente bestimmen die nunmehr achtjährige erfolgreiche Leistungsbeziehung der beiden Unternehmen.

Berichte über wichtige Projekte und Vorhaben

Nach Ende der Winterperiode startete unmittelbar das bereits im Vorjahr initiierte Projekt zur Verbesserung des Unternehmensimage. Die Depotcontainer wurden größtenteils einer Behälterwäsche unterzogen, um die hygienischen Anforderungen insbesondere hoch frequentierter Standplätze zu sichern. Weiterhin wurden 63 stark beschädigte Behälter vom Stadtbild entfernt und durch vollständig sanierte Behälter ausgetauscht. Für das verbesserte Erscheinungsbild der Sammelbehälter wurden die Nutzungsinformationen erneuert. Mit Behagen nimmt dabei die Gesellschaft die Resonanz in Bevölkerung war und plant die Fortsetzung der Maßnahme. Witterungsbedingt haben sich die Aktivitäten zum Ende des Jahres reduziert, so dass ein Großteil von anstehenden Sanierungen in das Jahr 2012 verlegt werden musste, um weiterhin das ansprechende Erscheinungsbild und die unfalltechnische Unbedenklichkeit zu garantieren. Für den Abschluss der Maßnahme sind TEUR 25 notwendig.

Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. So sind im Jahr 2011 zwei zusätzliche Standplätze im Stadtgebiet entstanden, so dass die Gesamtzahl nunmehr 314 Standplätze beträgt.

Zertifizierung

Die turnusmäßige externe Zertifizierung des Entsorgungsfachbetriebes wurde im Februar erfolgreich durchgeführt. Am 23. Februar 2011 stellte sich die WER Halle GmbH der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland, um somit ihren hohen Qualitätsanspruch zu beweisen und sich gleichfalls für die Fortentwicklung der Gesellschaft zu rüsten.

Risikomanagement

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf einem aktuellen Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

Wirtschaftliche Lage

Einzig die mengenabhängigen Transportleistungen konnten sich mit einer Steigerung von 14,5 Prozent überproportional entwickeln. Die Umsätze für die Sammelleistungen haben sich auf Grund der Verschiebung von Mengenanteilen unter den einzelnen Auftraggebern im Vergleich zum Vorjahr verschoben. Insgesamt bestätigen die Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 209 das Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 4 ergänzen die Gesamtleistung nur in geringem Umfang. Hauptsächlich ist der Rückgang der Erträge auf wesentlich geringere Beträge aus der Auflösung von Rückstellungen begründet und spiegelt gleichzeitig die Entwicklung der Gesamtleistung von TEUR 243 im Vorjahr auf TEUR 213 im Jahr 2011 wieder. Parallel zu den mengenabhängigen Umsätzen entwickelten sich die variablen Aufwendungen für die Sammel- und die Transportleistungen auf einen Wert von TEUR 80. Beide vorgenannten Aspekte der Kostenrechnung münden in die Darstellung des Deckungsbeitrages in Höhe von TEUR 133. Gegenüber dem Vorjahr stellt die Reduzierung von TEUR 33 eine Entwicklung von -20,0 Prozent dar.

Die Personalkosten von TEUR 22, die Abschreibungen von TEUR 1 und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR 97 beschreiben die Fixkosten des Unternehmens. Zusammen betrachtet entwickeln sich die fixen Aufwandspositionen von TEUR 125 im Vorjahr auf TEUR 119 im Jahr 2011 und stellen sich somit 5,3 Prozent positiver dar. Fortsetzung findet die vorteilhafte Entwicklung für die Gesellschaft in höheren Zinserträgen auf Grund des leichten Fortschritts am Kapitalmarkt, so dass ein Finanzergebnis von TEUR 6 ausgewiesen wird.

Unter Berücksichtigung der Steuerzahlungen auf Einkommen und Ertrag erwirtschaftete die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2011 ein Ergebnis von TEUR 14. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieses ein Rückschritt, welcher aber vornehmlich durch die oben genannte Auflösung von Rückstellungen begründet ist. Mit dem Ergebnis stellt das Unternehmen trotz eindimensionaler Leistungsausrichtung erneut seine Wirtschaftskraft unter Beweis und erfüllt damit die gesteckten Ziele, denn bei einem geplanten Ergebnis nach Steuern von TEUR 3 fällt die Beurteilung deutlich aus.

Da sich die Bilanzsumme insgesamt von TEUR 789 aus 2010 auf einen Wert 2011 von TEUR 781 marginal entwickelte, können nur wenige Veränderungen kommentiert werden. Einer linearen Entwicklung des Anlagevermögens steht eine Zunahme des Kundenforderungsbestandes gegenüber. Gegenläufig stellen sich die Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus der weiterhin komfortablen Liquidität von TEUR 716 im Cash Pool dar. Zum Vorjahr TEUR 732 liegt die Bewegung von TEUR 16 hauptsächlich in der Ausschüttung des Ergebnisses an die Gesellschafter.

Trotz des rückläufigen Jahresergebnisses besitzt die WER Halle GmbH mit TEUR 656 eine hervorragende Eigenkapitalausstattung, welche sich von TEUR 681 um TEUR 25 reduziert hat. Zur Erhöhung der Rückstellungen über das notwendige Maß der allgemeinen unternehmerischen Verpflichtungen hinaus trägt die unumgängliche Sicherung von relevanten Risiken bei. Verbindlichkeiten von TEUR 11, gegenüber TEUR 17 im Vorjahr ergänzen die Bilanzdarstellung.

Personal

Zum 31. Dezember 2011 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,2 Vollzeitbeschäftigteneinheiten und entspricht damit dem Plan. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung geplant ist, beschränkt sich der Personaleinsatz auf die administrativen Tätigkeiten.

Branchen- und Unternehmensausblick

Die Fortsetzung der Geschäftstätigkeit ist mit der Vertragslaufzeit bis zum 31. Dezember 2013 gesichert. Ebenfalls findet die bewährte Vergabe der operativen Tätigkeiten im Berichtsjahr 2012 ihre Fortsetzung und der Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH ist für die Sammel- und Transportleistungen gebunden. Dementsprechend ist das Investitionsvolumen des Unternehmens diesen Überlegungen angepasst und für das Geschäftsjahr 2012 keine Erweiterung der Sachanlagen geplant.

Für die Gesellschaft liegt das Hauptaugenmerk auf der frist- und vertragsgerechten Umsetzung der Verträge. Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die WER Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen und ist mit der Optimierung der bestehenden Standplätze beziehungsweise deren Entsorgung beschäftigt. Damit soll die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) gefestigt oder gar gesteigert werden.

Eine im Jahr 2011 begonnene Compliance-Risikoanalyse soll im Jahr 2012 in einem konzernweiten Compliance-Management-System fortgeführt werden. Die WER Halle GmbH unterstützt dabei die Bestrebungen der Konzernholding und will damit entschieden der Wirtschaftskriminalität entgegen treten.

Für das Geschäftsjahr 2012 plant die WER Wertstofferfassung & Recycling Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von TEUR 3. Auch für das Jahr 2013 wird eine ähnliche Entwicklung erwartet.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Liebenauer Straße 130 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	26

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Gaudig, Lutz

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzender	Misch, Werner	
stellv. Vorsitzender	Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(seit 19.05.2011 stellv. Vorsitzender)
	Allner, Jürgen	(seit 28.07.2011)
	Böcker, Udo	
	Dr. Köck, Uwe-Volkmar	
	Hildebrandt, Roland	
	Krause, Johannes	
	Nebelung, Barbara	
	Neumann, Wolfram	
	Raab, Katja	
	Sieber, Olaf	
	Weiland, Mathias	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	239	21	238	24	222	25	1	0
Umlaufvermögen	866	77	755	74	654	72	111	15
Rechnungsabgrenzungsposten	19	2	23	2	26	3	-4	-17
Bilanzsumme	**1.124**	**100**	**1.016**	**100**	**902**	**100**	**108**	**11**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	225	20	225	22	225	25	0	0
Rückstellungen	238	21	228	23	192	21	10	4
Verbindlichkeiten	661	59	563	55	485	54	98	17
Bilanzsumme	**1.124**	**100**	**1.016**	**100**	**902**	**100**	**108**	**11**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.761	3.952	3.811
sonstige betriebliche Erträge	174	110	101
Materialaufwand	2.021	1.277	1.191
Personalaufwand	2.074	2.023	2.001
Abschreibungen	61	56	56
sonstige betriebliche Aufwendungen	423	346	329
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	357	360	336
außerordentliche Aufwendungen		2	
außerordentliches Ergebnis		-2	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	-0	-0
sonstige Steuern	7	7	7
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	350	351	329
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,35	8,89	8,64	%
Eigenkapitalrentabilität:	155,89	156,39	146,59	%
Cash-Flow:	411	407	385	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	87	75	71	T€
Personalaufwandsquote:	42,03	49,80	51,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	21,24	23,46	24,58	%
Eigenkapitalquote:	19,98	22,10	24,91	%
Fremdkapitalquote:	80,02	77,90	75,09	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	9.993,00	8.728,00	10.150,00	Anzahl
Jahresstichtagsablesungen	9.455,00	8.813,00	10.700,00	Anzahl
operativer Zählerwechsel	1.200,00	899,00	1.140,00	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	7.960,00	8.049,00	8.450,00	Anzahl

e) Lagebericht

1 Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 % konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 % ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 % gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 % an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 %-Punkte auf 7,1 %. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 %-Punkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 %. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen: die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 %-Punkte auf 11,7 %.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit dem Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet.

Sie ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) und nahm am 1. Januar 1999 ihre operative Tätigkeit mit einem Meister und 9 gewerblichen Mitarbeitern der ehemaligen Zählerwerkstatt der Hallesche Wasser und Abwasser GmbH (HWA) auf. Am 1. Juli 2000 stellte die W + H 15 ehemalige Mitarbeiter der Energie- und Haustechnik GmbH ein. Entsprechend einer Vereinbarung vom 1. Dezember 2003 wurden, beginnend mit dem 1. Dezember 2003, stufenweise 14 Mitarbeiter der HWA übernommen. Am 1. Dezember 2003 und am 1. März 2004 übernahm die W + H jeweils 6 Mitarbeiter der HWA, nunmehr HWS.

Der Sitz der Gesellschaft ist:	Liebenauer Str. 130 06110 Halle (Saale)
Niederlassungen:	Lange Str. 17 06110 Halle (Saale) Harzgeroder Str. 57 06124 Halle (Saale) Kaiserslauterer Str. 06132 Halle (Saale)
Gegenstand:	Beschaffung, Eichung und Prüfung sowie Installation und Wechsel von Haus- und Wohnungswasserzählern. Die Gesellschaft kann ferner Wasserzählerdaten erfassen, aufbereiten und an den Wasserversorger übermitteln. Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparaturen von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Die HWS und die W + H haben mit Wirkung vom 1. Januar 2000 für einen Zeitraum von fünf Jahren einen Rahmenvertrag über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS abgeschlossen. Der Rahmenvertrag wurde im Jahr 2003 neu gefasst. Mit Datum vom 20. Dezember 2005 wurde einer Verlängerung des Rahmenvertrages bis zum 31. Dezember 2011 zugestimmt.

Entsprechend der Vereinbarung vom 25. Juni / 4. Juli 2003 zwischen der HWS und der W + H wurden die mit der Bewirtschaftung der Standrohre verbundenen Geschäftsaktivitäten ab 1. Juli 2003 auf unbestimmte Zeit von der HWS auf die W + H übertragen.

Gemäß dem am 11. Dezember 2003 zwischen HWS und W + H unterzeichneten Rahmenvertrag erstellt die W + H für die HWS ab 1. Januar 2004 auch Trinkwasser-hausanschlüsse.

Zwischen der W + H und der HWS besteht seit dem 1. Januar 1999 auf unbestimmte Zeit ein Dienstleistungsvertrag über die kaufmännische Betriebsführung der W + H. Dieser Vertrag wurde im Jahr 2003 neu gefasst und stetig fortgeschrieben.

Seit dem 13. Oktober 2006 ist die W + H als DVGW Fachunternehmen Gruppe W3:pe Wasserleitungen zertifiziert.

Am 8. April 1999 erfolgte die Eintragung in die Handwerksrolle als Installateur und Heizungsbauer. Dadurch ist das Unternehmen in die Lage versetzt worden, seine Leistungen auch gegenüber Drittkunden anzubieten.

Die Geschäftsfelder der W + H, Bewirtschaftung der Hauptsammelkanäle der Stadt Halle (Saale), die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH GmbH und einer Reihe von Wohnungsunternehmen, Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung sowie Tief- und Rohrleitungsbau wurden auch im Geschäftsjahr 2011 erfolgreich weiterentwickelt.

Im Mai 2010 wurde mit der Bäder Halle GmbH (BHG) ein Betriebsführungsvertrag geschlossen, der im August 2010 präzisiert und neu gefasst wurde. Dieser Vertrag beinhaltet die Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der technischen Anlagen der BHG. Die Koordinierung aller Maßnahmen sowie der Techniker der BHG erfolgt ebenfalls über die W + H. Dieses Vertragsverhältnis wurde auch im Jahr 2011 fortgesetzt.

Im Jahr 2011 gelang es der W+H eine Reihe von Aufträgen aus dem Investitionsgeschehen der BHG realisieren zu können.

Das Risikomanagement der W + H ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH integriert.

2 Geschäftsverlauf und Geschäftslage

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit 2011

- Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS (49.966 Stück)
  ca. 7.960 Stück turnusmäßiger Zählerwechsel
  ca. 1.200 Stück operative Zählerwechsel

- Regenerierung von Großwasserzählern
  Qn 15 – Qn 150
  (71 Stück)

- Bewirtschaftung des Standrohrbestandes der HWS

- Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60 für die HWS
  (9.993 Stück)

- Befundprüfung von Wasserzählern
  (132 Stück)

- Installationsleistungen Wasser für Drittkunden (Kundenanlagen)

- Jahresstichtagsablesung von 9.455 Zählern November / Dezember für die HWS

- Bewirtschaftung von ca. 7.067 Stück Zählern für Abwassergebührenminderung der HWS

- Sammelkanal Bewirtschaftung

- Fernwärmeservice Neubau (21 HAST, 19 Übergabestellen, 1 Primär-Anschluss, 5 WÜST-Umbau, WWZ 38, Heizungs-Umbau 1, 11 Umbau Messstrecke, 1 Strangsanierung, 1 Umbau WW-Modul)

- Fernwärmeservice Bewirtschaftung (705 HAST)

- Installationsleistungen Warmwasser / Heizung für Drittkunden (Kundenanlagen)

- Errichtung von Hausanschlüssen Wasser sowie Realisierung von Kleininvestitionen im Bereich Wassernetze im Auftrag der HWS

- Koordinierung bzw. Durchführung von Instandhaltungsmaßnahmen der Bäder Halle GmbH

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Gegenüber 2010 sind die Umsatzerlöse um TEUR 809 auf TEUR 4.761 gestiegen.

Die Umsatzsteigerung im Geschäftsjahr 2011 resultiert insbesondere aus zusätzlich erbrachten Leistungen im Zusammenhang mit der Sanierung des Nordbades (z.B. Beckenverrohrung, sanitärtechnische Anlagen im Kiosk, Solaranlagen zur Beckenbeheizung sowie Verlegung einer Trinkwasserleitung), die sich insbesondere in den Sparten Wasser und Bäderbewirtschaftung widerspiegeln.

Die Umsatzerlöse mit Dritten betrugen TEUR 1.581 und lagen damit um TEUR 310 über dem Vorjahresniveau.

Investitionen

Im Jahr 2011 wurden Investitionen (insgesamt TEUR 61) vor allem in mobile Technik und Ausrüstungen getätigt.

Finanzlage der Gesellschaft

Im Jahr 2011 konnte ein Jahresergebnis von TEUR 350 erwirtschaftet werden. Dieses Ergebnis wird in voller Höhe an die HWS abgeführt.

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 513 (Vj.: TEUR 394). Der kurzfristige Liquiditätsstatus (kurzfristige Aktiva - kurzfristige Schulden) hat sich im Vorjahr um TEUR 3 auf TEUR -15 verbessert.

Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben.

Personal

Im Jahr 2011 trat keine Tariferhöhung in Kraft.

3 Nachtrags- und Prognosebericht

Das positive Jahresergebnis 2011 zeigt, dass die Geschäftstätigkeit der W + H im Jahr 2011 erfolgreich war.

Um die positive Geschäftsentwicklung auch im Jahr 2012 und in den folgenden Jahren fortzusetzen, muss sich das Unternehmen weiter stabilisieren und auf dem Markt expandieren. Dafür sollen die Aktivitäten im Bereich Haustechnik, aber vor allem im Bereich der Bäderlandschaft weiter verstärkt werden.

Zur Stabilisierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft trägt weiterhin der im Dezember 2005 verlängerte Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W+H über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS bei. Das Ende der Vertragslaufzeit wurde auf den 31. Dezember 2011 festgesetzt. Hier sind im Jahr 2011 Verhandlungen mit der HWS zur Weiterführung des Vertrages aufgenommen worden mit dem Ziel, dass die Vertragslaufzeit um weitere 6 Jahre bis zum 31.12.2017 verlängert wird.

Um die bis zum heutigen Zeitpunkt entwickelte Leistungsfähigkeit der Gesellschaft weiter zu verbessern und sich weiterhin am Markt zu behaupten, wurde der am 11. November 1999 zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der W + H und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste – Transport und Verkehr – Kreisverwaltung Halle (Saale) abgeschlossene Tarifvertrag mit den wesentlichen Bestandteilen der leistungsbezogenen Entlohnung (80 % bis 110 %), flexibler Arbeitszeitregelung sowie einer Jahressonder-zahlung für jeden Mitarbeiter bei Übererfüllung der Planvorgaben geändert. Mit Wirkung vom 1. Januar 2006 wurde mit der Ver.di ein neuer Tarifvertrag geschlossen. Ab diesem Zeitpunkt gilt eine einheitliche Vergütungstabelle ohne automatische Steigerungs-möglichkeiten aufgrund der Betriebszugehörigkeit sowie eine geänderte leistungsbezogene Entlohnung (80 % bis 115 %). Mit Wirkung zum 1. Januar 2009 trat ein neuer Änderungsvertrag mit Ver.di in Kraft, der eine Tarifsteigerung von 5 % für 2009 und 2,7 % für 2010 vorsah.
Im 4. Quartal 2011 wurden mit ver.di Verhandlungen bezüglich eines neuen Tarifvertrages aufgenommen. Der neue Tarifvertrag soll eine zweijährige Laufzeit haben und zum 01.01.2012 beginnen.

Für das Jahr 2012 ist ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 350 geplant. Auch für das Jahr 2013 wird eine analoge Entwicklung erwartet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ereignet.

4 Risikobericht

Bestandsgefährdende Risiken oder sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage liegen zurzeit nicht vor.

3.3 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Flugplatz 12 06188 Landsberg, OT Oppin
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	1.000

Gesellschafter:

	T€	%
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg, OT Oppin	14	1,40
Gemeinde Petersberg, OT Brachstedt	6	0,60

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Ausbau des Flugplatzes Halle/Oppin.

Öffentlicher Zweck:

Flughäfen sind Dreh- und Angelpunkte der Logistik. Alle größeren Unternehmen im Gemeindegebiet sind auf die Frachtmöglichkeiten angewiesen. Der öffentliche Zweck ist daher in der Standortsicherung und der Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Scherbel, Renate	
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Kleine, Gabriele	(seit 08.12.2011 Vorsitzende)
	Vorsitzender	Dr. Pohlack, Thomas	(bis 31.07.2011)
	stellv. Vorsitzender	Neumann, Wolfram	(seit 01.08.2011, seit 08.12.2011 stellv. Vorsitzender)
		Bauersfeld, Martin	
		Bichoel, Knut	
		Eigenwillig, Steffen	
		Frischmuth, Bernd	
		Krause, Hans-Jürgen	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

Aufsichtsrat: Müller, Peter
Nölle, Ludger

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	2011 %	2010 T€	2010 %	2009 T€	2009 %	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	Veränderungen 2011 zu 2010 %
Anlagevermögen	1.983	89	2.044	92	2.070	94	-61	-3
Umlaufvermögen	240	11	187	8	130	6	53	28
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0	3	0	1	0	3	100
Bilanzsumme	**2.229**	**100**	**2.234**	**100**	**2.201**	**100**	**-5**	**0**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	959	43	905	41	214	10	54	6
Sonderposten mit Rücklagenanteil					711	32		
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	201	9	219	10	194	9	-18	-8
Rückstellungen	19	1	19	1	18	1	0	0
Verbindlichkeiten	982	44	1.033	46	1.061	48	-51	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	3	0	3	0	0	0
Passive latente Steuern	65	3	55	2			10	18
Bilanzsumme	**2.229**	**100**	**2.234**	**100**	**2.201**	**100**	**-5**	**0**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	590	577	567
andere aktivierte Eigenleistungen	3	10	10
sonstige betriebliche Erträge	92	100	114
Personalaufwand	241	249	247
Abschreibungen	86	84	109
sonstige betriebliche Aufwendungen	243	262	183
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	45	51	53
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	70	41	101
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10	-5	
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	54	40	95
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	54	40	95

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,12	6,99	16,70	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,95	4,67	79,56	%
Cash-Flow:	140	124	204	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	86	86	86	T€
Personalaufwandsquote:	35,16	36,28	35,75	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,95	91,48	93,97	%
Eigenkapitalquote:	43,01	40,49	9,70	%
Fremdkapitalquote:	56,99	59,51	90,30	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Flugbewegungen	31.071,00	24.451,00	26.898,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	3,53	3,81	3,44	EUR
Kraftstoffverkauf	674.923,00	608.258,00	667.595,00	Liter

e) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Die Rolle der Allgemeinen Luftfahrt, mit den wichtigen Bestandteilen Geschäftsreiseflugverkehr, Luftrettung, Schul- und Transportflüge und Werkflugverkehr, kann für das Jahr 2011 am Verkehrslandeplatz Halle/Oppin weiterhin stabil eingeschätzt werden.
Angesichts zunehmender internationaler Verflechtungen gewinnt die schnelle Erreichbarkeit entfernter Ziele weiter an Bedeutung.

Erstmals seit Gründung der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin im Jahr 1990 überschritt die Zahl der Flugbewegungen im Jahr 2011 die 30.000-er Grenze und es wurden insgesamt 31.071 Flugbewegungen registriert.
Dieses überaus positive Ergebnis ist einerseits auf die stabile Entwicklung der am Flugplatz ansässigen Firmen zurück zu führen, andererseits war das Jahr 2011 flugwettermäßig – mit wenig anhaltenden Regenphasen - überdurchschnittlich gut.
Der Erlös pro Flugbewegung beträgt 3,53 Euro gegenüber 3,81 Euro im Jahr 2010, was eine Zunahme der Flugbewegungen im unteren Gebührenbereich bedeutet.
Die Steigerung der Flugbewegungszahlen führte natürlich auch zu einer Erhöhung der Kraftstoffverkäufe und damit der erhaltenen Provision.
So wurden insgesamt 674.923 l Kraftstoff umgesetzt woraus 58,1 T€ Provision resultieren.

Die Zusammenarbeit mit den am Flugplatz ansässigen Firmen wurde auch im Jahr 2011 konstruktiv und kontinuierlich fortgeführt um Stabilität auf beiden Seiten zu gewährleisten.

Verhandlungen mit der Firma Air Lloyd/MCO zum Grundstückskauf konnten 2011 erfolgreich abgeschlossen und mit Unterzeichnung des Notarvertrages beendet werden.
Die Firma Air Lloyd/MCO beabsichtigt auf dem erworbenen Grundstück im Jahr 2012 ein Verwaltungs- und Bürogebäude zu errichten.
Somit kann nicht nur eine zusätzliche Einnahme sondern auch die langfristige Bindung der Firma an den Flugplatz Halle/Oppin erreicht und auf lange Sicht mit steigenden Flugbewegungen und Kraftstofftankungen von dieser Firma gerechnet werden.
Da die rechtliche Wirksamkeit des Vertrages erst mit Zahlung des Kaufpreises (Eingang am 19.01.2012) eintritt sind im Jahresabschluss 2011 keine haushaltsrelevanten Auswirkungen enthalten.

2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Eine wichtige Einnahmequelle sind weiterhin die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien.
Mittels lang- und mittelfristiger Verträge sind die vorhandenen Objekte weitgehend vermietet bzw. verpachtet und sichern so eine relativ stabile Erlösposition.

Die Vermietung im Wohnblock gestaltete sich auch im Jahr 2011 problematisch. Unterjährig musste ein Leerstand zwischen 4 und 6 Wohnungen hingenommen werden was zu einem Mietausfall von ca. 10 T€ führt.
Ausgehend vom demografischen und wirtschaftlichen Wandel in den kommenden Jahren, wird damit gerechnet, dass künftig die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum wieder steigt.
Die am Flugplatz zurzeit leer stehenden Wohnungen werden nach und nach instandgesetzt, um bei einer Neuvermietung einen angemessenen Grundmietpreis zu erzielen.

Die ansässige Gaststätte „Schnitzel-Tower“ arbeitet weiter stabil und bringt dem Flugplatz einen regen Kundenzulauf.

Trotz steigender Energie- und Gaskosten sind im Jahr 2011 die Ausgaben in diesen Positionen niedriger. Dies ist auf die niedrigere Vermietung im Wohnblock, auf Sparsamkeit der Mieter und einen relativ milden Winter zum Ende des Jahres 2011 zurückzuführen.

Mit Unterstützung des Landesverwaltungsamtes, durch die Gewährung von Fördermitteln, konnte die Wintertechnik aufgerüstet und das alte Follow Me – Fahrzeug ersetzt werden.

Auf Grund der positiven finanziellen Entwicklung ist es im Jahr 2011 gelungen, die seit vielen Jahren anstehende Instandsetzung des Wartungshallendaches, zu realisieren.

Weitere, im Objekt dringend erforderliche, Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen werden mit viel Eigenleistung und entsprechend den finanziellen Möglichkeiten realisiert.

Die Tilgung der von den Gesellschaftern Stadt Halle und Saalekreis zum 30.09.2008 jeweils in Höhe von 60 T€ gewährten Darlehen verläuft kontinuierlich. Per 31.12.2011 waren insgesamt rund 108 T€ (von 120 T€) also 90 % getilgt. Im Laufe des Jahres 2012 wird die Tilgung dieser Darlehen planmäßig abgeschlossen.

Die Tilgung der übrigen 5 langfristigen Darlehen verläuft ebenfalls kontinuierlich, so dass Ende des Jahres 2017 der überwiegende Teil der Verbindlichkeiten getilgt ist, nur noch zwei Darlehen mit insgesamt rund TEUR 114 zu bedienen sind.

Die Entwicklung der Gesellschaft ist im Jahr 2011 weiter positiv verlaufen und so kann eingeschätzt werden, dass die liquide Situation ebenfalls entspannter ist.
Dennoch müssen auch weiterhin, Verbesserung der Umsatzerlöse und strengste Sparsamkeit oberstes Gebot in der täglichen Arbeit bleiben, damit die anstehenden Aufgaben gelöst und die positive Entwicklung stabil fortgeführt werden kann.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

Der mit der Firma Innoferm im Jahr 2010 geschlossene Nutzungsvertrag zur Belegung der vorhandenen Dachflächen mit Fotovoltaikanlagen wurde wegen Nichtumsetzung vertragsgemäß im September 2011 von der Flugplatzgesellschaft gekündigt.

Weitere vorliegende Angebote von Fotovoltaik-Firmen haben einer Prüfung nicht Stand gehalten, wurden wegen mangelnder Vertragsinhalte und Bedenken, ob Ertrag und Risiko von Fotovoltaik auf Dachanlagen in einem sinnvollen Verhältnis stehen, abgelehnt.

Auch im Jahr 2011 gab es Anfragen bezüglich Hallenabstellplätze.
Aufsichtsrat und Gesellschafter haben sich deshalb in einer ihrer Sitzungen nochmals mit der Situation beschäftigt und die Geschäftsführung beauftragt im Jahr 2012 ein Projekt zur Errichtung einer Abstellhalle zu erarbeiten und der Gesellschafterversammlung als Vorschlag zu unterbreiten.

Hinsichtlich der Personalstruktur gab es keine Veränderungen.
Wegen längerfristiger Erkrankung der Geschäftsführerin wurde die Sachbearbeiterin für diesen Zeitraum vollbeschäftigt, statt bisher 6 Stunden tägliche Arbeitszeit.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung mit Ausnahme der Kaufpreiszahlung aus dem Grundstücksverkauf und der daraus resultierenden Gewinnrealisierung lagen nach dem Abschlussstichtag nicht vor.

Hallesche Verkehrs-AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Freiimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)
Rechtsform:	AG
Stammkapital in T€:	51.200

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahn, Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.)

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Technischer Vorstand:		Pietsch, René
Kaufmännischer Vorstand:		Girard, François
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert
	stellv. Vorsitzender	Richter, Ulrich
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter
		Haupt, Hanna
		Heft, Frank Uwe
		Menn, Christoph
		Philipp, Lothar
		Sänger, Frank
		Thielemann, Dirk

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	17	16	15

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
beka GmbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,95
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	15	51,00
Saalebus GmbH	13	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00
mittelbar	**T€**	**%**
beka ebusiness GmbH	1	0,50
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1	0,87

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	312.036	93	311.654	92	308.141	97	382	0
Umlaufvermögen	23.664	7	26.950	8	10.449	3	-3.286	-12
Rechnungsabgrenzungsposten	184	0	251	0	351	0	-67	-27
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	303	0	192	0			111	58
Bilanzsumme	**336.187**	**100**	**339.047**	**100**	**318.941**	**100**	**-2.860**	**-1**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	83.583	25	83.583	25	83.583	26	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	200.639	60	200.858	59	199.112	63	-219	0
Rückstellungen	15.521	5	18.051	5	7.147	2	-2.530	-14
Verbindlichkeiten	31.088	9	31.906	10	21.904	7	-818	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	5.356	1	4.649	1	7.195	2	707	15
Bilanzsumme	**336.187**	**100**	**339.047**	**100**	**318.941**	**100**	**-2.860**	**-1**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	38.514	36.575	37.270
andere aktivierte Eigenleistungen	310	253	143
sonstige betriebliche Erträge	12.551	11.683[2)]	12.241
Materialaufwand	25.198	24.621	25.230
Personalaufwand	29.788	30.350	30.102
Abschreibungen	7.896	9.500	8.744
Zuschüsse Gesellschafter	24.082	25.342	23.492
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.306	11.919[3)]	8.422
Erträge aus Beteiligungen	0	0	13
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	141	141	174
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	65	1.055[4)]	49
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.409[1)]	772	677
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.066	-2.113	207
außerordentliche Erträge		85	
außerordentliche Aufwendungen		9.421[5)]	
außerordentliches Ergebnis		-9.336	
sonstige Steuern	66	59	67
Erträge aus Verlustübernahmen		11.508	
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	3.000	0	140
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

[1)] inkl. Aufwand aus Aufzinsung für Restrukturierungsmaßnahmen und Drohverlustrückstellung Tiefgarage Charlottencenter (2011: 508 T€)

[2)] inkl. Erträge aus vorzeitiger Auflösung der Crossing-Border-Leasingtransaktion (2010: 1.091 T€)

[3)] inkl. Drohverlustrückstellung Tiefgarage Charlottencenter (2010: 3.336 T€)

[4)] inkl. Erträge aus der Aufzinsung für Restrukturierungsmaßnahmen und Drohverlustrückstellung Tiefgarage Charlottencenter (2010: 1.035 T€)

[5)] inkl. Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen (2010: 9.200 T€)

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,79	-31,47	0,38	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,59	-13,77	0,17	%
Cash-Flow:	10.896	-2.008	8.884	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	68	62	62	T€
Personalaufwandsquote:	57,98	62,56	60,62	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,49	90,68	94,75	%
Eigenkapitalquote:	24,86	24,65	26,21	%
Fremdkapitalquote:	75,14	75,35	73,79	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Beförderte Personen	53.538,39	55.565,76	54.840,72	in 1.000
Fahrplan-km	8.999,78	9.308,00	9.363,51	in 1.000
Nutz-Wagen-km	10.811,85	11.121,52	11.203,40	in 1.000
Personen-km	331,15	343,21	342,10	in Mio.
Platz-km	1.300,19	1.327,05	1.327,92	in Mio.

e) Lagebericht

1. Geschäftstätigkeit

a) Rahmenbedingungen - Wirtschaftliches Umfeld

Der mit der Stadt Halle (Saale) und der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH (VVV) (durch Verschmelzung mit der Stadtwerke Halle GmbH seit 21.09.2009 Stadtwerke Halle GmbH) bis zum Jahr 2012 fortgeschriebene Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag (VBFV), welcher die Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) weiter untersetzt und die Finanzierung des von der HAVAG durchgeführten ÖPNV unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen gemäß der vier Kriterien des EuGH-Urteils in der Rechtssache Altmark Trans regelt, bildete auch im Jahr 2011 eine wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die am 03. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, wurde ein neuer Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen. Während die beihilferechtlichen Vorgaben der neuen Verordnung ab sofort anzuwenden sind, gilt bei der Vergabe eine Übergangsphase bis maximal 2019. Während dieses Übergangszeitraumes müssen die Mitgliedsstaaten Maßnahmen treffen, um die Regelungen zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge schrittweise anzuwenden und umzusetzen. Der deutsche Gesetzgeber hat das deutsche Personenbeförderungsrecht bisher nicht der neuen Verordnung (EG) 1370/2007 angepasst. Damit ist die Rechtsanwendung erschwert und teilweise ungeklärt.

Der VBFV fällt unter die Bestandsschutzregelung gemäß Artikel 8 (3) der EG-Verordnung.

Die Vertragsinhalte des VBFV entsprechen den Anforderungen der neuen Verordnung (EG) 1370/2007. Das Verfahren zur Gewährung von Ausgleichsleistungen muss gemäß Anhang Punkt 7 einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung mit ausreichend hoher Qualität der Verkehrsleistung bieten. Durch die Erfüllung der vier anspruchsvollen Altmark-Trans-Kriterien stellt die HAVAG die Einhaltung der beihilferechtlichen Anforderungen sicher.

Die HAVAG konnte den im Rahmen der Trennungsrechnung ermittelten Betriebskostenzuschuss im Jahr 2011 gegenüber 2010 um T € 1.260,9 auf T € 24.081,6 reduzieren. Darüber hinaus wurde im Jahr 2011 gegenüber der Planung eine Ersparnis von T € 3.000,2 erwirtschaftet, welche gemäß Gewinnabführungsvertag an die Stadtwerke Halle GmbH abgeführt wird.

Von wesentlicher Bedeutung ist dabei, dass die im VBFV für das Jahr 2011 vereinbarten Sollkosten, die denen eines „durchschnittlich gut geführten“ Unternehmens gemäß des 4. Kriteriums des EuGH-Urteils vom 24.07.2003 entsprechen, im Ist deutlich unterschritten wurden.

Von wesentlicher existentieller Bedeutung für die HAVAG war außerdem die Neuerteilung der Bus-Konzessionen (im Rahmen eines Genehmigungswettbewerbes) für das „Linienbündel II Halle-Ost“ für den Zeitraum 01.01.2013 – 31.12.2020.

Mit der vom Bundestag und Bundesrat beschlossenen Öffnungsklausel zum § 45a PBefG wurde den Ländern die Befugnis erteilt, die Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr nach eigenem Ermessen, abweichend von den bestehenden Regelungen im § 45a PBefG zu regeln.

Das Land Sachsen-Anhalt hat diesbezüglich zum 01.01.2011 die Neufassung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr des Landes Sachsen-Anhalt (ÖPNVG LSA) in kraft gesetzt. Gemäß § 9 ÖPNVG LSA erhält die Stadt Halle (Saale) vom Land Sachsen-Anhalt Mittel zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs in Höhe von € 3,5 Mio. Ab dem Jahr 2014 wird die Höhe der Zuweisungen neu festgesetzt. Mit der am 27.04.2011 vom Stadtrat beschlossenen Ausgleichssatzung hat die Stadt Halle (Saale) gemäß § 9 (3) ÖPNVG LSA eine Rechtsgrundlage geschaffen, die eine offene, transparente und diskriminierungsfreie Ausreichung der vom Land zugewiesenen Mittel an die Verkehrsunternehmen gewährleistet und einen Rechtsanspruch der Verkehrsunternehmen begründet.

Die Hallesche Verkehrs-AG hat weitere Anteile an der OBS GmbH aus dem Verkauf von Geschäftsanteilen durch die Abellio GmbH erworben und ist seit dem 25.03.2011 nunmehr mit 51 % an der OBS GmbH beteiligt.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Beteiligungsunternehmens Servicegesellschaft Saale mbH verlief im Geschäftsjahr 2011 positiv. Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2010 verlief bei der OBS GmbH und der Saalebus GmbH zufriedenstellend.

b) Angebots- und Nachfrageentwicklung

Gegenüber dem Vorjahr ist für das Jahr 2011 eine Leistungsreduzierung im Straßenbahnbereich um -51,6 Tsd. Nutz-Zug-km (-0,9 %) bzw. um -53,0 Tsd. Nutz-Wagen-km (-0,7%) zu verzeichnen. Diese ist im Wesentlichen auf den Wegfall von Umleitungskilometern im Zusammenhang mit der Baustelle „Klausbrücke“ ab April 2011 zurückzuführen.

Der Rückgang der Nutz-Wagen-km im Busbereich gegenüber dem Jahr 2010 um -256,6 Tsd. (-7,2%) ist insbesondere mit den durchgeführten Angebotsoptimierungen zu begründen.

Im Geschäftsjahr 2011 ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang der Fahrgastzahlen um -2,0 Mio. auf 53,5 Mio zu verzeichnen, welcher im Wesentlichen wie folgt zu begründen ist:

- Beförderungsrückgänge aufgrund der veränderten Gültigkeit der Schülerzeitkarte ab September 2011 sowie der weiter sinkenden Anzahl von Auszubildenden (ca. -1,5 Mio),
- Wegfall einmaliger, witterungsbedingter Beförderungszuwächse des Vorjahres (ca. -0,6 Mio),
- Rückgang der Beförderung von Schwerbehinderten, Übersteigern sowie Nutzern der 9 Uhr-Monatskarte (insgesamt ca. -0,5 Mio).

Dem gegenüber stehen Fahrgastzuwächse (ca. +0,6 Mio) aufgrund der steigenden Anzahl der Studenten und des erhöhten Absatzes des Semestertickets.

Für die Erbringung der Leistungen im ÖPNV standen im Jahr 2011 durchschnittlich 178 Straßenbahntrieb- und -beiwagen sowie 62 Omnibusse (44 eigene und 18 Subunternehmerfahrzeuge) zur Verfügung.

c) Investitionstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2011 sind unter Verwendung von € 13,0 Mio Fördermitteln des Landes und des Bundes sowie Zuweisungen nach dem ÖPNV-Gesetz und Zuschüssen der Stadt Halle für Komplexmaßnahmen, investive Maßnahmen / Vorhaben in Höhe von € 21,3 Mio abgerechnet worden.

Der Investitionsplan der HAVAG mit einem bestätigten Gesamtaufwand von € 21,4 Mio wurde mit 99,6 % erfüllt.

2011 wurde die 2. Anzahlungsrate für den Kauf von 12 Niederflurstraßenbahnen des Typs MGTK realisiert. Damit wurden an den Auftragnehmer Bombardier bereits € 19,2 Mio (davon 2011 € 5,5 Mio) gegen Bürgschaft gezahlt. Neben den planmäßig verfügbaren Fördermitteln des Landes wurden von der Stadt Halle 2011 € 1,7 Mio aus ÖPNV-Mitteln (inkl. der ursprünglich für 2010 zugesagten Zuweisungen) bereitgestellt.

Mit der Restbezahlung der Triebgestellrahmen für Straßenbahnen des Typs MGT6 D, der Beschaffung eines Weichenreinigungsfahrzeuges mit Winterdienst sowie eines Lkw Kippers mit Bordladekran (gesamt: € 0,3 Mio) haben wir weitere Investitionen in die mobile Technik getätigt.

Für den Ersatz, die Erweiterung und die Modernisierung stationärer Technik (Videoschutz in Straßenbahnen, Maschinen/Ausrüstungen, Fahrkartentechnik, Hard und Software, Betriebsaustattungen) innerhalb des eigenen Anlagevermögens wurden € 0,7 Mio verwendet. Darüber hinaus erfolgte die Sanierung der Sanitär-Anlage und der Bau eines Treppenlifts für einen behindertengerechten Zugang zum Verwaltungsgebäude.

Mit der Installation einer Sicherheitsanlage haben wir eine Maßnahme zur Optimierung des Personaleinsatzes bei der HAVAG umgesetzt (Nichtbesetzung Empfang in den Nachtstunden sowie an Wochenenden).
In Höhe von € 1,5 Mio wurden Leistungen im Rahmen der Einführung des Digitalfunksystems sowie der Beschaffung von ITCS Bordrechnern für Bus und Bahn abgerechnet.

Weitergeführt haben wir auch in 2011 die Umgestaltung der Außenanlagen im Betriebshof Freiimfelder Straße u.a. mit Leistungen der Infrastruktur zur Anbindung der Abstellhalle für Straßenbahnen auf dem Nordhof und der Fertigstellung von Restleistungen im Südhof.

Den 2. Bauabschnitt der Abstellhalle haben wir fertig gestellt und in Betrieb genommen.

Die Finanzierung der Leistungen im Betriebshof Freiimfelder Str. in Höhe von € 2,9 Mio erfolgte teilweise (€ 1,1 Mio) mit Zuweisungen nach dem ÖPNV- Gesetz.

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit des Unternehmens waren im Berichtszeitraum wiederum die Gleisbauvorhaben wie:

- die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Straßenbahnanlage in der Mansfelder Straße „Ost“ im April 2011 (€ 1,1 Mio),
- die Weiterführung der Leistungen in der Beesener Straße „Süd“ (3. Bauabschnitt) als Komplexmaßnahmen Stadt Halle / HAVAG / Versorgungsunternehmen mit € 2,8 Mio,
- die Weiterführung des Straßenbahnprojektes Halle/Neustadt - Riebeckplatz/Hbf. - Büschdorf mit der Finanzierung von Restleistungen des Bauabschnittes 12B und die Teilfertigstellung der Straßenbahnanlage im Bauabschnitt 13A (westl. Teil) mit der Inbetriebnahme der Haltestelle Fiete-Schulze-Straße (stadteinwärts) sowie die Fertigstellung der Gleisanlage im Bereich Knoten Grenzstraße und Leistungen in den Bauabschnitten 14A - 14C mit insgesamt € 4,2 Mio.

Im Berichtsjahr 2011 haben wir auch die ersten Planungen für Vorhaben des „Stadtbahnprogramms Halle `25“ beauftragt und abrechnet (€ 0,5 Mio).

Außerdem haben wir für die Neuverlegung von Bahnstromkabeln, die Erneuerung von Fahrleitungen, optische Fahrgastinformationssysteme (Halle/Neustadt Rennbahnkreuz) sowie den Neubau des Bahnstromunterwerkes (26) € 1,3 Mio aufgewendet.

d) Personal

Um zukünftig die Wettbewerbsfähigkeit der HAVAG im europäischen Maßstab zu sichern und eine weitere deutliche Reduzierung des Zuschussbedarfs zu erreichen, wurden im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit der Unternehmensberatung BbA - Dr. Bruns und Fetzer wesentliche Restrukturierungsmaßnahmen und –ziele (Einsparung von bis zu 100 Stellen bis zum Jahr 2013) erarbeitet und mit deren Umsetzung begonnen.

Darüber hinaus besteht ein finanzielles Risiko aus dem Auslaufen der bestehenden Tarifverträge zur Reduzierung der Wochenarbeitszeit zum 31.12.2012. Zur Kompensierung dieser Mehrbelastungen ist ein Abbau von ca. 40 Personalen erforderlich.

Um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HAVAG einen Anreiz zum freiwilligen Ausscheiden aus dem Unternehmen bzw. zum Abschluss von Altersteilzeitverträgen zu schaffen, haben wir mit dem Betriebsrat einen Interessenausgleich / Sozialplan geschlossen. Im Jahr 2011 wurden insgesamt 19 Aufhebungsverträge, 49 Altersteilzeitverträge sowie 18 Verträge zur Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit geschlossen.

Im Zuge der schrittweisen Umsetzung der Personalkonzeption des Unternehmens (Altersteilzeit- und Abfindungsmodelle) sowie der stattgefundenen Betriebsübergänge zum SWH Konzern konnte der Personalbestand stichtagsbezogen zum 31. Dezember 2011 um 32 Personen inkl. Auszubildende (-4,0 %) gegenüber dem Vorjahresstichtag weiter reduziert werden. Die folgende Übersicht zeigt die Beschäftigtenzahlen jeweils zum Jahresende:

	31.12.2011	**31.12.2010**
Produktionspersonal	559	575
Verwaltungs- und sonstiges Personal	179	195
Auszubildende	34	34
	772	**804**

Die Anzahl der Vollbeschäftigten (VbE) – ohne Auszubildende – ist gegenüber dem Vorjahr stichtagsbezogen um 31,5 VbE gesunken. Das Arbeitszeitvolumen reduzierte sich gegenüber dem Jahr 1991 damit um 62,0 %.

Die Fluktuationsrate lag im Jahr 2011 bei 5,2 %.

Neun Auszubildende beendeten im Jahr 2011 ihre Ausbildung bei der HAVAG, aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten alle in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Im Jahr 2011 betrug das Durchschnittsalter der Mitarbeiter /-innen 48,1 Jahre und die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit 23,9 Jahre.

Der Krankenstand von durchschnittlich 7,2 % hat sich im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um 0,2 % -Punkte vermindert.

Während der Laufzeit des Spartentarifvertrages (TV-N LSA), aber auch während der Laufzeit der Tarifverträge zur Arbeitszeit, sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen.

e) Forschung und Entwicklung

Im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg beteiligt sich die HAVAG am Forschungsprojekt Galileo. Mit dem Galileo-Testfeld Sachsen-Anhalt wird ein Forschungsumfeld aufgebaut, das Galileo- / Satellitengestützte Anwendungen im Verkehrs-, Mobilitäts- und Logistikbereich ermöglicht. Ein Ziel ist es dabei, intelligente Navigations- und Kommunikationssysteme zu entwickeln, mit denen Verkehr und Logistik künftig leistungsfähiger, umweltverträglicher und sicherer gestaltet werden können.

Die HAVAG leitet innerhalb des „Galileo Testfeldes Sachsen-Anhalt“ den Schwerpunkt Navigation und Verkehr. Innerhalb des Forschungsprojektes sichert die HAVAG damit die Interessen des ÖPNV ab. Insbesondere sollen die Grundlagen für die spätere Nutzung des Galileo-Satellitensystems im Zusammenhang mit dem ÖPNV geschaffen werden.

Zu diesem Zweck wurde bereits im Februar 2010 eine Straßenbahn der HAVAG mit hochwertigen Komponenten zur Ortung ausgestattet und während des Linienbetriebes umfangreiche Fahrten zur Datengenerierung durchgeführt. Die Daten geben Auskunft über die Genauigkeit der Wegerfassung und bilden die Grundlage für die Entwicklung intelligenter Verkehrssysteme im öffentlichen Verkehr wie auch im Individualverkehr. Die Ergebnisse von ausgewählten Messfahrten wurden in einer 3D-Animation visualisiert. Außerdem haben wir mit der Galileo-Straßenbahn im 2. Halbjahr 2011 das gesamte Streckennetz Straßenbahn der HAVAG neu vermessen.

Mit der Ausrüstung und Inbetriebnahme eines Galileo-Busses der HAVAG im März 2011 wurde ein weiterer Baustein des Testfeldes in Betrieb genommen.

In dem Fahrzeug der HAVAG wurde ein hochmodernes Ortungs- und Navigationssystem – bestehend aus Radartechnik, GPS-Empfänger, Ringlaserkreisel und Sensoren – installiert, das permanent Daten zur aktuellen Standortposition des Fahrzeuges für die Forschung und Entwicklung intelligenter Verkehrssysteme zur Verfügung stellt. Insbesondere sind die damit erfassten Daten von großer Bedeutung für die Logistikbranche (Paketdienste etc.).

Um Erkenntnisse über die Satellitenortung und die Ansteuerung von Lichtsignalanlagen zu sammeln, haben wir im Jahr 2011 auf dem Betriebsgelände der HAVAG außerdem eine Test-Lichtsignalanlage errichtet. Diese dient dem Vergleich und der Bewertung von unterschiedlichen Ortungsverfahren im ÖPNV (Transponder / Wegstreckenzähler / Satellitenortung).

Die HAVAG erwartet von den Einsatzmöglichkeiten der Schlüsseltechnologien Ortung und Navigation ein qualitativ höherwertiges Intermodal Traffic Control System (ITCS). Ziel ist es, den Fahrgästen ein attraktiveres Nahverkehrsangebot mit umfassenden Informationsmöglichkeiten, insbesondere beim Internet- und Handy-basierten Fahrplanauskünften sowie dem Elektronischen Ticketing anzubieten, um damit neue Zielgruppen für den ÖPNV gewinnen zu können. Außerdem soll eine Verbesserung der Systeme zur Ansteuerung von Lichtsignalanlagen sowie der Positionsgenauigkeit der Straßenbahnen und Busse erreicht werden.

Seit November 2011 engagiert sich die HAVAG außerdem im Projekt „Elektromobilität“. Durch die Absichtserklärung Sachsen-Anhalts gegenüber dem Bund, gemeinsam mit Thüringen zum „Schaufenster Elektromobilität Mitteldeutschland“ zu werden, können sich die Partner aus Sachsen-Anhalt um Fördermittel des Bundes zur Einführung der Elektromobilität bewerben. Gemeinsam mit der EVH GmbH hat die HAVAG an der fundierten Antragskizze mitgewirkt, welche Anfang 2012 eingereicht wurde.

Leitbild des „Schaufensters Elektromobilität Mitteldeutschland“ ist eine energieeffiziente, emissionsarme, elektromobile Stadt. Das Projekt hat inhaltlich das Ziel, Entwicklungen von Industrie und Wissenschaft auf dem Gebiet der Elektromobilität in den jeweiligen Regionen einzusetzen und zu demonstrieren bzw. im Praxistest weiterzuentwickeln. Um die Infrastruktur in Halle (Saale) für Elektromobilität zu ertüchtigen, errichten die EVH GmbH und die HAVAG im Stadtgebiet von Halle (Saale) Elektroladesäulen und bieten Angebote zur „Grünen Mobilität“ an.

f) Umweltschutz

Mit der Entwicklung und Umsetzung von neuen, intelligenten Lösungen im Verkehrsmanagement im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsprojekte MOSAIQUE und GALILEO sowie dem Engagement im Projekt „Elektromobilität“ leistet die HAVAG zugleich einen wesentlichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Mit ihrem leistungsstarken, attraktiven Nahverkehrsangebot bietet die HAVAG der Bevölkerung der Stadt Halle zudem eine umweltverträgliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr (MIV), da öffentliche Verkehrsmittel Verkehrsströme bündeln und mit modernster Technik dazu beitragen, Emissionen zu senken.

Um die Auswirkungen des ÖPNV auf die Umwelt möglichst gering zu halten und damit die Umweltvorteile des ÖPNV gegenüber dem MIV auch zukünftig zu sichern bzw. auszubauen, sind Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Schall- und Abgasemissionen, die durch den Straßenbahn- und Omnibusverkehr verursacht werden, sowie der Einsatz umweltfreundlicher Materialien und Technologien im Unternehmen unerlässlich.

Zu den Schwerpunktaktivitäten bzw. -maßnahmen der HAVAG auf dem Gebiet des Umweltschutzes, zur Senkung des Energieverbrauches sowie zur Reduzierung der Schall- und Abgasemission zählen insbesondere:

- Einführung eines automatisierten Park-and-Ride-Managementsystems in Kröllwitz (Information über Staugefahren und freie Parkplätze im Stadtgebiet, Empfehlung zielgerichteter Ausweichruten bzw. des Umstiegs auf den ÖPNV),
- Betrieb einer modernen Photovoltaikanlage mit einer Nutzfläche von 1.800 qm und einer Nennleistung von 241,5 kWp auf dem Dach der neuen Straßenbahnabstellhalle,
- Einsatz und Neubeschaffung moderner Niederflurfahrzeuge mit Fahrstromrückspeisung,
- Erfüllung der EURO 4 – Abgasnorm durch Ausrüstung aller Neufahrzeuge im Bus-bereich mit einem CRT-Filtersystem, Einsatz umweltfreundlicher Erdgas-Busse,
- Ausrüstung elektrischer Weichenheizungen mit witterungsabhängigen, intelligenten Steuerungen,
- Einbau vibrationsgeschützter Gleise (zum Teil Rasengleise) auf allen Straßenbahnneubaustrecken,
- Neubau von Gleisschmieranlagen bzw. Ersatz durch effizientere Technik,
- Installation von Oberleitungsnetzen mit zweiseitiger Speisung (effizientere Nutzung zurück gespeister Bremsenergie),
- Intelligent vernetzte Signalanlagen zur Reduzierung der Standzeiten des motorisierten Individualverkehrs an den Ampelanlagen usw..

2. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung der Erträge

	2011	2010	Veränderungen	
	T€	T€	T€	%
Erlöse aus Straßenbahn- und Busbetrieb	30.738	30.687	51	0,2
Ausgleichszahlungen nach § 9 ÖPNV-G bzw. § 45 a PbefG und Erstattungsleistungen nach § 148 SGB IX	5.624	3.824	1.800	47,1
Ausgleichszahlungen für verbundbedingte Belastungen	958	958	0	0,0
Erhöhtes Beförderungsentgelt / Sonstige Erlöse Linienverkehr	653	590	63	10,7
Summe Erlöse Linienverkehr	**37.973**	**36.059**	**1.914**	**5,3**
Übrige Umsatzerlöse / Erlöse aus Vermietung von Werbeflächen	541	515	26	5,0
Umsatzerlöse	**38.514**	**36.575**	**1.939**	**5,3**
Andere aktivierte Eigenleistungen	310	253	57	22,7
Übrige Erträge	12.757	11.844	913	7,7
Zahlungen des Gesellschafters zur Abdeckung der Aufwendungen (Betriebskostenzuschüsse)	24.082	25.342	-1.261	-5,0
Betriebliche Erträge	**75.662**	**74.014**	**1.648**	**2,2**
Ohne Betriebskostenzuschüsse	51.580	48.671	2.909	6,0

Gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag konnte der Zuschussanspruch gegenüber dem Gesellschafter im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um T € 1.261 bzw. 5,0 % reduziert werden.

Die Betrieblichen Erträge der HAVAG - ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse – sind gegenüber dem Vorjahr um T € 2.909 bzw. 6,0 % gestiegen. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die Steigerung der Umsatzerlöse und der übrigen Erträge zurückzuführen.

Insgesamt wurden im Jahr 2011 Umsatzerlöse in Höhe von T € 38.514 (Vorjahr: T € 36.575) erwirtschaftet. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um T € 1.939 bzw. 5,3 % ist im Wesentlichen auf die Positionen Ausgleichsleistungen nach § 9 ÖPNVG bzw § 45a PBefG und § 148 SGB IX (T € +1.800 bzw. +47,1 %) zurückzuführen.

Die Erhöhung der Erstattungsleistungen nach § 148 SGB IX um T € 1.279 gegenüber 2010 ist insbesondere damit zu begründen, dass zum Jahresabschluss 2010 das Testat für den betriebsindividuell ermittelten Schwerbehindertenquotienten noch nicht vorlag und deshalb der Pauschalwert des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2009 (2,54 %) in die Berechnung des voraussichtlichen Erstattungsanspruchs nach § 148 SGB IX einbezogen wurde. Im Jahr 2011 wurde diesbezüglich der im Jahr 2010 betriebsindividuell ermittelte und testierte Schwerbehindertenquotient von 6,47 % bzw. 5,63 % (nach Kürzung um ein Drittel des pauschalen Vom-Hundertsatzes des Landes Sachsen-Anhalt) zum Ansatz gebracht.

Die Steigerung der Ausgleichszahlungen nach § 9 ÖPNVG bzw. § 45a PBefG um T € 521 ist insbesondere auf die geänderten gesetzlichen Grundlagen zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs (Neuregelung im Land Sachsen-Anhalt ab 01.01.2011, § 9 ÖPNVG LSA) zurückzuführen.

Trotz der im Rahmen des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes durchgeführten Tarifanpassungen zum 01.08.2010 bzw. 01.08.2011 sind die Erlöse aus Straßenbahn- und Omnibusbetrieb, aufgrund des hohen Beförderungsrückganges gegenüber dem Vorjahr (-3,6%), nur geringfügig um T € 51 (+0,2 %) gestiegen.

Die Steigerung der übrigen Erträge um T € +913 (+7,7%) ist im Wesentlichen auf die Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen aus dem Verkauf von 53 Straßenbahnfahrzeugen vom Typ T4DC und 26 B4DC sowie auf Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen.

b) Kostensituation und Finanzlage der Gesellschaft

Der Gesamtaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um T € 10.980 reduziert. Hierbei ist zu beachten, dass im Jahr 2010 wesentliche einmalige Sonderbelastungen (Rückstellungen für geplante Restrukturierungsmaßnahmen im Personalbereich sowie zur Abdeckung von Risiken aus der Änderung tariflicher Rahmenbedingungen und Drohverlusten, außerplanmäßige Abschreibungen) zu verzeichnen waren.

Ohne Berücksichtigung einmaliger Sonderbelastungen und Aufwendungen aus Gewinnabführung hat sich der Gesamtaufwand gegenüber dem Vorjahr um T € 391 erhöht. Diese Entwicklung ist insbesondere auf Aufwandssteigerungen beim sonstigen Materialverbrauch (T € 1.080), den Fremdleistungskosten (T € 155), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T € 512), der sonstigen Energie (T € 83), sowie den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen (T € 109) zurückzuführen. Dem gegenüber stehen Aufwandsreduzierungen bei der Antriebsenergie (T € -728), dem Personalaufwand (T € -562) sowie den Abschreibungen (T € -250).

Die Steigerung des sonstigen Materialverbrauchs betrifft insbesondere die Fahrzeuginstandhaltung Straßenbahn (T € +716) und die Position Handelsware (T € +235).

Die erhöhten Fremdleistungskosten (T € +155) betreffen mit T € +716 insbesondere die Bereiche Fahrzeuginstandhaltung Straßenbahn und die Stromversorgung. Im Gegenzug wurden die Fremdleistungskosten der Subunternehmer gegenüber dem Vorjahr um T € -497 reduziert.

Die Planüberschreitung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um T € +512 und die Planunterschreitung der Personalaufwendungen um T € -562 sind im Wesentlichen mit Aufwandsverschiebungen im Zuge der stattgefundenen Betriebsübergänge zum SWH Konzern zu begründen.

Die Aufwendungen für Antriebsenergie sind gegenüber dem Vorjahr aufgrund von witterungsbedingten Verbrauchsreduzierungen und der Reduzierung der Bezugspreise um T € -728 gesunken.

Die vergleichbare Kostendeckung - ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse, der Erträge aus Verlustübernahme bzw. Aufwendungen aus Gewinnabführung sowie wesentlicher periodenfremder bzw. einmaliger Sondereffekte (Erträge und Kosten) – ist von 66,8 % im Vorjahr auf 68,4 % im Jahr 2011 gestiegen.

Die Liquidität der Gesellschaft war durch die stetige monatliche Bereitstellung der Mittel durch den Gesellschafter, der Ausgleichszahlungen gemäß § 9 ÖPNVG LSA und § 148 Abs. 5 SGB IX, der Investitionszuschüsse sowie der Einbindung der HAVAG in das gemeinsame Cash-Pooling-System der Stadtwerke Halle GmbH jederzeit gesichert. Der Rückgang der liquiden Mittel gegenüber dem Vorjahr wird durch den Anstieg der Forderungen gegen verbundene Unternehmen (Cash-Pool) kompensiert.

3. Risikomanagementsystem

Das bei der HAVAG implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung bzw. Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen, fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Gesamtunternehmen und entspricht damit § 91 Abs. 2 AktG.

Durch die regelmäßig systematische Risikoerhebung in allen Unternehmensbereichen und die jährliche Fortschreibung bzw. Überarbeitung des Risikohandbuches in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, Risiken nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten, sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent zu nutzen sowie insbesondere die eigene strategische Positionierung zu überprüfen und ggf. anzupassen.

Durch die interne Revision wird die Einhaltung der im Risikohandbuch angeführten Lösungsvorschläge und Empfehlungen zur Gegensteuerung kontinuierlich überwacht.

Im Zuge der jährlichen Fortschreibung der mittelfristigen Planung der HAVAG werden die Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung und der Finanzierung des ÖPNV sowie die erforderlichen Gegensteuerungsmaßnahmen beachtet, systematisiert und bewertet.

Als bestandsgefährdende Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- bzw. Ertragslage des Unternehmens werden auch zukünftig Risiken, wie die europäische Marktöffnung sowie die ungünstige allgemeine tarifliche Entwicklung gegenüber Mitbewerbern eingestuft.

Um den genannten Finanzierungs- und Wettbewerbsrisiken wirksam zu begegnen, werden die im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit der Unternehmensberatung BbA - Dr. Bruns & Fetzer erarbeiteten Restrukturierungsmaßnahmen konsequent umgesetzt.

4. Ausblick

Die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2012 sieht einen Betriebskostenzuschuss von vorläufig € 22,8 Mio vor. Die anspruchsvolle Zielstellung der HAVAG für das Wirtschaftsjahr 2012 und die Folgejahre besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des ÖPNV-Angebotes durch Angebotsanpassungen und die konsequente Umsetzung des Rationalisierungskonzeptes der HAVAG (Personal- und Fahrzeugkonzeption) weiter zu verbessern, eine weitere deutliche Reduzierung des Zuschussbedarfs zu erreichen und die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Maßstab zu sichern.

Nach derzeitigem Planungstand werden die Investitionen im Geschäftsjahr 2012 eine Höhe von ca. € 18,9 Mio.erreichen.

Zentrales Vorhaben ist dabei weiterhin die Ersatzbeschaffung von Niederflurstraßenbahnen mit der Finanzierung der 3. Anzahlungsrate in Höhe von € 4,1 Mio.

Planmäßig sollen dafür Fördermittel des Landes (€ 1,6 Mio) und Zuweisungen nach dem ÖPNV-Gesetz zur Verfügung stehen.

Neben den genannten Aufwendungen für die Straßenbahnen sind für Investitionen in das eigene Anlagevermögen weitere € 5,5 Mio geplant.
Zu nennen sind hier weiterhin die Umstellung des Betriebsfunks von analogem auf digitalen Betrieb (Einführung Digitalfunk einschl. der Fahrzeugfunkgeräte) sowie die Ausstattung von Fahrzeugen (Bus und Bahn) mit ITCS- Bordrechnern (€ 2,7 Mio) und die Weiterführung der Bauleistungen im Außenbereich des Betriebshofes Freiimfelder Straße (€ 1,5 Mio).

Schwerpunkte der Investitionen in die Infrastruktur im Geschäftsjahr 2012 sind:

- die Weiterführung der Komplexmaßnahme in der Beesener Straße mit der Fertigstellung des 2. Bauabschnitt, E.-Ecksteinstraße bis Bugenhagenstraße, im Dezember 2012 (€ 2,1 Mio),

- die Fertigstellung der Straßenbahnanlage, 3. Hauptabschnitt des Straßenbahnprojektes in der Delitzscher Straße, bis Bauabschnitt 14D (€ 3,6 Mio),

- Leistungen der Planung in den Leistungsphasen 3-7 für Vorhaben des Programms „Stadtbahn Halle`25“, z.B. Torstraße und Rannischer Platz, Böllberger Weg Nord, Verkehrsknotenpunkt „Am Steintor“ und Dessauer Straße (€ 2,7 Mio),

- die Erneuerung von Fahrleitungen, Bahnstrom und- Kabelanlagen (€ 1,1 Mio) sowie die Ausstattung weiterer Haltestellen im Stadtgebiet mit optischen Fahrgastinformationssystemen (€ 1,5 Mio).

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HAVAG und der Beteiligungen von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Prager Straße 8 04103 Leipzig
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	74

Gesellschafter:

	T€	%
Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH	12	15,92
Stadt Leipzig	12	15,92
Stadt Halle (Saale)	9	12,45
Hallesche Verkehrs-AG	8	10,95
DB Regio Aktiengesellschaft	4	5,98
Burgenlandkreis	3	3,54
Landkreis Leipzig	3	3,54
Landkreis Nordsachsen	3	3,54
Landkreis Saalekreis	3	3,54
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	3	3,54
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	2	2,99
GbR der Verkehrsunternehmen Omnibus- und Reiseverkehr Heinz Wittig (LVW), Omnibusverkehrsgesellschaft mbH "Heideland" (OVH), Reiseverkehr Schulze OHG, Schmidt-Reisen und Döllnitzbahn GmbH	1	1,70
GbR der Verkehrsunternehmen PVG Muldental mbH, Bus- und Reiseunternehmen Alberto Ludwig, Reise- und Omnibusunternehmen Volker Kaltofen, Omnibusnahverkehr Runge und dem Omnibus-Reiseunternehmen Naundorf	1	1,70
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Sax-Bus Eilenburger Busverkehr GmbH, Auto-Webel GmbH, Omnibusverkehr Leupold OHG und Geißler-Reisen GbR	1	1,70
LEOBUS GmbH	1	1,70
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1	1,70
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1	1,70
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	1	1,70
Regionalverkehrsgesellschaft Weißenfels GmbH	1	1,70
Landkreis Altenburger Land	1	1,02

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

Gesellschafter:

Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1	1,02
Thüsac Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1	1,02
Verkehrsgesellschaft Döbeln mbH[1)]	1	1,02
Veolia Verkehr GmbH	0	0,41

[1)] Anteilsübertragung mit notarieller Beurkundung vom 18.01.2012 mit wirtschaftlicher Wirkung zum 31.08.2011 auf die DB Regio AG (300 €) sowie Veolia Verkehr GmbH (450€).

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen. Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen erbringt Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 116 Abs. 2 GO-LSA und ist in der Betätigung im öffentlichen Verkehr zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Lehmann, Steffen	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	zur Nedden, Martin	
	1. stellv. Vorsitzender	Girard, François	
	2. stellv. Vorsitzender	Thieme, Ronny	
		Bog, Stephan	(seit 01.07.2011)
		Däumler, Lutz	(bis 31.10.2011)
		Dr. Graetz, Manfred	(bis 26.05.2011)
		Dr. Kisabaka, Linda	
		Dr. Pohlack, Thomas	(bis 31.07.2011)
		Engel, Erich	(seit 01.11.2011)
		Glowienka, Andreas	(bis 23.08.2011)
		Handschak, Hartmut	
		Harbig, Dietmar	(bis 30.06.2011)
		Heepen, Volker	
		Heft, Frank Uwe	
		Herrmann, Jens	
		Hoffmann, Joachim	
		Hörl, Martin	
		Juhrs, Ronald	
		Kern, Dietmar	
		Klemens, Holger	(bis 29.09.2011)

Aufsichtsrat:		Kniesche, Ute	(seit 04.05.2011)
		Malter, Klaus Rüdiger	
		Middelberg, Ulf	(seit 29.09.2011)
		Mietzsch, Oliver	(seit 15.11.2011)
		Naacke, Christoph	
		Pietsch, René	
		Reiche, Harri	
		Riese, Lothar	
		Rühle, Thorsten	(seit 01.01.2011 bis 28.10.2011)
		Runge, Wilfried	(seit 28.10.2011 bis 31.12.2011)
		Stäglin, Uwe	(seit 01.08.2011)
		Stoye, Angelika	
		Wigger, Stephan Georg	
		Zielke, Andreas	(bis 04.05.2011)
	beratendes Mitglied	Fahsel, Karl-Hermann	
	beratendes Mitglied	Hummel, Hans-Jürgen	
	beratendes Mitglied	Sablotny, Bernd	(seit 01.01.2011)

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	3	2	3

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	296	22	367	25	621	41	-71	-19
Umlaufvermögen	1.054	78	1.101	74	878	59	-47	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	10	1	6	0	-1	-10
Bilanzsumme	**1.359**	**100**	**1.478**	**100**	**1.505**	**100**	**-119**	**-8**
Treuhandvermögen	1.501		2.000		2.831		-499	-25

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	461	34	461	31	461	31	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	194	14	301	21	545	36	-107	-36
Rückstellungen	132	10	138	9	102	7	-6	-4
Verbindlichkeiten	475	35	386	26	385	25	89	23
Rechnungsabgrenzungsposten	97	7	192	13	12	1	-95	-49
Bilanzsumme	**1.359**	**100**	**1.478**	**100**	**1.505**	**100**	**-119**	**-8**
Treuhandverbindlichkeiten	1.501		2.000		2.831		-499	-25

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	485	371	326
sonstige betriebliche Erträge	706	537	1.007
Materialaufwand	1.528	1.293	1.552
Personalaufwand	1.289	1.241	1.221
Abschreibungen	136	228	208
Zuschüsse Gesellschafter	2.126	2.232	2.120
sonstige betriebliche Aufwendungen	370	382	480
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	4	8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	136	228	208	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	46	35	51	T€
Personalaufwandsquote:	108,18	136,75	91,59	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,59	6,79	8,86	%
Eigenkapitalquote:	33,95	31,22	30,64	%
Fremdkapitalquote:	66,05	68,78	69,36	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Fahrgastaufkommen	173,10	174,30	171,90	Mio.

e) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich aktuell über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die 10 Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüsse gehalten.

Im Ergebnis der Kreisgebietsreform in Sachsen zum 1. August 2008 gehört der ehemalige Landkreis Döbeln zum neuen Landkreis Mittelsachsen und damit ab 1. Januar 2010 zum Verbandsgebiet des ZVMS. Der Landkreis Mittelsachsen hat daher zum 31. Dezember 2010 seinen Austritt aus dem MDV erklärt und seine Geschäftsanteile mit Wirkung zum 1. Januar 2011 auf den Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) übertragen.

Mit dem Ausscheiden des Landkreises hat auch die Geschäftsführung der Verkehrsgesellschaft Döbeln mbH gegenüber dem MDV seine Kündigung des Gesellschafterverhältnisses aus wichtigem Grund zum 31. Juli 2011 angezeigt. Der Geschäftsanteil der VGD wurde geteilt und mit notarieller Beurkundung vom 18. Januar 2012 mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. August 2011 an die DB Regio AG und die Veolia Verkehr GmbH veräußert.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2011

Bei weiterhin ungünstigen Rahmenbedingungen mit rückläufiger Einwohnerentwicklung (mit Ausnahme der Städte Halle (Saale) und Leipzig) sowie insgesamt sinkenden Auszubildendenzahlen lagen die **Tarifeinnahmen** im Verbundgebiet erstmals seit der Einführung des Verbundtarifs im Jahr 2001 mit 160,4 Mio. EUR um 1,1 % unter dem Vorjahresergebnis.

Gründe für den Erlösrückgang lagen darüber hinaus in aufgabenträgerinitiierten Einnahmeminderungen von insgesamt 2,8 Mio. EUR wie durch den Austritt des Aufgabenträgers Landkreis Mittelsachsen, die Minderung des städtischen Ausgleichs Leipzig-Pass-Mobilcard und die Angebotsminderungen im SPNV in Sachsen sowie in einer Systemänderung der DB Regio im Abrechnungsverfahren. Die witterungsbedingte Einnahmespitze im Bartarif im 1. Quartal und im Dezember 2010 konnte im milden Winter 2011 nicht erreicht werden, was zu einer Mindereinnahme von ca. 1,6 Mio. € führte. Deutliche verbundweite Rückgänge sind weiterhin im Ausbildungsverkehr in Höhe von ca. 1,3 Mio. € zu verzeichnen. Durch die Tarifanpassung konnten rd. 4,0 Mio. € dieser Gesamtmindereinnahmen ausgeglichen werden.

Das **Verkehrsaufkommen** im MDV sank um 0,7 % auf 173,1 Mio. Fahrgäste im Jahr 2011. Allerdings verläuft die Entwicklung räumlich differenziert. Während die Fahrgastzahlen in Halle (+ 0,5 %) stiegen, war im Binnenverkehr Leipzig ein Rückgang von ca. 1,7 % zu verzeichnen. Das Verkehrsaufkommen in den Landkreisen blieb nahezu konstant. Negativ wirkten sich insbesondere die sinkenden Auszubildendenzahlen aus. Bereinigt um das Aufkommen im Zeitkartenbereich für Auszubildende hätte sich insgesamt ein leichter Fahrgastzuwachs von 0,6 % ergeben.

Auch im Jahr 2011 wurde der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen **fortgeschrieben**. Die geplante Tarifanpassung wurde zum 1. August 2011 umgesetzt.

Wesentliche Bestandteile waren:

- die Einführung eines Übergangstarifs für Fahrten zwischen dem ehemaligen Landkreis Döbeln (heute Mittelsachsen) und dem MDV-Gebiet,
- die Einführung einer gleitenden Gültigkeit bei Wochenkarten (7 aufeinanderfolgende Kalendertage),
- die Einführung einer gleitenden Gültigkeit bei Tageskarten (24 Stunden),
- die Möglichkeit für Verkehrsunternehmen, zur Stärkung des Umweltverbundes Vereinbarungen über Kooperationsangebote abzuschließen (z. B. mit Carsharing-Anbietern).

Darüber hinaus wurden die Vorbereitungen für die umfassendere Tarifreform 2012 fortgesetzt, die basierend auf der Tarifmarktforschung 2010 u. a. eine Differenzierung im Segment der Abonnements vorsieht.

Durch die Integration des früheren Landkreises Döbeln in den neuen Landkreis Mittelsachsen wurde die SPNV - Aufgabenträgerschaft für das ehemalige Kreisgebiet zum 1. Januar 2010 dem Zweckverband Mittelsachsen (ZVMS) übertragen. In diesem Zusammenhang hat der Landkreis Mittelsachsen beschlossen, die Mitgliedschaft in bisher zwei Verkehrsverbünden nicht fortzuführen. Damit gilt im Gebiet des früheren Landkreises Döbeln ab 1. August 2011 der Tarif des Verkehrsverbundes Mittelsachsen. Damit den bisherigen Pendlern zwischen Döbeln und dem übrigen MDV-Gebiet keine Nachteile entstehen, wird ein **Übergangstarif** angeboten. Zur Umsetzung dieses Übergangstarifs wurde am 21. April 2011 eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH (VMS GmbH), der MDV GmbH und den betroffenen Verkehrsunternehmen abgeschlossen.

Um die Attraktivität der **MDV-Job-Tickets** zu erhöhen, wurde zum 1. Januar 2011 eine Fortschreibung der Regelungen umgesetzt, die eine (zeitliche eingeschränkte) Übertragbarkeit, eine geringere Mindestabnahme sowie eine Vereinfachung der Rabattstaffelung beinhaltet.

Der Studentenrat der Universität Leipzig hatte im Jahr 2010 Interesse an einer neuen Urabstimmung zur Einführung eines verbundweit gültigen **Semestertickets** geäußert. Dementsprechend wurden die Verhandlungen zwischen Verkehrsunternehmen, Uni Leipzig und MDV aufgenommen. Da die Ende 2010 durchgeführte Urabstimmung keine eindeutige Mehrheit ergab, kam es zu einer Stichwahl Anfang 2011, bei der sich die Studenten mit einer knappen Mehrheit gegen das MDV-Angebot entschieden.

Die Aufgaben im Vertriebsbereich konzentrierten sich 2011 insbesondere auf die **Weiterentwicklung des eTicketing (Chipkarten) und das handybasierte Auskunfts- und Ticketingsystem (easy.GO)**.

Das Projekt eTicketing bei der DB Regio wurde im Sommer 2011 mit der Ausgabe von Chipkarten an alle Stammkunden des Unternehmens (Abonnenten, Jahreskartennutzer, Jobticketnutzer) im MDV-Gebiet abgeschlossen. Die Maßnahme wurde durch Fördermittel des Freistaates Sachsen und des Landes Sachsen-Anhalt unterstützt. Im Rahmen des Projektes wurden verbundweit über 60 Automaten der Deutschen Bahn, u.a. in Leipzig, mit eTicket-Lesern ausgestattet.

Das im Jahr 2009 pilothaft in Leipzig eingeführte handybasierte Auskunfts- und Ticketingsystem (easy.GO) wird nach einigen Zwischenstufen seit Juli 2011 als verbundweite Lösung angeboten. Die Entwicklung von easy.GO wurde ebenfalls durch Fördermittel des Freistaates Sachsen und des Landes Sachsen-Anhalt unterstützt. Der Kunde kann mit der neuen Anwendung verbundweit Fahrplanauskünfte erhalten und das dazu angebotene Ticket erwerben. Gleichzeitig sind Verkehrsinformationen eingebunden, die zum einen langfristig über Baumaßnahmen informieren, zum anderen aber auch adhoc über Störungen informieren können. Seit 2011 ist neben der Auskunft von Echtzeitdaten der LVB auch die Echtzeitdatenauskunft der DB Regio in die Anwendung integriert worden, so dass der Kunde sich über tatsächliche Abfahrtszeiten informieren kann.

Im September 2011 startete eine große Marketingkampagne, die zum einen die Bekanntheit von easy.GO erhöhen soll, zum anderen aber auch die Ticketumsätze steigern soll. Easy.GO wurde mit dem Ziel eingeführt, Neukunden zu gewinnen, indem Zugangshemmnisse abgebaut werden und der ÖPNV für eine mobile Kundengruppe attraktiv angeboten wird.

Im Jahr 2011 wurde easy.GO von ca. 60.000 Kunden aktiv genutzt. Während im Dezember 2010 noch ca. 5.500 Tickets verkauft wurden, lagen die Verkäufe im Dezember 2011 bereits bei ca. 22.600.

Aufbauend auf dem Beschluss des Aufsichtsrates der MDV GmbH im Oktober 2010, verbundweit Echtzeitdatenauskunft, Anschlusssicherung und eTicketing einzuführen, wurden intensive Vorarbeiten für ein verbundweites **Telematik-Vorhaben** geleistet. Zahlreiche Gespräche mit Fördermittelgebern führten dazu, eine Förderung der für diese Maßnahmen notwendigen umfangreichen Hard- und Software im Rahmen eines EFRE-Telematik-Vorhabens voraussichtlich zu ermöglichen. Die Maßnahme selbst ist für die Jahre 2012 bis 2014 geplant.

Im Ergebnis der Ausschreibung des Dieselnetzes Ostthüringen wird die **Erfurter Bahn** ab Juni 2012 auch Verkehrsleistungen auf der Strecke Gera – Leipzig erbringen und daher **als neuer Partner im MDV** verkehren. Die Verbundgesellschaft hat dazu 2011 umfangreiche Vorbereitungs- und Abstimmungsarbeiten geleistet, insbesondere um das Unternehmen in den Vertrieb und das Einnahmeaufteilungsverfahren des MDV zu integrieren.

Im Vorfeld des **Tarifwechsels** waren umfangreiche Abstimmungen mit den Verkehrsunternehmen und Geräteherstellern notwendig, um den neuen Tarif (Einführung gleitender Tages- und Wochenkarten und Übergangstarif Döbeln) in allen Vertriebs- und Kontrollgeräten einzubinden.

Im Jahr 2011 erfolgt die konzeptionelle Weiterentwicklung der Kooperation **Intermodales Verkehrsmanagement Mitteldeutschland**. Dabei wurden mehrere zentrale Themen bearbeitet:

- Bereitstellung der MIV-Verkehrslage für Verkehrsunternehmen
- Strategien zur intensiveren Nutzung der dWiSta-Tafeln im Raum Leipzig-Halle
- Verkehrslage/Mobilitätsplattform Mitteldeutschland
- Information der Fahrgäste mit Ist-Daten

Darüber hinaus wurden die Ziele der Kooperation inhaltlich weiter diskutiert und verfeinert. Im Ergebnis der Diskussion bestand Einigkeit zur Ausrichtung der zunächst konzeptionellen Arbeiten auf die Schaffung eines mitteldeutschen Mobilitätsportals, das die Themen und Daten der Partner zusammenführt.

Schwerpunkt im Bereich der **Einnahmeaufteilung** war die **Fortschreibung des aktuellen Verfahrens**. Die fachlichen Diskussionen, die intensive Auseinandersetzung mit den Jahresrechnungen Einnahmeaufteilung 2009 und 2010 und das aktuelle Verständnis zum neuen Einnahmeaufteilungsvertrag haben deutlich gemacht, dass eine Fortschreibung in einigen Punkten diskutiert werden muss. Außerdem sollte geprüft werden, ob die aktuellen Verfahrensregelungen im Vertrag ausreichend sind. Hierzu wurde in 2011 ein Lenkungskreis aus Vertretern der Tramsparte (HAVAG und LVB), der Regionalbussparte (je Landkreis ein Vertreter), der SPNV-Sparte (DB Regio und Veolia), einem SPNV-Aufgabenträger sowie dem MDV gebildet. In verschiedenen Arbeitsgruppen werden die vom Lenkungskreis benannten Schwerpunkte weiter bearbeitet. Erklärtes Ziel ist es, im Rahmen der Jahresrechnung für das Jahr 2012 die Anpassungen für alle Unternehmen wirksam werden zu lassen.

Zur Fortschreibung der Schülerkorrekturwerte wurde im Jahr 2011 eine neue Erhebung der Schüleranteile im regionalen Busverkehr durchgeführt, so dass die neuen Korrekturwerte in der Jahresrechnung Einnahmeaufteilung 2011 anzuwenden waren.

Die **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** dient dazu, den ÖPNV – ausgehend von den Rechten und Pflichten der beiden Partner und entsprechend der Zielstellungen der Gesellschafter bzw. Verbandsmitglieder – gemeinsam weiterzuentwickeln und auszugestalten. Im Rahmen dieser Vereinbarung führt der MDV ausgewählte Aufgaben insbesondere der integrierten Planung im Auftrag des Zweckverbandes durch.

Der Vertrag wurde in 2010 für eine Laufzeit vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2014 erneuert.

In 2011 wurden im Auftrag des ZVNL die folgenden Untersuchungen bearbeitet:

- Untersuchung von Varianten und Auswirkungen zur Streckensperre im Südraum von Leipzig im Rahmen der Netzergänzenden Maßnahmen zum Citytunnel
- Untersuchung von Alternativen zur Führung der Buslinie 100 (Groitzsch – Zwenkau – Leipzig)
- Anpassung des Netzes regionalbedeutsamer Buslinien im ZVNL
- Bedarfsanalyse am Bahnhof Taucha in verschienden Szenarien
- Nachfrageseitige Bewertung von Leistungskürzungen im SPNV

Weitere Aufgaben im Rahmen der Kooperationsvereinbarung (kontinuierlich):

- Kontinuierliche Information der Busunternehmen zu Änderungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)/Bereitstellung Baustellenkalender
- Vorbereitung und Durchführung Fahrplankonferenz
- Maßnahmenabstimmung und Umsetzungskontrolle Schienenersatzverkehre.

Ein Schwerpunkt der originären Verbundtätigkeiten 2011 war die Fortführung des Projekts: **Integriertes, intermodales Verkehrskonzept** für den MDV (Integriertes Netz) mit den folgenden Themen:

- Festlegung, Abstimmung und wirtschaftliche Bewertung von 26 “Premiumbuslinien” im Regionalbusverkehr
- Aufzeigen von Angebotsdefiziten im straßengebundenen ÖPNV auf wichtigen Korridoren mit Bedarf zu Fahrten vor 6 Uhr und nach 20 Uhr (SVZ)
- Untersuchung der Angebotsqualität von touristischen Zielen mit Empfehlungen zur Verbesserung der Erreichbarkeit

Im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung (**MORO**) zur regionalen Daseinsvorsorge des BBSR hat sich der MDV zusammen mit den fünf Landkreisen und den drei regionalen Planungsverbänden um Förderung beworben. Eine Förderung wurde nicht gewährt.

Für das **GVZ Leipzig** wurde eine Arbeitsgruppe aus Anliegern der Wirtschaft, Busunternehmen, Aufgabenträger und MDV gegründet, mit dem Ziel, das Verkehrsangebot im ÖPNV im GVZ bedarfsgerecht weiter zu entwickeln (Fortführung in 2012).

Um eine durchgehende Informationskette für den Kunden der neuen **Citytunnel**stationen in Leipzig zu gewährleisten hat der MDV eine Arbeitsgruppe aus Aufgabenträgern, Verkehrsunternehmen und Stationsbetreiber gegründet. Ziel ist es, eine durchgängige Wegeleitung und Information zwischen den Verkehrsträgern zu gewährleisten.

Darüber hinaus wurden mögliche Optionen zur **Verbunderweiterung** auf verschiedenen SPNV-Korridoren geprüft. Im Jahr 2012 ist hierfür eine detaillierte Untersuchung vorgesehen.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Verbundkommunikation im Jahr 2011 war das Jubiläum „10 Jahre MDV-Verbundtarif". Im Rahmen des Jubiläums wurden alle Verbundpublikationen auf dem Titel mit einer Vignette „10 Jahre mobil im Verbund" versehen. Im Sommer gab es als Höhepunkt für die breite Öffentlichkeit die große MDV-Familien-Sommer-Rallye, auf der je eine Familie aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen auf eine zehntägige Entdeckungsreise durch das gesamte MDV-Gebiet gingen. Unter Einbeziehen der relevanten Verbundpartner und durch die umfangreiche Medienberichterstattung erzielte die Rallye eine hohe Aufmerksamkeit. Den Abschluss des Jubiläumsjahres bildete die Festveranstaltung „Mobilität im Wandel", die am 11. Oktober 2011 in Merseburg stattfand.

Das Jubiläumsjahr war zudem geprägt von der Einführung mehrerer neuer Angebote, die in unterschiedlichster Form kommunikativ begleitet wurden: Schwerpunkte waren der Start der Kooperationen mit dem Tourismusverein Leipziger Neuseenland e.V. und dem Carsharing-Anbieter teilAuto sowie die Vermarktung der Tarifneuerungen und der verbundweiten Einführung des handybasierte Auskunfts- und Ticketingsystems (easy.GO).

Über das Jahr hinweg wurde die Haltestellekonzeption überarbeitet und um detailliertere und aktuelle praxisnahe Eckpunkte ergänzt. Anhand der Aktualisierung wird im Jahr 2012 eine Finanzierungs- und Umsetzungskonzeption vorbereitet, die die Basis für Entscheidungen zur weiteren Verfahrensweise bildet. Im Herbst starteten die Vorbereitungen für die Kommunikationskampagne zum neuen Tarifmodell, das im Sommer 2012 wirksam wird.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2011

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 25. November 2010 beschlossen. Er enthielt den Übertrag von Betriebskostenzuschüssen des Jahres 2009 (TEUR 10) und 2010 (TEUR 119). In der Gesellschafterversammlung am 25. August 2011 wurde zusätzlich beschlossen, die übrigen nicht verbrauchten Mittel des Jahres 2010 (TEUR 64) ins Jahr 2011 zu übertragen. Auf dieser Basis erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011 durch Abschlagszahlungen der Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages sowie durch Fördermittel des Freistaates Sachsen und des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL und der Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2011/2012 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus der Vereinbarung zum easy.GO-Projekt und Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen.

Insgesamt betrachtet standen den Aufwendungen von TEUR 3.324 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 1.198 gegenüber. Die von den Gesellschaftern gezahlten und aus den Vorjahren übertragenen Zuschüsse von TEUR 2.369 mussten daher nur in Höhe von TEUR 2.126 in Anspruch genommen werden, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 243 wurde passiviert.

Die Gesellschafterversammlung hat bereits am 5. Dezember 2011 beschlossen, Mittel des Jahres 2011 in Höhe von TEUR 140 und Mittel des Jahres 2010 von TEUR 8 nach 2012 zu übertragen.

Über die Verwendung der nicht verbrauchten, nicht übertragenen Zuschüsse in Höhe von TEUR 95 werden die Gesellschafter entscheiden. Die Geschäftsführung empfiehlt, diese für die folgenden zusätzlichen Maßnahmen nach 2012 zu übertragen:

- Im Zusammenhang mit dem 2012 begonnenen Prozess der Aktualisierung des Gesellschaftsvertrages werden ungeplante Aufwendung für die rechtliche Beratung anfallen. Die Aufwendungen werden aktuell auf TEUR 25 geschätzt, wovon ca. TEUR 10 in 2012 und TEUR 15 in 2013 anfallen werden.
- Der Wirtschaftsplan 2012 enthält bereits TEUR 30 für eine Marktforschung im Azubi-Segment. Mit Blick auf die Erfahrungen der vorherigen Tarifmarktforschung, sollte die Untersuchung auf die Kundengruppe der 14 bis 24-jährigen ausgeweitet und inhaltlich breiter angelegt werden. Dazu wird empfohlen, TEUR 30 zusätzlich für diese Maßnahme zu übertragen.
- Die 2012 begonnene Strategiediskussion hat das Ziel, für die langfristige Ausrichtung des Verbundsystems ein Positionspapier zu erarbeiten. Für die externe Begleitung dieses Strategieprozesses sollten TEUR 25 eingeplant werden.
- Der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst für den Zeitraum März 2012 bis Februar 2014 sieht eine Anpassung von 6,3 % vor. Im Wirtschaftsplan der Verbundgesellschaft sind für die Kalenderjahre 2012 und 2013 Gehaltsanpassungen von insgesamt 3 % vorgesehen. Als Ergänzung sollten TEUR 11 für eine Einmalzahlung in Höhe von 1 % genutzt werden.
- Der Abschluss der einmaligen Maßnahmen im easy.GO-Projekt hat sich nach 2012 verschoben. Die dafür geplanten Eigenmittel von TEUR 2 sollten ebenfalls auf das Folgejahr übertragen werden.
- Die nicht verbrauchten Mittel aus dem Dilax-Vergleich lagen bei TEUR 74 und damit TEUR 2 über dem im Wirtschaftsplan 2012 vorgesehenen Übertrag. Dieser zusätzliche Betrag sollte ebenfalls übertragen werden.

Von Mitteln aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil von TEUR 150 wurden 2011 TEUR 101 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2012 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 49 wurde passiviert. Er soll im Jahr 2012 zur Fertigstellung der begonnenen Vorhaben als Eigenmittel für die Vermarktungskampagne zum Integrierten Netz (TEUR 10), die laufenden easy.GO-Aufwendungen (TEUR 14), das Verkehrsmanagement (TEUR 5) und für das Projekt Chipkarte (TEUR 20) nach 2012 übertragen werden. In den Lenkungskreisen zum easy.GO-Projekt und der Kooperationsversammlung Verkehrsmanagement wurde bereits beschlossen, die entsprechenden Mittel der Partner auf das Folgejahr zu übertragen.

Das MOSAIQUE-Projekt wurde in 2010 abgeschlossen. Die Verwendungsnachweisprüfung der Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt steht noch aus. Nach Abschluss der Prüfungen soll der als Rückzahlungsverpflichtung passivierte Restbetrag der sachsen-anhaltischen Gesellschafter von TEUR 3 zurückgezahlt werden.

Die Bilanzsumme von TEUR 1.359 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.478) um 8 % gesunken. Auf der Aktivseite sinken abschreibungsbedingt das Anlagevermögen sowie die Forderungen gegen Gesellschafter und die sonstigen Vermögensgegenstände. Demgegenüber steht der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die liquiden Mittel blieben relativ konstant. Auf der Passivseite verminderten sich durch Auflösung entsprechend der Sonderposten für Investitionszuschüsse und der passive Rechnungsabgrenzungsposten aus nicht verbrauchten Projektzuweisungen für easy.GO und Verkehrsmanagement. Dieser Rückgang wird durch den Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern, der insbesondere aus nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüssen und nicht verbrauchten Mitteln des projektbezogenen Erfolgsanteils resultiert, nicht vollständig kompensiert.

Der MDV verfügt über eine mittelfristige Planung, die zurzeit bis 2016 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2012 wurde von der Gesellschafterversammlung am 5. Dezember 2011 beschlossen.

Ausblick auf 2012 und 2013

Wichtige Themen im **Technikbereich** für das Jahr 2012 sind:

1) Einführung einer Webversion von easy.GO, um easy.GO allen Kunden herstellerunabhängig anbieten zu können
2) Bereitstellung der Möglichkeit, in easy.GO mit Kreditkarte zu zahlen, um auch Kunden, deren Provider easy.GO nicht unterstützen, den Ticketkauf zu ermöglichen
3) Vorbereitung der technischen Umsetzung des neuen Tarifs, sowohl für die Fahrkartenautomaten und Busdrucker als auch für die ABO-Systeme
4) Einstellung und Programmierung der neuen Produkte in die Tarif- und Einnahmeaufteilungsdatenbank
5) Einführung der Kontrollmodule zur automatisierten Prüfung von Chipkarten im Zusammenhang mit den neuen ABO-Produkten zum 1. August 2012, vorerst bei LVB und HAVAG
6) Start des EFRE-Telematik-Vorhabens
7) Durchführung des Systemvergleichs für neue Sensorsysteme im Fahrgastzählbereich (AFZ)
8) Weiterführung der Kooperation Verkehrsmanagement mit Schwerpunkt der Erarbeitung einer Konzeption für ein länderübergreifendes Mobilitätsportal

In 2013 werden dann voraussichtlich das EFRE-Telematik-Vorhaben und die Entwicklung des Mobilitätsportals Mitteldeutschland im Vordergrund stehen.

Der Schwerpunkt im Bereich **Marktforschung und Qualitätsmanagement** wird 2012 die Umsetzung der Tarifreform 2012 zum 1. August 2012 sein. Hierbei ist u. a. eine Differenzierung in die Produkte ABO Light, ABO Basis und ABO Premium vorgesehen. Zudem sollen spezielle Seniorenabonnements angeboten werden.

Die Einführung der neuen Tarifprodukte wird sowohl kommunikativ als auch marktforscherisch umfassend begleitet, um den optimalen Nutzen zu erzielen und die Veränderungen im Fahrgastverhalten zu evaluieren. Dabei ist mit den Ergebnissen der Evaluierung nicht vor 2013 zu rechnen.

Für die Produkte im Azubi-Segment ist im Jahr 2012 eine erste Marktforschung vorgesehen, um möglich Handlungsfelder zu eruieren. Der Schwerpunkt der Marktforschung wird dann im Jahr 2013 liegen.

Für 2012 sind folgende Schwerpunkte der **verkehrsplanerischen Aufgaben** gesetzt:

- Weiterführung der Arbeiten am Projekt „Integriertes Netz“
- Aufzeigen von bisher nicht realisierten Kundenpotentialen im ÖPNV/SPNV inkl. Entwicklung geeigneter Maßnahmen neue Kunden für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen
- Fortführung von MORO, wenn finanzielle Förderung gegeben ist
- Verbunderweiterung
- Weiterentwicklung Verkehrsangebot im GVZ Leipzig 2013
- Untersuchung zur Belegung der neuen Verknüpfungstelle am zukünftigen S-Bahnhof Taucha
- Weiterführung Wegeleitung Citytunnelstationen

Die **Verbundkommunikation** wird sich im Jahr 2012 stark auf die Einführung des neuen Tarifmodells fokussieren. Neben der herkömmlichen Information mittels Infopublikationen und Medienarbeit wird die Tarifumstellung erstmals durch eine breit angelegte Vermarktungskampagne begleitet. Hierfür wird ein Großteil der verfügbaren Ressourcen verwendet. Über das Jahr hinweg wird easy.GO moderat weiter beworben, zumeist geknüpft an andere Kommunikationsthemen.

Intensiv vorbereitet wird die Vermarktung des Integrierten Netzes, damit zu dessen Einführung im Herbst 2013 eine ähnlich umfangreiche Vermarktungskampagne wie zur Einführung des Neuen Tarifmodells umgesetzt werden kann. Diese wird eng mit der Kampagne zur Einführung des Mitteldeutschen S-Bahnnetzes verknüpft. Desweiteren wird die Haltestellenkonzeption hinsichtlich Finanzierungs- und Umsetzungsmöglichkeiten vervollständigt. Aufbauend auf die Anfang 2012 geschlossene Kooperation mit dem Tourismusverein Leipziger Neuseenland e.V. werden weitere strategische Partner im Segment Freizeit akquiriert, um ähnliche Kooperationen abzuschließen.

Mit Blick auf die signifikante Veränderung der Rahmenbedingungen des Nahverkehrs, wie die Finanzierung, die demografische Entwicklung, das Mobilitätsverhalten der Bevölkerungsgruppen, die technischen Möglichkeiten des Zugangs zum Nahverkehr und die rechtlichen Anforderungen hat die Verbundgesellschaft in 2012 eine **Strategiediskussion** mit allen Gesellschaftern angeregt. Dabei stehen insbesondere die folgenden drei zentralen Fragen im Mittelpunkt:

1. Wie werden sich das Mobilitätsverhalten und die systemrelevanten Rahmenbedingungen in den kommenden 10-15 Jahren verändern?
2. Was bedeutet das für den Verbundraum und das Verbundsystem in Mitteldeutschland?
3. Welche Aufgaben und Handlungsfelder ergeben sich daraus für die Gesellschaftergruppen und für die Verbundgesellschaft?

Der Diskussionsprozess soll im ersten Halbjahr 2012 starten und im Zeitraum von 9-15 Monaten geführt werden. Im Ergebnis könnte ein Positionspapier zur „Entwicklung des Verbundraums und des integrierten Verbundsystems bis zum Jahr 2025“ entstehen, das dann als Leitfaden für die Ausrichtung der Verbundarbeit in den kommenden Jahren dienen soll.

Für das Wirtschaftsjahr 2012 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt wird. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch trat im März 2012 in seiner überarbeiteten Fassung in Kraft.

OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Kaolinstraße 12 06126 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	30

Gesellschafter:

	T€	%
Hallesche Verkehrs-AG	15	51,00
Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb	15	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

I. Gegenstand des Unternehmens ist die Beförderung von Personen im Rahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere die Durchführung von Linien-, Gelegenheits- und Schülerverkehr.

II. Gegenstand der Gesellschaft sind weiter die Planung, Effizienzprüfung und die Gestaltung eines kundenorientierten und wirtschaftlich Öffentlichen Personennahverkehrs sowie alle mit der Durchführung der Verkehrsleistungen im Zusammenhang stehende Tätigkeiten, wie auch das Erbringen von Kraftfahrzeuginstandsetzungsleistungen, Nutzfahrzeugserviceleistungen sowie entsprechenden Serviceleistungen.

III. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen im Inland errichten, erwerben und sich an solchen beteiligen oder deren Vertretung übernehmen sowie Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Vetter, Wolfdietrich	
Beirat:	Vorsitzender	Eigenwillig, Steffen	(bis 30.04.2011)
	beratendes Mitglied	Dressel, Uwe	(bis 30.04.2011)
		Bedemann, Lutz	(bis 30.04.2011)
		Dr. Feicht, Hans-Jörg	(bis 30.04.2011)
		Kupski, Christian	(bis 30.04.2011)
		Rotzsch, Nicole	(bis 30.04.2011)
		Scheuerle, Georg	(bis 30.04.2011)
		Wurzel, Udo	(bis 30.04.2011)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1	1,70

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	8.345	78	8.241	77	8.550	77	104	1
Umlaufvermögen	2.295	22	2.523	23	2.591	23	-228	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0	14	0	12	0	-7	-50
Bilanzsumme	**10.647**	**100**	**10.778**	**100**	**11.153**	**100**	**-131**	**-1**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.623	43	4.620	43	4.720	42	3	0
Sonderposten für Investitionszulagen	1.977	19	2.011	19	2.411	22	-34	-2
Rückstellungen	35	0	36	0	86	1	-1	-3
Verbindlichkeiten	4.005	38	4.101	38	3.927	35	-96	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0	10	0	9	0	-3	-30
Bilanzsumme	**10.647**	**100**	**10.778**	**100**	**11.153**	**100**	**-131**	**-1**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	11.001	10.625	10.020
sonstige betriebliche Erträge	917	1.154	1.027
Materialaufwand	6.605	6.302	5.717
Personalaufwand	3.229	3.477	3.603
Abschreibungen	1.217	1.154	1.152
sonstige betriebliche Aufwendungen	669	753	833
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15	13	29
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	37	37	37
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	164	160	164
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12	-91	-430
sonstige Steuern	9	9	8
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	-100	-438
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-635	-535	-97
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-632	-635	-535

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,02	-0,94	-4,38	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,05	-1,90	-8,34	%
Cash-Flow:	1.219	1.054	714	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	108	107	93	T€
Personalaufwandsquote:	27,09	29,52	32,61	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,30	76,32	76,40	%
Eigenkapitalquote:	43,42	42,87	42,32	%
Fremdkapitalquote:	56,58	57,13	57,68	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Fahrplan-km[1)]	3.963.000,00	4.276.000,00	4.266.000,00	km

[1)] Ab dem Geschäftsjahr 2011 werden die realisierten Fahrplankilometer (in Vorjahren: angebotene Fahrplankilometer) ausgewiesen.

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf/Rahmenbedingungen

Das Genehmigungsverfahren zur Erlangung eigenwirtschaftlicher Verkehrsleistungen für die Jahre 2011 bis 2019, das im Jahr 2010 die Geschäftstätigkeit der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH (OBS) stark geprägt hatte, konnte für das Unternehmen erfolgreich abgeschlossen werden.

Mit Genehmigungsbescheid des Landkreises Saalekreis vom 24. November 2010 wurde die OBS mit der Bedienung der Linienbündel Saalekreis „Nordwest“ und „Nordost“ für den Zeitraum vom 1. Mai 2011 bis 30. April 2019 beauftragt.

Der Geschäftsverlauf der ersten Monate des Jahres 2011 wurde somit im Wesentlichen von der organisatorischen und technischen Umsetzung und Erfüllung der im Wettbewerbsverfahren ausgeschriebenen Kriterien und Bedingungen geprägt.

Im Jahr 2011 wurden rd. 3.963.000 Fahrplankilometer realisiert, darunter 290.000 Kilometer im Bedarfsverkehr.

Der bereits Ende des Jahres 2010 bekundete Absicht des Gesellschafters Abellio, seine Anteile an der OBS zu verkaufen, folgte die Übernahme auf Grundlage eines Anteilskaufvertrages durch die übrigen Gesellschafter mit Wirkung vom 22. März 2011.

Die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) hält jetzt 51 % und die Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb (Vetter GmbH) 49 % der Geschäftsanteile an der OBS, wobei die Beschlussfassung gemäß § 9 II. des Gesellschaftsvertrages Einstimmigkeit erfordert.

Gleichzeitig wurde eine Anpassung der Firma an die neuen Gegebenheiten vorgenommen. Die OBS firmiert nunmehr mit handelsrechtlicher Wirkung vom 5. April 2011 als „OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH“.

Investitionen

Die Investitionstätigkeit des Unternehmens wurde durch den Zugang von insgesamt sieben neuen und einem gebrauchten Fahrzeug im Geschäftsjahr 2011 geprägt.

Ende März erfolgte die Lieferung der beiden bereits Ende 2010 geförderten Omnibusse Irisbus Crossway sowie eines weiteren Fahrzeuges dieses Typs.

Im Juli erwarb die OBS ein gebrauchtes Niederflurfahrzeug vom Typ MAN NÜ A 20.

Im Dezember 2011 erfolgte die Auslieferung weiterer vier Niederflurfahrzeuge mit Dieselantrieb vom Typ Irisbus Crossway. Insgesamt betrug das Gesamtvolumen der Fahrzeuganschaffungen im Geschäftsjahr 2011 TEUR 1.313. Die Finanzierung erfolgte im Wesentlichen durch die Aufnahme von Krediten. Zur Finanzierung von drei Neufahrzeugen wurde der Gesellschaft 2011 ein Investitionszuschuss in Höhe von TEUR 175 bewilligt, der im Dezember ausgezahlt wurde.

Die Wertberichtigungsquote für KOM reduzierte sich aufgrund der genannten Anschaffungen an Fahrzeugen von rd. 61 % im Jahr 2010 auf rd. 59 % im Geschäftsjahr 2011.

Zum 31. Dezember 2011 verfügt das Unternehmen über 96 Omnibusse.

Vermögenslage und Liquidität

Im Geschäftsjahr 2011 verminderte sich die Bilanzsumme des Unternehmens im Vergleich zu 2010 um TEUR 131. Da die Lieferung von drei Omnibussen am Jahresende erfolgte, ergibt sich daraus eine relativ hohe Forderung aus abzugsfähiger Vorsteuer. Insgesamt bestehen per 31. Dezember 2011 Forderungen an das Finanzamt in Höhe von TEUR 158.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern verminderten sich trotz Investitionskreditaufnahmen in Höhe von insgesamt TEUR 751 aufgrund der erfolgten Tilgungen in Höhe von TEUR 871. Im Geschäftsjahr 2012 werden die Tilgungsleistungen voraussichtlich TEUR 917 betragen.

Die Fremdkapitalquote verminderte sich im Wirtschaftsjahr leicht auf 38,0 % (Vj.: 38,5 %).

Der Finanzmittelfonds zum 31. Dezember 2011 beträgt TEUR 1.464 (Vj.: TEUR 1.398). Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2011 jederzeit gegeben.

Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2011 verbessert.

Die Umsatzerlöse – vor Betriebskostenzuschuss – sind um rund TEUR 221 gestiegen. In Höhe von TEUR 914 (Vj.: TEUR 914) sind Ausgleichszahlungen für verbundbedingte Belastungen durch den Landkreis Saalekreis und das Land Sachsen-Anhalt ausgewiesen.

Trotz rückläufiger Einwohnerentwicklung sowie sinkender Auszubildendenzahlen erhöhten sich die durch das Unternehmen erzielten Fahrscheinerlöse im Geschäftsjahr 2011 um rd. 1,5 %, was eine Stabilisierung der unterjährigen Liquidität der Gesellschaft bewirkte.

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen, ist um 4,8 % gestiegen, insbesondere infolge der im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöhten Preise für Treibstoffe, absolut um insgesamt TEUR 303. Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren stieg im Geschäftsjahr 2011 um TEUR 266 (11 %), der Aufwand für bezogene Leistungen stieg um TEUR 37.

Für zusätzliche Leistungen im Stadtverkehr im Auftrag der HAVAG, die bis Anfang April 2011 durchgeführt wurden, und Leistungen im Schienenersatzverkehr für die Bahn sind zusätzliche fremde Fahrpersonale eingesetzt worden.

Der Aufwand für eigenes Personal reduzierte sich um TEUR 248 (7,1 %). Das ist hauptsächlich auf die Verringerung des durchschnittlichen Mitarbeiterbestandes im Vergleich zu 2010 zurückzuführen sowie die Folge von Dienstplanoptimierungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind auch in diesem Geschäftsjahr um 10,4 % (TEUR 84) gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Versicherungsaufwendungen verminderten sich vor allem aufgrund des erfolgten Rückwechsels zum günstigeren Tarif der HDN.

Die Umsatzerlöse stiegen im Vergleich zu 2010 (TEUR 10.625) um 3,5 % auf TEUR 11.001, absolut um TEUR 376.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens in den einzelnen Sparten stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2011 TEUR	2010 TEUR
Jahresergebnis nach Sparten		
Regionalverkehr	-99	-143
davon Buchgewinne	(44)	(134)
Stadtverkehr für HAVAG	-10	4
Mietwagen-/Gelegenheitsverkehr	92	17
Technischer Bereich/Handelsware/Vermietung	20	22

Die Ergebnisverbesserung der Sparte Regionalverkehr, auch unter Berücksichtigung der in 2011 um TEUR 90 niedrigeren enthaltenen Buchgewinne, ergibt sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr gemäß § 9 ÖPNVG. Die im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 88 höheren Abschreibungen in der Sparte Regionalverkehr resultieren aus den weiterhin forcierten Anstrengungen des Unternehmens zur Erneuerung des Fuhrparks. Der Materialaufwand für Treibstoffe erhöhte sich aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr um bis zu 17 % höheren Einkaufspreise deutlich. Durch eine Dieselpreisbindung in Höhe von EUR 1,073/ Ltr. im Unternehmensverbund mit Wirkung von Februar bis November 2011 konnte ein noch höherer Kostenauftrieb abgemildert werden.

Im Geschäftsjahr 2011 reduzierten sich die Leistungen im Stadtverkehr im Auftrag der HAVAG deutlich. Die im Jahr 2010 zusätzlich beauftragten Leistungen wurden Anfang 2011 reduziert und endeten Anfang April 2011. Das ausgeglichene Ergebnis des Vorjahres konnten daher in der Sparte Stadtverkehr nicht wieder erzielt werden. Ab 1. Januar 2012 wurden daraufhin neue Preise für die Leistungen im Auftrag der HAVAG vereinbart.

Ein weiterer Beitrag zur Deckung der Unternehmens-Gemeinkosten konnte durch die verstärkte Beauftragung im Schienenersatzverkehr für die Deutsche Bahn aufgrund von längerfristigen Streckenbaumaßnahmen erzielt werden. Der Umsatz übertraf das Niveau des Jahres 2010 um TEUR 84. Auch im Gelegenheitsverkehr konnte aufgrund einer positiven Auftragslage eine Steigerung des Umsatzes um TEUR 75 verzeichnet werden.

Risiken

Wirtschaftliche Risiken ergeben sich für das Jahr 2012 insbesondere aus der allgemeinen Kostenentwicklung für die Herstellung von Leistungen des ÖPNV, insbesondere infolge der Entwicklung der Treibstoffpreise.

Durch eine Dieselpreisbindung in Höhe von EUR 1,15/ Ltr. ab Februar 2012 bis ca. Mitte des Jahres 2012 wurde die Unsicherheit der Entwicklung des Ölmarktes und des Dieselpreises reduziert. Derzeit werden Anstrengungen unternommen, auch für den darauffolgenden Zeitraum eine Preisbindung auf ähnlichem Niveau zu erzielen. Die Auswirkungen des Anstieges des nicht besicherten Gaspreises an der Erdgastankstelle der VNG-Erdgastankstellen GmbH belasten dagegen die wirtschaftliche Situation stark, da 17 % des Fuhrparks aus Gasfahrzeugen bestehen.

In den Haustarifverhandlungen 2011 konnte nach Ablauf des alten Tarifes ein Neuabschluss mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2012 erfolgen. Für das Jahr 2011 ergab sich daraus ein Lohnanstieg um 0,64 %, für 2012 wird der Anstieg 0,72 % betragen.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen wird für das Geschäftsjahr 2012 wieder von einem annähernd ausgeglichenen Jahresergebnis der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH ausgegangen.

Saalebus GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Freiimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Hallesche Verkehrs-AG	13	50,00
Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb	13	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung von Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie im Gelegenheitsverkehr und Reiseverkehr.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Krüger, Roberto	(seit 01.10.2011)
		Menzel, Doris	(bis 30.09.2011)
		Schlicht, Rüdiger	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Girard, François	
		Dr. Vetter, Wolfdietrich	
		Pietsch, René	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	
Umlaufvermögen	297	100	273	100	302	100	24	9
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0					0	
Bilanzsumme	**297**	**100**	**273**	**100**	**302**	**100**	**24**	**9**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	85	29	82	30	96	32	3	4
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	6	2					6	
Rückstellungen	31	10	43	16	54	18	-12	-28
Verbindlichkeiten	175	59	148	54	152	50	27	18
Bilanzsumme	**297**	**100**	**273**	**100**	**302**	**100**	**24**	**9**

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	1.750	1.698	1.715
sonstige betriebliche Erträge	10	3	6
Materialaufwand	493	481	481
Personalaufwand	833	817	784
sonstige betriebliche Aufwendungen	442	434	399
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		3	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-8	-32	54
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3	-4	21
sonstige Steuern	-13	-14	-13
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	-14	47
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2	-14	47

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,13	-0,83	2,72	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,83	-14,61	94,04	%
Cash-Flow:	2	-14	47	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	57	57	57	T€
Personalaufwandsquote:	47,36	48,02	45,65	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	28,45	30,10	31,80	%
Fremdkapitalquote:	71,55	69,90	68,20	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Fahrplan-km	799.968,00	800.422,00	809.215,00	km
Platz-km	64.872.795,00	64.792.713,00	60.691.125,00	km

e) Lagebericht

A. Geschäftsverlauf einschließlich Geschäftsergebnis und Geschäftslage

1. Geschäftsverlauf einschließlich Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr 2011 verlief geordnet. Die Vermögens und Finanzlage der Gesellschaft waren gesichert.

Dem Unternehmenszweck beeinträchtigende Vorgänge und Geschäftsrisiken waren nicht gegeben.

Insgesamt wurde eine Verkehrsleistung von 799.968 km erbracht.

Die Saalebus GmbH schloss das Jahr 2011 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2,3 (Vorjahr TEUR -14,1) ab.

Im Jahr 2011 gab es einen Geschäftsführerwechsel. Auf Grund von Krankheit schied Frau Doris Menzel zum 30.09.2011 aus. Herr Roberto Krüger wurde zum 01.10.2011 als neuer Geschäftsführer bestellt. Herr Rüdiger Schlicht wurde mit Datum 01.07.2011 bei der Saalebus GmbH mit einem Geschäftsführeranstellungsvertrag fest angestellt.

Der Personalbestand betrug 2011 durchschnittlich:

Insgesamt:	31 Personen
davon Arbeiter:	30 Personen
davon Angestellte	1 Person

Es wurden 2 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. 1 Arbeitnehmer war das ganze Jahr krank.

Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse liegen mit 5% über dem Plan. Sie konnten zum Vorjahr um 3,1% gesteigert werden.

Die Aufwendungen liegen mit 7,7% über dem Plan. Zu den Vorjahreswerten kam es zu einer Steigerung von 1,9 %.

2. Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war im Berichtsjahr gesichert.

3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Saalebus GmbH belief sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 296,9. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr 2010 (TEUR 272,9) um TEUR 24,0 erhöht.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich ebenfalls um TEUR 24,0.

Das Eigenkapital in Höhe von TEUR 84,5 hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2,3 erhöht.

B. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken und Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Der Aufsichtsrat der Saalebus GmbH hat in seiner Sitzung am 09.12.2011 dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 zugestimmt. Die Zustimmung erfolgte allerdings nur unter der Auflage, den Kostensatz so gering wie möglich zu halten.

Die entstehenden Kosten der Saalebus GmbH resultieren hauptsächlich aus bestehenden Verträgen mit den Gesellschaftern sowie tarifvertragliche Reglungen, so dass für die Geschäftsführung hier kaum Möglichkeiten zum Handeln bestehen.

Der daraus resultierende Kilometerpreis kann nur noch beschränkt als wettbewerbsfähig angesehen werden. Nur durch die Direktvergabe der Leistungen von der HAVAG an die Saalebus GmbH auf der Grundlage des Konzernprivilegs werden gesicherte Einnahmen erzielt. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen ist abzuwarten, wie sich der Rechtsrahmen zukünftig entwickelt, wovon die weitere Entwicklung der Saalebus GmbH abhängt.

Die Entwicklung der Saalebus GmbH hängt in den nächsten Jahren weiterhin maßgeblich davon ab, wie sich der Nahverkehr in der Stadt Halle entwickelt und welchen Einfluss die politischen Entscheidungsträger hierauf nehmen.

Aus unserer Sicht ist hierbei eine negative Entwicklung zu erwarten.

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Große Ulrichstraße 57 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	50

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Hallesche Verkehrs-AG	26	51,00
Leipziger Servicebetriebe GmbH	25	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen jedweder Art, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u. a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Beförderungsleistungen aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken, soweit sie nicht unter das Personenbeförderungsgesetz und das Luftverkehrsgesetz fallen
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und der Förderung ihres Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Sie ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und Betriebe anderer Unternehmen für deren Rechnung zu führen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Am Gegenstand des Unternehmens wird deutlich, dass sich der öffentliche Zweck dieses Unternehmens aus § 116 Abs. 2 GO-LSA ergibt, da es sich im ÖPNV betätigt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Milewski, Thomas
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Girard, François
	stellv. Vorsitzender	Rensmann, Kai
		Pietsch, René

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	92	36	101	38	53	20	-9	-9
Umlaufvermögen	107	42	101	38	199	73	6	6
Rechnungsabgrenzungsposten	53	22	54	21	19	7	-1	-2
Aktive latente Steuern	1	0	7	3			-6	-86
Bilanzsumme	**253**	**100**	**263**	**100**	**271**	**100**	**-10**	**-4**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	128	50	112	43	89	33	16	14
Rückstellungen	87	34	102	39	132	49	-15	-15
Verbindlichkeiten	36	15	25	9	29	11	11	44
Rechnungsabgrenzungsposten			21	8	21	7	-21	-100
Passive latente Steuern	2	1	3	1			-1	-33
Bilanzsumme	**253**	**100**	**263**	**100**	**271**	**100**	**-10**	**-4**

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	1.413	1.334	1.254
sonstige betriebliche Erträge	21	79	45
Materialaufwand	157	178	97
Personalaufwand	987	924	898
Abschreibungen	23	21	21
sonstige betriebliche Aufwendungen	234	260	252
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	33	30	34
außerordentliche Aufwendungen			21
außerordentliches Ergebnis			-21
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16	5	5
sonstige Steuern	2	2	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	15	23	6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	15	23	6

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,10	1,73	0,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	13,87	25,77	7,47	%
Cash-Flow:	39	44	27	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	28	28	25	T€
Personalaufwandsquote:	68,78	65,35	69,11	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	36,04	37,75	18,97	%
Eigenkapitalquote:	50,49	42,71	32,94	%
Fremdkapitalquote:	49,51	57,29	67,06	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	2,37	3,00	2,71	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	27,18	26,16	22,39	TEUR

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Geschäftsjahr 2011 war vor allem von der Eurokrise geprägt und einer daraus resultierenden unsicheren Finanzmarktsituation, die sich nicht direkt auf die Gesellschaft ausgewirkt hat. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland wird voraussichtlich einen Anstieg von 3,0 % verzeichnen können, was vor allem von der Exportwirtschaft sowie von der starken Binnennachfrage getragen wird. Das Jahr 2011 hat den höchsten Konsumanstieg der vergangenen 5 Jahre erreicht. Dadurch haben sich auch die Steuereinnahmen auf allen Ebenen der öffentlichen Hand positiv entwickelt. Nach Aussage der Ministerin Prof. Dr. Birgitta Wolf zur Entwicklung des BIP brummt die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt. Mit einem preisbereinigten Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 4,5 Prozent im ersten Halbjahr 2011 konnte Sachsen-Anhalt nicht nur mit einem höheren Wachstum als im Bundesdurchschnitt aufwarten, sondern auch mit der höchsten Wachstumsrate aller ostdeutschen Bundesländer. Dies wird sich auf die Länder- und Kommunalhaushalte entscheidend auswirken. Der bestehende Konsolidierungsdruck auf den Hauptauftraggeber, der die Geschäfte der Gesellschaft prägt, setzt sich fort und treibt somit den Ausbau der bestehenden Geschäftsfelder voran.

2. Leistungsbereiche, Umsatz und Auftragsentwicklung

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2011 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 1.413 (Vorjahr T€ 1.334) verzeichnen, ein Teil der Steigerung entfällt auf die Preisanpassung zu Beginn des Jahres im Zuge der Vergütungserhöhung. Davon entfielen T€ 658 (Vorjahr T€ 638) auf die Fahrausweisprüfung, T€ 609 (Vorjahr T€ 579) auf die Fahrzeug- und Gebäudereinigung, T€ 126 (Vorjahr T€ 117) auf den Winterdienst und T€ 20 (Vorjahr T€ 0) auf die Vegetationspflege, welche im Geschäftsjahr aufgebaut wurde. Die Veränderung im Winterdienst ist durch eine Auftragserweiterung sowie die extremen Wetterlagen zu Beginn und Ende des Geschäftsjahres zu erklären. Im Bereich der Reinigung konnten zusätzliche Umsätze mit der HAVAG sowie Dritten realisiert werden, die die ausbleibenden Umsätze mit der HWS vollständig kompensierten. Weiterhin wurde das Geschäftsfeld in der Vegetationspflege gestärkt. In der Fahrausweisprüfung wurden spezielle Prüfaufträge für Dritte durchgeführt. Insgesamt konnte dem Absinken der Umsätze entgegengewirkt werden.

3. Beschaffung und Investitionen

Die wesentlichen Aufwandspositionen entfallen im Geschäftsjahr auf Materialaufwand (Streumittel, Fahrzeugkosten, Leasing und Tanken), Miete und Telekommunikation. Dabei wurden bestehende Rahmenverträge bzw. Konditionen anderer Unternehmen genutzt. Investitionen wurden in Höhe von T€ 17 getätigt. Der Hauptteil fällt dabei auf die Beschaffung moderner Winterdiensttechnik, die Erstbeschaffung von Kleingeräten für die Vegetationspflege sowie in der Reinigung auf die Ersatzbeschaffung von Reinigungsgeräten.

Insbesondere der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe im Bereich Winterdienst liegt deutlich über Vorjahresniveau. Ursache dafür ist die kostenintensive Beschaffung von Streumitteln während der langen und extremen Winterdienstmonate des vergangenen Jahres. Des Weiteren wurden zusätzliche Fahrzeuge angemietet, um die vereinbarte Winterdienstqualität zu erreichen.

4. Finanzierungsmaßnahmen

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden durch Mittel aus der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert.

5. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 52 Arbeitnehmer beschäftigt, zum 31. Dezember 2011 waren es 52.

Der Personalaufwand im Geschäftsjahr betrug T€ 986. Die Entlohnung der Mitarbeiter erfolgt nach einer firmeninternen Arbeitsvertragsrichtlinie, die zum 01.01.2011 aktualisiert wurde. Ausgaben für Aus- und Weiterbildung im Geschäftsjahr betrugen T€ 12,8.

Unterweisungen zum Arbeitsschutz erfolgten entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Die Gesellschaft hat dafür einen Dienstleister zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Berufskrankheiten und schwere Arbeitsunfälle sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Den extremen Wetterlagen geschuldet, kam es im zurückliegenden Geschäftsjahr 2011 temporär zu einem veränderten Einsatz der Straßenbahnen, wodurch sich für die SGS das Arbeitsaufkommen verschoben hat. Diesem konnte personalseitig durch flexible Arbeitszeitregelung (Stundenkonto) sowie durch zusätzliche Aufträge entgegengewirkt werden.

Diese Wetterlagen hatten dazu geführt, dass die SGS zu Beginn des Jahres mit der Beschaffung von Streumitteln beauftragt wurde und insgesamt 325 Tonnen Streusalz beschaffte. Diese wurden teilweise an verbundene Unternehmen weiterberechnet. Die extreme Situation und die ausbleibenden Salzlieferungen haben zu einem Umdenken bei der Bevorratung von Streumitteln geführt.

Zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Fahrzeugreinigung sowie Glas- und Gebäudereinigung wurden die Vorgabenprogramme weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst.

Die im Jahr 2009 begonnene Einführung des E-Tickets in der Tarifzone der HAVAG wurde im laufenden Geschäftsjahr mit neuen Angeboten fortgesetzt. Dies bedeutet für die SGS eine fortlaufende Anpassung der Arbeitsabläufe der Fahrausweisprüfung. Grundsätzlich wurde der Ablauf der Kontrolltätigkeit überarbeitet und um kundenorientierte Vorgehensweisen erweitert.

Die Fahrausweisprüfung konnte sich aufgrund der guten Leistungen und den weitreichenden Erfahrungen in der Kontrolltätigkeit weiter verbessern und somit die vorhandenen sowie neue Auftraggeber mit speziellen Prüfleistungen bedienen. Des Weiteren soll das vorhandene Fachwissen zu Tarifen und Bediengebieten zielgerichteter eingesetzt werden.

Die im vorangegangenen Jahr beauftragte Vandalismusbeseitigung im Bereich der Fahrzeugreinigung wurde angepasst und beinhaltet nunmehr auch die Beseitigung von Vandalismusschäden im Kraftomnibusbereich der HAVAG.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die fertig gestellten Haltestellen sowie weiteren Liegenschaften der HAVAG und Drittkunden erweitert, die in Eigenregie beräumt werden. Dies ist vor allem durch die Anschaffung eines weiteren Spezialfahrzeuges möglich, wodurch die Quantität sowie die Qualität der Leistung verbessert werden konnten.

Im Bereich der Gebäudereinigung konnte in diesem Geschäftsjahr der vorhandene Kundenstamm ausgebaut und weitere Aufträge abgearbeitet werden. Dabei wurden Erfahrungen gesammelt, die geholfen haben die Arbeitsprozesse ganzheitlich zu verbessern.

In der Gesellschafterversammlung vom 14. April 2011 wurde der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 festgestellt. Das Ergebnis wurde in Höhe von T€ 23 der Gewinnrücklage zugeführt. Des Weiteren wurde die Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für den Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2011 beschlossen.

Am 14. September 2011 wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2012 bestätigt sowie die Mittelfristplanung bis 2016 zur Kenntnis genommen.

Die SGS wird in den Konzernabschluss der Stadtwerke Halle GmbH einbezogen. Die SGS wird dabei vollkonsolidiert. Umsatzsteuerliche Organschaft besteht seit 01.01.2006 mit der HAVAG.

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2011 beträgt T€ 92 (Vorjahr T€ 101). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 131 (Vorjahr T€ 145), darin enthalten ist ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von T€ 39, der verauslagte Investitionskosten auf zwei Mietobjekte beinhaltet, die durch eine Verrechnung der Mietzahlungen mit den Mietkosten rückerstattet werden.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 128 (Vorjahr T€ 112). Dies sind 51 % (Vorjahr 43 %) der Bilanzsumme. Das Anlagevermögen ist damit zu 140 % (Vorjahr 112 %) durch Eigenkapital finanziert.

2. Finanzlage

Die verfügbaren liquiden Mittel zum 31. Dezember 2011 belaufen sich auf T€ 71 (Vorjahr T€ 50). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 36 (Vorjahr T€ 25). Es ergibt sich ein Liquiditätsgrad 1. Grades von 198 % (Vorjahr 200 %). Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert.

3. Ertragslage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 34 (Vorjahr T€ 30). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 2,4 % (Vorjahr 2,3 %). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 16 (Vorjahr T€ 23). Dies entspricht einer Netto-Umsatzrendite von 1,1 % (Vorjahr 1,8 %).

In den folgenden Jahren wird bei stetigen Umsätzen eine Fortführung des Unternehmenserfolges angestrebt.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Als wesentliches Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt. Jedoch ist die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Vertragslage und der von den Gesellschaftern getragenen Philosophie auf mittlere Sicht gering. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern. Die Einbindung in die Stadtwerke Halle GmbH ist eine wesentliche Chance für die Gesellschaft. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften können durch die Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen und Synergieeffekte realisiert werden. Daher wird intensiv an speziellen Leistungsangeboten im Kerngeschäft gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen und die Prozesse der Konzernunternehmen ergänzen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und somit auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS.

Die Gesellschaft wird weiterhin aktiv an der Generierung von Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Des Weiteren wird somit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gestärkt. Um dies zu erreichen, wird angestrebt, die Leistungen im Bereich der Haltestellenreinigung zu erweitern sowie weitere Spezialleistungen, wie Graffitientfernung und Vegetationspflege, anzubieten. Dadurch soll der Umsatz in diesem Bereich gesteigert sowie eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet werden.

Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft wird in monatlich stattfindenden Beratungen mit Hilfe einer Soll-Ist Analyse ausgewertet. Eine Vorschau der wirtschaftlichen Entwicklung wird vierteljährlich für das Geschäftsjahr und jährlich im Rahmen der mittelfristigen Planung aktualisiert. Die Liquidität wird permanent überwacht.

Das bestehende Risikomanagementsystem der Gesellschaft wurde weiterentwickelt. Im Geschäftsjahr wurden die Risiken im Rahmen der jährlichen Risikoinventur neu eingeschätzt, Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten neu bewertet und Frühwarnindikatoren angepasst. Es erfolgt monatlich eine Betrachtung der definierten Risiken und die Darstellung geeigneter Maßnahmen.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Kaolinstraße 4 06126 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	256

Gesellschafter:

	T€	%
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Instandhaltung und Instandsetzung, Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen. Das Unternehmen ist berechtigt, zur Realisierung des Gesellschaftszweckes Grundstücke zu erwerben, zu bebauen und zu belasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten.

Öffentlicher Zweck:

Es handelt sich um ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft, dessen öffentlicher Zweck sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA ergibt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Damm, Bert

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	147	10	160	8	93	5	-13	-8
Umlaufvermögen	1.241	87	1.896	90	1.642	92	-655	-35
Rechnungsabgrenzungsposten	37	3	36	2	48	3	1	2
Bilanzsumme	**1.425**	**100**	**2.092**	**100**	**1.783**	**100**	**-667**	**-32**
Treuhandvermögen	7	0	7	0	7	0	0	0

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	526	37	526	25	526	30	0	0
Rückstellungen	484	34	983	47	911	51	-499	-51
Verbindlichkeiten	415	29	583	28	346	19	-168	-29
Bilanzsumme	**1.425**	**100**	**2.092**	**100**	**1.783**	**100**	**-667**	**-32**
Treuhandverbindlichkeiten	7	0	7	0	7	0	0	0

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	3.411	6.909	4.646
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	30	-1.075	373
sonstige betriebliche Erträge	168	46	35
Materialaufwand	1.899	3.564	2.709
Personalaufwand	1.031	1.520	1.511
Abschreibungen	35	34	26
sonstige betriebliche Aufwendungen	579	619	773
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	10	19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	71	152	56
sonstige Steuern	4	5	6
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	67	147	50
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,96	2,13	1,07	%
Eigenkapitalrentabilität:	12,74	27,97	9,48	%
Cash-Flow:	102	181	76	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	103	134	94	T€
Personalaufwandsquote:	28,56	25,85	29,89	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	10,29	7,66	5,22	%
Eigenkapitalquote:	36,89	25,13	29,47	%
Fremdkapitalquote:	63,11	74,87	70,53	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1 Darstellung des Unternehmens

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (im Weiteren BHT genannt) ist das 100%ige Tochterunternehmen der Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (im Weiteren GWG genannt). Die BHT wurde 1995 in der jetzigen Wirtschaftsform als GmbH gegründet. Ihre Tätigkeitsfelder umfassen:

- ✓ Haustechnik (Heizung / Lüftung / Sanitär),
- ✓ Maurer- / Fliesenlegerarbeiten, Graffiti-Schadensbeseitigung und Betoninstand-setzung,
- ✓ Elektroinstallation,
- ✓ Innenausbau / Bodenleger- und Malerarbeiten,
- ✓ Schlüsseldienst.

Mit diesem Gewerbeprofil wurden die Kapazitäten der BHT für Modernisierungs-, Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten am Wohnungsbestand sowie an den Immobilienobjekten der GWG genutzt. Der Wirkungsbereich insgesamt wurde so gestaltet, dass die BHT-Kapazitäten vorwiegend für Instandsetzungs-, Sanierungs- und Wartungsleistungen tätig waren. Es ist zu beachten, dass nach Auslaufen einer komplexen Maßnahme der Modernisierung und Instandsetzung die oben genannten Gewerke bei der Abarbeitung von Einzelaufträgen und von objektgebundenen Einzelmaßnahmen aktiv waren. Das laufende Instandhaltungsprogramm der GWG wurde mit den Schwerpunkten der technischen Gewerke (Haustechnik und Elektro) durch die BHT gewährleistet. Als vorteilhaft für die GWG ergibt sich auch die Tatsache, dass die anfallenden Arbeitsaufträge für diesen Servicesektor (Wartungsarbeiten und Reparaturen) jederzeit kurzfristig abgesichert werden konnten. Ein weiterer Gesichtspunkt, bei dem die vorgenannten Gewerke mit unterschiedlichen Schwerpunkten tätig waren, ist die Durchführung von Arbeitsleistungen für Ausbau-wohnungen. Als Bereicherung hat sich hier das „Bauen aus einer Hand“ durch die BHT erwiesen. Bauleistungen im vorgenannten Sinn für das Studentische Wohnen in Halle-Neustadt wurden ebenfalls durch die BHT für die GWG realisiert.

Durch die Mutter-Tochter-Beziehung müssen die verfügbaren Kapazitäten der BHT zum überwiegenden Teil für die Muttergesellschaft tätig sein. Um jedoch den „Anschluss am freien Markt“ nicht zu verlieren, wurden auch Leistungsanteile im oben genannten Profil der BHT bei Privatkunden erfolgreich umgesetzt.

2 Geschäftsverlauf und Geschäftsergebnis

2.1 Rahmenbedingungen

Das in den Geschäftsjahren 2008 bzw. 2009 durch die Muttergesellschaft mit dem Tochterunternehmen intensiv gestaltete Inhouse-Geschäft wurde weiterentwickelt. Neue Geschäftsbereiche wie Graffiti-Schadensbeseitigung und Betoninstandsetzung aber auch Bauwerksabdichtungen (Injektionsverfahren) wurden erfolgreich realisiert. Die damit verbundenen Leistungsanteile für die GWG liegen 2011 bei 91 Prozent. Analog zum Lagebericht des Geschäftsjahres 2010 kann daher aus eigener Erfahrung zur Entwicklung des Bauwesens und einer konkreten Beurteilung des freien Marktes keine Einschätzung durch das Unternehmen BHT erfolgen.

2.2 Geschäftsverlauf

Die positive Gestaltung der Mutter-Tochter-Beziehung erfolgte auf der in den letzten Geschäftsjahren praktizierten Arbeitsweise. Mit der Konkretisierung der Plandokumente der Muttergesellschaft zum Jahresende 2010 wurden bereits Abstimmungen zwischen Mutter- und Tochterunternehmen in der Form durchgeführt, dass in Frage kommende Bauaufgaben der GWG mit der BHT diskutiert, abgestimmt und in verbindliche Vereinbarungen eingebunden wurden. Grundlage für die konkrete Aufgabenübertragung zwischen Mutter- und Tochterfirma bildeten klassische Vertragsbeziehungen sowie die vorangehenden Entscheidungen der Vergabekommission der GWG. Die Realisierung der Baumaßnahmen durch die BHT erfolgte in Eigenleistung; aber auch unter Bindung von entsprechenden Subunternehmen (je nach Bedarf). Leiharbeitskräfte waren in der Regel nur punktuell tätig.

Das Notdienstmanagement für die Muttergesellschaft mit den Schwerpunkten Haustechnik und Elektro wurde im gesamten Geschäftsjahr reibungslos durch die BHT sichergestellt. Die bei der Restrukturierung mit dem Geschäftsjahr 2008 als Zielstellung formulierten Vorteile einer weiterhin direkten Absicherung des gesamten Notdienstes durch die BHT haben sich als richtig bestätigt. Im Einzelnen sind folgende Kriterien zu nennen:

- ➢ schnelle Reaktionszeit durch die vorhandenen Kapazitäten der Tochtergesellschaft;
- ➢ bedingt durch das hohe Insiderwissen im Immobilienbestand der GWG wurde eine effektive Auftragsabwicklung jederzeit abgesichert;
- ➢ bedingt durch die Mutter-Tochter-Beziehung und der damit verbundenen umsatzsteuerlichen Organschaft ist dieser Gesichtspunkt als betriebswirtschaftlich positiv einzuordnen.

Das erzielte Betriebsergebnis für das Geschäftsjahr 2011 ist als positiv zu bewerten; die Liquidität der BHT war jederzeit gewährleistet.

Es ergeben sich folgende Umsatzerlöse in Bezug auf das Verhältnis Muttergesellschaft sowie Leistungen für Dritte:

Umsatzerlöse für die Muttergesellschaft GWG	**T € 3.100 (91%)**
Umsatzerlöse für Dritte	**T € 311 (9%)**

In Bezug auf die Personalarbeit ist festzustellen, dass auch im Geschäftsjahr 2011 umfassende Weiterbildungsmaßnahmen bei handwerklichen Mitarbeitern aber auch bei Führungskräften durchgeführt wurden.

Die im Geschäftsjahr 2008 begonnene Restrukturierung des Unternehmens wurde 2011 weitergeführt. Schwerpunkte bildeten in einem eigens dafür ausgearbeiteten Personal- und Entwicklungskonzeptes eine vollzogene Bewertung von ausgewählten Arbeitsstellen im Stellenplan der BHT auf ihren weiteren Bedarf. Dieses Personalentwicklungskonzept wurde schwerpunktmäßig im Geschäftsjahr 2011 angepasst, umgesetzt und findet im Geschäftsjahr 2012 seinen Abschluss.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 1.425 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 2.092) um 31,9% verringert. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 667 verringerte Bilanzsumme, hat sich die Eigenkapitalquote auf 36,9% erhöht.

Bezogen auf die Bilanzstruktur, ergaben sich auf der Aktivseite Veränderungen, insbe-sondere durch die Verringerung des Finanzmittelfonds um T€ 575, die Verringerung der Forderungen (insgesamt um T€ 110) sowie der Verringerung des Anlagevermögens um T€ 13, dem gegenüber steht eine Erhöhung der Vorräte um T€ 31. Auf der Passivseite wurde die Verringerung der Bilanzsumme durch die um T€ 500 gesunkenen sonstigen Rückstellungen sowie die um T€ 167 gesunkenen Verbindlichkeiten verursacht.

Im Bezug auf die Liquidität wurden alle Investitionen aus eigenen Mitteln getätigt. Der Finanzmittelfond beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 816.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist als positiv zu bewerten. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf T€ 71 (Vorjahr T€ 152). Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Ergebnis von T€ 67 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

3 Weitere Entwicklung

3.1 Chancen der künftigen Entwicklung

Die begonnene Restrukturierung der BHT ist nicht abgeschlossen und muss im kommenden Zeitraum weiter geführt werden. Die in den letzten Jahren begonnene Neuausrichtung mit Teilleistungen auf den Strecken Beseitigung von Graffitischäden, Bauwerks- und Fugenabdichtungsarbeiten sowie Betoninstandsetzung haben sich qualitativ gefestigt. Da die Entwicklung dieser Strecken insgesamt als sehr positiv einzuordnen ist, müssen die Chancen zur weiteren Fortführung dieser Teilleistungen in den kommenden Zeiträumen nunmehr als fester Bestandteil, bei entsprechenden zu vergebenden Arbeiten der GWG an die BHT, Berücksichtigung finden.

Grundsätzliche Abstimmungen zur weiteren Verfahrensweise bei der Absicherung von erforderlichen Notdienstleistungen einschließlich Instandhaltung und Wartung wurden zum Jahreswechsel 2011 / 2012 aktualisiert und neu festgeschrieben. Hier sind ebenfalls für die nächsten Zeiträume gute Chancen für die weitere Tätigkeit der BHT zu sehen.

Im Rahmen der weiterführenden Restrukturierung bilden effektivere innere Abläufe, die zu organisieren sind, Ressourcen, welche unbedingt kurzfristig zu bewerten sind.

3.2 Risiken der künftigen Entwicklung

Die Liquidität des Unternehmens war in den letzten Jahren jederzeit gewährleistet. Der Arbeitskräfteeinsatz der gewerblichen Arbeitnehmer der BHT wurde bisher so gestaltet, dass es immer mit Kontinuität gelungen war, den Einsatz effektiv zu gestalten. Dies alles war nur möglich, weil innerbetrieblich geführte Rapportsysteme aber auch das Berichtswesen von Tochter- zur Muttergesellschaft gut organisiert sind. Dies ist für die weitere erfolgreiche Gestaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit der BHT sicherzustellen. Um eventuellen Risiken entgegenzutreten wirkte je nach Situation die Innenrevision der GWG mit.

Als risikobehaftet ist die Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes aus dem Geschäftsjahr 2011 zu betrachten. Die mit der Reduzierung von Verwaltungspersonal verbundenen Problemstellungen müssen konsequent in Bezug auf die Prozess- und Ablaufgestaltung gelöst werden. Schwerpunkt bildet dabei der störungsfreie Ablauf aller Arbeitsverrichtungen, die im Bereich der gewerblichen Tätigkeit der BHT stattfinden. Den damit verbundenen Risiken ist durch entsprechende laufende Qualifizierung von Führungs-kräften aber auch von gewerblichen Arbeitnehmern entgegenzuwirken. In Bezug auf Erfordernisse von Neukonzipierungen ist als Tätigkeitsgebiet besonders der Komplex Lagerwirtschaft zu benennen.

3.3 Prognose

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass das Inhouse-Geschäft zwischen GWG und BHT fortgeführt wird und die Splittung der Leistungen in GWG-Anteil sowie Anteil freier Markt sich weiterhin zu etwa 90 % für das Mutterunternehmen gestaltet. Dabei sind die inhaltlichen Schwerpunkte insbesondere für Leistungen der Wartung / Instandhaltung / Revision für die Bereiche Haustechnik und Elektro zu benennen. Insgesamt werden die Gewerke Haustechnik, Elektro, Maurer und Fliesenleger, Innenausbau mit Bodenleger-arbeiten und Schlüsseldienst entsprechend dem Bauaufkommen der GWG mit eingebunden. Inhaltlich sind diese Kapazitäten weiterhin für punktuelle Einzelmaßnahmen sowie objektbezogene Instandsetzungen / Reparaturen aber auch Modernisierungsarbeiten einzuplanen. Weitere Geschäftsfelder, die sich im Zusammenhang mit dem Reparatur- und Baubedarf des Mutterunternehmens ergeben, sind situationsbedingt zu entwickeln. Dabei sind alle Möglichkeiten und insbesondere das hohe Insiderwissen der BHT-Mitarbeiter als gute Ausgangsbasis anzusehen.

Grundlage für die einzelnen Jahresplanungen bilden die inhaltlichen Bauaufgaben der Muttergesellschaft, die im jeweils IV. Quartal des laufenden Jahres für das kommende Geschäftsjahr kapazitiv mit dem Arbeitsaufkommen der BHT abzustimmen sind. Die konkrete Planeinordnung in die jeweiligen Geschäftsjahre erfolgt dann schwerpunktmäßig im I. Quartal des laufenden Geschäftsjahres.

Wie im zurück liegenden Geschäftsjahr ist gleichfalls die Geschäftstätigkeit für das Geschäftsjahr 2012 von der Planung her als positiv gestaltet einzuschätzen. Es ist davon auszugehen, dass auch in diesem Geschäftsjahr ein positives Ergebnis vor Gewinnabführung erreicht wird.

EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Am Stadion 5 06122 Halle (Saale)
Rechtsform:	Eigenbetrieb
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Der Zweck des Eigenbetriebes ist die Erbringung gebäudewirtschaftlicher Leistungen zum Raum-, Bewirtschaftungs-, Sanierungs-, Modernisierungs- und Unterhaltungsbedarf an städtischen und städtisch angemieteten Gebäuden einschließlich Neu- und Erweiterungsbau. Die Leistungserbringung erfolgt auf der Basis von Serviceverträgen/-vereinbarungen bezogen auf die dem Verwaltungsvermögen zugeordneten Grundstücke und Gebäude in seiner Gesamtheit.

(2) Zweck des Eigenbetriebes ist ferner die bedarfsgerechte Steuerung der Versorgung der Organisationseinheiten der Stadtverwaltung mit Gebäuden und Räumen und den dazugehörigen Grundstücken im Rahmen der Serviceverträge und -vereinbarungen.

(3) Im Rahmen der sachgerechten Bewirtschaftung wird der Eigenbetrieb als ganzheitlicher Dienstleister in folgenden Bereichen tätig:
- Finanzen, Buchhaltung, Controlling;
- Verträge, Ausschreibung, Vergabe;
- Neu- und Erweiterunqsbau, Projektplanung;
- Instandhaltung (Bauunterhaltung/Reparaturen), Instandsetzung (Modemisierung)
- Umbau und Verbesserung;
- Flächenmanagement und Betreuung des Mieter-Vermietermodells;
- Vorbereitung Abriss und Vermarktung;
- Energiemanagement;
- Bewirtschaftung;
- Beschaffung von Leistungen und Waren für die Gebäudebewirtschaftung;
- Gebäudeverwaltung einschließlich der Verwaltung von Leerstandsobjekten;
- Pflege und Unterhalt der Außenanlagen für Grundstücke;
- Umzugsmanagement.

(4) Der Eigenbetrieb kann mit Leistungen nach Absatz 1 auch für städtische Eigenbetriebe, Gesellschaften, Anstalten und Stiftungen tätig werden. Bei Maßnahmen, in die städtische Mittel einfließen, ist die Leistungsübernahme in Form von Betreuung und Kontrolle durch den Eigenbetrieb erforderlich.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Das Unternehmen zeichnet sich für die Betreuung von Immobilien anderer städtischer Unternehmen verantwortlich.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		Bielecke, Bernd	
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Dr. Pohlack, Thomas	(bis 06.07.2011)
	Vorsitzender	Neumann, Wolfram	(seit 07.07.2011)
		Hopfgarten, Klaus	
		Kohlberg, Uwe	
		Menn, Christoph	
		Röhr, Christine	
		Schramm, Rudenz	
		Sprung, Michael	
		Wildgrube, Martina	
		Wolter, Tom	

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€	T€
Betriebsausschuss	0	0	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	772	3	914	3	1.036	4	-142	-16
Umlaufvermögen	26.771	97	30.516	97	27.205	96	-3.745	-12
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	5	0	44	0	-2	-40
Bilanzsumme	**27.546**	**100**	**31.435**	**100**	**28.285**	**100**	**-3.889**	**-12**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.588	6	1.587	5	1.534	5	1	0
Sonderposten für Investitionszulagen	322	1	380	1	440	2	-58	-15
Rückstellungen	4.070	15	4.204	13	4.715	17	-134	-3
Verbindlichkeiten	21.543	78	25.218	81	21.528	76	-3.675	-15
Rechnungsabgrenzungsposten	23	0	46	0	68	0	-23	-50
Bilanzsumme	**27.546**	**100**	**31.435**	**100**	**28.285**	**100**	**-3.889**	**-12**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	32.534	34.645	36.710
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-475	-289	-1.817
sonstige betriebliche Erträge	1.780	3.302	2.694
Materialaufwand	22.262	21.782	21.713
Personalaufwand	7.915	10.247	10.149
Abschreibungen	210	225	241
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.310	5.160	5.449
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	86	31	67
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	141	169	7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	87	106	95
außerordentliche Aufwendungen		15	
außerordentliches Ergebnis		-15	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4	1	10
sonstige Steuern	90	89	84
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,06	0,05	0,04	%
Cash-Flow:	211	225	242	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	171	149	146	T€
Personalaufwandsquote:	23,39	27,21	27,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,77	2,87	3,61	%
Eigenkapitalquote:	5,77	5,05	5,43	%
Fremdkapitalquote:	94,23	94,95	94,57	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Mietfläche Anmietung Stadt	14.256,26	16.453,00	16.580,00	m²
Mietfläche Drittvermietung	80.722,29	83.112,00	72.684,00	m²
Mietfläche Vermietung an die Stadt	361.900,13	369.939,00	387.498,00	m²

e) Lagebericht

1. Darstellung der Geschäftsfelder und des Geschäftsverlaufes

Die Vermietung von Mietflächen in städtischen Gebäuden basiert seit 2004 auf dem Vermieter-Mieter-Modell. Auf Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2007 sind alle städtischen Objekte, die bis dahin im Sondervermögen des EB ZGM ausgewiesen wurden, in das allgemeine Grundvermögen der Stadt Halle (Saale) zum 1. Januar 2008 rückübertragen worden.

Die Rückübertragung hatte weitreichende Folgen für das bestehende Vermieter-Mieter-Modell. Die Vertragsverhältnisse und die Zahlungsmodalitäten waren anzupassen, da nur die Stadt Halle (Saale) als Eigentümerin Mieten von den Ämtern und Drittnutzern verlangen kann. Aus diesem Grund wurde eine Servicevereinbarung abgeschlossen, die die Erbringung der Dienstleistungen des EB ZGM an den Grundstücken und dazu gehörigen Gebäuden zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Eigenbetrieb regelt. Der EB ZGM ist seitdem weiterhin ganzheitlicher Dienstleister im Sinne einer Verwaltungsgesellschaft. Zu den Aufgaben des EB ZGM gehören die Verwaltung der Mietverträge für die Ämter und Dritte, die Koordinierung und Verrechnung der Betriebskosten, das Flächenmanagement, Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen und die Realisierung von investiven Maßnahmen. Der Eigenbetrieb erhält dafür ein monatliches Serviceentgelt in Höhe der bis zum Abschluss der Servicevereinbarung vereinbarten Mietzahlungen und Bewirtschaftungskosten, die weiterhin durch den EB ZGM erfasst und den einzelnen Objekten zugeordnet werden. Gegenstand der Servicevereinbarung ist die vollständige Leistungserbringung an den bebauten städtischen Grundstücken.

Die Realisierung von Investitionsmaßnahmen erfolgte, wie in den Wirtschaftsjahren zuvor, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen mittelverantwortlichen Ämtern bzw. Einrichtungen. Durch Leistungsvereinbarungen wurde der Umfang der Tätigkeiten (i. d. R. Bauherrenvertretung bis zur Baufertigstellung und Objektübergabe) geregelt. Dem EB ZGM wurden die Investitionsmittel für die Ausführung der bautechnischen Maßnahmen von den mittelbewirtschaftenden Ämtern zur Verfügung gestellt. 2011 sind vorwiegend Investitionen realisiert worden, die im Rahmen der Konjunkturpakete 1 und 2 gefördert werden.

Die Gebäudemanagementdienstleistungen für Ämter und Einrichtungen der Stadt Halle wurden auf der Grundlage von Service- bzw. Leistungsvereinbarungen erbracht und in den Umsatzerlösen aus anderen Lieferungen und Leistungen erfasst.

Mit Grundsatzbeschluss des Stadtrates zur Restrukturierung vom 18. Juli 2007 wurde beschlossen, dass die Nichtgebäudemanagementleistungen des EB ZGM an die Stadt Halle (Saale) übertragen werden. Im Eigenbetrieb wurden alle dafür erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.

Die Nichtgebäudemanagementleistungen werden mit Ausnahme der Umzugsleistungen seit dem Wirtschaftsjahr 2011 strukturell und räumlich nicht mehr dem EB ZGM zugeordnet und nicht mehr von ihm geplant. Die Nichtgebäudemanagementdienstleistungen (z. B. Telekommunikation, Post- und Kopierdienst, Fuhrpark, Zentraler Einkauf) wurden im Berichtsjahr weder erbracht, noch in den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen erfasst.

Das Amt für Kommunikation, Datenverarbeitung und Zentrale Dienste (Amt 13), welches ab 15. September 2010 unter der Bezeichnung Hauptamt (Amt 10) geführt wird, übernimmt die o. g. Leistungen des EigenBetriebes Zentrales GebäudeManagement gemäß Organisationsverfügung vom 13. Oktober 2010. Die dazu erforderlichen Mitarbeiter wurden zum 15. September 2010 aus dem Eigenbetrieb übergeleitet und nehmen ab diesem Zeitpunkt im gebildeten Hauptamt der Stadt Halle (Saale) ihre Tätigkeit wahr.

Der Mitarbeiterbestand im Eigenbetrieb reduzierte sich von 251 Mitarbeitern per 31. Dezember 2010 auf 197 Mitarbeiter per 31. Dezember 2011. Hauptgrund hierfür ist vor allem der Übergang von 48 Mitarbeitern des EB ZGM, die zum Hauptamt überführt wurden. Von den 197 beschäftigten Mitarbeitern per 31. Dezember 2011 standen dem EB ZGM lediglich 181 Arbeitskräfte zur Verfügung. Grund dafür sind u. a. die Inanspruchnahme von Altersteilzeitmodellen (15 MA Altersteilzeit-Freizeitphase) und die befristeten Erwerbsunfähigkeitsrenten (1 MA).

Im Wirtschaftsjahr 2011 erfolgten fünf Neueinstellungen.

2. Vermögens- und Finanzlage

Jahresabschlussanalyse – Vergleich Vermögenslage – Aktiva –

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen = Langfristig gebundenes Vermögen	772	2,8	915	2,9	-143
Vorräte	18.887	68,6	19.442	61,8	-555
Forderungen/RAP	6.564	23,8	9.894	31,5	-3.330
Flüssige Mittel	1.323	4,8	1.184	3,8	139
Kurzfristig gebundenes Vermögen	26.774	97,2	30.520	97,1	-3.746
	27.546	**100,0**	**31.435**	**100,0**	**3.889**

Hauptbestandteil des Vermögens des EB ZGM bildete bis zum 1. Januar 2008 das sogenannte Sondervermögen, das sich fast ausschließlich aus dem Immobilienvermögen zusammensetzte. Aufgrund von Auflagen des Landesverwaltungsamtes und Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2007 erfolgte die Rückübertragung der städtischen Objekte zur Stadtverwaltung Halle (Saale). Das gesamte **Immobilienvermögen** (Sondervermögen des EB ZGM) ist zum Stichtag 1. Januar 2008 aus der Bilanz des Eigenbetriebes abgegangen.

Der Eigenbetrieb hat auch im Wirtschaftsjahr 2011 gemäß Satzung (§ 2 Zweckbestimmung) an den rückübertragenen städtischen Gebäuden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen einschließlich Neu- und Erweiterungsbau durchgeführt. An folgenden Gebäuden wurden 2011 Baumaßnahmen in großem Umfang vorgenommen:

	TEUR
Kommunales Bildungszentrum	2.271
Stadtmuseum/Druckereigebäude	1.938
Grundschule Büschdorf	572
Gymnasium Christian-Wolff	190
	4.971

Im Wirtschaftsjahr 2011 konnte gegenüber 2010 eine Steigerung der verwendeten Investitionsmittel verzeichnet werden. Damit konnte der Vermögensverzehr zumindest für die o. g. Objekte aufgehalten werden. Dies ist allerdings im Wesentlichen auf einen Einmaleffekt durch das Konjunkturpaket 2 zurückzuführen.

Mit zwei Konjunkturpaketen hat die Bundesregierung im Winter 2008/2009 auf die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert. Vorgesehen waren bis Ende 2010 rund 10 Milliarden Euro für Investitionen der Kommunen und Länder und 4 Milliarden Euro für Bundesinvestitionen. Die Finanzierung erfolgt zu 75 % durch den Bund, 25 % tragen die Länder. Investitionsschwerpunkte sind der Bildungsbereich, insbesondere Kindergärten, Schulen, Hochschulen und die Infrastruktur, insbesondere Verkehr, sowie Krankenhäuser, Städtebau und Informationstechnologie. Der EB ZGM verfügt durch den seit 2004 vollzogenen erheblichen Personalabbau nur über eingeschränkte Personalressourcen. Trotzdem wurden für Vorhaben, die sowohl aus dem Konjunkturpaket 1 als auch aus dem Konjunkturpaket 2 gefördert wurden, in größerem Umfang Leistungen erbracht.

Die Vorräte des Betriebes betreffen im Wesentlichen noch nicht abgerechnete Betriebskosten in Höhe von TEUR 18.454 (Vorjahr: TEUR 18.930).

Die Liquidität war im Wirtschaftsjahr 2011 ständig und uneingeschränkt gesichert. Ausdruck dafür ist der ausgewiesene Bestand an Liquiden Mitteln in Höhe von TEUR 1.323 (Vorjahr: TEUR 1.184) sowie Forderungen an die Stadt Halle (Saale) aus Cash Pool in Höhe von TEUR 4.356 (Vorjahr: TEUR 7.154).

Jahresabschlussanalyse – Vergleich Vermögenslage – Passiva –

	31.12.2011		31.12.2010		Verände-rung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Passiva					
Eigenkapital	1.588	5,8	1.587	5,0	1
Sonderposten für Investitionszuschüsse	322	1,1	380	1,2	-58
Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	1.861	6,8	2.298	7,3	-437
Langfristig verfügbare Mittel	**3.771**	**13,7**	**4.265**	**13,5**	**-494**
Kurzfristige Rückstellungen	2.209	8,0	1.926	6,1	283
Kurzfristige Verbindlichkeiten/RAP	21.566	78,3	25.244	80,4	-3.678
Kurzfristig verfügbare Mittel	**23.775**	**86,3**	**27.170**	**86,5**	**-3.395**
	27.546	**100,0**	**31.435**	**100,0**	**-3.889**

Zum Bilanzstichtag beträgt die allgemeine Rücklage TEUR 1.562.

Die Rückstellungen entwickelten sich im Wirtschaftsjahr 2011 wie folgt:

	01.01.2011	Inan-spruch-nahme	Auflösung	Zuführung	31.12.2011
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Steuerrückstellungen	1	0	0	0	1
Altersteilzeit (ATZ) und Rentenmodell	3.088	903	40	539	2.684
Rückstellungen für Archivierung	0	0	0	50	50
Abschluss- und Prüfungskosten	36	29	7	55	55
Urlaub, Mehrstunden und Jubiläen	196	178	0	244	262
Ungewisse Verbindlichkeiten aus An- und Vermietung	277	0	0	0	277
Rückstellungen für ausstehende Betriebskostenrechnungen (Anmietung)	424	401	23	395	395
Rückstellungen für sonstige ungewisse Verbindlichkeiten	182	0	0	164	346
	4.204	**1.511**	**70**	**1.447**	**4.070**

3. Ertragslage

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden alle Erträge und Aufwendungen aus der Realisierung der durch die Stadt Halle (Saale) an den EB ZGM übertragenen Aufgaben erfasst. Eine organisatorische Trennung der Aufgaben wurde im Wirtschaftsjahr 2011 nicht vorgenommen. Durch die komplexe Untergliederung der Sachkosten ist es möglich, eine Zuordnung der Aufwendungen im Rahmen der Dienstleistungen für die Stadt Halle (Saale), den EB Kita, für Sportstätten und andere Einrichtungen vorzunehmen, die an die Stadt und an Dritte weiterberechnet werden.

Im Wirtschaftsjahr 2011 führte der Eigenbetrieb keine Baubetreuungstätigkeiten für externe Dritte aus.

Zusammensetzung der Umsatzerlöse/betrieblichen Erträge

	2011		2010		Ergebnis-veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung					
Vermietung von angemietetem Vermögen	1.263	3,7	1.426	3,8	-163
Betriebskostenabrechnung	19.108	56,5	19.813	52,9	-705
	20.371	**60,2**	**21.239**	**56,7**	**-868**
Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit					
aus verwaltungsmäßiger Betreuung	8.633	25,5	10.133	27,1	-1.500
	8.633	**25,5**	**10.133**	**27,1**	**-1.500**
Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	**3.530**	**10,4**	**3.273**	**8,7**	**257**
Bestandsveränderung	-475	-1,4	-289	-0,8	-186
Übrige betriebliche Erträge	1.780	5,3	3.086	8,3	-1.306
	33.839	**100,0**	**37.442**	**100,0**	**-3.603**

Die Erlöse aus der Vermietung von angemietetem Vermögen haben sich gegenüber dem Vorjahr vermindert. Die Verminderung resultiert aus der Reduzierung der Anmietflächen. Insgesamt ergibt sich ein monatlicher Durchschnittserlös von EUR/qm 7,38 (Vorjahr: EUR/qm 7,29).

Der Rückgang der Erlöse aus der Betriebskostenabrechnung ist neben einer Verminderung der vermieteten Flächen unter Anderem auch auf die geringeren Aufwendungen für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zurückzuführen.

Aufgrund der Rückübertragung der städtischen Objekte in das allgemeine Grundvermögen der Stadt Halle (Saale) zum 1. Januar 2008 werden wie im Vorjahr 2010 keine Erlöse mehr aus der Vermietung von eigenem Vermögen ausgewiesen. Gemäß der Servicevereinbarung mit der Stadt Halle (Saale) erhält der EB ZGM seit Januar 2008 für die Bewirtschaftung der städtischen Objekte ein monatliches Serviceentgelt in Höhe der bis dahin geleisteten Mietzahlungen und Bewirtschaftungskosten. Diese Erlöse werden im Wirtschaftsjahr 2011 wie 2010 im Posten „Erlöse aus verwaltungsmäßiger Betreuung“ ausgewiesen.

Die daraus erzielten **Erlöse aus verwaltungsmäßiger Betreuung** haben sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 10.133 auf TEUR 8.633 verringert und entfallen mit TEUR 6.563 (Vorjahr: TEUR 7.946) auf Entgelte aus Vermietung an die Stadt sowie mit TEUR 2.070 (Vorjahr: TEUR 2.187) auf Entgelte aus Vermietung an Dritte.

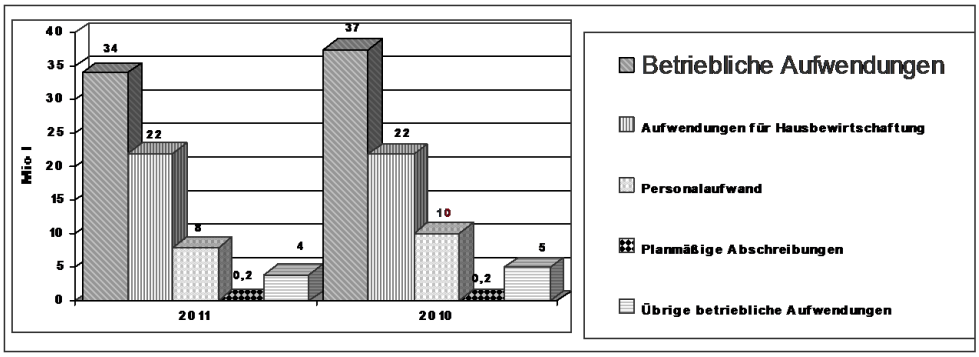
Diese Verminderungen ergeben sich unter anderem aus den Änderungen der Flächennutzungen der Ämter und resultieren vorrangig aus dem Abgang von Gebäuden (Verkauf bzw. Schließung von Schulen).

Insgesamt ergeben sich für die Bewirtschaftung der städtischen Objekte folgende monatliche Durchschnittserlöse (pro qm):

	2011	2010
	EUR	EUR
Vermietung an die Stadt Halle (Saale)	1,52	1,76
Vermietung an Dritte	2,14	2,35

Die Übrigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen Investitionskostenzuschüsse in Höhe von TEUR 1.183 (Vorjahr: TEUR 1.027) sowie Weiterberechnungen an die Stadt in Höhe von TEUR 232 (Vorjahr: TEUR 1.973).

Die Zusammensetzung der betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 33.571 (Vorjahr: TEUR 37.439) stellt sich wie folgt dar:



Der Aufwand für Instandhaltung und Instandsetzung betrug im Wirtschaftsjahr 2011 insgesamt TEUR 4.293 (Vorjahr: TEUR 3.855).

Die Personalabrechnung für den EB ZGM wurde wie in den Vorjahren als Dienstleistung durch das Amt für Personalservice der Stadt Halle (Saale) durchgeführt.

Durch die Reduzierung der Mitarbeiterzahl im Wirtschaftsjahr 2011 um 50 MA auf durchschnittlich 197 Mitarbeiter (Vorjahr: 243 Mitarbeiter) wurden die reinen Personalaufwendungen 2011 trotz Tarifsteigerung gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2010 um TEUR 2.332 gesenkt.

Die massive Personalkostenreduzierung ergibt sich vor allem aus dem Übergang von 48 Mitarbeitern des EB ZGM zum Hauptamt der Stadt Halle (Saale). Dadurch wurden im EB ZGM ca. TEUR 1.600 an Personalkosten eingespart.

Unter Berücksichtigung des Verbrauches der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von TEUR 903 und der Zuführung zur Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von TEUR 539 wurden die Personalaufwendungen im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr gesenkt.

Die Personalkostenstruktur zeigt folgendes Bild:

	2011	2010	Veränderung
Durchschnittliche Vollzeitstellen	187,20	242,70	-55,50
Löhne und Gehälter (inkl. Altersteilzeitmodelle) in EUR	6.412.934,44	8.409.740,34	-1.996.805,90
je Vollzeitstelle in EUR	34.257,12	34.650,76	-393,64
Aufwand soziale Abgaben (ohne Altersversorgung) in EUR	1.288.261,20	1.548.867,86	-260.606,66
je Vollzeitstelle in EUR	6.881,74	6.381,82	499,92
Aufwand Altersversorgung in EUR	213.703,00	277.186,30	-63.483,30
je Vollzeitstelle in EUR	1.141,58	1.142,09	-0,51
Summe in EUR	7.914.898,64	10.235.794,50	-2.320.895,86
je Vollzeitstelle in EUR	42.280,44	42.174,68	105,76

Fazit:

Die Entwicklung der Ertragslage im Wirtschaftsjahr 2011 ist durch folgende entscheidende Sachverhalte gekennzeichnet:

- Verringerung der **Serviceentgelte/Mieterlöse** insgesamt um TEUR 1.663 auf TEUR 9.897 (Vorjahr: TEUR 11.559)
- Verringerung der **Erlöse aus Betriebskostenabrechnung** um TEUR 705 auf TEUR 19.108 (Vorjahr: TEUR 19.813)
- Erhöhung der **Instandhaltungsaufwendungen** um TEUR 438 auf TEUR 4.293 (Vorjahr: TEUR 3.855)
- Verringerung der **Aufwendungen für Betriebskosten** um TEUR 113 auf TEUR 16.806 (Vorjahr: TEUR 16.693)
- Verringerung der **Abschreibung** des Anlagevermögens um TEUR 15 auf TEUR 210 (Vorjahr: TEUR 225).

4. Voraussichtliche Entwicklung einschließlich Chancen und Risiken

Der Vollzug der 2008 begonnenen Restrukturierung des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, die u.a. auf den Vorschlägen eines externen Beratungsunternehmens basiert, ist 2011 fortgeführt worden. Nach der Umstellung der Betriebsleitung von vormals zwei Betriebsleitern auf die Leitung des Betriebes durch einen gesamtverantwortlichen Betriebsleiter und der ersten Stufe der Neuausrichtung, bei der die nicht Gebäudemanagementleistungen im Bereich interner Service zusammengeführt worden sind, sind die nicht Gebäudemanagementleistungen zum 01. Januar 2011 in das wieder gebildete Hauptamt übergeleitet worden. Die im Vorjahr begonnene Qualifizierung und Erweiterung der Nutzung des SAP Systems und der Aufbau des CAFM-Systems als Arbeitsmittel für die technischen Bereiche und das Immobilienmanagement sind 2011 fortgeführt worden.

Die Arbeitsorganisation und Leistungsabrechnung der Hausmeisterdienste und der Techniker/Havariedienste ist durch die Einführung eines mobilen elektronischen Zeiterfassungssystems nach einem umfassenden Testbetrieb durch alle Nutzer des mobilen Zeiterfassungssystems eingeführt worden.

Die organisatorische Trennung der Bereiche Finanzen und kaufmännisches Immobilienmanagement hat in der Vergangenheit die Abstimmung zwischen dem Haupt- und Nebenbuch erschwert. Um dieses grundsätzliche Problem zu überwinden, ist die Verschmelzung der beiden Bereiche im Wirtschaftsjahr 2011 vorbereitet und 2011 erfolgreich abgeschlossen worden. Dadurch ist eine höhere Klarheit und Transparenz der Buchführung des Unternehmens erreicht worden.

Die Neuausrichtung der technischen Bereiche als weitere Stufe der Restrukturierung ist inhaltlich und konzeptionell weiter vorangebracht worden. In diesem Zusammenhang sind die Abläufe bei der Projektbearbeitung untersucht worden. Die Ergebnisse sind in die Konzepte für die Ausgestaltung des CAFM-Systems eingeflossen, das 2010 angeschafft und installiert worden ist. Beim Aufbau und der Einführung des CAFM-Systems geht es auch darum, dieses System mit bereits eingeführten DV-Systemen zu koordinieren und zu verknüpfen und so ein ganzheitliches Arbeits- und Kommunikationsmittel für alle Bereiche des Betriebes zu schaffen. Auf diese Weise ist es möglich, die notwendige Strukturierung der Abläufe im Betrieb zu erreichen und den zukünftigen Anforderungen bei weiter reduziertem Personalbestand gerecht werden zu können. Dazu ist 2011 begonnen worden, sämtliche betrieblichen Prozesse detailliert zu erfassen und ihre Integration in die CAFM- und SAP-Programmstrukturen vorzubereiten.

Das kaufmännische Controlling ist zu einem effizienten Mittel der Betriebsführung entwickelt worden. Das aussagekräftige Kennzahlensystem ist aufgebaut worden. Die Erfahrungen aus dem Betriebscontrolling sind 2011 in die Vorbereitung des Baucontrollings eingeflossen. Permanente Baukostenverfolgung und Ergebnisprognose sind bei der Umsetzung der Projekte aus dem Konjunkturpaket 2 erfolgreich zur Anwendung gebracht worden. Dadurch ist es u.a. möglich gewesen, bei den Vorhaben, die aus dem K-2-Paket gefördert worden sind, den Gesamtkostenrahmen einzuhalten. Alle Vorhaben konnten im vorgesehenen Zeitraum fertiggestellt werden.

Aufgrund der großen Zahl in der Vergangenheit geschlossener Altersteilzeitverträge wird in den kommenden Jahren, insbesondere ab 2012, eine Vielzahl von Mitarbeiter die aktive Beschäftigung im Betrieb beenden. Die seit 2008 begonnene konsequente Lehrausbildung ist als Mittel zur Beschaffung geeigneten Personals 2011 fortgeführt worden. Mit der begonnenen Kooperation mit Bildungseinrichtungen, die duale Hochschulbildung anbieten, ist diese Form 2011 ausgebaut und qualifiziert worden. 2011 haben zwei Studenten, die Mitarbeiter des EB ZGM sind, den dualen Studiengang für die Ausbildungsrichtung Immobilienmanagement an einer Hochschule in der Region begonnen.

Die mit Betriebsangehörigen in großer Zahl geschlossenen Verträge im Rahmen der Teilzeitinitiative sind 2011 weiter wirksam und haben zu erheblicher Einsparung der Personalkosten beigetragen. Die Verträge sind für einen Zeitraum von fünf Jahren geschlossen worden und sind daher bis 2015 wirksam.

Der Wirtschaftsplan für 2012 sieht erneut ein ausgeglichenes Ergebnis vor, das wie in den drei vorausgegangenen Jahren unter Mobilisierung aller Ressourcen des Betriebes erreicht werden kann.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 soll dem Betriebsausschuss im September 2012 vorgelegt werden. Dabei liegt der Struktur der Zahlungsströme die Produktstruktur des Haushaltes zugrunde, die seit Januar 2012 zu vielfältigen Veränderungen in der Zuordnung der Kosten geführt hat.

Wesentliche kurzfristige Chancen und Risiken werden derzeit keine gesehen.

Mittelfristige Risiken liegen einerseits nach wie vor in der Umsetzung des Umstrukturierungsprozesses und der damit verbundenen Zielrichtung und andererseits im künftigen Bedarf an Immobilienbestand der Stadt und dem daraus resultierenden nicht abschließend bestimmbaren Leistungsumfang für den Eigenbetrieb. Die Mittel für die Bauunterhaltung der betreuten städtischen Gebäude müssen dem Bedarf an Baureparaturen angepasst werden, um den Gebäudebestand langfristig erhalten zu können. Eine Konzentration auf den Kernbestand an Immobilien ist dabei angezeigt. Die Identifizierung des Kernbestandes wird derzeit vorangetrieben.

Die Liquidität des Eigenbetriebes ist bei bedarfsgerechter Bereitstellung der finanziellen Mittel in Form des Serviceentgeltes durch die Stadt Halle (Saale) gesichert.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Am Bruchsee 14 06122 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	12.782	

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	12.782	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime. Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder Zweigniederlassungen zu errichten, soweit dies dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich ist und die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft wird sich grundsätzlich an den Regeln über das öffentliche Vergabewesen orientieren.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wohnungswirtschaft wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Kozyk, Jana	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo	
	stellv. Vorsitzender	Tittel, Volker	
		Dr. Fiedler, Christian	
		Dr. Pohlack, Thomas	(bis 31.07.2011)
		Koehn, Gottfried	
		Krausbeck, Elisabeth	
		Kriedemann, Angelika	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

Aufsichtsrat:	Raschke, Peter	(bis 09.11.2011)
	Schachtschneider, Andreas	
	Stäglin, Uwe	(seit 01.08.2011)
	Thielecke, Carsten	(seit 10.11.2011)

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	16	15

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Verände-rungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	298.749	91	303.174	91	308.602	89	-4.425	-1
Umlaufvermögen	30.194	9	31.700	9	36.522	11	-1.506	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	82	0	60	0	89	0	22	37
Bilanzsumme	**329.025**	**100**	**334.934**	**100**	**345.213**	**100**	**-5.909**	**-2**
Treuhandvermögen	4.971	0	5.632	0	5.589	0	-661	-12

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	165.846	50	166.025	50	167.705	48	-179	0
Sonderposten für Investitionszulagen	8.963	3	9.177	3	9.483	3	-214	-2
Rückstellungen	5.524	2	6.976	2	12.427	4	-1.452	-21
Verbindlichkeiten	148.200	45	152.265	45	155.108	45	-4.065	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	492	0	491	0	490	0	1	0
Bilanzsumme	**329.025**	**100**	**334.934**	**100**	**345.213**	**100**	**-5.909**	**-2**
Treuhandverbindlichkeiten	4.971	0	5.632	0	5.589	0	-661	-12

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	45.349	45.083	45.136
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-681	406	111
andere aktivierte Eigenleistungen	141	147	243
sonstige betriebliche Erträge	1.256	918	1.398
Materialaufwand	21.783	21.302	20.017
Personalaufwand	4.791	4.806	4.887
Abschreibungen	6.162	6.551	6.201
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.534	1.388	1.401
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	67	147	50
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	479	618	1.166
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.686	7.020	7.373
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.655	6.252	8.225
außerordentliche Erträge	1.933	1.400	1.631
außerordentliche Aufwendungen	4.561	4.729	1.818
außerordentliches Ergebnis	-2.628	-3.329	-187
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	114	-7	383
sonstige Steuern	2	2	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.911	2.928	7.653
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	722	1.987	187
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	291	293	-264
Ausschüttung			1.029
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.342	4.622	7.075

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,42	6,49	16,96	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,79	1,81	4,76	%
Cash-Flow[1)]:	9.073	9.479	13.854	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	447	448	434	T€
Personalaufwandsquote[2)]:	10,40	10,32	10,42	%

[1)] ohne Einbeziehung der außerplanmäßigen Abschreibungen und Zuschreibungen
[2)] unter Einbeziehung der Mitarbeiter in der Passivphase der Altersteilzeit

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,63	90,34	89,22	%
Eigenkapitalquote:	50,41	49,57	48,58	%
Fremdkapitalquote:	49,59	50,43	51,42	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Gewerbeeinheiten	100,00	112,00	111,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	11,00	10,71	15,32	%
Wohneinheiten	10.533,00	10.522,00	10.708,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	13,04	12,00	13,24	%

e) Lagebericht

Inhalt

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

1.1 Rahmenbedingungen

1.2 Geschäftsergebnis und Geschäftsverlauf

1.2.1 Investitionstätigkeit

1.2.2 Erfolgreiche Realisierung des Sanierungskonzeptes nach § 6a AHG

1.2.3 Zielgruppenorientierte Quartiersbildung/Wohnkonzepte

1.2.4 Soziale Verantwortung

1.2.5 Familienfreundliches Unternehmen

1.2.6 Risikomanagement im Konzern

1.3 Darstellung der wirtschaftlichen Lagen der Gesellschaft

1.3.1 Vermögens- und Finanzlage

1.3.2 Ertragslage

2 Voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht)

3 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

3.1 Chancen der künftigen Entwicklung

3.2 Risiken der künftigen Entwicklung

4 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag (Nachtragsbericht)

5 Finanzinstrumente

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

1.1 Rahmenbedingungen

Deutschland befindet sich in einem tiefgreifenden demografischen Wandlungsprozess. Langfristig sind nach übereinstimmender Expertenmeinung erhebliche Bevölkerungs-veränderungen zu erwarten.

Der demografische Wandel stellt eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte dar. Seine wesentlichen Aspekte, die Abnahme der Bevölkerungszahl, die Veränderungen der altersstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung und selektiv wirkende Wanderungsprozesse beeinflussen die Entwicklungsmöglichkeiten der Länder, Kommunen und Unternehmen.

Die gegenwärtigen sozioökonomischen Entwicklungstendenzen mit einer Verstärkung sozialer Ungleichheiten und einer Ausdifferenzierung der Lebensstile werden anhalten und sich auch in der Veränderung der sozialräumlichen Strukturen niederschlagen.

Die demografischen Prognosen zeigen: Die Bevölkerung wird immer weniger, älter, individueller und in Teilen auch ärmer.

Unabhängig von der tatsächlichen Höhe des zukünftigen Bevölkerungsniveaus wird sich der Altersaufbau deutlich in Richtung der älteren Generation verschieben. In diesem Punkt stimmen alle Bevölkerungsvorausschätzungen überein. Das wird bewirken, dass künftig der Bevölkerung im Erwerbsalter immer mehr ältere Menschen gegenüber stehen werden. Entfielen im Jahr 2008 auf 100 Personen im Erwerbsalter 34 Personen, die 65 Jahre oder älter waren, so sollen es im Jahr 2060 doppelt so viele sein.

Durch die Gestaltung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen muss versucht werden, langfristig eine Stabilisierung der Entwicklung zu erreichen.

Für die einzelnen Bundesländer sowie Städte und Gemeinden zeigen sich die demografischen Veränderungen sehr differenziert.

Sachsen-Anhalt ist das Bundesland mit den stärksten Auswirkungen des demografischen Wandels. Das betrifft hinsichtlich der Veränderungen seit 1990 sowohl die Entwicklung der Einwohnerzahl insgesamt als auch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur nach Alter und Geschlecht.

In Sachsen-Anhalt lebten Ende 2008 rund 2,38 Millionen Einwohner. Nach der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird das Land bis zum Jahr 2060 einen Bevölkerungsrückgang auf etwa 1,34 Millionen Einwohner verkraften müssen. Die 5. regionalisierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt prognostiziert dem Land bis zum Jahr 2025 einen Rückgang der Bevölkerung um 18,6 % auf etwa 1,94 Millionen.

Die Veränderungen innerhalb des Landes vollziehen sich jedoch sehr heterogen. Sowohl Intensität, Altersstruktur als auch Verlauf der Bevölkerungsentwicklung variieren deutlich.

Die **Entwicklung in der Stadt Halle (Saale)** als Universitätsstadt wird wie in Magdeburg wesentlich **positiver** verlaufen als in den Landkreisen. Für Halle (Saale) wird ein moderater Rückgang von 10 % bis 2025 erwartet. Sowohl Halle (Saale) als auch Magdeburg profitieren von dem Rückzug junger Leute und Familien in die Städte.

Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Halle (Saale):

	Einwohner mit Hauptwohnsitz				
	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011
Stadt Halle (Saale)	232.267	230.900	230.377	230.831	231.639
dar. Halle-Neustadt	47.583	46.419	45.770	45.125	44.696

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung lag Ende 2010 in Sachsen-Anhalt bei 46,5 Jahren und wird sich bis 2025 auf rund 50,3 Jahre erhöhen. Es wird vorhergesagt, dass der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung auf 31 % in 2025 (ca. 24 % in 2008) steigen wird.

Für Halle (Saale) wird dieser Anteil mit rund 26 % im Jahr 2025 (23 % in 2008) prognostiziert. Der Altersdurchschnitt der halleschen Einwohner beträgt derzeit noch 45,3 Jahre (31. Dezember 2011), bis 2025 soll jedoch auch in Halle (Saale) mehr als die Hälfte der Einwohner über 50 Jahre alt sein. Gegenwärtig sind fast 30 % der Bevölkerung älter als 60 Jahre, über 23 % älter als 65 Jahre. Diese Tendenz setzt sich ungebrochen fort.

In Halle-Neustadt zeigt sich diese Entwicklung - auch aufgrund der besonderen Entstehungs-geschichte als „Chemiearbeiterstadt“ - noch deutlicher: Über 37 % der Einwohner des Stadtteils sind älter als 60 Jahre, rund 28 % älter als 65. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung von Halle-Neustadt liegt bei 47,8 Jahren (31. Dezember 2011). Dieser Trend spiegelt sich natürlich auch in der Mieterschaft der GWG wider. Zurzeit sind fast 51 % der Mietvertragspartner der Gesellschaft älter als 60 Jahre, etwa 41 % bereits älter als 65 Jahre. Das Durchschnittsalter liegt bei rund 57 Jahren.

1.2 Geschäftsergebnis und Geschäftsverlauf

Die GWG hat im Geschäftsjahr 2011 ihre erfolgreiche Geschäftspolitik der letzten Jahre weiter fortgesetzt.

Die Gesellschaft beendete auch das Geschäftsjahr 2011 - trotz des politisch und gesellschaftlich schwierigen Umfeldes sowie der Verpflichtungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale) - mit einem **Jahresüberschuss** (T€ 2.911).

Wichtige betriebswirtschaftliche Kennziffern konnten positiv gestaltet werden. Das belegen neben dem unternehmensinternen Controllingsystem die betriebswirtschaftlichen Analysen Dritter sowie die seit 2003 jährlich erteilte Notenbankfähigkeit der Bundesbank. Die Gesellschaft ist nach diesen Beurteilungen im Vergleich zu anderen Unternehmen der Branche sehr gut aufgestellt.

Die zukunftsorientierte Strategie sowie die leistungs- und motivationsfördernde Unternehmensführung, aber auch die mitarbeiter- und familienfreundliche Unternehmenspolitik sind die maßgeblichen Faktoren für den Erfolg der Gesellschaft.

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2011 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2011		31.12.2010	
	Anzahl	Fläche (m^2)	Anzahl	Fläche (m^2)
Wohneinheiten	10.533	595.201	10.522	594.783
Gewerbeeinheiten	100	12.506	112	14.062
	10.633	**607.707**	**10.634**	**608.845**

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag 15 Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) sowie im Seepark Salzmünde mit insgesamt 584 Wohn- und Gewerbeeinheiten auf einer Fläche von 31.787 m^2.

1.2.1 Investitionstätigkeit

Der **Stadtumbau Ost** hat bisher mit der grundsätzlichen Strategie, dauerhaft nicht benötigte Wohnungsbestände abzureißen bzw. rückzubauen und gleichzeitig zukunftsfähige Wohnungen und Wohnquartiere weiter zu entwickeln, **erfolgreich** dazu beigetragen, eine weitere Anpassung der Stadtstruktur an den veränderten Wohnbedarf sowie eine **wirtschaftliche Stabilisierung** der in diesen Stadtgebieten tätigen Wohnungsunternehmen zu erreichen. Zuallererst kommt es aber den Menschen zugute, die in umzustrukturierenden Stadtteilen leben.

Im Rahmen des Stadtumbaus kommt der Standortaufwertung zentrale Bedeutung zu. Die GWG hat deshalb auch im Geschäftsjahr 2011 ihr **anspruchsvolles Investitionsprogramm** weiter fortgesetzt.

Erstmalig realisiert die GWG in den Geschäftsjahren 2011/2012 **Bauvorhaben, die außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt liegen**. In 2010 hat die Gesellschaft ein zu einem Flächendenkmal gehörendes Grundstück mit einer Bestandsimmobilie angekauft. Das Projekt sieht vor, diese **denkmalgerecht zu modernisieren sowie drei 2-geschossige KfW-Effizienzhäuser neu zu errichten**. Insgesamt werden 20 hochwertige und modern ausgestattete Wohnungen entstehen.

Energetische Gebäudesanierungen zur Reduzierung der Heizkosten von Wohngebäuden wurden auch in 2011 in zwei Wohngebäuden (217 Wohnungen) fortgeführt. Im Rahmen dieser Modernisierung ist ein Wohngebäude zusätzlich mit einer solarthermischen Anlage zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung ausgestattet worden. Die durch die Sonnenkollektoren auf dem Dach gewonnene Wärme wird für die Raumheizung und Warmwasserbereitung zur Verfügung gestellt. Bei beiden Gebäuden erhöhen außerdem eine Teilmodernisierung der Sanitäranlagen sowie das Nachrüsten von Balkonen für Wohnungen, die noch nicht über einen Balkon verfügten, den Wohnkomfort.

Weiterhin wurden die Angebote für attraktives Familienwohnen, insbesondere im Quartier „An den Weinbergwiesen“, als auch für Studenten und Auszubildende unter der Dachmarke „Blockhouse-City“ weiter vergrößert sowie Ergänzungsinvestitionen in zwei Wohngebäuden (159 Wohnungen) und zwei Wohnungseigentumsanlagen der Gesellschaft (per 31. Dezember 2011 158 Wohnungen im unverkauften Sondereigentum der GWG, 57 Eigentumswohnungen) vorgenommen.

Der 2010 mit dem ersten Bauabschnitt begonnene seniorenfreundliche Umbau eines Wohngebäudes (unbewohnt), einschließlich energetischer Sanierung unter Einsatz von Solartechnik, wurde mit dem zweiten Bauabschnitt Ende Mai 2011 erfolgreich beendet. Das Gebäude ist vollständig vermietet (40 Wohnungen).

Fast 90 % der vom Bereich Bautechnik beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen konnten an Firmen innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt sowie rund 10 % an Unternehmen aus Sachsen vergeben werden.

Investitionen im Geschäftsjahr 2011:

	T€
Modernisierung	3.639
Instandsetzung	6.458
Instandhaltung	1.632
Neubau/Umbau einschl. Altbausanierung	790
Gesamt	**12.519**

Die Investitionsmaßnahmen 2011 bzw. die jahresübergreifend 2011/2012 zu realisierenden Bauvorhaben wurden/werden zum Teil mit zinsgünstigen Darlehen in Höhe von insgesamt T€ 4.629 fremdfinanziert.
Der Kostenanteil, der die Fremdfinanzierung übersteigt sowie alle anderen Investitionen wurden aus Eigenmitteln getragen. **Öffentliche Fördermittel** in Form von Zuschüssen standen für die in 2011 durchgeführten investiven Maßnahmen **nicht zur Verfügung**.

Die **Investitionen in den Kernbestand** haben auch im Geschäftsjahr 2011 einen wichtigen Beitrag zur Portfoliooptimierung der GWG geleistet sowie die Zufriedenheit der Mieter und Interessenten weiter erhöht. Alle Maßnahmen sind verbunden mit einem hohen Maß an sozialer Kompetenz und Engagement am Standort. Die **GWG betreibt** damit aktiv **Stadtteilpolitik**.

Die **Leerstandsquote im Gesamtbestand** betrug per 31. Dezember 2011 12,8 % (11,9 % per 31. Dezember 2010). Im **marktaktiven Kernbestand** ist es der Gesellschaft gelungen, den Leerstand von 9,5 % per 31. Dezember 2010 **auf 8,9 % per 31. Dezember 2011 zu reduzieren**. Komplett leer gezogene und nicht mehr bewirtschaftete Gebäude/Wohnungen sind dabei nicht mehr Bestandteil der Betrachtung.

Die durch den Leerstand verursachte **Erlösschmälerung an der Sollmiete** betrug **per 31. Dezember 2011 11,9 %** (11,6 % per 31. Dezember 2010).

1.2.2 Erfolgreiche Realisierung des Sanierungskonzeptes nach § 6a AHG

Die nachhaltige Stadtentwicklung ist eine vorrangige sowohl städtebauliche als auch wohnungspolitische Zielstellung. Bei der Bewältigung der städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Folgen von Schrumpfung und Strukturwandel hat sich das Programm „Stadtumbau-Ost“ sehr bewährt.

Es hat mit der gleichzeitigen zusätzlichen Entlastung von Altverbindlichkeiten nach § 6a Altschuldenhilfegesetz (AHG) einen elementaren Beitrag zur Bewältigung der Leerstandsproblematik und zur Stabilisierung der Wohnungsunternehmen und der Städte geleistet. Ohne diese gleichzeitige Entlastung von Altverbindlichkeiten wäre die erfolgreiche Entwicklung der Wohnquartiere und Städte nicht möglich gewesen.

Bei der Umsetzung der **Stadtentwicklungskonzepte** für Halle-Neustadt leistete die GWG einen Hauptanteil. Sie ist gerade im Prozess der demografischen und sozialen Entwicklung ein zuverlässiger Partner der Kommune und als **Hauptakteur** unverzichtbar. Nur mit kommunalen Wohnungsunternehmen kann in erheblichem Maße die Gestaltung des Stadtumbaus und der Stadtentwicklung beeinflusst werden.

Die GWG realisierte, wie viele andere kommunale und genossenschaftliche Unternehmen, im Zuge der Beseitigung überschüssigen Wohnraums eine **Bereinigung** des **Wohnungsmarktes mit eigener Kostenbeteiligung** und, bezogen auf die jährlichen Investitionen, einen bedeutenden Beitrag im Rahmen des Programms „Stadtumbau-Ost“.

Die GWG konnte im **Geschäftsjahr 2011** ihr in 2002 aufgestelltes **Sanierungskonzept gemäß § 6a AHG** und das darin festgeschriebene **Abrissprogramm erfolgreich abschließen**.

Insgesamt hat die Gesellschaft 18 Hochhäuser und 16 Fünf- bzw. Sechsgeschosser durch Abriss vom Markt genommen sowie ein 5-geschossiges Wohngebäude teilweise rückgebaut (IBA-Projekt Oleanderweg). Dabei waren etwa 1.000 Mietparteien im Rahmen des Leerzugsprogramms der Gesellschaft in die notwendige Ausregulierung eingebunden. Rund **87 %** entschieden sich **wieder für eine Wohnung im GWG-Bestand**. Ein bemerkenswertes Ergebnis, welches insbesondere durch die vielfältigsten Bemühungen der Gesellschaft, eine umfassende Betreuung und zusätzlichen Zeitaufwand erreicht werden konnte.

Die GWG hat nach der erfolgreichen Realisierung des Abrissprogramms den ursprünglich per 31. Dezember 2001 vorhandenen eigenen Wohnungsbestand um mehr als 20 % reduziert. Das entspricht einem Anteil von etwas mehr als der Hälfte des insgesamt von den Eigentümern im Stadtteil Halle-Neustadt vorgesehenen Abbruchvolumens.

Die Existenzgefährdung der Gesellschaft, welche durch die Bewirtschaftung nicht mehr nachgefragter Wohnungsbestände auftrat, konnte damit abgewendet werden. Durch eine effektive Verzahnung von Abriss in Rückzugsgebieten und Aufwertung im Kernbestand wurde eine solide Grundlage für die weitere unternehmerische Tätigkeit gelegt.

Im Rahmen des Sanierungskonzeptes gemäß § 6a AHG lag der GWG für insgesamt 2.885 Wohnungen (167.504,97 m^2) die Bestätigung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf zusätzliche Entlastung von Altverbindlichkeiten nach dem Abriss vor.

Der letzte Teilentlastungsbetrag für Altschulden ist zum 15. Dezember 2011 durch die KfW geleistet worden. Damit wurde die insgesamt bewilligte **Teilentlastung von Altschulden** (T€ 11.819) für alle Abrisse bzw. Rückbauten per 31. Dezember 2011 von der KfW **vollständig realisiert**.

Des Weiteren erhielt die Gesellschaft für den Abriss dieser Wohnungen **im Rahmen des Förderprogramms „Stadtumbau-Ost“** per 31. Dezember 2011 **Abriss-Fördermittel** in Höhe von insgesamt T€ 8.278,8 (92,6 % der bewilligten Fördermittel). Die noch ausstehenden Fördermittel werden der GWG in Teilbeträgen bis 2014 entsprechend der vorliegenden Bescheide bereitgestellt.

Für den Abriss dieser Gebäude **finanzierte die GWG damit rund 32,3 %** der insgesamt angefallenen Kosten (T€ 13.208,7) **aus Eigenmitteln**. Insgesamt ergibt sich ein Kostenfaktor von **ca. € 79 pro m^2 abgerissener Wohnfläche**.

Im Berichtsjahr wendete die Gesellschaft für den Abriss von Wohngebäuden im Rahmen des Sanierungskonzeptes insgesamt T€ 611, für sonstigen Abriss T€ 6 auf.

Der **Koalitionsvertrag** der Bundesregierung **verankert die Fortführung des Stadtumbaus bis 2016**. Für den weiteren Erfolg des Stadtumbaus Ost ist jedoch auch eine flankierende **Anschlussregelung für die Altschuldenentlastung** für zum Abriss vorgesehene Wohngebäude, die nicht Bestandteil des Sanierungskonzeptes nach § 6a AHG sind, unverzichtbar. Die Bundesregierung hat **bisher keine Bereitschaft** erkennen lassen, weitere Entlastungen von DDR-Altschulden zu gewähren. Sie ignoriert damit weiterhin nicht nur die Empfehlungen des Gutachtens „Altschuldenhilfe und Stadtumbau“ des Forschungsinstitutes empirica AG Berlin, sondern auch die Einschätzung der Betroffenen. Ohne Anschlussregelung für die Altschuldenhilfe kann an die bisherigen Erfolge des Stadtumbaus Ost nicht angeknüpft werden.

1.2.3 Zielgruppenorientierte Quartiersbildung/Wohnkonzepte

Die **GWG** bewirtschaftet als **größter Vermieter im Stadtteil Halle-Neustadt** rund 34 % des im Stadtteil vorhandenen Wohnungsbestandes. Damit wohnt jeder dritte Einwohner von Halle-Neustadt bei der GWG.

Die Bemühungen der Gesellschaft sind - neben einem breiten Angebot von Wohnungen, welches auf die besonderen Bedürfnisse älterer und älter werdender Menschen ausgerichtet ist (**„ServiceWohnen 60plus“**) - vor allem auch darauf gerichtet, den Zuzug von jüngeren Menschen/Familien nach Halle-Neustadt bzw. deren Verbleib im Stadtteil zu forcieren. Gerade die letztgenannte Zielgruppe sichert die Zukunft des Standortes Halle-Neustadt in besonderem Maße und muss deshalb mit attraktiven, individuellen Wohnungsangeboten für einen Verbleib in bzw. einen Zuzug nach Halle-Neustadt gewonnen werden, um die gesellschaftlichen Probleme der demografischen Entwicklung abzumildern.

Die **zielgruppenorientierte Quartiersbildung**, insbesondere die Erhöhung der Attraktivität des Wohnens für junge Menschen und Familien, war daher auch im Geschäftsjahr 2011 ein besonderer Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Ziel ist es, für den Standort Halle-Neustadt zu werben und die Wahrnehmung der Gesellschaft als familienfreundliches Unternehmen weiter zu stärken.
Sehr gut ist das der Gesellschaft bislang mit den Angeboten für Schüler, Studenten und Auszubildende (**„Blockhouse-City“**) sowie Familien (**„FamilienWohnen“**) gelungen.

Mit dem anspruchsvollen Projekt **„FamilienWohnen“** insbesondere im Wohngebiet „An den Weinbergwiesen“ passt die GWG ihren Bestand schrittweise weiter den geänderten Wohnbedürfnissen an. **Individuelle und großzügige Grundrisslösungen** erzeugen bei den Kunden eine hohe Aufmerksamkeit und großes Interesse. Im Rahmen der zielgruppenspezifischen Entwicklung von Produkten ist es der GWG mit diesem Projekt gelungen, erneut eine für die Bestandsentwicklung wichtige Weiterentwicklung der **Qualität und Individualität der Wohnungsangebote** zu erreichen. Das Wohnkonzept wurde von den Kunden sehr gut angenommen. Alle bisher umgestalteten Familienwohnungen sind vermietet worden.

Unter der Dachmarke **„Blockhouse-City“** (per 31. Dezember 2011 insgesamt 371 Apart-ments und 36 WG-Zimmer) bewirtschaftet die GWG derzeit vier Studentenwohnanlagen. Aufgrund des anhaltenden Erfolges werden auch zukünftig frei werdende Wohnungen in der „Blockhouse-City“ zu Studentenapartments bzw. WG-Zimmern umgebaut.

Der demografische Wandel und die daraus erwachsende große Nachfrage nach selbstbestimmten Wohn- und Lebensformen stellen neue Anforderungen an das **Leben und Wohnen im Alter**.
Die GWG hat schon frühzeitig auf diese Entwicklung reagiert und stellt sich bereits jetzt mit zahlreichen **attraktiven Wohnungsangeboten speziell für ältere Menschen** den demografischen Herausforderungen einer zunehmend alternden Gesellschaft. Durch einen weitestgehend barrierefreien Umbau vorhandenen Wohnraums sind bisher vier seniorengerechte Wohnanlagen **„ServiceWohnen 60plus“** mit insgesamt 318 Wohnungen entstanden. Der Neubau einer seniorengerechten Wohnanlage mit 88 Wohnungen erweitert dieses Angebot. Ergänzt wird das Wohnungsangebot von Betreuungsdiensten vor Ort, Begegnungsstätten sowie hauswirtschaftlichen und anderen Serviceleistungen. Mit „ServiceWohnen 60plus“ entwickelte die GWG eine neue Marke für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

Insgesamt haben bisher rund **1.500 Wohnungen** und damit etwa jede siebte Wohnung der Gesellschaft **neue Zuschnitte** bekommen. Mehr Wohnfläche, größere und getrennte WC- und Badbereiche, zusätzlicher Stauraum und **flexible Nutzungskonzepte** werden nicht nur von Familien gewünscht. Diesen Weg der Produktentwicklung beschreitet die GWG entsprechend den wirtschaftlichen Möglichkeiten konsequent. Die große Nachfrage zeigt den hohen Bedarf an derartigen individuellen, auf die persönlichen Bedürfnisse zugeschnittenen Lösungen.

1.2.4 Soziale Verantwortung

Die umfassende Betreuung der Mieter über das übliche Vermietungsgeschäft hinaus ist ein wichtiger Bestandteil des aktiven Kundenmanagements. Neben der Bereitstellung von Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung sieht die GWG ihren sozialen Auftrag auch darin, die Lebensqualität ihrer Mieter zu verbessern.

Aus diesem Grund unterstützt die Gesellschaft nicht nur zahlreiche ausgewählte lokale Projekte, sondern stellt im Rahmen des Sozialmanagements und der Seniorenbetreuung auch Personal zur Verfügung, das ganz gezielt auf die Bedürfnisse und Probleme der Mieter eingeht.

Dem hohen Stellenwert des Mietforderungsmanagements sowie der großen Bedeutung der **präventiven Arbeit** geschuldet arbeiten zwei Sozialbetreuerinnen intensiv mit den Mietern. Kontinuierlich werden einerseits ein Abbau bzw. die Vermeidung von Ertragsausfällen aus der Vermietung für das Unternehmen und andererseits auch der Erhalt der Wohnung für die betreffenden Mieter angestrebt. Auch hier nimmt die Gesellschaft ihre **hohe soziale Verantwortung** wahr.
Dieses **intensive Forderungsmanagement** der Gesellschaft ermöglichte per 31. Dezember 2011 eine Mietenrückstandsquote von 0,6 % (Vorjahr 0,5 %).
Die Gesellschaft hatte zum Stichtag offene Mietforderungen in Höhe von T€ 302 (per 31. Dezember 2010 T€ 234) zu verzeichnen. Titulierte Forderungen, deren Voll-streckung im Unternehmen erfolglos blieb, werden an ein Inkassobüro zur weiteren Verfolgung übergeben.

Durch vielfältige, individuelle **Serviceleistungen in Kombination mit Wohnraumanpassungen** soll den Mietern noch stärker als bisher die Möglichkeit gegeben werden, möglichst lange in der vertrauten Wohnumgebung leben zu können und auch bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit nicht in ein Pflegeheim umziehen zu müssen. Der Trend - weg vom alt bekannten Seniorenheim hin zu vielfältigen Formen des Lebens im Alter - setzt sich fort.
Daher arbeitet bereits seit fast zwei Jahren eine **Seniorenbetreuerin** erfolgreich im Unternehmen. Sie bündelt die Aktivitäten, baut Netzwerke zwischen sozialen Trägern, Vereinen sowie Serviceanbietern auf und sucht über Gespräche und Hausbesuche den Kontakt zu den Hilfebedürftigen. Zur Intensivierung und Erweiterung des Beratungs- und Hilfsangebotes für ältere Mieter hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr **die Seniorenbetreuung** durch den Einsatz einer Seniorenbetreuer-Assistentin **weiter ausgebaut**. Außerdem steht den älteren Mietern seit Anfang November 2011 ein „Seniorenstübchen“ als Wohngebietstreffpunkt in der Paul-Thiersch-Straße 23 a zur Verfügung.

Die GWG beurteilt im Rahmen des Unternehmenserfolgs bereits seit 2005 ihre Leistungen zur Stadtrendite. Als kommunales Wohnungsunternehmen übernimmt die Gesellschaft Verantwortung für die Stadt, weit über die formale Erfüllung des Wohnraum-versorgungsauftrags hinaus. Die Stadtrendite beinhaltet Leistungen, die langfristig Vorteile für das Unternehmensergebnis bewirken, aber auch zu einem wesentlichen Anteil **positive Effekte für die Stadt Halle (Saale)** bringen. Die Stadtrendite in ihrer Ergebnisbewertung ergänzt die rein finanzwirtschaftliche Renditebetrachtung.
Die Maßnahmenkomplexe Stadtentwicklung, Finanzen, Soziales, kommunale Leistungen sowie interne Leistungen für eigene Mitarbeiter sind Bestandteil der Ermittlung und werden hinsichtlich ihrer inhaltlichen Bestimmung geprüft, bewertet und jährlich aktualisiert. Für das Geschäftsjahr 2011 werden wiederum die Renditegrößen ermittelt, dies erfolgt im ersten Halbjahr 2012. Für das Geschäftsjahr 2010 wurde eine Stadtrendite in Höhe von Mio. € 21,1 erzielt.

Im Geschäftsjahr 2011 sind wiederum eine Vielzahl von Sponsoringprojekten im sozialen und sportlichen Bereich fortgeführt worden. Die GWG unterstützt des Weiteren zahlreiche themenbezogene Projekte/Vorhaben in der Kommune bzw. arbeitet an diesen mit. Dazu zählt insbesondere der von der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) initiierte „Strategiedialog Halle 2025“ zur langfristigen Stadtentwicklung.

1.2.5 Familienfreundliches Unternehmen

Als **familienfreundliches Unternehmen** konnte die GWG auch im Geschäftsjahr 2011 ihre individuelle Unternehmenskultur in ihrer Einheit von Unternehmenszielen, Mitarbeiterzufriedenheit und Kundenorientierung weiterentwickeln und festigen.

Bereis 2009 wurde die Gesellschaft im Rahmen des **Audit „berufundfamilie“** zum **zweiten Mal erfolgreich als familienfreundliches Unternehmen zertifiziert**.

Familienfreundlichkeit ist nicht nur bei der Entwicklung zielgruppenspezifischer Wohnangebote ein Schwerpunktthema für die GWG. Auch im Unternehmen gehört die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Unternehmenskultur und ist längst zu einem entscheidenden Standortfaktor geworden. Schon frühzeitig hat die GWG neue Wege in der Personalentwicklung und -bindung beschritten. Flexible Arbeitszeiten, Jahresarbeitszeit-konten, Teilzeitangebote, Zuschüsse zur Geburt und zum Kindertag, die für drei Jahre nach der Geburt eines Kindes geltende Zusage, nicht aus betriebsbedingten Gründen zu kündigen oder der Anspruch einer einjährigen, individuellen Arbeitszeitregelung bei Übernahme der Pflegeverantwortung für einen Angehörigen sind Beispiele der familienbewussten Personalpolitik.

Die Gesellschaft genießt für ihr Engagement gegenüber ihren Kunden und Mitarbeitern große Anerkennung. Damit nimmt die Gesellschaft eine Vorbildrolle ein, die u. a. auch zu der **Mitwirkung in der Unternehmerinitiative „Familienfreundliches Halle“** sowie zur Teilnahme an der **Landesinitiative für Familien in Sachsen-Anhalt** und am **Netzwerk „Erfolgsfaktor Familie“** geführt hat. Kooperationen wie diese stärken nicht nur das Unternehmen selbst, sondern auch die Region als familienfreundlichen Standortfaktor.

Der Personalbestand hat sich per 31. Dezember 2011 planmäßig verringert, das Modell der Altersteilzeit wurde weitergeführt. Damit setzt die Gesellschaft eine personalpolitische Entwicklung fort, die seit 1999 erfolgreich praktiziert wird und neben dem sozialverträglichen Übergang der älteren Mitarbeiter aus dem Arbeitsleben eine ausgewogene Altersstruktur der Belegschaft sowie ein hohes Maß an Planungssicherheit gewährleistet.

Des Weiteren ermöglicht die Gesellschaft zurzeit acht jungen Menschen die Chance zur Ausbildung im Unternehmen. Die Aus- und Weiterbildung wird außerdem durch zahlreiche interne und externe Seminare sowie Mitarbeiterschulungen forciert. Damit setzt die GWG ihre nachhaltig wirkende Aus-, Fort- und Weiterbildungspolitik fort. Darüber hinaus werden regelmäßig Praktikumsplätze vergeben.

Unternehmerischer Erfolg beruht auf einer **wertebasierten Unternehmenskultur**, die Partnerschaft, Dialog, Transparenz und Leistung fördert.

Seit Jahren arbeitet die Gesellschaft mit Zielvorgaben, die sich als erfolgreiches Führungselement erwiesen haben und damit zum Unternehmenserfolg beitragen. Das Führen nach Zielen, Transparenz und Delegation sind unverzichtbare Motivationselemente im Unternehmen.

1.2.6 Risikomanagement im Konzern

Die Gesellschaft verfügt über ein **Risikomanagementsystem**, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Negative Tendenzen sind damit frühzeitig erkennbar und ermöglichen, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100 %igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Das **Tochterunternehmen BHT** hat sich stabilisiert und befindet sich in der Optimierungsphase. Die Ausrichtung zum In-House-Geschäft wurde weiter intensiviert, die BHT ist schwerpunktmäßig für die GWG tätig. Die Tochtergesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresergebnis in Höhe von T€ 67.

Entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom 21. November 2007 müssen die beiden kommunalen Wohnungsunternehmen der Stadt Halle (Saale) von 2008 bis 2012 **Beiträge zur Konsolidierung des städtischen Haushalts** zur Verfügung stellen.

Die GWG hat trotz komplizierter Rahmenbedingungen **auch im Geschäftsjahr 2011 planmäßig** den von der Stadt Halle (Saale) geforderten Beitrag in Höhe von Mio. € 3,9 und damit **bereits 89 % (Mio. € 38,0) des geforderten Eigenanteils (Mio. € 42,6)** zur Haushaltskonsolidierung bereitgestellt.

1.3 Darstellung der wirtschaftlichen Lagen der Gesellschaft

1.3.1 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr 2010 um 1,8 % auf T€ 329.025 vermindert.

Auf der Aktivseite verringerte sich insbesondere der Wert der Sachanlagen aufgrund der Abschreibungen von T€ 10.308 (davon T€ 3.965 außerplanmäßig), denen Investitionen von T€ 5.670 gegenüber stehen. Weiterhin verzeichneten die flüssigen Mittel einen Rückgang von T€ 1.154. Die Passivseite weist vor allem im Bereich der langfristigen Verbindlichkeiten (um T€ 3.414) und im Bereich der langfristigen Rückstellungen (um T€ 1.832) einen Rückgang aus. Dieser ist bei den Verbindlichkeiten durch die planmäßigen Tilgungen von Darlehen (T€ 5.989) begründet und bei den Rückstellungen durch die Inanspruchnahme der Rückstellung für Bauinstandhaltung (T€ 1.291). Neuvalutierungen von Darlehen (T€ 3.457) wirkten sich hingegen erhöhend aus.

Einem durchschnittlichen Gebäudebuchwert von € 372,13 je m^2 stand zum Bilanzstichtag eine durchschnittliche Verschuldung von € 212,66 je m^2 gegenüber.

Das langfristige Vermögen wird ausreichend durch langfristiges Eigen- und Fremdkapital gedeckt, darüber hinaus besteht eine Deckungsreserve von T€ 11.019. Die gestiegene Eigenmittelquote liegt mit 53,1 % weiterhin über dem branchenüblichen Durchschnitt.

Die Finanzlage der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2011 wesentlich von den Zahlungsabflüssen an die Gesellschafterin geprägt.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von T€ 10.946 reichte aus, um die planmäßigen Tilgungen von T€ 5.989 zu bedienen. Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ist insbesondere auf die in 2011 getätigten Investitionen von T€ 5.674 zurück zu führen, die zum Teil durch Desinvestitionen in Höhe von T€ 735 finanziert werden konnten. Ausschüttungen an die Gesellschafterin von T€ 3.900 sowie planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen von T€ 6.718 führten trotz Darlehensaufnahmen von T€ 3.457 zu einem negativen Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit und damit zu einem Rückgang des Finanzmittelfonds um T€ 1.154.

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse sind geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

1.3.2 Ertragslage

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresüberschuss von T€ 2.911, der überwiegend aus dem Kerngeschäft erwirtschaftet wurde.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.027, schließt jedoch mit einem positiven Ergebnis in Höhe von T€ 12.054 ab. Die Erlöse aus Sollmieten (T€ 36.137) sind trotz Abrissmaßnahmen gegenüber dem Vorjahr (T€ 36.153) nahezu unverändert. Moderate Mieterhöhungen entsprechend Marktlage und Umlage von Modernisierungskosten wirkten sich positiv aus. Die durchschnittliche Sollmiete für Wohnungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr 2010. Um T€ 178 gestiegene Erlösschmälerungen aus Mieten und Betriebskosten, überwiegend leerstandsbedingt, minderten jedoch die Einnahmen. Gestiegene Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung sind im Wesentlichen auf die um T€ 1.012 höheren Instandhaltungskosten zurück zu führen. Der Anstieg ist insbesondere durch wertintensive Instandsetzungsmaßnahmen im Kernbestand begründet. Zu einem Teil erfolgte die Inanspruchnahme der Bauinstand-haltungsrückstellung für diese Maßnahmen.

Das mit T€ -6.141 negative Finanzergebnis resultiert vordergründig aus Zinsaufwendungen für die Darlehen der Gesellschaft, denen nur unwesentliche Zinserträge gegenüber stehen. Geringere liquide Mittel aufgrund der Abführung an die Gesellschafterin ermöglichen nach derzeitigem Zinsniveau nur begrenzt Zinserträge. Die geringfügige Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist auf den Rückgang der Zinsaufwendungen zurück zu führen. Der Anteil des Kapitaldienstes an der Nettomiete ist mit 39,8 % vergleichsweise gering.

Das außerordentliche Ergebnis weist 2011 einen Fehlbetrag von T€ 2.628 aus. Hier sind insbesondere außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung auf Wohngebäude (T€ 3.965) sowie Kosten des Abrisses (T€ 523) wirksam. Der leichte Anstieg des außerordentlichen Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus dem höheren Umfang erhaltener Fördermittel für Abriss (um T€ 334) und erhöhten Zuschreibungen auf Wohnbauten (um T€ 104).

Da die Gesellschaft mit einem positiven Jahresergebnis abschließt, ist die Eigen- und Fremdkapitalverzinsung gegeben. Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt für das Geschäftsjahr 2011 2,9 % (Vorjahr: 3,0 %).

2 Voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht)

Die demografische Entwicklung, die zunehmende soziale Spreizung der Gesellschaft, die Klimaschutz- und Energieeffizienzpolitik sowie die wachsende Pluralität der Lebensstile und damit die Vielfalt der Wohnkonzepte stellen die Unternehmen vor große Herausforderungen.
Das Handeln der wohnungswirtschaftlichen Unternehmen ist stetig steigenden Anforderungen unterworfen.

Aufgrund der weiteren Differenzierung der Nachfrage nach Haushaltstypen, Lebensstilen, Einkommensgruppen, Alter werden sich auch die Wohnungsmärkte weiter aufgliedern. Es wird immer schwieriger, einheitliche Wohnkonzepte für einen Großteil der Bevölkerung anzubieten. Aus diesem Grund gewinnt die Entwicklung von Wohnungsangeboten und Dienstleistungen speziell für einzelne Kundengruppen immer mehr an Bedeutung.

Hinzu kommt, dass der Wettbewerb zwischen den Wohnungseigentümern um den einzelnen Mieter immer mehr zunimmt und die Anspruchshaltung der Mieter/Interessenten in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist. Das betrifft alle Zielgruppen, auch Interessenten mit niedriger Kaufkraft.

Ein stetiges Überprüfen und Anpassen der Bestands- und Unternehmensausrichtung der GWG ist daher unerlässlich.

Die Gesellschaft setzt zur langfristigen Bindung ihrer Kunden und damit zur Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs auch weiterhin auf **zielgruppenorientierte Produkt- und Serviceangebote**. Die **Entwicklung individueller Produkte** ist ein wesentlicher Bestandteil der Bestandsentwicklungskonzeption der GWG.

Die GWG leistet mit der sicheren, sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung - dazu gehören auch einkommensschwache Bürger sowie Empfänger von Transferleistungen - einen wichtigen **Beitrag zum sozialen Frieden** in der Stadt und zur **Stabilisierung der Wohnquartiere**.

Die Gesellschaft betreibt aktiv Stadtteilpolitik sowohl beim Stadtumbau als auch bei der Schaffung sozialer Netzwerke. Sie agiert als Gestalter und Moderator zwischen vielen beteiligten Akteuren im Stadtgebiet und ist dabei ein stabiler, verlässlicher und kompetenter Partner für die Stadt Halle (Saale). Die GWG wird ihrem hohen Anspruch, Hauptakteur im Stadtgebiet Halle-Neustadt zu sein, weiter gerecht werden.

Entsprechend den vorhandenen Möglichkeiten übernimmt die Gesellschaft Verantwortung für intakte Wohn- und Lebensräume und damit die Fürsorge für die Entwicklung der Stadt und des Stadtteils sowie seiner Bewohner. **Quartiersgestaltung und Sozialmanagement ergänzen das Kerngeschäft** der GWG und werden an Bedeutung noch wesentlich zunehmen.

Die GWG wird auch 2012 ein wertintensives Investitionsprogramm durchführen. Es sieht insgesamt rund Mio. € 18 für größere Bauprojekte und für zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Sanierung und Modernisierung des GWG-Bestandes vor.

Der Stadtumbau Ost wird aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, der zu erwartenden demografischen und strukturellen Herausforderungen auch in den kommenden Jahren weiter die zentrale Aufgabe bleiben müssen. Zur marktgerechten Anpassung der Strukturen des Wohnungsbestandes an die sich entwickelnden Bevölkerungsstrukturen gibt es keine andere Alternative.

Entsprechend dem Gesellschafterbeschluss vom 07. Februar 2008 muss die GWG seit dem Geschäftsjahr 2008 Beiträge zur Sanierung des städtischen Haushalts leisten. Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen, der derzeitigen und künftigen Mehrbelastungen plant die Gesellschaft eine Streckung des letzten ausstehenden Ausschüttungsbetrages in Höhe von Mio. € 4,6 auf maximal drei Jahre, sodass der Gesamtbeitrag zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale) bis zum Jahr 2014 vollständig erbracht sein wird.

Familienfreundlichkeit ist ein fester Bestandteil der Unternehmenskultur der Gesellschaft. Die GWG wird als familienfreundliches Unternehmen auch zukünftig ihre individuelle Unternehmenskultur weiterentwickeln und festigen. Die erneute Zertifizierung im Rahmen des **Audit „berufundfamilie“** wird im Jahr 2012 angestrebt.

Etwa ein Sechstel der Arbeitnehmer der GWG hat einen Altersteilzeitvertrag abgeschlossen. Dies ermöglicht dem Unternehmen frühzeitig den Ersatz von Fachkräften gezielt und wirtschaftlich zu gestalten. Die GWG hat dafür ein Personal- und Organisationskonzept aufgestellt, welches bis 2013 alle erforderlichen Maßnahmen personeller und organisatorischer Art bündelt. Die Umsetzung wird planmäßig fortgesetzt. Die Gesellschaft sieht keinen betriebsbedingten Stellenabbau vor.

Die Gesellschaft verfügt als Steuerungsinstrument zur mittelfristigen Prognose des Unternehmenserfolges über eine Bilanz-, Wirtschafts- und Finanzplanung.

Auf dieser Grundlage können wesentliche Kennzahlen der zukünftigen Unternehmensentwicklung prognostiziert werden. Diese 3-Jahres-Planung wird jährlich überprüft und an veränderte Rahmenbedingungen sowie an die Entwicklungen der Risikofaktoren angepasst.

Die Gesellschaft geht auch für die folgenden Geschäftsjahre von einer weiterhin stabilen Unternehmensentwicklung aus.

3 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

3.1 Chancen der künftigen Entwicklung

Die GWG bewirtschaftet ihren Wohnungsbestand im Rahmen ihrer Ertragskraft in einem auf **Nachhaltigkeit** ausgerichteten Geschäftsmodell und berücksichtigt dabei soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte. Der Bedarf an **Investitionen** wird **auch zukünftig auf hohem Niveau** bleiben müssen. Wesentliche Grundlage aller Aktivitäten ist immer die Wirtschaftlichkeit.

Mit neuen Marketingstrategien stellt sich die Gesellschaft konsequent auf sich verändernde Marktentwicklungen ein. Die Wünsche der Mieter werden immer individueller. Je nach Haushaltsgröße, finanziellen Möglichkeiten und Wohnvorstellungen zeigen sich erhebliche Unterschiede. Ziel ist eine stärkere Angebotssegmentierung, nicht nur nach demografischen Kriterien, sondern auch nach unterschiedlichen Lebensphasen und Wohnwerten der einzelnen Zielgruppen. Je passgenauer das Wohnungsangebot ist, desto größer ist die Vermietungschance. Die **zielgruppenorientierte Quartiersbildung** wird daher auch zukünftig ein besonderer Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sein.

Das Engagement der Gesellschaft im Sozial- und Quartiersmanagement trägt ganz wesentlich dazu bei, die Wohnquartiere zu stabilisieren und funktionierende Nachbarschaften zu erhalten. Dies stärkt in Verbindung mit vielfältigen Maßnahmen zur **Verbesserung des Kundenservices** das Image der Gesellschaft als Garant für gutes, preiswertes und sicheres Wohnen. Besonders im Hinblick auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung sind soziale Dienstleistungen ein bedeutender Marktfaktor.

Die **Verbesserung der Energieeffizienz** gehört untrennbar zur Bewirtschaftung der Wohnungsbestände und gewinnt zunehmend an Bedeutung. Mit einer nachhaltigen, **energetischen Modernisierung** dafür geeigneter Objekte leistet die Gesellschaft auch in den kommenden Geschäftsjahren einen wichtigen Beitrag zur weiteren Aufwertung ihres Kernbestandes und zum Klimaschutz.

So tragen z. B. die errichteten **solarthermischen Anlagen** zur Heizungsunterstützung und Warmwasserbereitung wirksam zur Dämpfung des Preisanstiegs der Fernwärmekosten bei und führen somit auch zu einer Senkung der Betriebskostenbelastung für die Mieter. Dies erhöht den **Marktvorteil** des Wohnungsbestandes der Gesellschaft und wird daher als Chance verstanden.

Neue Potenziale ergeben sich aus dem **Erwerb von Grundstücken und dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien** auch außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, den Bestand mit neuen Produkten zu erweitern und zu verjüngen sowie an den Wandel und die Vielfalt der Lebensformen und Ansprüche anzupassen.
Neben der bereits im Geschäftsjahr 2011 begonnenen denkmalgerechten Altbausanierung sowie dem Neubau von drei KfW-Effizienzhäusern am Hubertusplatz/Vogelsang in Halle (Saale) geht die GWG im Geschäftsjahr 2012 mit dem Umbau einer denkmalgeschützten Villengruppe zu Boardinghäusern am Weinberg Campus einen weiteren Schritt in Richtung des halleschen Stadtteils Heide-Süd.
Darüber hinaus erwarb die Gesellschaft 2011 in Halle-Dölau ein rund 8.000 Quadratmeter großes Areal. Hier plant die GWG im Geschäftsjahr 2013 den Neubau von Mietwohnungen.

Die Gesellschaft wird diese Strategie auch in den kommenden Jahren konsequent weiter verfolgen. Das Kerngeschäft bleibt jedoch weiterhin in der Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestandes in Halle-Neustadt bestehen.

Der Umgang mit den **Auswirkungen der Alterung** wird eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderung der nächsten Jahrzehnte nicht nur für die sozialen Sicherungssysteme und Arbeitgeber, sondern auch für die Wohnungswirtschaft sein. Daher stellt speziell das Thema Wohnen im Alter auch künftig eine der **Schwerpunktaufgaben der GWG** dar.
Zur Intensivierung und Erweiterung des Beratungs- und Hilfsangebotes für ältere Mieter baut die GWG auch im Geschäftsjahr 2012 die **Seniorenbetreuung** durch den Einsatz von Nachbarschaftshelfern weiter aus. Die umfassende Betreuung der Mieter über das übliche Vermietungsgeschäft hinaus ist ein wichtiger Bestandteil des aktiven Kundenmanagements der Gesellschaft. Die GWG sieht aufgrund des umfassenden Services für ältere Menschen, der guten Standortqualitäten und attraktiven Lebensbedingungen bei der Gesellschaft eine erhöhte **Chance der Neukundengewinnung sowie der langfristigen Kundenbindung**.

Die GWG hat ihr **Portfoliomanagementsystem** zielgruppenspezifisch unter Berücksichtigung der demografischen Prognosen neu strukturiert. So wurden im Berichtszeitraum alle Liegenschaften der Gesellschaft nach Kriterien wie Wirtschaftlichkeit, Standort, Attraktivität, Mietniveau, Modernisierungsgrad und vor allem Zukunftsfähigkeit kategorisiert und objektindividuelle Handlungsstrategien festgelegt.

Die Gesellschaft verfügt damit über eine verlässliche Basis zur Analyse der im Immobilienbestand vorhandenen Chancen und Risiken. Investitions- oder Desinvestitionsentscheidungen werden auf dieser Grundlage mit dem Ziel gesteuert, die nachhaltige Ertragskraft des Unternehmens weiter zu erhalten.

Die GWG hat sich, trotz der oft als besonders innovativ bezeichneten Finanzierungsmöglichkeiten, in der Vergangenheit **konservativ finanziert**. Diese sich als **langfristig erfolgreich zeigende Philosophie** wird auch weiterhin in der Finanzierungspraxis Anwendung finden. Die Gesellschaft agiert transparent und kommuniziert aktiv mit ihren Finanzierungspartnern, um das entgegengebrachte Vertrauen aufrecht zu erhalten.

3.2 Risiken der künftigen Entwicklung

Demografischer Wandel, sozioökonomische Entwicklungstendenzen und die Verstärkung sozialer Ungleichheiten beeinflussen das unternehmerische Umfeld. Sich ändernde politische Rahmenbedingungen, der technische Fortschritt und die Globalisierung stellen die Unternehmen vor große Herausforderungen.

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung bekräftigt den politischen Kurs, den Stadtumbau in den neuen Ländern in der Einheit von Aufwertung und Rückbau/Abriss kontinuierlich fortzusetzen. Umso unverhältnismäßiger sind die Kürzungen der Bundesregierung bei der Städtebauförderung. Diese drohen das Engagement der Wohnungsunternehmen beim Stadtumbau deutlich einzuschränken und die Lage der Städte und Unternehmen spürbar zu verschlechtern.

Ohne eine entsprechende finanzielle Ausstattung des Programms „Stadtumbau- Ost“ und eine Entlastung aller abgerissenen Wohnungen von den Altschulden wird für die unternehmerische Wohnungswirtschaft der Stadtumbau zu einer noch größeren finanziellen Belastung als bisher und es besteht die **Gefahr,** dass die bisherigen Erfolge des **Stadtumbaus Ost insgesamt gefährdet** werden.

Verschiedene Prognosen beschreiben für Halle (Saale) einen **Bevölkerungsrückgang**, der für die Akteure auf dem Wohnungsmarkt enorme Beeinträchtigungen bezüglich der Wohnungsnachfrage zur Folge haben wird. Für den Stadtteil Halle-Neustadt wird ein **Rückgang der wohnungsnachfragenden Haushalte** zwischen 20 und 30 % prognostiziert. Für die GWG könnte sich dieser Nachfragerückgang nahezu proportional auswirken, da sie in fast allen Stadtvierteln der Neustadt vertreten ist.

Aufgrund der demografischen Perspektiven für Halle-Neustadt in den nächsten 15 Jahren wird die GWG das im Geschäftsjahr 2011 abgeschlossene **Sanierungskonzept** aus dem Jahr 2002 **fortschreiben** müssen.

Wegen der zurzeit noch fehlenden Anschlussregelung zur Behandlung der Altschulden für zum Abriss vorgesehene Gebäude beabsichtigt die Gesellschaft nur die weitere Stilllegung von Wohnungen und Gebäuden, nicht jedoch deren Abriss. Die tatsächliche Stilllegung erfolgt, wenn die Prognosen sich bestätigen und es die Marktsituation zulässt. Die damit einhergehenden rückläufigen Ertragswerte betroffener Wohngebäude bedingen hohe Abschreibungen auf das bilanzierte Anlagevermögen, die außerplanmäßig vorzunehmen sind.

Des Weiteren geht die GWG nicht davon aus, dass das bis zum Jahr 2016 befristete komplementäre Förderprogramm „Stadtumbau-Ost“ in seiner jetzigen Form nochmals verlängert wird. Daraus entsteht zusätzlich das Risiko, dass leerstehende Gebäude wegen fehlender Fördermittel nicht kostendeckend oder gar nicht abgerissen werden können.

Die von der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) bisher geforderten Beiträge zur **Haushaltskonsolidierung** kann die GWG nur unter **hohem Verlust von Liquidität** refinanzieren.

Die **engen finanziellen Grenzen** der Stadt Halle (Saale) für die **Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU)** nach SGB II verstärken die Tendenz einer sozialen Segregation. Aufgrund der Herabsetzung der Nettokaltmiete für die KdU auf € 4,10 pro m² Wohnfläche ist die Refinanzierung von notwendigen Investitionen (u. a. energetische Sanierungsmaßnahmen zur weiteren Senkung der Betriebskosten) über die Modernisierungsumlage bei zunehmender Anzahl von Mietern mit Transfereinkommen in verschiedenen Liegenschaften der Gesellschaft kaum oder gar nicht mehr möglich.
Die Investitionsplanung der Gesellschaft wird darauf ausgerichtet. Um ausreichend Wohnraum mittlerer Preisklasse für Transfereinkommensbezieher anbieten zu können, werden daher energetische Sanierungsmaßnahmen in einigen Wohngebäuden nicht mehr geplant.

Aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind negative Folgen für die Nachfrage nach Wohnraum sowie negative Auswirkungen auf das Zahlungsverhalten der Mieter nicht auszuschließen.
Zusätzlichen Einfluss nehmen die demografische Entwicklung und die steigende Zahl älterer und armer Einwohner. Junge Menschen dagegen fehlen am Arbeitsmarkt.
Insofern erhöhen sich in den nächsten Jahren das **Leerstandsrisiko** und das Risiko steigender Mietausfälle.

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

4 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag (Nachtragsbericht)

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2011 nicht eingetreten.

5 Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Hansering 19 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	102.259

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	102.259	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen und ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 116 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO-LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Wahlen, Heinrich
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar
	stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter
		David, Dirk
		Ewert, Gertrud
		Fritz, Melanie
		Haupt, Ute
		Dr. Meerheim, Bodo
		Rothe, Uwe
		Sänger, Frank

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Sommer, Manfred
Sprung, Michael
Wildgrube, Martina

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	28	26	25

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	475.090	89	466.507	90	451.687	87	8.583	2
Umlaufvermögen	47.570	9	48.281	9	61.845	12	-711	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	8.812	2	6.646	1	4.379	1	2.166	33
Bilanzsumme	**531.472**	**100**	**521.434**	**100**	**517.911**	**100**	**10.038**	**2**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	241.948	46	242.638	46	244.111	47	-690	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	12.911	2	13.253	3	13.594	3	-342	-3
Rückstellungen	3.287	1	4.082	1	5.145	1	-795	-19
Verbindlichkeiten	273.326	51	261.460	50	255.059	49	11.866	5
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	0	2	0	-1	-100
Bilanzsumme	**531.472**	**100**	**521.434**	**100**	**517.911**	**100**	**10.038**	**2**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	78.251	78.125	79.547
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.261	-685	-2.763
andere aktivierte Eigenleistungen	2.675	2.043	1.701
sonstige betriebliche Erträge	4.174	4.424	6.110
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	35.402	34.607	36.591
Personalaufwand	11.250	10.690	10.297
Abschreibungen	9.613	9.387	9.081
sonstige betriebliche Aufwendungen	9.297	9.245	9.400
Erträge aus Beteiligungen	97	74	89
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	375	276	968
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.054	10.901	11.238
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.695	9.427	9.045
außerordentliche Erträge	2.622	3.990	4.222
außerordentliche Aufwendungen	3.770	4.355	1.602
außerordentliches Ergebnis	-1.148	-365	2.620
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-68	-171	-20
sonstige Steuern	5	6	7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6.610	9.227	11.678
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.089	85	375
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	661	923	1.168
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7.038	8.389	10.885

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,45	11,81	14,68	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,81	3,94	5,01	%
Cash-Flow:	16.223	18.614	20.759	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	378	385	390	T€
Personalaufwandsquote:	13,42	12,74	12,17	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,38	89,45	87,20	%
Eigenkapitalquote:	45,52	46,53	47,13	%
Fremdkapitalquote:	54,48	53,47	52,87	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Wohneinheiten	16.536,00	17.150,00	17.676,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	12,27	15,60	16,20	%
Wohneinheiten Leasingbestand	2.244,00	2.244,00	2.243,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten Leasingbestand	1,83	2,50	3,30	%
Gewerbeeinheiten	290,00	298,00	346,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	18,28	19,13	17,60	%
Gewerbeeinheiten Leasingbestand	16	15,00	16,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten Leasingbestand	0,00	0,00	6,30	%

e) Lagebericht

1. Gesamtwirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen

1.1. Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist wie im Vorjahr auch im Jahr 2011 wieder kräftig gewachsen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 3,0%. Der Anstieg lag damit deutlich über dem durchschnittlichen Wachstum seit der Wiedervereinigung (1,3%).

Der bisherige Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik Deutschland wurde im Berichtsjahr anders als in früheren Konjunkturzyklen nicht nur vom Außenhandel, sondern auch maßgeblich von der Binnenwirtschaft getragen. Die vom Außenhandel weitgehend unabhängigen Dienstleistungsbranchen haben ihre wirtschaftlichen Aktivitäten bis zuletzt ausgeweitet.

Zu diesen Branchen gehört unter anderem die Immobilienwirtschaft, einer der größten Wirtschaftszweige in Deutschland. Ihre Bruttowertschöpfung summiert sich auf 425 Milliarden Euro p. a. Das entspricht einem Anteil von ca. 19,1% an der gesamten Bruttowertschöpfung.

Die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind gewachsen. Vor dem Hintergrund dieser Beschäftigungszunahme, einer moderaten Preisentwicklung und steigenden Löhnen sind die real verfügbaren Einkommen gestiegen.

Die Verbraucherpreise sind im Jahresdurchschnitt 2011 gegenüber 2010 um 2,3% gestiegen. Für den Anstieg waren vor allem die Energiepreise verantwortlich. Energie insgesamt verteuerte sich 2011 spürbar um 10,0%. Diese Entwicklung der Energiekosten dynamisiert die Wohnkosten. Eine Begrenzung der Energiekosten durch eine höhere Energieeffizienz von Gebäuden, eine verbesserte Anlagensteuerung und eine Diversifizierung von Energieträgern und von Versorgern wird in den nächsten Jahren deshalb eine zentrale Aufgabe der Immobilienwirtschaft sein.

Die Einwohnerzahl Deutschlands dürfte nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2011 erstmals nach acht Jahren Rückgang leicht gestiegen sein. Am Jahresende lebten voraussichtlich über 81,80 Millionen Personen und damit deutlich über 50 000 Personen mehr als im Vorjahr in Deutschland.

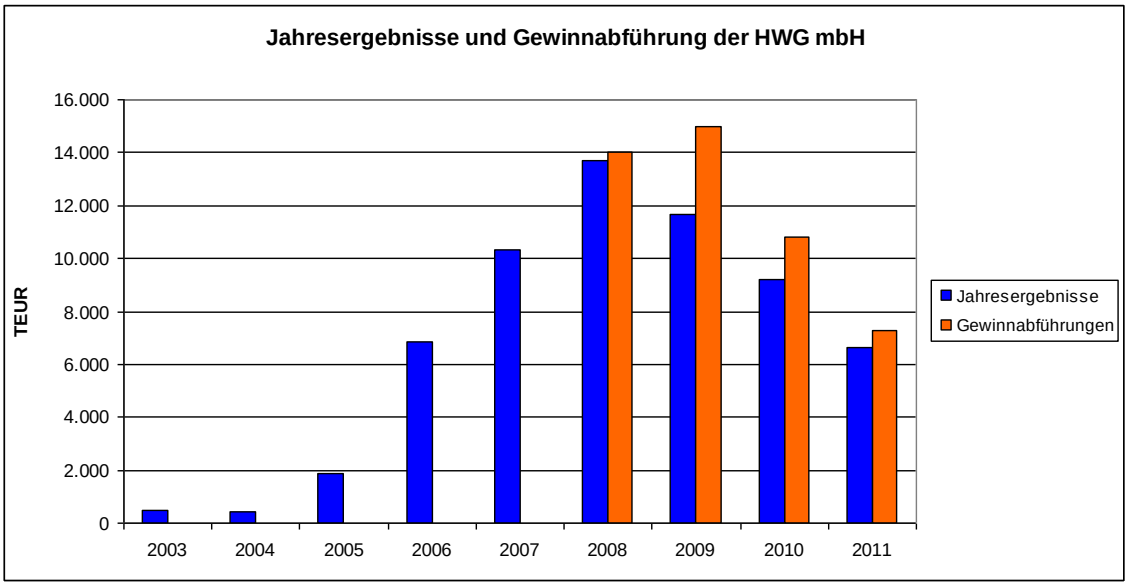
In der Stadt Halle (Saale) sind die Einwohnerzahlen im Jahr 2011 um ca. 0,4% angestiegen, nachdem bereits im Jahr 2010 ein leichter Anstieg zu verzeichnen war. Eine Ursache hierfür ist die seit vier Jahren steigende Anzahl von Studierenden, welche ihren Wohnsitz während des Studiums nach Halle (Saale) verlegen. Im Berichtszeitraum nahm die Zahl der Studenten an der Martin-Luther-Universität um fast 2.500 Studenten zu. Sie erreichte in 2011 die Marke von 20.000. Dieser Zuwachs beruhte teilweise auf einmaligen Effekten. Selbst bei zu unterstellender gleichbleibender Attraktivität des Hochschulstandortes Halle (Saale) sind für die Folgejahre eher geringere Zuzugszahlen zu erwarten.

Diese Entwicklung der Einwohnerzahl bzw. der Zahl der Wohnraum nachfragenden Haushalte hat neben dem Rückbau im Jahr 2011 dazu geführt, dass der Überhang an leerstehenden Wohnungen erneut reduziert werden konnte. Die neue Haushaltsvorausberechnung bis zum Jahr 2030 zeigt auch für die kommenden Jahre die Tendenz zu mehr Ein-Personen- und Zwei-Personen-Haushalten auf, was den Abbau von Angebotsüberhängen weiterhin unterstützt.

1.2. Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH

Die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG mbH) hat sich in den letzten Jahren im Hinblick auf ihre Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätssituation positiv entwickelt.

Dies zeigen die seit neun Jahren in Folge positiven Jahresergebnisse sowie das Wachstum von Vermögen und Bilanzsumme. In 2011 erwirtschaftete die Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 6.610.



Seit 2008 führt die HWG mbH ihre Gewinne im Wesentlichen als Vollausschüttung an ihre alleinige Gesellschafterin, die Stadt Halle (Saale), ab. Im Zeitraum von 2008 bis 2011 wurden der Gesellschafterin insgesamt 47,1 Mio. EUR ausgeschüttet. Dieser Liquiditätsentzug hat die Entwicklung der Gesellschaft verzögert. Die einseitige Gewinnverwendung zur Sanierung des städtischen Haushalts hat die Beiträge der Gesellschaft zum Stadtumbau verkürzt. Die Gesellschaft hat dennoch die Leistungen im Bereich der laufenden Instandhaltung ausgebaut und auch angemessene Bauinvestitionsprogramme realisieren können.

Bei der Haushaltskonsolidierung zeichneten sich vorübergehend Entwicklungen ab, welche von einer reinen Gewinnabführung hin zur Übernahme von städtischen Aufgaben oder städtischen Immobilien mit Refinanzierungspotentialen mit positiven Auswirkungen für die Portfoliostruktur der Gesellschaft gehen. Die städtischerseits notwendigen Vorbereitungen konnten im Berichtsjahr jedoch noch nicht ausreichend konkretisiert werden. Erneut wird von der Gesellschafterin eine Ausschüttung des im Berichtsjahr erwirtschafteten Gewinnes erwartet.

Wie bei allen Märkten verändern sich auch stetig die Rahmenbedingungen des Immobilienteilmarktes, in welchem die Gesellschaft tätig ist. Die Gesellschaft hat deshalb bereits in den vergangenen Jahren ihre Verwaltungsstrukturen angepasst und den Mieterservice weiterentwickelt. Dieser Prozess wurde in 2011 erfolgreich fortgesetzt. Die Veränderungen wirkten sich positiv auf das Ergebnis des Jahres 2011 aus. So konnte zum Beispiel im Vergleich zum Vorjahr (91%) die Anschlussvermietungsquote auf fast 103% gesteigert werden, was wiederum einen erheblichen Leerstandsabbau bewirkte.

Bei den Veränderungen am halleschen Immobilienmarkt zeigen sich zunehmend Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Stadtteilen. Die Folgen der demografischen Entwicklung sind insbesondere in den Stadtrandlagen spürbar. Hier hat sich die Gesellschaft bereits in der Vergangenzeit sukzessive von Beständen getrennt. Innenstadtnahe Stadtteile weisen hingegen eine gleichbleibende bis positive Bevölkerungsentwicklung auf. Hier hat die Gesellschaft investiert.

Die Gesellschaft profitiert von dieser Differenzierung. Die Lagevorteile ihres Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren ihre Marktposition.

Durch Zukäufe in den innenstadtnahen Wohngebieten wurde das Portfolio der Gesellschaft weiter qualifiziert und die Marktposition verbessert. Bei der Portfolioerweiterung wurde durch die Gesellschaft in 2011 erstmals die Zusammenarbeit mit einem Ko-Investor und damit die Mobilisierung von privatem Kapital angestrebt. Für den Erwerb, die Entwicklung und Bautätigkeit sowie die anschließende Bewirtschaftung eines Areals im Paulusviertel ist für 2012 die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft vorgesehen. Zum Berichtszeitpunkt stehen die Gründung der Gesellschaft und der Erwerb der Liegenschaft unmittelbar bevor.

2. Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des Konzerns ist die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG mbH) mit Sitz und Tätigkeitsgebiet in Halle (Saale).

In den Konzernabschluss sind das Mutterunternehmen und das Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal (HWG KG), einbezogen.

Stammkapital und Beteiligungsverhältnisse werden wie folgt gehalten:

Gesellschaft	Gesellschafterin	Anteile	Stammkapital
HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	Stadt Halle (Saale)	100%	102.259.000 EUR
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	Komplementär:		
	Karlo Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Pullach i. Isartal		
	Kommanditisten:		
	HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	99,9%	9.990 EUR
	MALIMA Beteiligungs GmbH, Pullach i. Isartal	0,05%	5 EUR
	Christian Zeigermann	0,05%	5 EUR

Unternehmensgegenstand der HWG KG ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verwertung der von der HWG mbH im Jahre 2008 durch ein Sale-and-Lease-Back-Geschäft an die Tochtergesellschaft veräußerten Bestände.

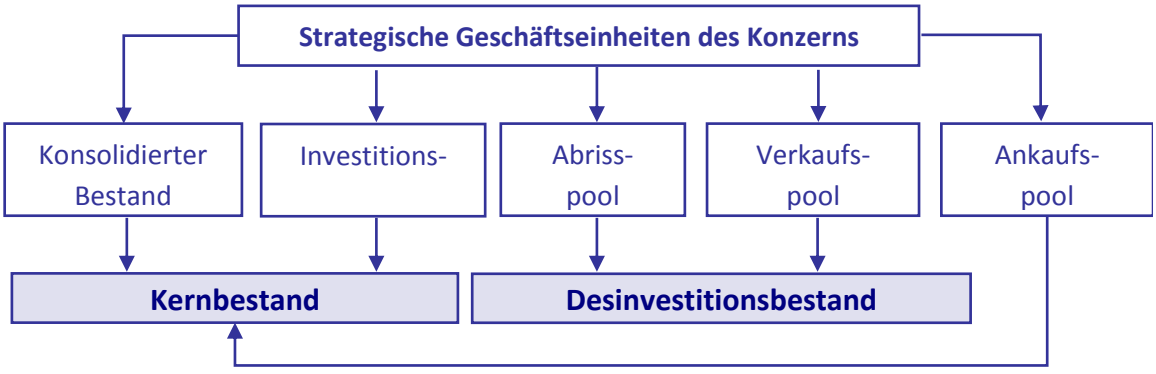
Die HWG KG hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Die Bewirtschaftung der Bestände erfolgt durch Mitarbeiter der Muttergesellschaft, der auch das Ergebnis zufließt.

3. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2011 haben die HWG mbH und der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet. In der Hausbewirtschaftung wurden die Leistungsziele erreicht. Das Jahresbauprogramm wurde in zufrieden stellendem Umfang, beim Instandhaltungsteil fast vollständig realisiert.

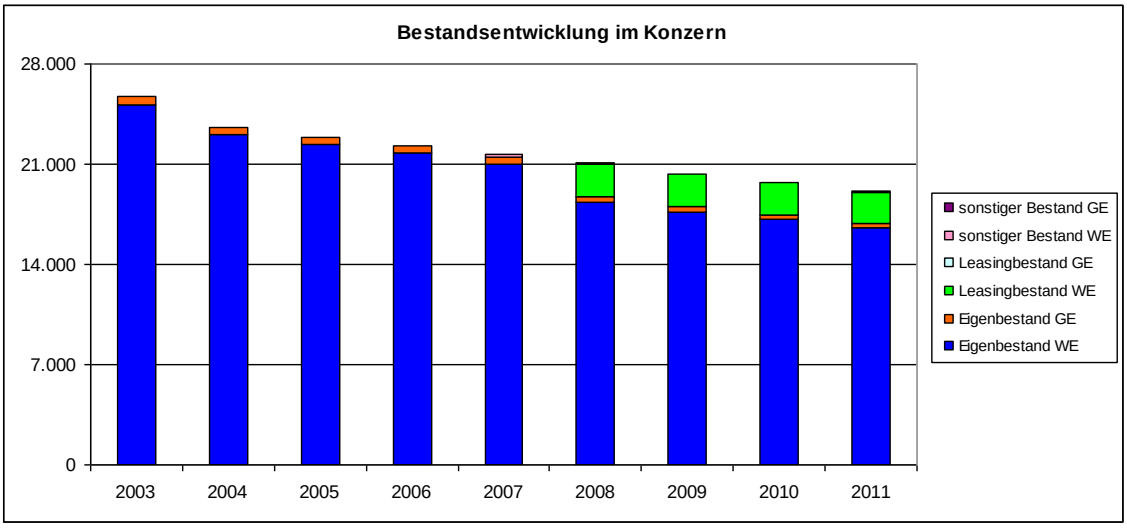
3.1. Strategische Ausrichtung

Die Gliederung des Portfolios des Mutterunternehmens in Kern- und Desinvestitionsbestand wird wie in den Vorjahren aufgrund aktueller Marktkenntnisse, Rahmenbedingungen und strategischer Planungsszenarien laufend überprüft und gegebenenfalls angepasst.

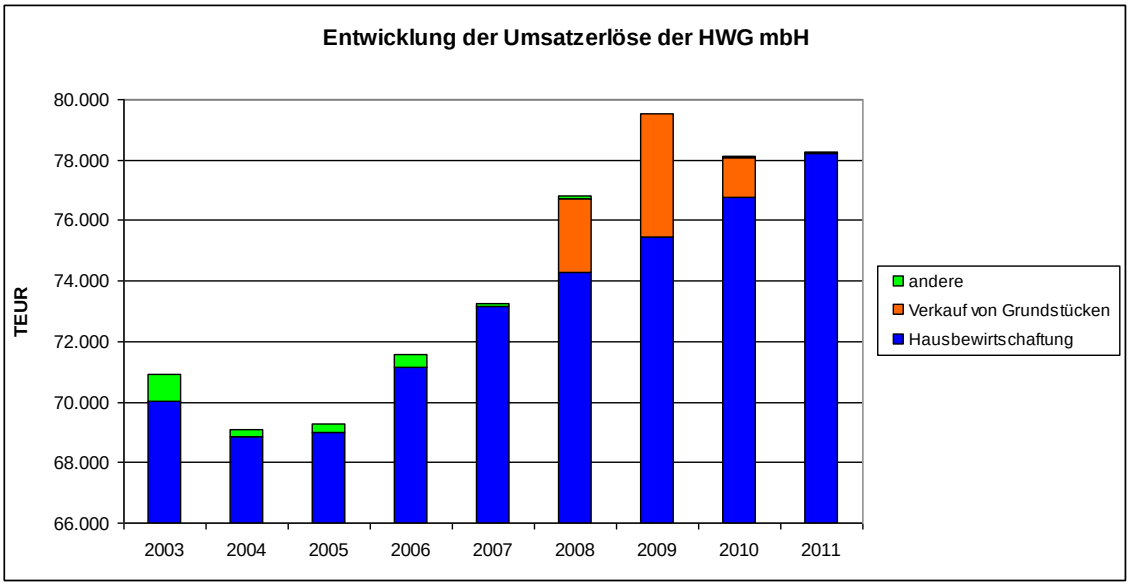


3.2. Hausbewirtschaftung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Konzern bewirtschaftete eigene Bestand und Leasingbestand nachfrage- und nachhaltigkeitsorientiert durch Rückbau, Verkäufe und Sanierungen um weitere 621 Wohn- und Gewerbeeinheiten angepasst. Zum 31. Dezember 2011 verfügt der Konzern über 18.780 Wohneinheiten (VJ 19.394) und 306 Gewerbeeinheiten (VJ 313).



Die Umsatzerlöse der Hausbewirtschaftung entwickeln sich seit Jahren trotz abnehmender Bestände mit steigender Tendenz.



Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Sie ist organisatorisch der Haupt- bzw. Primärprozess. Alle anderen Prozesse sind als Unterstützungs- bzw. Sekundärprozesse zur Verbesserung der Hausbewirtschaftung zu betrachten.

Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie in den Leasingbeständen.

Für eine Fortschreibung dieser Entwicklungstendenzen ist es erforderlich, die Potentiale des Portfolios stetig mit den aktuellen und künftigen Nachfragebedingungen auf dem Markt in Übereinstimmung zu bringen. Hierfür wird die Gesellschaft in den nächsten Jahren ihren Immobilienbestand weiterhin nachfrageinduziert und nachhaltigkeitsorientiert qualifizieren. Die Bestandsbewirtschaftung wird zunehmend neben wirtschaftlichen und technischen Aufgaben auch die Verstärkung der Sozialkompetenz und tätige Daseinsvorsorge umfassen. Aber auch die Gestaltung von sogenannten „lebensgerechten Wohnformen“ und das „Themenwohnen“ gewinnen immer mehr an Bedeutung.

Mehr als 30 % der Umsatzerlöse betreffen bereits heute Betriebskosten. Zukünftig ist mit einer steigenden Tendenz zu rechnen. Diesem Bereich kommt insbesondere aufgrund der steigenden Energiepreise eine immer größere Bedeutung zu. Eine stetige Verstärkung der Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten ist unumgänglich. Mit Sanierungsmaßnahmen, die auch Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz der Gebäude und technischer Anlagen beinhalten, steuert die Gesellschaft bereits seit mehreren Jahren der Kostenentwicklung gegen. In 2011 kam erstmalig auch die reine energetische Ertüchtigung von Plattenbaubeständen hinzu.

Der Gebäudebestand im Konzern setzte sich zum Stichtag zu 73% (VJ 74%) aus industriell und zu 27% (VJ 26%) aus konventionell gefertigten Objekten zusammen.

Der Anteil der sanierten und teilsanierten Wohnungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 3 % auf 65% (VJ 61%) erhöht.

Miteigentumsanteile (Anteilsgrundstücke) haben nur noch eine untergeordnete Bedeutung. Bei den noch 5 Anteilsgrundstücken, welche sich zum Berichtsstichtag im Miteigentum der HWG mbH befinden, strebt die Gesellschaft den Erwerb der anderen Miteigentumsanteile an. Für ein Anteilsgrundstück wurde bereits ein Kaufvertrag mit Besitzübergang in 2012 abgeschlossen.

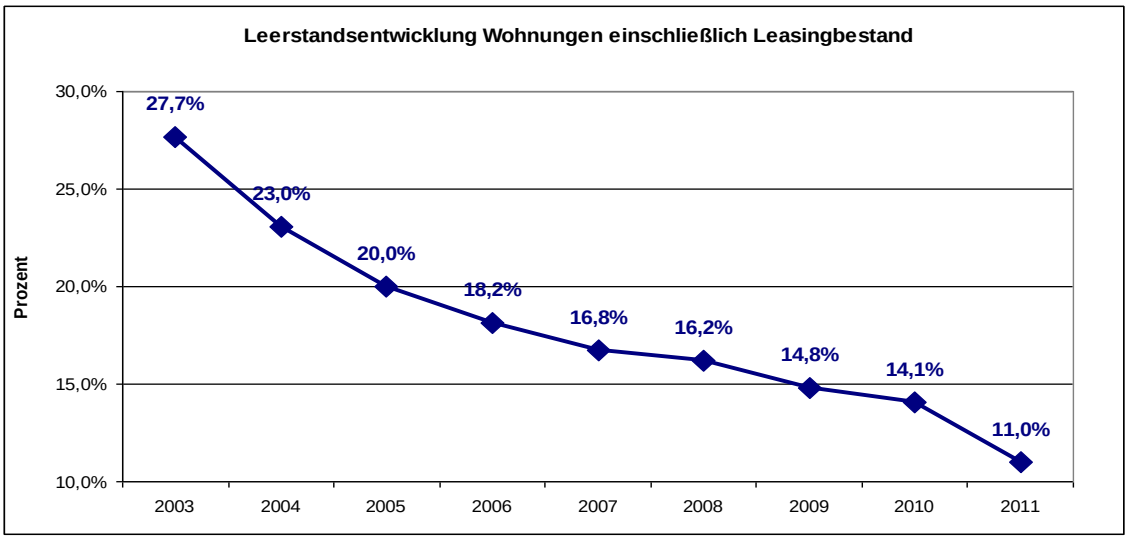
Die Vermietung des sanierten Wohnungsbestandes ist nach wie vor unproblematisch. Die sanierten Bestände sind unverändert marktgängig und stark nachgefragt. Die im Jahresbauprogramm 2011 fertig gestellten Wohnungen wurden vollständig vermietet. Die Miethöhen lagen deutlich über den Planannahmen.

Im sanierten Bestand wird auch für die Zukunft von einer stabilen Marktposition und nur fluktuationsbedingtem Leerstand ausgegangen.

Im Berichtszeitraum konnte die Fluktuationsrate leicht gesenkt werden. Sie lag bei 14 % (VJ 15 %). Der Anteil neu abgeschlossener Mietverträge im Verhältnis zu beendeten Mietverträgen hat sich durch organisatorische und personelle Maßnahmen im Vorjahresvergleich erheblich erhöht. Er betrug im Geschäftsjahr 103 % (VJ 91 %).

Wie in den Vorjahren konnte auch im Geschäftsjahr der Leerstandsabbau erfolgreich weiter fortgeführt werden. Dabei ist es gelungen, diesen Prozess zu beschleunigen. Der Abbau betrug im Berichtszeitraum 3,1 % (VJ 0,7 %). Dies ist die deutlichste Reduzierung seit 2004.

Die leerstandsbedingte Erlösschmälerung lag im Berichtsjahr bei 10,8 % (VJ 12,6 %).

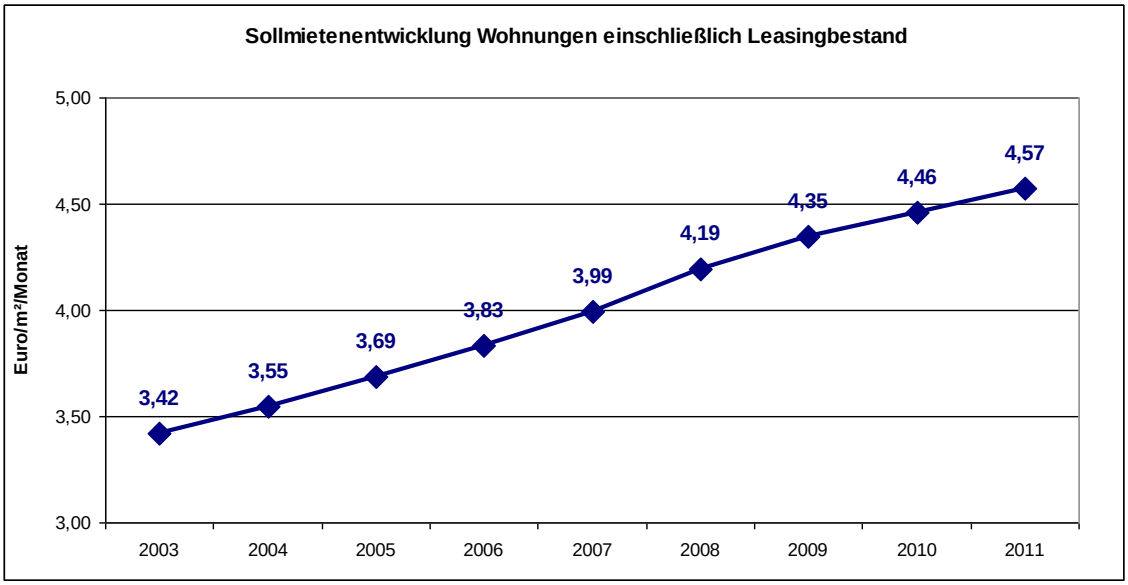


Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr fast 190 Mietverhältnisse zur Vorbereitung und Steuerung von Investitions- und Abrissmaßnahmen gezielt beendet. Ein Großteil der Mieter ist nach dem Umzug in den Beständen der Gesellschaft verblieben.

Leerstand senkend wirkten sich auch die Verkäufe von überwiegend leer stehenden Wohnungen sowie der Abgang von Beständen wegen bevorstehendem Abriss aus.

Die Gesellschaft plant einen weiteren Leerstandsabbau. Hierfür sind auch für 2012 und die Folgejahre zielgruppengerechte Investitionen und der Rückbau von dauerhaft nicht mehr benötigten Immobilien sowie gezielte Vermietungsstrategien als Leerstand senkende Maßnahmen vorgesehen.

Die Sollmieten haben sich positiv entwickelt. Die durchschnittlichen Sollmieten für Wohnungen betrugen im Berichtsjahr 4,57 Euro/m² (VJ 4,46 Euro/m²). Damit wurde die seit Jahren kontinuierlich steigende Tendenz fortgeführt. Hier zeigen sich die Effekte der Produktverbesserung und der Portfoliobereinigung, aber auch die konsequente Orientierung an positiven Teilmarktentwicklungen.



3.3. Stadtumbau und Stadtentwicklung

Investition

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2011 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von TEUR 18.919 (VJ TEUR 25.547) realisiert. Im Rahmen der Bautätigkeit wurden die Sanierung von fast 500 Wohnungen in den Quartieren Forsterstraße und Landrain, in der Altstadt, an der Wolfensteinstraße, an der Merseburger Straße und am Schülershof, außerdem die energetischen Sanierungen in Heide-Nord und Trotha, abgeschlossen.

Die Sanierungsschwerpunkte lagen im Altstadtkern, in den innenstadtnahen Stadtteilen sowie in der energetischen Ertüchtigung von Plattenbaubeständen.

Zur Sicherung und zum Ausbau der Marktposition der Gesellschaft ist weiterhin eine nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios durch Modernisierung und Sanierung von Beständen erforderlich. Diese Investitionstätigkeit bildet eine wesentliche Grundlage für die Stabilisierung des Kerngeschäftes, die Hausbewirtschaftung.

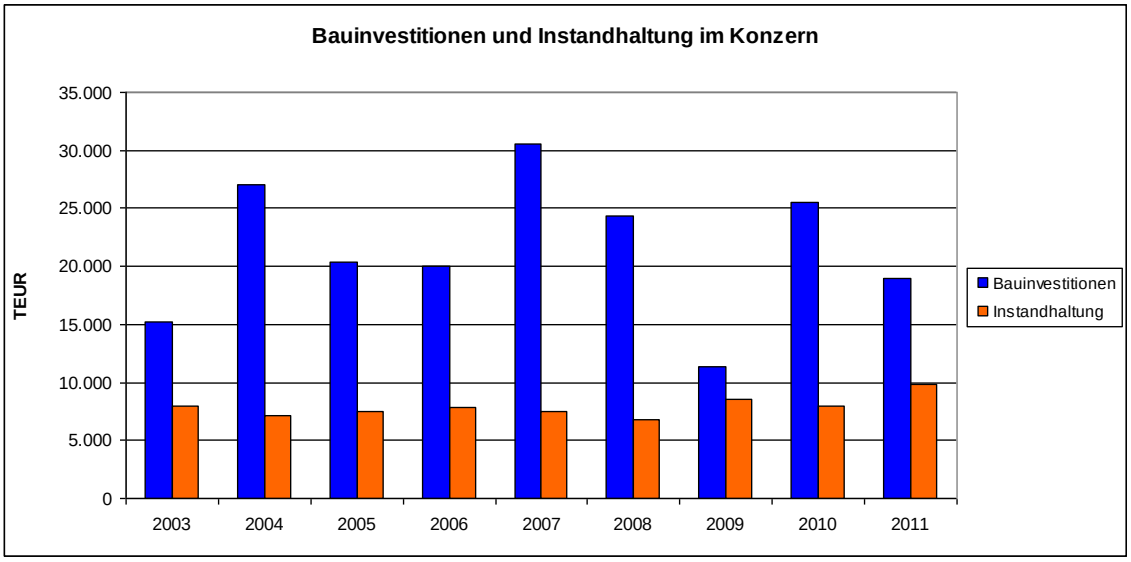
Aufgrund der aktuellen und der künftig erwartbaren Marktlage mit nach wie vor bestehenden Angebotsüberhängen und verstärktem Konkurrenzdruck muss sich die Gesellschaft deutlich von den anderen Marktteilnehmern abheben. Einer nachfrageinduzierten und energetisch innovativen Aufwertung der Bestände kommt deshalb immer mehr Bedeutung zu.

Unter diesen Gesichtspunkten hat die Gesellschaft im vergangenen Geschäftsjahr die bisherige Investitionstätigkeit wiederholt analysiert und durch Prozessveränderungen optimiert. Die wesentlichen Änderungen bestehen in einer stärkeren Einbeziehung der verwaltenden Bereiche in den Investitionsprozess und einer neu strukturierten Planungsphase. Die beteiligten Unternehmensbereiche arbeiten in Form einer Projektorganisation zur Vorbereitung und Durchführung der Investitionsmaßnahmen zusammen. Damit wird sichergestellt, dass Bewirtschaftungs- und Nutzerbelange bereits in der Planungsphase noch mehr in den Fokus rücken und auch in der Bauphase handlungsleitend bleiben.

Die Herstellung von nachhaltig marktfähigen Bestandsobjekten unter Berücksichtigung künftiger Nachfragebedingungen sowie die Risikominimierung zur Erhöhung der Planungssicherheit gehören zu den wichtigsten Zielen der Prozessoptimierung. Die Veränderungen in der Struktur bewirkten bereits 2011 erkennbare Verbesserungen. Sie werden ab 2012 vollumfänglich greifen.

Im Geschäftsjahr 2012 wird das Bauinvestitionsprogramm wieder auf über 20 Mio. Euro ausgebaut werden. Neben dem Abschluss der Investitionsüberhänge aus dem Vorjahr bilden in 2012 Bauinvestitionen in Alt- und Blockbauten im Stadtkern und in innenstadtnahen Stadtteilen sowie die energetische Ertüchtigung von Plattenbauten den Schwerpunkt.

Des Weiteren sollen parallel dazu für eine Projektentwicklung im Paulusviertel in gleicher Größenordnung durch die noch zu gründende Tochtergesellschaft Planungsleistungen beauftragt werden. In 2012 beginnt die Gesellschaft zudem mit der Installation der vom Landesgesetzgeber geforderten Rauchwarnmelder. Auch dieser Prozess wird durch eine Projektgruppe vorbereitet und begleitet.



Das Instandhaltungsbudget und seine Auslastung wurden gesteigert. Für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen wurden im Berichtsjahr TEUR 9.796 (VJ TEUR 7.973) aufgewendet. Je m² Wohn- und Gewerbefläche entspricht dies 9,00 EUR (VJ 7,17 EUR, im Vergleich: 7,04 EUR/m² bezogen auf alle Nutzflächen einschließlich Stellplätze). Die Schwerpunkte dieses gegenüber den Vorjahren erheblich gesteigerten Instandhaltungs- und Instandsetzungsprogramms lagen in systematischen Instandsetzungen und Instandhaltungen mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung sowie des Erhaltes der Bestandsqualität.

Für 2012 plant die Gesellschaft erneut neben den Bauinvestitionen umfangreiche Instandhaltungen und Instandsetzungen von ca. TEUR 10.000 in die Konzernbestände.

Rückbau

Im Geschäftsjahr 2011 wurde der Komplettrückbau der Hochhäuser Riebeckplatz 10 und Steg 3 abgeschlossen. Darüber hinaus wurden auch im Stadtumbaugebiet Heide-Nord Rückbaumaßnahmen durchgeführt. Hiermit hat die Gesellschaft vertragliche Verpflichtungen aus einer Quartiersvereinbarung erfüllt.

Bis Ende 2011 hat die Gesellschaft im Rahmen des Stadtumbaus bisher insgesamt 3.601 (VJ 3.221) Wohnungen rückgebaut.

Zur Umsetzung der Rückbauplanung wurden Fördermittel zum Stadtumbau Ost genutzt. Eine weitere Unterstützung für Rückbauvorhaben durch eine Teilentlastung von Altschuldenverbindlichkeiten gemäß § 6a Altschuldenhilfe-Gesetz (AHG) ist nicht mehr möglich, da die zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft sind.

Für das Geschäftsjahr 2012 plant die Gesellschaft einen weiteren Rückbau von Wohnungen. Dieser umfasst den seit langem geplanten Abriss des Hochhauses Riebeckplatz 6 mit 129 Wohnungen, welcher bereits 2011 begonnen wurde, sowie den Rückbau von 120 Wohnungen im Quartier Robinienweg im Stadtteil Silberhöhe/Ammendorf. Mit dem Rückbau in diesem Quartier werden deckungsbeitragsschwache Objekte eines vom Bevölkerungsrückgang besonders betroffenen Stadtteils vom Markt genommen. Die Wegnahme dieser unsanierten Objekte ist gleichzeitig ein Beitrag zur Marktbereinigung und zum Stadtumbau. Die Abrisse am Riebeckplatz und im Robinienweg sind fördermittelgestützt.

Grundstücksverkehr

Im Geschäftsjahr wurden 10 Grundstücksverkaufsverträge über 17 Grundstücke abgeschlossen. Verkauft wurden unrentable und nicht zur Sanierung vorgesehene Objekte zur Portfoliobereinigung sowie Miteigentumsanteile an einem Grundstück.

Zur Stärkung des Residualportfolios wurden durch die HWG mbH Kaufverträge für fünf Grundstücke abgeschlossen. Im Wesentlichen handelte es sich hierbei um Ankäufe zur Arrondierung von Quartieren in innenstadtnahen Stadtteilen, in denen derzeit oder künftig Investitionen getätigt werden. Ein weiterer Ankauf diente der Bereinigung von Eigentumsverhältnissen und der Vorbereitung einer Projektentwicklung unter Einbeziehung der durch den Abriss des Hochhauses Riebeckplatz 10 frei gewordenen Grundstücksfläche. Diese Maßnahme wird im Stadtumbauprozess wesentlich zur Aufwertung eines geschädigten innerstädtischen Quartiers beitragen.

4. Wirtschaftliche Lage des Konzerns

4.1. Vermögenslage

Die Vermögenslage des Konzerns stellt sich zum 31. Dezember 2011 wie folgt dar:

	31.12.2011		31.12.2010	
	TEUR	**%**	**TEUR**	**%**
Vermögen				
Anlagevermögen	547.592	92,0	540.895	91,8
Vorräte	23.489	3,9	24.761	4,2
Kurzfristige Forderungen	7.614	1,4	6.443	1,1
Flüssige Mittel (VJ einschließlich Wertpapiere*)	14.977	2,5	16.164	2,7
Übrige Aktiva (RAP)	1.400	0,2	1.238	0,2
Gesamtvermögen	**595.072**	**100,0**	**589.501**	**100,0**

* Der gegenüber dem Vorjahr geänderte Ausweis der Flüssigen Mittel berücksichtigt die Wertpapieranlage nicht mehr, da sie nunmehr als Schuldscheindarlehen ein Zahlungsäquivalent mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten darstellt.

	31.12.2011		31.12.2010	
	TEUR	**%**	**TEUR**	**%**
Kapital				
Wirtschaftliches Eigenkapital	243.724	41,0	247.285	41,9
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	305.874	51,4	297.480	50,5
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	45.474	7,6	44.736	7,6
Gesamtkapital	**595.072**	**100,0**	**589.501**	**100,0**

Die Vermögenslage der HWG mbH als Muttergesellschaft stellt sich zum 31. Dezember 2011 wie folgt dar:

	31.12.2011		31.12.2010	
	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen				
Anlagevermögen	475.090	89,4	466.507	89,5
Langfristige Forderungen	1.502	0,3	925	0,2
Vorräte	23.489	4,4	24.761	4,7
Kurzfristige Forderungen	7.602	1,4	6.431	1,2
Flüssige Mittel (VJ einschließlich Wertpapiere*)	14.977	2,8	16.164	3,1
Übrige Aktiva (RAP)	8.812	1,7	6.646	1,3
Gesamtvermögen	**531.472**	**100,0**	**521.434**	**100,0**

* Der gegenüber dem Vorjahr geänderte Ausweis der Flüssigen Mittel berücksichtigt die Wertpapieranlage nicht mehr, da sie nunmehr als Schuldscheindarlehen ein Zahlungsäquivalent mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten darstellt.

	31.12.2011		31.12.2010	
	TEUR	%	TEUR	%
Kapital				
Wirtschaftliches Eigenkapital	254.859	48,0	255.891	49,1
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	233.161	43,9	222.748	42,7
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	43.452	8,1	42.795	8,2
Gesamtkapital	**531.472**	**100,0**	**521.434**	**100,0**

Die Konzern-Bilanzsumme hat sich zum Vorjahr um TEUR 5.571 erhöht und beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 595.072. Die Eigenkapitalquote des Konzerns (einschließlich Sonderposten) hat sich im Geschäftsjahr 2011 verringert. Sie beträgt zum 31. Dezember 2011 41,0 %. Unter Berücksichtigung einer Ausschüttung für 2011 i. H. von TEUR 6.000 ergäbe sich eine wirtschaftliche EKQ von 39,9 %[1].

Die Bilanzsumme des Einzelabschlusses hat sich um TEUR 10.038 erhöht und beträgt zum 31. Dezember 2011 TEUR 531.472. Die Eigenkapitalquote im Einzelabschluss (einschließlich Sonderposten) hat sich zum Bilanzstichtag um 1,1 %-Punkte auf 48,0 % vermindert. Unter Berücksichtigung der von der Gesellschafterin erwarteten Ausschüttung für 2011 i. H. v. TEUR 6.000 ergibt sich eine wirtschaftliche EKQ von 46,8 %.[1]

Die Vermögenslage im Konzern- und Einzelabschluss ist durch den hohen Anteil des Anlagevermögens gekennzeichnet. Das Anlagevermögen im Einzel- und Konzernabschluss hat sich im Berichtsjahr im Saldo aus Ankäufen und Bauinvestitionen, Verkäufen, Rückbaumaßnahmen, planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen und Zuschreibungen insgesamt um TEUR 6.697 (VJ TEUR 12.932) auf TEUR 547.592 bzw. um TEUR 8.583 (VJ TEUR 14.820) auf TEUR 475.090 erhöht. Eine Umgliederung von Grundstücken aus dem Umlaufvermögen in das Anlagevermögen wie in 2010 erfolgte im Geschäftsjahr 2011 nicht.

Der Kernbestand wurde im Berichtszeitraum wie in den Vorjahren nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Grundstücke, bei denen ein Verkauf im Folgejahr vorgesehen ist, sind auf den erwarteten Verkaufserlös abgeschrieben worden. Rückbauobjekte wurden entsprechend ihrer Restnutzungsdauer abgeschrieben. Verkaufsbestände im mittelfristigen Planungshorizont sind unter Berücksichtigung von aktuellen Rahmenbedingungen strukturiert bewertet.

[1] bei Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von insgesamt TEUR 3.770 (VJ TEUR 4.355) auf Wohn- und Geschäftsbauten gemäß § 253 HGB. auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag wie folgt vorgenommen:

	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
Außerplanmäßige Abschreibungen von zum Rückbau vorgesehenen Gebäuden	1.599	1.469
Außerplanmäßige Abschreibungen nach dem Ertragswertverfahren einschließlich Korrekturen fortgeführter Anschaffungs- und Herstellungskosten	1.441	167
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund der Bodenabwertung nach Rückbau	514	2.182
Außerplanmäßige Abschreibungen von zum Verkauf vorgesehene Grundstücke des Anlagevermögens	216	537
Gesamt	**3.770**	**4.355**

Im Geschäftsjahr erfolgten insgesamt Zuschreibungen auf sanierte Kernbestandsobjekte einschließlich Korrekturen fortgeführter Anschaffungs- und Herstellungskosten in Höhe von TEUR 2.331 (VJ TEUR 1.355). Insgesamt ist das Ergebnis des Geschäftsjahres in Folge dieser außerplanmäßigen Zu- und Abschreibungen in Höhe von TEUR 1.439 (Vorjahr: TEUR 3.000) negativ beeinflusst.

Ursächlich für die Zunahme der Bilanzsumme auf der Passivseite war im Geschäftsjahr 2011 im Wesentlichen die Zunahme der Verbindlichkeiten um TEUR 9.927 auf TEUR 348.061 im Konzernabschluss bzw. um TEUR 11.866 auf TEUR 273.326 im Einzelabschluss, die insbesondere durch die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 9.999 auf TEUR 318.575 im Konzernabschluss und um TEUR 11.938 auf TEUR 243.842 im Einzelabschluss geprägt war.

4.1. Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung des Konzerns stellt sich wie folgt dar:

	2011 TEUR	2010 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	18.335	20.255	-1.920
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-19.699	-23.351	3.652
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit*	177	-8.635	8.812
Zahlungswirksame Veränderungen	-1.187	-11.731	10.544
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	16.164	27.895	-11.731
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**14.977**	**16.164**	**-1.187**

* Der gegenüber dem Vorjahr geänderte Ausweis des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit berücksichtigt nunmehr die Wertpapieranlage, da sie nunmehr als Schuldscheindarlehen ein Zahlungsäquivalent mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten darstellt.

Im Einzelabschluss der HWG mbH zeigt sich folgendes Bild:

	2011 TEUR	2010 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	16.396	17.531	-1.135
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-19.699	-23.351	3.652
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit*	2.116	-5.911	8.027
Zahlungswirksame Veränderungen	-1.187	-11.731	10.544
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	16.164	27.895	-11.731
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**14.977**	**16.164**	**-1.187**

* Der gegenüber dem Vorjahr geänderte Ausweis des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit berücksichtigt nunmehr die Wertpapieranlage, da sie nunmehr als Schuldscheindarlehen ein Zahlungsäquivalent mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten darstellt.

Der Finanzmittelbestand beträgt am 31. Dezember 2011 TEUR 14.977 (VJ TEUR 16.164).

Der **Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit** im Konzernabschluss hat sich um TEUR 1.920 auf TEUR 18.335 verringert. Maßgeblich auf die Entwicklung des Cash Flows aus laufender Geschäftstätigkeit im Konzernabschluss wirkte der zum 31. Dezember 2011 um TEUR 2.547 geringere Konzernjahresüberschuss und der um TEUR 1.260 geringere Bestand an Verbindlichkeiten aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Dagegen beeinflusste die Abnahme des Forderungsbestandes um TEUR 2.349 den Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit positiv. Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit im Einzelabschluss beträgt TEUR 16.396 und hat sich damit aus vorgenannten Gründen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.135 verringert

Der **Cash Flow aus Investitionstätigkeit** im Konzern- und Einzelabschluss hat sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 um TEUR 3.652 auf TEUR -19.699 verbessert. Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der Verringerung der Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen um TEUR 4.619 auf TEUR -21.851.

Der **Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit** im Konzern- und Einzelabschluss verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 8.812 bzw. TEUR 8.027 auf TEUR 177 bzw. TEUR 2.116. Die Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (TEUR 22.646, VJ TEUR 17.744) und den gegenüber dem Vorjahr geringeren Auszahlungen an die Gesellschafterin (TEUR 7.300, VJ TEUR 10.800). Auch die Auszahlungen für die Sondertilgung von Krediten haben sich verringert und verbesserten somit den Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit.

Die Liquidität und die Effektivverschuldung des Konzerns stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2011	31.12.2010
Liquidität 1. Grades	32,9%	36,1%
Liquidität 2. Grades	49,7%	50,5%
Effektivverschuldung in TEUR	327.357	318.371

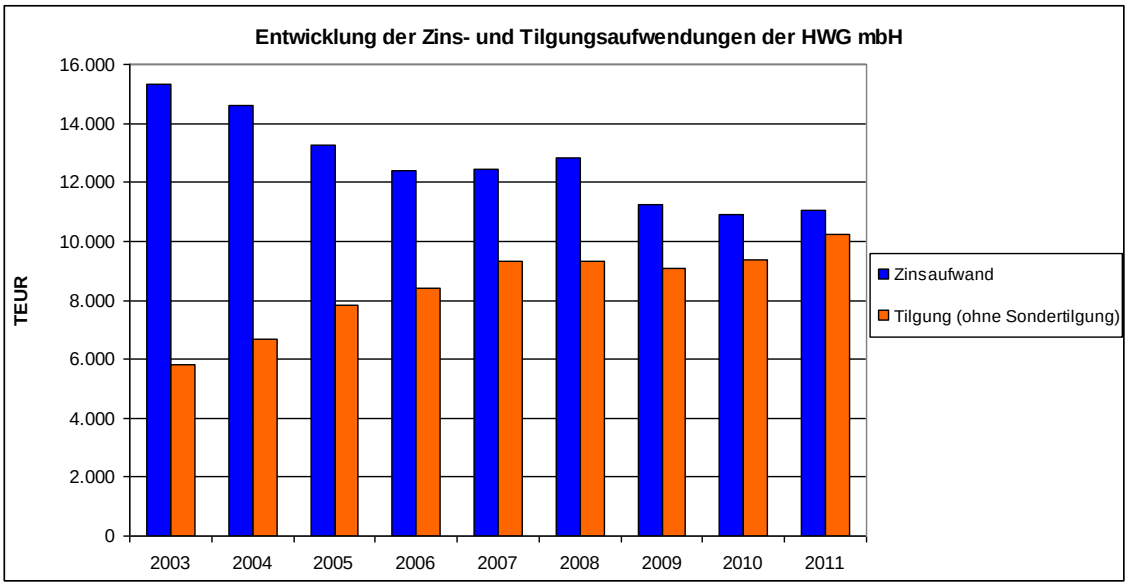
Im Einzelabschluss ergibt sich folgendes Bild:

	31.12.2011	31.12.2010
Liquidität 1. Grades	34,5%	37,8%
Liquidität 2. Grades	52,0%	52,8%
Effektivverschuldung in TEUR	243.719	235.377

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten betrug TEUR 243.667 (Vorjahr: TEUR 231.891). Die Gesellschaft arbeitet mit 12 Kreditpartnern – darunter mit vier Landesbanken sowie der Investitionsbank Sachsen-Anhalt und regionalen Kreditinstituten - zusammen. Wo immer möglich, finden die KfW-Förderprogramme Anwendung. Gegenüber der Gesellschafterin bestehen Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 161 (Vorjahr: TEUR 308).

Die Erhöhungen der Kreditverbindlichkeiten bewirkte im Wesentlichen lediglich eine Zunahme der Tilgungsaufwendungen. Die Zinsaufwendungen konnten durch gezieltes Darlehensmanagement trotz Anstieg der Verbindlichkeiten auf nahezu konstantem Niveau gehalten werden.

Für die von der HWG mbH zur Prolongation vorgesehenen Darlehen konnten günstige Anschlusskonditionen vereinbart werden. Zu erwartenden Änderungen der Zinskonditionen wurde mit Vereinbarung von Forward-Konditionen zu Darlehen mit einem Darlehensvolumen in Höhe von TEUR 16.518 in Folgejahren entgegengewirkt.



Die Gesellschaft konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr mit Erfolg Mitfinanzierungen für ihre Investitionsvorhaben einwerben und günstige Kapitalmarktbedingungen nutzen. Freie Beleihungsräume insbesondere durch die Tilgung bestehender Darlehen ermöglichen der Gesellschaft Restrukturierungen im Darlehensportfolio in Verbindung mit Neuausreichungen. Verhandlungen mit den wichtigsten Finanzierungspartnern der Gesellschaft sind derzeit abschlussbereit.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug wie in den Vorjahren auch im Geschäftsjahr 2011 TEUR 4.990.

Der Konzern hat **Finanzinstrumente** in Form von Zinsswaps in Anspruch genommen. Die drei Zinsswaps sind nicht spekulativer Natur, sondern wurden zum Zwecke der Absicherung der Zinsänderungsrisiken von drei Bankdarlehen der HWG KG abgeschlossen. Die Bankdarlehen dienen der Finanzierung der dem Mietvertrag zwischen Mutter- und Tochterunternehmen zugrunde liegenden Gesamtinvestitionskosten.

Die Zinsswaps und die Bankdarlehen haben jeweils per 31. Dezember 2011

- ein Nominalvolumen von TEUR 16.175 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2015,
- ein Nominalvolumen von TEUR 19.055 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2013
- ein Nominalvolumen von TEUR 39.503 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2038.

Die Zinsswaps und die Bankdarlehen sind Bestandteil von drei Micro-Hedges, bei denen Grund- und Sicherungsgeschäfte hinsichtlich der wertbestimmenden Komponenten, Volumen und Laufzeiten übereinstimmen. Es handelt es sich dabei um Bewertungseinheiten nach § 254 HGB, bei denen auf eine Einzelbewertung nach § 252 HGB verzichtet wurde. Die beizulegenden Zeitwerte der Zinsswaps betragen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 insgesamt TEUR – 18.712 (i. Vj. TEUR – 13.652).

Das Bankdarlehen mit Laufzeit bis ursprünglich Juni 2013 wurde im Geschäftsjahr durch Vereinbarung einer Forward-Kondition als klassisches Annuitätendarlehen mit einer Laufzeit bis Juni 2019 prolongiert. Diese Prolongation führt zur Beendigung des entsprechenden Zinsswaps und zu einer Entlastung der Annuitätenleistungen der HWG KG und damit des Konzerns.

Die HWG mbH war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4.3. Ertragslage

Die Ertragslage des Konzerns zeigt folgendes Bild:

	2011		2010		Ergebnis-veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	78.251	98,2	78.125	98,3	126
Bestandsveränderung	-1.261	-1,6	-685	-0,9	-576
Eigenleistung	2.674	3,4	2.043	2,6	631
Gesamtleistung	79.664	100,0	79.483	100,0	181
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	-35.173	-44,2	-34.595	-43,5	-578
Personalaufwand	-11.160	-14,0	-10.600	-13,3	-560
Abschreibungen	-11.498	-14,4	-11.276	-14,2	-222
Sonstiger Betriebsaufwand	-4.304	-5,4	-4.776	-6,0	472
./. übrige betriebliche Erträge	2.206	2,8	2.587	3,2	-381
Steuern (ohne Ertragsteuern)	-5	0,0	-6	0,0	1
Betrieblicher Aufwand	-59.934	-75,2	-58.666	-73,8	-1.268
Betriebsergebnis	19.730	24,8	20.817	26,2	-1.087
Finanzergebnis	-15.110	-19,0	-15.192	-19,1	82
periodenfremdes Ergebnis	1.195	1,5	1.484	1,9	-289
Neutrales Ergebnis	-1.724	-2,2	-476	-0,6	-1.248
Ergebnis vor Ertragsteuern	4.091	5,1	6.633	8,4	-2.542
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-10	0,0	-5	0,0	-5
Jahresergebnis	4.081	5,1	6.628	8,4	-2.547

Die Ertragslage im Einzelabschluss des Mutterunternehmens stellt sich wie folgt dar:

	2011		2010		Ergebnis-veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	78.251	98,2	78.125	98,3	126
Bestandsveränderung	-1.261	-1,6	-685	-0,9	-576
Eigenleistung	2.674	3,4	2.043	2,6	631
Gesamtleistung	79.664	100,0	79.483	100,0	181
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	-35.173	-44,2	-34.595	-43,5	-578
Personalaufwand	-11.160	-14,0	-10.600	-13,4	-560
Abschreibungen	-9.613	-12,1	-9.387	-11,8	-226
Sonstiger Betriebsaufwand	-8.135	-10,2	-8.669	-10,9	534
./. übrige betriebliche Erträge	2.207	2,8	2.588	3,3	-381
Steuern (ohne Ertragsteuern)	-5	0,0	-6	0,0	1
Betrieblicher Aufwand	-61.879	-77,7	-60.669	-76,3	-1.210
Betriebsergebnis	17.785	22,3	18.814	23,7	-1.029
Finanzergebnis	-10.629	-13,3	-10.590	-13,3	-39
periodenfremdes Ergebnis	1.188	1,5	1.484	1,9	-296
Neutrales Ergebnis	-1.724	-2,2	-476	-0,6	-1.248
Ergebnis vor Ertragsteuern	6.620	8,3	9.232	11,7	-2.612
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-10	0,0	-5	0	-5
Jahresergebnis	6.610	8,3	9.227	11,7	-2.617

Der Konzern erwirtschafte im Geschäftsjahr 2011 ein **Jahresergebnis** in Höhe von TEUR 4.081 (VJ TEUR 6.628). Im Einzelabschluss weist die Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 6.610 (VJ TEUR 9.227) aus.

99,97% der **Umsatzerlöse** 2011 stammen aus der Hausbewirtschaftung (VJ 98,26%). Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung aus Sollmieten konnten im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.253 gesteigert werden. Insgesamt sind die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung um TEUR 1.462 höher als im Vorjahr ausgefallen. Umsätze aus der Betreuungstätigkeit wurden um TEUR 1 erhöht, während Umsätze aus Grundstücksverkäufen sowie aus Lieferungen und Leistungen i. Wesentlichen nicht mehr anfielen. Die positive Entwicklung der Umsatzerlöse der Hausbewirtschaftung führte somit trotz Verminderung und Wegfall der Umsatzerlöse insbesondere aus dem Verkauf von Grundstücken zu einem im Vergleich zum Vorjahr stabilen Ergebnis.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Konzern- und im Einzelabschluss vermindert. Ursächlich sind vor allem höhere Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen, insbesondere für Instandhaltung und Rückbau, sowie für Personal. Allein für Instandhaltungsaufwendungen wurden TEUR 2.163 mehr als im Vorjahr aufgewendet, davon entfallen TEUR 164 auf eine Rückstellung für die Dämmung von Geschossdecken. Der Rückbauaufwand, der auch Mieterumzüge beinhaltet, hat sich um TEUR 489 erhöht, während der Aufwand für Betriebskosten sich um TEUR 1.784 verringert hat.

Der Personalaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 560 erhöht. Ursächlich sind Tariferhöhungen und Höhergruppierungen zumeist nach Qualifizierung.

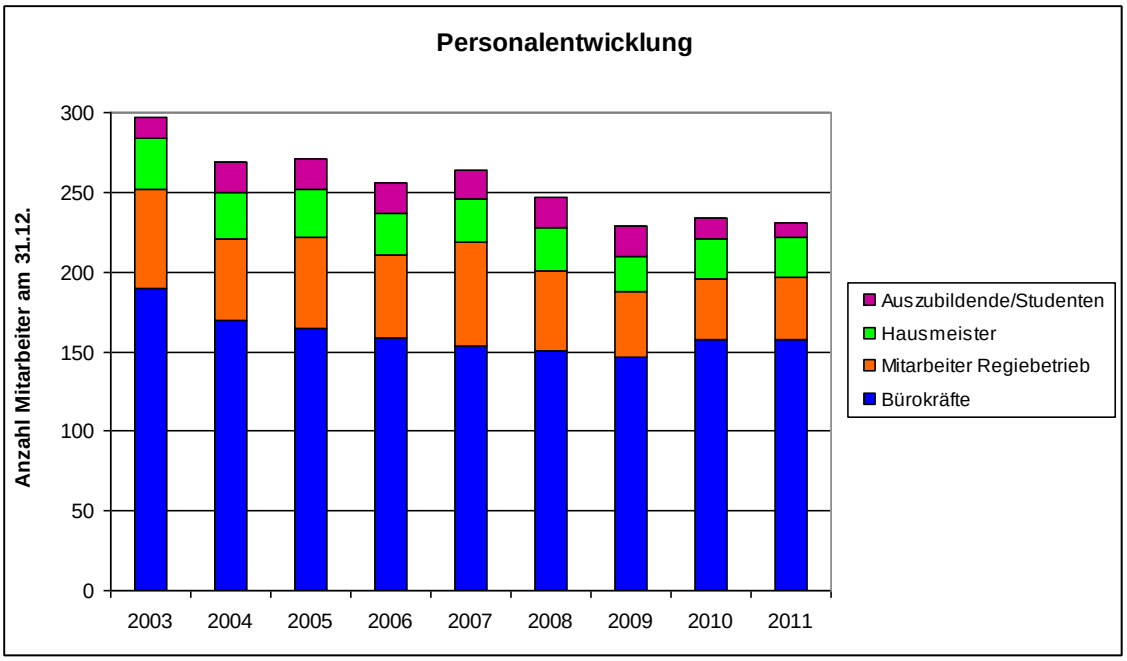
Die Verminderung des **neutralen Ergebnisses** um TEUR 1.248 sowohl im Konzern- als auch im Einzelabschluss beruht im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die Ertragsmöglichkeiten zur Teilentlastung von Verbindlichkeiten nach § 6a AHG in 2011 entfallen sind.

Das Kerngeschäft der HWG mbH ist damit der entscheidende Ergebnistreiber zum Jahresergebnis. Das **Ergebnis der Hausbewirtschaftung** als wichtigstes Spartenergebnis der Gesellschaft betrug TEUR 8.387 (VJ TEUR 9.658). Auch hier resultiert die Ergebnisveränderung wesentlich aus dem erhöhten Instandhaltungsbudget und dessen fast vollständigem Verbrauch.

Der **Verwaltungsaufwand** der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr erhöht. Er betrug im Geschäftsjahr insgesamt TEUR 14.700 (VJ TEUR 13.759). Hauptursächlich sind dabei die Steigerung der Aufwendungen der vom eigenen Regiebetrieb eingesetzten Subunternehmer um TEUR 247 sowie gestiegene Personalkosten. Diese stiegen durch tarifliche Gehaltserhöhungen und Höhergruppierungen nach Qualifizierungen im abgelaufenen Geschäftsjahr.

5. Personal, Organisation und Nachhaltigkeit

Zum 31. Dezember 2011 waren im Konzern 231 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt: 158 Bürokräfte, 39 Mitarbeiter im Regiebetrieb, 25 Hausmeister und 9 Auszubildende/Studenten. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG beschäftigt kein Personal.



Die Vergütung erfolgte nach den Tarifverträgen in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Der Aufbau und die wichtigsten Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden regelmäßig aktuellen Erfordernissen angepasst.

Die Ergebnisse werden in einem Qualitätshandbuch festgehalten, welches laufend ergänzt und aktualisiert wird.

Die betriebliche kaufmännische Ausbildung ist ein Schwerpunkt der Personalentwicklung im Unternehmen. Auszubildende werden gezielt für den späteren Einsatz im Unternehmen ausgewählt. Die praktische Ausbildung wird durch ein Netzwerk von Ausbildungsbeauftragten begleitet, um fachübergreifende Kompetenzen zu entwickeln.

Im Geschäftsjahr befanden sich sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in berufsbegleitenden Fortbildungsmaßnahmen.

Für das Jahr 2012 sind im Rahmen des Personalentwicklungskonzeptes Personalzugänge für die mittlere Führungsebene und den Regiebetrieb vorgesehen. Die Gesellschaft rüstet sich damit für zukünftige Entwicklungsfelder und Schwerpunktaufgaben. Zu diesen gehören die Weiterentwicklung von Sozialkompetenz und Daseinsvorsorge über die Bestandsbewirtschaftung hinaus, aber auch die ökologische und energetische Orientierung bei Investitionen und technischer Bewirtschaftung des Immobilenbestandes. Damit sind die Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft gegeben.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr ihr Organigramm entsprechend geänderter Rahmenbedingungen verändert. Mit Blick auf die Entwicklung im mittelfristigen Bereich wurden Struktureinheiten projekt- und themenorientiert so aufgestellt, dass sie das Kerngeschäft mit der Abteilung Wohnungswirtschaft unterstützen.

6. Risikobericht

Die HWG mbH hat ein Risikomanagementsystem installiert, welches die für das Unternehmen branchentypischen wesentlichen Risiken ausweist. Die Kennziffern zu den Risiken werden durch ein regelmäßiges Reporting ermittelt und durch die verantwortlichen Abteilungen interpretiert. Als wichtige Risikofaktoren wurden die Fluktuation, die Vermietungssituation, die Mietenentwicklung und die Kostenentwicklung bei den Bauinvestitionen identifiziert. Das Verkaufsgeschehen zählt aufgrund der geringen Volumina seit 2011 nicht mehr zu den wichtigen Risikofaktoren.

Die Entwicklung der ergebnisrelevanten Risiken wird durch das Controlling des Unternehmens quartalsweise überwacht. Dabei orientiert sich die Gesellschaft sowohl an branchenüblichen als auch an internen Benchmarks. Von den Entscheidungsträgern werden erforderliche Maßnahmen der Gegensteuerung eingeleitet. Zur Steuerung des Risikos Investitionen hat die Gesellschaft ein separates Investitionscontrolling implementiert und im Qualitätshandbuch definiert.

Für erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Zukünftige Risiken könnten sich aus der demografischen Entwicklung der Stadt Halle (Saale), damit einhergehenden Handlungserfordernissen von Stadtentwicklungskonzepten und den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Erwartungen der Gesellschafterin ergeben. Auch aus der Dynamik von Energie- und Baukostenentwicklungen, knapperen Ressourcen bei Zuschüssen und Fördermitteln und durch allgemeine Zinsänderungsrisiken können zukünftig Risiken erwachsen. Die Gesellschaft beobachtet über ihre Abteilungen Unternehmensentwicklung/Zentrale Dienste und Unternehmensfinanzierung/Auftrags- und Vergabewesen die Entwicklung dieser Risiken und berücksichtigt diese in ihrer Geschäftstätigkeit. Investitionsentscheidungen werden so getroffen, dass sich für die Gesellschaft unter den sich ändernden Rahmenbedingungen künftig dauerhaft größtmögliche Erträge erzielen lassen.

7. Künftige Entwicklung der Gesellschaft

Stadtrats- und Gesellschafterbeschlüsse erfordern von der Gesellschaft seit 2007 eine Beteiligung an der Tilgung der Schulden des städtischen Haushaltes. Seit 2008 hat die Gesellschaft mit einer im Wesentlichen Vollausschüttung ihrer Gewinne Zahlungen in Höhe von insgesamt 47,1 Mio. EUR an den städtischen Haushalt geleistet.

Damit hat die Gesellschaft einen erheblichen Betrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes geleistet. Dies ging zu Lasten ihrer eigenen Liquiditätsausstattung, ihrer Investitionstätigkeit und damit auch ihrer Vermögens- und Ertragsentwicklung. Fortgeführte Ausschüttungen auf hohem Niveau führen perspektivisch dazu, dass der Konzern im Gegensatz zur Muttergesellschaft HWG mbH trotz beachtlicher Jahresergebnisse keinen Bilanzgewinn mehr ausweisen wird.

Die Gesellschaft geht deshalb von zeitnahen Modifizierungen in der Beschlusslage der Gesellschafterin aus.

Es zeichnen sich Entwicklungen ab, welche von einer reinen Gewinnabführung hin zur Übernahme von städtischen Aufgaben mit positiven Effekten für die Bestände der Gesellschaft oder zum Erwerb städtischer Immobilien mit Refinanzierungspotentialen gehen. Damit rücken nach dem Willen der Gesellschafterin nicht-monetäre Beiträge der Gesellschaft in Form einer Stadt- und Sozialrendite sowie monetäre Beiträge mit Gegenleistungen / Refinanzierungspotential immer mehr in den Fokus. Erste Gespräche zum Erwerb städtischer Immobilien wurden bereits geführt.

Diese Form der Haushaltskonsolidierung stellt sowohl für die Gesellschaft als auch für die Gesellschafterin eine überlegenswerte Alternative zur bisherigen Praxis dar. Im Vergleich zu den bisher geleisteten reinen Gewinnabführungszahlungen wird die Gesellschaft weniger stark belastet. Im besten Fall bieten sich Potentiale zur Stärkung des Gesamtportfolios. Mit der Übertragung von Aufgaben ins Kompetenzspektrum der Gesellschaft werden Entlastungseffekte für den städtischen Haushalt erreicht. Gegenwärtig ist die Prüfung gesellschaftsrechtlicher sowie steuerlicher Aspekte allerdings noch nicht abgeschlossen.

Die Gesellschaft plant vor diesem Hintergrund auch für das Jahr 2012 nur Verkäufe zur Portfoliobereinigung. Dafür wurden für den Erwerb von Immobilien in der Planung deutlich mehr Mittel berücksichtigt.

Der Aufsichtrat der Gesellschaft hat im November 2011 den Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan der HWG mbH für das Jahr 2012 beschlossen. Dieser sieht im Hinblick auf die demografische Entwicklung die Fortsetzung der Rückbauaktivitäten vor. Parallel dazu soll eine Vielzahl von Wohnungen auch zukünftig durch Investitionen Wertverbesserungen erfahren. Dabei stehen energetische Verbesserungen im Vordergrund.

Für das Folgejahr wird mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Auch für den Folgezeitraum geht die Geschäftsleitung von einer positiven Weiterentwicklung der Gesellschaft aus. Dabei wird die Entwicklungsgeschwindigkeit zunehmend von Art und Maß der Aufgaben bestimmt, welche die Gesellschafterin der Gesellschaft überträgt.

8. Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und des Konzerns auswirken, haben sich bis zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

9. Sonstiges

Die Ausführungen im Lagebericht gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für den Einzelabschluss sowie für den Konzernabschluss der HWG mbH gleichermaßen.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Emil-Riedl-Weg 6 82049 Pullach i. Isartal
Rechtsform:	GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€:	10

Gesellschafter:

	T€	%
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,90
Christian Zeigermann	0	0,05
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 (Urkundenrolle 0799/08, Notar Ludwig Schlereth, Halle (Saale) von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben worden ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 116 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO-LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Goldbrunner, Christian
Kober, Peter
Koch, Heimo
Pütz, Helmut
Soethe, Robert
Dr. Wahlen, Heinrich
Zeigermann, Christian

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	76.236	100	77.597	100	78.958	99	-1.361	-2
Umlaufvermögen	12	0	12	0	914	1	0	0
Bilanzsumme	**76.248**	**100**	**77.609**	**100**	**79.872**	**100**	**-1.361**	**-2**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	10	0	10	0	4	0	0	0
Verbindlichkeiten	76.238	100	77.599	100	79.868	100	-1.361	-2
Bilanzsumme	**76.248**	**100**	**77.609**	**100**	**79.872**	**100**	**-1.361**	**-2**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.879	5.976	6.068
sonstige betriebliche Erträge	7	6	
Abschreibungen	1.361	1.361	1.361
sonstige betriebliche Aufwendungen	44	12	4
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.473	1.055	1.281
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.954	5.658	5.988
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	6	-4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	6	-4

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,10	-0,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	62,00	-49,75	%
Cash-Flow:	1.361	1.368	1.358	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,98	99,98	98,86	%
Eigenkapitalquote:	0,01	0,01	0,00	%
Fremdkapitalquote:	99,99	99,99	100,00	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Geschäftsführung:	Postanschrift:
Anschrift:	Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	13	50,96
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13	49,04

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.
Dazu gehören insbesondere:

a) die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
b) die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
c) Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf dem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf diesem Gebiet.

Öffentlicher Zweck:

Mit der auf höchstem Niveau betriebenen Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Noll, Sabine
Prof. Dr. Lukas, Wolfgang

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
BIO Mitteldeutschland GmbH	2	2,98

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	9.812	84	10.375	87	9.958	75	-563	-5
Umlaufvermögen	1.877	16	1.574	13	3.231	24	303	19
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0			73	1	7	
Bilanzsumme	**11.696**	**100**	**11.949**	**100**	**13.262**	**100**	**-253**	**-2**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	6.402	55	6.353	53	6.300	48	49	1
Sonderposten für Investitionszulagen	4.882	42	5.320	45	5.758	43	-438	-8
Rückstellungen	147	1	112	1	155	1	35	31
Verbindlichkeiten	265	2	164	1	1.049	8	101	62
Rechnungsabgrenzungsposten			0	0			0	0
Bilanzsumme	**11.696**	**100**	**11.949**	**100**	**13.262**	**100**	**-253**	**-2**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.728	1.741	1.686
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	55	-99	122
sonstige betriebliche Erträge	21	18	15
Personalaufwand	59	94	123
Abschreibungen	144	147	84
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.574	1.365	1.545
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33	15	35
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	60	69	106
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11	16	17
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	49	53	89
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	49	53	89
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,83	3,05	5,25	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,76	0,83	1,41	%
Cash-Flow:	193	200	172	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	602	553	456	T€
Personalaufwandsquote:	3,30	5,65	6,72	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	75,32	78,43	75,05	%
Eigenkapitalquote:	54,74	53,17	47,50	%
Fremdkapitalquote:	45,26	46,83	52,50	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Auslastung	100,00	100,00	98,47	%
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.828,00	m²

e) Lagebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

B. Ertragslage

C. Finanzlage

D. Vermögenslage

E. Nachtragsbericht

F. Risikobericht

G. Prognosebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- die Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

A.2 Vermietung des Forschungsverfügungsgebäudes

Unter den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen hatte für die Bio-Zentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität, wobei wirtschaftliche Schwierigkeiten von Firmen zu Raumbedarfsverschiebungen führten, die wiederum Baumaßnahmen und damit Kosten nach sich zogen. Die frei gewordenen Flächen konnten an andere Firmen im Haus weitestgehend weitervermietet werden.

Es bestehen immer größere Schwierigkeiten, geschlossene Finanzierungsrunden für biotechnologisch ausgerichtete Start-Up-Unternehmen aufzubauen. Als positiv ist zu bewerten, dass für die Probiodrug AG eine weitere Finanzierungsrunde geschlossen wurde, so dass der Entwicklungsteil der Firma für den Zeitraum von zwei Jahren sicher finanziert ist, was in dieser Branche sehr selten ist. Weiterhin liefen und laufen intensive Bemühungen aus dem Teil der angewandten Forschung der Probiodrug AG eine Fraunhofer Forschungsgruppe für Molekulare biomedizinische Forschung auszugründen, welche sowohl von Teilen des Kabinetts von Sachsen-Anhalt und vom Fraunhofer-Institut in Leipzig bereits positiv evaluiert wurde.

Durch die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist die Finanzierung von Unternehmen in der BIO-NANO-Branche sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet. Da das Land Sachsen-Anhalt bereits Mitte des Geschäftsjahres 2007 die spezielle Förderung für die Biotechnologie ausgesetzt hatte, ist es noch schwieriger geworden, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

Das 1998 fertig gestellte Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH lässt gegenwärtig bauseitig noch keine gravierenden Mängel erkennen, die einen ordnungsgemäßen Betrieb gefährden könnten. Es muss jedoch bemerkt werden, dass die Instandhaltungskosten aufgrund des Dauerbetriebs der Haustechnik kontinuierlich weiter ansteigen und häufiger gesamte Anlagengruppen ausgetauscht werden müssen bzw. bei Nutzerwechsel höhere Aufwendungen für die Weitervermarktung notwendig sind.

Zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der umfangreichen und hoch technisierten Haustechnik und der damit verbundenen 24-stündigen Überwachung mittels einer Gebäudeleittechnik wurde im Dezember 2000 ein Dienstleistungsvertrag zum technischen Gebäudemanagement mit der Energieversorgung Halle GmbH abgeschlossen, der neu verhandelt werden muss.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 ist kein Leerstand zu verzeichnen, d. h. die Auslastung beträgt 100 %, auch unter Berücksichtigung des in der Daniel-Vorländer-Straße errichteten Erweiterungsbaues.

Es muss die grundsätzliche Frage der forschungsnahen Produktion für Entwicklungen von neuen Produkten für die Firmen geklärt werden, da diese sowohl für die Firmen als auch für den Standort „weinberg campus“ von existenzieller Bedeutung ist.

Der Bau des Mehrzweckgebäudes schaffte im Jahr 2008 die Voraussetzung, dass die Icon GmbH, die durch den Verkauf an die Bayer AG kein klein- und mittelständisches Unternehmen mehr ist, im Bio-Zentrum verbleiben kann, da ein Flächenausgleich (siehe Bescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalts vom 30.01.2008) getätigt wurde. Dieser Weg war zu diesem Zeitpunkt für klein- und mittelständische Unternehmen die einzige Möglichkeit, am Standort „weinberg campus“ zu verbleiben und wurde von allen unterstützt. Ab 2011 ergibt sich für die Bio-Zentrum Halle GmbH ein neuer Sachstand, da durch das Protokoll des „Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie“ vom 9. Juli 2010, Punkt 2.5 die Verweildauer von Firmen in TGZ´s neu geregelt wurde. Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben.

Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist.

Diese Problematik besteht nicht mehr für das in 1998 errichtete Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH, da dieses

- nicht mehr in der Zweckbindung ist, d.h. die Firmen sich in diesem Gebäude über 8 Jahre einmieten dürfen,
- und die Firma Nomad GmbH von der Bayer AG die Anteile an der Firma Icon GmbH erwarb und damit die KMU-Kriterien wieder erfüllt werden.

Das Flächenverhältnis von KMU zu öffentlichen Einrichtungen bei der Vermietung sollte trotzdem gewahrt werden, da dieses seitens der Finanzverwaltung im Rahmen der Baukostensplittung (Mischbruttofinanzierung) hinterlegt und akzeptiert wurde.

Mittelfristig ist nicht absehbar, dass sich die Firmen aus dem Haus so stabilisieren, dass mit einem Auszug in eigene Laborgebäude zu rechnen ist. Die geringen erwirtschafteten Überschüsse von Start-Up-Unternehmen werden in der Regel dazu verwendet, neue Forschungsgebiete aufzunehmen und damit die Präsenz am Markt zu sichern. Freie Flächen sind zeitnah im Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH nur zu erwarten, falls Firmen wieder aufgrund fehlender Finanzmittel Insolvenzanträge stellen oder ausziehen müssen.

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterstützt die Gründung von start-up’s und die Bestandspflege. Intensive Beratungen und Betreuungen stehen dabei im Vordergrund. Weiterhin besteht die Aufgabe, angewandte Forschung und unternehmerische Aktivitäten zu verknüpfen. Schwerpunkte sind dabei die biologischen, biomedizinischen und nanotechnologischen Fachrichtungen einschließlich der angrenzenden Gebiete, wobei den Firmen eine umfangreiche Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

Konkrete Hilfe bei Aus- und Neugründungen:

- Beratung für Firmengründer, z. B. hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Abstimmung mit den beteiligten Behörden;
- Spezifische Fördermittelinformationen und Venture Capital Information;
- Unterstützung bei Finanzierungsrunden;
- Hilfe bei Projektanbahnungen und -abrechnungen im Netzwerk;
- Unterstützung bei der Präsentation auf Messen und Tagungen;

Regionale und überregionale Vernetzung:

- Organisation von Tagungen und Seminaren;
- Erstellung und Durchsetzung eines Vermarktungskonzeptes für die Region;
- PR-Aktivitäten und Firmenakquisition;

Diese Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen der Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

Die Bio-Zentrum Halle GmbH war mit ihren Transferaufgaben wesentlicher Bestandteil des Biotechnologie-Konzeptes des Landes Sachsen-Anhalt, welches seit Sommer 2007 keine Fortsetzung mehr fand. Die Bio-Zentrum Halle GmbH ist seit dem Jahr 1998 Gesellschafterin der Bio-Region Halle-Leipzig Management GmbH bzw. ab 2003 der umgegründeten BIO-Mitteldeutschland GmbH. Gegenwärtig werden verschiedene Möglichkeiten des Fortbestandes der BIO-Mitteldeutschland GmbH diskutiert.

Gemeinsam mit der TGZ Halle GmbH fanden im Geschäftsjahr 2011 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu Themen des Technologietransfers, der Biotechnologie, zu Datenbankenrecherchen und zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für industrielle und wissenschaftliche Kooperationen auf europäischer Ebene statt.

Dies erfolgte im Wesentlichen durch PR-Aktivitäten auf nationalen und internationalen Messen wie z. B. der BIO 2011 in Washington, der Biotech in Adelaide und der Biotechnika in Hannover. Sowohl in Washington war das TGZ/Bio-Zentrum mit ca. 20 m², als auch in Hannover mit ca. 90 m² Standfläche vertreten, die von den beteiligten klein- und mittelständischen Unternehmen des Technologieparks weinberg campus zur Kooperationsanbahnung und Kontaktpflege genutzt wurde.

Durch die Teilnahme an internationalen Kongressmessen und Foren leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem *weinberg campus* vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab. Die positive Entwicklung der gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angebahnten Kontakte in den arabischen Raum u.a. nach Dubai und Syrien die durch die Wirtschaftskrise stagnierten, und 2010 wieder intensiviert wurden, sind durch die politischen Konflikte im arabischen und nordafrikanischen Raum wieder weniger geworden.

Das Konzept *„weinberg campus“* und die damit verbundene gesamte Marketingstrategie wurden zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich im nationalen und internationalen Sprachgebrauch als Marke durchgesetzt.

A.4 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Nach der Finanzkrise hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland für mittelständische Unternehmen weiter verbessert, wobei speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzender Gebiete die Finanzierung von Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet und damit schwieriger ist. Das Land Sachsen-Anhalt hat wiederholt die Förderung für die Biotechnologie in Frage gestellt, so dass es auch künftig schwierig sein wird, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

In diesem Unternehmensumfeld hatte für die Bio-Zentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität bzw. bestand die Notwendigkeit, für die frei gewordenen bzw. neu geschaffenen Flächen Start-ups bzw. neue Mieter zu akquirieren. Dies gestaltet sich dadurch immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden. Der Mieter gibt den Ton an! Der derzeitige Mietzins konnte im Jahr 2011 beibehalten werden, wobei höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nichtvorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden.

Das Gebäude ist nach 13 Jahren insbesondere durch den Dauerbetrieb der technischen Ausstattung im Betrieb kostenintensiver geworden, was sich natürlich auf das Betriebsergebnis insgesamt auswirkt.

Weiterhin nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein. Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und Übernahme von notwendigen Renovierungs- und Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude am Bilanzstichtag auch unter Einbeziehung der Daniel-Vorländer-Straße 8 zu 100% ausgelastet sind.

B. Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar :

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen	853	47,3%	822	49,5%	31	3,8%
+ Einnahmen Mietnebenkosten	856	47,4%	901	54,3%	-45	-5,0%
+ sonstige Dienstleistungen	19	1,1%	18	1,1%	1	5,6%
+ = UMSATZERLÖSE	1.728	95,7%	1.741	104,9%	-13	-0,7%
+ BESTANDSERHÖHUNG	56	3,2%	-99	-5,7%	155	-156,6%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	21	1,2%	18	1,1%	3	16,7%
= BETRIEBSLEISTUNG	**1.805**	**100,0%**	**1.660**	**100,0%**	**145**	**8,7%**
+ Personalkosten	59	3,3%	94	5,7%	-35	-37,2%
+ Abschreibungen	583	32,3%	586	35,3%	-3	-0,5%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-439	-24,3%	-439	-26,4%	0	0,0%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	144	8,0%	147	8,9%	-3	-2,0%
+ Raumkosten / Betriebsführung / Grundstücksaufwendungen	1.223	67,8%	1.143	68,9%	80	7,0%
+ Versicherungen / Beiträge	7	0,4%	8	0,5%	-1	-12,5%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	136	7,5%	96	5,8%	40	41,7%
+ Kosten des Fuhrparks	5	0,3%	5	0,3%	0	0,0%
+ Werbe- und Reisekosten	80	4,4%	33	2,0%	47	142,4%
+ sonstige Kosten	124	6,9%	79	4,8%	45	57,0%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.575	87,3%	1.364	82,2%	211	15,5%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	**1.778**	**98,5%**	**1.605**	**96,7%**	**173**	**10,8%**
= **BETRIEBSERGEBNIS**	**27**	**1,5%**	**55**	**3,3%**	**-28**	**-50,9%**
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	33	100,0%	14	100,0%	19	135,7%
- ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
= **FINANZERGEBNIS**	**33**	**100,0%**	**14**	**100,0%**	**19**	**135,7%**
+ PERIODENFREMDER ERTRAG	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**	**0**	*
= (ERGEBNIS VOR STEUERN)	**(60)**	**(3,3%)**	**(69)**	**(4,2%)**	**-(9)**	**-(13,0%)**
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	11	18,3%	16	23,2%	-5	-31,3%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	*
- = **STEUERERGEBNIS**	**11**	**18,3%**	**16**	**23,2%**	**-5**	**-31,3%**
= **JAHRESÜBERSCHUSS**	**49**	**2,7%**	**53**	**3,2%**	**-4**	**-7,5%**

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2010 um 145 T-€ (= +8,7 %) auf 1.805 T-€ erhöht. Während sich die abgerechneten Mietnebenkosten um 45 T-€ verminderten gab es bei den Mieteinnahmen eine Erhöhung um 31 T-€, bei den sonstigen Dienstleistungen um 1 T-€ und bei den sonstigen betrieblichen Erträgen um 3 T-€. Die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 155 T-€.

Die **Personalkosten** der Gesellschaft haben sich um 35 T-€ auf 59 T-€ vermindert.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 583 T-€ (Vorjahr: 586 T-€). Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** haben sich im Vorjahresvergleich nicht verändert und betragen wiederum 439 T-€.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 211 T-€. Dabei haben sich in dieser Position insbesondere die Raumkosten (+80 T-€), die Instandhaltungen (+40 T-€), die Werbe- und Reisekosten (+47 T-€) und die sonstigen Kosten (+45 T-€) erhöht. Die übrigen Kosten sind nahezu unverändert geblieben.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2010 um 28 T-€ auf 27 T-€ vermindert.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 19 T-€ auf 33 T-€ verbessert.

Die **Steuern von Einkommen und Ertrag** haben sich um 5 T-€ auf 11 T-€ vermindert und erreichen damit eine Steuerquote bezogen auf das Ergebnis vor Steuern von 18,3% gegenüber 23,2% im Vorjahr.

Der **Jahresüberschuss** hat sich um 4 T-€ auf 49 T-€ vermindert.

C. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 1.601 T-€ betragen. Durch die erwirtschafteten Mittelzuflüsse haben sich diese Mittel im Laufe des Jahres 2011 um rund 334 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar :

	Bilanz zum 31.12.2011		Bilanz zum 31.12.2010		Änderung ggü. d. Vorjahr	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.402,1	54,7	6.353,2	53,2	48,9	0,8
Sonderposten mit Rücklageanteil	4.881,7	41,7	5.320,0	44,5	-438,3	-8,2
Rückstellungen	147,4	1,3	111,5	0,9	35,9	32,2
Erhaltene Anzahlungen	138,1	1,2	118,3	1,0	19,8	16,7
Lieferverbindlichkeiten	122,5	1,0	39,0	0,3	83,5	213,9
Sonstige Verbindlichkeiten	4,5	0,0	6,8	0,1	-2,3	-33,6
Summe Verbindlichkeiten	265,2	2,3	164,2	1,4	100,9	61,5
Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,0	0,2	0,0	0,0	5,1
Summe Passiva=Gesamtkapital	**11.696,3**	**100,0**	**11.949,2**	**100,0**	**-252,9**	**-2,1**

D. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2011		Bilanz zum 31.12.2010		Änderung ggü. d. Vorjahr	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	0,0	0,0	1,1	0,0	-1,1	-100,0
Sachanlagen	8.809,4	75,3	9.371,8	78,4	-562,4	-6,0
Finanzanlagen	1.002,4	8,6	1.002,4	8,4	0,0	0,0
Summe Anlagevermögen	9.811,7	83,9	10.375,2	86,7	-563,5	-5,4
Vorräte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen	228,0	1,9	151,0	1,3	77,0	51,0
Sonstige Vermögensgegenstände	47,7	0,4	155,4	1,3	-107,7	-69,3
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	1.601,4	13,7	1.267,6	10,6	333,8	26,3
Summe Umlaufvermögen	1.877,1	16,0	1.574,0	13,2	303,1	19,3
Rechnungsabgrenzungsposten	7,5	0,1	0,0	0,0	7,5	*.*
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	**11.696,3**	**100,0**	**11.949,2**	**100,0**	**-252,9**	**-2,1**

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 252,9 T-€ (= -2,1 %) auf 11.696,3 T-€ ermäßigt.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich durch die Abnahme des Sachanlagevermögens (-562,4 T-€) auf nunmehr 83,9 % (Vorjahr 86,7 %) vermindert. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 78,4 % im Vorjahr auf 75,3 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.
Das **Finanzanlagevermögens** bleibt im Vorjahresvergleich unverändert.

Das **Immaterielle Anlagevermögen** hat sich durch planmäßige Abschreibungen um 1,1 T-€ vermindert und ist nunmehr vollständig abgeschrieben.
Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen der Gesellschaft in Höhe von 19,1 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 581,5 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** um 562,4 T-€ auf einen Betrag von 8.809,4 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 303,1 T-€ oder 19,3% auf 1.877,1 T-€ erhöht. Diese Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus Veränderung bei den liquiden Mitteln und der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 77,0 T-€.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände haben sich dagegen um 107,7 T-€ auf noch 47,7 T-€ vermindert, was insbesondere am Rückgang der Steuerguthaben (-62,5 T-€) liegt. Daneben haben sich noch die Sonstigen Forderungen EVH (-32,1 T-€) und die Lieferantenguthaben (-19,8 T-€) nennenswert vermindert. Eine Erhöhung ergab sich lediglich bei den übrigen sonstigen Vermögensgegenständen (+7,6 T€).

Die **liquiden Mittel** betrugen am Bilanzstichtag 1.601,4 T-€ (Vorjahr : 1.267,6 T-€) und nahmen damit um 333,8 T-€ zu.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 7,5 T-€. Hierunter sind Aufwendungen ausgewiesen, die das Jahr 2012 betreffen.

E. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet :

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend §289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

F. Risikobericht

Das in Richtung Bio- und Nanotechnologie spezialisierte Zentrum, die Bio-Zentrum Halle GmbH, unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeldrisiken/Branchenrisiken" dem bestandsgefährdenden Risiko, dass die politischen und gesetzgeberischen Kräfte Weichenstellungen wählen, die zu nachfolgend aufgeführten Fragen Anlass geben :

- Könnte es zu einem Ausstieg aus der Bio-NANO-Technologie durch übertriebene politisch motivierte Anforderungen in Deutschland, Sachsen-Anhalt oder Halle kommen.

- Übertriebene restriktive Festlegungen des in Vorbereitung befindlichen neuen Bebauungsplans für Heide-Süd führen dazu, dass der weinberg campus für Firmenansiedlungen im Standortranking immer mehr an Lukrativität verliert und die Erfolgsquote bei Ansiedlungs- und Gründungsbemühungen sinken wird.

- Nichtabsehbare Folgen aus der Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an die Otto von Guericke Universität Magdeburg. Bleiben die Bio- und Materialwissenschaften mittelfristig in Halle?

- Den Fachkräftemangel, insbesondere bei den Ingenieuren, Biochemikern, Bioingenieuren usw. aber auch Labor- und Technikkräften ausgehend von der demographischen Entwicklung nicht entgegengewirkt wird.

- Fehlende Bereitschaft zur Gründung von Firmen, da Kapital fehlt und aber auch genügend freie Stellen für Akademiker in diesen Fachrichtungen angeboten werden.

- Bedingt durch die konjunkturelle Lage, insbesondere für innovative Firmen aus der Bio-Nanotechnologie und angrenzender Gebiete, die Situation in Deutschland sich weiter verschlechtern wird und die wenigen Firmen an Standorte gehen, die sie ohne unüberschaubare bürokratische Hürden aufnehmen.

Die dargestellte Problematik kann mittelfristig zu erheblichen Mietausfällen der Bio-Zentrum Halle GmbH führen und damit das Fortbestehen des Betriebes gefährden. Eine mögliche Nutzungsänderung, die dem neuen Bebauungsplan angepasst wäre, ist nicht gegeben, da Halle eine erhebliche Angebotsreserve an Büroflächen aufweist und der Mietzins bei diesen im letzten Jahr weiter gesunken ist. Diesem Mietdumping kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese natürlich höhere Kosten verursachen, da der Personalaufwand steigt. Die Kosten für eine Nutzungsänderung wären mit erheblichen Aufwendungen verbunden und ständen in keiner Relation zum Nutzen. Seitens der Verwaltung der Stadt Halle sollte die Rolle des Technologieparks weinberg campus besser erkannt werden und dieser Rechnung getragen werden.

G. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Firma Bio-Zentum Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2012 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2013 bis 2017 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, haben danach folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen	Erlöse Miete + Nebenk.		Finanz-ergebnis	Ergebnis sonstige
	T-EURO	T-EURO	T-EURO	T-EURO	T-EURO
2012	1.766	1.700	0	30	-36
2013	1.796	1.700	20	30	-46
2014	1.796	1.700	20	30	-46
2015	1.796	1.700	20	30	-46
2016	1.796	1.700	20	30	-46
2017	1.796	1.700	20	30	-46

Es können weitere Risiken die sich durch einen neuen B-Plan wie er derzeit im Entwurf vorliegt auf die Entwicklung des Standortes und damit auf die Bio-Zentrum Halle GmbH mittelfristig negativ auswirken. Dies sollte unbedingt bei der Abwägung zum B-Plan mit in Betracht gezogen werden.

Weiter Vorausschauend zeichnet sich ab 2013/2014 durch die Umstrukturierung der Forschungsstelle „Protein“ der Max-Planck-Gesellschaft und durch die offene Weiterfinanzierung und Strukturierung der Probiodrug AG ein nicht definierbarer Leerstand ab. Es ist zum heutigen Tage nicht voraussehbar mit welchem Flächenbedarf welche Einrichtung mit welchen Themen weitergeführt wird.

Künftiger Schwerpunkt wird weiterhin ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein und damit verbunden nicht nur die Beibehaltung des Mieterbestandes durch entsprechende Betreuung und Beratung der Firmen, sondern auch die Unterstützung des Bio-Nanotechnologie-Konzeptes im Netzwerk weinberg campus. Dies bedeutet gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft die zielstrebige Entwicklung der BIO-Nanotechnologie bis 2012, verbunden mit der inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Forschungsverfügungsgebäudes durch die Gesellschaft, welches voraussichtlich ab 2013 durch ein weiteres Gebäude der Fraunhofer-Gesellschaft mit der fachlichen Ausrichtung zur Solartechnik unterstützt wird.

Die um dieses von der Fraunhofer-Gesellschaft errichtete Gebäude geplante Ansiedlung von mittelständischen Partnern wird sich sowohl durch die konjunkturelle Situation verschieben als auch insgesamt bei der Verschlechterung der Standortbedingungen durch den geplanten neuen B-Plan in Frage gestellt.

Weiterhin ist es bei der Erstellung des Bebauungsplanes für den *weinberg campus* dringend erforderlich, die Frage der Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten positiv zu entscheiden, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden kann. Damit wäre entweder der Weggang der Unternehmen vom *weinberg campus* oder deren Insolvenz vorprogrammiert.

Das Erfolgsrezept für die Entwicklung des weinberg campus, der einer Stadt / Region kann nur sein: Bildung – Grundlagenforschung, + Angewandte Forschung + Produkt- und Dienstleistungsentwicklung + Produktion / Umsetzung = Gewerbesteuereinnahmen = Wohlstand - Demographischer Wandel.

Dieses Erfolgskonzept kann nur gemeinsam mit der abgestimmten Entwicklung des Strategiedialoges zur Stadtentwicklung Halle 2025 vom November 2011 (Entwurf) Seite 7 Pkt. 3 erfolgen.

Zitat: "*Innovation am weinberg campus und zukunftsorientierte Weiterentwicklung von Neustadt: Mit dem weinberg campus ist es Halle gelungen, sich als Standort von Forschung und Entwicklung sowie wissens- und technologieorientierter Produktion zu etablieren. Dabei profitiert der Technologiepark auch von seiner engen Einbindung in die Stadt und ergänzt die innerstädtischen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Das Stadtumbaugebiet Neustadt erhält durch seine räumliche Nähe zum weinberg campus neue Zukunftsperspektiven.*"

Unter diesem Gesichtspunkt wurde unter der Initiative der TGZ Halle GmbH eine Arbeitsgruppe "Vision weinberg campus 2020/2025" aus Vertretern unterschiedlicher Einrichtungen gebildet, die sich erstmalig zur konstituierenden Sitzung am 16.01.2012 traf. Die Zielstellung der Arbeitsgruppe besteht darin, bis Ende 2012 / Anfang 2013 ein aussagefähiges Papier zu erstellen, welches dann anderen Partnern auf dem *weinberg campus* zur abschließenden Diskussion zur Verfügung gestellt wird. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Vision weinberg campus 2020/2025" sollen dann als gebündelte Meinungsbildung in den Strategiedialog der Stadt Halle einfließen.

Auch für die akademischen Einrichtungen wie die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie und Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik wäre eine andere Entscheidung von negativer Auswirkung, da z.B. für die Universitätsabsolventen die Möglichkeit genommen wird, sich am Standort weiterzuentwickeln, welches natürlich extreme Auswirkungen für die demographische und damit auch finanzielle Entwicklung der Stadt Halle hätte. Ähnliche Auswirkungen hat es für die außeruniversitären Einrichtungen, für die aber insbesondere dann stabile Kooperationspartner aus mittelständischen Unternehmen fehlen bzw. verloren gingen.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2012 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können. Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark *weinberg campus* und damit die Bio-Zentrum Halle GmbH nimmt.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadteigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Götte, Dieter

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	0	0	0	0			0	
Umlaufvermögen	20.153	98	19.085	100	20.929	100	1.068	6
Rechnungsabgrenzungsposten	362	2					362	
Bilanzsumme	**20.515**	**100**	**19.085**	**100**	**20.929**	**100**	**1.430**	**7**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	17.932	87	16.802	88	16.983	81	1.130	7
Rückstellungen	137	1	140	1	142	1	-3	-2
Verbindlichkeiten	2.446	12	2.071	11	3.666	17	375	18
Rechnungsabgrenzungsposten			72	0	138	1	-72	-100
Bilanzsumme	**20.515**	**100**	**19.085**	**100**	**20.929**	**100**	**1.430**	**7**

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	2.290	413	95
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-255	36	310
sonstige betriebliche Erträge	114	102	104
Materialaufwand	708	410	315
Personalaufwand		180	219
Abschreibungen		1	
sonstige betriebliche Aufwendungen	278	137	127
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32	3	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.130	-180	-148
sonstige Steuern	0	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.130	-181	-149
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.130	-181	-149

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	49,35	-43,78	-155,92	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,73	-1,06	-0,87	%
Cash-Flow:	1.130	-179	-149	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:		276	170	T€
Personalaufwandsquote:		32,68	43,04	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00		%
Eigenkapitalquote:	87,41	88,04	81,14	%
Fremdkapitalquote:	12,59	11,96	18,86	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	348,50	343,90	345,70	ha
davon erworbene Fläche	5,20	0,00	0,00	ha
davon übergegangene Fläche	0,50	0,00	0,00	ha
davon verkaufte Fläche	0,00	1,80	7,94	ha

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der B-Planung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadteigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Star Parks. Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

In der Folgezeit wurden alle Anstrengungen unternommen, einen rechtskräftigen Bebauungsplan zu erwirken. Dieser lag im Jahr 2002 vor.

Die Vermarktung des Areals erfolgte auf der Grundlage dieses Bebauungsplanes und im Einklang mit den grundsätzlichen Intensionen der in einem, eigens für das Industriegebiet gegründeten Planungsverband vereinten Gebietskörperschaften, aktuell der Stadt Halle, der Gemeinde Peißen, der Stadt Landsberg und der Einheitsgemeinde Kabelsketal.

Auf dieser Grundlage war die Stadt Halle in der Lage, bei Großprojekten, die mit Beginn des Jahres 2007 bei der Stadt Halle und ihrer Gesellschaft bezüglich einer Ansiedlung im Industriegebiet verstärkt nachgefragt wurden, ein wettbewerbsfähiges Standortangebot unterbreiten zu können.

Die überwiegend reaktiven Ansprachen von Investoren seit dem Jahr 2007 bilden sich zum einen aus direkten Anfragen von Unternehmen und zum anderen aus Anfragen von Unternehmen, die von Kooperationspartnern wie German Trade and Invest (GTaI) und der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (IMG) begleitet wurden.
Es handelt sich dabei um Standortanfragen von Unternehmen aus dem Bereich der verarbeitenden Industrie.

Die Anzahl der seit Beginn des Jahres 2007 zu bearbeitenden Anfragen, die Qualität und Position, die das jeweilige Standortangebot im Rahmen der Standortauswahlverfahren teilweise erreicht hat und nicht zuletzt die reale Aussicht auf kurzfristige Ansiedlungserfolge, haben die Stadt Halle in Abstimmung mit der Landesregierung dazu bewogen, etwaig noch vorhandene Standortnachteile im Zuge einer öffentlichen Erschließung des Industriegebietes zügig zu beseitigen.

Ein entsprechender, mit den zuständigen Stellen abgestimmter, Antrag auf Bereitstellung von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe wurde durch die Stadt Halle noch im Jahr 2007 gestellt. Gleichzeitig wurde zwecks Beschleunigung des Vorhabens ein Antrag auf Genehmigung einer Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns gestellt. Diese Ausnahmegenehmigung lag mit Wirkung ab dem 31. Januar 2008 vor. Seitdem konnte mit der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes begonnen werden.

Ein Zuwendungsbescheid der beantragten GA-Fördermittel liegt seit dem 23. Juni 2008 vor und gestattet unter Berücksichtigung eines 10%igen städtischen Eigenanteils zunächst ein Gesamterschließungsvolumen in Höhe von Brutto 48 Mio. € umzusetzen.
Die rege Nachfrage nach Ansiedlungsflächen im Industriegebiet führte in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium zu der Entscheidung, einen Änderungsantrag zum Zuwendungsbescheid vom 23. Juni 2008 auf die nunmehr vorzunehmende Vollerschließung vorzubereiten. Der Stadtrat der Stadt Halle hat diesem Änderungsantrag in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 zugestimmt. Der Änderungsantrag, der nunmehr ein Erschließungsvolumen von Brutto 76,8 Mio. € beinhaltet, wurde der Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Dezember 2008 zugereicht und durch diese mit Änderungsbescheid vom 18. Mai 2009 bestätigt.

Das Konzept einer weitergehenden, inneren Erschließung, das vom Stadtrat (V/2010/08893) in seiner Sitzung am 25. August 2010 entschieden wurde und mit dem in Form einer, in das Industriegebiet hinein zu führenden, engmaschigeren Ver- und Entsorgungsinfrastuktur auf eine hin zu Flächengrößen zwischen 5-30 ha veränderte Nachfrage entsprochen werden wird, wurde im Jahr 2011, nach Vorliegen eines ersten Änderungsbescheides der Investitionsbank vom 08.03.2011, planerisch umgesetzt.
Beginnend ab 2012 werden die nunmehr komplett vorliegenden Ausführungsplanungen europaweit öffentlich ausgeschrieben, vergeben und realisiert. Gegenwärtig beschiedenes Investitionsende ist der 31.12.2012.
Danach steht ca. ein halbes Jahr für die Erstellung und Prüfung (externes Ingenieurbüro) des Nachweises über die Verwendung der erhaltenen Fördergelder zur Verfügung.

Mit der inneren Erschließung ist keine Erhöhung des bisher veranschlagten und beschiedenen Budgets in Höhe von 76,8 Mio. € verbunden, sondern sie baut auf auf positiven Vergabeeffekten und nicht mehr weiter zu verfolgenden Ausbaumaßnahmen im Bereich der Stromerschließung.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass entsprechend rechtlicher Vorschriften nur noch Gebietskörperschaften und ihnen gleichgestellte Verbände Fördermittel beantragen und erhalten können. So ist auch im Fall des Erschließungsprojektes Star Park die Stadt Halle Antragstellerin und Bezieherin der Fördermittel.

Die erhaltenen Fördermittel und die städtischen Eigenanteile an der Gesamtfinanzierung, ausgenommen die durch die EgIG gemäß Stadtratsbeschlüssen selbst beizusteuernden Mittel, sind entsprechend des Ablauf- und Finanzplanes zur Erschließung in den jährlichen Haushalt der Stadt Halle eingestellt und werden der EgIG als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss entsprechend des Anfalls zu begleichender Rechnungen zur Verfügung gestellt. Über das gesamte Geschäftsjahr 2011 war dieser Prozess so organisiert, dass die Gesellschaft jeweils rechtzeitig vor Fälligkeit der Rechnungen aus der Erschließung mit der erforderlichen Liquidität ausgestattet war.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle schloss im Januar 2008 mit der Gesellschaft einen Vertrag zur Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks ab. Die Stadt Halle hat durch Gesellschafterbeschluss und in Form eines Stadtratsbeschlusses vom September 2007 erklärt, die Gesellschaft finanziell und organisatorisch so auszustatten, dass sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft erfolgt seitens der Stadt Halle auf der Grundlage der erteilten Zuwendungsbescheide für öffentliche Finanzierungsbeihilfen und des darin einbezogenen städtischen Eigenanteiles. Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und der städtische Eigenanteil sind in Summe und entsprechend dem geplanten Erschließungsablauf in entsprechenden Jahrestranchen als Einnahmen und Ausgaben in den städtischen Haushalt eingestellt und werden der Gesellschaft auf Abruf in Form eines nicht rückzahlbaren Investitionszuschusses zur Verfügung gestellt.

Organisatorische Regelungen zur korrekten und termingerechten Abwicklung des Erschließungsvorhabens wurden und werden durch entsprechende Beschlüsse der Gesellschafterversammlung getroffen. So wurde zunächst der über Jahre ruhende Vertrag zur Projektleitung und -steuerung sowie zur Generalplanung mit der Obermeyer Albis-Bauplan GmbH aktiviert. Die bis zum 15. April 2008 in der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH als Nebentätigkeit ausgeübte Geschäftsführung wurde in eine Vollzeittätigkeit in der Gesellschaft umgewandelt.

Dies war notwendig, um zum einen die akquisitorischen Aktivitäten um Ansiedlungen fachgerecht zu begleiten und zum anderen die sich aus der beschlossenen Erschließung ergebenden planerischen Aktivitäten in Angriff zu nehmen und die sich aus dem Projekt selbst ergebenden Organisations- und Steuerungsprozesse in die Hand zu nehmen.

Die sich daraus ergebenden Aufwendungen schlagen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2011 entsprechend in der Position Materialaufwand/ Bezogene Leistungen nieder. Da diese Leistungen Bestandteil des Erschließungsprojektes und dem entsprechend auch förderfähig sind, tragen sie zur Wertsteigerung des in der Bilanz unter Vorräte ausgewiesenen, noch unerschlossenen Industriegebietes bei. Da jedoch sowohl die von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt bereitgestellten Fördermittel als auch der sich aus der Antragstellung auf diese Fördermittel begründende Eigenanteil der Stadt Halle der Gesellschaft als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss zur Verfügung gestellt werden, mindern diese Zuschüsse die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen, tatsächlichen Erschließungsaufwendungen in erheblichem Umfang. Offen ausgewiesen wird danach nur jener Erschließungsaufwand, korrespondierend dazu demgemäß auch die Bestandserhöhung des Vorratsvermögens, der dem von der Gesellschaft gemäß Stadtratsbeschluss vom September 2007 eigenständig beizusteuernden Eigenanteil entspricht.

In Höhe der im Geschäftsjahr 2011 planmäßig und in Übereinstimmung mit dem städtischen Haushalt erfolgten Finanzierung der Erschließungsmaßnahmen aus nicht rückzahlbaren Investitionszuschüssen wird demgemäß keine Wertsteigerung im Umlaufvermögen verbucht.

Die mit diversen Landwirten abgeschlossenen Pacht- und Nutzungsverträge über die Industriegebietsflächen hatten auch im Jahr 2011 Bestand. Aufgrund der erschließungsbedingten Eingriffe in die verpachteten Flächen mussten jedoch Einbußen bei den erzielten Pachteinnahmen in Kauf genommen werden, deren Ausweis unter „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt.

Im Frühjahr 2011 konnte eine zweite Teilfläche von 6,8 ha an den chinesischen Investor GA Pack verkauft werden. Für weitere ca. 8,0 ha wurde ein Kaufvertrag angeboten (Optionsvertrag). Im Juli 2011 begann dieser Investor mit seiner Investition, die im September 2012 in Betrieb gehen soll.

Der daraus erzielte Verkaufserlös prägt das in 2011 erzielte positive Jahresergebnis ebenso, wie die gemäß Stadtratsbeschluss (V/2011/10049) vom 23.11.2011 erzielten Erlöse aus der Veräußerung fertig gestellter Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung an die HWS GmbH. Da den dabei erzielten Erlösen aufgrund der zuvor beschriebenen Effekte aus den erhaltenen Fördergeldern nur in geringen Umfang kostenwirksam auszubuchende Vermögenswerte gegenüberstehen, wird ein (handelsbilanziell) deutlich positives Jahresergebnis in Höhe von 1.130 T€ erzielt.

Es muss jedoch an die weitergehenden Beschlüsse des Stadtrates (V/2011/10049) erinnert werden. Die EgIG hat danach Folgekosten aus der öffentlichen Erschließung (Ablösegebühren LB Bau, Unterhaltung Straßen, Entwicklungspflege Grünanlagen, usw.) in einem Umfang zu tragen, welche die Höhe der in 2011 erzielten Verkaufserlöse überschreiten wird. Da der so zu tragende Aufwand erst in den Folgejahren ergebniswirksam wird, ist das Ergebnis 2011 eher eine Ausnahmesituation, es sei denn, und davon geht die Geschäftsführung aus, es werden weitere Ansiedlungsgeschäfte und damit einhergehende Grundstücksverkäufe getätigt.

Das Jahr 2011 war insbesondere geprägt durch die forcierte öffentliche Erschließung des Industriegebietes mit folgenden Schwerpunkten:

Maßnahme -Mio. €-	Gesamtbudget neu (einschl. innerer Erschl.)	Zahlungsstand 31.12.2011	Status
Wasser und Abwasser	11,1	7,7	betriebsbereit entlang Orionstraße
Regenentwässerung	9,6	7,0	betriebsbereit
Umverlegungen	11,1	11,1	abgeschlossen
Elektroerschließung	12,7	11,2	52 MVA Leistung liegen an, MS-/NS-Erschließung entlang Orionstraße betriebsbereit
Gaserschließung	2,2	1,5	Gasanschluss entlang Orionstraße betriebsbereit
Straßenbau und Gleis	10,2	8,2	Orionstraße fertig und gewidmet Beginn Gleisbau ab 02/2012

Es ist ein Erschließungsstand erreicht, der einen jederzeitigen Baubeginn eines Ansiedlungsunternehmens sicherstellt. Bisher im Rahmen von Standortanfragen bekannt gewordene Bedarfe an Versorgungs- und Entsorgungsleistungen können vollständig abgesichert werden.

Nach dem bereits erwähnten Stadtratsbeschluss, dem vorausgegangen waren entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien der EgIG wie auch bei Unternehmen der Stadtwerke, werden die fertig gestellten Anlagen an die Stadt Halle als auch an verschiedene SWH-Unternehmen übertragen.
Ein dementsprechendes Unternehmenskonzept wurde der Gesellschafterversammlung in der Sitzung am 15. November 2010 vorgestellt und von dieser bestätigt. Danach entwickelt sich die Gesellschaft nach Abschluss der Erschließungsmaßnahme, deren Ende gegenwärtig per 31. Dezember 2012 zu erwarten ist, zu einer reinen, allein die vermarktungsfähigen Industriegebietsflächen verwaltenden „Besitzgesellschaft“. Eigenes Personal soll in der Gesellschaft nicht beschäftigt sein. Für die Erschließung bedient sich die Gesellschaft der Dienste der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft, die Verwertung der Industriegebietsflächen erfolgt unter Federführung der Wirtschaftsförderung der Stadt Halle.

Wie bereits erwähnt, übernimmt die EgIG auf Grundlage des o. g. Stadtratsbeschlusses beträchtliche Folgekosten der öffentlichen Erschließung. Die Finanzierungsgrundlage dafür stellen entsprechende Erlöse aus dem Verkauf von erschlossenen Grundstücken und Erschließungsanlagen dar.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage der mit der Stadt Halle getroffenen Regelungen während des gesamten Geschäftsjahres 2011 gesichert. Für die förderfähigen Erschließungskosten aus dem Star Park waren dies die vor genannten Stadtratsbeschlüsse und die darauf basierenden Berücksichtigungen im städtischen Haushalt 2011. Für nicht förderfähige, eigene Verwaltungs- und Organisations-aufwendungen der Gesellschaft fasste der Finanzausschuss des Stadtrates in seiner Sitzung am 20. Oktober 2009 den Beschluss, der Gesellschaft aus städtischen Mitteln ein Zwischenfinanzierungsdarlehen von bis zu 551 T€ und bis zum 30. Juni 2012 zu gewähren. Die Tilgung soll aus erzielten Veräußerungserlösen erschlossener Industriegebietsflächen erfolgen. Ein entsprechender Darlehensvertrag mit der Stadt Halle ist mit den konkreten Bedingungen zur Darlehensgewährung und –auszahlung sowie zur Verzinsung und Tilgung abgeschlossen worden. Die kumulierte Inanspruchnahme dieses Darlehens beziffert sich per 31. Dezember 2011 auf 315 T€.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung / sonstige Angaben

Im Zusammenhang mit der beschlossenen und bereits in der Umsetzung befindlichen Erschließung des Industriegebietes hat sich die Stadt Halle als Gesellschafterin verpflichtet, die Gesellschaft so auszustatten, dass sie insbesondere ihren finanziellen Verpflichtungen aus der Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die Erschließungsträgerschaft ist der Gesellschaft über einen Erschließungsvertrag von der Stadt Halle übertragen worden.

Nicht förderfähige Aufwendungen der Gesellschaft, wie Geschäftsführungs- und sonstige Verwaltungskosten, grundstücksnahe Aufwendungen sowie Kosten der eigenen Projektleitung müssen zunächst durch die Gesellschaft separat aufgebracht werden.

Der sich aus der Vollerschließung für das Industriegebiet ergebende, höhere Eigenanteil der Stadt Halle (Aufstockung von 48 Mio. € auf 76,8 Mio. €) in Höhe von zusätzlich 2,8 Mio. € ist nach Beschluss des Stadtrates vom 29. Oktober 2008 (IV/2008/07494) durch die Gesellschaft selbst aufzubringen. Grundlage dafür bilden die in Aussicht stehenden Grundstücksveräußerungen an potentielle Ansiedler. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Halle hat der Gesellschaft im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2012 aus aktuellen Ansiedlungsverfahren eine Übersicht zur Verfügung gestellt, nach der acht Standortauswahlverfahren mit Flächenbedarfen von insgesamt über 100 ha als aussichtsreich für unseren Standort bewertet werden.
Die EgIG hat in ihren Wirtschaftsplan 2012 eine davon abgeleitete, vorsichtige Verkaufsprognose von 17 ha eingearbeitet. Für 2013 sind im Wirtschaftsplan Verkäufe in ähnlichem Umfang berücksichtigt. Somit werden auf Basis der im Wirtschaftsplan berücksichtigten Verkäufe für die beiden Folgejahre geringfügig steigende Umsatzerlöse und positive Ergebnisse erwartet.
Bleiben diese Verkäufe ganz oder teilweise aus, ergeben sich bei Weiterführung der öffentlichen Erschließung im Jahr 2012 Finanzierungsengpässe für die EgIG, die wiederum nur von der Stadt Halle überbrückt werden können.

Wie bereits ausgeführt, sind erfolgreiche Weichenstellungen für die Übertragung bereits fertiggestellter und weiter fertig zu stellender Erschließungsanlagen und diverse SWH-Unternehmungen erfolgt. In 2012 und 2013 sind die Übertragungen von Anlagen speziell an die Stadt Halle und eine Standortnetzgesellschaft weiter aktiv zu forcieren. In der Gesellschaft sind weder personelle noch finanzielle Voraussetzungen für deren Betreibung und Unterhaltung vorhanden noch geplant. Zuständigkeiten für die darauf bezogenen Aufgaben (Straßenunterhaltung, Grünflächenpflege, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Energieversorgung) sind auf der anderen Seite für das Stadtgebiet eindeutig geklärt. Da das Industriegebiet gemarkungsübergreifend beplant wurde und inzwischen auch erschlossen wird, bedarf es diverser Regelungen zwischen der Stadt und den betroffenen Gemeinden (Landsberg, Kabelsketal), die es für den Bereich Wasser/Abwasser bereits gibt. Eingemeindungen der nicht zur Stadt Halle gehörenden Teilflächen im Star Park würden dabei wesentliche Erleichterungen darstellen. Grundsätzlich hat die Stadt Halle die betroffenen Gemeinden in einer gesonderten Vereinbarung von der Beteiligung an den Erschließungskosten und den Folgekosten der Erschließung freigestellt. Dafür stehen ihr auch die aus den Ansiedlungen zu erwartenden Steuer- und sonstige Einnahmen zu.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadteigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Götte, Dieter
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Neumann, Wolfram
	stellv. Vorsitzender	Röder-Kolberg, Tobias
		Bonan, Robert
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar
		Kapetsis, Janis
		Sprung, Michael

	31.12.2011	**31.12.2010**
	T€	**T€**
Aufsichtsrat	6	8

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	1	0	2	1	2	2	-1	-50
Umlaufvermögen	153	99	118	97	89	96	35	30
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	2	2	2	2	-1	-50
Bilanzsumme	**155**	**100**	**122**	**100**	**93**	**100**	**33**	**27**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	63	40	60	49	55	59	3	5
Rückstellungen	69	45	41	34	30	32	28	68
Verbindlichkeiten	23	15	21	17	8	9	2	10
Bilanzsumme	**155**	**100**	**122**	**100**	**93**	**100**	**33**	**27**

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
sonstige betriebliche Erträge	237	58	49
Personalaufwand	183		
Abschreibungen	1	1	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	52	56	47
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	4	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3	5	2
sonstige Steuern	0		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	5	2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3	5	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	5,33	8,60	3,16	%
Cash-Flow:	4	5	2	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	118			T€
Personalaufwandsquote:	77,02			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,38	0,98	1,92	%
Eigenkapitalquote:	40,45	48,88	58,97	%
Fremdkapitalquote:	59,55	51,12	41,03	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet. Die Oberbürgermeisterin wurde bevollmächtigt, hierfür sämtliche erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Star Parks einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wurde beauftragt, in einer Gesellschafterversammlung der Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH die Änderungen des Gesellschaftsvertrages vorzunehmen.

Die Gesellschafterversammlung der Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH mit Sitz in Halle (Saale) hat mit Datum vom 17. Juli 2002 diverse Änderungen beschlossen.
Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Star Parks auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Gesellschaft nimmt als Komplementärin der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG deren Geschäftsführung wahr, vertritt diese und haftet für sie. Im Zuge der begonnenen und während des Geschäftsjahres 2011 weiter vorangeschrittenen öffentlichen Erschließung des Star Parks erfolgte mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle vom 25. November 2009 die Genehmigung zur Neufassung des Gesellschaftsvertrags. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

Der Aufsichtsrat tagte in 2011 insgesamt dreimal und befasste sich insbesondere regelmäßig mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage, dem Jahresabschluss 2010 und dem Wirtschaftsplan 2012 sowie der Mittelfristplanung bis 2016.

B. Darstellung der Lage

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als Komplementärin der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG und damit in Ausübung der Geschäftsführung für diese Gesellschaft, war im gesamten Verlauf des Geschäftsjahres 2011 geprägt von der weiteren Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks.
Die Stadt Halle beauftragte die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co.KG (EgIG) mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks. Auf der Grundlage von zwei Stadtratsbeschlüssen vom Oktober 2007 und Oktober 2008 sind die dafür erforderlichen, insbesondere finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden. Die Gesamterschließung mit einem Budget in Höhe von EUR 76,8 Mio. wird zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst. Ein entsprechender Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt liegt mit Datum 18. Mai 2009 vor.

Die Umfänge der Erschließung und die einzuhaltenden Maßgaben der Förderrichtlinien, insbesondere jedoch die Bedeutung dieses Projektes für den angestrebten Ansiedlungerfolg großer Industrieunternehmen, erforderten auch die Schaffung entsprechend handlungsfähiger organisatorischer Voraussetzungen.
Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung wurde die vorherige, in Nebentätigkeit ausgeübte Anstellung des bestellten Geschäftsführers mit Wirkung ab 16. April 2008 in eine Vollzeit- und ausschließlich für die Gesellschaft auszuübende Tätigkeit umgewandelt.

Weitere Beschlüsse der Gesellschafterin Stadt Halle führten zum Aufbau einer, das Wirken der Geschäftsführung unterstützenden, übersichtlichen Unternehmensorganisation. Entsprechend des von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung in deren jeweiligen Sitzungen im November 2010 beschlossenen Unternehmenskonzeptes bestehen sämtliche Anstellungsverträge ab dem 1. Januar 2011 mit der EVG.

Danach soll die EVG, ihrem satzungsgemäßen Zweck folgend, Flächenmanagementaufgaben für die Stadt Halle, vordergründig im Hinblick auf Gewerbe- und Industriegebietsflächen, wahrnehmen.
Organisatorische, personelle und finanzielle Ressourcen bzw. Voraussetzungen für diese Aufgabenwahrnehmung sollen allein in der EVG vorgehalten werden. Soweit dies die Größe und Bedeutung eines Einzelprojektes rechtfertigt, können die Projekte an sich, wie im Fall der Entwicklung und Erschließung des Star Parks, in speziellen Objektgesellschaften realisiert werden, für die die EVG als Komplementärin auftritt und u. a. über entsprechende Dienstleistungsverträge mit den bei ihr vorhandenen Ressourcen tätig wird. In Abstimmung mit der Gesellschafterin Stadt Halle wurde davon abgesehen, die entsprechend des beschlossenen Unternehmenskonzeptes im Wirtschaftsplan 2011 vorgesehenen zwei Personalstellen für Projektentwickler zu besetzen.
Hauptgrund war zum einen, dass die Umsetzung des Revitalisierungsprojektes im Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost angesichts des defizitären Haushaltes der Stadt ausgesetzt werden musste, da sich die Stadt Halle nicht in der Lage sah, die finanziellen Mittel für den nicht förderfähigen Grundstückserwerb zur Verfügung zu stellen (ca. 1,1 Mio. €).
Inzwischen ist dieses Projekt gänzlich aufgegeben worden.
Zum anderen sieht die Stadt Halle gegenwärtig aus finanzieller Sicht ebenso keine Möglichkeit, ein aufzubauendes Flächenmanagement mit den erheblichen, allein durch die Stadt Halle zu finanzierenden Vorlaufkosten umzusetzen.

Der Jahresabschluss 2011 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 3 (im Vorjahr: TEUR 5) aus. Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EgIG begründenden, Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EgIG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um. Weiter steht der EVG gemäß Gesellschaftsvertrag der EgIG eine Vergütung für die für die EgIG übernommene Haftung in Höhe von TEUR 1 zu.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag TEUR 6 (Vorjahr TEUR 7). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2011 gesichert.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftende Gesellschafterin der EgIG die Geschäftsführung dieses Unternehmens. Im Zuge der beschlossenen Erschließung des Star Parks und dessen Vermarktung wurde angesichts der damit in Zusammenhang stehenden Management-, Kontroll- und Überwachungstätigkeiten anders als noch im Jahr 2007 eine, diesen enorm gestiegenen Anforderungen angepasste, personelle und auch ansonsten organisatorische und finanzielle Ausstattung geschaffen. Die Gesellschafterversammlung hat dazu entsprechende Beschlüsse gefasst. Insbesondere auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses vom 12. März 2008 wird die Geschäftsführung der eingetretenen Entwicklung Rechnung tragend, mit Wirkung ab 16. April 2008 als ausschließliche Tätigkeit durch den bestellten Geschäftsführer ausgeübt.

Im Rahmen der vorgenommenen Regelungen werden die sich daraus ergebenden vertraglichen Belange so gestaltet, dass, soweit sich dies nach dem Verursachungsprinzip auch so darstellt, alle im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes stehenden Aktivitäten der EgIG auch direkt zugeordnet werden.

Risiken ergeben sich für die EVG soweit zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EgIG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EgIG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, gegenwärtig somit der Erschließung des Star Parks.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EgIG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EgIG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Um dies zu gewährleisten, wurde durch den Finanzausschuss des Stadtrates der Stadt Halle auf entsprechenden Antrag am 20. Oktober 2009 eine Liquiditätshilfe für die EgIG bis zu einer Höhe von TEUR 551 beschlossen. Diese betrifft insbesondere die eigenen, nicht förderfähigen Verwaltungs- und Organisationsaufwendungen im Zusammenhang mit der öffentlichen Erschließung des Star Parks, bis es gelingt, aus der Vermarktung der erschlossenen Industriegebietsflächen die Liquidität eigenständig sicherzustellen.

Wie bereits dargestellt, wurde die Umsetzung des ab 2011 aufzubauenden Flächenmanagements auf Bitte der Gesellschafterin Stadt Halle bis auf Weiteres ausgesetzt.
Die EVG wird mit dem Erschließungsprojekt Star Park einschließlich der inzwischen auf Grundlage eines entsprechenden Stadtratsbeschlusses und eines demgemäß gestellten Änderungsantrages, für den seit Februar 2012 ein antragsgemäßer Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vorliegt, angelaufenen Maßnahmen einer tieferen, inneren Erschließung im Star Park noch weit in das Jahr 2013 ausreichend ausgelastet sein.

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung der EVG haben im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan 2012 und zur Mittelfristplanung bis 2016 den Vorschlag der Geschäftsführung zur Kenntnis genommen, den für 2011 geplanten, jedoch inzwischen ausgesetzten Aufbau einer kleinen (zwei Personalstellen), für ein Flächenmanagement Grundlagenarbeit machenden Projektorganisation, ab Mitte 2013 zu planen.

Die EVG wird mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2013 und der Mittelfristplanung bis 2017 zwangsläufig gehalten sein, ein über die in 2013 über die Aufstellung und Prüfung des Nachweises zur Verwendung erhaltener Fördergelder abzuschließende Erschließung des Star Parks hinausgehendes, tragfähiges Geschäftsmodell vorzulegen.
Der Gesellschaftsvertrag bestimmt für die Gesellschaft als Unternehmensgegenstand das Flächenmanagement. Sieht sich die Stadt Halle weiterhin aus ihrer Haushaltslage heraus nicht in der Lage, ein kommunales Flächenmanagement unter Nutzung der EVG aufzubauen, steht der Fortbestand des Unternehmens zur Disposition.

MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung sowie der Betrieb des Mitteldeutschen Multimediazentrums in Halle als Dienstleistungszentrum (spezialisiertes Technologie- und Gründerzentrum), in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das MMZ. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber, für die Errichtung des MMZ.

Öffentlicher Zweck:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Hagen, Katerina	(bis 19.09.2011)
		Nowak, Andreas	(seit 01.10.2011)
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Neumann, Wolfram	
	stellv. Vorsitzender	Engelmann, Dieter	(bis 31.12.2011)
		Bossmann, Claus Peter	
		Dr. Fikentscher, Rüdiger	
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	
		Dr. Wünscher, Ulrike	
		Krischok, Marion	
		Rohnke, Achim	
		Vogel-Jahn, Jürgen	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€
Aufsichtsrat	7	9

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	8.397	91	27.681	95	29.028	94	-19.284	-70
Umlaufvermögen	866	9	1.484	5	1.971	6	-618	-42
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	9	0	0	0
Bilanzsumme	**9.264**	**100**	**29.166**	**100**	**31.008**	**100**	**-19.902**	**-68**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.974	21	7.690	26	6.292	20	-5.716	-74
Sonderposten mit Rücklagenanteil					21.604	70	0	
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	5.948	64	20.591	71			-14.643	-71
Rückstellungen	1.165	13	160	1	215	1	1.005	628
Verbindlichkeiten	176	2	725	2	2.883	9	-549	-76
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0	0	14	0	1	100
Bilanzsumme	**9.264**	**100**	**29.166**	**100**	**31.008**	**100**	**-19.902**	**-68**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	686	833	936
sonstige betriebliche Erträge	15.356	327	1.377
Materialaufwand		2	
Personalaufwand	341	388	358
Abschreibungen	19.615	355	1.368
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.555	1.019	985
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	4	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	211	33	36
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.679	-633	-431
außerordentliche Erträge		213	
außerordentliche Aufwendungen		146	36
außerordentliches Ergebnis		67	-36
sonstige Steuern	37	35	34
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-5.716	-601	-501
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-5.716	-601	-501

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-832,69	-72,16	-53,57	%
Eigenkapitalrentabilität:	-74,33	-7,25	-7,38	%
Cash-Flow:	13.899	-246	866	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	2.292	166	289	T€
Personalaufwandsquote:	2,13	33,40	15,50	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,64	94,91	93,61	%
Eigenkapitalquote:	21,31	26,37	20,29	%
Fremdkapitalquote:	78,69	73,63	79,71	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
vermietbare Fläche	6.432,90	6.432,90	6.432,90	m²
Auslastung	91,10	96,30	98,50	%

e) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Gesamtentwicklung

Kennzeichnend für das Geschäftsjahr 2011 war die Neuausrichtung der Mitteldeutschen Multimediazentrum (MMZ) Halle GmbH. Der Aufsichtrat hat in mehreren Sitzungen über die weitere strategische Ausrichtung der Unternehmung beraten und nach Einbeziehung einer externen Beratungsgesellschaft die Grundlagen für die Neuausrichtung der Gesellschaft geschaffen. Der Fokus wird künftig wieder auf die Aufgaben als Existenz – und Gründerzentrum für die Medienbranche gerichtet sein. Die ansässigen Unternehmen müssen in den Mittelpunkt gerückt und die Kernkompetenzen des MMZ Halle neu definiert werden. Dieses soll unter anderem mit der Reaktivierung der Vermietung und vor allem der Netzwerkarbeit beginnen. Die Personalstruktur wurde entsprechend dem avisierten Dienstleistungsspektrum angepasst.

Die Restrukturierung der Gesellschaft und ihrer unternehmensinternen Prozesse war ebenfalls Folge der rückläufigen Vermietungszahlen sowie der in 2011 schlechten Auslastung der Kinomischung. Die Gesellschaft konnte im ersten dreiviertel Jahr die defizitäre Entwicklung in den beiden Haupteinahmebereichen - Vermietung der Kinomischung und Vermietung der Büroflächen - nicht aufhalten.

Der Jahresabschluss 2011 schließt bei einer Bilanzsumme von 9.263.637,05 Euro mit einem Jahresfehlbetrag von 5.732.744,56 Euro ab. Neben der außergewöhnlichen Gebäudeabschreibung, tragen hauptsächlich die Bildung von Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren sowie die gravierenden Umsatzrückgänge zum Jahresdefizit bei. Das Ergebnis 2011 ist durch einmalige Effekte negativ beeinflusst.

Als Ergebnis verbessernd können die in 2011 umgesetzten Maßnahmen bei der Gebäude-bewirtschaftung bezeichnet werden. Die Rückführung der Kälteanlagen in das Anlagevermögen der Gesellschaft und somit die Reduzierung der Contracting-Kosten zählen ebenso darunter, wie die dreißigprozentige Verringerung der Anschlussleistung der Wärmeversorgungsanlage. Darüber hinaus wurde mit der Energetischen Optimierung (Erweiterung der freien Kühlung und bedarfsabhängige Wärmeversorgung) begonnen.

Das Ergebnis 2011 wird durch den bewilligten Zuschuss von 90.000 Euro sowie durch die Einzahlung zweckgebundener Mittel in Höhe von 275.000 Euro durch die Gesellschafterin begünstigt.

Bis einschließlich September des Berichtzeitraumes beschäftigte die MMZ-Halle GmbH insgesamt neun Personen inklusive der Geschäftsführung. Ab dem Monat Oktober 2011 reduzierte sich die Personalstärke der Gesellschaft auf aktuell sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – inkl. GF -. Eine dieser sechs Personen befindet sich seit 2010 in Erziehungszeit. Somit stehen der Geschäftsführung effektiv vier Arbeitskräfte zur Verfügung.

2. Nachinvestitionen zur Gebäudeoptimierung und Entlastung der betriebswirtschaftlichen Situation im MMZ:

Das durch den Stadtrat im Jahr 2010 bewilligte Investitionsvolumen in Höhe von rund 800 TEuro wurde für folgende Maßnahmen im Geschäftsjahr verwendet.

Rückkauf Kälteanlagen (Contracting):

Die Vertragsverhältnisse mit dem Energiedienstleister EVH GmbH konnten mit Wirkung zum 01.01.2011 neugeordnet und die bisher unter Eigentumsvorbehalt in das Gebäude eingebauten Kälteerzeugungsanlagen und die Hausanschlussstation für Fernwärme in das Anlagevermögen der Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle GmbH übernommen werden.

Energetische Optimierung (Wärme und Kälte):

Das Projekt mit der Firma ENERelektronik GmbH sieht insbesondere die Senkung der Anschlussleistung Wärme von 817 KW auf mindestens 570 KW vor, was letztlich auch zur Kostenreduzierung bei den Wärmekosten führen wird. Darüber hinaus wird bei der Kälteerzeugung das Versorgungsnetz der freien Kühlung (Nutzung Außentemperatur) erweitert.

Wärmeschutzfolien:

An der Süd- West-Seite des Gebäudeteils Kubus wurden Wärmeschutzfolien angebracht, welche die Raumtemperaturen, vor allem in den Sommermonaten, um bis zu 6 ºC reduzieren können. Die Arbeitsbedingungen, auch unter direkter Sonneneinstrahlung in der Mittags – und Nachmittagszeit, konnten so für die Mieter verbessert werden.

Die Ertüchtigung der Verkehrs– und Nebenflächen im Kubus des MMZ-Halle wurde mangels eines erfolgsversprechenden Konzeptes bisher nicht umgesetzt. Ebenso konnte die Überarbeitung des Zählkonzeptes der Kälte- und Wärmemengenzähler, aufgrund von sich ständig verkleinernden Mietbereichen, noch nicht in Angriff genommen werden.

3. Vermietungsgeschäft

In der Vermietungsarbeit (während des Berichtszeitraums) der MMZ-Halle GmbH musste erstmals mit höheren Leerstandsflächen umgegangen werden. Insbesondere waren Erstmieter gezwungen, ihre großflächigen Exklusivebereiche (separate Teeküche, Flure, Toiletten) aufzugeben. Diese Bereiche in die Neuvermietung zu vermitteln, erweist sich als äußerst schwierig, zumal die Räume an die vorhandene Infrastruktur angepasst werden müssen. Mitunter wurde bei Erstbezug versäumt, auf die standardisierte Strom – und Datenverkabelung zu achten. Diese nachzurüsten erfordert erneut finanzielle und zeitliche Ressourcen. Auch der Vermietungsaufwand hat sich erhöht. Aktuell werden verstärkt Büroeinheiten in der Größenordnung von rund 20 m² nachgefragt. Die Vermietung zahlreicher kleinerer Büros erfordert einen entsprechend höheren Aufwand, als die Vermietung einzelner größerer Flächen. Darüber hinaus erfordert die Neumieterakquise zahlreiche Einzelgespräche und eine intensive Kundenbetreuung.
Als positiv für das Vermietungsgeschäft werden die vorhandene Infrastruktur, der gebotene Service und der existenzgründerfreundliche Mietpreis gesehen. Zur fortlaufenden Sicherung der Mietnachfrage und der Attraktivität der Immobilie wird eine aktive Netzwerkarbeit als unabdingbar gesehen.

3.1. Arbeits- und Büroflächen (65 % der HNF)

Die Arbeits- und Büroflächen nehmen insgesamt 3.392,00 m2 der gesamten Hauptnutzfläche (gemäß DIN 277 neu) im MMZ-Halle ein. Die durchschnittliche Auslastung im Geschäftsjahr 2011 lag bei 91,1%. Dieses entspricht einem Rückgang gegenüber Vorjahr 2010 (96,3%) in Höhe von 5,2 Prozentpunkten. Die durchschnittlichen Mieterlöse pro m² reduzierten sich von Vorjahr(2010) 4,39 Euro um 0,14 Euro auf 4,25 Euro.

Die in den Vorjahren häufig thematisierte Betriebskostensituation konnte weiter entspannt werden. Die Höhe der Betriebskostenvorauszahlungen entspricht den Kostenpositionen der Abrechnung, sodass horrende Nachzahlungen der Vergangenheit angehören dürften. Die fortlaufende Optimierung der Objektbewirtschaftung trägt nachhaltig zur Reduzierung der Nebenkosten des Gebäudes bei. Allerdings können nicht alle Kostenpositionen gemindert werden. Vor allem auf die stetig steigenden Energiekosten hat die Gesellschaft nur wenig Einfluss. Diese Problematik kann nur mit langfristigen Verträgen eingegrenzt werden.
Die durch Tarifabschlüsse gestiegenen Kosten für den Objektschutz, konnten nur durch eine Reduzierung des Dienstleistungsangebotes kompensiert werden. In diesem Zusammenhang erweist sich das, in die Gesellschaft eingegliederte, Objektmanagement als äußerst zweckdienlich, da einzelne Dienstleistungen übernommen werden konnten. Mieter und Auftragnehmer finden umgehend einen Ansprechpartner und können die kleinen Hindernisse des alttäglichen Berufsalltags schnell beseitigen.

3.2. Produktionsbereiche (16 % der gesamten Hauptnutzfläche)

Den budgetierten Umsätzen in der Kinomischung in Höhe von 250.000 Euro konnte keineswegs entsprochen werden. Mit einem realisierten Umsatz von unter 70.000 Euro wurde das Ziel deutlich verfehlt. Hauptsächlich wurden diese Umsätze durch Stammmieter des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle generiert. Die Akquise neuer Kunden blieb hingegen erfolglos. Als Ursache hierfür werden die fehlende technische Betreuung in der Kinomischung sowie die Fokussierung auf die Projektarbeit in den Jahren 2010 und 2011 gesehen. Der für die Kinomischung verantwortliche Mitarbeiter verließ das Unternehmen zum 30. September 2011.

Mit der Neuorganisation der MMZ-Halle GmbH wird ab Oktober 2011 wieder verstärkt Augenmerk auf diese essenzielle Einnahmequelle gelegt. Für den technischen Support konnten zwischenzeitlich im Haus ansässige Firmen als Partner gewonnen werden, die eine intensive Kundenbetreuung gewährleisten können. Die Dienstleistungsvereinbarungen sind in Vorbereitung.
Darüber hinaus wird die Gründung einer halleschen Postproduktionsallianz in Erwägung gezogen. Insbesondere müssen die Aktivitäten und Anforderungen der ortsansässigen Firmen gebündelt werden, um bei den Förderinstituten die zwingend erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des Postproduktionsstandortes Halle deutlich zu machen. Wie und in welchem Umfang hier Strukturen zu schaffen sind und wie bereits vorhandene Kooperationen genutzt werden können, wird in 2012 zu klären sein.

3.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche (15% der gesamten Hauptnutzfläche)

Die Vermietung der Veranstaltungs- und Meetingbereiche im MMZ-Halle konnte in 2011 weiter ausgebaut werden. Die erzielten Umsätze in Budgetgröße (30.000 Euro) trugen positiv zum Ergebnis bei. Im Berichtzeitraum wurden insgesamt rund 100 Veranstaltungen betreut, was einem durchschnittlichen Umsatz von 300 Euro pro Veranstaltung entspricht. Vor allem die saisonalen Schwankungen (Hauptumsätze März/April und Oktober/November) verlangen von den Mitarbeitern ein überdurchschnittlich hohes Maß an Einsatzbereitschaft und Flexibilität.

Auch hier wurden durch eine Umstrukturierung die internen Prozesse optimiert. Die Organisation vom Kundenkontakt, über das zu fertigende Angebot und die abschließende Betreuung vor Ort, liegt nun direkt in der Hand der verantwortlichen Mitarbeiterinnen. Die zeitlichen Aspekte sowie die direkte Abstimmung tragen deutlich zur Kundenzufriedenheit bei. Die Möglichkeiten zur Auslagerung des Geschäftsbereiches werden dennoch regelmäßig zu prüfen sein. Es bleibt zu ergänzen, dass in den nächsten Jahren mit Renovierungskosten für die Veranstaltungsräume zu rechnen ist, da eine Nutzung nicht ohne Gebrauchsspuren bleibt.

3.4. Cafeteria (4 % der gesamten Hauptnutzfläche)

Die seit 2008 im MMZ-Halle eingemietete Cafeteria Mat's wird seit November 2011 durch einen neuen Betreiber bewirtschaftet. Der neue Mieter hat bereits in den beiden letzten Monaten des Jahres sein Ziel, auch weiterhin verlässlicher Dienstleister für die Gesellschaft bei der Umsetzung von Veranstaltungs-, Caterings- und Serviceangeboten zu sein, deutlich gemacht. Die Gesellschaft steht der weiteren Zusammenarbeit positiv gegenüber.

3.5. Tiefgarage im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle

Die drei Tiefgaragenebenen, mit ihren insgesamt 218 Stellplätzen konnten in 2011 an weitere Dauerparker vermietet werden. Es wird aufgrund der Umsatzstruktur deutlich, das der ursprüngliche Gedanke, die Umsätze mit Kurzzeitparkern zu realisieren, nachhaltig abweicht und hingegen die Umsätze mit Dauerparkern tendenziell zunehmen.
Im Vergleich zum Vorjahr (2010 = 114 Stellplätze) waren in 2011 durchschnittlich 129 Stellplätze dauerhaft vermietet. Mit einem Stellplatzentgelt von ca. 50 Euro pro Monat, wird ein für den Standort akzeptabler Preis pro Stellplatz angeboten. Kurzzeitparker hingegen weichen weiterhin auf die im Umfeld vorhandenen Freiflächen aus.
Trotz der erneuten Umsatzsteigerung im Geschäftsjahr 2011 wird das Kostenstellenergebnis negativ ausgewiesen. Die hohen Abschreibungen, insbesondere für dritte, durch städtische Mittel finanzierte, Tiefgaragenebene belasten das Ergebnis deutlich.

4. Netzwerkarbeit sowie innovative Projektentwicklung

Die Förderung innovativer und spannender Konzepte ist für das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle, als Netzwerk- und Knotenpunkt der Medienbranche in Sachsen-Anhalt, nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben. Aus diesem Grund bringt sich die MMZ-Halle GmbH regelmäßig in ausgewählte Projekte als Co- und/oder Hauptveranstalter mit ein. Dazu zählt der Besuch diverser Fachmessen und Kongresse ebenso wie die Organisation und Durchführung eigener Events. Die Netzwerk- und Projektarbeit im Jahr 2011 wurde überwiegend durch zwei Großveranstaltungen und mehrere kleinere Kooperationen geprägt.

forward2business 2011

Die Zusammenarbeit mit dem Sachsen-Anhalt Medien e.V. konnte im Jahr 2011 erfolgreich fortgesetzt werden. Erneut wurde die MMZ-Halle GmbH damit beauftragt den Branchenkongress forward2business, im Namen des Vereins, zu planen und durchzuführen.

Unter dem Titel Die Zukunft der dritten Dimension versammelten sich vom 14.-15. September 2011 ca. 70 Kongressteilnehmer im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle, um über die wichtigsten Trends in der 3D-Branche zu diskutieren. In diesem Zusammenhang konnten lokale Schnittstellen identifiziert und überregionale Partner für den Medienstandort Halle interessiert werden. Der Kongress hat somit erneut zur Verbesserung der überregionalen Wahrnehmung beigetragen.

Erste Hallesche Gaming Night

Zur Akquise neuer Kooperationspartner und zur Verbesserung der Wahrnehmung des Mitteldeutschen Multimediazentrums in Halle selbst wurde im Oktober ein PR-Event realisiert. Die Erste Hallesche Gaming Night richtete sich an Förderer der regionalen Wirtschaft und Eventbranche. Am 15. Oktober 2011 trafen sich 31 Gaming- Begeisterte Hallenser und ca. 55 Zuschauer im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle, um auf dem virtuellen Nürburgring gegeneinander anzutreten. Die zehn besten Teilnehmer erhielten verschiedene Sachpreise. Alle Preise und Veranstaltungskosten wurden von externen Sponsoren getragen. Darüber hinaus erwies sich die geschlossene Medienpartnerschaft mit dem Stadtmagazin AHA als überaus erfolgreich. Im Zusammenhang mit der Veranstaltung wurde das MMZ-Halle in verschiedenen Medienberichten positiv dargestellt. Zusätzlich konnten Kooperationen mit neuen Partnern für das Jahr 2012 geschlossen werden.

Medienimpulse

Unter dem Stichwort "Wissenschaft und Wirtschaft in Bewegung" kamen am 28. Januar 2011 Vertreter von Universitäten, Unternehmen und Initiativen der Medien- und Kreativwirtschaft im MMZ-Halle zu einem Informationstag zusammen. Vertreten waren unter anderem die Staatskanzlei Sachsen-Anhalt, die Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg, die Hochschulen Anhalt, Merseburg und Harz, der MDR und zahlreiche weitere Medienfirmen sowie Initiativen der Kreativwirtschaft und der Wirtschaftsförderung. Die Veranstaltung wurde von der MMZ-Halle GmbH moderiert und unterstützt.

Medienstammtisch

Die Staatskanzlei Sachsen-Anhalt lädt regelmäßig Medienschaffende des Landes zu einem informellen Erfahrungsaustausch mit Herrn Staatsminister Rainer Robra ein. Die Treffen erfreuen sich großer Beliebtheit und fanden auch im Jahr 2011 vollständig im MMZ-Halle statt.

Nanospots

Innovativ, wissenschaftlich und kreativ – die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die science2public – Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation planen im Sommer 2012 Halles erstes Nano-Kurzfilm-Festival. Die MMZ-Halle GmbH wird sich bei dieser Veranstaltung als Kooperationspartner mit einbringen. Ein entsprechender Kooperationsvertrag wurde 2011 geschlossen. Aus der Kooperation sollen sich neue Anschlussmöglichkeiten zur Wissenschaft ergeben. Darüber hinaus wird die MMZ-Halle GmbH in alle Marketing- und PR-Maßnahmen mit eingebunden.

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung

1. Gesamtentwicklung

Die Vermietung wird in den nächsten Jahren von zentraler Bedeutung für die MMZ-Halle GmbH sein. Es zeichnet sich weiterhin eine Verkleinerung der Mietbereiche ab. Büroflächen mit ca. 20 m² sind deutlich häufiger angefragt und vermietbar, als größere Mietbereiche, was zwangsläufig auch zu einem höheren Arbeits- und Betreuungsaufwand führen wird. Nach dem Auszug der letzten großen Mieter (MotionWorks GmbH bis Ende 2012), muss mit Umbaumaßnahmen und längerem Leerstand gerechnet werden. Die Leerstandquote sollte mit 12% -13% für die Folgejahre realistisch erscheinen.

Aufgrund der Förderrichtlinien und der damit beschränkten Mietdauer im MMZ-Halle (Förderrichtlinien der Europäischen Union sehen vor, dass die Vermietungsdauer nicht mehr als höchstens 8 Jahre betragen darf), müssten weitere Erstmieter ab dem Jahr 2013 sukzessive das MMZ-Halle verlassen. Allerdings wurden hier seitens des Fördermittelgebers die Restriktionen gelockert, sodass eine längere Mietdauer unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist. Die Gesellschaft sieht dieses als positive Entwicklung und unterstellt somit eine konstante Auslastungsquote der Immobilie.

Die Unternehmensansiedelung und Existenzgründerförderung im Bereich der Medien- und Kreativwirtschaft ist und bleibt weiterhin das primäre Ziel der Gesellschaft. Für eine kompetente Beratung der Gründerunternehmen konnten zwischenzeitlich weitere Partner, wie die Univations GmbH - Institut für Wissens- und Technologietransfer an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie das Projekt Kreativmotor gewonnen werden. Ergänzend hierzu unterhält die MMZ-Halle gute Kontakte zur Wirtschaftsförderung der Stadt Halle (Saale) sowie zum Dienstleistungszentrum für Wirtschaft.

Großes Augenmerk legt die Gesellschaft ebenfalls auf die Mieterstruktur, insbesondere auf eine zweckmäßige Durchmischung der Subbrachen unter dem Begriff der Medien. Die Vielfältigkeit der angesiedelten Unternehmen muss die Netzwerkbildung auch über die Film- und Fernsehbranche hinaus ermöglichen. Die Stellung der digitalen Medien (Internet, Social Media, etc.) hat auch am Standort Halle eine wachsende Bedeutung. Ergänzend hierzu müssen auch Unternehmen mit der Ausrichtung auf Eventmarketing oder allgemeines Marketing, Kommunikationsmittel, Trends im Marken-Kommunikationsbereich, Marken- Branding beachtet werden.

2. Regionalwirtschaftliche Entwicklungen

In 2011 erstellte die Gesellschaft erneut die Medienkompassstudie, um die Stimmungslage im MMZ-Halle und am Medienstandort Halle zu erfassen. Der MMZ-Medienkompass ist ein Stimmungsbarometer für die hallenser Medienbranche, der erstmalig im Jahr 2008 erstellt wurde. Er gibt Aufschluss über den Zustand, die Entwicklung und die Probleme zahlreicher Medienfirmen in der Händelstadt. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen alle Mieter des Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle sowie drei weitere ortsansässige Medienunternehmen. Mit insgesamt 27 befragten Firmen kann der Medienkompass 2011 keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben. Dennoch gaben die Ergebnisse der Befragung Aufschluss über einige interessante Entwicklungen und Tendenzen. Nachfolgend drei dieser Ergebnisse:

- Fast 90% der Mieter im MMZ sind mit ihrer Standortwahl zufrieden.
- Fast 60% der befragten Unternehmen planen sich innerhalb der nächsten zwei Jahre zu vergrößern.
- Eine deutliche Mehrheit der Befragten (ca. 85 %) messen dem MMZ eine bedeutende bis zentrale Rolle bei der positiven Entwicklung des Medienstandorts Halle zu.

Als mittelbare Reaktion auf die Studie fand am 29. September 2011 ein Kreativgespräch im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle statt, welches die Gesellschaft in Kooperation mit dem Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft Sachsen-Anhalt organisierte. Das Sondierungsgespräch hatte den Titel *Chancen und Risiken der Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt*. Herr Staatssekretär Tullner trat mit 22 ausgewählten Vertretern der Medien- und Kreativbranche ins Gespräch, um gezielt auf medienpolitische Fragestellungen einzugehen.

In diesem Zusammenhang muss nochmals deutlich gemacht werden, dass es ohne das im Haus ansässige Department für Medien- und Kommunikationswissenschaften (MuK) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) keine zukunfts- und richtungweisende Entwicklung des Medienstandortes Halle geben kann. Ferner bedarf es der Weiterentwicklung der universitären Ausbildung und der Vermittlung der im Mediensinn bezeichneten handwerklichen Fähig- und Fertigkeiten. Ein schneller und qualitativ hochwertiger Eintritt der Absolventen in das Berufsleben sollte weiterhin angestrebt werden. Die Gründung eines übergreifenden und auf die Medienpraxis ausgerichteten Weiterbildungsformats, als Anschluss an den universitären Bildungsweg, ist sehr wünschenswert. Ein solches Bildungsformat wird auch von ansässigen Unternehmen der Medienbranche als zweckmäßig angesehen.

Aus den gewonnenen Erkenntnissen und den geäußerten Wünschen ergeben sich folgende Konsequenzen für die MMZ-Halle GmbH:

- *Die Mehrzahl der Bestandsmieter ist zufrieden und plant eine Vergrößerung. Es ist daher zu prüfen, inwieweit die entsprechenden Firmen ihre Vergrößerung im MMZ realisieren können.*

- *Die Service- und Betreuungsqualität sollte sich trotz reduzierter Personalzahl und gestiegenem Betreuungsaufwand nicht verschlechtern.*

- *Die lokale Medienbranche befindet sich in einem Wandlungsprozess. Es zeichnet sich ein starkes Wachstum in den Bereichen Software und Events ab. Die MMZ-Halle GmbH sollte diesen Wandel begleiten und auf Veränderungen entsprechend reagieren.*

- *Die Zusammenarbeit mit dem Department MuK der MLU sollte ausgebaut werden.*

Die MMZ Halle GmbH wird sich auch im Jahr 2012 den Herausforderungen der Medienbranche in Sachsen-Anhalt stellen und mit geeigneten Veranstaltungen deren Entwicklung fördern und forcieren.

3. Vermietungsgeschäft

Das MMZ-Halle GmbH bewegt sich in einem risikobehafteten Marktumfeld. Die regelmäßigen starken wirtschaftlichen Schwankungen betreffen nicht nur die eingemieteten, meist im Aufbau begriffenen Unternehmen, sondern zwangsläufig auch die Gesellschaft selbst. Die weitere finanzielle Begleitung der Stadt Halle (Saale) zur Unternehmenssicherung wird weiterhin erforderlich bleiben.

Bei den prognostizierten Jahresfehlbeträgen in den nächsten Jahren in Höhe der mit der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschuss saldierten Abschreibung, ist die Gesellschaft selbst nicht in der Lage, für solche wirtschaftlichen Krisenzeiten entsprechende Rücklagen zu bilden. Die weitere defizitäre Entwicklung der Gesellschaft ohne ausgleichenden Mittelzufluss durch die Gesellschafterin wird zwangsläufig zur bilanziellen Überschuldung und zu Engpässen bei den Zahlungsverpflichtungen führen. Insbesondere wenn im hoch- volatilen Bereich der Kinomischung die avisierten Einnahmen ausbleiben. Eine Kompensation möglicher Ausfälle durch die Vermietung von Büroflächen ist aufgrund der begrenzten Fläche und Restriktionen bei der Ablokation nicht möglich. Die weitere Einmietung des Departments für Medien- und Kommunikationswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wird als essenziell bewertet. Positiv ist das Arrangement der Gesellschafterin, welche sich dieser Thematik nachhaltig annimmt und die laufenden Prozesse aktiv begleitet.

4. Bewirtschaftung der Immobilie

Als mittelfristiges Risiko werden vor allem die in den nächsten Jahren steigenden Instandhaltungskosten bewertet. Kleinstreparaturen sind als Kostennoten in der Mehrjahresplanung aufgezeigt, sollten allerdings größere Reparaturen am Gebäude, wie Fassadensanierung oder defekte Umkehrdächer notwendig werden, könnten größere finanzielle Belastungen auf die MMZ-Halle GmbH sowie auf die Gesellschafterin zukommen. Ebenso kann das latente Risiko aus dem fehlenden Hochwasserschutz nicht genau definiert werden. Bei einem weiteren Hochwasser in den Ausmaßen vom Winter 2010, kann es zu erneuten Abbrüchen bei der Uferbefestigung kommen und unter Umständen Beschädigungen an der Immobilie verursachen.

5. Aus der Investitionstätigkeit resultierende betriebswirtschaftliche Risiken

- **Gewährleistung und Mangelbeseitigung nach baulicher Fertigstellung**

Die Fortsetzung der Gewährleistungsverfolgung und Mangelbeseitigung aufgrund von Ausführungs- oder Planungsmängeln aus der Errichtung des Gebäudes erweist sich weiterhin als schwierig. Die in den Vorjahren eingeleiteten Beweissicherungsverfahren, die durch gerichtlich bestellte Gutachter begleitet wurden, nahmen auch im Jahr 2011 viel Zeit in Anspruch. Die konsequente und fachlich kompetente Mangelverfolgung muss daher auch unter dem Gesichtspunkt der Kosten- Nutzen- Faktoren betrachtet werden.

Die MMZ-Halle GmbH verfügt über keine zusätzlichen finanziellen Mittel, um einer möglichen Wertminderung durch Verschleißerscheinungen entgegenzuwirken.

- **Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren**

Als eines der größten Risken kann die Auseinandersetzung mit einem insolventen Bauunternehmen aus dem so genannten LOS 1 bezeichnet werden.

In dem seit 2006 anhängigen Verfahren wurde seitens des Landgerichtes Halle, nach einem gescheiterten Vergleichsversuch, am 12. Dezember 2011 das Urteil verkündet.
Demnach wurde die MMZ-Halle GmbH zu einer Zahlung in Höhe von 697.310,66 Euro zuzüglich Zinsen in Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz seit dem 20. Mai 2006 verurteilt. Nach Prüfung des Urteils durch unsere mit dem Verfahren beauftrage Rechtsvertretung und der Feststellung der Fehlerhaftigkeit des Urteils, wurde Berufung eingelegt.

Nach Prüfung des Urteils durch das Oberlandesgericht Naumburg geht die Gesellschaft in Übereinstimmung mit unserer Rechtsvertretung von einer Zahlung in Höhe von rund 430.000,00 Euro aus, welches dem ursprünglichen Vergleichsbetrag entsprechen dürfte. Zur Tilgung dieser Ansprüche würden nach derzeitigem Kenntnisstand, durch die zweckgebundene Zahlung der Gesellschafterin und den auf einem Festgeldkonto vorhandenen Sicherheitseinbehalt, ausreichend finanzielle Mittel zu Verfügung stehen.

Ein weiterhin großes Risiko umfasst der vor Gericht anhängige Streit mit dem Architektenbüro. Seit 2008 fordert das klagende Architektenbüro eine Schlusszahlung in Höhe von 400.000 Euro. Nach intensiver Prüfung der Resthonoraransprüche des Architekten geht das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle hingegen von einer Überzahlung in Höhe von 245.000 Euro aus. Konsequenterweise hat die MMZ-Halle GmbH diese Ansprüche widerklagend geltend gemacht.

Die Widerklage wurde im Dezember 2011 um die Mängelbeseitigungskosten in Höhe von 204.739,77 nebst Zinsen und Rechtsanwaltskosten aus dem selbstständigen Beweisverfahren ergänzt.

Hintergrund des selbstständigen Beweisverfahrens sind die mangelhaften Kippfenster im Gebäudeteil Schwebekörper. Der Planungsmangel wurde durch den Gutachter nachgewiesen. Nach Einschätzung der Rechtsvertretung lässt sich die Verfahrens-gesamtdauer nicht absehen.

Hingegen ist das selbstständige Beweisverfahren in Bezug Verlegung des Terrazzoestrichs im Gebäude für die MMZ-Halle GmbH nicht erfolgreich verlaufen. Die Einschätzung des Gutachters konnte den Vorwurf der mangelhaften Einbringung des Fußbodens und den daraus resultierenden Schäden nicht bestätigen. Die Gegenseite macht nunmehr Restwerklohnforderungen in Höhe von 119.829,70 Euro geltend. Um die Angelegenheit möglichst ohne weitere Gerichts- und Anwaltskosten zu bereinigen, wurde seitens der ausführenden Firma ein Vergleichsangebot in Höhe von 90.000 Euro unterbreitet. Die Geschäftsführung hat den Gesellschaftervertreter darüber informiert. Eine positive Entscheidung zu einem Vergleich konnte in der Aufsichtratssitzung am 01.03.2012 herbeigeführt werden. Zwischenzeitlich konnte ein Vergleich in Höhe von 60.000 geschlossen werden. Die finanziellen Mittel wurden durch die Gesellschafterin im laufenden Geschäftsjahr 2012 bereitgestellt.

Im Beweissicherungsverfahren in Bezug auf die Ausführungsmängel bei den Trockenbauwänden liegt seit Anfang 2012 das Ergänzungsgutachten vor. Bis zum Februar des aktuellen Kalenderjahres können weitere Fragen an den Sachverständigen geäußert werden. Nach erster Sichtung des Gutachtens kann von fehlerhafter Planung durch die Architekten ausgegangen werden. Der Planungsmangel wurde gegenüber den Architekten schriftlich angezeigt. Eine Klage gegen das ausführende Unternehmen wird demnach nicht erhoben. Eine Erstattung der verauslagten Mittel in Höhe von ca. 3 T€ wird von der Gegenseite noch gefordert.

Ergänzend zu den Bauverfahren befindet sich die Gesellschaft im Rechtstreit mit der vormaligen Geschäftsführung und dem ehemaligen Mitarbeiter für die Kinomischung. Letzterer begehrt auf Zahlung einer Gewinnbeteiligung für die Jahre 2008 und 2009.

Gegenstand der Auseinandersetzung mit der vormaligen Geschäftsführung ist die Abberufung als Geschäftsführerin sowie die Beendigung des Anstellungsvertrages.

6. Bewertung der Immobilie

Nach der Aufsichtratssitzung am 30.09.2011 wurde die Geschäftsführung gebeten, den aktuellen Wert der MMZ – Immobilie durch die kommunale Bewertungsstelle der Stadt Halle prüfen zu lassen. Die Prüfung konnte noch während des Prüfungszeitraumes im 1. Quartal 2012 erfolgen. Als Ergebnis wurde ein Ertragswert in Höhe von 5.550 TEuro ausgewiesen. Die große Diskrepanz zwischen Sach – und Ertragswert ist auf bauliche und ertragswirtschaftliche Faktoren zurückzuführen. Unter anderem wurden das ungünstige Verhältnis von vermietbaren und nicht vermietbaren Flächen, Verteilung vieler Nutzflächen der Produktionsstätten über zwei Etagen, die erhebliche Ertragseinbußen durch Nutzungs- und Zweckbindungen, die kostenintensiven Einbauten, die hochwertige Bauweise, insbesondere die Architektur des Baukörpers sowie aufwendige Gründungsausführung, und der kostenintensiver Standort durch Lage im Überschwemmungsbereich als Bewertungskriterium angebracht. Gemäß § 253 HGB wurde der Gebäudewert im Anlagevermögen zum 31.12.2011 angepasst, welches sich im deutlich schlechteren Jahresergebnis widerspiegelt.

7. Besondere Vorgänge nach dem Abschlussstichtag

Als Ergebnis der Berufsklage in der Auseinandersetzung mit einem insolventen Bauunternehmen aus dem so genannten LOS 1, wurde durch das Oberlandesgericht Naumburg das Urteil vom 12.12.2011 teilweise abgeändert. Die Gesellschaft bleibt verurteilt, an den Kläger 364.680,70 Euro nebst Zinsen in Höhe von 8 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 20. Mai 2006 zu zahlen. Der Gesellschaftervertreter wurde unterrichtet, dass die Gesellschaft zum Ausgleich der Zahlungsverpflichtung der weiteren finanziellen Unterstützung bedarf. Ein Antrag wird bei den entsprechenden Gremien gestellt.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Marktplatz 13 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

Öffentlicher Zweck:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Voß, Stefan

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	41	12	22	9	32	12	19	86
Umlaufvermögen	288	85	210	87	236	86	78	37
Rechnungsabgrenzungsposten	10	3	10	4	6	2	0	0
Bilanzsumme	**339**	**100**	**242**	**100**	**274**	**100**	**97**	**40**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	111	33	107	44	107	39	4	4
Rückstellungen	72	21	42	18	50	18	30	71
Verbindlichkeiten	115	34	92	38	117	43	23	25
Rechnungsabgrenzungsposten	41	12	1	0			40	4.000
Bilanzsumme	**339**	**100**	**242**	**100**	**274**	**100**	**97**	**40**

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	486	581	420
sonstige betriebliche Erträge	1.208	1.194	1.215
Materialaufwand	142	108	120
Personalaufwand	722	724	694
Abschreibungen	14	11	12
sonstige betriebliche Aufwendungen	812	931	846
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5	1	-35
sonstige Steuern	1	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4	1	-35
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4	1	-35

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,84	0,14	-8,29	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,82	0,77	-24,62	%
Cash-Flow:	18	12	-23	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	77	74	62	T€
Personalaufwandsquote:	42,61	40,79	42,42	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	11,83	8,28	9,55	%
Eigenkapitalquote:	32,94	44,40	38,86	%
Fremdkapitalquote:	67,06	55,60	61,14	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	11,00	13,00	11,00	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	67,00	63,00	51,00	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	38.127,00	31.514,00	31.812,00	Anzahl

e) Lagebericht

Geschäftsbericht 2011 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

Abb. 1- 3: Quelle: Meltwater Statistik, Auswertung der Berichterstattung nach Einschätzung der Inhalte: Korrelation Händelstadt Halle mit Kultur und Tourismus Medienebrichte über die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

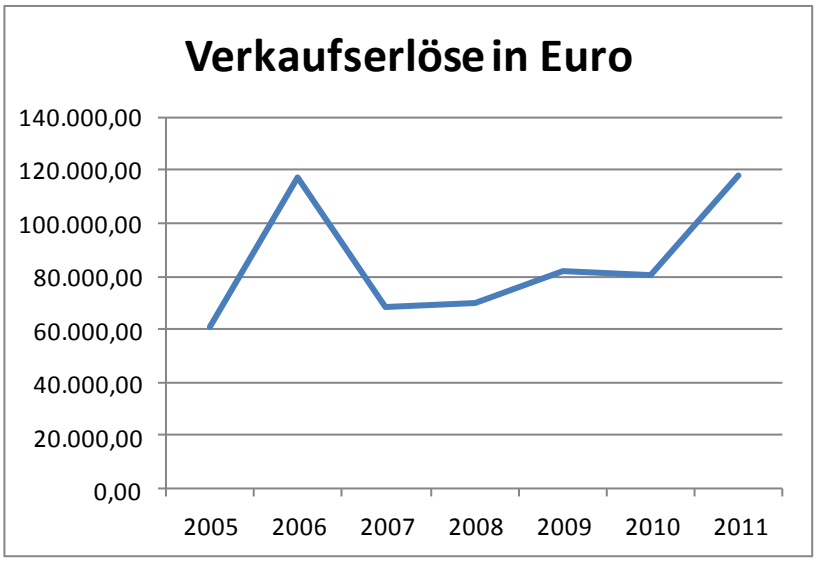
Die Zeichen stehen auf Grün

Das bundesweite Image der Stadt Halle (Saale) hat sich in 2011 trotz schwieriger konjunktureller Rahmenbedingungen und des verpassten Titels als „Stadt der Wissenschaft“ weiter verbessert. Das Stimmungsbarometer steht auf Grün. Mehr noch: Die Fokussierung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) auf die Kernthemen Kultur, Wissenschaft und Tourismus hat sich bewährt. Ca. 70 Prozent aller regional und national veröffentlichten Medienberichte über die Markensäulen der SMG sind positiv.

2011 verwendete die SMG in enger Abstimmung mit ihren Gesellschaftern 100.000 € des institutionellen Zuschusses der Stadt Halle (Saale) für die Bewerbung als „Stadt der Wissenschaft“. Die so geschmälerten Mittel für andere Kernmarken hat die SMG mit neuen Produkten und Vertriebskanälen sowie höheren Verkaufs- und Provisionserlösen teilweise kompensiert. Dennoch konnten eine Reihe von Kampagnen und Projekten nicht realisiert werden, die der wichtigen Markenbildung der Stadt Halle (Saale) dienen.

Umso mehr liegt das Augenmerk künftig auf der Erschließung neuer Märkte, der Steigerung der Erlöse als Reiseveranstalter sowie der Installation eines touristischen Online-Informationssystems mit interaktivem Sales-Guide für die Destination Halle und Region. Hierzu laufen die Vorarbeiten, denn die Anforderungen an das Buchungssystem sind hoch. So bietet der Online-Sales-Guide über eine interaktive Karte Buchungsmasken für Tages- und Mehrtagestouren, aus denen sich die Nutzer verschiedenste Buchungsbausteine – wie regionale Ausflugsziele, Sehenswürdigkeiten, Veranstaltungen oder Übernachtungsquartiere aussuchen können. Das neue Informationssystem ermöglicht zugleich Individualisierungen bei Zielgruppen, Rabatt- und Marketingstrategien (z. B. MZ-Card oder Welcome Card).

Weiter hat sich die SMG um die Akquise von Fremdmitteln über Werbeverträge für projektgebundene Maßnahmen bemüht. Der hier zu verzeichnende Rückgang in 2011 auf 114.242,00 € (gegenüber 261.787,00 € in 2010) beruht darauf, dass 1. mit der zuschussbedingt reduzierten Anzahl von Projekten immer auch Drittmittel entfallen, und es 2. in 2011 keine Großveranstaltung wie ein Public Viewing zur Fußball-Weltmeisterschaft 2010 gegeben hat.



Für Werbemaßnahmen wie Messen oder Gemeinschaftsanzeigen hat die SMG durch die Kooperation mit Partnern 2011 Erlöse in Höhe von 47.265,00 € erwirtschaftet. Dies bedeutet eine marginale Steigerung gegenüber 2010. Fazit: Die Akquisition von Fremdmitteln für Marketingmaßnahmen und Projekte fällt zusehends schwerer.

Die Verschmelzung der vormals getrennten Abteilungen Tourismus sowie Tagungen/ Kongresse zum Tourist- und Tagungsservice Halle (TTS) 2011 dagegen zeigte bereits im ersten Jahr der Umstrukturierung Erfolge, gerade in puncto Angebotsgestaltung und -vermittlung von Pauschalangeboten.

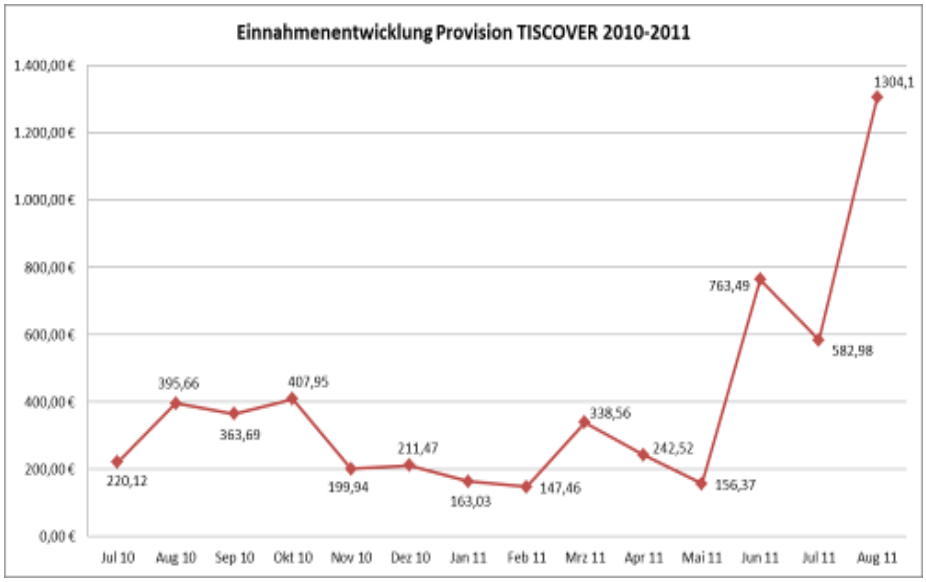
Eine weitere touristische Weiche wurde durch den Erwerb des Reiseveranstalterstatus‘ gestellt. Wurden Gästen und Touristen bis 2011 lediglich Hotelbuchungen und SMG-Führungsangebote arrangiert, kann die SMG seither eigene Arrangements bzw. Angebotsbausteine anbieten. In der konsequenten Entwicklung eigener attraktiver Pauschalen, die den Geschmack potenzieller Besucher auch aus den USA, Osteuropa und z. B. den Niederlanden treffen, liegt die zweite große Herausforderung der SMG für 2012.

Service am Gast: „Herzlich willkommen, was können wir für Sie tun?“

Service am Gast zahlt sich aus: In 2011 verzeichnete die SMG einen Zuwachs an Shop-Gästen von mehr als 70 Prozent, die die vielfältigen Verkaufs- und Service-Angebote der Tourist-Information im Marktschlösschen (2011: 101.978 Besucher / 2010: 59.783 Gäste) nutzten. Ein frischeres Warensortiment und die eigene Merchandise-Linie brachten 47 Prozent mehr Umsätze im Vergleich zu 2010. Derlei hohe Verkaufserlöse wurden zuletzt in 2006 zum 1.200-jährigen Stadtjubiläum von Halle erreicht.

2011 war zugleich das erste Jahr des SMG-Warenwirtschaftssystems mit neuem Kassensystem inklusive Scanner, Software und Barcodes; seither werden die Waren, deren Verkauf und noch vorhandene Sortimente bei der SMG optimal erfasst. Die Tourist-Information als „Point of Sale“ ist jetzt gut aufgestellt, gleichwohl viel zu klein. Mit gezielten Verkaufsaktionen will die SMG die Umsätze künftig weiter steigern. Die Maßnahmen in 2012 sind:

- Erweiterung des Kartenverkaufs durch Übernahme von Kontingenten für größere Veranstaltungen,
- verstärkter Online-Shop-Verkauf,
- Direkt-Mailing-Aktionen,
- Nutzung verkaufsoffener Sonntage und verlängerter Öffnungszeiten,
- Entwicklung weiterer eigener Merchandise-Produkte mit hohem Wiedererkennungswert,
- Erhöhung der Verkaufsaktivitäten für den Vertrieb der Welcome Card,
- Vertriebskooperationen mit regionalen Unternehmen wie Halloren Schokoladenfabrik AG, Brauerei Landsberg GmbH (Adventskalender, Halle-Sonderausgabe der Halloren Kugeln, Hallesches Hansebier),
- verbesserte Sortimentsstruktur sowie Erhöhung der Umschlagsgeschwindigkeit,
- Verkaufsschulungen für Mitarbeiter,
- Schaffung von Anreizen, um vereinbarte Ziele zu erreichen.



Die neue Struktur der Tourist-Information, die Schulungen im Zimmerbuchungssystem Tiscover sowie dessen verstärkter Einsatz bescherten der SMG 2011 vermehrte Einnahmen. So hat die SMG via Tiscover über die Tourist-Information deutlich mehr Zimmer vermittelt. Die elektronische Buchungsplattform erhöht nicht nur die Service-Qualität für den Gast, sondern wird mit Provisionen von 11,9 Prozent pro Buchung zudem belohnt.

Die SMG-Gästeführungen, Sonderveranstaltungen, Stadtfeste sowie die neue und im Leistungsumfang stark erweiterte Welcome Card wurden 2011 noch stärker über digitale Bilderrahmen in Hotelrezeptionen und kommunalen Einrichtungen beworben. Hotelgäste können sich so gleich bei ihrer Ankunft in bewegten Bildern über aktuelle Veranstaltungshöhepunkte in der Stadt und die Welcome Card informieren. Diese Veranstaltungsinformationen werden von der SMG regelmäßig aktualisiert.

Wir (ver)führen Sie gern

Für nationale und internationale Feste, Messeauftritte, Empfänge und Stadtführungen suchte die SMG in 2011 charismatische Talente, die die Rolle einer historischen Persönlichkeit spielen können und keine Scheu vor Kostümen haben. Mit dem erweiterten Angebot kostümierter Stadtführungen reagiert die SMG auf die wachsende Nachfrage nach Erlebnisführungen.

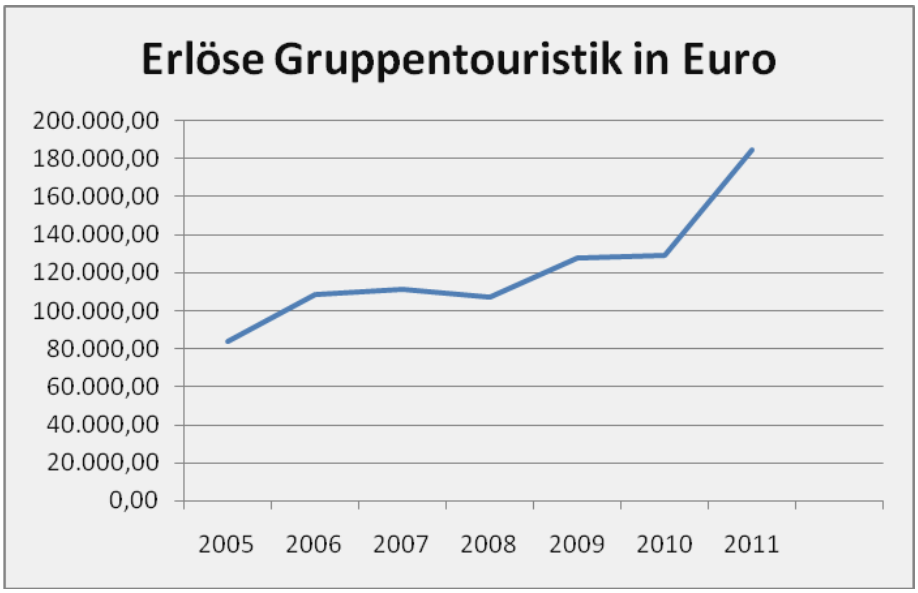
Auch der tägliche Altstadtbummel mit dem kostümierten Kardinal Albrecht, der den Gästen in rotem Gewand und Mitra seine einstige Residenzstadt zeigt, erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit. Dagegen hat die SMG unrentable Führungen für Individualtouristen, die zu spezielle Themenfelder fokussieren, aus dem Sortiment genommen. Auf Nachfrage sind diese Spezialführungen aber für Reisegruppen buchbar.

Von Januar bis Dezember 2011 bot die SMG 2.290 Führungen für 38.127 Gäste an. Dies war eine Steigerung um 21 Prozent im Vergleich zu 2010. Etwa zwei Drittel aller Führungen buchten Reiseveranstalter und private Reisegruppen. Diese Steigerung der Besucherzahlen beruht auch auf der Entscheidung, die Hausmannstürme bei schönem Wetter ganztägig auch an den Wochenenden zu öffnen.

Um die Führungen rentabler zu machen, hat die SMG eine Mindestteilnehmerzahl festgelegt und das Portfolio der Führungen an deren Effizienz gemessen. So wurden 38 Führungen weniger angeboten als 2011, dafür die Zahl der geführten Gäste um 6.600 Teilnehmer erhöht.

Die Verkaufserlöse der gruppentouristischen Angebote erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 42,8 Prozent (2011: 184.449 € / 2010: 129.158 €). Seit Jahresende 2011 darf die SMG endlich auch den Roten Turm touristisch vermarkten.

Darüber hinaus erwies sich die Produkteinführung von „Verliebt in Halle“ als Verkaufsschlager. Auch bei diesem Angebot bilden die Hausmannstürme das Herz des Pakets. Auf den Hausmannstürmen genießt das „Verliebt in Halle“-Paar bei einem Glas Sekt die schöne Aussicht, und nach einem 360-Grad-Stadtrundgang auf den Türmen wartet ein Drei-Gänge-Menü mit einer Flasche regionalen Weines im halleschen Restaurant „Luhjah“ auf das Paar. Das Premium-Paket umfasst ein exklusives Dinner mit Privatkoch oben auf den Türmen. „Verliebt in Halle“ wurde seit Einführung Mitte 2011 schon 225 verkauft (Classic: 171, Premium-Paket: 54).

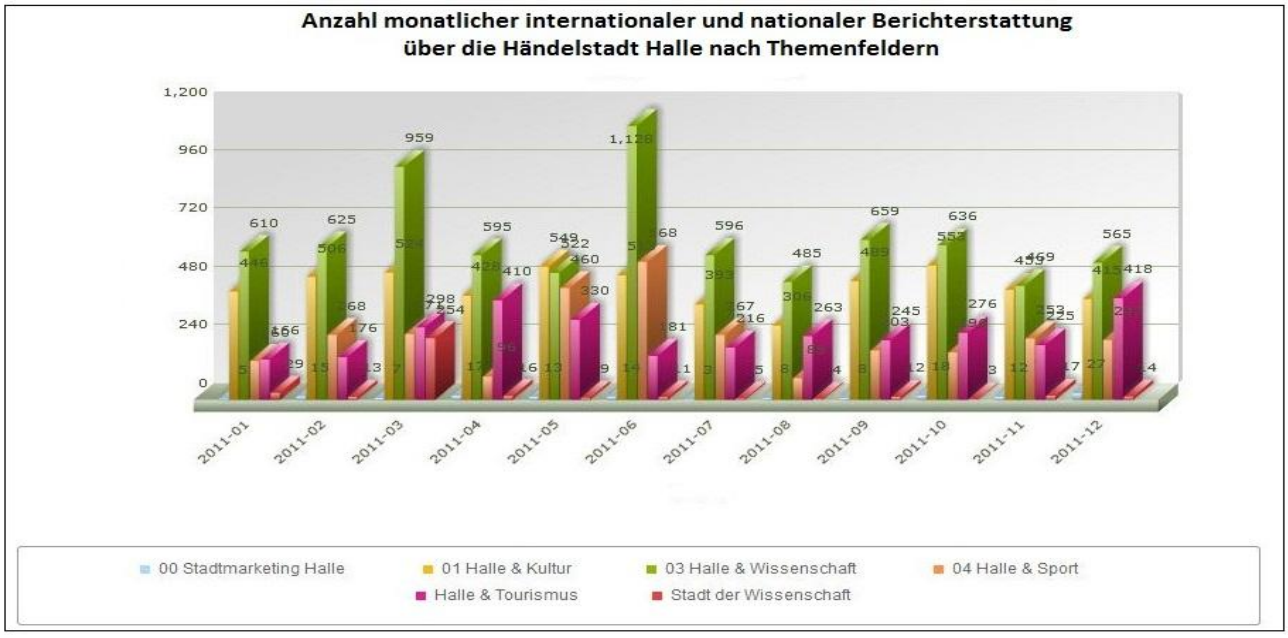


Produktentwicklungen rund um die Marken Albrecht/Luther, Wasser und Hanse

Das touristische Portfolio 2011 korrespondierte mit der SMG-Firmenphilosophie, nur noch Produkte anzubieten, für die es entweder bereits einen Markt gibt oder die eine Nachfrage erzeugen. Mit der neuen Produktreihe „Verliebt in Halle“, mit fünf eigenen Reisepauschalen (mit ein bis zwei Übernachtungen) wie „Kultur im Paket“, „Alle Mann an Bord“, „Pompeij – Katastrophen am Vesuv“, „Wo Luther predigte und Albrecht prasste“ sowie „Halle historisch“, aber auch mit erweiterten Öffnungszeiten für die Hausmannstürme an den Wochenenden sowie wochentags auf den Roten Turm, mit kostümierten Gästeführern wie Georg Friedrich Händel, Kardinal Albrecht und Martin Luther oder Busreise-Workshops hat die SMG attraktive neue Produkte initiiert. Die kostümierten Gästeführer sorgten als „Walking Acts“ und „Eyecatcher“ auch auf Messen und Tagungen für Aufsehen.

Medienresonanz nach SMG-Markensäulen, Wissenschaft, Tourismus und Sport

Die Medienauswertung 2011 zeigt, dass die Themen Wissenschaft, Kultur, Sport und Tourismus medial am präsentesten waren. Spitzenwerte erreichte die Wissenschaft im März und Juni. Im März startete die Werbekampagne „Open UniverCity“ für den Hochschulinformationstag der MLU, der Kunsthochschule und der Stadt Halle (am 8. April), ferner die Roadshow mit Hochseecontainer vor allem durch Niedersachsen, über die die Medien auch überregional berichteten. Ebenfalls im März fand das Finale zur „Stadt der Wissenschaft“ sowie zum Exzellenzantrag der MLU statt (Graduiertenschule „Function Follows Form“, Prof. Ingrid Mertig).



Im Juni 2011 folgten regional umfangreiche Berichterstattungen mit Blick auf die bevorstehende „Lange Nacht der Wissenschaften“ (1. Juli 2011). Außerdem wurden zeitgleich Millionen-Förderungen für einige hochkarätige Forschungsprojekte bewilligt. Dazu gehören das BMBF-Projekt „Struktur-Solar“ und das DFG-Projekt zur Polymer-Forschung „Polymere unter Zwangsbedingungen“ (7 Mio.). Ferner häuften sich im Juni bundesweite Journalisten-Anfragen an den MLU-Mikrobiologen Prof. Alexander Kekulé zur EHEC-Infektion Das trieb die Zahl der Veröffentlichungen zu Wissenschaftsfragen weiter in die Höhe. Zu Buche schlug Ende Juni schließlich noch der EM-Titel des Fußballteams der MLU, über dessen Zuordnung als Sport oder Wissenschaft sich streiten lässt.

Amerikaner entdecken die „Keimzelle der Reformation“

In 2011 hat die SMG mehrere Projekte und Maßnahmen zur Positionierung der Stadt Halle (Saale) innerhalb der Luther-Dekade weiter entwickelt. Die SMG-Stadtführung „Des Kardinals geliebte Stadt – wo Luther predigte und Albrecht prasste“ mit dem gewandeten Kardinal als Gästeführer toppte die 2010 erreichten Gästezahlen.

Im April 2011 beauftragte die SMG die szenische Lesung „Aus Liebe zur Wahrheit – amore et studio“, die sie mit Hilfe der Kultur GmbH entwickelte. Das dramaturgisch hochwertige, auf Originalbriefwechseln fußende fiktive Treffen der Kontrahenten Martin Luther und Kardinal Albrecht (gespielt von den halleschen Schauspielern Hilmar Eichhorn und Reinhard Straube) spielt im Jahr 1527 in einem halleschen Gasthaus und wurde beim 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag im Juni 2011 in Dresden mehrfach aufgeführt. Die erste Aufführung der szenischen Lesung am Reformationstag in der Marktkirche in Halle war mit ca. 1.050 Besuchern ausgebucht.

Mit dem Flyer „Luther war überall… und Sie?“ bewirbt die SMG seit Mai 2011 die kulturellen Highlights Halles und Orte mit Bezügen zu Martin Luther und Kardinal Albrecht. Ebenfalls seit Mai 2011 bewirbt die SMG ihr Reise-Arrangement „Wo Luther predigte und Albrecht prasste“ in englischer Sprache auch auf dem amerikanischen Markt und strebt hier für 2012 eine engere Verzahnung mit dem Luther-Tourismus der Investitions- und Marketinggesellschaft mbH (IMG) und der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) auf dem US-Reisemarkt an.

Seit 2011 ist die SMG ferner Mitglied im Europäischen Tourismusverbund „Stätten der Reformation“ e.V. aktiv, überdies in mehreren Vereinen und auf Internetseiten mit Bilddatenbanken wie www.luther2017.de, www.luther2017.com (zweisprachige Bilddatenbank), www.sachsen-anhalt-tourismus.de (Mitteldeutschland, Lutherland, Wiege der Reformation), www.kulturreisen-ideen.de, www.visit-luther.com, www.germany.travel (Deutsche Zentrale für Tourismus) sowie www.lutherweg.de .

Das Engagement der SMG auch für die Lutherdekade 2017 scheint zu fruchten, wie die Tourismusauswertung des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt zeigt. Die Händelstadt Halle konnte bis 30.11.2011 160.013 Gäste und 297.416 Übernachtungen verbuchen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg die Zahl der Besucher-Ankünfte damit um 5,7 Prozent, die Zahl der Übernachtunen um 6,5 Prozent. Ein positiver Trend ist bei Auslandstouristen erkennbar: 7,2 Prozent mehr ausländische Gäste reisten bis 30.11. in die Händelstadt. Die meisten internationalen Besucher stammen aus Amerika, Österreich und den Niederlanden. 5.191 US-Amerikaner übernachteten in der Händelstadt. Das entspricht 36,9 Prozent mehr Übernachtungen amerikanischer Gäste als im Vorjahr. Bei den Tagesgästen aus den Vereinigten Staaten wurde sogar ein Plus von 48,7 Prozent gemessen.

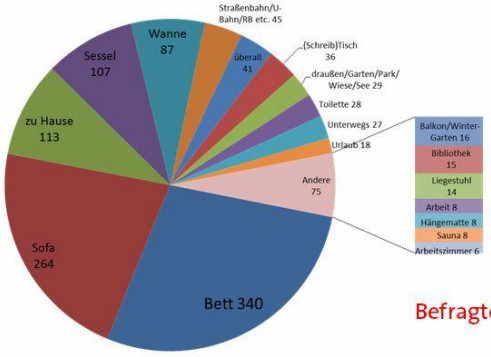
Zielgruppenansprache über Messen und Expedienten-Reisen

Expedienten-Reisen dienen dem Zweck, Reiseunternehmer vornehmlich aus Halles Partnerstädten für Reiseangebote nach Halle zu begeistern. So hat die SMG 2011 Journalisten und Reiseveranstalter aus der österreichischen Partnerstadt Linz anlässlich der Händel-Festspiele in Halle betreut. Erstmals wurden ausgewählte Busreiseunternehmen zu einem Bus-Workshop in Kooperation mit einem halleschen Hotel und weiteren touristischen Leistungsträgern in Halle angeboten. Die Reiseveranstalter informierten sich via „Speed-Dating-Methode“ in kurzer Zeit über die touristische Bandbreite von Halle, um entsprechende Pauschalangebote für die jeweiligen Reisekataloge zu platzieren. Allein bei den Pressereisen in 2011 wurden weit mehr als 100 Kultur- und Reisejournalisten in Halle betreut – darunter amerikanische, schwedische, österreichische und deutsche Medienvertreter.

Bei den kostspieligen Messeauftritten setzt die SMG verstärkt auf Kooperationspartner (Hotels sowie Partner der „Kulturhäuptlinge“ wie Franckesche Stiftungen oder Stiftung Moritzburg, die sich an den Standkosten beteiligen. Diese Kostensplittung ermöglicht die Teilnahme an weiteren ausgesuchten Messen, die sich die SMG in einer Einzelpräsenz nicht leisten könnte.

Als gewinnbringend erweist sich die Kooperation mit **der Leipziger Buchmesse.** Die Händelstadt Halle präsentierte sich dort 2011 zum zweiten Mal im Verbund mit acht halleschen Verlagen. Neben dem Messeauftritt wurde das neue Literaturfest „Halle liest mit.“ als Teil des Rahmenprogramms „Leipzig liest“ der Buchmesse von der SMG initiiert. Inmitten des Messetrubels ist die großzügige „halle saale-Lounge“ eine Oase der Entspannung: Besucher schmökerten bei einem Gratis-Kaffee in den Neuerscheinungen der halleschen Verlage und informierten sich im neuen Terminfolder der „Kulturhäuptlinge. nur bei uns.“ über die Veranstaltungshöhepunkte 2011/12 in Halle. Auch im Jahr 2012 soll die erfolgreiche Kooperation zwischen der Leipziger Messe und der Händelstadt Halle fortgesetzt werden.

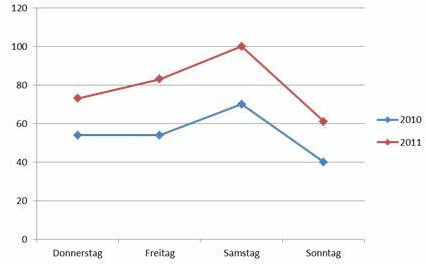
Erstmals durchgeführte Umfrage: Wo lesen Sie am liebsten?



Befragte insg.: 1.244

Besucherstatistik der hallesaale*-Lounge

2010 und 2011 im Vergleich (∅ Besucheranzahl/Tag/30 min.)



(Gezählte Besucher gesamt: 1.056)

Insgesamt hat die SMG 2011 elf Messeteilnahmen realisiert: Ferien Messe Wien, Reisemesse Linz, Reisen Freizeit Caravan in Halle (Saale), Leipziger Buchmesse, Internationale Tourismusbörse (ITB) in Berlin, Germany Travel Mart (GTM) in Mainz, Sachsen-Anhalt-Tag in Gardelegen, Deutschlandtag zum Tag der Deutschen Einheit in Bonn, RDA – Messe für Reisebusveranstalter in Köln, Tourismus & Caravan (T&C) in Leipzig, Saalemesse in Halle (Saale). Die Finanzierung der Messebeteiligungen in Österreich und der Schweiz erfolgte über die Kooperation „Stadtsprung. Städte zwischen Harz und Elbe“. Die Messekosten haben sich gegenüber 2010 minimal erhöht (2011: 22.040,00 €, 2010: 21.552,00 €).

Die touristische Kooperation „Stadtsprung – Städte zwischen Harz und Elbe“ mit nunmehr sieben Städten – Magdeburg, Halle (Saale), Dessau-Roßlau, Naumburg, Quedlinburg, Halberstadt und Wernigerode – war auch in 2011 fester Bestandteil der touristischen Arbeit im Bereich „Kultur- und Städtetourismus“ auf Landesebene und hat sich als das stärkste touristische Städtenetzwerk Sachsen-Anhalts etabliert. Als Kooperationspartner der Investitions- und Marketing GmbH Sachsen-Anhalt (IMG) übernahm „Stadtsprung“ für das Land Sachsen-Anhalt im fünften Jahr die komplette touristische Quellmarktbearbeitung in der Schweiz und Österreich. Die Mitarbeit im Netzwerk ist für die Stadt Halle ein großer Mehrwert bei geringem Personal- und Finanzaufwand.

Besonders hervorzuheben ist die Kooperation mit der österreichischen Medienagentur Polak: Sie initiierte verschiedene Reiseberichte fürs Bordmagazin der Österreichischen Bahn „onrail“ (Auflage von 85.000), in dem die Händelstadt Halle (Saale) mit vier Hochglanzseiten vorgestellt wurde, sowie eine Reportage in der „Kleinen Zeitung“, der größten regionalen Tageszeitung Österreichs mit einer Auflage von 800.000 Exemplaren.

Die Provisionserlöse erzielte die SMG auch 2011 vorrangig durch Zimmervermittlungen. Da die Gäste allerdings zunehmend selbst und direkt über Internetportale wie HRS.com, hotel.de, Hotels.com , accorhotels.com, DERhotel.com, booking.com oder hotel-vergleich.com buchen, lässt sich die Einnahmeerwartung hier kaum realisieren. Hier bemüht sich die SMG gemeinsam mit den renommierten Hotels um Lösungen, dass Zimmer online nicht tagesaktuell zu Dumping-Preisen angeboten werden, da dies image-schädigend für Halle wie geschäftsschädigend für die SMG ist, die an fixe jährliche Standardverträge mit den Hotels gebunden ist.

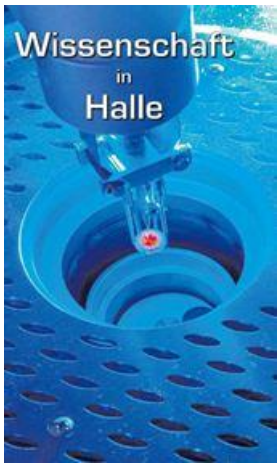
Die Aussicht auf große Kongresse und Tagungen – etwa der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) oder der Leopoldina - Nationale Akademie der Wissenschaften – wird nach wie vor durch die Absenz eines Kongresszentrums mit Hotelanbindung von 300 Betten+ getrübt.

Damit steigen der Anteil und die Bedeutung kleinerer Fachtagungen und Veranstaltungen für Halle. Deshalb liegt das Augenmerk der SMG auf der Regional-Akquise. Verstärkt setzt der Kongressbereich auf eigene „Fam Trips“ sowie Informationsveranstaltungen in Kooperation mit halleschen Hotels, um so Kongressentscheider vor Ort von den Vorzügen einer Tagung in Halle zu überzeugen. Durch diese Maßnahmen konnten in 2011 folgende Tagungen generiert werden: die komplette Tagungsorganisation für die 22. Akademische Tagung deutschsprechender Hochschullehrer in Gynäkologie und Geburtshilfe mit 130 Teilnehmern (Zimmervermittlung und Akkreditierung), die Zimmervermittlung der Sportveranstaltung „Shotokan Karate Do of United Nations” (700 Personen), 2 kleinere Kongresse (100-500 Personen) sowie 10 Tagungen (10-80 Personen).

Die Steigerung der Provisionserlöse in 2011 um 72,5 Prozent (2011: 20.035,18 € / 2010: 8.613,78 €) zeigt, dass das Auflösen des Städtenetzwerkes „Tagungsdreieck Magdeburg, Halle, Dessau“ keine negativen Folgen auf die Erlössituation hatte. Die Fokussierung auf Zimmervermittlung kleiner Veranstaltungen von 50 bis 200 Teilnehmern hat sich in puncto Effizienz bewährt, bleibt in summa aber ein Standortnachteil für die Stadt Halle (Saale).

SMG setzt weiter auf Partnernetzwerke

Das größte Kapital der SMG bleibt das kreative Know-how, die Entwicklung von Projektideen und deren Vermarktung. Darüber hinaus leistet die SMG für die Stadtverwaltung, das Citymanagement und diverse Leistungsträger jedes Jahr einen beträchtlichen unentgeltlichen Personal- und Sachmitteleinsatz. Die Herausforderung an die SMG wird deshalb künftig darin bestehen, sich im Lichte geringerer Zuschüsse auf ihr Kerngeschäft zu fokussieren, die Allein- und Sonderstellungsmerkmale der Stadt Halle (Saale) inhaltlich und konzeptionell zu bündeln sowie die erfolgreiche Kultur- und Wissenschaftskooperation „Nur bei uns“ als starke Kooperation über die Stadtgrenzen hinaus bekannt zu machen.

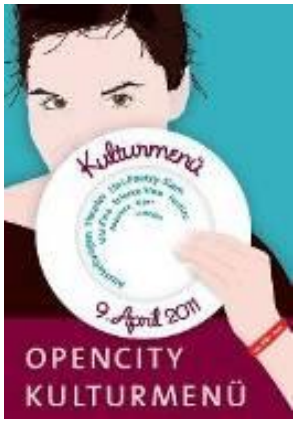


Neben der Bündelung von Kompetenzträgern und von starken Marken wird sich die SMG verstärkt der Moderation und Vermarktung strategischer Leitziele der Stadt annehmen (z. B. „Tourismus Talk“, Stadtmarke „Händelstadt“ sowie Strategiedialog 2025). Hierzu unterstützt die SMG das Leitthema **„Wissenschaft in Halle“**, das aus der Bewerbung Halles für den Titel „Stadt der Wissenschaft 2012“ hervorgegangen ist. Der Anspruch, Stadt der Wissenschaft zu sein und zu leben, wird von der SMG – ungeachtet des unverständlichen Ausgangs der Bewerbung – ohnehin nachhaltig mit Leben erfüllt.

Im Juli 2010 hat die SMG das „Fachforum Politik“ – damals primär zur Kommunikation und zum Meinungsaustausch für die Bewerbung der Stadt Halle als „Stadt der Wissenschaft“ – ins Leben gerufen. Dieses politische Forum setzt sich – unter der Ägide der Geschäftsführung der SMG und des Hauptgesellschafters Stadt (Halle) – aus den Vorsitzenden relevanter Fachausschüsse und Delegierten der Stadtratsfraktionen zusammen, um die Meinungen der Politik zu stadtrelevanten Themen einzubeziehen. Das Fachforum Politik tagt alle zwei Monate und wird von der SMG seit Frühjahr 2011 auch zu diversen anderen Themen konsultiert, um die Politik aktiv in den Strategiedialog einzubeziehen. Mehr noch: Das Fachforum Politik ist für die SMG ein wesentlicher Ratgeber und Seismograf geworden.

Universität und Stadtmarketing für das junge Halle

Nicht nur wegen der Gesellschaftertätigkeit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) bei der SMG, sondern auch durch das gemeinsame Betreiben von „Uni-Shop“ und Tourist-Information im Marktschlösschen, durch den Bewerbungsprozess „Stadt der Wissenschaft 2012“ und nicht zuletzt durch das Zusammenrücken von Wissenschaft, Wirtschaft und Stadt kommt der intensiven Zusammenarbeit von MLU und SMG große Bedeutung zu. Die Partnerschaft zwischen MLU, Stadt und SMG ist bereits durch eine Reihe konkreter Projekte untersetzt und nach außen sichtbar. MLU und SMG haben große Schnittmengen im Binnen- und Außenmarketing.



„OpenUniverCity – Offene Stadt für offene Menschen“ heißt die erste 3D-Kampagne der MLU gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) und der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle (Saale). Mit einem umgebauten Hochseecontainer warben Studien- und Halle-Botschafter im Frühjahr 2011 auf einer Roadshow an ausgewählten westdeutschen Schulen für die guten Studienbedingungen in Halle und luden zum Campus-Day (Hochschul- und Stadtinformationstag) nach Halle ein.

Der Campus-Day wurde erstmals mit einem Kulturmenü „Kultur satt in der Händelstadt“ kombiniert. Die SMG tischte ein opulentes Angebot an Museums- und Galeriebesuchen, Theater- und Opernaufführungen, Lesungen, Science-Slams und Unikino auf, um künftigen Studierenden Halle nicht nur durch exzellente Studienangebote, sondern auch wegen der offenen und lebendigen Kulturszene als Studienort schmackhaft zu machen.

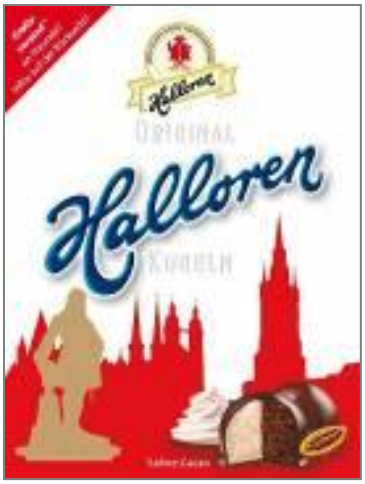
Mehr als 3.000 Abiturienten nahmen am Campus-Day teil. Das Kulturmenü ist auch in 2012 wieder das offizielle Rahmenprogramm des Hochschulinformationstag (HIT).

„Home Coming“-Kampagne: „Bist du ein MLU-Botschafter?“

Aufgrund der ausschließlich elektronischen Einschreibung an deutschen Universitäten ab dem Wintersemester 2011/2012 werden viele Studienwillige ihren Studienort künftig erst am ersten Studientag kennenlernen. Um aber schon vorher Schüler zum Hochschulinformationstag oder zum Welcome Day beim Laternenfest in die Stadt zu locken, schwärmen ab 2012 junge Studierende (1. – 4. Semester) der MLU in ihre ehemaligen Schulen aus, um Schüler der Abschlussjahrgänge und ihre ehemaligen Lehrer auf Augenhöhe genauer über ihr Studium und Leben in Halle zu informieren. Das Kampagnenmotiv wurde Ende 2011 ebenfalls von MLU-Studeten entwickelt und ist für eine Plakatkampagne und einen Internetauftritt konzipiert.

Zum Laternenfest organisierten MLU und SMG erstmals den **Welcome Day.** Zum schönsten Volksfest Mitteldeutschlands konnten sich Studieninteressierte auf und vor der MS Händel sowie in einer großzügigen Lounge am Ufer der Saale über Studien- und Wohnungsangebote informieren. In der ersten Studienwoche im Oktober 2011 verteilte die MLU an alle Erstsemester dann wieder – mit der SMG gestaltete – Welcome Bags als herzlicher Willkommensgruß in der neuen Stadt. Die Tasche war gefüllt mit Nützlichem und kleinen Snacks.

Partnernetzwerke mit der Wirtschaft

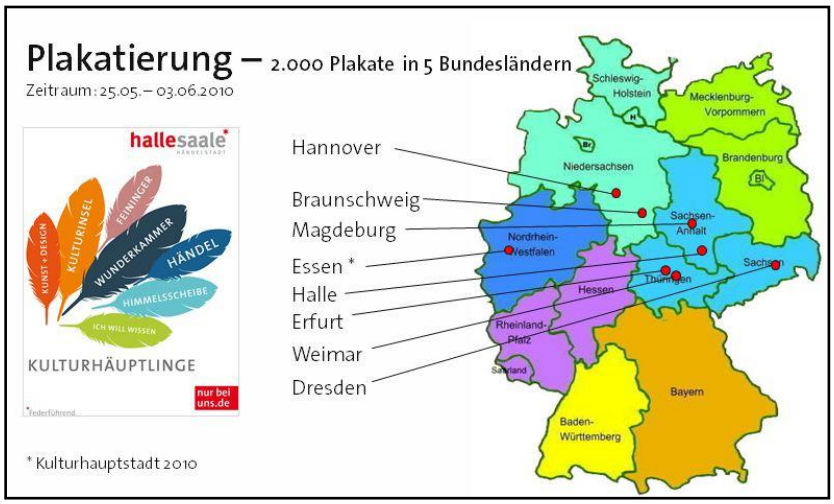


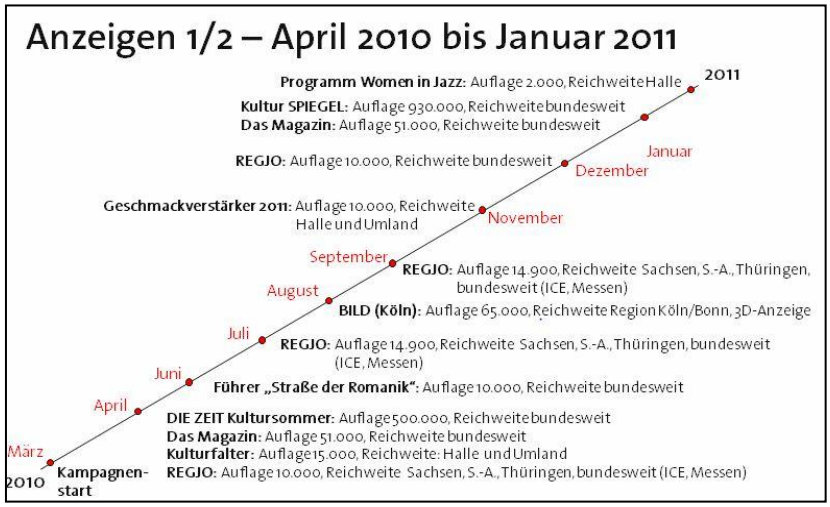
Nach der erfolgreichen Einführung des Finni-und-Rudolf-Adventskalenders mit Halloren Schokolade 2010 ließen SMG und Halloren Schokoladenfabrik AG im November 2011 eine von 3.000 auf 5.000 Exemplare erweiterte Adventskalender-Edition folgen, die binnen drei Wochen ausverkauft war.

Und es gab noch eine süße Versuchung von Halloren und SMG: die erste limitierte Halle-Edition der Original Halloren Kugeln. Diese weitere süße Charme-Offensive für bestehende und künftige Halle-Liebhaber wurde im Oktober 2011 in einer Auflage von 10.000 Stück eingeführt und war bereits im Dezember ausverkauft. Mit dem Kauf der rot-weißen Sonderedition der Sahne-Cacao Halloren Kugeln hat die SMG den Schoko-Gruß gratis 3.000-fach deutschlandweit über die Tourist-Information verschickt. Ein Beweis dafür, dass sich international agierende Wirtschaftsunternehmen und Stadtmarketing gegenseitig gewinnbringend unterstützen können.

Mit der Brauerei Landsberg GmbH wurde unter der Markensäule „Hanse“ 2011 das erste **Hallesche Hansebier** entwickelt. Nach einer öffentlichen Bierverkostung beim Maibausetzen 2011, bei dem ca. 500 Hallenser gratis drei Biersorten testen kosten, wurde das Pils mit der malzigen Stammwürze zum Halleschen Hansebier gekürt. Zum Internationalen Hansetag im litauischen Kaunas waren die ersten Fässer des Bieres mit dabei. Auch zum Hanse- und Salzfest in Halle fand das Hallesche Hansebier viele Fans und ist inzwischen bei den einheimischen Edeka-Märkten und den E-Centern in Halle gelistet. In 2012 wird das Hallesche Hansebier u. a. wieder beim Internationalen Hansetag vom 28. Juni bis 1. Juli in Lüneburg zum Einsatz kommen.

Kulturnetzwerk: Sieben Kulturhäuptlinge für die Händelstadt





Mit sieben farbigen Federn – symbolisch für die sieben kulturellen Leuchttürme der Händelstadt Halle – präsentieren sich die Kulturhäuptlinge seit 2009. Bereits seit 2008 stehen Halles führende Einrichtungen aus Kultur, Bildung und Wissenschaft – die Stiftung Händel-Haus, die Franckeschen Stiftungen, die Stiftung Moritzburg, das Landesmuseum für Vorgeschichte, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein sowie die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle gemeinsam für die Marke „nur bei uns.“. Die aktive Kooperation und gebündelte Budgets zur bundesweiten Vermarktung ermöglichen dem Kultur- und Wissensnetzwerk erst jenen Werbeauftritt und jene Aufmerksamkeit, den jede einzelne Einrichtung – von Ausnahmen abgesehen – für sich nie erreichen würde.

„Leben am Fluss“ – Leben an der Saale

Seit 2010 verfolgt die SMG das Ziel, unter dem Motto „Leben am Fluss“ auch das Potenzial der Saale als Freizeit- und Wohlfühldestination und als Namenszusatz unserer Stadt zu heben**.** Fernziel der SMG ist es, mit der Leipziger Wasserlandschaft ein attraktives „Blaues Band“ in Mitteldeutschland zu schaffen. So will die SMG Wasserwanderer über Saale und Mulde nach Halle locken und setzt sich für einen neuen Zeltplatz in City-Nähe, ggf. an der Saline ein, wo das Freibad bereits die Infrastruktur mit Sanitäranlagen bietet. Damit verstärkt auch Motorboote Halle bereisen können, sucht die SMG nach Kooperationspartnern für Liegeplätze, Versorgungseinrichtungen und Wassertankstellen. Die Schleusenzeiten müssen hierzu optimiert und Untiefen der Saale beseitigt werden. Wie in Leipzig müssen auch in Halle der Schiffsverleih, Wassertaxen und Wassergastronomie optimiert und ausgebaut werden. Und schließlich sollte eine neue Fuß- und Radwegbrücke die neue Wasser-Stadt mit der Altstadt verbinden.

Das erste Event 2011 zur „Stadt am Fluss“ war der **Saisonstart auf und an der Saale**. Dazu lud die SMG mit 30 beteiligten Wassersportpartnern am 21. Mai zu maritimen Aktionen. Von Boots- und Paddelfahrten bis zu Picknick, Strandbar und Grillverleih vom Stadthafen bis zum Riveufer konnten Hallenser ihren Fluss in vollen Zügen genießen. Das zweite Event war eine **geführte Flottillenfahrt auf der Saale** mit dem Ziel, das Laternenfest in Halle zu er- und beleben. 15 Boote und 30 Freizeitkapitäne folgten dieser Jungfernfahrt bis nach Halle, der weiteste Wassersportler reiste aus der Schweiz an.

Interessierte Flusswanderer, Individualisten und Abenteurer konnten vom 26. bis 28. August das schönste Volksfest Mitteldeutschlands exklusiv von ihren Booten aus genießen, am nächtlichen Bootskorso teilnehmen und zum krönenden Abschluss das Höhenfeuerwerk bestaunen. Ein Landgang war ein Muss, um die vielen Höhepunkte des Festes auf der Peißnitz, der Ziegelwiese, auf dem Amselgrund und am Riveufer mitzuerleben. Ein Skipperball lud die Flottillengäste zum Tanz und Schwoof.

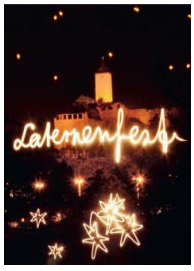
SMG und Alleinstellung von Events: Hallescher Weihnachtsmarkt

Sie sind seit 2008 die Sympathieträger des Halleschen Weihnachtsmarktes: Finni und Rudolf, die beiden Rentiere, die nicht nur real, sondern auch als Comics die Vorweihnachtszeit in Halle einläuten. Die SMG hat die heute fünf Rentiere aus Halles Partnerstadt Oulu nicht nur nach Halle überführt und als „Zugpferde“ in den Weihnachtsmarkt eingeführt, sondern unterstützt die Stadt Halle als Veranstalterin seither auch mit einer umfassenden Marketingkampagne und breitem Merchandising-Sortiment (Rentier-Adventskalender, -Anhänger, -Malbücher und handgefertigte Rentier-Lebkuchen in Schäfers-Bäckereien, Weihnachtsmarktbroschüren und Weihnachtstassen).

Das Interesse der SMG lag in 2011 auf der Einbindung der kirchlichen und freikirchlichen Gemeinden, um die Besinnlichkeit in der Vorweihnachtszeit zum Motto des Halleschen Weihnachtsmarktes zu machen: mit Adventsgeschichten und Märchen, Gesang und Musik in der dafür eigens von der SMG gefertigten begehbaren Weihnachtskrippe vor der Marktkirche. SMG und hallesche Kirchen planten gemeinsam das adventliche Programm, um im vorweihnachtlichen Trubel einen Kontrapunkt der Besinnlichkeit und Entschleunigung zu setzen.

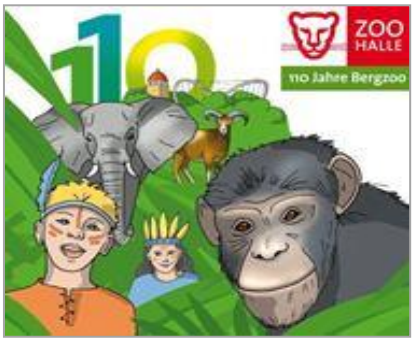
„Bring eins, nimm eins!“ war das Motto der Bücher-Box auf der Ostseite des Marktplatzes. In Kooperation mit der Leipziger Buchmesse und 20 mitteldeutschen Verlagen konnten Leseratten ausgelesene Schmöker gegen ein neues Buch eintauschen. Die Bücher-Tauschbörse fand großen Zuspruch und viele Liebhaber. Nachdem die Bücher-Box mit nur 400 Büchern gestartet war, füllten mehr als 9.000 Box-Besucher (etwa 300 Leseratten pro Tag) die inzwischen zum Bücherarchiv ausgewachsene Box mit 52 Metern gefüllten Regalen.

Laternenfest und MDR-City



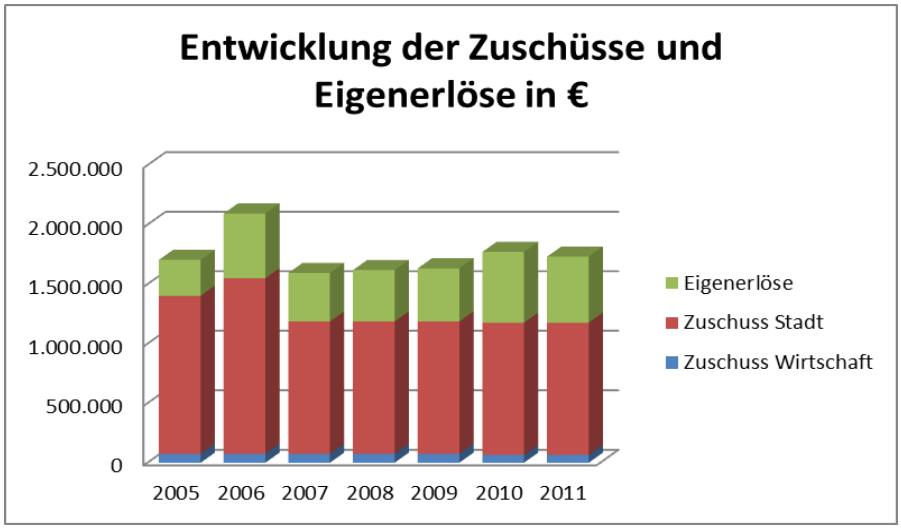
Vom 26. bis 28. August 2011 ließen wieder tausende Lampions, Taschenlampen, Knicklichter, schwimmende Glühwürmchen und das stimmungsvolle Höhenfeuerwerk die Ufer der Saale erstrahlen. Einen leuchtenden Gruß zum Laternenfest konnten Besucher in diesem Jahr beim Lightwriting der SMG in den Nachthimmel schreiben. Das 'Schreiben mit Licht' war auch das Motiv der Werbekampagne von 2011. Das schönste Volksfest Mitteldeutschlands vermarktet die SMG seit 2009.

110-jähriges Bestehen: Der Hallesche Bergzoo lädt zur Geburtstagsparty



Die SMG übernahm das Marketing zum Jubiläum des Halleschen Bergzoos. Am 28. und 29. Mai 2011 feierten Mensch und Tier auf dem Reilsberg den 110. Geburtstag des Zoos. Die Geburtstagsgäste erwartete jede Menge Live- und DJ-Musik auf der Bühne von Radio Brocken, Toben im Stroh, ein Weitspuck-Wettbewerb bei den Lamas, Streicheleinheiten mit Tieren, Clownerie, Artistik, tierische Spielshows, Kinderzirkus und -theater, Trommel-Performance im Gehege, Tierfütterungen und ein illuminierter Zoo um Mitternacht. Zielsetzung von Stadt Halle (Saale) und SMG war es, das Zoofest als Marketing vor allem für den Absatz von Familienkarten und Zoopatenschaften zu nutzen.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Berichtsjahr 2011



Der aus dem Jahresabschluss 2010 resultierende Gewinnvortrag von 82.382,33 € wurde 2011 auf neue Rechnung vorgetragen. Die Höhe des institutionellen Zuschusses der Stadt Halle betrug 2011 wie in den Vorjahren 1.111.300,00 € und der des Gesellschafters „Förderverein Pro Halle e.V." 65.000,00 €. Die Eigenerlöse gingen gegenüber dem Vorjahr leicht zurück auf 93,24 Prozent (594.440,84 in 2010 gegenüber 554.271,25 in 2011).

Großen Anteil an den Eigenerlösen hatten die Einnahmen aus projektbezogenen Maßnahmen, die um zwölf Prozent über der geplanten Größe lagen (Plan: 102.000,00€; Ist: 114.241,76€). Grundlage dafür waren vor allem Werbevereinbarungen mit Partnern der Wirtschaft. Die Höhe der so akquirierten Mittel schwankt von Jahr zu Jahr beträchtlich und hängt wesentlich von der Art der Projekte ab (s. „Public Viewing" 2010: 142.350,88 €). 2011 gab es kein vergleichsweise ausstrahlendes Event oder Stadtjubiläum, so dass der Umfang der hierfür erzielten Einnahmen aus Werbevereinbarungen 2011 gegenüber dem Vorjahr auf 43,6 Prozent sank. Demgegenüber konnte die SMG vermehrt Mittel für eigene Druckerzeugnisse einwerben (Position „sonst. Werbung"), wodurch statt der geplanten 24.000,00 € tatsächlich 47.265,06 € an Einnahmen zu verzeichnen waren.

Das Hauptgeschäft der SMG, der Verkauf von Waren in der Tourist-Information sowie von Stadtführungen und gruppentouristischen Angeboten, hat sich im Geschäftsjahr 2011 sehr positiv entwickelt. So konnte die Tourist-Information ihre Verkaufserlöse gegenüber dem Vorjahr um 46,76 Prozent sowie die Gruppentouristik gegenüber dem Vorjahr um 42,81 Prozent steigern. Dies war möglich, da die Tourist-Information alle Sortimente auf deren Umschlagsgeschwindigkeit analysiert und solche mit geringer Umschlagszahl aus dem Angebot entfernt hat. Stattdessen wurden neue Artikel wie Finni-Schlüsselanhänger, Hallesches Hansebier und andere Merchandising-Produkte ins Angebotsportfolio aufgenommen. Die Einführung des Warenwirtschaftssystems 2011 macht diesen Prozess kontrollierbar und steuerbar. Im Gruppentourismus erlangte die SMG 2011 den Status eines Reiseveranstalters, so dass seitdem Pauschalangebote mit mehr als zwei Leistungsbausteinen angeboten werden. Diese Erweiterung des Leistungsspektrums sowie die Entwicklung interessanter Pauschalen für Reiseveranstalter taten ihr Übriges zur Steigerung der Erlöse. Die Provisionserlöse aus Zimmervermittlung über das Buchungssystem „Tiscover" und aus der Tagungsbetreuung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um mehr als das Doppelte.

Kostenseitig hat die SMG die geplanten Personalkosten 2011 mit rund 57.000 € überschritten. Im Planansatz war die SMG davon ausgegangen, durch die Zusammenlegung von Tourismus und Tagungen/Kongressen eine Abteilungsleiterstelle einzusparen. Dies ist auch erfolgt, jedoch war dafür eine Lohnnachzahlung und Abfindung nötig. Außerdem hat die Geschäftsführung die Ressorts Marketing und Presse aufgrund beträchtlich gestiegener Anforderungen um eine Stelle bzw. die Pressestelle um ein Volontärstelle verstärkt. Dagegen hat die SMG die Kosten für Aushilfen und Pauschalkräfte mit ca. 2.200 € nicht ausgelastet. Die Überschreitung der projektbezogenen Personalkosten resultiert aus dem Einsatz von Promotern bei außerplanmäßigen Events wie z. B. der Eröffnung der Erdgas-Arena oder der Robert-Koch-Schwimmhalle, dem Hot Spot auf Halles Marktplatz für den mobilen Internetzugang oder dem Geburtstag des Bergzoos, bei denen die SMG unterstützend mitwirkte.

Aufgrund der gestiegenen Erlöse in den Bereichen Tourist-Information und Gruppentouristik sind auch die Kosten für Wareneinkauf und Stadtführungen/Gruppentourismus anteilig gestiegen. Die Position „Geschäfts- und Betriebsausstattung“ beinhaltet neben der Ersatzbeschaffung geringfügiger Wirtschaftsgüter (unter netto 410,00 €) wie Bürostuhl, Hubwagen oder Kamera auch die Kosten für Reparatur und Instandhaltung.

Die Beiträge und Abgaben beinhalten insbesondere Mitgliedsbeiträge z. B. für IHK, Industrie- und Marketingclub, Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland, Förderverein Region Halle (Saale) e.V. oder Bundesverband für mittelständische Wirtschaft. Aus Letzterem wird die SMG per 31.03.2012 austreten.

Die größte getätigte Investition in 2011 war die von der Zimmerei Göbel hergestellte Weihnachtsmarkthütte. Obwohl eindeutig den Projektkosten „Weihnachtsmarkt“ zuzuordnen, bedingen die hohen Anschaffungskosten eine Abschreibung, so dass die Weihnachtsmarkthütte wenigstens hälftig in den Investitionen berücksichtigt wurde – mit einem Abschreibungszeitraum von fünf Jahren. Durch die erwähnten wesentlich höheren Einnahmen in den Positionen „Projektbezogene Maßnahmen“ und „Sonstige Werbung“ konnten hier auch weit über den Wirtschaftsplan hinausgehende Ausgaben getätigt werden, ohne dass sich diese negativ auf das Gesamtbetriebsergebnis ausgewirkt hätten.

Rechts- und Beratungskosten entstanden im Wirtschaftsjahr 2011 durch die inzwischen beendeten Verfahren mit der Deutschen Rentenversicherung Bund wegen vermeintlicher Scheinselbständigkeit von Gästeführern. Die SMG konnte die Selbstständigkeit der betroffenen Gästeführer glaubhaft nachweisen, so dass keine Nachzahlungen an die Rentenversicherung erfolgen müssen. Weiterhin benötigte die SMG Rechtsbeistand in einer Personalangelegenheit und bei der Vertragsumsetzung eines Elektromobils.

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsleitung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen erläutert. Einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der SMG gibt folgende Übersicht mit Kennziffern aus den Jahren 2008 bis 2011:

Kennziffer	**2011**	**2010**	**2009**	**2008**
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	486	581	420	380
sonstige betriebliche Erträge	1.208	1.194	1.215	1.236
Materialaufwand	142	108	120	119
Personalaufwand	722	724	694	608
Abschreibungen	14	11	12	15
sonst. betriebliche Aufwendungen	812	932	846	874
sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	1	0	2	7
Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	5	1	-35	6
sonstige Steuern	1	0	0	0
Jahresüberschuss/-Fehlbetrag	4	1	-35	6

Da die SMG ein positives Jahresergebnis erzielt hat, hat sich auch die Ertragslage gegenüber 2010 verbessert:

Kennzahlen der Ertragslage:

Kennziffer	2011	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität	0,84	0,14	-8,29	1,46	%
Eigenkapitalrentabilität	3,82	0,77	-24,62	4,07	%
Cash-Flow	18	12	-23	20	T€

Aus der Kennziffer „Cash-Flow“ ist ersichtlich, dass die Selbstfinanzierungskraft der SMG nach dem Jahr mit dem negativen Betriebsergebnis (2009) wieder stetig angestiegen ist, aber den Stand von 2008 noch nicht erreicht hat, da der Jahresüberschuss 2008 höher war.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Kennziffer	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Sachanlagenintensität	11,83	8,28	9,55	9,23
Eigenkapitalquote	32,94	44,40	38,86	41,24
Fremdkapitalquote	67,07	55,60	61,14	58,76

Mit der steigenden Sachanlagenintensität 2011 erhöht sich die zeitliche Bindung finanzieller Mittel. In der Regel steigen damit auch die Fixkosten. Die Verringerung der Eigenkapitalquote 2011 sagt aus, dass der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital gesunken ist. Damit ist der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital gestiegen.
Im Jahresabschluss wurden alle dem Unternehmen bekannten Vorgänge erfasst, die das Jahr 2011 betreffen.

Ausblick auf das Jahr 2012

Wenn 2011 die touristische Weichenstellung zum Reiseveranstalterstatus und damit zu eigenen Arrangements mit mehreren Angebotsbausteinen erfolgte, dann sind 2012 die nächsten beiden touristischen Weichenstellungen fällig: 1. Die SMG braucht – wie bei der Einbringung des SMG-Wirtschaftsplans 2011 gefordert – einen Tourismusprofi für Produktentwicklung und -vertrieb auch und gerade für den Auslandsmarkt USA. Dieser sollte idealerweise profunde Erfahrungen und Erfolge in der touristischen Produktgestaltung für Auslandsmärkte haben und selber – so wie Halles Partnerstadt Savannah mit einer Auslandsrepräsentanz in Bielefeld – noch über ein Büro in den USA verfügen. 2. Die SMG wird in 2012 das von der Stadt Halle (Saale) mit einem Investitionskostenzuschuss geförderte touristische Online-Informationssystem installieren, über das auch touristische Pakete für Auslandsmärkte vertrieben werden.

Zielsetzung der SMG, aber auch der Stadt Halle (Saale) ist es, sich nicht mit ca. 6,5 Prozent Zuwächsen bei Besucher-Ankünften und Übernachtungen zu bescheiden, die uns das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt attestiert. Solange wir hier von ca. 171.500 Gästeankünften, davon ca. 80 Prozent Geschäftsreisenden, und ca. 320.000 Übernachtungen sprechen, darbt die Händelstadt mit so vielen kulturellen und wissenschaftlichen Leuchttürmen. Denn reine Kulturtouristen machen jährlich nur ca. 35.000 Übernachtungsgäste aus.

Der positive Trend bei den Auslandstouristen (7,2 Prozent Zuwachs, 37 Prozent mehr US-Gäste) beweist: Es gibt einen weithin unbeackerten Auslandsmarkt, und die meisten internationalen Besucher kommen aus Amerika, Österreich und den Niederlanden. Bei den Tagesgästen aus den USA hat sich die Zahl – bedingt vor allem durch das Engagement der Franckeschen Stiftungen zu Heinrich Melchior Mühlenberg sowie des Landes Sachsen-Anhalt zu Martin Luther – zwar um fast 50 Prozent erhöht. Aber auch hier gilt: Im Lichte der bescheidenen Gesamtmenge sind solche Zuwächse in summa immer noch marginal. Bei der Gestaltung attraktiver Pauschalen für Reiseveranstalter sollten deshalb auch nicht einzig Halles Allein- und Sonderstellungsmerkmale die Richtschnur sein, sondern vor allem das Gespür für Erwartungen und Lebensgefühl der potenziellen Besucher aus anderen Regionen und Ländern.

Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale) 2011 beweist, wie wichtig die strategische Weiter- und Neuentwicklung des Einzelhandels in Halle (Saale), eine koordinierte Parkraumbewirtschaftung sowie die verbesserte Ausschilderung der Parkhäuser sind, um dem Abfluss der Kaufkraft zu den Shopping-Malls auf der grünen Wiese entgegen zu wirken und als Stadt wettbewerbsfähig zu bleiben. Das Stadtmarketing wird Stadtplanung, Wirtschaftsförderung und Citygemeinschaft deshalb 2012 verstärkt dabei unterstützen, die Services für den innerstädtischen Einzelhandel zu verbessern. So lange die Erreichbarkeit der Innenstadt städtebaulich und verkehrsführungsbedingt stark eingeschränkt sind, müssen wir zu strategischen Kooperationen, aber kurzfristig auch zu unkonventionellen Aktionen zur Belebung der Innenstadt kommen.

Chancen und Risiken 2012

Die SMG hat bei der Einbringung ihres Wirtschaftsplans für das Jahr 2012 – trotz schwierigster finanzieller Rahmenbedingungen für die Stadt Halle – eine auf das Jahr 2012 bezogene Zuschusserhöhung von 200.000 Euro gefordert, um die mit dem Jahresthema „Jahr der Wissenschaft“ und dem internationalen Tourismus-Marketing verbundenen finanziellen Anforderungen bewältigen zu können. Der Stadtrat bestätigte am 23. November 2011 den Wirtschaftsplan der SMG, sperrte jedoch die geforderte Zuschusserhöhung von 200.000 Euro, an die wiederum beträchtliche Drittmittel vor allem aus der Wissenschaft gebunden sind. Am 18. Dezember 2011 schlug die Stadtverwaltung darüber hinaus vor, dass die SMG zur Konsolidierung des städtischen Haushalts eine Zuschusskürzung um weitere 100.000 Euro hinnehmen solle.

Dieser Spagat zwischen gravierenden, substanziellen Mittelkürzungen auf der einen sowie stetig wachsenden Aufgaben und Geschäftsfeldern auf der anderen Seite ist selbst bei strategischer und wirtschaftlichster Planung kaum noch zu leisten. Wie bereits 2011 steht auch 2012 zu befürchten, dass Großprojekte wie das „Jahr der Wissenschaft“ mit außerordentlich hohem Finanzmittelbedarf gefährdet sind, weil gerade in deren Anschubphase (Februar/ März) keine liquiden Rücklagen mehr zur Verfügung stehen und Projektmittel von Dritten angesichts fehlender Planungssicherheit beim SMG-Zuschuss zurückgezogen werden.

Während die Kernaufgabe vieler Stadtmarketing-Gesellschaften vor allem im – meist kostspieligen – Image-Aufbau ihrer Städte durch werbliche Vermarktung besteht, muss die SMG im Verbund mit halleschen Wirtschaftsunternehmen immer mehr Marken wie Halle-Sondereditionen mit der Halloren Schokoladenfabrik AG oder Hallesches Hansebier mit der Brauerei Landsberg GmbH entwickeln, um verstärkt auch Provisionen zur Refinanzierung zu generieren. Auch mit der Wissenschaft, den Gaststätten und den Hotels müssen immer neue Vermarktungsplattformen, aber auch verlässliche Provisionsregelungen gefunden werden, die die Arbeitsfähigkeit der SMG sichern.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Geschäftsführung:	Postanschrift:
Anschrift:	Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	16	60,00
Saalesparkasse	5	20,00
envia Mitteldeutsche Energie AG	4	15,00
Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

(2) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.

(3) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.

(4) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

(5) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Fachhochschulen sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen und Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.

(6) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Ausgehend vom Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Zweck in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Noll, Sabine	
		Prof. Dr. Lukas, Wolfgang	
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	stellv. Vorsitzender	Engelmann, Dieter	(bis 31.12.2011)
		Dr. Andrick, Jürgen	
		Dr. Bergner, Annegret	
		Dr. Eismann, Wolfgang	
		Dr. Sitte, Petra	
		Felke, Thomas	
		Schröder, Barbara	

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	7	2	3

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	34.394	92	36.682	91	38.479	87	-2.288	-6
Umlaufvermögen	3.051	8	3.827	9	5.774	13	-776	-20
Rechnungsabgrenzungsposten	24	0	24	0	215	0	0	0
Bilanzsumme	**37.469**	**100**	**40.533**	**100**	**44.468**	**100**	**-3.064**	**-8**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.156	38	14.124	35	13.915	31	32	0
Sonderposten für Investitionszulagen	22.577	60	24.805	61	27.379	62	-2.228	-9
Rückstellungen	410	1	575	1	596	1	-165	-29
Verbindlichkeiten	325	1	1.004	3	2.495	6	-679	-68
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	25	0	83	0	-24	-96
Bilanzsumme	**37.469**	**100**	**40.533**	**100**	**44.468**	**100**	**-3.064**	**-8**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.695	3.456	3.456
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	138	241	218
sonstige betriebliche Erträge	186	316	187
Personalaufwand	519	500	490
Abschreibungen	624	631	737
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.870	2.698	2.480
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38	31	117
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	2	16
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	44	213	255
außerordentliche Erträge		45	
außerordentliches Ergebnis		45	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6	50	96
sonstige Steuern	1	0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	37	208	158
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	37	208	158
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,00	6,03	4,58	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,26	1,48	1,14	%
Cash-Flow:	662	840	895	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	670	669	483	T€
Personalaufwandsquote:	12,91	12,45	12,68	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,79	88,03	83,83	%
Eigenkapitalquote:	37,78	34,84	31,29	%
Fremdkapitalquote:	62,22	65,16	68,71	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Auslastung	99,68	100,00	99,15	%
vermietbare Fläche	15.000,00	15.000,00	13.531,00	m²

e) Lagebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

B. Ertragslage

C. Finanzlage

D. Vermögenslage

E. Nachtragsbericht

F. Risikobericht

G. Prognosebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

In diesem Rahmen werden z.B. in die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden TGZ Halle bezeichnet) aufgenommen, gefördert und beraten:

- technologisch hochqualifizierte Fachkräfte, die sich in der Wirtschaftsregion Halle selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen,
- Absolventen der in der Region Halle ansässigen Hochschulen, die sich selbstständig machen oder an Unternehmensgründungen beteiligen wollen (besonders spin-off-Betriebe),

Die Gesellschaft wird jungen Unternehmen:

- Räume und Gemeinschaftseinrichtungen im TGZ Halle zur Verfügung stellen,
- Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen bieten und universitäre Leistungen vermitteln,
- öffentliche und private Beratungsmöglichkeiten anbieten und
- bei der Deckung des Finanzbedarfs Hilfen aus öffentlichen und privaten Quellen vermitteln.

Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.

In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z. B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.
Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark[1)] *„weinberg campus“* in Halle, in unmittelbarer Nähe zu Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zum Max-Planck-Institut und zur Fraunhofer-Gesellschaft, erwarb die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH schrittweise 35.750 m² Bauland.

Auf diesem entstanden bisher fünf Neubauten, wobei das sechste Gebäude mit einer Hauptnutzfläche von ca. 1.900 m² im Sommer 2011 seiner Bestimmung übergeben wurde und zu diesem Termin bereits mit ca. 85% ausgelastet war. Zudem wurde 1 Altbau saniert.

Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. 62,6 Mio. € wurden 16.900 m² Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können. Es werden Büroräume, Technikumsräume, S1- und S2-Labore, Räume für die Tierhaltung und Reinräume für material- wissenschaftliche Untersuchungen und GMP angeboten. Der anfängliche Branchenmix der Nutzer war breit gestreut, von der Soft- und Hardwareentwicklung, Automatisierungstechnik, innovativen Ingenieurbüros für Technologieentwicklung, Ingenieurbüros für Bauwesen, Umwelttechnik, Messgeräteentwicklung, Medizintechnik bis hin zur Biotechnologie. Beginnend im Jahr 2000 und mit der Realisierung des BIO-NANO-Zentrums und dessen Eröffnung im Dezember 2006 erfolgte eine spezialisierte Ausrichtung auf die BIO- und NANO-Technologie, wobei sonstige Firmengründungen nicht vernachlässigt wurden. Ingesamt zeichnet sich aber auf dem *„weinberg campus“* in Halle eine biotechnologische/ biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außeruniversitären Einrichtungen wie z.B. das Max-Planck-Institut und die Fraunhofer-Gesellschaft. Ein neues Gebäude wurde Ende 2007 durch das Fraunhofer Institut für Werkstoffmechanik eröffnet.

Wesentliche Impulse kommen auch durch das geplante neue Gebäude der Fraunhofer Gesellschaft, welches speziell für die angewandte Forschung auf den Gebieten der Photovoltaik, Nano- und Solartechnologien ausgerichtet sein wird. Dieser Gebäudekomplex soll Ende 2012 / Anfang 2013 fertiggestellt werden. Dadurch sind entgegen der momentanen konjunkturellen Situation in Deutschland wenigstens einige Anfragen zu Gründungen / Ansiedlungen für den Standort zu verzeichnen.

Insgesamt ist das TGZ im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 98,2 % ausgelastet gewesen, wobei die Leerstandszeiten zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt wurden. Zum Bilanzstichtag ist eine Auslastung von 99,68 % zu verzeichnen, wobei zu vermerken ist, dass außer einem alle bisherigen Seminarräume als Büroräume umgenutzt wurden und gegenwärtig dauervermietet sind. Insgesamt erfolgten im Geschäftsjahr 5 Existenzgründungen, davon alle aus dem akademischen Bereich und 1 Ansiedlung (Dienstleister). Bis zum heutigen Zeitpunkt sind weitere 2 Gründungen in Vorbereitung.

Für das Berichtsjahr ergibt sich weiterhin für die TGZ Halle GmbH der Sachstand, dass durch das Protokoll des „Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie“ vom 9. Juli 2010, Punkt 2.5 die Verweildauer von Firmen in TGZ´s neu geregelt wurde.

Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben.

Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist.

Für die Verweildauer der Scil Proteins Production GmbH wurde davon ausgehend am 04.10.2010 ein entsprechender Antrag zum Verbleib bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt gestellt, der mit Schreiben der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 11.01.2011 positiv entschieden aber mit 2 Auflagen untersetzt wurde.

[1)] EU-Definition für Technologiepark (technology park):
Ein Technologiepark ist eine Entwicklungsmaßnahme zur Ansiedlung von Unternehmen, die sich mit der kommerziellen Anwendung von Hochtechnologie beschäftigen und deren Tätigkeit FuE, Produktion, Vertrieb und Kundendienst umfasst. In der Betonung der Produktion liegt der Unterschied zu einem Wissenschaftspark bzw. Forschungspark. Die Einbeziehung von Hochschuleinrichtungen ist kein wesentliches Merkmal.

Wie in der Aufsichtsratssitzung am 04./05.11.2011 berichtet, sind die Mietvertragsverhandlungen mit der Scil Proteins Production GmbH bezüglich eines unbefristeten Mietvertrages schwierig und zeitraubend. Der Hinweis des Aufsichtsrates, dass die Scil-Gruppe ein Standortfaktor ist, wurde diesbezüglich umgesetzt, dass die mit Schreiben der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 11.01.2011 erteilten weiteren Auflagen

- Bau des Mehrzweckgebäudes Blücherstraße 24
- Marktüblicher Mietzins

mit Schreiben vom 09.12.2011 an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt aus Sicht des TGZ´s erfüllt sind. Eine Bestätigung des unbefristeten Mietvertrages durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt erfolgte mit Schreiben vom 09.01.2012.

Im Ergebnis des unbefristeten Mietvertrages wird die TGZ Halle GmbH ab Februar 2012 für Büros und Labore den marktüblichen Mietzins erhalten.

Weiterhin wurde der Scil-Gruppe die Unterstützung bei der Sanierung einer Altbauimmobilie gemeinsam mit einem Bauträger (evtl. GWG GmbH) und bei der Errichtung eines Speziallagers (evtl. TGZ-Finanzierung und anschließende Vermietung) zugesagt.

Die Mieterstruktur im TGZ und Bio-Zentrum Halle setzt sich wie folgt zusammen:

35 %	Biotechnologie
15 %	Biomedizin
10 %	Verfahrenstechnik
7 %	Technologieentwicklung
16 %	Nanotechnologie
6 %	Softwareentwicklung
6 %	Umwelttechnik
2 %	Bioinformatik
3 %	Querschnitts- und Servicebereiche

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Im TGZ Halle fanden im Geschäftsjahr 2011 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu Themen des Technologietransfers, der Biotechnologie, zu Datenbankenrecherchen und zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für industrielle und wissenschaftliche Kooperationen auf europäischer Ebene statt.

Dies erfolgte im Wesentlichen durch PR-Aktivitäten auf nationalen und internationalen Messen wie z. B. der BIO 2011 in Washington, der Biotech Adelaide und der Biotechnika Hannover. Sowohl in Washington war das TGZ / BIO-Zentrum mit ca. 20 m², als auch in Hannover mit ca. 90 m² Standfläche vertreten, die von den beteiligten klein- und mittelständischen Unternehmen des Technologiepark *weinberg campus* zur Kooperationsanbahnung und Kontaktpflege genutzt wurden. Durch die Teilnahme an internationalen Kongressmessen und Foren leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem *weinberg campus* vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab.

Die positive Entwicklung der gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angebahnten Kontakte in den arabischen Raum u. a. nach Dubai und Syrien die durch die Wirtschaftskrise stagnierten und 2010 wieder intensiviert wurden sind durch die politischen Konflikte im arabischen - und nordafrikanischen Raum wieder weniger geworden.

Das Konzept „*weinberg campus*“ und die damit verbundene gesamte Marketingstrategie wurden zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich national und international publiziert. Der „*weinberg campus e. V.*“ hat inzwischen 100 Mitglieder, von Start-up-Unternehmen bis zu namhaften Einrichtungen, Umlandgemeinden und Einzelpersönlichkeiten.

Das gemeinsame Marketing soll weiterhin als Hauptzielrichtung bestehen bleiben und wird durch Förderer und Sponsoren unterstützt. Weiterhin wird aber gleichzeitig versucht, Einfluss auf die Entwicklung der städtischen Infrastruktur am Standort zu nehmen. Der Name *„weinberg campus“* hat sich im regionalen, nationalen und internationalen Sprachgebrauch als Marke durchgesetzt.

Die TGZ Halle GmbH ist selbst verantwortlich für die Projekte:

- Akquisition und Finanzierung von Firmen in den eigenen Gebäuden sowie für die Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH und deren Verwaltung,
- Unterstützung des technologieorientierten Gründungsgeschehens, insbesondere auf den Gebieten der BIO-NANO-Technologien und angrenzender Gebiete,
- Koordinierung der Verbundprojekte „Balsampappel“ und „CellTech BioReaktor“ und erfolgreicher Abschluss des Projektes sowie dessen Weiterführung in Einzelprojekten,
- Bearbeitung der Projekte "Existenzgründerqualifizierung" und "Ego-Pilot", wobei das Projekt "Existenzgründerqualifizierung" ab 01.01.2012 durch das Dienstleistungszentrum der Stadt Halle bearbeitet wird,
- Weiterhin hat die TGZ Halle GmbH sich intensiv mit eingebracht in übergreifende Infrastruktur- und Marketingprojekte, wie z.B.:
  - Sanierung von Altbauten zur Nutzung als Boardinghaus,
  - Vermarktung von sanierungsfähigen Altbauten,
  - "Techniklinie 5",
  - Konzept zur Nutzung der "Campus-Kirche",
  - Bewerbung "Stadt der Wissenschaft 2012",
  - Vorbereitung Jahr der Wissenschaft 2012,
  - Bewerbung Exist-Wettbewerb Gründerhochschule.

Die Projekte beziehen sich ausschließlich auf eingeworbene Projektmittel von den Projektträgern Verein Deutscher Ingenieure, Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsgemeinschaften, Investitionsbank Sachsen-Anhalt u. ä., die in der Regel nur wissenschaftlich-technisch Projekte begleiten.

Dabei ist in den letzten Jahren ein stetiges Absinken der Projektmittel zu verzeichnen. Jedoch ist gegenwärtig bedingt sowohl durch die Förderrichtlinien als auch durch die parallel laufenden Projekte Univations und Scidea nicht mit erhöhten Einnahmen zu rechnen – eher mit einem weiteren Absinken. Außerdem wird mittelfristig (2012/2013) auch damit zu rechnen sein, dass Projektmittel vorrangig an Einrichtungen vergeben werden, die die Kriterien von klein- und mittelständischen Unternehmen erfüllen. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, wodurch nur noch nicht geförderte Wirtschaftsverträge abgeschlossen werden können, was im klein- und mittelständischen Bereich schwierig ist.

Aus diesem Grunde wurde durch die Geschäftsleitung eine Kooperationsvereinbarung mit der Univations GmbH vorbereitet und unterzeichnet, die durch ein gemeinsames agieren rückläufige Projektumsätze verhindert und die notwendige Personalvorhaltung in diesem Geschäftszweig in Grenzen hält. Damit wird Projektarbeit wenigstens in den innovativen Projekten wieder kostendeckend.

A.4 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Nach der Finanzkrise hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland für mittelständische Unternehmen weiter verbessert, wobei speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzender Gebiete die Finanzierung von Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet und damit schwieriger ist. Das Land Sachsen-Anhalt hat wiederholt die Förderung für die Biotechnologie in Frage gestellt, so dass es auch künftig schwierig sein wird, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten.

Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

In diesem Unternehmensumfeld hatte für die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität bzw. bestand die Notwendigkeit, für die frei gewordenen bzw. neu geschaffenen Flächen Start-ups bzw. neue Mieter zu akquirieren.

Dies gestaltet sich dadurch immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden. Der Mieter gibt den Ton an! Der derzeitige Mietzins konnte im Jahr 2011 beibehalten werden, wobei höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden. Beim Auszug einer Firma aus dem TGZ I (ca 500 m² Fläche) waren im Berichtsjahr erhebliche zusätzliche Instandhaltungskosten notwendig, um diese Flächen erfolgreich vermarkten zu können. Zum Bilanzstichtag waren im TGZ I durch diese Maßnahme aber wieder 99,42% der Hauptnutzfläche vermietet. Ähnliches wird sich im zweiten Halbjahr 2012 wiederholen. Zu diesem Zeitpunkt wird eine Firma in eine eigene Immobilie ziehen und es müssen ca. 430 m² instandgesetzt und vermarktet werden.

Weiterhin nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein.

Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und Übernahme von notwendigen Renovierungs- und Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude auch unter Einbeziehung des Neubaus in der Blücherstraße 24 zu 99,68 % zum Bilanzstichtag ausgelastet sind.

A.5 Bericht über den Fortgang der Investitionstätigkeit

Bedingt durch die momentan komfortable Auslastung der Gebäude der TGZ Halle GmbH und der Bio-Zentrum Halle GmbH wurde durch die Gesellschafter der TGZ Halle GmbH im Jahr 2010 der Bau eines weiteren Mehrzweckgebäudes in der Blücherstraße 24 beschlossen (Hauptnutzfläche ca. 1.900 m² / Gesamtkosten ca. 3,1 Mio. € netto). Die Fertigstellung des Gebäudes erfolgte im Juni 2011 und zum Bilanzstichtag war das Gebäude bereits mit 98,3% ausgelastet. Ein Teil der Flächen des TGZ´s muss für start up´s freigehalten werden, um den Forderungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur Verweildauer von Firmen in TGZ´s gerecht zu werden (siehe A1). Dies ist bei einer Auslastungsvorschau per 30.06.2012 von ca. 97,3 % (= Leerstand von ca. 460 m²) gegeben.

B. Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten	3.211	79,9%	2.988	74,5%	223	7,5%
+ Einnahmen Projektleistungen	326	8,1%	388	9,7%	-62	-16,0%
+ sonstige Dienstleistungen	158	3,9%	80	2,0%	78	97,5%
+ = UMSATZERLÖSE	3.695	91,9%	3.456	86,1%	239	6,9%
+ BESTANDSERHÖHUNG	138	3,5%	241	6,0%	-103	-42,7%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	186	4,6%	316	7,9%	-130	-41,1%
= BETRIEBSLEISTUNG	**4.019**	**100,0%**	**4.013**	**100,0%**	**6**	**0,1%**
+ Personalkosten	519	12,9%	500	12,5%	19	3,8%
+ Abschreibungen	2.852	71,0%	3.205	79,9%	-353	-11,0%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-2.228	-55,4%	-2.574	-64,1%	346	-13,4%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	624	15,5%	631	15,7%	-7	-1,1%
+ Raumkosten / Grundstücksaufwand	2.145	53,4%	1.986	49,5%	159	8,0%
+ Versicherungen / Beiträge	27	0,7%	26	0,6%	1	3,8%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	301	7,5%	291	7,3%	10	3,4%
+ Kosten des Fuhrparks	29	0,7%	29	0,7%	0	0,0%
+ Werbe- und Reisekosten	106	2,6%	83	2,1%	23	27,7%
+ sonstige Kosten	262	6,5%	282	7,0%	-20	-7,1%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	2.870	71,4%	2.697	67,2%	173	6,4%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	**4.013**	**99,9%**	**3.828**	**95,4%**	**185**	**4,8%**
= BETRIEBSERGEBNIS	**6**	**0,1%**	**185**	**4,6%**	**-179**	**-96,8%**
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	38	100,0%	31	106,9%	7	22,6%
- ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN	0	0,0%	-2	-6,9%	2	-100,0%
= **FINANZERGEBNIS**	**38**	**100,0%**	**29**	**100,0%**	**9**	**31,0%**
+/- AO AUFWAND BILMOG	**0**	**0,0%**	**45**	**17,4%**	**-45**	*****
= (ERGEBNIS VOR STEUERN)	**(44)**	**(1,1%)**	**(259)**	**(6,5%)**	**-(215)**	**-(83,0%)**
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	6	13,6%	50	19,3%	-44	-88,0%
+ SONSTIGE STEUERN	1	2,3%	1	0,4%	0	0,0%
- = **STEUERERGEBNIS**	**7**	**15,9%**	**51**	**19,7%**	**-44**	**-86,3%**
= **JAHRESÜBERSCHUSS**	**37**	**0,9%**	**208**	**5,2%**	**-171**	**-82,2%**

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2010 um 6 T-€ (= +0,1 %) auf 4.019 T-€ erhöht. Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Mieteinnahmen und Mietnebenkosten (+223 T-€) durch die im Berichtsjahr begonnene Vermietung des Mehrzweckgebäudes III. Die Einnahmen aus Projektleistungen verminderten sich um 62 T-€, die Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen stiegen dagegen im Vorjahresvergleich um 78 T-€ auf nunmehr 158 T-€. Die Bestandserhöhung an nicht abgerechneten Leistungen (EVH) wurde im Berichtsjahr um 103 T-€ vermindert und betrug damit 138 T-€. Die weitere Bestandserhöhung liegt insbesondere an den weiter gestiegenen Energiekosten. Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 130 T-€ auf nunmehr 186 T-€. Die Verminderung resultiert im Wesentlichen aus der geringeren Auflösung von Rückstellungen (-94 T-€) sowie verminderten Versicherungsentschädigungen (-33 T-€).

Die **Personalkosten** erhöhten sich leicht um 3,8% (+19 T-€) auf 519 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 2.852 T-€ (Vorjahr: 3.205 T-€). Die Abschreibungen auf den gesamten Gebäudekomplex TGZ III betrugen im Berichtsjahr 1.990 T-€ gegenüber 2.364 T-€ im Vorjahr. Die übrigen Abschreibungen erhöhten sich aufgrund der Fertigstellung des Mehrzweckgebäudes III in der Blücherstraße 24 um 20 T-€ auf 861 T-€. Die Abschreibungen auf dieses Mehrzweckgebäude betrugen insgesamt 57 T-€. Die weiteren Abschreibungen verminderten sich um 37 T€. Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung erheblich um 347 T-€ auf 2.227 T-€. Darin ist die Auflösung des Investitionszuschusses für den Gebäudekomplex TGZ III mit einem Betrag von 1.782 T-€ (Vorjahr 2.115 T-€) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** wurden im Berichtsjahr um einen Betrag von 173 T-€ (+6,4%) auf 2.870 T-€ erhöht. Zunahmen gab es bei den Raumkosten (+159 T-€), den Reparaturen- und Instandhaltungen (+10 T-€) sowie den Werbe- und Reisekosten (+23 T-€). Dagegen nahmen die sonstigen Kosten um 20 T-€ ab. Die übrigen Kosten blieben nahezu unverändert.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2010 um 179 T-€ auf 6 T-€ vermindert.

Das **Finanzergebnis** hat sich dagegen um 9 T-€ verbessert, was im Wesentlichen an den Zinserträgen aus vorzunehmenden Aufzinsungen liegt. Zinsaufwendungen sind aufgrund der Rückzahlung der Darlehensverbindlichkeit im Vorjahr keine mehr angefallen.

Durch die Anpassung an die neuen Rechnungslegungsvorschriften nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz ergab sich im Vorjahr ein **AO Ertrag** i.H.v. 45 T-€. Im Berichtsjahr ist kein AO Ertrag auszuweisen.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 44 T-€ auf 6 T-€, die **Sonstigen Steuern** blieben nahezu unverändert.

Der **Jahresüberschuss** ist mit 37 T-€ gegenüber dem Vorjahr um 171 T-€ vermindert.

C. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 2.574 T-€ betragen. Aufgrund getätigter Investitionen haben sich diese Mittel im Laufe des Jahres 2011 um rund 390,8 T-€ vermindert.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2011		Bilanz zum 31.12.2010		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.155,7	37,8	14.123,6	34,8	32,1	0,2
Sonderposten mit Rücklageanteil	22.577,7	60,3	24.805,1	61,2	-2.227,4	-9,0
Rückstellungen	409,8	1,1	575,2	1,4	-165,4	-28,8
Lieferverbindlichkeiten	238,9	0,6	864,1	2,1	-625,2	-72,4
Sonstige Verbindlichkeiten	85,8	0,2	140,0	0,3	-54,2	-38,7
Summe Verbindlichkeiten	324,7	0,9	1.004,2	2,5	-679,5	-59,7
Rechnungsabgrenzungsposten	1,2	0,0	25,4	0,1	-24,2	-95,3
Summe Passiva=Gesamtkapital	**37.469,1**	**100,0**	**40.533,5**	**100,0**	**-3.064,4**	**-7,6**

D. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2011		Bilanz zum 31.12.2010		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	0,0	0,0	0,2	0,0	-0,2	-100,0
Sachanlagen	34.393,7	91,8	35.682,1	88,0	-1.288,4	-3,6
Finanzanlagen	0,0	0,0	1.000,0	2,5	-1.000,0	-100,0
Summe Anlagevermögen	34.393,7	91,8	36.682,3	90,5	-2.288,6	-6,2
Vorräte	96,8	0,3	118,7	0,3	-21,9	-18,5
Forderungen	91,1	0,2	20,4	0,1	70,7	345,7
Sonstige Vermögensgegenstände	288,8	0,8	723,5	1,8	-434,7	-60,1
Kreditinstituten, Wertpapiere	2.574,1	6,9	2.964,9	7,3	-390,8	-13,2
Summe Umlaufvermögen	3.050,8	8,1	3.827,6	9,4	-776,7	-20,3
Rechnungsabgrenzungsposten	24,6	0,1	23,6	0,1	1,0	4,3
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	**37.469,1**	**100,0**	**40.533,5**	**100,0**	**-3.064,4**	**-7,6**

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3.064,4 T-€ (= -7,6 %) auf 37.469,1 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-1.288,4 T-€), der Finanzanlagen (-1.000,0 T-€), der nicht abgerechneten Nebenkosten (-21,9 T-€), der sonstigen Vermögensgegenstände (-434,7 T-€) und der flüssigen Mittel (-390,8 T-€). Eine Erhöhung gab es dagegen bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+70,7 T-€) und den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (+1,0 T-€).

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 90,5 % auf 91,8 % erhöht.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen und Einlagen der Gesellschaft in Höhe von 1.563,4 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 2.851,8 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** mit immateriellen Vermögensgegenständen zusammen auf einen Betrag von 34.393,7 T-€ (-1.288,6 T-€) vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 776,7 T-€ vermindert, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen verminderte sich dadurch auf 8,1% gegenüber 9,4% im Vorjahr.

Die Erhöhung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 70,6 T-€ resultiert im Wesentlichen aus der zum Jahresende vorgenommenen Weiterberechnung von verauslagten Aufwendungen.

Die Verminderung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 434,7 T-€ ist im Wesentlichen auf die Verminderung der Forderungen aus Mieterdirektabrechnung (-235,1 T-€) sowie die Verminderung von Steuererstattungsansprüchen (-178,6 T-€) und die Verminderung aus Zuschussforderungen (-23,7 T-€) zurückzuführen. Die übrigen Positionen erhöhten sich insgesamt geringfügig um 2,7 T-€.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 1,0 T-€.

E. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet :

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend §289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

F. Risikobericht

Das in Richtung Bio- und Nanotechnologie spezialisierte Zentrum, die TGZ Halle GmbH, unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeldrisiken/Branchenrisiken" dem bestandsgefährdenden Risiko, dass die politischen und gesetzgeberischen Kräfte Weichenstellungen wählen, die zu nachfolgend aufgeführten Fragen Anlass geben:

- Könnte es zu einem Ausstieg aus der Bio-NANO-Technologie durch übertriebene politisch motivierte Anforderungen in Deutschland, Sachsen-Anhalt oder Halle kommen.

- Restriktive Festlegungen in einem neuen Bebauungsplan für Heide-Süd könnten dazu führen, dass der weinberg campus für Firmenansiedlungen im Standortranking immer mehr an Lukrativität verliert und die Erfolgsquote bei Ansiedlungs- und Gründungsbemühungen sinken wird.

- Nichtabsehbare Folgen aus der Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an die Otto von Guericke Universität Magdeburg. Bleiben die Bio- und Materialwissenschaften mittelfristig in Halle?

- Den Fachkräftemangel, insbesondere bei den Ingenieuren, Biochemikern, Bioingenieuren usw. aber auch Labor- und Technikkräften ausgehend von der demographischen Entwicklung nicht entgegengewirkt wird.

- Fehlende Bereitschaft zur Gründung von Firmen, da Kapital fehlt und aber auch genügend freie Stellen für Akademiker in diesen Fachrichtungen angeboten werden.

- Bedingt durch die konjunkturelle Lage, insbesondere für innovative Firmen aus der Bio-Nanotechnologie und angrenzender Gebiete, die Situation in Deutschland sich weiter verschlechtern wird und die wenigen Firmen an Standorte gehen, die sie ohne unüberschaubare bürokratische Hürden aufnehmen.

Die dargestellte Problematik kann mittelfristig zu erheblichen Mietausfällen der TGZ Halle GmbH führen und damit das Fortbestehen des Betriebes gefährden. Eine mögliche Nutzungsänderung, die dem neuen Bebauungsplan angepasst wäre, ist nicht gegeben, da Halle eine erhebliche Angebotsreserve an Büroflächen aufweist und der Mietzins bei diesen im letzten Jahr weiter gesunken ist. Diesem Mietdumping kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese natürlich höhere Kosten verursachen, da der Personalaufwand steigt. Die Kosten für eine Nutzungsänderung wären mit erheblichen Aufwendungen verbunden und ständen in keiner Relation zum Nutzen. Seitens der Verwaltung der Stadt Halle sollte die Rolle des Technologieparks weinberg campus besser erkannt werden und dieser Rechnung getragen werden.

G. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Firma TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2012 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2013 bis 2017 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, haben danach folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen	Erlöse aus Vermietung u.a.	Projektleistung	Finanzergebnis	Ergebnis
	T-€	T-€	T-€	T-€	T-€
2012	3.868	3.458	280	40	-90
2013	3.882	3.478	280	40	-84
2014	3.872	3.478	280	40	-74
2015	3.862	3.478	280	40	-64
2016	3.832	3.478	280	40	-34
2017	3.822	3.478	280	40	-24

Es können weitere Risiken die sich durch einen neuen B-Plan wie er derzeit im Entwurf vorliegt auf die Entwicklung des Standortes und damit auf die TGZ Halle GmbH mittelfristig negativ auswirken. Dies sollte unbedingt bei der Abwägung zum B-Plan mit in Betracht gezogen werden.

Nachdem die Investitionsbank Sachsen-Anhalt dem unbefristeten Mietvertrag für die Scil Proteins Production GmbH im Bio-Nano-Zentrum (TGZ III) zugestimmt hat, besteht nunmehr für die Scil Proteins Production GmbH höhere Planungssicherheit für die Weiterentwicklung am Standort. Dafür ist es aber notwendig, dass ein Bürokomplex (Planung einer Altbausanierung) und ein kleinerer Hallenkomplex eventuell durch die TGZ Halle GmbH in den nächsten zwei Jahren realisiert werden. Dieser Entwicklung der Scil Proteins Production GmbH muss unbedingt bei der Abwägung zum neuen B-Plan Rechnung getragen werden.

Die zukünftigen Projektleistungen sind nicht planbar, da diese erst im kommenden Wirtschaftsjahr z.B. durch das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt für die Jahre 2012-März 2014 vertraglich bestätigt werden, wobei es sich abzeichnet, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die klein- und mittelständischen Status haben. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit einem entsprechenden Partner bearbeitet werden kann. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der Univations GmbH wurde abgeschlossen.

Wesentliche Weichen für die Fortführung in der Geschäftsleitung der TGZ Halle GmbH waren die Beschlüsse in der letzten Aufsichtsratssitzung des vergangenen Jahres, die einstimmig gefasst wurden. Unter diesen Voraussetzungen sollte ein planmäßiger Übergang in der Geschäftsleitung erfolgen und zu keinen Reibungsverlusten bei der Abarbeitung der Aufgaben für die Folgejahre kommen.

Künftiger Schwerpunkt wird weiterhin ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein und damit verbunden nicht nur die Beibehaltung des Mieterbestandes durch entsprechende Betreuung und Beratung der Firmen, sondern auch die Unterstützung des Bio-Nanotechnologie-Konzeptes im Netzwerk *weinberg campus*.

Dies bedeutet gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft die zielstrebige Entwicklung der Nanotechnologie, verbunden mit der inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Forschungsverfügungsgebäudes durch die Gesellschaft, welches ab 2013 durch ein weiteres Gebäude der Fraunhofer-Gesellschaft mit der fachlichen Ausrichtung zur Solartechnik unterstützt wird.

Die um dieses von der Fraunhofer-Gesellschaft errichtete Gebäude geplante Ansiedlung von mittelständischen Partnern wird sich sowohl durch die konjunkturelle Situation verschieben als auch insgesamt bei der Verschlechterung der Standortbedingungen durch den geplanten neuen B-Plan in Frage gestellt.

Weiterhin ist es bei der Erstellung des Bebauungsplanes für den *weinberg campus* dringend erforderlich, die Frage der Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten positiv zu entscheiden, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden kann. Damit wäre entweder der Weggang der Unternehmen vom *weinberg campus* oder deren Insolvenz vorprogrammiert.

Das Erfolgsrezept für die Entwicklung des *weinberg campus*, der einer Stadt / Region kann nur sein: Bildung – Grundlagenforschung, + Angewandte Forschung + Produkt- und Dienstleistungsentwicklung + Produktion / Umsetzung = Gewerbesteuereinnahmen = Wohlstand - Demographischer Wandel.

Dieses Erfolgskonzept kann nur gemeinsam mit der abgestimmten Entwicklung des Strategiedialoges zur Stadtentwicklung Halle 2025 vom November 2011 (Entwurf) Seite 7 Pkt. 3 erfolgen.

Zitat: "*Innovation am weinberg campus und zukunftsorientierte Weiterentwicklung von Neustadt: Mit dem weinberg campus ist es Halle gelungen, sich als Standort von Forschung und Entwicklung sowie wissens- und technologieorientierter Produktion zu etablieren. Dabei profitiert der Technologiepark auch von seiner engen Einbindung in die Stadt und ergänzt die innerstädtischen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Das Stadtumbaugebiet Neustadt erhält durch seine räumliche Nähe zum weinberg campus neue Zukunftsperspektiven.*"

Unter diesem Gesichtspunkt wurde unter der Initiative der TGZ Halle GmbH eine Arbeitsgruppe "Vision weinberg campus 2020/2025" aus Vertretern unterschiedlicher Einrichtungen gebildet, die sich erstmalig zur konstituierenden Sitzung am 16.01.2012 traf. Die Zielstellung der Arbeitsgruppe besteht darin, bis Ende 2012 / Anfang 2013 ein aussagefähiges Papier zu erstellen, welches dann anderen Partnern auf dem *weinberg campus* zur abschließenden Diskussion zur Verfügung gestellt wird. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Vision weinberg campus 2020/2025" sollen dann als gebündelte Meinungsbildung in den Strategiedialog der Stadt Halle einfließen.

Auch für die akademischen Einrichtungen wie die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie und Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik wäre eine andere Entscheidung von negativer Auswirkung, da z.B. für die Universitätsabsolventen die Möglichkeit genommen wird, sich am Standort weiterzuentwickeln, welches natürlich extreme Auswirkungen für die demographische und damit auch finanzielle Entwicklung der Stadt Halle hätte. Ähnliche Auswirkungen hat es für die außeruniversitären Einrichtungen, für die aber insbesondere dann stabile Kooperationspartner aus mittelständischen Unternehmen fehlen bzw. verloren gingen.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2012 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können. Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgibt, im Wesentlichen abhängig.
Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark *weinberg campus* und damit die TGZ Halle GmbH nimmt.

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	300

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen. Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes gehören auch die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badebetriebes; die Sicherstellung eines qualitativ ansprechenden Angebotes an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badebetrieb; die Absicherung des Schulschwimmens, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen; die Absicherung des Vereinsschwimmsports, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, in für diesen vorgesehenen Schwimmhallen. Für das Schulschwimmen sowie den Vereinsschwimmsport in Betracht kommende Hallen sind entsprechend ihres Nutzungsprofils sport- und wettkampfgerecht auszustatten. Die hauptsächlich oder ausschließlich für den Schwimm- und Vereinssport zur Verfügung gestellten Schwimmhallen sollen primär dem Wettkampf- und Nachwuchsschwimmsport zur Verfügung stehen.
Die Gesellschaft ist berechtigt, Hallen- und Freibäder anderer zu erwerben, zu betreiben sowie Bäder zu errichten, zu leasen und zu pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dr. Gaudig, Lutz	
	Waldenburger, Annette	(seit 01.01.2011)

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
		Berend, Stephanie	(seit 04.10.2011)
		Böcker, Udo	
		Bönisch, Bernhard	
		Gärtner, Steffen	
		Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
		Kley, Gerry	
		Kocian, Burkhard	
		Koppitz, Erhard	
		Krause, Johannes	
		Lange, Hendrik	
		Mahlert, Eckard	
		Müller, Raik	
		Nagel, Elisabeth	
		Richter, Ulrich	
		Weihrich, Dietmar	
Beirat:	Vorsitzender	Misch, Werner	
		Dr. Diaby, Karamba	
		Embacher, Frank	
		Friedrich, Holger	
		Haupt, Ute	
		Hülsbusch, Peter	
		Kocian, Burkhard	
		Mehlis, Marion	
		Neumann, Wolfram	
		Walther, René	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	4.046	75	254	5			3.792	1.493
Umlaufvermögen	1.316	25	4.441	95	33	100	-3.125	-70
Rechnungsabgrenzungsposten			3	0			-3	-100
Bilanzsumme	**5.362**	**100**	**4.698**	**100**	**33**	**100**	**664**	**14**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	324	6	326	7	30	91	-2	-1
Rückstellungen	236	4	89	2	2	5	147	165
Verbindlichkeiten	4.802	90	4.283	91	1	4	519	12
Bilanzsumme	**5.362**	**100**	**4.698**	**100**	**33**	**100**	**664**	**14**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	722	441	
sonstige betriebliche Erträge	3.752	2.306	3
Materialaufwand	2.723	1.810	
Personalaufwand	1.101	739	
Abschreibungen	193	10	
sonstige betriebliche Aufwendungen	326	126	3
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16	3	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	68	35	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	79	30	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	10	0
sonstige Steuern	80		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2	20	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-2	20	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,32	4,63		%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,71	6,68	1,35	%
Cash-Flow:	191	30	0	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	154	89		T€
Personalaufwandsquote:	24,61	26,92		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	75,14	5,04		%
Eigenkapitalquote:	6,04	6,94	91,15	%
Fremdkapitalquote:	93,96	93,06	8,85	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Besucher	241.050,00	229.839,00[1)]	0,00	Anzahl

[1)] seit Übernahme der Bäder am 01.05.2010

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 % konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 % ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 % gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 % an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 %-Punkte auf 7,1 %. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 %-Punkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 %. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen: die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 %-Punkte auf 11,7 %.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Public Services GmbH, eine seit dem Geschäftsjahr 2010 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH, hat mit Wirkung zum 1. Mai 2010 die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt EUR 6,00.

Am 20. Juli 2010 wurden der Gesellschaftsvertrag, der Name der Firma und das Stammkapital der Gesellschaft geändert. Die Gesellschaft firmiert seitdem als Bäder Halle GmbH (BHG).

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Dieser regelt in § 3 die „Allgemeine Fehlbetragsfinanzierung“. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft für die Jahre 2010 bis 2012 in einem Volumen von insgesamt Mio. EUR 9,45 (netto).

In einer Klarstellung zum Bäderfinanzierungsvertrag vom 14. März 2011 haben die BHG und die Stadt Halle (Saale) vereinbart, dass sich für die Jahre 2010 bis 2012 der endgültige Zuschuss jedes betreffenden Jahres letztlich nach dem tatsächlichen bzw. abzusehenden Bedarf der BHG richten wird. Für die einzelnen Jahre wurden nunmehr folgende Zuschüsse (netto) festgelegt:

- 2010: EUR 2.300.000,00
- 2011: EUR 3.650.000,00
- 2012: EUR 3.500.000,00.

Ab dem Jahr 2013 kann die Fehlbetragsfinanzierung je nach Entwicklung wesentlicher Kostengruppen angepasst werden. Ein Ausgleich erfolgt jedoch maximal bis zu einer Höhe von Mio. EUR 4,0 netto jährlich. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat zum 1. Mai 2010 in Kraft und kann frühestens zum 31. Dezember 2020 gekündigt werden. Über die Fehlbetragsfinanzierung nach dem 10. Betriebsjahr werden die Parteien neu verhandeln.
Unter Berücksichtigung der genannten Parameter weist das Entwicklungskonzept der BHG für die Jahre 2011 bis 2020 bei gegebener Liquidität neutrale Jahresergebnisse aus, da die Verluste durch die Zahlungen der Stadt (bis zur Höhe von max. EUR 4 Mio. netto jährlich) ausgeglichen werden.

Die Bäder Halle GmbH begann am 1. Mai 2010 das operative Geschäft mit 28 Mitarbeitern und zwei Auszubildenden, die von der Stadt Halle (Saale) übernommen wurden. Diese Mitarbeiter stellen lediglich das Personal für den Hauptprozess dar. Bereiche, die Nebenprozesse abgedeckt haben, vornehmlich in der Verwaltung, wurden nicht von der Stadt Halle (Saale) übernommen.

Die Bäder Halle GmbH entschied sich, diese Bereiche nicht selbst aufzubauen und die Leistungen über Dienstleistungsverträge mit Schwesterunternehmen aus dem Stadtwerkekonzern zu binden.

Insofern wurden folgende Dienstleistungsverträge geschlossen:

- Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
  Vertrag über kaufmännische Dienstleistungen
  Betriebsführungsvertrag Arbeitssicherheit

- W + H Wasser- und Haustechnik GmbH
  Vertrag über technische Betriebsführung

- Stadtwerke Halle GmbH
  Personalmanagementvertrag

- Maya mare GmbH & Co. KG
  Vertrag über Dienstleistungen im Bereich von Betriebsorganisation und Verwaltung
  Vertrag über die operative Betriebsführung der Bäder

Das Risikomanagement der Bäder Halle GmbH ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH integriert. Bestandsgefährdende Risiken oder sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage liegen zurzeit nicht vor. Für die Bäder Halle GmbH sind jedoch auch zukünftig zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich ansonsten zu erwartender Fehlbeträge Zuschüsse der Stadt Halle (Saale) entsprechend den Regelungen im Bäderfinanzierungsvertrag notwendig.

Geschäftsverlauf

Grundlage für die Geschäftstätigkeit für das Geschäftsjahr 2011 war die Fortführung der Umsetzung des „Konzept zur Übernahme der kommunalen Bäder der Stadt Halle (Saale) durch eine Bäderbetriebsgesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH“ vom 25. Februar 2010, das am 25. März 2010 durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bestätigt wurde. Daraus wurden die Kennzahlen für den Wirtschaftsplan 2010 abgeleitet. Für den Wirtschaftsplan 2011 lagen erste Erfahrungen aus den Monaten Mai bis November 2010 zugrunde. Aufgrund eines fehlenden vollen Geschäftsjahres orientierte sich die Planung an den Daten aus dem aufgeführten Konzept.

Mit den Vereinen wurden die Nutzungsentgelte für Wasserflächen und Sporteinrichtungen unter Einbeziehung des Bäderbeirats im März 2011 für die Jahre 2011 bis 2013 festgelegt.

Entsprechend dem Konzept zur Übernahme der Bäder wurden die Eintrittspreise für die Freibäder ab 01.06.2011 und für die Hallenbäder ab 24.08.2011 marginal angepasst.

Die Situation in den Hallenbädern war gekennzeichnet durch die fast vollständige Nutzung durch Vereine und den Olympiastützpunkt bis Anfang Dezember, da die „Robert-Koch-Schwimmhalle“ wegen des erforderlichen Neubaus für diese Klientel bis zu diesem Zeitpunkt nicht zur Verfügung stand. Daher war das Angebot von Wassernutzungszeiten für das öffentliche Schwimmen vor allem in der Schwimmhalle Neustadt deutlich eingeschränkt. Dennoch konnten aufgrund der im Frühjahr langanhaltenden Schlechtwetterperiode über dem Plan liegende Besucherzahlen erreicht werden.

In die Freibadsaison konnte mit dem umgebauten Nordbad zwar erst am 01.06.2011 gestartet werden, dafür erwartete die Besucher ein rundum attraktiveres und modernisiertes Freibad an diesem Standort. Das Freibad Saline und die Angersdorfer Teiche eröffneten bereits am 13. Mai 2011.
Die sehr durchwachsenen Witterungsverhältnisse über die gesamte Freibadsaison hinweg führten zu unbefriedigenden Besucherzahlen.

Die Umsätze im Geschäftsjahr können aus den genannten Gründen nur ab dem Monat Mai bedingt mit den Angaben aus dem Vorjahr verglichen werden, da auch im Jahr 2010 nach der Bäderübertragung zum 01. Mai 2010 die Organisation der Buchhaltung und Abrechnung erst aufgebaut werden musste. Hinsichtlich des Jahresergebnisses gibt es keine Vergleichbarkeit von 2010 zu 2011.

Die **Umsatzerlöse** aus allen Bädern inkl. Schul- und Vereinsschwimmen betrugen TEUR 722,1 (Plan insgesamt: TEUR 627,6).

Im Posten **Sonstige betriebliche Erträge** ist der Betriebskostenzuschuss (TEUR 3.650) der Stadt Halle (Saale) erfasst.

Unter den Aufwendungen für **Material und bezogene Leistungen** sind Aufwendungen für Wasser, Strom, Gas und Fernwärme (TEUR 1.431,9) sowie für bezogene Leistungen wie fremdes Personal (TEUR 342,5) und die Reinigungsleistung (TEUR 217,5) enthalten.

Die **Personalaufwendungen** betrugen TEUR 1.101,2. Von der Stadt Halle (Saale) wurden insgesamt 28 Mitarbeiter und zwei Auszubildende durch Personalüberleitung nach § 613a BGB übernommen. Für weitere 5 Mitarbeiter, die dem Übergang widersprochen hatten, wurden der Bäder Halle GmbH von der Stadt die Personalkosten in Rechnung gestellt. Im Jahr 2011 betraf das noch 4 Mitarbeiter. Das Personal für die Freibadsaison wurde durch die Maya mare GmbH & Co. KG gestellt, ebenso von Beginn der Bäderübernahme an bereits zwei Bäderfachangestellte. Weiteres Personal, das zur Vertretung von langzeiterkrankten Beschäftigten benötigt wurde, kam über diesen Weg zum Einsatz. Auch Stellen von Mitarbeitern, die aufgrund von Altersrente ausgeschieden sind, wurden auf diesem Weg bei Bedarf ersetzt.
Die Personalgestellung durch die Maya mare an die Bäder Halle GmbH endete zum 31. Dezember 2011. Ab 01. Januar 2012 sind alle vormals in den Bädern der Bäder Halle GmbH über die Maya mare zum Einsatz gestellten Mitarbeiter direkt in der Bäder Halle GmbH eingestellt worden. Die Voraussetzung dafür wurde mit einem neuen Bäder-Tarifvertrag geschaffen.

Das geplante Budget für Instandhaltungsaufwendungen (TEUR 376,6) wurde deutlich überzogen, da in den Bädern aufgrund ihres Alters viele Maßnahmen durchgeführt werden mussten, die nicht immer geplant werden können. Maßgeblich beeinflusst wurden diese Ausgaben 2011 (TEUR 625,5) durch notwendige Instandsetzungsmaßnahmen an den Dächern in Halle Neustadt und des Stadtbades, sowie viele technische Ersatzleistungen aufgrund von Ausfällen im Hallenbad Saline.

Im Mai 2011 war abzusehen, dass der im Dezember 2010 beschlossene **Investitionsplan** der Bäder Halle GmbH für das Geschäftsjahr 2011 nicht ausreichen wird, um die erforderlichen Bau- und Sanierungsmaßnahmen abzuschließen. Einerseits waren aus dem Investitionsbudget von 2010 noch 285 T€ nicht eingesetzt, da der Umbau des Nordbades nicht wie angedacht bereits im Jahr 2010 sondern aufgrund der Witterungsverhältnisse erst 2011 begonnen werden konnte. Die Investitionen für das Freibad Saline waren zunächst für das Jahr 2012 geplant, mussten aber, induziert durch die Stadt Halle und das IBA-Projekt Saline Halbinsel, auf 2011 teilweise vorgezogen werden. Vor diesem Hintergrund erging ein Gesellschafterbeschluss zur Änderung des Investitionsplanes am 30. Juni 2011 mit der Maßgabe, dass die Gesamtsumme der für Investitionen vorgesehen Kredite (2010 – 2012) in Höhe von 5.510 TEUR innerhalb der Jahre 2010/2011/2012 nicht überschritten werden darf.

Im Jahr 2011 wurden geplante Investitionen demnach auch vorrangig in die Sanierung des Nordbades (TEUR 3.321,2) und am Freibad Saline (TEUR 214,1) sowie in die Technik maßgeblich für das neue Kassensystem (TEUR 324,4) investiert.

Finanzlage der Gesellschaft

Für das Jahr 2011 wird ein Jahresergebnis von TEUR -2,3 ausgewiesen. Das Jahresergebnis 2011 zeigt, dass die Geschäftstätigkeit der Bäder Halle GmbH ohne Betriebskostenzuschüsse der Stadt Halle (Saale) nicht möglich ist.

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 444. Der kurzfristige Liquiditätsstatus (kurzfristige Aktiva - kurzfristige Schulden) ergibt stichtagbedingt ein Netto-Geldvermögen von TEUR 185.

Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben. Die Gesellschaft nimmt am Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH teil. Es besteht innerhalb des Cash Pools eine Kontokorrentkreditlinie von TEUR 300.

Ausblick

Kostensenkungen sind in den Bädern nach heutiger Einschätzung nur noch bedingt möglich, genauere Vergleichswerte hat man aber erst, wenn ein volles, vergleichbares Geschäftsjahr zu Grunde gelegt werden kann. Bisher haben sich die Rahmenbedingungen stets geändert, was Kalkulationen schwierig werden lässt. Da sich jedoch der Hauptanteil der Kosten aus Aufwendungen für Energie, Wasser/Abwasser und Wärme sowie den Personalkosten zusammensetzt, sind aufwandsseitig kaum Einsparpotenziale mehr zu sehen. Die Entwicklung der Energiepreise deutet aktuell nicht auf einen Rückgang.

Einnahmesteigerungen kennen in diesem Bereich auch ihre Grenzen, da für das öffentliche Schwimmen deutschlandweit für Bäder dieser Art nur ein sogenannter „sozial verträglicher Eintrittspreis“ akzeptiert wird. Mit der Preisanpassung im Jahr 2011 hat man die, für diese Region auch mittelfristig erzielbare Preisobergrenze erreicht. Geht man darüber hinaus, hat das andererseits einen Rückgang der Besucherzahlen zur Folge.

Ziel für 2012 wird es sein, die frei gewordenen zusätzlichen Wasserflächen in den Hallenbädern gut zu vermarkten und ein eigenes Kursprogramm zu etablieren, um neben den Eintrittsgeldern Zusatzerlöse zu generieren und die Kundenbindung zu festigen.
Die Erlöse in den Freibädern werden sehr stark von der Witterung im Sommer beeinflusst. Das Veranstaltungsprogramm, zur Unterstützung des Marketings, sollte neben den etablierten Kinoabenden im Nordbad auf mehrere, aber kleinere Events ausgerichtet werden. Im Falle von verregneter Witterung ist auch mit einem Event – das immer Kosten verursacht – kaum ein Besucher für das Freibad zu begeistern.

Mit der neuen Robert-Koch-Schwimmhalle wurde entgegen den Empfehlungen aus dem „Konzept zur Übernahme der kommunalen Bäder“, dass die Stadt Halle (Saale) während der gesamten Vertragslaufzeit keine Bäder errichten oder deren Betreibung fördern darf, die in einer Konkurrenz zu den von der Bäder Halle GmbH betriebenen Anlagen stehen könnten, doch eine öffentliche Nutzung der neuen Robert Koch-Schwimmhalle an den Wochenenden festgelegt. Die Auswirkungen auf die im Eigentum der Bäder Halle GmbH befindlichen Anlagen bleiben jetzt abzuwarten.

Somit wird sich nach Abschluss des Jahres 2012 deutlicher zeigen, wo noch Ressourcen zu finden sind. Um die Geschäftsentwicklung auch im Jahr 2012 und in den folgenden Jahren fortzusetzen, muss sich das Unternehmen weiter stabilisieren und die Besucherzahlen erhöhen. Dafür sollen die Aktivitäten im Bereich krankenkassenfinanzierte Rehabilitations- bzw. Präventionskurse verstärkt aufgebaut werden. In den Freibädern Saline, jedoch besonders im Nordbad, sollen abendliche Events Umsatzsteigerungen zum normalen Badebetrieb generieren. Die Sanierung der übernommenen Bäder soll 2012 abgeschlossen werden und zur Akzeptanz der Einrichtungen bei der Bevölkerung beitragen.

Ab 01. Mai 2012 soll der Bäder Halle GmbH durch die Stadt Halle (Saale) die Betriebsführung der „Robert-Koch-Schwimmhalle“ übertragen werden. Die damit der Bäder Halle GmbH entstehenden Personalaufwendungen werden zum Selbstkostenpreis auf Nachweis ersetzt. Darüber hinaus erhält die Bäder Halle GmbH ein jährliches Betriebsführungsentgelt von TEUR 12 für die Overheadkosten, die im Zusammenhang mit der Organisation der Dienstleistungen im Rahmen dieses Vertrages stehen.

Darüber hinaus gibt es Überlegungen zur Errichtung einer Ballsporthalle. Über die damit verbundenen gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen hat der Aufsichtsrat der SWH in seiner Sitzung am 2. Dezember 2011 beraten.

Für das Jahr 2012 wird ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 5 erwartet.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Bugenhagenstraße 30 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	30

Gesellschafter:

	T€	%
Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	10	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	7	22,00
Stadt Halle (Saale)	5	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt. Etwaige Überschüsse werden nur für die vertragsgemäßen Zwecke verwendet. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschafter dürfen bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile bzw. den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten. Geschäftsanteile dürfen an die Gesellschaft höchstens zum Nennwert veräußert werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kölzner, Kerstin

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Prusko, Norbert
		Bahn, Wolfgang
		Baumeister, Lutz
		Buschke, Birgit
		Dr. Danek, Simone
		Dr. Fischer, Toralf
		Dr. Kehl, Peter
		Dr. Streibelt, Marco
		Gering, Horst
		Hagemann, Karl-Heinz
		Ideker, Thomas
		Krahl, Hans-Joachim
		Laux, Jens
		Springer, Klaus-Dieter
		Szabados, Dagmar

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	1	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Verände-rungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	16.780	79	17.389	76	17.694	74	-609	-4
Umlaufvermögen	4.419	21	5.526	24	6.331	26	-1.107	-20
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	1	0			2	200
Bilanzsumme	**21.202**	**100**	**22.916**	**100**	**24.025**	**100**	**-1.714**	**-7**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	5.983	28	5.985	26	5.682	24	-2	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	6.129	29	6.344	28	6.561	27	-215	-3
Rückstellungen	247	1	346	1	971	4	-99	-29
Verbindlichkeiten	8.843	42	10.240	45	10.606	44	-1.397	-14
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	0	205	1	-1	-100
Bilanzsumme	**21.202**	**100**	**22.916**	**100**	**24.025**	**100**	**-1.714**	**-7**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.692	6.182	5.800
sonstige betriebliche Erträge	621	604	596
Materialaufwand	777	900	848
Personalaufwand	3.766	3.724	3.663
Abschreibungen	892	840	766
sonstige betriebliche Aufwendungen	680	767	753
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	133	120	202
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	325	352	343
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6	323	225
außerordentliche Aufwendungen		14	
außerordentliches Ergebnis		-14	
sonstige Steuern	8	7	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2	302	222
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-2	302	222

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,03	4,89	3,83	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,03	5,32	4,07	%
Cash-Flow:	891	1.143	988	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	81	86	83	T€
Personalaufwandsquote:	59,66	54,88	57,27	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,34	71,41	69,69	%
Eigenkapitalquote:	28,22	26,12	23,65	%
Fremdkapitalquote:	71,78	73,88	76,35	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Abrechnungstage	42.266,00	46.369,00	44.283,00	Tage
Zusatzmaßnahmen DRV	2.255,00	1.040,00	2.441,00	Tage

e) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Im Jahr 2011 ist ein Rückgang der Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaß-nahmen zu verzeichnen. Durchschnittlich nahmen 117 Teilnehmer (i. Vj. 129 Teilnehmer) an diesen Maßnahmen teil. Die Belegung im Bereich des Reha-Assessment sowie bei den Einzelmaßnahmen gestaltete sich 2011 marginal unter Plan. Auch im Jahr 2011 war in den klassischen Arbeitserprobungen ein Rückgang der Anmeldungen zu verzeichnen. Die Integrationsmaßnahmen sind gegenüber dem Jahr 2010 um 50 % gestiegen.

Für das Jahr 2011 erfolgten die Preisverhandlungen auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 120 Teilnehmern zuzüglich sieben Teilnehmer in der Geschäftsstelle Berlin. Im Ergebnis der Verhandlungen wurde für das Geschäftsjahr 2011 von einem geplanten Verlust in Höhe von TEUR 36 ausgegangen.

Um den negativen Auswirkungen der rückläufigen Belegung entgegenzuwirken, hat die Gesellschafterversammlung eine Haushaltssperre angeordnet. Es wurde ein Maßnahmeplan erarbeitet, um den Verlust 2011 so gering wie möglich zu halten. Gleichzeitig wurde das BFW aufgefordert, das erstellte Entwicklungskonzept auf der Basis der Prognose einer durchschnittlichen Belegung von 110 Rehabilitanden im BFW Halle sowie 8 Rehabilitanden in der Geschäftsstelle Berlin zu überarbeiten.

Die Zinsen zur Bedienung der für die Baufinanzierung aufgenommenen Darlehen betrugen im Jahr 2011 TEUR 309. Dies führt bei 42.266 Belegungstagen (i. Vj. 46.369) zu einer Belastung des Kostensatzes durch Darlehenszinsen in Höhe von EUR 7,31 pro Tag und Rehabilitand (i. Vj. EUR 7,05). Im Berichtsjahr erfolgte eine Tilgung der Darlehen in Höhe von TEUR 705. Dabei erfolgte eine Sondertilgung bei der Bundesagentur für Arbeit in Höhe von TEUR 141.

Die Infrastruktur mit seinem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung bewirken nach wie vor unabwendbare hohe Fixkosten, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit anderen Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht.

Die strategische Bündelung der Bereiche Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb in einer Abteilung hat sich bewährt und hatte eine Intensivierung und Ausweitung der Marketing-/ Vertriebsaktivitäten zufolge. Dies erweist sich als immer wichtiger, da aufgrund von Organisationsänderungen bei den Rehabilitationsträgern eine zentrale Steuerung von Informationen über das Angebot des BFW Halle immer schwieriger wird und eine wachsende Vervielfachung der Entscheidungsträger zu beobachten ist.

Mit dem neuen Internetauftritt des BFW Halle, der im Jahr 2011 erstellt wurde, ist es jetzt möglich, den Erfolg von Marketingaktionen zu messen. Weiterhin ist ein Newsletter-System in die Website integriert.

Die wohnortnahen Beratungsangebote für blinde und sehbehinderte Menschen in Mitteldeutschland und Berlin-Brandenburg haben sich gut etabliert. Die Mitarbeiter des BFW sind monatlich in den Beratungsstellen Masserberg, Dresden, Leipzig, Erfurt, Magdeburg sowie Gera präsent, um eine gewisse Kontinuität zu erreichen und den Bekanntheitsgrad weiter in der Fläche zu erhöhen. Das BFW konzentrierte sich im Außendienst auf die Erschließung neuer Ansprechpartner für das BFW Halle. Wichtige Multiplikatoren wurden ins BFW eingeladen, um Möglichkeiten vor Ort zu erläutern.

Das Hauptziel des Marketings, die Erhöhung des Bekanntheitsgrades des BFW Halle, wurde 2011 weiter verfolgt. Die Aktivitäten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit waren sehr vielfältig.

Hervorzuheben sind insbesondere:

- Besuch der Bundesnetzagentur im BFW Halle
- Besuch des Schwerbehindertenbeauftragten Thüringens
- Expertenrunde Gesundheitskompetenz
- Tag der offenen Tür mit dem Thema „Das digitale Zeitalter - Chancen für Blinde und Sehbehinderte“ in Kooperation mit der Deutschen Zentralbibliothek für Blinde (DZB) zu Leipzig
- Teilnahme an der Sight City, der größten Hilfsmittelmesse für blinde und sehbehinderte Menschen
- Meeting der Personalberater der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen
- Arbeitsbesuch des Isländischen Nationalinstituts
- Regionalkonferenz der Rehaberater der AfA Halle
- Besuch der ARGE Jobcenter Mansfelder Land

- Arbeitgebertag Sachsen-Anhalt der Barmer EK und der BA für Arbeit
- Tagung der AG Psychologie des VBS

Die Geschäftsstelle Berlin hat den Bekanntheitsgrad des BFW Halle im Ballungsraum Berlin weiter erhöht. Die Reaktionen der Rehaträger als auch der Betroffenen auf die Präsenz des BFW mit seinem Angebot in Berlin sind durchweg positiv. Die Maßnahmen in Berlin laufen, wenn auch etwas abweichend vom Konzept, im Rahmen der geplanten Größen und tragen zum wirtschaftlichen Erfolg des BFW bei.

Die systematische Vernetzung mit Betrieben und die Kooperation mit Unternehmen wurden im Jahr 2011 weiter vorangetrieben.

Mit dem neuen Vorsitzenden des BSV Thüringen wurden zum Einen erweiterte Möglichkeiten der Zusammenarbeit für unsere Beratungstätigkeit in Thüringen besprochen, darüber hinaus aber auch der Kontakt zur thüringischen Wirtschaft und Politik gesucht. Beim 1. Mitteldeutschen Gewerbetag konnten wir uns dementsprechend präsentieren. In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wurde der Kontakt zu den Schwerbehindertenbeauftragten hergestellt. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit der DZB Leipzig nahm das BFW als Aussteller am Tag der offenen Tür der DZB und am Braille21-Kongress teil. Es wurden Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Halle sowie der BEK erörtert.

Stärker als in der Vergangenheit wirkt sich die Rückkopplung zwischen der Aufnahme der Bedürfnisse der Kunden und der Prozessgestaltung im BFW Halle aus. Marketing mischt sich ein und arbeitet aktiv an der Neugestaltung wichtiger Prozesse im BFW Halle mit.

Maßgebliche Effekte für die Öffentlichkeitsarbeit erzielten im Jahr 2011 die nationalen und internationalen Projekte, Arbeitsgruppen und Tagungen, bei denen Mitarbeiter und Rehabilitanden des BFW tätig waren. Besonders hervorzuheben sind dabei die Aktivitäten des Assessmentbereiches bei Augenärztetagungen und LowVision-Veranstaltungen mit Verbänden und Universitäten.

Das Projekt „X-Press Your Vision“, welches durch die EU gefördert wurde; lief planmäßig zum 31.12.2011 aus. Das neu ab 2012 in Brüssel beantragte Projekt UPON ist nicht genehmigt worden.

Das vorliegende mittelfristige Entwicklungskonzept wird für die Jahre 2012 bis 2016 entsprechend der Anforderungen der Gremien überarbeitet. Dieses schließt ein entsprechendes Personalentwicklungskonzept für diesen Zeitraum ein. Dieses Entwicklungskonzept wird jährlich fortgeschrieben.

Eine Mitarbeiterin ging 2011 in die Passivphase der Altersteilzeit. 2011 waren durchschnittlich 73 (i. Vj. 74) Angestellte sowie 5 (i. Vj. 5) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle beschäftigt. Seit Juni 2011 unterstützen drei Bürgerarbeiter die Stammbelegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitern lag bei 23,92 %. Sieben Mitarbeiter befinden sich in der Altersteilzeit.

Im Februar 2011 erbrachte das BFW Halle inklusive der Geschäftsstelle Berlin im Rahmen eines Überwachungsaudits erneut den Nachweis, dass es ein Managementsystem entsprechend der Normgrundlage ISO 9001:2008 weiterhin aufrecht erhält und die Forderungen dieser Norm erfüllt werden. Gleichzeitig wurde dem BFW die Zertifizierung nach den Anforderungen des § 84 SGB III/§§ 7-8 AZWV erneut bescheinigt.

Es wurde eine Mitarbeiterbefragung sowie eine Rehabilitandenbefragung durchgeführt.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

a) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist auch im Geschäftsjahr 2011 wiederum dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentliche Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Die Bilanzsumme des BFW Halle hat sich um TEUR 1.714 vermindert. Auf der Aktivseite ist die Verminderung insbesondere auf den Rückgang der flüssigen Mittel TEUR 1.118 zurückzuführen. Dabei spielt die Rückzahlung der Zinsen in Höhe von TEUR 462 nach Prüfung des Gesamtverwendungsnachweises durch das Bundesverwaltungsamt eine große Rolle. Weiterhin sank das Anlagevermögen um TEUR 609, wobei den Investitionen in das Sachanlagevermögen von TEUR 271 Abschreibungen auf Sachanlagen von TEUR 873 gegenüberstehen.

Auf der Passivseite resultiert die Verminderung der Bilanzsumme insbesondere aus den gesunkenen Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen und Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sowie den um TEUR 216 verminderten Sonderposten aus Zuwendungen. Die Investitionsdarlehen sind aufgrund der Tilgung um TEUR 705 gesunken.

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich um den ausgewiesenen Jahresverlust in Höhe von TEUR 2 verringert. Der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens sinkt in Höhe des Wegfalls der Zweckbindung (jährliche Abschreibung des geförderten Teils) um TEUR 216.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2011 TEUR 12.112, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 57,1 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle weiterhin durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist 2011 durch einen negativen Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR -142 (i. Vj. TEUR 683) gekennzeichnet. Die Ursachen für den Rückgang liegen neben dem geringeren Jahresergebnis insbesondere in der Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten.

Der Finanzmittelfonds sinkt damit um TEUR 1.118 im Vergleich zum Vorjahr. Die Gesellschaft verfügt weiterhin über eine gute Liquiditätsausstattung.

c) Ertragslage

Die Ertragslage des BFW Halle stellt sich anhand einer betriebswirtschaftlichen Analyse wie folgt dar:

	2011		2010		Ergebnis-verände-rung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	5.692	92,2	6.182	91,1	-490
Andere laufende betriebliche Erträge	480	7,8	604	8,9	-124
Betriebsleistung	6.172	100,0	6.786	100,0	-614
Materialaufwand	777	12,6	900	13,2	-123
Personalaufwand	3.766	61,0	3.724	54,9	42
Planmäßige Abschreibungen	892	14,5	840	12,4	52
Betriebsaufwendungen	680	11,0	767	11,3	-87
Gewinnunabhängige Steuern	8	0,1	7	0,1	1
Aufwendungen für die Betriebsleistung	6.123	99,2	6.238	91,9	-115
Betriebsergebnis	49	0,8	548	8,1	-499
Finanzerträge	133	2,2	120	1,8	13
Finanzaufwendungen	325	5,3	352	5,2	-27
Finanzergebnis	-192	-3,1	-232	-3,4	40
Neutrale Erträge	141	2,3	0	0	141
Neutrale Aufwendungen	0	0	14	0,2	-14
Neutrales Ergebnis	141	2,3	14	0,2	155
Jahresergebnis	-2	0,0	302	4,4	-304

Die periodenfremden Erträge betreffen die im Rahmen der Prüfung des Gesamtverwendungsnachweises die an die Bundesagentur für Arbeit überwiesenen Habenzinsen in Höhe von TEUR 141.

Der Rückgang der Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 490 resultiert im Wesentlichen aus einer Verminderung der durchschnittlichen Belegung von 129 auf 117 Rehabilitanden in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen.

Im Berichtsjahr fielen mit 42.266 Abrechnungstagen (i. Vj. 46.369) ca. 9,1 % weniger Maßnahmentage im Vergleich zum Vorjahr an. Gleichzeitig sanken die Umsätze aus den Maßnahmen für die DRV MD, die der Integration von nicht blinden und sehbehinderten Menschen dienen, im Jahr 2011 um TEUR 142.

Die Tageskostensätze für die vorbereitenden und Hauptmaßnahmen, Anpassungs- und Integrationsmaßnahmen sowie Internatszuschlag stiegen 2011 gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %.

Die anderen Erträge waren in 2011 leicht rückläufig. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug im Jahr 2011 wie im Vorjahr TEUR 216. Die Betriebsleistung sank somit um TEUR 614.

Durch die Haushaltssperre, welche am 27.06.2011 durch die Gesellschafterversammlung angeordnet wurde, konnten die Aufwendungen für die Betriebsleistung im Jahr 2011 um TEUR 115 im Vergleich zum Vorjahr gesenkt werden. Die Personalkosten sind im Jahr 2011 nur TEUR 42 höher als im Vorjahr. Dies ist in erster Linie dem dämpfenden Effekt der Altersteilzeit geschuldet.

Das Betriebsergebnis sank so im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 499 auf TEUR 49.

d) Finanzinstrumente

Wesentliche originäre Finanzinstrumente für die Gesellschaft stellen die Finanzanlagen, die kurzfristigen Forderungen, liquiden Mittel sowie die Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger dar. Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht genutzt. Das Bonitäts- oder Ausfallrisiko ergibt sich aus der Gefahr, dass Geschäftspartner bei einem Geschäft über ein Finanzinstrument ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können und dadurch Vermögensverluste entstehen. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei den Finanzanlagen erfolgt die Anlage nahezu vorwiegend im eigenen Währungsraum, so dass kein Währungsrisiko besteht. Ein Zinsrisiko – d.h. mögliche Wertschwankungen eines Finanzinstrumentes aufgrund von Bewegungen des Marktzinssatzes – liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materieller Bedeutung, jedoch bei den Finanzanlagen und den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger. Die Wertpapiere des Anlagevermögens sind ausschließlich fest verzinslich angelegt, sodass ein Zinsrisiko nicht besteht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart.

3. Zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

Die Entwicklung des BFW Halle in den nächsten Jahren wird durch mehrere Entwicklungstendenzen beeinflusst.
Zum Einen ist ein deutlicher Rückgang des Bedarfes an Vollqualifizierung - dem bisherigen Kerngeschäft des Berufsförderungswerkes - zu verzeichnen. Gefordert wird von den Rehabilitationsträgern eine Neuausrichtung des Leistungsangebotes und eine Restrukturierung der Kapazitäten und Strukturen. Maßgeblich dabei werden Gesichtspunkte wie Individualisierung, Vernetzung mit der Arbeitswelt und Flexibilisierung sein. Das Geschäftsfeld des Berufsförderungswerkes wird sich in der Zukunft von der vollen Umschulung hin zur Teilqualifizierung und/oder Integrationsleistung verlagern.

Das Thema Inklusion und die Selbstbestimmung des behinderten Menschen spielen weiterhin eine große Rolle. Das BFW Halle muss immer mehr in die Lage sein, Schulungen überregional, mobil bzw. vor Ort anzubieten. Dementsprechend werden die Flexibilität und vor allem die Mobilitätsanforderungen an die Tätigkeit des BFW Halle sowie auch an deren Mitarbeiter zunehmen und zunehmen müssen.

Letztendlich wird die Arbeit des BFW Halle durch die Entwicklungen des neuen Reha-Modells, welches mittlerweile als Geschäftsmodell der deutschen Berufsförderungswerke verabschiedet wurde, deutlich beeinflusst. Hier verspricht das BFW Halle die Individualisierung als System hinsichtlich Inhalte, Wege, Orte, Kosten bzw. Dauer, die Struktur von Lernunternehmen, Handlungsorientierung sowie individuelle Qualifizierungswege und Qualifizierungsinhalte. Der gesetzliche Auftrag ist die nachhaltige Integration von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben. Maßgeblichste Herausforderung wird dabei zweifellos der recht dramatische Rückgang in den Belegungszahlen bei gleichzeitiger Anforderung zu erhöhten Flexibilisierung und Mobilität sein.

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden also für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die hohen Ansprüche an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis.
Das Gebot von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet das BFW Halle als Leistungsanbieter dazu, die Leistungen unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten zu erbringen.

Grundlage des erstellten Entwicklungskonzeptes bis zum Jahr 2016 ist eine Belegung von durchschnittlich 110 Rehabilitanden im BFW Halle sowie 8 Rehabilitanden in der Geschäftsstelle Berlin. Bei einer anhaltenden Belegung auf diesem niedrigen Niveau führt das bei der Spezialisierung und Größe des BFW Halle zu massiven finanzielle Auswirkungen und stellt ein beträchtliches Risiko für die Haushalte der kommenden Jahre dar.

Eine sinkende Belegung zieht sofort sinkende Erträge nach sich. Die Aufwendungen reduzieren sich dagegen immer erst mit einer zeitlichen Verzögerung oder, was die fixen Kosten betrifft, überhaupt nicht.

Die Aufwendungen für langfristige Abschreibungen sowie die Aufwendungen für Darlehenszinsen, die immerhin im Jahr 2012 ca. 5 % der Gesamtkosten ausmachen, bleiben trotz sinkender Einnahmen in den nächsten Jahren nahezu gleich und belasten künftige Jahresergebnisse weiterhin. Gleichzeitig bedingen die sanierten denkmalgeschützten Baulichkeiten hohe Instandhaltungs- und Energiekosten. Ein ausgeglichener Haushalt kann daher mittelfristig nur über Einsparungen im Personalbereich realisiert werden.

Wichtig hierbei ist es Kernfelder der zukünftigen Entwicklung unberührt zu lassen oder andersherum Schlüsselstellen, welche für die zukünftige Entwicklung wichtig sind, nicht anzufassen, um das BFW Halle in seinem Gesamtbestand nicht zu gefährden.

Beizubehalten sind die Ressourcen von Diagnostik und Beratung, obgleich sich hier Tätigkeitsschwerpunkte verlagern werden, um einen kontinuierlichen Zugang zur beruflichen Rehabilitation im BFW Halle zu ermöglichen. Die klassische Arbeitserprobung wird nur mäßig belegt, welches im Planungsansatz 2012 berücksichtigt worden ist. Mittlerweile sind die Reha-Assessmentmaßnahmen gemäß den Anforderungen der Rehabilitationsträger entsprechend den individuellen Bedürfnissen und Notwendigkeiten der diagnostizierten Person bis auf einen Maßnahmetag möglich. Das Reha-Assessment kann demzufolge nicht nur an seinem finanziellen Ertrag gemessen werden, sondern muss auch daran gemessen werden, wie viele Personen absolut eine Assessmentmaßnahme im BFW Halle durchlaufen. Das Reha-Assessment spielt jetzt und künftig im BFW Halle als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ eine besondere Bedeutung, weil diese hoch speziellen Assessmentdienstleistungen weder ausgelagert noch durch andere erbracht werden können. Demzufolge sind Assessmentdienstleistungen ein wichtiger Bestandteil der Menschen mit Sehproblemen und in diesem Punkt unterscheidet sich das BFW Halle deutlich von anderen Berufsförderungswerken.

Prognosen zur Entwicklung der Belegungssituation sind gegenwärtig nur nach den Aussagen der Rehabilitationsträger zu erstellen. Durch verstärkte Zuweisungen durch die DRV MD konnte die Belegung im zweiten Halbjahr um 15,5 % erhöht werden, sodass 2011 im BFW Halle inklusive der Geschäftsstelle Berlin durchschnittlich 117 Teilnehmer in einer Maßnahme waren. Darauf aufbauend wird ausschließlich für das Jahr 2012 von einer durchschnittlichen Belegung von 121 Rehabilitanden im BFW Halle einschließlich der Geschäftsstelle Berlin ausgegangen.

Anfang März 2012 befanden sich 131 Teilnehmer im BFW Halle inklusive der Geschäftsstelle Berlin in der beruflichen Rehabilitation. Von dem Belegungsrückgang in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen ist hauptsächlich die Bundesagentur für Arbeit betroffen. Bei der Bundesagentur wechselten auf Grund der Entwicklungen im Zusammenhang mit der Entstehung neuer zugelassener kommunaler Träger sowie weiterer Organisations- und Strukturveränderungen die Zuständigkeiten für die berufliche Rehabilitation in der Praxis.

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle, die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für das Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallorientierten und effizienten Rehabilitation unerlässlich. Gleichzeitig ermöglicht sie, Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Die Basis der Arbeit stellt dabei das Strategiepapier „RehaFutur“ sowie die Umsetzung des neuen „Reha-Modells“ dar. Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung der Angebote setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein.

Für die Mitarbeiter des BFW Halle bedeutet dies Arbeiten in veränderten Teamstrukturen, mit veränderten Steuerungsinstrumenten, übergreifenden Strukturen und zunehmend modularen Qualifizierungskomplexen. Grundlage dafür bildet das im Jahr 2011 übererarbeitete Entwicklungskonzept, welches ein entsprechendes Personalentwicklungskonzept einschließt.

Im Jahr 2011 konnte als Ergebnis der Preisverhandlungen der Rehabilitationsträger mit dem BFW Halle eine Erhöhung der Tageskostensätze um 0,5 % für die Haupt-, Vorbereitungs- und Anpassungsmaßnahmen erzielt werden.

Dies stellt sich wie folgt dar:

	2012	2011
Tageskostensätze berufliche Rehabilitation	EUR/Tag	EUR/Tag
Haupt- und Vorbereitungsmaßnahmen	92,50	92,04
Anpassungsmaßnahmen	92,05	91,59
Spezialmaßnahmen	426,57	426,57
Eignungsabklärung/Arbeitserprobung	121,76	121,76
Internatszuschlag	30,56	30,56

Das BFW Halle in den kommenden Jahren weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen, sowie als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ zu etablieren, wird in den nächsten Jahren weiterhin das Kernziel bleiben. Dabei kommt dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reportings quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV. Halbjährlich wird dem Verwaltungsrat ein Zwischenabschluss vorgelegt, aus welchem die Geschäftsentwicklung zu ersehen ist.

Der Wirtschaftsplan für 2012 sieht Umsatzerlöse von TEUR 5.946 und ein Jahresergebnis von TEUR -41 vor. Im Entwicklungskonzept wird für 2013 von einem ausgeglichenen Ergebnis ausgegangen.

Es wird weiter intensiv an einer Erweiterung der Angebotspalette gearbeitet. Netzwerke werden zukünftig hierbei eine größere Rolle als bisher spielen. Zunehmend sollen künftig verstärkt präventive Angebote „Rund um das Sehen“ am Markt positioniert werden. Ein Schwerpunkt wird die Intensivierung der Schnittstelle zur medizinischen Rehabilitation darstellen. Eine bessere Vernetzung mit dem Arbeitsmarkt wird angestrebt, die Veränderungen in der Arbeitswelt müssen wahrgenommen und die Angebote entsprechend angepasst werden. Auf diese Weise lassen sich neue Kundengruppen und neue Finanzierungsquellen erschließen.

Die zielgerichtet Auswahl der ambulanten Beratungen an verschiedenen Standorten in Mitteldeutschland sowie die Etablierung der Geschäftsstelle in Berlin unterstützen diese Tendenz.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

4. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 31.12.2011, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind nicht eingetreten.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Hibiskusweg 15 06122 Halle (Saale)
Rechtsform:	Eigenbetrieb
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung, Förderung von Jugendwerkstätten, Verwaltung von Fördermitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes zur Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Verbänden und Vereinen.

Öffentlicher Zweck:

Ziel des Eigenbetriebes ist es, entsprechend der Satzung auch in den kommenden Jahren Arbeitslosengeld II-Empfänger unter Anwendung von Förderrichtlinien in befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen. Der öffentliche Zweck ist daher die Wirtschaftsförderung.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		van Rissenbeck, Goswin
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Neumann, Wolfram
		Dr. Diaby, Karamba
		Hildebrandt, Roland
		Kley, Gerry
		Schmeil, Birgit
		Trömel, René

	31.12.2011	**31.12.2010**	**31.12.2009**
	T€	**T€**	**T€**
Betriebsausschuss	0	0	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	40	1	28	0	12	0	12	43
Umlaufvermögen	6.382	99	6.171	100	3.816	100	211	3
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	3	0	3	0	0	0
Bilanzsumme	**6.425**	**100**	**6.202**	**100**	**3.831**	**100**	**223**	**4**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	37	1	37	1	37	1	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	36	1	22	0	4	0	14	64
Rückstellungen	216	3	200	3	187	5	16	8
Verbindlichkeiten	6.136	95	5.943	96	3.603	94	193	3
Bilanzsumme	**6.425**	**100**	**6.202**	**100**	**3.831**	**100**	**223**	**4**

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	6.081	4.596	6.036
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	169	2.161	403
sonstige betriebliche Erträge	919	918	887
Materialaufwand	1.319	1.480	1.203
Personalaufwand	5.679	6.009	6.003
Abschreibungen	12	8	3
sonstige betriebliche Aufwendungen	159	178	115
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	1
sonstige Steuern	0	0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	12	8	3	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	17	17	17	T€
Personalaufwandsquote:	79,22	78,29	81,94	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,57	0,41	0,22	%
Eigenkapitalquote:	0,58	0,60	0,97	%
Fremdkapitalquote:	99,42	99,40	99,03	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Entgelt	57,00	48,00	62,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung	5,00	8,00	7,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	78,00	70,00	71,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Ressorts Beschäftigungsförderung der Stadt in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie im Vorjahr, auch im Jahr 2011 erfüllen.

Seit dem Februar 2008 ist der Beigeordnete für Wirtschaft und Arbeit, Herr Wolfram Neumann, Vorsitzender des Betriebsausschusses.
Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Im Mai und Juni 2011 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 des EfA durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mittelrheinische Treuhand GmbH geprüft.
Mit dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes wurde die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt. Es wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.
Der Jahresabschluss 2010 wurde am 26.10.2011 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 Eigen BG LSA die Entlastung erteilt.

Schon im Februar des Jahres 2011 hat der EfA vorfristig die Genehmigung zum Vollzug des Wirtschaftsplanes 2011 durch das Landesverwaltungsamt erhalten.
Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäftsjahr entsprechend der im Vorjahr vorgelegten Planungen umgesetzt werden.

Die Zusammenarbeit mit der ARGE SGB II Halle GmbH (ARGE) hat sich im Geschäftsjahr weiterhin stabil gestaltet. Kleine Probleme werden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung der ARGE und der Betriebsleitung gibt es regelmäßige Zusammenkünfte.
Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung der ARGE und der Betriebsleitung des EfA war im Geschäftsjahr 2011 geprägt von der Novellierung des SGB II und dem damit verbundenen Trägerschaftswechsel von der ARGE SGB II Halle GmbH zum Jobcenter und der inhaltlichen Ausrichtung am Förderinstrument Bürgerarbeit.

Das interne Controlling System (IKS) nach dem 6-Augen-Prinzip, das in Absprache mit dem Rechnungsprüfungsamt im Jahr 2009 implementiert wurde, hat sich als nützliches und effektives Steuerungsinstrument erwiesen.
Mit den Arbeitsbereichen Eigene Projekte, Trägerberatung und Service sowie Finanzen und EDV ist der EfA so strukturiert, dass er jederzeit kommende oder zusätzliche Aufgaben wie die mit Stichtag zum 15.01.2011 gestartete Bürgerarbeit ohne Gefährdung der bestehenden Instrumente des SGB II übernehmen und realisieren kann.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2011 nachfolgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen.

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung Entgelt nach § 16 d SGB II
  (8 bis 12 Monate).

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (1 € Jobs) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II
  (8 bis 12 Monate).

- „Aktiv in Rente“ - Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü 50 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds
  (36 Monate)

- „Kommunal-Kombi“ - Tarifgebundenes Förderprogramm des Bundes mit Beteiligung des Landes und der Stadt für Langzeitarbeitslose mit einer um 100 € erhöhten Förderung für Arbeitnehmer Ü 50.
  (36 Monate).

- Bürgerarbeit Arbeitsplatzförderung des Bundes für Langzeitarbeitslose mit mehreren Erwerbshemmnissen incl. eines Coaching durch Bildungsträger über den Bewilligungszeitraum
  (36 Monate).

- Tarifgebundene Arbeitsplatzförderung des Bundes nach § 16 e SGB II für Langzeitarbeitslose mit zwei weiteren Erwerbshemmnissen
  (24 Monate).

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2011 durchschnittlich nachfolgende Jahresarbeitsverträge in den entsprechenden Förderinstrumenten realisiert.

Entgelt*	24 Arbeitnehmer
Aktiv in Rente	100 Arbeitnehmer (*davon 67 als Entgelt, 33 als 1 € Job)
Mehraufwand*	25 Arbeitnehmer
Kommunal-Kombi	49 Arbeitnehmer
Bürgerarbeit	194 Arbeitnehmer
§16 e SGB II	1 Arbeitnehmer
Ohne Förderung	30 Arbeitnehmer
Gesamt:	423 Arbeitnehmer mit Arbeitsvertrag beim EfA

* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit. Daher Mehrfachbesetzung

Darüber hinaus hat der EfA bei Dritten weitere 222 Arbeitnehmer im Förderprogramm Kommunal-Kombi finanziert. Im Rahmen der Förderung Halle 500 konnten insgesamt 252 Arbeitsstellen mitfinanziert werden in denen ca. 380 Jugendliche* gefördert wurden.

Unter Berücksichtigung der unterjährigen Laufzeit konnten **ca. 1.050 Leistungsempfänger in Arbeit** gebracht werden.

Besonders hervor zu heben ist dabei, dass mit den Förderprogrammen „Aktiv in Rente“, „Kommunal-Kombi“, Bürgerarbeit und Beschäftigungszuschuss nach § 16 e SGB II für **595 Arbeitnehmer Arbeitsplätze für 3 Jahre sozialversicherungspflichtig** eingerichtet werden konnten. **Im Dezember konnte diese Zahl sogar auf 710 gesteigert werden.**

Im Vergleich zum Vorjahr konnten, bei geringfügig erhöhtem Gesamtbudget, weniger Leistungsempfänger in Arbeit gebracht werden. Ursächlich dafür sind die Veränderungen im Bereich der Förderinstrumente Mehraufwand (1€ Job) und Entgelt. Mit 90 Plätzen in einer Förderung durch Mehraufwand hat gegenüber den Vorjahren eine deutliche Verschiebung zu den auch kommunal teureren Finanzierungen von Entgeltmaßnahmen stattgefunden.
Diese Verschiebung hat vor allem Auswirkungen auf die Reduzierung der Passivleistungen des Grundsicherungsträgers gehabt. Diese Tendenz hat sich mit Einführung und Umsetzung der beschlossenen Bürgerarbeit fortgesetzt.
Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate) hat es dabei **eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses** weg von der ARGE (Jobcenter) hin zu Bund, Land und Kommune gegeben. Dies ist auch bei zukünftigen Maßnahmeplanungen wie derzeit die Maßnahmen im Förderprogramm „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ zu berücksichtigen. Die damit einhergehende Neuausrichtung der Arbeitsmarktmaßnahmen durch den Bund setzt eine deutlich höhere kommunale Beteiligung voraus.

Zur Durchführung der Projekte wurden folgende Mittel eingesetzt:

	EURO
Zuschüsse der Stadt	2.456.000
Mittel des Bundes	2.677.336
Mittel des Landes	675.288
Mittel des Jobcenter Halle	1.289.295
Summe	7.097.919

Damit beteiligt sich die Stadt Halle mit ca.34 % an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. In den Vorjahren lag diese Quote bei ca. 30 %.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	2011	2010	2009
TEUR			
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	12,0	12,0	12,0
Jahresgewinn/-verlust	0,0	0,0	0,0
	37,0	37,0	37,0

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2010	Inanspruch-nahme	Auflösung	Zuführung	2011
	TEUR				
Jahresabschlusserstellung und Prüfung	11,1	11,1	0,0	10,6	10,6
Strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	88,8	0,2	20,9	22,8	90,5
Übrige Rückstellungen	99,7	55,4	0,0	70,8	115,1
	199,6	**66,7**	**20,9**	**104,2**	**216,2**

2.2 Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2011	2010
	TEUR	TEUR
a Zuschüsse des Jobcenter Halle	2.601,4	3.475,2
b Zuschüsse Land / ESF	1.005,0	170,7
c Zuschüsse Bund	913,9	0,0
d Zuschüsse Stadt	1.560,5	950,3
e Sonstige betriebliche Erträge	909,9	912,7
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	9,5	5,5
	7.000,2	**5.514,4**

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2011	2010
	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter	4.733,3	5.010,7
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	946,1	998,6
- davon für die Altersversorgung	24,8	45,8
	5.679,4	**6.009,3**

3. Aufgaben und Entwicklung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2012

Im Juni 2012 hat der Betriebsleiter dem Stadtrat und seinen Gremien auf dessen Beschluss eine „Analyse der Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung in Halle (Saale) aus Sicht des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung“ vorgelegt. Vor diesem Hintergrund sind hier die wesentlichen jahresspezifischen Entwicklungseckpunkte dargestellt.

Auch im Jahr 2012 hat der Eigenbetrieb den Auftrag des Stadtrates, Beschäftigungs-maßnahmen für langzeitarbeitslose Empfänger von Arbeitslosengeld II zu beantragen oder zu bearbeiten und durchzuführen.
Es sollen Maßnahmen sein, bei denen die Arbeitnehmer einen Arbeitsvertrag mit dem EfA oder anderen Arbeitgebern abschließen und dadurch aus dem passiven Leistungsbezug von „Arbeitslosengeld II“ und „Kosten der Unterkunft“ ausscheiden bzw. diese zu reduzieren. Die dabei erzielten Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft entlasten den kommunalen Haushalt. Allerdings werden bei den Berechnungsmodalitäten des SGB II zunächst die Leistungen nach dem „Arbeitslosengeld II“, also die Mittel des Bundes und dann erst die Mittel der Kommune in den Leistungen für die „Kosten der Unterkunft“ entlastet. Hier muss es zu einer **besseren Verteilungsgerechtigkeit** kommen, z.B. durch eine jeweilig anteilige Entlastung. Dieser Forderung ist **vor allem vor dem Aspekt steigender kommunaler Anteile an den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Nachdruck zu verleihen**.

Neben den dargestellten Effekten zur Verschiebung der kommunalen Kosten im Leistungsbereichen werden außerdem eine kommunale Wertschöpfung und ausgleichende sozialpolitische Effekte für die Stadt erzielt.

Auch unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es **weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand**, die im kommunalen Haushalt nicht zu Effekten führen, zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt und zur Sicherung des so genannten „sozialen Friedens“ durchzuführen.

Das Bundesverwaltungsamt hat in den ersten Monaten seiner Bearbeitung des Förderprogrammes deutlich gemacht, dass ein arbeitsmarktpolitischer Konsens in der Stadt Halle oder gar im Land Sachsen-Anhalt über förderfähige Projekte kein Kriterium darstellt.
Aus der Bewilligungspraxis konnte abgeleitet werden, wenn der Bürger will, dass es schön und sauber ist, dann soll er auch dafür zahlen und Arbeitsplätze schaffen. Abweichend vom Wirtschaftsplan sieht die derzeitige Umsetzungsplanung für die Bürgerarbeit vor, dass der EfA mit Verzicht auf andere Maßnahmen insgesamt 602 Arbeitsplätze umsetzt, davon 380 mit direkter arbeitsvertraglicher Bindung und 222 in Kooperation mit anderen Trägern. Die Tätigkeitsschwerpunkte sind dabei in der Prävention, der Schulwegsbegleitung, der gesunden Ernährung und der unterstützenden Betreuung an Grundschulen und Kitas, im Sport und der städtischen Infrastruktur

Seit Oktober 2008 wird das **Förderprogramm Kommunal-Kombi** des Bundes mit Beteiligung des Landes und der Stadt umgesetzt. Hierbei hat der EfA für die Stadt Halle die Bewirtschaftung sowohl der kommunalen als auch der Landesmittel übernommen.
Der EfA konnte alle durch die Landesbudgetierung vorgegebenen 192 Stellen realisieren.
Im Rahmen der Bewilligungsverfahren hat die Stadt Halle vom Land ein Budget erhalten, das sie im Auftrag des Landes zu bewilligen bzw. bescheiden und abzurechnen hat. Da auch hier im Rahmen der Bundesmittel ESF-Mittel eingesetzt werden, ist die Verwendungsnachweisprüfung genauso aufwendig wie beim kommunalen Rahmenprogramm. Im EfA wird diese Verwendungsnachweisprüfung schon seit dem Tag der Bewilligung durch die Stadt an den freien Träger so umgesetzt, dass mit Abschluss des Programms in diesem Herbst nur noch die letzten Monate zu prüfen sind. Mit Blick auf eine gesamtstädtische Effizienz wird sich auch das Rechnungsprüfungsamt jetzt schon zu diesem Zeitpunkt beteiligen. Nützliches Steuerungselement ist dabei das in den Jahren 2008 und 2009 eingeführte interne Controlling (IKS).

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte sind, abweichend vom beschlossenen Wirtschaftsplan im Haushalt der Stadt Halle für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung im Jahr 2012 Zuschüsse in Höhe von

2.563.200 EURO.

eingeplant. Damit wurden nach Beschluss des Wirtschaftsplanes 2012 insgesamt 284.800 € der Haushaltskonsolidierung zugeführt. Der Wirtschaftsplan 2012 ist durch das Landesverwaltungsamt mit Auflagen zum Vollzug freigegeben.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen des Jobcenters in Höhe von

792.000 EURO

und Mittel des Bunde und Landes in Höhe von

7.280.800 EURO

Als Fördermittel für alle Maßnahmen eingeplant.

Da derzeit fast alle Maßnahmen mit einer Laufzeit von 3 Jahren bewilligt sind, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen für die Jahre 2012 bis 2015 sich wie folgt darstellt.

2012	1.100 Maßnahmeplätze
2013	1.000 Maßnahmeplätze
2014	650 Maßnahmeplätze
2015	400 Maßnahmeplätze

Vor diesem Hintergrund sind, mit dem Blick auf das Jahr 2015 und die sich abzeichnende Entwicklung am Arbeitsmarkt, Personalentwicklungsmaßnahmen für die Mitarbeiter des Eigenbetriebes zu entwickeln und eine inhaltliche arbeitsmarkt- und / oder sozialpolitische Ausrichtung des Betriebes anzugehen.

Eigenbetrieb Kindertagesstätten*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Am Stadion 5 06122 Halle (Saale)
Rechtsform:	Eigenbetrieb
Stammkapital in T€:	0

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)		100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Zweck des Eigenbetriebes ist der Betrieb und die Bewirtschaftung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem KiFöG, nach welchem die Stadt dazu verpflichtet ist, Kinderbetreuungsplätze anzubieten und dementsprechend auch einzurichten.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		Kreisel, Jens
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Kogge, Tobias
		Dr. Brock, Inés
		Haupt, Hanna
		Haupt, Ute
		Knöchel, Swen
		Kovacs, Gabriele
		Scholtyssek, Andreas
		Weiß, Silvia
		Wolff, Sabine

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	34.985	81	34.846	81	29.592	78	139	0
Umlaufvermögen	8.027	19	8.209	19	8.302	22	-182	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	10	0	35	0	-10	-100
Bilanzsumme	**43.012**	**100**	**43.065**	**100**	**37.929**	**100**	**-53**	**0**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	21.086	49	21.555	50	19.883	52	-469	-2
Sonderposten für Investitionszulagen	9.979	23	9.968	23	6.135	16	11	0
Rückstellungen	5.641	13	5.220	12	5.150	14	421	8
Verbindlichkeiten	6.092	14	6.106	14	6.676	18	-14	0
Rechnungsabgrenzungsposten	214	1	216	1	85	0	-2	-1
Bilanzsumme	**43.012**	**100**	**43.065**	**100**	**37.929**	**100**	**-53**	**0**

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	31.341	30.700	5.831
sonstige betriebliche Erträge[1)]	941	738	23.966
Materialaufwand	46	40	
Personalaufwand	23.638	22.666	22.184
Abschreibungen	1.114	988	2.272
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.059	5.384	5.020
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26	12	33
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	414	415	261
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	37	1.957	93
außerordentliche Aufwendungen		285	
außerordentliches Ergebnis		-285	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	37	1.672	93
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	37	1.672	93

[1)] In 2009 wurden die Zuschüsse unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen, in den Folgejahren unter den Umsatzerlösen.

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität[2)]:	0,12	5,45	1,59	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,18	8,41	0,47	%
Cash-Flow:	1.151	2.659	2.365	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	50	48	46	T€
Personalaufwandsquote:	73,22	72,10	74,45	%

[2)] In 2009 wurden die Zuschüsse unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen, in den Folgejahren unter Umsatzerlöse. Ein Vergleich mit 2009 kann daher nur eingeschränkt erfolgen.

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	81,20	80,82	77,94	%
Eigenkapitalquote:	49,02	50,05	52,42	%
Fremdkapitalquote:	50,98	49,95	47,58	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Betreuungsstunden	9.456.462,00	9.120.375,00	8.711.724,00	Std.
Betreuungskosten[3)]	3,33	3,19	3,26	€/Std.
davon Personalkosten	2,49	2,45	2,55	€/Std.
davon Sachkosten	0,84	0,73	0,71	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.244,00	5.128,00	5.007,00	Anzahl

[3)] Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

e) Lagebericht

Vorausschauende Aussagen

Dieser Lagebericht enthält unter Umständen zukunftsorientierte Aussagen. Diese beruhen auf unseren Ansichten und Annahmen, die ihrerseits auf verfügbaren Informationen basieren.

Sämtliche im Lagebericht enthaltenen Aussagen, die keine vergangenheitsbezogenen Tatsachen darstellen, sind vorausschauende Aussagen. Diese zukunftsbezogenen Aussagen resultieren aus aktuellen Erwartungen sowie unseren darauf basierenden Annahmen, die wir unter anderem bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen und branchenbezogenen Entwicklung getroffen haben. Wörter wie „erwarten“, „glauben“, „rechnen mit“, „fortführen“, „schätzen“, „beabsichtigen“, „davon ausgehen“, „planen,“ „sollen“, „sollten“, „können“, und „werden“ sowie ähnliche Begriffe in Bezug auf den Lagebericht des Eigenbetriebes Kindertagesstätten sollen solche vorausschauenden Aussagen kennzeichnen.

Sämtliche vorausschauenden Aussagen unterliegen unterschiedlichen Risiken und Unsicherheiten, durch die die tatsächlichen Ergebnisse von den Erwartungen abweichen können. Die vorausschauenden Aussagen geben die Sicht zum Zeitpunkt wieder, zu dem sie getätigt wurden.

Wir übernehmen keine Verpflichtungen gegenüber der Öffentlichkeit vorausschauende Aussagen auf Grund von neuen Informationen, künftigen Ereignissen oder anderen Gründen zu aktualisieren oder zu korrigieren.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

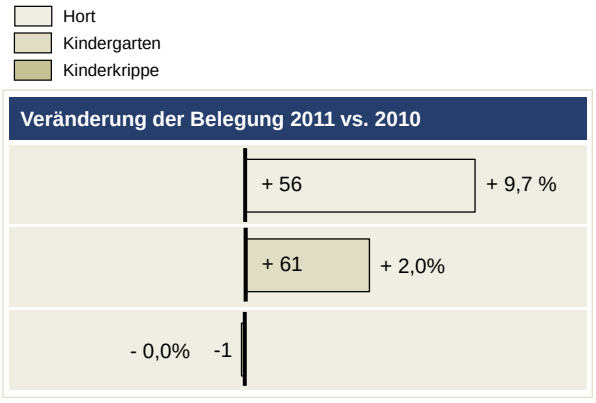
Geschäftsentwicklung

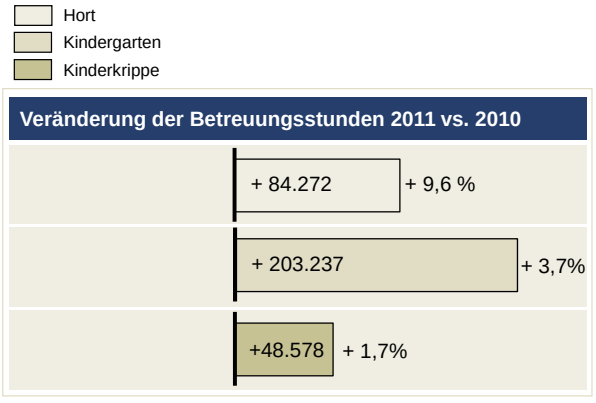
Im Berichtsjahr 2011 blieb die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr gleich.

Das Jahr 2011 schließt der Eigenbetrieb mit einem positiven Betriebsergebnis nach Risiko und Bewertung in Höhe von 37.060,99 € ab. Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Belegung der zur Verfügung stehenden Kindertagesstättenplätze ist auch im Berichtszeitraum 2011 weiterhin ansteigend. Lediglich im Bereich der Kinderkrippen ist die Belegung gleichbleibend jedoch die Betreuungsstunden ansteigend.

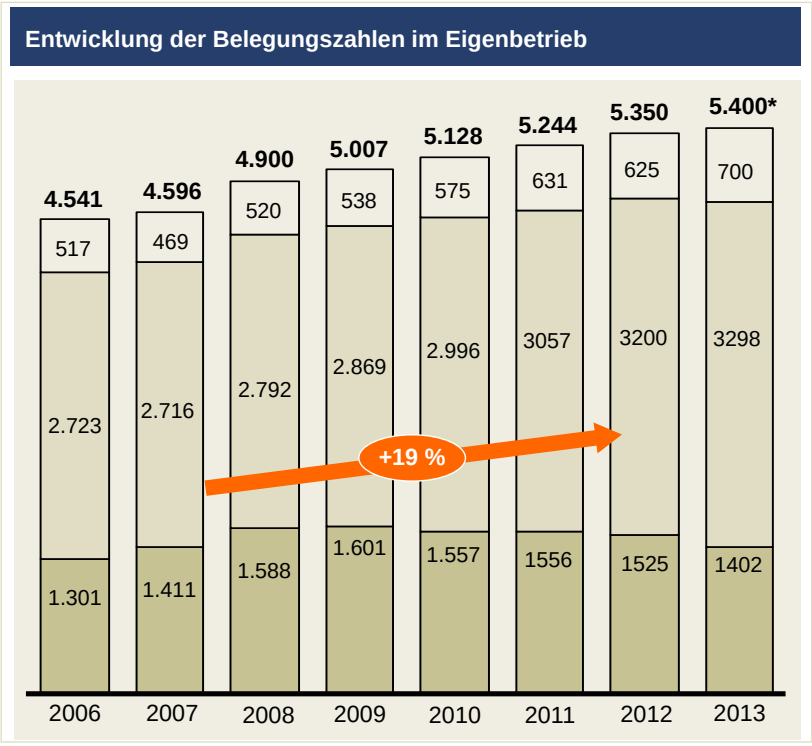
Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ergab sich folgende Entwicklung:



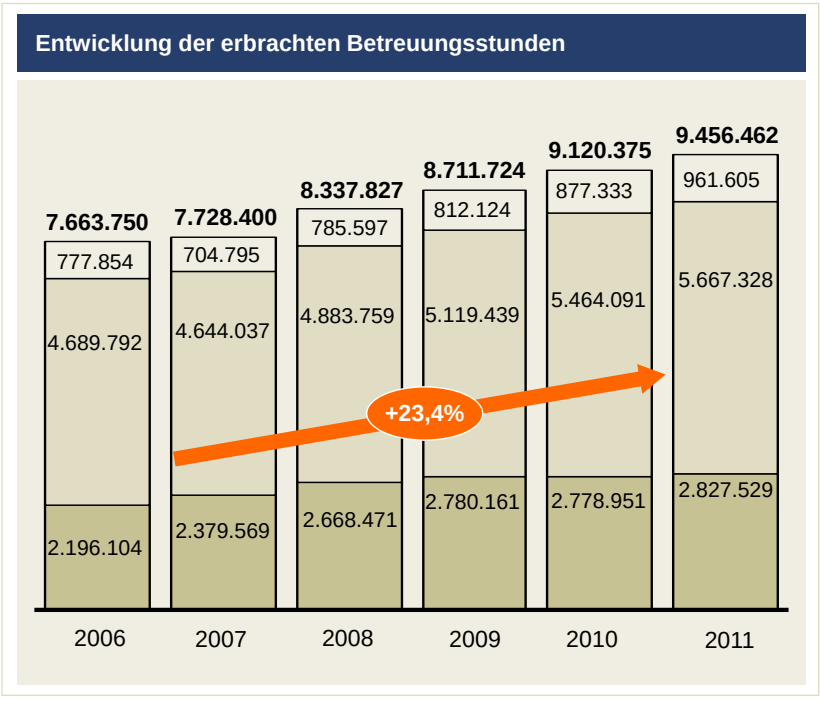


Gegenüber dem Gründungsjahr stieg die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes um 19 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2010 um 2,2 Prozentpunkte – absolut um 116 Plätze.

Im Vergleich zum Gründungsjahr betreute der Eigenbetrieb Kindertagesstätten damit im Jahresdurchschnitt 2011 absolut 587 Kinder mehr.



Bei den erbrachten Betreuungsstunden konnte der Eigenbetrieb im Berichtszeitraum eine Steigerung um 3,6 Prozent zum Vergleichszeitraum 2010 verzeichnen. Seit Gründung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten stiegen die erbrachten Betreuungsstunden damit um 23,4 Prozent.



Weiterhin positive Entwicklung

In der Stadt Halle (Saale) vollzieht sich eine weiterhin positive Entwicklung. Parallel dazu verzeichneten die Stadt Halle (Saale) und der Eigenbetrieb ein verändertes Nutzungsverhalten, welches sich auch positiv auf die Auslastung der Kindertageseinrichtungen auswirkt.

Nach der empirica-Prognose wird die Zahl der Kinder im Alter 0-6 Jahre in der Stadt Halle in den nächsten Jahren weiter leicht ansteigen.
Selbst unter Zugrundelegung einer konstanten Versorgungsquote von 84% werden daher in den kommenden Jahren die stadtweit vorhandenen Betreuungskapazitäten nicht mehr ausreichen (Peak 2016/17, Bedarf bei ca. 10.500 Plätzen).

Die Bedarfsentwicklung unterliegt dabei einer starken teilräumlichen Komponente. Während das Defizit in der inneren Stadt bis 2017/2018 auf etwa 1200 Plätze steigt und danach bis 2025 auf den heutigen Wert zurückgeht (ca.400-450), stagniert der Bedarf im Stadtbezirk West sowie im südlichen Stadtgebiet bis 2017/18 und sinkt anschließend in leicht absteigender Kurve bis 2025 linear weiter.

Daher ist aus Sicht des Eigenbetriebes Kindertagesstätten folgendes zu berücksichtigen:

- Da das Modell der linearen Gleichverteilung Zentralitätseffekte ausblendet (z.B. höhere Arbeitsplatzdichte), ist das tatsächliche Angebotsdefizit in der inneren Stadt vermutlich höher.

- Aufgrund der im Stadtmaßstab guten Versorgungssituation führen Angebotsausweitungen in der inneren Stadt mittelfristig zu Unterauslastungen in den heutigen Ausgleichsgebieten.

- Kommt es in der inneren Stadt wie prognostiziert zur Erhöhung des Nachfrageüberhangs ohne einen entsprechenden Angebotsausbau, werden die Überkapazitäten im Stadtbezirk West und im südlichen Stadtgebiet weiterhin als Ausgleich benötigt.

- Alle Kapazitäten, die in der inneren Stadt über das heutige Defizit hinaus neu geschaffen werden, sind bei konstantem Versorgungsgrad (=Betreuungsquote) nach 2025 überhängig. Bei Abbau der Überkapazitäten andernorts könnten sich Pendlerströme umkehren.

Im Vergleich zu anderen ostdeutschen Großstädten (z.B. Leipzig) besteht in Halle ein quantitativ gutes Angebot an KITA-Betreuungsplätzen. Den in den kommenden Jahren zu erwartenden Nachfragesteigerungen muss aufgrund des langfristig sinkenden Bedarfs ein moderates und stadträumlich differenziertes Neubau- und Sanierungsprogramm gegenübergestellt werden.

Bei „Übersetzung“ dieser Überlegungen in die Bedarfs- und Entwicklungsplanung sind ggf. die gegenüber der empirica-Prognose höheren Kinderzahlen, sowie der möglicherweise länger anhaltende Trend steigender Betreuungsquoten zu berücksichtigen.

Der Anteil der außerhalb ihres Wohnbezirks betreuten Kinder ist relativ gering, wird aber aufgrund teilräumlicher Nachfragesteigerungen in der inneren Stadt weiter ansteigen, wenn keine entsprechenden Angebotsausweitungen erfolgen.

Aufgrund der Wettbewerbssituation muss aus Sicht des EB KITA daher ein maßvoller Ausbau der Kapazitäten in der inneren Stadt erfolgen, der sowohl das Marktverhalten der Freien Träger, die Nachfragewünsche im eigenen Betreuungsbereich, den baulichen und energetischen Ausstattungszustand der Einrichtungen als auch die langfristige, teilräumliche Nachfrageentwicklung einbezieht.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Auslastung und die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes werden auch im Wirtschaftsjahr 2012/2013 weiter ansteigen.

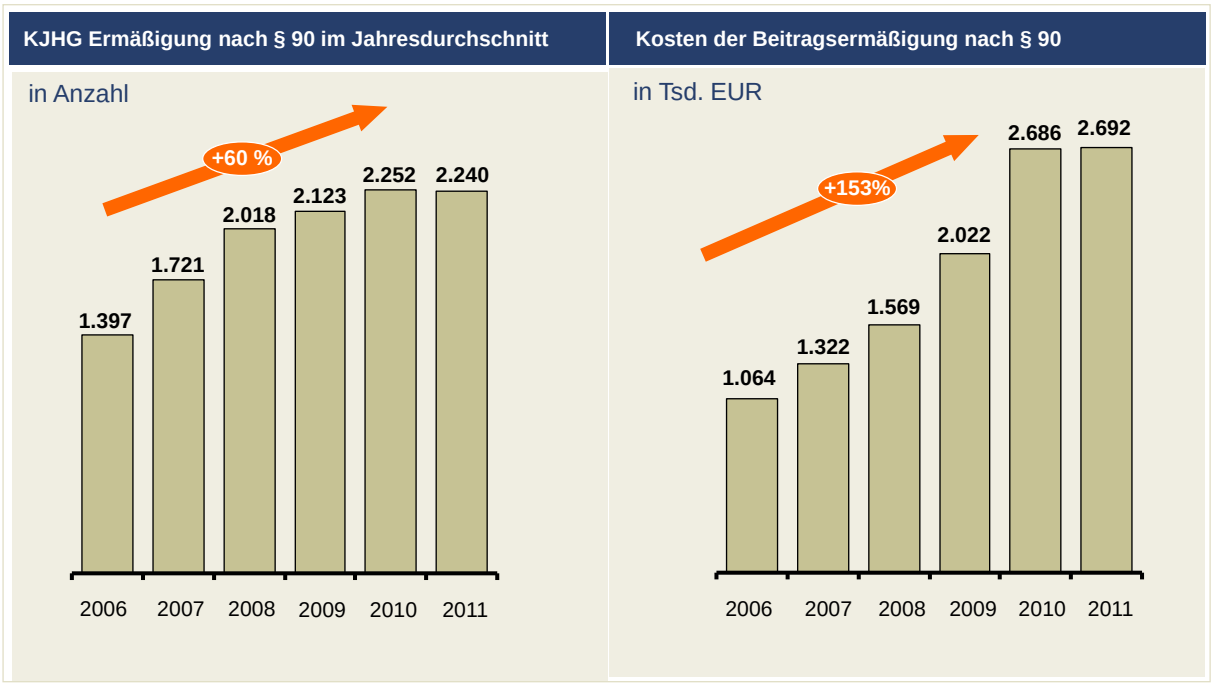
Der Eigenbetrieb Kindertagesstätte geht derzeit davon aus, dass gegenüber dem Berichtszeitraum 2011 die durchschnittliche Belegungszahl um weitere 250 Kinder gesteigert werden kann.

Diese Entwicklung führt zu Erlössteigerungen bei den platzbezogenen Zuschüssen. Der Planwert der Benutzungsgebühren wird im Wirtschaftsjahr 2012 voraussichtlich erreicht werden können.

Parallel dazu prognostizieren wir Mehreinnahmen bei KJHG-Ermäßigungen. Hauptursache dafür ist, dass in den vergangenen Jahren zunehmend Eltern Anspruch auf Ermäßigungen haben und diesen geltend machen.

Der dann eintretende Mechanismus sind sinkende Erlöse aus Benutzungsgebühren und steigende Erlöse aus Ermäßigungen. Diese Unter- /Überschreitungen werden sich unterjährig jedoch nicht abbilden, sondern erst im Rahmen von Nachforderungen nach Erstellung des Jahresabschlusses 2012.

Auch gegenüber dem Berichtszeitraum 2010 verzeichnet der Eigenbetrieb Kindertagesstätten einen leicht ansteigenden Trend in der Höhe der Beitragsermäßigungen, wenngleich die Anzahl der KJHG-Ermäßigungen stagnierte.



Diese gesetzliche Ermäßigung dient letztlich auch dazu, Einkommensunterschiede auszugleichen und somit den Zugang zu frühkindlicher Bildung jedem zu ermöglichen.

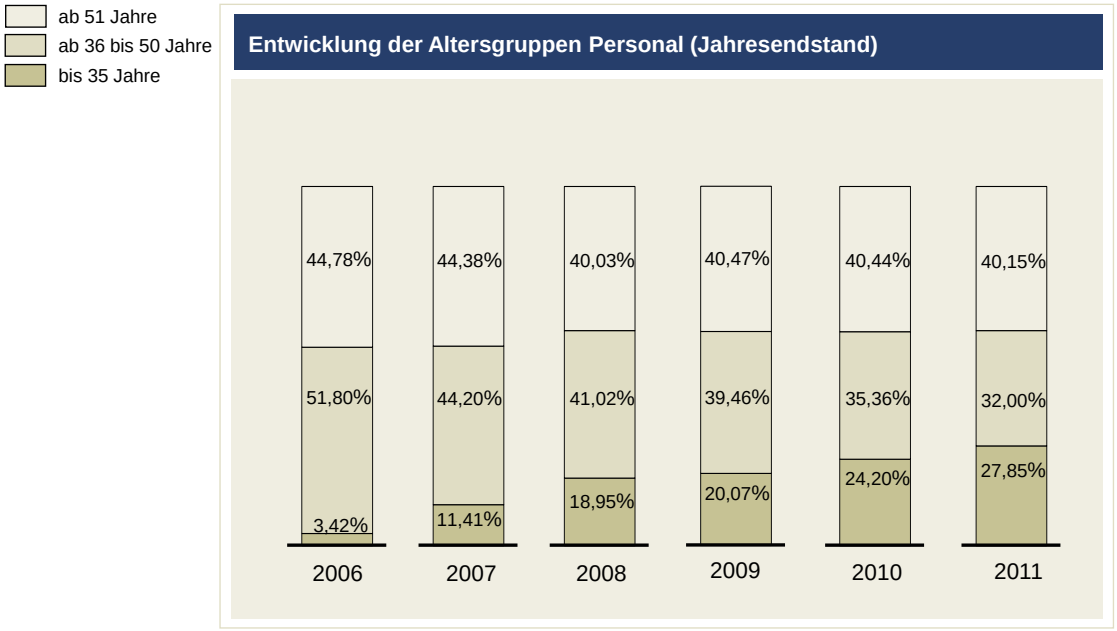
Mitarbeiter

Die Mitarbeiterzahl betrug im Jahresmittel 643,75. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (KiFöG, § 21, Abs. (2), Nr. 1 & 2) ergibt sich die Beschäftigtenanzahl anhand der Kinderzahlen und des geltenden Mindestpersonalschlüssels. Durch diese gesetzliche Einschränkung ist eine freie Inputwahl eingeschränkt und in der Folge dessen eine Reduzierung der Stellenanzahl in den Kindertagesstätten nur mit sinkenden Kinderzahlen möglich.
Durch die in Aussicht gestellte Novellierung der gesetzlichen Vorgaben ist mit Einführung eines Ganztagsanspruches jedoch eher mit steigenden Beschäftigtenzahlen zu rechnen.
Auch im Jahre 2011 wurden umfangreiche Aktivitäten zur Erhaltung und kontinuierlichen Qualifikation der Mitarbeiter fortgesetzt.

Vor Tarifvertragsabschluss (2005) waren im Eigenbetrieb Kindertagesstätten 510 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Kindertagesstätten beschäftigt. Es zeichnete sich ein erheblicher Umbaubedarf ab:

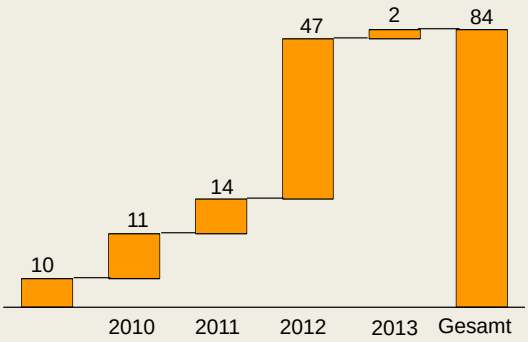
- drohende Überalterung der Belegschaft
- kaum junge Fachkräfte im Eigenbetrieb
- massive Austrittswelle durch Verrentung bis 2013 und darüber hinaus
- Halbierung der Schulabgängerzahlen / fehlender Nachwuchs an Fachkräften.

Diese festgestellten Bedarfe für Personalentwicklung haben den Eigenbetrieb in den vergangenen Jahren beschäftigt. In seinen Bemühungen des Umbaus wurden erhebliche Fortschritte erzielt.



In der Altersgruppe bis 35 Jahre erfolgte in den vergangenen Jahren ein Anstieg um +24,4 %, absolut um 188 Mitarbeiter. Allein 84 planbare Abgänge durch Verrentung und Altersteilzeit bis 2013 stellten die Personalentwicklung im Eigenbetrieb vor erhebliche Herausforderungen.

IST Situatation Abgänge (Altersrente)



Im Zeitraum 2009 bis 2013 haben und werden den Eigenbetrieb Kindertagesstätten weiterhin hochqualifizierte Fachkräfte in Größenordnungen (84 Mitarbeiterinnen) durch das Erreichen der Altersgrenze verlassen. Es ergibt sich im Jahr 2012 allerdings ein rasanter Anstieg der Verrentungen.

Herausforderungen für die Personalentwicklung

Teamstruktur entsprechend der planbaren Abgänge anpassen (Umsetzungen) um betriebliche Abläufe sicherzustellen.

Verlauf: +

Damit einhergehende Teamentwicklungsprozesse planen und steuern.

Verlauf: +

Einstellung von jungen Nachwuchskräften um eine „gesunde“ Altersstruktur zu erreichen und zu halten.

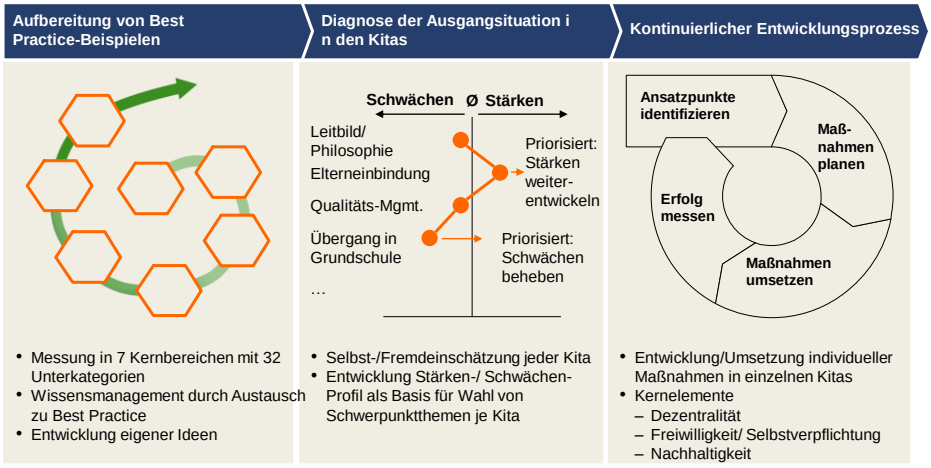
Verlauf: +

Qualitätsentwicklung

Neben dem Ausbau der Kinderbetreuungskapazitäten mit dem Ziel, bundesweit ab dem Jahr 2013 jedem Kind mit Vollendung des ersten Lebensjahres die Möglichkeit der Betreuung in einer Einrichtung oder in der Tagespflege zu garantieren, rücken zunehmend auch qualitative Aspekte und vor allem die frühkindliche Bildung in den Fokus der interessierten Öffentlichkeit.

Bund und Länder haben deshalb in der *Qualifizierungsinitiative für Deutschland* auch qualitative Verbesserungen hinsichtlich des Betreuungspersonals und der Sprachförderung zum Ziel erklärt.

Mit dem Projekt Kita-Frühling ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten Halle (Saale) bereits seit dem Jahr 2007 aktiv um ein wissenschaftlich fundiertes, ganzheitliches System zur Evaluierung und Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsqualität bemüht und nimmt damit eine Vorreiterrolle in Sachen Qualitätsmanagement im Bereich Kinderbetreuung ein.



Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass eine deutlich höhere Aufmerksamkeit gegenüber der Institution Kindertagesstätten auf der Nutzerseite zu verzeichnen ist und Konsens zur Bedeutung der Kindertagesbetreuung für die individuelle Entwicklung von Kindern besteht. Denn in kaum einem anderen Land haben sowohl die soziale als auch die kulturelle Herkunft der Kinder einen so großen Einfluss auf ihre Bildungskarriere wie in Deutschland.

Chancen und Risiken

Die Bildungslandschaft ist vielfältigen Veränderungsprozessen ausgesetzt, von denen beispielhaft zu nennen seien:

- Gesamtgesellschaftlich höhere Aufmerksamkeit für Bildungsthemen in Kindertagesstätten, damit verbunden kritischere Betrachtung von Institutionen auf der Nutzerseite
- Gesellschaftlicher Konsens zur Bedeutung der Kindertagesbetreuung für die individuelle Entwicklung von Kindern sowie als Voraussetzung für den Arbeitsmarkt
- Demographischer Wandel führt zu Rückgang der Zielgruppen, damit verbunden Bedeutung des Marketing zunehmend erkannt
- Fachkräftemangel insbesondere in dem Erzieherbereich
- Steigender Konkurrenzdruck zwischen Bildungseinrichtungen durch Vergleichstests, sowie zwischen ganzen Bildungssystemen z.B. internationale Vergleichsstudien (z.B. PISA)

Vor dem Hintergrund dieser und anderer Entwicklungen sehen sich alle Akteure der Bildungslandschaft vielfältigen Herausforderungen gegenüber gestellt: z.B.

- Einführung/Anpassung von Finanzsystemen zur Verbesserung der Anreiz- und Steuerungswirkung
- Schaffung leistungsfähiger, flexibler Strukturen
- Aufbau eines professionellen Marketing
- Einführung von Strategien zur Personalgewinnung und kontinuierlichen –Entwicklung
- Professionelles Qualitäts-Management
- Anpassung des eigenen Engagements an die verringerten finanziellen Möglichkeiten

Aus diesen Herausforderungen lassen sich folgende Chancen und Risiken ableiten:

- ***Professionalisierung und Akademisierung:***

Den Erkenntnissen der Hirnforschung zur Bedeutung der ersten Lernphase entsprechend steigen die Ansprüche an die Ausbildung von Erzieherinnen. Während die Ausbildung von Nachwuchskräften schrittweise an Hoch- bzw. Fachhochschulniveau herangeführt wird, bleibt das Problem der Weiterqualifizierung der bereits im Beruf stehenden Fachkräfte weitgehend ungelöst. Konventionelle Wege der Weiterbildung können angesichts des massiven Qualifizierungsbedarfs und der Größe des Berufsstands nicht ausreichen.

- ***Versorgungsgrad:***

Die Angebotslage ist in vielen Randregionen geprägt von Überversorgung angesichts kontinuierlich zurückgehender Kinderzahlen einerseits und einem deutlichen Nachfrageüberhang insbesondere in guten Wohn- und zentrumsnahen Lagen andererseits.

- ***Bildungsanspruch:***

In allen Bundesländern liegen seit einigen Jahren erstmals verbindliche Bildungspläne für Kitas vor, die Kindertagesstätten eindeutig als Bildungseinrichtungen begreifen. Erzieherinnen müssen ihr Selbstverständnis entsprechend ändern und sich primär als Lehrkräfte verstehen, sind aber zugleich auf diese Aufgabe nur unzureichend vorbereitet.

- ***Qualität:***

Ähnlich wie im Gesundheitsbereich wird auch die Kindertagesbetreuung schrittweise von einem bisher kaum ausgeprägten Qualitätsbewusstsein durchdrungen, das alle relevanten Bereiche von Betreuung, Bildung und Erziehung umfasst. Eltern wählen Kitas immer stärker primär nach Qualitätsgesichtspunkten aus.

- ***Kommerzialisierung:***

Privatwirtschaftlich agierende Betreiber von Kindertagesstätten drängen in den Markt und verändern die Landschaft; diese Tendenz wird durch die Einbindung kommerzieller Kita-Träger in die öffentliche Finanzierung in den nächsten Jahren zusätzlich verstärkt. EU- und Bundesgesetzgebung werden zukünftig darauf ausgerichtet.

Bestehende Risiken werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten mit folgenden Maßnahmen gemindert:

Dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist daran gelegen, Chancen zu nutzen und Risiken zu begrenzen. Demzufolge ist das Risikomanagement integraler Bestandteil unserer Unternehmensführung.

Es basiert auf einem systematischen, den gesamten Betrieb umfassenden Prozess der Risikoerkennung, -bewertung und -steuerung. Ein dafür notwendiges Controlling und Reporting wurde aufgebaut und etabliert. Auf diese Weise können wir ungünstige Entwicklungen frühzeitig erkennen und rasch gegensteuern.

Wesentliche Maßnahmen und Ereignisse im Wirtschaftsjahr 2011

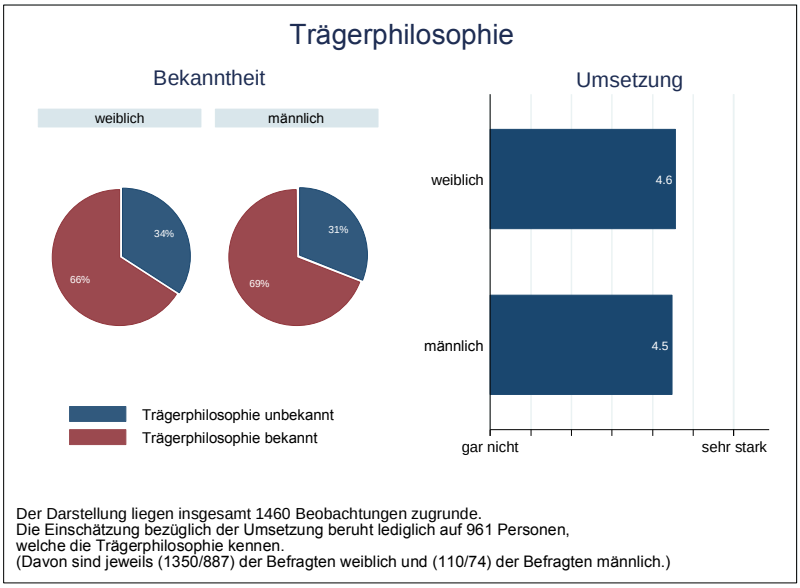
Elternbefragung in den Einrichtungen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten

In Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Ökonometrie und Statistik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurden alle Familien, deren Kinder eine Einrichtung des städtischen Eigenbetriebs Kindertagesstätten besuchen, detailliert zu ihrer Einschätzung verschiedener Qualitätsaspekte und Verbesserungsvorschlägen befragt.

Durch zahlreiche positive Rückmeldungen sowie eine unerwartet hohe Rücklaufquote zeigt sich die positive Aufnahme dieser Studie und des damit verbundenen Anliegens vonseiten der Eltern.

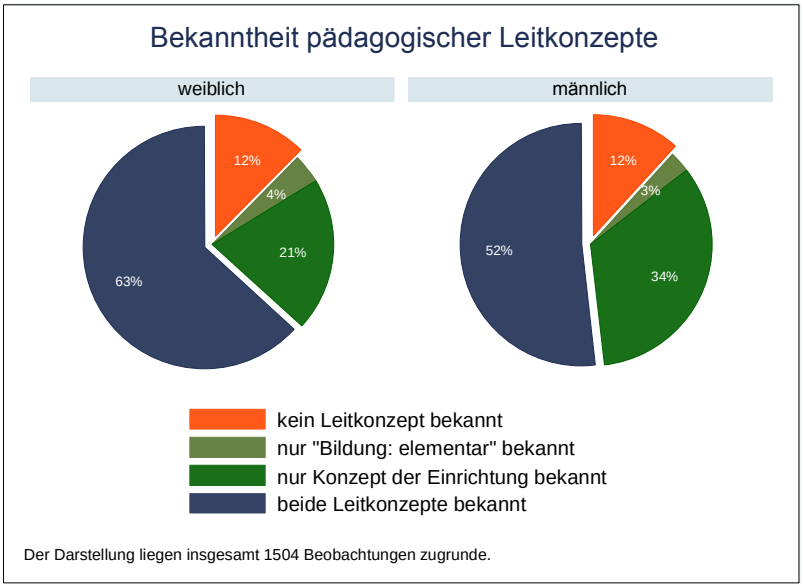
Im Erhebungszeitraum wurden schließlich 1572 Fragebögen aus Kindergärten bzw. Kinderkrippen und 84 Fragebögen aus Kinderhorten beantwortet. Damit liegt die Rücklaufquote insgesamt bei ca. 37%, wobei in Kinderkrippen und Kindergarten sogar ca. 40% der Familien teilnahmen und in Kinderhorten dieser Anteil bei ca. 18% liegt.
Im Folgenden soll exemplarisch im Rahmen des Lageberichts 2011 auf wesentliche Ergebnisse eingegangen werden.

In der folgenden Abbildung ist dargestellt wie bekannt die Trägerphilosophie ist und wie sich die Einschätzung bezüglich deren Umsetzung dargestellt. Ca. Zweidrittel aller befragten Eltern gaben an, die Trägerphilosophie zu kennen. Diese Personen schätzen auf einer siebenstufigen Skala von 0 „gar nicht“ bis 6 „sehr stark“ die Umsetzung mit durchschnittlich 4.5 eher als gelungen ein. Auch hier bestehen zwischen den Geschlechtern keine nennenswerten Unterschiede.



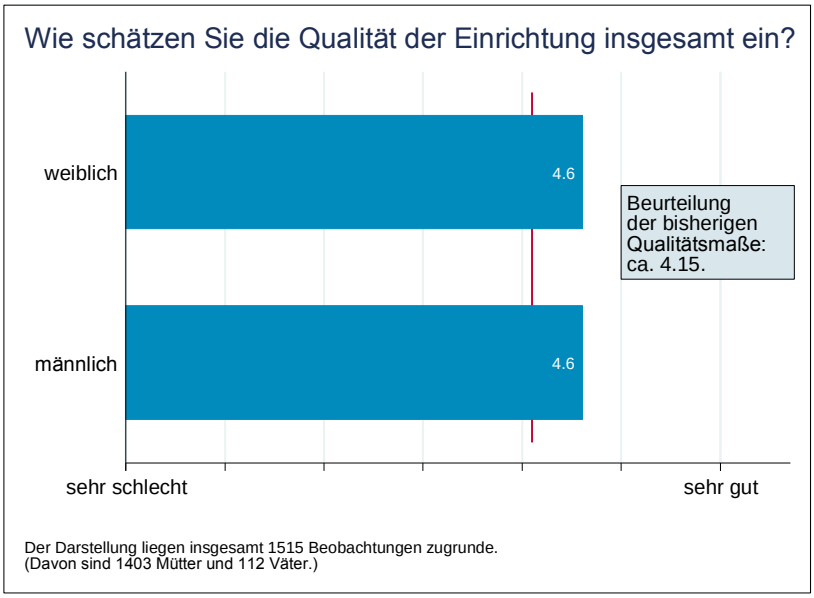
Der Darstellung liegen insgesamt 1460 Beobachtungen zugrunde.
Die Einschätzung bezüglich der Umsetzung beruht lediglich auf 961 Personen,
welche die Trägerphilosophie kennen.
(Davon sind jeweils (1350/887) der Befragten weiblich und (110/74) der Befragten männlich.)

Im Rahmen der Trägerphilosophie haben alle Einrichtungen auch ein eigenes Konzept, welches individuelle Schwerpunkte setzt. Neben diesem gilt selbstverständlich für alle Einrichtungen des Eigenbetriebs auch das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar“. In der folgenden Abbildung ist die Bekanntheit beider pädagogischen Leitkonzepte dargestellt.



Der Darstellung liegen insgesamt 1504 Beobachtungen zugrunde.

Lediglich 12% der Befragten ist keines der genannten Leitkonzepte bekannt. Das Konzept der Einrichtung ist hingegen deutlich über 80% der befragten Eltern ein Begriff. Geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen lediglich dahingehend, dass Vätern das Konzept des Ministeriums für Gesundheit und Soziales „Bildung: elementar“ weniger bekannt ist.



In der vorherigen Abbildung ist die Beurteilung der Gesamtqualität durch die befragten Eltern zusammengefasst. Wiederum wurde eine siebenstufige Skala von 0 „sehr schlecht“ bis 6 „sehr gut“ verwendet. Auch hier zeigen sich wiederholt keine Unterschiede bei der Beurteilung durch Mütter und Väter. Mit einem Wert von durchschnittlich 4.6 liegt die Einschätzung der Gesamtqualität deutlich im positiven Bereich.

Die zentralen Erkenntnisse lassen sich in die folgenden Punkten zusammenfassen:

- Die Qualitätseinschätzung der befragten Eltern beruht vor allem auf eigenen Beobachtungen und Gesprächen mit den Erziehern. Sie unterscheidet sich meist nur geringfügig zwischen Müttern und Vätern und befindet sich in allen Aspekten im positiven Bereich verglichen mit der mittleren Kategorie.

- Die meisten Eltern kennen die Trägerphilosophie sowie das Leitkonzept ihrer Einrichtung. Das Bildungsprogramm „Bildung: elementar“ ist ca. Zweidrittel bekannt.

- Die Bewertung der Umsetzung von Bildungsinhalten ist positiv. Am besten beurteilt wird der Bereich „Körper, Bewegung, Gesundheit“, während die Vermittlung von „Mathematischen Grunderfahrungen“ am schlechtesten eingeschätzt wird.

- Auch das Engagement der Mitarbeiter sowie die Entwicklung der pädagogischen Arbeit werden positiv beurteilt, wohingegen die Ausstattung mit Personal nur als mittelmäßig angesehen wird.

- Die Gesamteinschätzung der Kitas ist positiv und liegt sogar über dem Mittel der oben betrachteten Qualitätsmerkmale. Daher ist davon auszugehen, dass Eltern positiv bewertete Qualitätsdimensionen höher gewichten. Es gibt keinen systematischen Zusammenhang der Gesamteinschätzung mit den individuellen Lebensumständen, die oben dargestellt wurden.

- Der Hauptgrund für die Wahl einer Kita ist die Nähe zum Wohnort. Jeweils ein Viertel der Befragten gibt an, die Kita wegen des pädagogischen Konzepts bzw. auf Empfehlung gewählt zu haben. Fast 20% haben allerdings auch keinen Platz in ihrer bevorzugten Einrichtung bekommen. In den offenen Antworten zeigt sich, dass auch eigene Beobachtungen durch den Besuch der Einrichtung und die Nähe zu Großeltern oftmals ein Grund für die Wahl einer Kita sind.

Wesentliche Baumaßnahmen im Berichtszeitraum

Das Berichtsjahr 2011 war im Wesentlichen durch zwei größere Bauvorhaben geprägt. So wurde ein Anbau in der Kita Freiheit zur Bereitstellung einer weiteren Krippengruppe realisiert. Nunmehr verfügt die Kindertagesstätte über eine erweiterte Kapazität von 20 Plätzen.

Darüber hinaus wurde die Umgestaltung der Außenanlagen der Kita Schatztruhe & Froschkönig realisiert. Die Bauzeit lag zwischen Anfang August bis Mitte November 2011. Insgesamt wurde damit eine Fläche der Außenanlage von 4820 m² umgestaltet. In beiden Kindertagesstätten Schatztruhe & Froschkönig werden derzeit bis zu 240 Kinder betreut.

EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Kantstraße 1 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	100

Gesellschafter:

	T€	%
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	72	72,50
Bauverein Halle & Leuna eG	28	27,50

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind die Unterstützung und Pflege hilfsbedürftiger, alter und behinderter Personen insbesondere durch Zurverfügungstellung und Organisation von betreutem Wohnen und das Errichtenlassen von Wohnraum, der für die zuvor genannten Zwecke tauglich ist.

Öffentlicher Zweck:

Gegenstand des Unternehmens sind die Unterstützung und Pflege hilfsbedürftiger, alter und behinderter Personen insbesondere durch Zurverfügungstellung und Organisation von betreutem Wohnen und das Errichtenlassen von Wohnraum, der für die zuvor genannten Zwecke tauglich ist. Der öffentliche Zweck ist daher in der Gesundheitsvorsorge zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Fritschek, Andreas
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar
		Dr. Schädlich, Michael
		MR Greuel, Mechtild
		Schunke, Michael
		Töpper, Gernot

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
Aufsichtsrat	1	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	8.925	96	9.053	96	9.229	96	-128	-1
Umlaufvermögen	332	4	377	4	378	4	-45	-12
Bilanzsumme	**9.257**	**100**	**9.430**	**100**	**9.607**	**100**	**-173**	**-2**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.555	28	2.501	27	2.439	25	54	2
Sonderposten für Investitionszulagen	104	1	107	1	109	1	-3	-3
Rückstellungen	29	0	34	0	54	1	-5	-15
Verbindlichkeiten	6.568	71	6.787	72	7.004	73	-219	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	-0	-32
Bilanzsumme	**9.257**	**100**	**9.430**	**100**	**9.607**	**100**	**-173**	**-2**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	870	868	880
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-6	9	4
sonstige betriebliche Erträge	5	8	4
Materialaufwand	252	264	267
Personalaufwand	24	24	24
Abschreibungen	180	179	179
sonstige betriebliche Aufwendungen	72	60	55
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	288	297	307
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	54	62	57
außerordentliche Erträge		0	
außerordentliches Ergebnis		0	
sonstige Steuern	1		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	53	62	57
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	53	62	57

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,11	7,19	6,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,12	2,56	2,40	%
Cash-Flow:	233	241	236	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	2,76	2,71	2,70	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	96,41	96,00	96,07	%
Eigenkapitalquote:	27,60	26,52	25,39	%
Fremdkapitalquote:	72,40	73,48	74,61	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Wohnungsbestand	141,00	141,00	141,00	Anzahl
Stand der Vermietung	99,91	99,79	99,90	%

e) Lagebericht

1. Allgemeines

Die Gesellschaft verwaltet und vermietet die von ihr errichteten bzw. sanierten altengerechten- und behindertenfreundlichen Wohnungen im Bereich der südlichen Innenstadt von Halle (Saale).

In dem Wohnungsbestand der Gesellschaft befinden sich unverändert 141 Wohnungen. Davon werden 5 Wohnungen an 4 Gewerbetreibende vermietet.

2. Tätigkeit der Gesellschaft

Der Vermietungsstand im Jahr 2011 war unverändert hoch. Die durchschnittliche Vermietungsrate der Wohnungen und Gewerbeeinheiten belief sich auf 99,91%. Im Vorjahr lag sie bei 99,79%. Die Wohnungsverwaltung und damit verbunden die soziale Betreuung der Mieter obliegt unverändert der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale. Diese Leistungen werden durch Mitarbeiter der Stiftung erbracht. Die Abrechnung erfolgt über einen gesonderten Dienstleistungsvertrag mit der Stiftung.

Das Durchschnittsalter der Mieter lag im vergangenen Jahr bei über 75 Jahren. Die Mieter sind in der Mehrzahl weiblich. Der Altersdurchschnitt in den einzelnen Wohnorten bewegt sich zwischen 47 und 84 Jahren. Wobei er in der Otto-Kilian-Straße 38 und 39 am höchsten liegt. Hier folgen die Ernst-Eckstein-Straße und die Gustav-Hertzberg-Straße. Damit ist das Durchschnittsalter der Mieter, die im vergangenen Jahr Wohnungen bei der ewia gemietet haben, weiter gewachsen. Aufgrund des hohen Alters der Mieter werden auch zunehmend haushaltsnahe und pflegerische Leistungen in Anspruch genommen.

Die Aktivitäten der Riebeck-Stiftung bei der Vermittlung und Erbringung dieser Dienstleistungen wurden gesteigert. Es erweist sich nach wie vor als sinnvoll, dass die Paul-Riebeck-Stiftung und die ewia auf diesem Gebiet eng zusammenarbeiten und die Mieter die Angebote der Stiftung hier nutzen können. Den Mietern ist es dabei freigestellt, ob sie die Leistungen der Stiftung oder eines anderen Pflegedienstes in Anspruch nehmen.

Durchschnittlich nehmen 15 % der Mieter der Wohnungen der ewia GmbH die Leistungen des ambulanten Pflegedienstes der Paul-Riebeck-Stiftung in Anspruch. Dies ist geringfügig mehr als im Vorjahr. Darüber hinaus versorgt die Stiftung bei Bedarf die Mieter mit Mahlzeiten und bietet weitere Serviceleistungen wie Wäscheleistungen, Hausmeisterdienste, Reinigung und Mieterrundruf und Notruf an. Auch hier ist eine verstärkte Nachfrage der Mieter zu verzeichnen.

Die Möglichkeit, dass die verschiedenen Hilfeleistungen durch die mit der Mieterbetreuung betrauten Mitarbeiter der Stiftung organisiert werden, stellt für viele der Mieter ein wichtiges Kriterium für eine Entscheidung zum Abschluss eines Mietvertrages dar.

Die gute Auslastung der Mietobjekte der ewia wird auch weiterhin davon abhängig sein, ob es wie in der Vergangenheit gelingt, eine intensive Betreuung und Begleitung der Mieter sicherzustellen.

Die Gesellschaft hat im vergangenen Jahr eine Mieterbefragung durchgeführt. Damit sollte in Erfahrung gebracht werden, wo es Veränderungsbedarf bei der Angebotsstruktur bzw. Bedarf an zusätzlichen Dienstleistungen gibt. Die Mieterbefragung ergab eine große Zufriedenheit mit der Wohnungssituation und den Betreuungsleistungen, die durch die Stiftung erbracht werden.

Gemeinsam mit der Freiwilligenagentur, dem Bauverein Halle & Leuna eG und der Stiftung wurde im vergangenen Jahr ein Projekt zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements der Mieter in der Nachbarschaft entwickelt. Durch derartige Aktivitäten wird es der Gesellschaft auch weiterhin gelingen können, sich von anderen Wohnungsanbietern zu unterscheiden und somit für eine langfristig gute Auslastung des Wohnungsbestandes zu sorgen.

3. Finanzielle Situation der Gesellschaft

Die Ertragslage der Gesellschaft ist durch die gute Auslastung der Wohnungen weiterhin sehr stabil. Im Jahr 2011 waren hier keine signifikanten Schwankungen zu verzeichnen. Die Eigenkapitalquote belief sich 2011 auf 27,6 %. Im Vorjahr lag sie bei 26,5 %. Die Erhöhung der Eigenkapitalquote ist in der planmäßigen Tilgung der Kredite, die für die Errichtung bzw. Sanierung der Wohnungen aufgenommen wurden, begründet.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2011 Zinsen von 287 TEUR für die aufgenommen Darlehen gezahlt. Die Tilgung der Darlehen belief sich 2011 auf 217 TEUR. Die Tilgung lag damit um 20 TEUR über der des Vorjahres. Bedingt durch die Umwandlung von zwei Gesellschafterdarlehen in ein Darlehen bei der Bank für Sozialwirtschaft erfolgten im Jahr 2010 geringere Tilgungsleistungen gegenüber Kreditinstituten als im Jahr 2011.

Der Bedarf an Instandhaltungen ist im vergangenen Jahr im Vergleich zum Vorjahr geringfügig zurückgegangen. Im Jahr 2011 wurden 27 TEUR für Instandhaltungen aufgewandt (Vorjahr 32 TEUR).

Die Gesellschaft hat jedoch in größerem Umfang als in den Vorjahren Investitionen getätigt. So wurden u.a. 44 TEUR für die Trockenlegung der Kellerräume in der Gustav-Hertzberg-Straße aufgewandt. 7 TEUR wurden für die Beseitigung von Mängeln an den Gebäuden in der Otto-Kilian-Straße aufgewandt, die noch aus der Bauzeit herrühren.

Der Bestand an flüssigen Mitteln ist durch die getätigten Investitionen im Vergleich zum Vorjahr im gesunken. Er belief sich zum 31.12.2011 auf 114 TEUR (Vorjahr 157 TEUR).

Die Umsatzrendite belief sich im Jahr 2011 auf 7,2 % und blieb damit im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Das Ergebnis liegt um 9 TEUR unter dem des Vorjahres. Es beläuft sich auf 53 TEUR.

Höhere Aufwendungen für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Mängel-beseitigung an den fertiggestellten Baummaßnahmen sowie der Aufbau eines Grünflächenmanagements für die Außenanlagen in Höhe von 13 TEUR trugen im Wesentlichen zur Ergebnisminderung bei.

4. Chancen und Risiken in der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft wird auch weiterhin die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung ihrer Angebote verfolgen. Ziel dabei ist, den Mietern ein Wohnumfeld zu bieten, das ihren Bedürfnissen nach Unterstützung und Hilfe im Alter gerecht wird, wo sie individuelle Leistungen mit einer großen Flexibilität abrufen können und ihnen darüber hinaus eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Vor diesem Hintergrund werden verschiedene Nachbarschaftsprojekte geplant und umgesetzt mit denen erreicht werden kann, dass die Mieter so lange wie möglich in ihrer Wohnung bleiben können und Angebote der Unterstützung in stationären Einrichtungen der Altenhilfe erst so spät wie möglich in Anspruch nehmen müssen.

Es hat sich gezeigt, dass der Wunsch der Mieter, ihren Lebensabend in den eigenen vier Wänden zu verbringen, handlungsleitend für sie ist. Die Gesellschaft muss sich weiterhin darum bemühen, Angebote zu schaffen und zu pflegen, die diesem Wunsch Rechnung tragen. Das mit der Freiwilligenagentur, der Paul-Riebeck-Stiftung und dem Bauverein ins Leben gerufene Projekt Nachbarschaft.Leben bietet hierfür vielfältige Ansätze die konsequent genutzt und ausgebaut werden sollen. Damit kann sichergestellt werden, dass die Gesellschaft auch in Zukunft einen überdurchschnittlich hohen Auslastungsgrad ihrer Wohnungen erreichen kann.

Nach Einschätzung der Geschäftsführung gibt es derzeit keine Risiken, die den Bestand des Unternehmens gefährden oder seine Entwicklung beeinträchtigen könnten.

Für 2012 ist geplant, dass die Paul-Riebeck-Stiftung die Anteile des Bauvereins Halle & Leuna eG an der ewia GmbH übernimmt und anschließend die wesentlichen Aktiva und Passiva im Wege der Einzelrechtsnachfolge in die Stiftung eingebracht werden. Die Übertragung ist zum 01.Juli 2012 geplant.

Die Gesellschaft hat keine Zweigniederlassungen und betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung.

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Am Wasserwerk 1 06132 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	26

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (vormals FTZ Freitzeit Tourismus Zentrum GmbH & Co. KG), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus dem Unternehmensgegenstand, in der Übernahme der Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG und in der Verwaltung deren Betriebsvermögens als Komplementärin.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dr. Gaudig, Lutz	
	Waldenburger, Annette	(seit 01.01.2011)

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	(seit 04.10.2011)
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Mahlert, Eckard	
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Richter, Ulrich	
	Weihrich, Dietmar	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	55	100	57	100	54	100	-2	-4
Bilanzsumme	**55**	**100**	**57**	**100**	**54**	**100**	**-2**	**-4**
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	47	85	46	81	44	81	1	2
Rückstellungen	5	9	3	5	3	6	2	67
Verbindlichkeiten	3	6	8	14	7	13	-5	-63
Bilanzsumme	**55**	**100**	**57**	**100**	**54**	**100**	**-2**	**-4**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	18	6	7
sonstige betriebliche Erträge			0
sonstige betriebliche Aufwendungen	17	5	6
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	2	2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	1	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,82	22,42	21,67	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,71	3,22	3,69	%
Cash-Flow:	1	1	2	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	84,87	80,41	82,05	%
Fremdkapitalquote:	15,13	19,59	17,95	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Lage der Gesellschaft

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH – als deren alleinige Gesellschafterin – gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 % konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 % ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 % gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 % an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 %-Punkte auf 7,1 %. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 %-Punkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 %. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen: die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 %-Punkte auf 11,7 %.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

Risiken der Geschäftsentwicklung

Trotz der Leistung von Betriebskostenzuschüssen der Hauptgesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH (2011: TEUR 1.417; Vorjahr: TEUR 1.017) erwirtschaftete die Maya mare GmbH & Co. KG im Geschäftsjahr 2011 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 217,8 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag TEUR 656,2). Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die Auslastung des Bades und der gesamten Freizeitanlage Maya mare ist trotz der dokumentierten Steigerungen auch im Geschäftsjahr 2011 nicht kostendeckend. Aus diesem Grund waren auch im Berichtsjahr entsprechende Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafterin notwendig.

Ausblick

Die gute Konjunktur der zurückliegenden Jahre hat dazu geführt, dass Dichte und Vielfalt der Angebote auf dem Freizeitmarkt zugenommen haben. Im Wettbewerb mit Freizeitbädern stehen unterschiedlichste Einrichtungen wie z.B. Hochseilklettergärten, Indoorspielplätze oder 3D Kinos, die den Kampf um das begrenzte Freizeitbudget deutlich verstärken. Nicht zuletzt ist aber auch im Freizeitbadmarkt des relevanten Einzugsgebietes des Maya mare bei branchengleichen Wettbewerbern noch immer ein Zuwachs zu verzeichnen, so eröffnete im März 2011 die Bodetal Therme in Thale (Entfernung ca. 50 Minuten Autofahrt von Halle).

Der Fertigstellungstermin für die im Bau befindliche Freizeitanlage am „Sportparadies Böllberger Weg“ in Halle (Saale) ist noch ungewiss, statische Probleme haben nach Pressemeldungen zu einem Baustopp geführt. Wir gehen davon aus, dass die Angebote den Wettbewerbsdruck auf die Maya mare frühestens in der 2. Jahreshälfte 2012 verstärken können und nutzen diese Herbst-/ Wintersaison nochmals intensiv zur Stammkundenbindung im Bereich Fitness und Sauna. Eine realistische Bewertung dieses Konkurrenzangebotes kann erst vorgenommen werden, wenn sich abzeichnet, wie das Preis-Leistungs-Verhältnis der zu erwartenden Fitness- und Saunaangebote liegt.

Die vergleichsweise schlechten Witterungsbedingungen in diesem Jahr haben bei den meisten Outdoorfreizeitangeboten zu Umsatzeinbrüchen und für alle Indoorangebote zu Umsatzsteigerungen geführt. Auch das Maya mare konnte davon profitieren und seine Besucherzahlen im Vergleich zum Planansatz steigern. Anzumerken ist, dass jedoch genau durch diese Wetterverhältnisse die realistischen Auswirkungen der geschilderten Entwicklungen im Freizeitmarkt nicht in messbaren Größenordnungen zum Tragen kommen konnten und daher für die Markteinschätzung in den Folgejahren die Entwicklung 2011 nicht zu Grunde gelegt werden kann.

Das Maya mare versteht sich als Freizeitangebot für eine breite Zielgruppe. Im Badebereich zählen dazu vorrangig Familien mit Kindern und Jugendliche. Die angebotenen baulichen Attraktionen wie Rutschen, Wellenbecken und vielseitiger Kinderplanschbereich sprechen eine eindeutige Sprache. Der im April 2005 gestartete Versuch, über „Vitaltage“ Montag bis Mittwoch (an denen die Rutschen nicht in Betrieb waren, die Wassertemperatur im Wellenbecken von 30°C auf 33 °C angehoben und die Öffnungszeit eine Stunde vorverlegt wurden) mehr ruhesuchende und gesundheitsbewusste Gäste zu gewinnen, brachte nicht den erhofften Erfolg. Diese 3 Tage wurden daher ab dem Sommer 2010 nicht mehr beworben, die Rutschen wurden wieder zugeschaltet.

In der Kommunikation bedarf es erfahrungsgemäß bis zu 2 Jahren mit intensiver Arbeit, um diese gravierende Änderung in die Köpfe der potenziellen Gäste zu bringen.

Im Zuge der Schaffung dieser Vitaltage entstanden zudem sehr differente Öffnungszeiten. Diese blieben nur schwer im Gedächtnis des Kunden und widersprechen der Grundsatzphilosophie von Freizeitbädern von der Größe des Maya mare, die lautet: „Alle Angebote uneingeschränkt zu jeder Zeit für alle Besucher“. Für den Bade- und Saunabereich wurden daher ab 01.11.2011 wieder einheitliche Öffnungszeiten täglich 10.00 - 22.00 Uhr eingeführt.

Für den Fitnessbereich, der sich durch einen hohen Qualitätsanspruch auszeichnet, wird das verfügbare Marktpotenzial immer kleiner, da man das relevante Einzugsgebiet bereits intensiv bearbeitet und mit über 1000 Mitgliedern eine starke Marktdurchdringung erreicht hat. Die Bereitschaft zu längeren Anfahrtswegen für ein Fitnessangebot, das in der Regel mehrmals wöchentlich genutzt wird, hält sich in engen Grenzen. Neue Mitglieder werden kaum noch über flächendeckende Aktionen zu gewinnen sein, sondern verstärkt durch Direktkontakt mit ausgewählten Firmen oder durch maßgeschneiderte Angebote für bestimmte Zielgruppen, die im letzten Quartal des Berichtsjahres verstärkt angeboten wurden, u.a. mit einem Schichtarbeiterangebot und einer Firmenfitness-Offensive.

Die Verbindung mit dem Bad und der Saunalandschaft stellt ein Alleinstellungsmerkmal für das Viva mare dar, welches dem Unternehmen die Generierung hoher Umsatzbeiträge ermöglicht. Weiterhin muss daher großes Augenmerk darauf gelegt werden, wieder mehr Mitglieder von der Saunanutzung zu überzeugen.

Der im Jahr 2006 neu eröffnete Wellnessbereich konnte sich innerhalb von nur drei Jahren am Markt etablieren. Hier wird eine kontinuierliche Steigerung der Umsätze auch weiterhin angestrebt. Durch den übergreifenden Einsatz von Personal im Wellness- und Saunabereich soll in den nächsten Jahren mehr Flexibilität geschaffen werden, um auf Nachfrageschwankungen besser reagieren zu können. Die Analyse freier Kabinenkapazitäten kommt zu dem Schluss, dass zu bestimmten Hauptgeschäftszeiten für ca. 3-5 Stunden am Tag eine enorm hohe Nachfrage herrscht, der nur mit mehr personeller Flexibilität Rechnung getragen werden kann. Das Personalkonzept wird diese Forderungen aufgreifen und langfristig in die Umsetzung bringen.

Im Gastronomiebereich gab es im Berichtsjahr eine deutliche Umorientierung hin zu mehr Dienstleistung und Service. Das Personal kann seit der Umstrukturierung Mitte des Berichtsjahres flexibler an allen beiden Stationen im Maya mare (Bad- und Saunagastronomie) eingesetzt werden, was die Abwicklung des Geschäftes in Starklastzeiten erleichtert. Zudem wurde im Mai 2011 eine Preisanpassung verbunden mit einer nachfrageorientierteren Angebotsumgestaltung vorgenommen, die sich positiv auf die Umsätze im Bereich Gastronomie ausgewirkt haben.

Die Maya mare hat sich als moderner Dienstleister im Freizeitbereich dauerhaft etabliert. Der Bekanntheitsgrad ist sehr hoch. Dabei konzentriert sich die Maya mare zukünftig auf zwei Schwerpunktzielgruppen. Das sind zum einen Kinder, Jugendliche und Familien – hier auch die Enkel mit den modernen Großeltern (Freizeitbad) und zum anderen die gesundheits- und wellnessorientierten Kunden – sogenannte Best Ager und die 50plus Zielgruppe – (Sauna- und Wellnessbereich, Viva mare).

Schwerpunkt zum weiteren Ausbau der Dienstleistungsqualität bildet nach wie vor die stetige Steigerung der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch individuelle Schulungsmaßnahmen.

Der marketingstrategische Ansatz verfolgt auch zukünftig stärker das zielgruppenorientierte Direktmarketing. Damit kann die breite Produktpalette mit weniger Streuverlusten kommuniziert werden.

Im Bereich der Investitionen sind im Jahr 2012 vor allem Ersatzinvestitionen im Bereich der Technik vorgesehen, die der Energie- und Wärmeeinsparung dienen.

Die Geschäftsführung der SWH hat aus Wirtschaftlichkeitsgründen beschlossen, das Thermalsole-Projekt nicht weiter fortzuführen. Das vorliegende Fernwärmeangebot der EVH stellt eine Alternative für die Maya mare-Wärmeversorgung dar, die nach den erforderlichen Umbauarbeiten in der Revisionszeit 2012 die Nahwärmeversorgung ablösen soll.

Hinsichtlich der Personalkosten konnten im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr im Maya mare bereits Einsparungen erzielt werden. Erste Schritte zur Senkung der Personalkosten haben gegriffen. Das Geschäft eines Freizeitbades unterliegt enormen Schwankungen in der Auslastung. Allein das Besucheraufkommen an Wochentagen und Wochenenden sowie Ferien- und Feiertagen weist teilweise Unterschiede von bis zu 300 % auf, hierauf muss man reagieren können. Witterungsbedingte Schwankungen führen zudem zu unvorhersehbaren Änderungen in der Auslastung, denen man mit der Zuschaltung oder Reduzierung von Personal begegnen muss, wenn man das Verhältnis von Aufwand und Nutzen optimieren will. Hierfür sind Teilzeitbeschäftigte sowie geringfügig Beschäftigte (die vorrangig an den Wochenenden zur Entlastung beitragen können), ein wichtiger Baustein. Durch auslaufende befristete Arbeitsverträge freiwerdende Stundenpotenziale werden auch zukünftig nach Möglichkeit auf mehr Teilzeitbeschäftigte verteilt, um die Flexibilität des Unternehmens zu steigern.

Die weitere Senkung der Personalkosten wird jedoch durch den neuen Haus-Tarifabschluss negativ beeinflusst, für das Jahr 2012 beträgt die vereinbarte Tariflohnsteigerung 2,446 %.

Weitere wesentliche Kosteneinsparungen werden schwer zu erreichen sein, will man nicht die Qualität des Angebotes Maya mare einschränken. Die deutlichen Kostensteigerungen für Wasser und Wärme werden das Ergebnis zukünftig jedoch belasten.

Die Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG schätzt ein, dass weitere Ergebnisverbesserungen für das Unternehmen schwerpunktmäßig über die Steigerung der Umsätze in den Hauptumsatzbereichen Bad, Sauna, Fitness, Wellness und Gastronomie erreicht werden können. Darauf werden alle Anstrengungen ausgerichtet, bestehende Kunden binden, zu häufigerem Besuch animieren sowie neue und verlorene Kunden (die das Maya mare länger als 5 Jahre nicht mehr besucht haben) zurück gewinnen. Der hohe Bekanntheitsgrad des Maya mare ist dafür eine gute Grundlage. Zudem ist für den Herbst 2012 eine Anpassung der Eintrittspreise geplant.

Der Betriebsführungsvertrag mit der Bäder Halle GmbH, der die Gestellung einer Betriebsleiterin beinhaltete, wurde zum 31.12.2011 beendet. Die Betriebsleiterin wurde direkt bei der Bäder Halle GmbH eingestellt. Diese direkte Zugehörigkeit auch der Betriebsleitung zum Unternehmen Bäder Halle GmbH (und nicht wie bisher zur Maya mare GmbH § Co. KG) erschien der Geschäftsführung langfristig hinsichtlich der Identifikation zwischen Mitarbeitern und Betriebsleitung in der Bäder Halle GmbH günstiger. Dem weiteren Übertrag von Kompetenzen auf den gesamten Bäderbetrieb der Saalestadt steht dennoch nichts im Wege, da die Zusammenarbeit zwischen der Maya mare GmbH & Co. KG und der Bäder Halle GmbH weiter durch einen Dienstleistungsvertrag geregelt ist, der auch den Know how-Transfer zum Inhalt hat.

Die Liquidität der Gesellschaft wird im Geschäftsjahr 2012 durch einen ertragswirksamen Betriebskostenzuschuss in Höhe von bis zu TEUR 1.603 durch die Hauptgesellschafterin gewährleistet. Eine entsprechende Vereinbarung wurde durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH am 09. Januar 2012 genehmigt. Im Ergebnis erwartet die Geschäftsführung bei gegebener Liquidität einen Verlust im Jahr 2012 in Höhe von TEUR 156,7.

Zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge werden auch zukünftig Zuschüsse der Gesellschafter, namentlich der Kommanditisten, notwendig sein.

Da die FTZ ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der Maya mare GmbH & Co. KG tätig ist, ergeben sich erhebliche Unternehmensrisiken aus deren Geschäftstätigkeit.

Bei der Maya mare GmbH & Co. KG sind auch zukünftig zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge Zuschüsse der Gesellschafter notwendig, die die FTZ aus eigenen Mitteln zu leisten nicht in der Lage wäre. Das Ausbleiben ausreichender Zuschüsse der Gesellschafter kann die FTZ in ihrem Bestand bedrohen. Wesentliche Chancen sind in der aktuellen Situation der Gesellschaft nicht erkennbar. Sie können sich allenfalls mit einer u. U. in der Zukunft erfolgenden Verbesserung der Situation der Maya mare GmbH & Co. KG ergeben.

Maya mare GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Am Wasserwerk 1 06132 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€:	10.226

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	8.426	82,40
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude sowie die Verwertung der nicht für das Freizeit- und Tourismuszentrum benötigten Grundstücks- und Gebäudeteile.

Öffentlicher Zweck:

Die Maya mare GmbH stellt der Bevölkerung ein Freizeitbad mit angeschlossener Sauna und Fitness Bereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dr. Gaudig, Lutz	
	Waldenburger, Annette	(seit 01.01.2011)

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	(seit 04.10.2011)
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Junghans, Torsten	(bis 11.04.2011)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Mahlert, Eckard	
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Richter, Ulrich	
	Weihrich, Dietmar	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	12.966	97	14.083	97	15.161	95	-1.117	-8
Umlaufvermögen	438	3	445	3	842	5	-7	-2
Rechnungsabgrenzungsposten			4	0			-4	-100
Bilanzsumme	**13.404**	**100**	**14.532**	**100**	**16.003**	**100**	**-1.128**	**-8**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.520	26	3.739	26	4.396	27	-219	-6
Sonderposten für Investitionszulagen	5.245	39	5.808	40	6.368	40	-563	-10
Rückstellungen	252	2	171	1	134	1	81	47
Verbindlichkeiten	4.387	33	4.814	33	5.105	32	-427	-9
Bilanzsumme	**13.404**	**100**	**14.532**	**100**	**16.003**	**100**	**-1.128**	**-8**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.485	4.112	3.902
sonstige betriebliche Erträge	1.056	906	785
Materialaufwand	2.177	1.906	1.834
Personalaufwand	2.702	2.523	2.056
Abschreibungen	1.352	1.344	1.538
sonstige betriebliche Aufwendungen	717	661	592
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	3	5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	193	218	240
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.593	-1.631	-1.568
außerordentliche Erträge	1.417	1.017	1.117
außerordentliche Aufwendungen		2	
außerordentliches Ergebnis	1.417	1.015	1.117
sonstige Steuern	42	40	38
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-218	-656	-489
Belastung auf Kapitalkonten	-218	-656	-489
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-4,86	-15,96	-12,53	%
Eigenkapitalrentabilität:	-6,19	-17,55	-11,13	%
Cash-Flow:	1.135	688	1.049	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	47	43	41	T€
Personalaufwandsquote:	48,76	50,27	43,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	96,62	96,78	94,67	%
Eigenkapitalquote:	26,26	25,73	27,47	%
Fremdkapitalquote:	73,74	74,27	72,53	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Besucher	331.713,00	330.239,00	316.650,00	Anzahl

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Lage der Gesellschaft

Der Wachstumskurs der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 % konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 % ausgewiesen werden. Hierbei erwiesen sich die Inlandsnachfragen und hier insbesondere der private Konsum als Stützen des Wachstums.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls deutlich zulegen konnte und hierbei nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 % gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 % an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 %-Punkte auf 7,1 %. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 %-Punkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 %. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen: die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 %-Punkte auf 11,7 %.

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung vermelden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner.

Im Berichtsjahr 2011 zeigte diese positive Entwicklung auch Auswirkungen auf den Bäder- und Freizeitmarkt. So konnten die guten Besucherzahlen des erfolgreichen Jahres 2010 gehalten bzw. geringfügig um 0,45 % auf insgesamt 331.713 (2010: 330.239) Besucher gesteigert werden. Gegenüber der Planung eine um 19.098 Besucher (+6,1 %) verbesserte Besucherzahl.

Gegenüber der Planung verzeichnete die Gesellschaft im Badebereich 5.628 Gäste und im Saunabereich 7.999 Gäste mehr. Am 31. Dezember 2011 waren 1.048 Mitglieder im Fitnessclub gemeldet (31.12.2010: 1.018 Mitglieder).

Die positive Entwicklung der Gesamtumsatzerlöse hielt auch im Jahr 2011 an. Die Umsatzerlöse stiegen um 359,8 T€ auf 4.485,3 T€.

Der Aufwand für Strom, Wärme und Wasser / Abwasser stellt den Hauptanteil des Materialaufwandes dar. Der Materialaufwand ist insgesamt um 14,2 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dabei stiegen die Kosten für den Wärmebezug um 51,1 T€ (12,8 %). Die Aufwendungen für den Strombezug betrugen 526,9 T€ und lagen damit um 85,4 T€ (19,0 %) über dem Vorjahr. Hierzu sei angemerkt, dass die 4 Rutschen im Jahr 2010 von Januar bis Mai (außerhalb der Ferien) nur von Donnerstag bis Sonntag in Betrieb waren. Das „Wellnesstagekonzept“ wurde jedoch am 01.06.2010 aufgegeben und die Rutschen wieder durchgängig an allen Öffnungstagen zugeschaltet, was ab dem Zeitpunkt mit einem Anstieg der Wärme- und Energiekosten einher hing.

Durch eine Anhebung der Preise für Wasser / Abwasser stiegen diese Kosten im Berichtsjahr um 22,7 T€ (22,2%).

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 179,4 T€, das entspricht 7,1 %. Diese Erhöhung ist einerseits auf Mehrinanspruchnahme von Personal durch die, mit der Bäder Halle GmbH bis 31.12.2011 vereinbarten Personalgestellung, zurückzuführen und andererseits auf Rückstellungen, die aufgrund des neuen Tarifabschlusses 2012 / 2013 gebildet wurden und somit das Berichtsjahr belasten. Dennoch ist die Mitarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr um 1,4 VbE gesunken obwohl das Pachtobjekt Nordbad in der Freibadsaison von der Maya mare GmbH betrieben wurde.

Die Abschreibungen 2011 liegen mit 1.352,4 T€ nur geringfügig um 2,6 % unter dem Planansatz.

Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die Auslastung des Bades und der gesamten Freizeitanlage Maya mare ist trotz der dokumentierten Steigerungen auch im Geschäftsjahr 2011 nicht kostendeckend. Aus diesem Grund werden auch in den kommenden Jahren entsprechende Betriebskostenzuschüsse des Hauptgesellschafters notwendig sein.

Investitionen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2011 Investitionen in einer Gesamthöhe von 327,1 T€ getätigt.

Liquidität

Die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG war im abgelaufenen Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt gesichert. Dies erfolgte unter Inanspruchnahme eines ertragswirksamen Betriebskostenzuschusses des Hauptgesellschafters Stadtwerke Halle GmbH in Höhe von 1.417 T€ (Vj.: 1.017 T€).

Ausblick

Die gute Konjunktur der zurückliegenden Jahre hat dazu geführt, dass Dichte und Vielfalt der Angebote auf dem Freizeitmarkt zugenommen haben. Im Wettbewerb mit Freizeitbädern stehen unterschiedlichste Einrichtungen wie z.B. Hochseilklettergärten, Indoorspielplätze oder 3D Kinos, die den Kampf um das begrenzte Freizeitbudget deutlich verstärken. Nicht zuletzt ist aber auch im Freizeitbadmarkt des relevanten Einzugsgebietes des Maya mare bei branchengleichen Wettbewerbern noch immer ein Zuwachs zu verzeichnen, so eröffnete im März 2011 die Bodetal Therme in Thale (Entfernung ca. 50 Minuten Autofahrt von Halle).
Der Fertigstellungstermin für die im Bau befindliche Freizeitanlage am „Sportparadies Böllberger Weg“ in Halle (Saale) ist noch ungewiss, statische Probleme haben nach Pressemeldungen zu einem Baustopp geführt. Wir gehen davon aus, dass die Angebote den Wettbewerbsdruck auf das Maya mare frühestens in der 2. Jahreshälfte 2012 verstärken können und nutzen diese Herbst- / Wintersaison nochmals intensiv zur Stammkundenbindung im Bereich Fitness und Sauna. Eine realistische Bewertung dieses Konkurrenzangebotes kann erst vorgenommen werden, wenn sich abzeichnet, wie das Preis-Leistungs-Verhältnis der zu erwartenden Fitness- und Saunaangebote liegt.

Die vergleichsweise schlechten Witterungsbedingungen in diesem Jahr haben bei den meisten Outdoorfreizeitangeboten zu Umsatzeinbrüchen und für alle Indoorangebote zu Umsatzsteigerungen geführt. Auch das Maya mare konnte davon profitieren und seine Besucherzahlen im Vergleich zum Planansatz steigern. Anzumerken ist, dass jedoch genau durch diese Wetterverhältnisse die realistischen Auswirkungen der geschilderten Entwicklungen im Freizeitmarkt nicht in messbaren Größenordnungen zum Tragen kommen konnten. Daher kann für die Markteinschätzung in den Folgejahren die Entwicklung 2011 nicht zu Grunde gelegt werden.

Das Maya mare versteht sich als Freizeitangebot für eine breite Zielgruppe. Im Badebereich zählen dazu vorrangig Familien mit Kindern und Jugendliche. Die angebotenen baulichen Attraktionen wie Rutschen, Wellenbecken und vielseitiger Kinderplanschbereich sprechen eine eindeutige Sprache. Der im April 2005 gestartete Versuch, über „Vitaltage“ Montag bis Mittwoch (an denen die Rutschen nicht in Betrieb waren, die Wassertemperatur Wellenbecken von 30°C auf 33 °C angehoben und die Öffnungszeit eine Stunde vorverlegt wurden) mehr ruhesuchende und gesundheitsbewusste Gäste zu gewinnen, brachte nicht den erhofften Erfolg. Diese 3 Tage wurden daher ab dem Sommer 2010 nicht mehr beworben, die Rutschen wurden wieder zugeschaltet.
In der Kommunikation bedarf es erfahrungsgemäß bis zu 2 Jahren mit intensiver Arbeit, um diese gravierende Änderung in die Köpfe der potenziellen Gäste zu bringen.
Im Zuge der Schaffung dieser Vitaltage entstanden zudem sehr differente Öffnungszeiten. Diese blieben nur schwer im Gedächtnis der Kunden und widersprechen der Grundsatzphilosophie von Freizeitbädern von der Größe des Maya mare, die lautet: „Alle Angebote uneingeschränkt zu jeder Zeit für alle Besucher“. Für den Bade- und Saunabereich wurden daher ab 01. November 2011 wieder einheitliche Öffnungszeiten täglich 10.00-22.00 Uhr eingeführt.

Für den Fitnessbereich, der sich durch einen hohen Qualitätsanspruch auszeichnet, wird das verfügbare Marktpotenzial immer kleiner, da man das relevante Einzugsgebiet bereits intensiv bearbeitet und mit über 1000 Mitgliedern eine starke Marktdurchdringung erreicht hat. Die Bereitschaft zu längeren Anfahrtswegen für ein Fitnessangebot, das in der Regel mehrmals wöchentlich genutzt wird, hält sich in engen Grenzen. Neue Mitglieder werden kaum noch über flächendeckende Aktionen zu gewinnen sein, sondern verstärkt durch Direktkontakt mit ausgewählten Firmen oder durch maßgeschneiderte Angebote für bestimmte Zielgruppen, die im letzten Quartal des Berichtsjahres verstärkt angeboten wurden, u.a. mit einem Schichtarbeiterangebot und einer Firmenfitness-Offensive.

Die Verbindung mit dem Bad und der Saunalandschaft stellt ein Alleinstellungsmerkmal für das Viva mare dar, welches dem Unternehmen die Generierung hoher Umsatzbeiträge ermöglicht. Weiterhin muss daher großes Augenmerk darauf gelegt werden, wieder mehr Mitglieder von der Saunanutzung zu überzeugen.

Der im Jahr 2006 neu eröffnete Wellnessbereich konnte sich innerhalb von nur drei Jahren am Markt etablieren. Hier wird eine kontinuierliche Steigerung der Umsätze auch weiterhin angestrebt. Durch den übergreifenden Einsatz von Personal im Wellness- und Saunabereich soll in den nächsten Jahren mehr Flexibilität geschaffen werden, um auf Nachfrageschwankungen besser reagieren zu können. Die Analyse freier Kabinenkapazitäten kommt zu dem Schluss, dass zu bestimmten Hauptgeschäftszeiten für ca. 3-5 Stunden am Tag eine enorm hohe Nachfrage herrscht, der nur mit mehr personeller Flexibilität Rechnung getragen werden kann. Das Personalkonzept wird diese Forderungen aufgreifen und langfristig in die Umsetzung bringen.

Im Gastronomiebereich gab es im Berichtsjahr eine deutliche Umorientierung hin zu mehr Dienstleistung und Service. Das Personal kann seit der Umstrukturierung Mitte des Berichtsjahres flexibler an allen beiden Stationen im Maya mare (Bad- und Saunagastronomie) eingesetzt werden, was die Abwicklung des Geschäftes in Starklastzeiten erleichtert. Zudem wurde im Mai 2011 eine Preisanpassung verbunden mit einer nachfrageorientierteren Angebotsumgestaltung vorgenommen, die sich positiv auf die Umsätze im Bereich Gastronomie ausgewirkt haben.

Die Maya mare hat sich als moderner Dienstleister im Freizeitbereich dauerhaft etabliert. Der Bekanntheitsgrad ist sehr hoch. Dabei konzentriert sich das Maya mare zukünftig auf zwei Schwerpunktzielgruppen. Das sind zum einen Kinder, Jugendliche und Familien – hier auch die Enkel mit den modernen Großeltern (Freizeitbad) und zum anderen die gesundheits- und wellnessorientierten Kunden – sogenannte Best Ager und die 50plus Zielgruppe – (Sauna- und Wellnessbereich, Viva mare).
Schwerpunkt zum weiteren Ausbau der Dienstleistungsqualität bildet nach wie vor die stetige Steigerung der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch individuelle Schulungsmaßnahmen.

Der marketingstrategische Ansatz verfolgt auch zukünftig stärker das zielgruppenorientierte Direktmarketing. Damit kann die breite Produktpalette mit weniger Streuverlusten kommuniziert werden.

Im Bereich der Investitionen sind im Jahr 2012 vor allem Ersatzinvestitionen im Bereich der Technik vorgesehen, die der Energie- und Wärmeeinsparung dienen.

Die Geschäftsführung der SWH hat aus Wirtschaftlichkeitsgründen beschlossen, das Thermalsole-Projekt nicht weiter fortzuführen. Das vorliegende Fernwärmeangebot der EVH stellt eine Alternative für die Maya mare-Wärmeversorgung dar, die nach den erforderlichen Umbauarbeiten in der Revisionszeit 2012 die Nahwärmeversorgung ablösen soll.

Hinsichtlich der Personalkosten konnten im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr im Maya mare Einsparungen erzielt werden. Das Geschäft eines Freizeitbades unterliegt enormen Schwankungen in der Auslastung. Allein das Besucheraufkommen an Wochentagen und Wochenenden sowie Ferien- und Feiertagen weist Unterschiede von durchschnittlich 300 % auf, hierauf muss man reagieren können. Witterungsbedingte Schwankungen führen zudem zu unvorhersehbaren Änderungen in der Auslastung, denen man mit der Zuschaltung oder Reduzierung von Personal begegnen muss. Hierfür sind Teilzeitbeschäftigte sowie geringfügig Beschäftigte (die vorrangig an den Wochenenden zur Entlastung beitragen können), ein wichtiger Baustein.
Die weitere Senkung der Personalkosten wird jedoch durch den neuen Haus-Tarifabschluss negativ beeinflusst, für das Jahr 2012 beträgt die vereinbarte Tariflohnsteigerung 2,446 %.

Weitere wesentliche Kosteneinsparungen werden schwer zu erreichen sein, will man nicht die Qualität des Angebotes Maya mare einschränken. Die deutlichen Kostensteigerungen für Wasser und Wärme werden das Ergebnis zukünftig jedoch belasten.

Die Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG schätzt ein, dass weitere Ergebnisverbesserungen für das Unternehmen schwerpunktmäßig über die Steigerung der Umsätze in den Hauptumsatzbereichen Bad, Sauna, Fitness, Wellness und Gastronomie erreicht werden können. Darauf werden alle Anstrengungen ausgerichtet, bestehende Kunden binden, zu häufigerem Besuch animieren sowie neue und verlorene Kunden (die das Maya mare länger als 5 Jahre nicht mehr besucht haben) zurück gewinnen. Der hohe Bekanntheitsgrad des Maya mare ist dafür eine gute Grundlage.
Zudem ist für den Herbst 2012 eine Anpassung der Eintrittspreise geplant

Der Betriebsführungsvertrag mit der Bäder Halle GmbH, der die Gestellung einer Betriebsleiterin beinhaltete, wurde zum 31. Dezember 2011 beendet. Die Betriebsleiterin wurde direkt bei der Bäder Halle GmbH eingestellt. Diese direkte Zugehörigkeit auch der Betriebsleitung zum Unternehmen Bäder Halle GmbH (und nicht wie bisher zur Maya mare GmbH & Co. KG) erschien der Geschäftsführung langfristig hinsichtlich der Identifikation zwischen Mitarbeitern und Betriebsleitung in der Bäder Halle GmbH günstiger. Dem weiteren Übertrag von Kompetenzen auf den gesamten Bäderbetrieb der Saalestadt steht dennoch nichts im Wege, da die Zusammenarbeit zwischen der Maya mare GmbH & Co. KG und der Bäder Halle GmbH weiter durch einen Dienstleistungsvertrag geregelt ist, der auch den Know how-Transfer zum Inhalt hat.

Die Personalgestellung an die Bäder Halle GmbH endete zum 31. Dezember 2011. Ab 01. Januar 2012 sind alle in den Bädern der Bäder Halle GmbH über die Maya mare GmbH & Co. KG zum Einsatz gestellten Mitarbeiter direkt in der Bäder Halle GmbH eingestellt worden. Die Voraussetzung dafür wurde mit einem neuen Bäder-Tarifvertrag geschaffen.

Die Liquidität der Gesellschaft wird im Geschäftsjahr 2012 durch einen ertragswirksamen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 1.603 T€ durch die Hauptgesellschafterin gewährleistet. Eine entsprechende Vereinbarung wurde durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH am 09. Januar 2012 genehmigt. Im Ergebnis erwartet die Geschäftsführung bei gegebener Liquidität einen Verlust im Jahr 2012 in Höhe von 156,7 T€.

Zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge werden auch zukünftig Zuschüsse der Gesellschafter, namentlich der Kommanditisten, notwendig sein.

Oelhafe-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchaer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	304

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	304	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung/§ 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle

2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
   a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
   b) Verwaltung des Grundbesitzes

3. Die Erträge werden dem unter Ziff.1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.

4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der benachteiligten Teile der Bevölkerung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Kogge, Tobias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	304	56	287	54	287	55	17	6
Umlaufvermögen	241	44	249	46	231	45	-8	-3
Bilanzsumme	**545**	**100**	**536**	**100**	**518**	**100**	**9**	**2**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	545	100	536	100	518	100	9	2
Bilanzsumme	**545**	**100**	**536**	**100**	**518**	**100**	**9**	**2**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	15	15	16
sonstige betriebliche Aufwendungen	16	7	4
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10	10	10
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9	18	22
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	9	18	22
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	7	8	10
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2	10	12

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	1,73	3,43	4,41	%
Cash-Flow:	9	18	22	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	55,82	53,45	55,31	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	219.236,00	m²
Erbbaufläche	638,00	0,00	0,00	m²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m²
Verkehrsfläche	143,00	799,00	799,00	m²
Waldfläche	557,00	557,00	557,00	m²

e) Lagebericht

Stiftungszweck ist die Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle (Saale).

Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch

a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz;
b) Verwaltung des Grundbesitzes.

Die Erträge werden dem o. g. Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung 1977.

Das Stiftungsvermögen veränderte sich gegenüber dem Vorjahr um 17.797,68 EUR auf 304.361,71 EUR. Die Veränderung resultiert aus einer erworbenen Erbbaufläche (638 m²) und dem Verkauf von 656 m² Straßenfläche.

Zum 31.12.2011 verteilt sich der Bestand auf Ackerflächen (219.236 m²), Gartenflächen (62.777 m²), Erbbauflächen (638 m²), Waldflächen (557 m²) und Verkehrsflächen (143 m²).

Von dem in 2011 erwirtschafteten Überschuss aus der Vermögensverwaltung wurden 7.590,50 EUR der Rücklage nach § 58 Nr. 7a AO zugeführt.

Im Jahr 2011 wurden Ausgaben im satzungsmäßigen Sinne für das Projekt „Gesundes Frühstück“ in Höhe von 10.000,00 EUR getätigt. Das Jahresergebnis 2011 in Höhe von 1.836,51 EUR soll zur Fortführung des Projektes „Gesundes Frühstück“ verwendet werden.

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Kantstraße 1 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	12.629

Gegenstand des Unternehmens:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb von Einrichtungen in der Altenpflege und Behindertenhilfe und altengerechter Wohnformen.

Öffentlicher Zweck:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb eines Pflegeheimes und altengerechter Wohnformen.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand:		Fritschek, Andreas
Stiftungsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar
		Dr. Wend, Detlef
		Kogge, Tobias
		MR Greuel, Mechtild
		Töpper, Gernot

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
Stiftungsrat	1	0	1

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	73	72,50
Serva GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	49.674	92	49.959	94	51.239	94	-285	-1
Umlaufvermögen	4.099	8	3.325	6	3.535	6	774	23
Rechnungsabgrenzungsposten	24	0	22	0	13	0	2	9
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	45	0	46	0			-1	-2
Bilanzsumme	**53.842**	**100**	**53.352**	**100**	**54.787**	**100**	**490**	**1**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	16.403	30	16.200	30	16.066	29	203	1
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	22.961	43	23.162	44	23.842	43	-201	-1
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	922	2	937	2	976	2	-15	-1
Rückstellungen	570	1	788	1	1.102	2	-218	-28
Verbindlichkeiten	12.506	23	11.782	22	12.354	23	724	6
Rechnungsabgrenzungsposten	480	1	483	1	447	1	-3	-0
Bilanzsumme	**53.842**	**100**	**53.352**	**100**	**54.787**	**100**	**490**	**1**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	16.462	16.359	15.615
sonstige betriebliche Erträge	1.631	1.621	1.875
Materialaufwand	3.620	3.462	3.168
Personalaufwand	11.531	11.385	11.012
Abschreibungen	1.589	1.544	1.558
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	772	719	735
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.612	1.784	1.798
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	2	10	1
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1	11	13
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	59	30	23
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	13	3	8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	431	444	421
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	131	128	298
außerordentliche Erträge	78	18	17
außerordentliche Aufwendungen	7	12	7
außerordentliches Ergebnis	71	6	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	202	134	308
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	202	134	308
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,23	0,82	1,97	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,23	0,83	1,92	%
Cash-Flow:	1.804	1.681	1.874	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	45	45	49	T€
Personalaufwandsquote:	63,73	63,32	62,96	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,96	90,29	89,74	%
Eigenkapitalquote:	30,46	30,36	29,32	%
Fremdkapitalquote:	69,54	69,64	70,68	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Altenpflegeplätze	416,00	424,00	424,00	Anzahl
Pflegepl. f. Menschen mit geistiger u. seel. Behind.	228,00	221,00	217,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Allgemeines

Die Stiftung konnte das Jahr 2011 erwartungsgemäß mit einem positiven Ergebnis abschließen. Die Ertragslage hat sich weiter stabilisiert. Damit konnte der positive Trend der zurückliegenden beiden Geschäftsjahre fortgeschrieben werden. Das Jahresergebnis 2011 konnte zum einen aufgrund der laufenden Geschäftstätigkeiten erreicht werden. Zum anderen hatten Sondereinflüsse (Nachzahlung Bereich Röpziger Straße) einen Einfluss auf das Jahresergebnis.

Die umfangreichen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Altenhilfe trugen dazu bei, dass die Angebote der Stiftung im Segment der Altenhilfe ihre Spitzenposition im Wettbewerbsgefüge behaupten und ausbauen konnten.

2. Entwicklung 2011

2.1 Altenhilfe

Im Bereich der Altenhilfe trug eine über dem Durchschnitt des Jahres 2010 liegende Auslastung der zur Verfügung stehenden Kapazitäten dazu bei, dass sich die Erträge aus Pflegeleistungen erhöhten. Die Auslastung der vier Altenpflegeheime stieg von 96,3 % im Vorjahr auf durchschnittlich 96,8 % im Jahr 2011. Im Altenpflegeheim Haus der Generationen entsprach die jahresdurchschnittliche Auslastung mit 98,7 % weitestgehend dem Wert des Vorjahres (98,8 %). In den Hausgemeinschaften für Menschen mit Demenz stieg die Auslastung von 98,5 % auf jahresdurchschnittliche 99,5 %. Das Altenpflegeheim Riebeckpark konnte seine Auslastung von 94,5 % in 2010 auf 95,6 % in 2011 steigern. Dies führte u.a. dazu, dass das Altenpflegeheim Riebeckpark das Geschäftsjahr 2011 mit einem positiven Jahresergebnis abschloss.

Darüber hinaus gelang es durch gezieltes Pflegestufenmanagement im Bereich der Altenhilfe eine optimale Pflegestufenverteilung zu erzielen.

Der Bereich Altenpflegeheim Akazienhof schloss das Jahr 2011 mit einem negativen Ergebnis ab. Im ersten Halbjahr musste zum Erbringen der mit den Pflegekassen vereinbarten Pflegeleistungen, Fremdpersonal über Zeitarbeitsfirmen beschäftigt werden. Die sich hierdurch ergebende Steigerung der Kosten konnte im zweiten Halbjahr wieder aufgefangen werden. Durch ein Personalmanagement verbunden mit dem Bestreben, vakante Stellen mit eigenem Personal zu besetzen, gelang es, den Fremdpersonalbestand auf „Null“ zu reduzieren. Durch ein strenges Kostenmanagement gelang es außerdem, den Bereich im zweiten Halbjahr nicht noch weiter ins Minus laufen zu lassen, sondern auf dem erreichten Niveau zu halten bzw. bereits erwirtschaftete Verluste zum Teil abzufedern. Es ist erklärtes Ziel der Stiftung, vakante Stellen durch Einstellungen in der Stiftung zu besetzen und somit auf den Einsatz von Zeitarbeitskräften zu verzichten. Dies gelang im zweiten Halbjahr 2011 in hervorragender Art und Weise.

Die Auslastungen der beiden Tagespflegen „Tagespflege im Akazienhof“ und „Tagespflege Haus im Park“ lagen 2011 unterhalb des Jahresdurchschnittes aus 2010. Der Durchschnitt im Jahresverlauf 2011 pegelte sich bei 84,8 % ein. 2010 lag dieser bei 90,8 %. 2012 wird geprüft, wie die Kosten- und Leistungsstruktur beider Tagespflegeeinrichtungen so verändert werden können, dass sich die Verluste minimieren.

Im Bereich altengerechte Wohnungen blieb die Auslastung erneut stabil. Über das Jahr 2011 wurde eine nahezu 100 %-ige Auslastung erreicht. Perspektivisch ist davon auszugehen, dass sich die Instandhaltungsaufwendungen für die Wohnungen aufgrund des Alters der Immobilien erhöhen werden.

Im Bereich Vermietung blieben die Ergebnisse im Jahr 2011 hinter den Erwartungen zurück. Dies lag insbesondere an den hohen Instandhaltungskosten. So wurden das Gästezimmer, die podologische Praxis und die Räumlichkeiten der Physiotherapie im Riebeckpark saniert. Darüber hinaus wurden die Laubengänge in der Bugenhagenstraße saniert.

Die Entscheidung des Vorjahres, die ambulante Pflege dem Bereich Vermietung zuzuordnen, hat sich als sinnvoll und nützlich erwiesen. So gelang es gut, mehr Leistungen der Stiftung den Mietern anzubieten. Die sich bereits in der zweiten Hälfte 2010 abzeichnende positive Entwicklung schrieb sich 2011 fort. Das Jahresergebnis des Bereichs Ambulante Pflege lag somit deutlich oberhalb der geplanten Werte.

2.2 Behindertenhilfe

Im Segment der Behindertenhilfe wurden in 2011 die gewohnt stabilen Ergebnisse erreicht. Das Förderwohnheim für Menschen mit geistigen Behinderungen war jahresdurchschnittlich mit 98,8 % ausgelastet. Die Tagesförderung war zu 100 % ausgelastet. Im Bereich betreutes Wohnen wurden sehr gute 98,6 % Auslastung erreicht. Im November eröffnete die Tagesstätte in der Südstraße. Hier werden 10 Menschen mit geistigen Behinderungen betreut. Die Räumlichkeiten bezog die Tagesstätte zur Miete. In 2012 wird mit einer 100 %-igen Auslastung gerechnet.

Das Wohnheim für Menschen mit seelischen Behinderungen war 2011 zu 100 % ausgelastet. Ebenfalls sehr gute Auslastungsergebnisse erzielte die Wohngruppe für Menschen mit seelischen Behinderungen. Die Tagesstätte für Menschen mit seelischen Behinderungen blieb mit einer durchschnittlichen Auslastung von 92,4 % etwas unter den Erwartungen.

Mit diesen Kapazitätsauslastungen trägt der Bereich Behindertenhilfe maßgeblich zum positiven Jahresergebnis der Stiftung bei.

Durch Nachzahlungen aus offenen Pflegesatzverhandlungen ergaben sich für das Wohnheim für Menschen mit seelischen Behinderungen in der Röpziger Straße ca. 28 TEUR und für die Tagesstätte für Menschen mit seelischen Behinderungen ca. 45 TEUR als außerordentlicher Ertrag. Die Beträge beeinflussen das Jahresergebnis positiv, ergeben sich jedoch nicht aus dem laufenden Geschäftsbetrieb. 2012 ist mit derartigen Zahlungen nicht zu rechnen.

2.3 Baumaßnahmen

Im Jahr 2011 wurden die Umbaumaßnahmen im Altenpflegeheim Riebeckpark fortgeführt. Die Maßnahmen verliefen planmäßig. Zudem wurde 2011 mit den umfangreichen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Altenpflegeheim Akazienhof begonnen. Die erste Umbauphase konnte im 3. Quartal 2011 beendet werden. Diese hatte eine Kapazitätsreduzierung von 151 Betten auf 143 Betten zur Folge. Die 143 Betten waren im weiteren Jahresverlauf mit durchschnittlich 98 % ausgelastet. Dieser hohen Auslastung standen jedoch keine Mehreinnahmen gegenüber, da mit der Kapazitätsreduktion zunächst keine erneute Pflegesatzverhandlung gegenüberstand.

Mit dem Ende der Umbaumaßnahmen im Mai 2012 werden die Entgelte des Bereichs neu verhandelt. Im Altenpflegeheim Akazienhof wurden und werden die Aufenthaltsbereiche, die Bäder und Flure sowie die Dienstzimmer modernisiert. Die Installation einer Brandmeldeanlage wird die Umbaumaßnahmen komplettieren.

Im Jahr 2011 wurden rund 267 TEUR für eigenfinanzierte Instandhaltungen ausgegeben.

Ein Brand im November in einem Bewohnerzimmer des Altenpflegeheims Akazienhof hatte lediglich Sachschäden zur Folge. Alle Bewohner des Hauses blieben unverletzt. Die Beseitigung der Brandschäden dauerte bis Anfang 2012 an.

Das Bauvorhaben zur Einrichtung einer Kindertagesstätte wurde im April 2011 planmäßig abgeschlossen. Am 01. Mai 2011 eröffnete die Kita „Kantstraße“. Träger der Kita ist die Outlaw gGmbH. Outlaw mietete sich in die Räume der ehemaligen Küche der Stiftung ein und betreut seitdem 52 Kinder im Rahmen einer integrativen Kinderbetreuung. 12 Mitarbeiterkinder der Paul-Riebeck-Stiftung erhalten in der Kita einen Kindergartenplatz.

2.4 Finanzielle Situation der Stiftung

Wirtschaftlich und finanziell entwickelt sich die Stiftung weiterhin positiv. Der Trend der letzten beiden Jahre konnte 2011 fortgesetzt werden. Maßgeblich dazu trugen die in den vorstehenden Ausführungen beschriebenen Sachverhalte bei.

Zum 01. Januar 2011 vereinbarten Betriebsrat und Vorstand eine Betriebsvereinbarung zur Arbeitsordnung mit Entgeltvereinbarung. Mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung schaffte die Stiftung ein eigenes Regelwerk zu den Arbeitsbedingungen und Entgelten für die Beschäftigten des Unternehmens. Nach dem Austritt aus dem kommunalen Arbeitgeberverband werden nun alle Beschäftigten, die seit dem 01. Januar 2011 eingestellt wurden und werden, nach diesen Regelungen eingestellt. Zum gleichen Zeitpunkt trat die Betriebsvereinbarung zur Zahlung eines freiwilligen Erfolgsentgeltes in Kraft. Damit beteiligt die Stiftung ihre Angestellten am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens und gleicht die Einkommensverluste, die aufgrund des freiwilligen Verzichts der Beschäftigten auf die Jahressonderzahlungen nach TVöD 2008, aufgrund der damaligen angespannten wirtschaftlichen Situation der Stiftung, notwendig waren, aus. Im Juni 2011 wurde das Erfolgsentgelt an die Beschäftigten als Einmalzahlung in einer Gesamthöhe von 216 TEUR ausgezahlt.

Ende 2011 lag die Eigenkapitalquote bei 30,4 %. Ende 2010 betrug sie 30,3 % und Ende 2009 waren es 29,3 %. Die in den letzten Jahren steigende Eigenkapitalquote spiegelt die stabile Lage der Stiftung wieder.

Das Anlagevermögen verringerte sich durch planmäßige Abschreibungen von 1.581 TEUR auf 49.674 TEUR. Die Zugänge des Anlagevermögens 2011 sind im Wesentlichen durch die Umbaukosten für die Errichtung der Kindertagesstätte in der Kantstraße in Höhe von 533 TEUR geprägt.

Das Stiftungskapital beträgt unverändert 12.629 TEUR.

Der Umsatz stieg im Vergleich zum Vorjahr um 103 TEUR auf 16.462 TEUR.

3. Beteiligungen

3.1 ewia GmbH

Die Paul-Riebeck-Stiftung war auch im Jahr 2011 mit einem Geschäftsanteil von 72,5 % an der ewia GmbH beteiligt. Die ewia GmbH erzielte im Jahr 2011 ein Ergebnis von 53 TEUR.
Die ewia GmbH ist Eigentümerin von 136 altengerechten und behindertenfreundlichen Wohnungen. Außerdem vermietet sie vier Gewerbeeinheiten. Die Wohnungen waren im Jahr 2011 durchschnittlich zu 99,91 % vermietet.

Die Betreuung der Mieter in den Wohnungen obliegt auch weiterhin den Mitarbeitern der Stiftung.

3.2 serva GmbH

Die Stiftung ist nach wie vor alleiniger Gesellschafter der serva GmbH. Die serva GmbH erzielte im Jahr 2011 ein Ergebnis von 2 TEUR.

Die serva GmbH erbringt für die Paul-Riebeck-Stiftung seit Januar 2009 Unterhalts- und hauswirtschaftliche Leistungen. Darüber hinaus übernimmt die Gesellschaft seit Juli 2011 die Leistungen des Hol- und Bringedienstes für die Stiftung. Hierzu zählen bspw. die Transporte der Speisen und Getränke von der zentralen Küche im Akazienhof in die übrigen Unternehmensstandorte. Eigens hierfür wurde ein Spezialfahrzeug angeschafft.

Zum 20. Juni 2011 endete der Vertrag mit der Gegenbauer Holding SA & Co. KG. Sie übernahm bis dato das Management der Gesellschaft. Das Management der serva wurde unmittelbar der Coavia aus Flensburg übertragen. Ziel war es, die Leitung der serva in kompetente Hände zu geben sowie die Abläufe und Strukturen anzupassen und effizienter zu gestalten. Die Geschäftsführung der serva GmbH übernehmen der Vorstand der Stiftung (Herr Fritschek) und Herr Joost (Geschäftsführer Coavia). U.a. wurden im Jahr 2011 zwei Vorarbeiterinnen aus den eigenen Reihen ernannt, die vor Ort für den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen verantwortlich sind und als Ansprechpartnerinnen z.B. für die Personalabteilung agieren. Die Entscheidung, das Management der Coavia zu übertragen erwies sich als sinnvoll. Bereits jetzt erbringt die Gesellschaft mehr Leistungen für die Stiftung als vor dem Managementwechsel. Die Qualität der erbrachten Leistungen ist gleichbleibend gut.

4. Entwicklung im Jahr 2012

Die Verschärfung des Wettbewerbs im Bereich Altenhilfe und im Bereich Vermietung altersgerechter Wohnungen wird auch in 2012 andauern.

Die steigenden Auslastungen in 2011 zeigten, dass die Paul-Riebeck-Stiftung im Wettbewerbsgefüge über eine stabile Position verfügt. Es ist das Ziel der Stiftung, diese starke Marktposition auch in 2012 und darüber hinaus zu halten und zu festigen. Um die Angebote im umkämpften Markt der Altenhilfe noch attraktiver zu gestalten, werden die Bau- und Sanierungsmaßnahmen in den Altenpflegeheimen weiter einen hohen Stellenwert einnehmen. Durch eine dauerhaft qualitativ hochwertige Arbeit sowie durch eine hohe Qualität in der Ausstattung unsere Häuser, wird es auch in Zukunft gelingen, als kompetenter Anbieter von erstklassigen Pflege- und Betreuungsleistungen im Außenraum wahrgenommen zu werden.

Der sich abzeichnende Trend im Land Sachsen-Anhalt im Bereich Behindertenhilfe vermehrt ambulant betreute Wohnformen zu etablieren, besteht nach wie vor. Das Engagement der Stiftung, ein Konzept zur Deinstitutionalisierung in der Behindertenhilfe zu entwickeln und umzusetzen, wird in 2012 fortgesetzt.

Die Stiftung ist sich im Klaren darüber, dass sie ihre Leistungen nur mit den besten Mitarbeitern dauerhaft erbringen kann. Es ist festzustellen, dass der Arbeitsmarkt für Pflegefachkräfte jedoch von einem Nachfrageüberhang geprägt ist. Um auch künftig fachlich und sozial kompetente Mitarbeiter für die Stiftung zu gewinnen und diese dauerhaft an die Stiftung zu binden, werden in 2012 die Bemühungen, die Stiftung als Arbeitgebermarke im südlichen Sachsen-Anhalt zu platzieren, intensiviert. Um hier gezielte Maßnahmen ergreifen zu können, startet das Jahr 2012 mit einer Mitarbeiterbefragung. Ziel der Befragung ist es, die Zufriedenheit der Beschäftigten hinsichtlich ihrer Tätigkeiten in der Stiftung zu erfahren.

Es ist Ziel der Stiftung bestehende Kooperationen auszubauen und zu festigen bzw. neue Kooperationen mit kommunalen Unternehmen zu entwickeln. Im Fokus stehen in 2012 Kooperationen mit Wohnungsbaugesellschaften, um das Segment Vermietung alten- und behindertengerechter Wohnungen weiterzuentwickeln. Darüber hinaus will die Stiftung ihre Pflege- und Betreuungsleistungen Mietern altengerechter Wohnungen im südlichen Innenstadtbereich anbieten. Für unsere Kooperationspartner sollte klar sein, dass wir der erste Ansprechpartner in allen Fragen zur Altenpflege sind.

Für 2012 ist geplant, dass die Stiftung die Anteile des Bauvereins Halle & Leuna eG an der ewia GmbH übernimmt und anschließend die wesentlichen Aktiva und Passiva im Wege der Einzelrechtsnachfolge in die Stiftung eingebracht werden. Die Übertragung ist zum 01.Juli 2012 geplant.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit wird in 2012 darin liegen, dass sich die Stiftung mehr nach außen öffnet. Die Stiftung ist bisher ein weitestgehend in sich geschlossenes System. Durch Projekte wie „Nachbarschaft.Leben“ soll dies gelingen. Im Rahmen des Projektes wird bürgerschaftliches Engagement von älteren Menschen für ältere Menschen im Stadtteil Südliche Innenstadt Halle (Saale) aufgebaut und in konkreten Freiwilligenprojekten umgesetzt.

Serva GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Beesener Straße 15 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	26

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der Gesundheitsversorgung zu sehen, da das Unternehmen Dienstleistungen im Bereich der Altenpflege erbringt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Eisner, Sylvia	(bis 05.07.2011)
	Fritschek, Andreas	(seit 05.07.2011)
	Joost, Peter	(seit 05.07.2011)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	18	14	4	3	0	0	14	350
Umlaufvermögen	113	86	121	97	142	100	-8	-7
Bilanzsumme	**131**	**100**	**125**	**100**	**142**	**100**	**6**	**5**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	81	62	81	64	81	57	0	0
Rückstellungen	5	4	7	6	9	6	-2	-29
Verbindlichkeiten	45	34	37	30	52	37	8	22
Bilanzsumme	**131**	**100**	**125**	**100**	**142**	**100**	**6**	**5**

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	380	299	264
sonstige betriebliche Erträge	15	4	0
Materialaufwand	31	30	36
Personalaufwand	279	187	152
Abschreibungen	4	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	79	76	76
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2	10	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	2	10	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag			-11
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen			-11
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,45	3,47	0,38	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,11	12,85	1,26	%
Cash-Flow:	6	11	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	15	14	15	T€
Personalaufwandsquote:	70,83	61,65	57,54	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	13,69	2,81	0,23	%
Eigenkapitalquote:	61,49	64,50	56,81	%
Fremdkapitalquote:	38,51	35,50	43,19	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stadion Halle Betriebs GmbH**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	c/o Stadt Halle (Saale) 06100 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	13	51,00
Stadion Beteiligungs- und Bewirtschaftungs-GmbH	7	28,00
Hallescher Fußballclub e. V.	5	21,00

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Betriebsleistungen für das Kurt-Wabbel-Stadion in Halle (Saale), insbesondere das kaufmännische und technische Management, die Erbringung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, das Marketing sowie sämtliche weiteren bei dem Betrieb des Stadions notwendigen Leistungen.

(2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar förderlich sind.

(3) Sie darf jedoch keine Zweigniederlassungen errichten, sich nicht an anderen Unternehmen beteiligen oder Unternehmensverträge im Sinne von §§ 291, 292 AktG schließen und Interessengemeinschaften eingehen.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Geier, Egbert

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2011 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Die Daten beziehen sich auf den 31.12.2010.

Beirat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar
	stellv. Vorsitzender	Klose, Wilfried
		Bönisch, Bernhard
		Dr. Diaby, Karamba
		Dr. Schädlich, Michael
		Ettingshausen, Rüdiger
		Hajek, Andreas
		Heinze, Frank
		Thymian, Robert

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010	
Aktiva	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	39	100
Bilanzsumme	**39**	**100**

Passiva	**T€**	**%**
Eigenkapital	25	64
Rückstellungen	12	31
Verbindlichkeiten	2	5
Bilanzsumme	**39**	**100**

bb) GuV

	2010
	T€
sonstige betriebliche Erträge	13
sonstige betriebliche Aufwendungen	13
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:		%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,57	%
Cash-Flow:	-0	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:		T€
Personalaufwandsquote:		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:		%
Eigenkapitalquote:	63,02	%
Fremdkapitalquote:	36,98	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Der Berichtszeitraum war durch den Aufbau der Strukturen der am 03. September 2010 neu gegründeten Gesellschaft geprägt. Der Geschäftsbetrieb umfasst die Erbringung von Betriebsleistungen für das Kurt-Wabbel-Stadion in Halle (Saale), nunmehr Erdgas Sportpark.

Insbesondere die im Zusammenhang stehende Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 24. März 2010 sowie der Abschluss der folgenden langfristigen Verträge wurden realisiert:

- Pachtvertrag mit der Stadt Halle (Saale)
- Zuschussvertrag mit der Stadt Halle (Saale)
- Mietverträge mit dem Hauptnutzer Hallescher Fußballclub e.V.
- Bewirtschaftungsvertrag mit der Stadion Halle GbR
- Diverse Energiecontractingverträge

Das Geschäftsergebnis ist daher von Gründungskosten und begonnenen Beratungsleistungen geprägt. Zum Abschluss des Geschäftsjahres ist ein geringer Jahresfehlbetrag in Höhe von Euro 141,80 zu verzeichnen.

2. Lage des Unternehmens

Aufgrund der Einzahlungen des Stammkapitals bestand zum Bilanzstichtag eine positiver Liquiditätsüberschuss in Höhe von Euro 39.446,15. Die wirtschaftliche Lage kann daher insgesamt als gut bezeichnet werden. Die Gesellschaft war stets in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2011 wird durch den Beginn des Geschäftsbetriebs geprägt sein. Die Fertigstellung des Erdgas Sportpark und der Beginn der Betriebsleistungen soll im September 2011 erfolgen.

Das Konzept des Stadions ist von vornherein darauf ausgelegt, das Stadion selbst, neben dem Spielbetrieb des HFC e.V., sinnvoll und wirtschaftlich nutzbar zu machen. Dazu hat man neben der Nutzung als Fußballstadion auch und vor allem eine multifunktionale Einrichtung im Blick gehabt, die mit flexiblen Nutzungsmöglichkeiten viel Spielraum und Potenzial für kreative Ideen und Konzepte lässt. Dabei kann und soll nicht nur der Innenbereich genutzt werden, sondern es besteht auch die Möglichkeit, auf den angrenzenden geschaffenen Parkplätzen und dem Außenbereich Veranstaltungen durchzuführen oder diese multifunktionell mit einzubinden.

Die Räumlichkeiten wie VIP, Presse und Business Bereich, sowie Parkplätze und sonstige Infrastruktur sind bereits im Vorfeld technisch als auch praktisch so geplant worden, dass eine große Bandbreite an Nutzungen möglich ist.

Ziel der Gesellschaft ist es, die anfallenden Aufwendungen durch den Abschluss langfristiger Dienstleistungsverträge im Bereich Bewirtschaftung, Energieversorgung und Verwaltung abzusichern. Dies ist in den Bereichen Bewirtschaftung und Energieversorgung bereits erfolgt. Demgegenüber stehen ebenso langfristig vereinbarte Einnahmen aus Mietverträgen, Sponsoring und Zuschuss seitens der Stadt Halle (Saale).

Demzufolge ist für einen zeitlichen Horizont von ca. 10 Jahren eine stabile Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als gesichert einzuschätzen. Dieser Einschätzung entsprechen auch die Aussagen des Wirtschaftsplanes für die Kalenderjahre 2011 und 2012.

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Ein geringer Anteil der geplanten Einnahmen soll aus durchzuführenden Veranstaltungen und entsprechenden Miet- und Cateringumsätzen erwirtschaftet werden. Hierzu bestehen bereits erste Vermarktungs- und Veranstaltungskonzepte. Insgesamt bestehen für diese Einnahmen naturgemäß Unsicherheiten. Bei einer optimalen Vermarktung des Erdgas Sportpark sowie einem positiven Kundenfeedback könnten die bislang prognostizierten Einnahmen jedoch sogar übertroffen werden.

Darüber hinaus besteht eine gewisse Abhängigkeit vom Hauptmieter HFC e.V. und dessen sportlichen und wirtschaftlichen Erfolgen. Auf Basis der abgeschlossenen Mietverträge bestehen langfristig vereinbarte Mindestkonditionen, die der Prognose zu Grunde gelegt sind sowie Anpassungsmechanismen in Abhängigkeit der sportlichen Entwicklung. Für die mittelfristige sportliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung bestehen trotz alledem nicht prognostizierbare Unsicherheiten.

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Mit Datum 08.04.2011 konnte der Abschluss eines langfristigen Werbe- und Sponsoringvertrages realisiert werden, um die im Rahmen des Geschäftsbetriebs der Gesellschaft anfallenden Aufwendungen zu finanzieren.

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchaer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	12.372

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	12.372	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Zweck der Stiftung ist, allen sozial-benachteiligten Einwohnern der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.

(2) Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:

a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii,

b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.

(3) Die Erträge werden dem unter Ziff. (1) definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.

(4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabeordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I, S. 613, 1977).

(5) Aufnahmefähig in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung sind nach Maßgabe der vorhandenen Plätze Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Standes und der Religion. Hierbei sind Einwohner der Stadt Halle bevorzugt zu berücksichtigen. Der Betrieb des Senioren-, Wohn und Pflegeheimes dient im Besonderen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.

(6) Die Rechtsstellung der durch die Stiftung Begünstigten wird durch den Stiftungsvorstand in einem Regulativ festgelegt. Dies legt insbesondere die Grundsätze für die Aufnahme in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung und die Entlassung aus demselben fest.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in gesundheitlichen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2011 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Die Daten beziehen sich auf den 31.12.2010.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar
	stellv. Vorsitzender	Kogge, Tobias
		Haupt, Hanna
		MR Greuel, Mechtild
		Scholtyssek, Andreas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	27.654	86	28.212	93
Umlaufvermögen	4.502	14	2.000	7
Rechnungsabgrenzungsposten	12	0	23	0
Bilanzsumme	**32.169**	**100**	**30.235**	**100**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	18.869	59	18.867	63
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	3.809	12	3.954	13
Rückstellungen	123	0	111	0
Verbindlichkeiten	9.337	29	7.287	24
Rechnungsabgrenzungsposten	31	0	16	0
Bilanzsumme	**32.169**	**100**	**30.235**	**100**

bb) GuV

	2010	2009
	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	3.997	4.098
sonstige betriebliche Erträge	1.368	1.332
Materialaufwand	1.863	1.990
Personalaufwand	2.192	1.962
Abschreibungen	623	649
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	145	145
sonstige betriebliche Aufwendungen	537	657
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	99	110
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23	24
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	404	374
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15	77
sonstige Steuern	12	11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	66
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3	66

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,06	1,62	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,01	0,35	%
Cash-Flow:	625	715	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	130	144	T€
Personalaufwandsquote:	40,85	36,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,55	84,46	%
Eigenkapitalquote:	58,66	62,40	%
Fremdkapitalquote:	41,34	37,60	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Altenpflegeplätze	198,00	198,00	Anzahl
Wohnungen	61,00	61,00	Anzahl
Auslastung Betreutes Wohnen	92,90	100,00	%
Auslastung Pflegeplätze	97,70	98,30	%

e) Lagebericht

Die Stiftung erwirtschaftete auch im Berichtsjahr 2010 ein leicht positives Jahresergebnis.

Sie befand sich jedoch noch das gesamte Berichtsjahr in der Umstrukturierung und Umstellung auf Einzelunterbringung. Die organisatorische und strukturelle Umstellung wurde in diesem Jahr abgeschlossen. Somit stehen gute individuelle Bedingungen für die Bewohner zur Verfügung.

Mit der geplanten Baumaßnahme zur Errichtung von 50 Pflegewohnungen und 7 stationären Pflegeplätzen am Standort Unterplan 10, wurde im März 2011 begonnen. Die Fertigstellung ist für das Frühjahr 2012 geplant. Damit ist ein weiterer wesentlicher Schritt für die Entwicklung der Stiftung erfolgt.

Im Rahmen der Bestandsbaulichkeiten werden im IV./2011 noch 3 zusätzliche Einzelzimmer geschaffen. Darüber hinaus werden wir im Jahr 2012 noch weitere Einzelzimmer durch Umbaumaßnahmen schaffen. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, dass die Ertragslage der Stiftung verbessert wird.

Im Jahr 2011 konnten wir in das Modellprojekt "Bürgerarbeit" aufgenommen werden. Hier erhalten erwerbsfähige Hilfebedürftige, einen versicherungspflichtigen Arbeitsplatz befristet auf 3 Jahre in unseren dafür geschaffenen Projekten. Da wir bereits gute Erfahrungen mit unseren AGH-Massnahmen hatten, ist die Bürgerarbeit für unsere Stiftung und insbesondere für die Bewohner der Stiftung eine große Bereicherung. Es kann so individueller auf die Bedürfnisse der Heimbewohner eingegangen werden.

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchaer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	344

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	344	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehschwacher Einwohner der Stadt Halle

2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
   a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
   b) Verwaltung des Grundbesitzes

3. Die Erträge werden dem unter Ziff. 1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.

4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Stiftung ergibt aus deren Zielen und ist in erster Linie im sozialen Bestreben und dort im Bereich der Krankenpflege zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Kogge, Tobias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Verände-rungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	344	66	344	68	344	70	0	0
Umlaufvermögen	174	34	159	32	147	30	15	9
Bilanzsumme	**518**	**100**	**503**	**100**	**491**	**100**	**15**	**3**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	518	100	503	100	491	100	15	3
Bilanzsumme	**518**	**100**	**503**	**100**	**491**	**100**	**15**	**3**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	14	10	13
sonstige betriebliche Aufwendungen	6	5	6
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	7	7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14	12	14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	14	12	14
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	6	6	7
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	8	6	7

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	2,82	2,47	2,80	%
Cash-Flow:	14	12	14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	66,39	68,29	69,99	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Ackerfläche	468.950,50	468.950,50	468.950,50	m²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m²

e) Lagebericht

Stiftungszweck ist die Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehschwacher Einwohner der Stadt Halle (Saale).

Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch

- Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz;
- Verwaltung des Grundbesitzes.

Die Erträge werden dem o. g. Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung 1977.

Das Stiftungsvermögen zeigt sich zum Vorjahr unverändert. Ebenfalls unverändert ist daher der Bestand an Ackerflächen (468.950,5 m²) und Gartenflächen (7.393 m²).

Von dem in 2011 erwirtschafteten Überschuss aus der Vermögensverwaltung wurden 6.640,73 EUR der Rücklage nach § 58 Nr. 7a AG zugeführt.

Im Jahr 2011 wurden Ausgaben im satzungsmäßigen Sinne für den Verein Torballmannschaft PRSV (1.006,02 EUR) und für den Verein zur Förderung sehbehinderter Kinder (478,38 EUR) getätigt.

Das Jahresergebnis 2011 in Höhe von 7.756,50 EUR soll zusammen mit dem Jahresergebnis 2012 für das Projekt „Errichtung eines Fühlbrunnens“ auf dem Gelände des Unterplanes der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale) verwendet werden.

3.7 KULTUR

Stiftung Händel-Haus

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Große Nicolaistraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung des Privatrechts
Stiftungsvermögen in T€:	6.471

Stifterin:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	6.471	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

a) Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,

b) Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie

c) Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in kulturellen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Direktorium:		Birnbaum, Clemens	
Fachbeirat:	Vorsitzender	Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang	
	stellv. Vorsitzender	Bischoff, Detleff	
	Ehrenmitglied	Bartoli, Cecilia	
		Dr. Latcham, Michael	(bis 03.06.2011)
		Kaiser, Angela	(seit 03.06.2011)
		Köhler, Axel	(seit 03.06.2011)
		Prof. Dr. Fontana, Eszter	(seit 03.06.2011)

Fachbeirat:		Prof. Dr. Ruf, Wolfgang	
		Prof. Schirmer, Ragna	(seit 03.06.2011)
		Prof. Steffens, Karl-Heinz	(bis 03.06.2011)
		Quäschning, Bettina	
		Voß, Stefan	
Kuratorium:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	stellv. Vorsitzender	Dorgerloh, Stephan	(seit 19.04.2011)
	stellv. Vorsitzende	Prof. Dr. Wolff, Birgitta	(bis 18.04.2011)
		Dr. Bergner, Annegret	
		Froboese, Klaus	
		Hoberg, Uwe	
		Prof. Neven DuMont, Alfred	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Verände-rungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Ausstehende Einlagen	13.118	55	15.769	60	16.387	62	-2.651	-17
Anlagevermögen	8.663	36	8.781	33	8.830	33	-118	-1
Umlaufvermögen	2.076	9	1.806	7	1.319	5	270	15
Bilanzsumme	**23.857**	**100**	**26.356**	**100**	**26.536**	**100**	**-2.499**	**-9**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	23.405	98	25.910	98	25.809	97	-2.505	-10
Rückstellungen	373	2	427	2	551	2	-54	-13
Verbindlichkeiten	53	0	13	0	175	1	40	308
Rechnungsabgrenzungsposten	26	0	6	0			20	333
Bilanzsumme	**23.857**	**100**	**26.356**	**100**	**26.536**	**100**	**-2.499**	**-9**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	61	63	16
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		4	-11
sonstige betriebliche Erträge	3.873	3.816	5.177
Materialaufwand	0	22	
Personalaufwand	1.235	1.092	1.124
Abschreibungen	192	214	129
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.361	1.844	2.768
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		6	10
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	146	717	1.171
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	146	717	1.171
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	146	717	1.171

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	240,62	1.142,14	7.331,23	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,63	2,85	4,75	%
Cash-Flow:	337	931	1.300	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	164	162	288	T€
Personalaufwandsquote:	31,40	28,13	21,69	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	36,30	33,30	33,25	%
Eigenkapitalquote:	98,10	98,31	97,26	%
Fremdkapitalquote:	1,90	1,69	2,74	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Tätigkeitsbericht des Direktors der Stiftung Händel-Haus
für das Kalenderjahr 2011

Inhalt

1. Ausstellungen
2. Veranstaltungen
    - 2.1. Händel-Festspiele 2011
    - 2.2. Weitere Konzertveranstaltungen
3. Wissenschaft und Forschung
4. Bildung
5. Baumaßnahmen
6. Lagerung Kunst- und Kulturgut
    - 6.1. Dauerausstellung „Händel – der Europäer“
    - 6.2. Dauerausstellung „Historische Musikinstrumente“
    - 6.3. Bilder- und Graphiksammlung
    - 6.4. Bibliothek mit Archiv- Nachlass-, Foto- und Plakatsammlung
    - 6.5. Tonarchiv
    - 6.6. Depot Barbarastraße
7. Nennenswerte Neuerwerbungen
8. Sonstige Aktivitäten der Stiftung
9. Personalpolitik Stiftung Händel-Haus
10. Finanzen
11. Diverses
12. Ausblick 2012

1. Ausstellungen

Die Ausstellungen im Händel-Haus werden vom Publikum weiterhin sehr positiv angenommen. In der Pressemitteilung vom 5.01.2012, die u.a. auch in der Mitteldeutschen Zeitung publiziert wurde, konnte für das Kalenderjahr 2011 folgendes Resümee gezogen werden:

Waren es im Jahr 2010 noch 34.000 Gäste besuchten im Jahr 2011 über 35.000 Menschen aus aller Welt das Händel-Haus Musikmuseum, gleichzeitig Geburtsstätte des berühmtesten Sohnes der Stadt Halle (Saale) – Georg Friedrich Händel. Mit über 180 Veranstaltungen im letzten Jahr zeigte die Stiftung Händel-Haus erneut, welche Vielfalt Kultur bieten kann.
Besonders dem jungen Publikum präsentierte das Haus spezielle Angebote. Neben den wöchentlichen Schallspielen für Kinder ab 6 Jahren, gab es im letzten Jahr einen Sommerworkshop in der Ferienzeit, einen Tag der Musik, das Fest für die ganze Familie zu den Händel-Festspielen im Händel-Haus Hof, mehrere Aufführungen des Musikalischen Schauspiels „Herr Händel aus Halle“, einen Studienkurs und vieles mehr. Zahlreiche dieser Angebote werden auch in 2012 fortgeführt.
Eine erfreuliche Bilanz gab es ebenso bei der Zahl der Trauungen. Im letzten Jahr gaben sich 45 Paare in den historischen Räumen des Händel-Hauses das „Ja-Wort“. Das sind 15 Paare mehr als in 2010. Ab Anfang 2012 werden die Paare in einem neuen Ambiente des Renaissance-Raumes getraut. Auch der Durchgang zum Hof des Händel-Hauses wurde renoviert. Große beleuchtete Glasvitrinen informieren die Besucher über aktuelle Veranstaltungen im Händel-Haus und in der Umgebung.
Neben den zahlreichen internationalen Besuchern aus Holland, Schweden, den USA, Kanada, Taiwan, Australien und vielen weiteren Ländern waren auch Berühmtheiten unter den Gästen des Händel-Hauses. Im Mai durchschritt Lucia Aliberti die Museumsräume, zu den Händel-Festspielen im Juni Julia Schröder sowie Mitglieder der Ensembles La Venexiana, Concerto Köln und Aterballetto und erst kürzlich zwei Mitglieder eines der berühmtesten und einflussreichsten Bands der Irish Folk Music „The Dubliners“. Auch der armenische Botschafter bestaunte die Dauerausstellung „Händel – Der Europäer“ sowie die Historische Musikinstrumentensammlung im Händel-Haus.

Bereits im vorjährigen Jahresbericht wurde über Probleme der schweren Buchvitrinen in der **Dauerausstellung „Händel – Der Europäer“** berichtet, die aus Ziegelwänden plötzlich brachen bzw. deren Halterungsstabilität zu überprüfen sei. Seitens der Stiftung wurde ein Statiker beauftragt, statische Berechnungen für eine Anbringung vorzulegen sowie ein Gutachten zu schreiben. Dessen ungeachtet wurde juristisch geprüft, inwiefern eine Gewährleistung gegenüber Dritten geltend gemacht werden kann. Auf der Basis des Statiker-Gutachtens und nach juristischer Beratung durch Herrn RA Arne Steindorf wurde ein außergerichtlicher Kompromiss erzielt. Dabei wird das Architekturbüro Gerhards & Glücker im Zuge einer Sanierung der Wandbefestigung der vorhandenen Buchvitrinen die zeichnerische Darstellung und die Erstellung eines Leistungsverzeichnisses aus Kulanz kostenfrei übernehmen. Die Stiftung wird die Kosten des Statikers sowie Umsetzungskosten übernehmen, die als so genannte „Sowieso-Kosten“ vermutlich auch gerichtlich der Stiftung auferlegt worden wären. Im Dezember 2011 wurden die Ausschreibungsunterlagen für die Maßnahme erstellt. Im Februar/März 2012 soll die Maßnahme umgesetzt und somit das Problem dauerhaft gelöst werden.

Als besonderes Angebot für den Ausstellungsbesucher der „Historischen Musikinstrumente“ wurde das Instrumentenanspiel unter dem Motto **„Authentischer Klang“** jeweils am ersten Sonntag im Monat im Jahr 2011 fortgesetzt. Besucher zahlen hierfür nur das Museumseintrittsgeld. Das Instrumentenanspiel findet in Kooperation mit der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik statt: Das Orgelanspiel wird in der Semesterzeit von Studenten und Dozenten für die Stiftung kostenfrei durchgeführt. Außerhalb der Semesterzeiten hat die Stiftung Musiker unter Vertrag genommen, damit der „Authentische Klang“ regelmäßig angeboten werden kann. Das Angebot nutzen jeweils zwischen 10 und 20 Personen. (Das Angebot muss aufgrund der Raumgröße auf 20 Besucher begrenzt werden.)

Im Jahr 2011 setzte die Stiftung Händel-Haus **3 Sonderausstellungen** im Händel-Haus um. In den Zwischenzeiten, in denen in der Schatzkammer keine Sonderausstellung gezeigt wurde, wurden eigene Bestände der Stiftung (vor allem Erstdrucke) präsentiert.
Die erste Sonderausstellung wurde im Rahmen des Geburtstagswochenendes von G.F.Händel am 25.02.2011 in den Sonderausstellungsräumen 1. Etage eröffnet. Die Ausstellung unter dem Titel **„Ich wünschte, die Menschen nicht nur zu unterhalten...“ Geselligkeiten im London Händels und Hogarths** (Ausstellungszeitraum 26.02.2011 bis 2. Januar 2012) steht inhaltlich im Zusammenhang mit dem Jahresthema der Landesinitiative Sachsen-Anhalt und das 18. Jahrhundert „Geselligkeiten“. Es wurden mehrere Kupferstiche von bzw. nach Hogarth aus dem Besitz der Stiftung Händel-Haus der Öffentlichkeit gezeigt. Leihgaben kamen u.a. von der Stiftung Moritzburg. Die Sonderausstellung wurde finanziell unterstützt durch das Land Sachsen-Anhalt und durch den Freundes- und Förderkreis des Händel-Hauses zu Halle e.V. Für diese Ausstellung wurden neue Verschattungsrollos angeschafft, die auch zukünftig verwendet werden können. Über die Ausstellung wurde in den Medien umfangreich berichtet, u.a. in einem Artikel unter dem Titel „Last und Lust des Meisters“ im allgemeinen Kulturteil der Mitteldeutschen Zeitung:

All dies erzählt die Kabinett-Ausstellung auf engstem Raum und anhand von Exponaten, die geschickt inszeniert sind - vom Whist-Kartenspiel mit Hogarth-Motiven bis zum Notenbüchlein mit Händels Flötenstücken, von der Bibel bis zum Magazin „Gentleman's monthly intelligencer". Das größte Vergnügen bereiten allerdings fraglos die detailverliebten und von bissigem Witz getragenen Motive von Hogarth. Wohl dem Zeitalter und der Stadt, die einen solchen Chronisten beherbergen. (MZ 29.03.2011)

Die zweite Sonderausstellung wurde als Schatzkammerausstellung konzipiert und zu den Händel-Festspielen 2011 eröffnet (Ausstellungsdauer: 3. Juni bis 11. September 2011). Inhaltlich wurde unter dem Titel **„Dresden 1719: Händel sucht die Superstars"** eine Verbindung zum Themenschwerpunkt der Händel-Festspiele geschaffen. Hier wie dort ging es um Händels Reise nach Dresden im Jahr 1719, um dort berühmte italienische Gesangssolisten für die Royal Academy in London zu gewinnen.

Die beiden oben genannten Sonderausstellungen und die Dauerausstellungen des Händel-Hauses wurden auch denjenigen Journalisten gezeigt, die im Rahmeneiner Pressereise von der Stiftung zu den Händel-Festspielen eingeladen wurden. Thomas K. Thornton schrieb hierüber in seinem ausführlichen Feature-Artikel in der wichtigen, englischen Online-Plattform „Seen and Heard International" am 5. Juli 2011:

The Handel Museum features a design award winning permanent exhibition „Handel the European". (...) The building is also connected to a marvelous museum of about 700 musical instruments from five centuries. Among them are such gems as the oldest two-manual Ruckers harpsichord in existence (built in 1599). Visitors can not only admire the precious instruments but also learn about instrumentbuilding techniques, such as the development from the harpsichord action with quills to the double escapement action of the modern grand piano.

Die Vernissage der dritten und letzten Sonderausstellung des Jahres 2011 – erneut als Schatzkammerausstellung konzipiert – fand am 30.09.2011 statt und behandelte Hans Stieber, dessen 125. Geburtstag im Jahr 2011 begangen wurde (Titel: **„Den Stein der Weisen spieg'le ich in die Welt". Zum 125. Geburtstag des Komponisten Hans Stieber"**). Der heute nahezu vergessene Komponist Stieber, 1886 in Naumburg geboren und 1969 in Halle (Saale) gestorben, ist eine wichtige Musikerpersönlichkeit für die Musikgeschichte der Stadt Halle im 20. Jahrhundert. 1945 gründete er die Hochschule für Theater und Musik in Halle und leitete die Robert-Franz-Singakademie. Die Ausstellung zeigte Stationen seines Lebens, enthielt größtenteils Autographe aus dem Bestand der Stiftung Händel-Haus sowie einige Leihexponate der Stadtbibliothek Hannover. Vertreter der Stadtbibliothek Hannover waren bei der Vernissage zugegen und von der Ausstellung sehr angetan. Die Ausstellung wird bis zum 31. Januar 2012 gezeigt.

Das **Wilhelm-Friedemann-Bach-Haus** war 2011 weiterhin geschlossen, weshalb die **Dauerausstellung „Musikstadt Halle"** nicht der Öffentlichkeit zugänglich war. Die Bauarbeiten des Eigentümers HWG sollen fortgesetzt und im Jahr 2012 beendet werden, so dass die Ausstellung zu den Händel-Festspielen 2012 wieder aufgebaut und gezeigt werden kann. Im Jahr 2011 wurde mit der HWG vereinbart, dass der Ausstellungsbereich im W.F.Bach-Haus auch die Räumlichkeiten der historischen Bohlenstube einschließen wird. Das bedeutet, es werden erstens zwei weitere Ausstellungsräume hinzukommen, die perspektivisch dem Thema „Hausmusik in Halle" (Arbeitstitel) gewidmet sein werden, zweitens werden die Toiletten auf dieses Zwischengeschoss verlegt und drittens werden hier zwei Lagerräume für Materialien (Museumsshop, Stühle etc.) geschaffen.

2. Veranstaltungen

2.1. Händel-Festspiele 2011

Vom 2. bis 12. Juni besuchten insgesamt mehr als 45.000 Gäste die über 100 Veranstaltungen der Händel-Festspiele in der Geburtsstadt des Komponisten, darunter 81 Verkaufsveranstaltungen und ca. 25 kostenfreie Angebote. Neben dem Hauptprogramm gab es ein umfangreiches Rahmenprogramm u.a. mit dem „Händelfest in Kinderhand". Ungefähr 1.400 Mitwirkende aus 21 Ländern gestalteten das überregional beachtete Hauptprogramm der Händel-Festspiele. Grundsätzlich ist nach persönlichen Eindrücken - eine empirische Besucherbefragung fand nicht statt - zu konstatieren, dass im Vergleich zu den Vorjahren aufgrund der Feiertage (Eröffnung am Himmelfahrtstag; auf das zweite Wochenende fiel Pfingsten) aus der Region weniger Menschen die Veranstaltungen der Festspiele besucht haben. Im Gegenzug dazu war der Anteil überregionaler und internationaler Besucher höher als in den vergangenen Jahren. Diese persönlichen Eindrücke wurden auch bestätigt durch Aussagen des Reisebüros Reuter in Halle, das Arrangements der Händel-Festspiele verkaufte. Bei den auswärtigen Besuchern war auffällig, dass am Pfingstwochenende mehr Individualtouristen und weniger Busreisetouristen angesprochen wurden. Im Bereich der Bustouristik kam es für das zweite Wochenende zu größeren Stornierungen. Hier wurden als Gründe häufig angegeben, dass das Programm der Festspiele zwar sehr attraktiv sei, dass aber im Bereich Bustouristik das Image von Halle als typisches Pfingstreiseziel noch nicht die gewünschte Attraktivität besitzt. Ein Problem – ebenso kommuniziert durch das Reisebüro Reuter im Falle der Arrangement-Angebote – stellte die mangelnde Platzkapazität hochwertiger, innerstädtischer Hotelbetten dar: Nach Aussagen des Reisebüros Reuter hätten ab April 2011 noch weit mehr Arrangements verkauft werden können, wenn freie, innerstädtische ****Hotelbetten zur Verfügung gestanden hätten. Ein weiteres Grundproblem in diesem Kontext war im Jahr 2011 der Zustand des ****-Maritim-Hotels: Der Hotel-Haustechnik gelang es über einen Zeitraum von mehreren Tagen nicht, die defekte Klimaanlage wieder funktionstüchtig zu machen. Auch gab es bei einigen Künstlern Beschwerden über mangelnde Hygienezustände in einigen Zimmern (Schimmel). Dies führte zu kurzfristigen Umbuchungen von Künstlerübernachtungen u.a. in Hotels in der Region. Festspielbesucher beklagten ebenfalls den Zustand des Maritim-Hotels in einigen Gesprächen. Wenn die Händel-Festspiele in Zukunft noch internationaler ausgerichtet werden sollen, muss hierbei auch die mangelnde Hotel-Infrastruktur im Auge behalten werden. Attraktive Angebote werden überregional nur dann angenommen, wenn entsprechend niveauvolle Übernachtungsmöglichkeiten in der Innenstadt angeboten werden können.

Gerade in Anbetracht der beschriebenen Gegebenheiten (Zurückhaltung der regionalen Besucher aufgrund der Feiertagssituation sowie Mangel an innerstädtischen Übernachtungsmöglichkeiten) war die Besucherresonanz der Händel-Festspiele sehr erfreulich mit einer Auslastung von 73,3%. Der im Finanzplan kalkulierte Einnahmeerlös aus Eintrittskartenverkauf wurde erreicht. Neben den projektbezogenen Mitteln für die Händel-Festspiele des Landes Sachsen-Anhalt beteiligte sich der Bund an der Finanzierung im zweiten Jahr in Folge, wobei der Betrag im Jahr 2011 mit € 50.000,- halb so hoch ausfiel wie im Jahr 2010. Des Weiteren wurden Drittmittel in Höhe von rund € 170.000 akquiriert, wobei die größten Geldgeber Lotto Sachsen-Anhalt und die Ostdeutsche Sparkassenstiftung gemeinsam mit der Saalesparkasse waren.

Künstlerisch wurden viele Glanzpunkte gesetzt, die von Publikum und Medien auch entsprechend wahrgenommen wurden. Herausragende Konzerte waren die Halle-Debuts der ECHO-Klassik-Preisträgerin Vivica Genaux mit Concerto Köln, die Matinee mit dem französischen Ensemble Café Zimmermann, die Konzerte mit dem Orchestra of the Age of Enlightenment, dem Bach Consort Wien und Accordone aus Italien sowie eine konzertante Opernaufführung mit Europa Galante und das Tanztheatergastspiel von Aterballetto. Während die Opern-Neuproduktion „Ottone" mit der Oper Halle vom Publikum sehr positiv aufgenommen wurde, hat sie in den Medien teilweise sehr negative Bewertungen erfahren. Umjubelt hingegen waren die Aufführungen des „Rinaldo" im Goethe-Theater Bad Lauchstädt mit der Lautten Compagney unter Leitung von Wolfgang Katschner und dem Mailänder Marionettentheater Carlo Colla e Figli. Die Oratoriendarbietungen des „Messiah" mit dem tschechischen Collegium und Collegium vocale 1704 und des „Occasional Oratorio" mit dem MDR Rundfunkchor und The English Concert unter Leitung von Howard Arman in der Marktkirche wurden ebenso als Höhepunkte wahrgenommen.

Die Veranstaltungen der Händel-Festspiele 2011 fanden ihr Publikum auch außerhalb Halles: Die beiden Konzerte am Eröffnungstag wurden live von MDR Figaro übertragen; darüber hinaus wurden zwei weitere Veranstaltungen vom Kulturpartner MDR mitgeschnitten. Überregionale Sender wie Deutschlandfunk haben einige dieser Mitschnitte zu einem späteren Zeitpunkt nochmals gesendet. Auch unser Medienpartner Mitteldeutsche Zeitung brachte sich mit einer Beilage zu Beginn der Festspiele ein – ein weiterer Beleg, dass die Festspiele fest in Halle (Saale) verankert sind und eine große Ausstrahlung besitzen.

Einige Festspielveranstaltungen gingen von Halle aus auf „Reise" und wurden auch andernorts aufgeführt. So bejubelten beispielsweise Publikum und Presse in Jerusalem eine Aufführung des interreligiösen Konzertprojekts „Israel in Egypt – Von der Sklaverei zur Freiheit", das wenige Tage zuvor seine Welterstaufführung in der Marienkirche Halle erfahren hatte. Das erste Gastspiel des Händel-Festspielorchesters Halle bei den Göttinger Händel-Festspielen mit der Aufführung des Oratoriums „Jephtha" wurde als ein Höhepunkt der dortigen Händel-Festspiele angesehen. „Ergreifende Gefühle ohne Schnörkel", schrieb das Göttinger Tageblatt, und NDR Kultur hat einen Mitschnitt des Göttinger Konzerts im Herbst 2011 gesendet.

Thematischer Schwerpunkt der Festspiele war Händels Reise nach Dresden im Jahr 1719. Im September des Jahres fand in der kursächsischen Residenzstadt anlässlich der Vermählung des sächsischen Kurprinzen Friedrich August (II.) mit der habsburgischen Kaisertochter Maria Josepha eins der wohl glänzendsten Feste im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts statt. Der sächsische Hof galt in dieser Zeit bereits als einer der kulturell führenden Höfe Europas, und die Kunst diente nur einem Ziel: der zeremoniellen herrscherlichen Repräsentation. Auch die Musik war diesem Ziel untergeordnet. Seit 1717 wurden verstärkt italienische Musiker, darunter berühmte Sängerinnen und Sänger sowie der Komponist Antonio Lotti, für die Dresdner Hofmusik engagiert. Mit ihnen wurde auf allerhöchstem Niveau die italienische Oper importiert, die einen Vergleich mit der kaiserlichen Wiener Hofoper durchaus stand hielt. Aus diesem Grunde reiste auch Georg Friedrich Händel 1719 nach Dresden, um dort gefeierte und berühmte Sänger für seine Opernkompagnie in London zu engagieren. Sein Dresdner Aufenthalt hatte Erfolg: Senesino, Matteo Berselli, Margherita Durastanti, Maddalena Salvai und der Bassist Giuseppe Maria Boschi kamen in den kommenden Spielzeiten nach London. Darüber hinaus lernte Händel in Dresden die Festoper „Teofane“ von Antonio Lotti kennen, in der der siegreiche Kampf Ottos II. in Italien gegenüber seinen Widersachern und dessen Vermählung mit der byzantinischen Prinzessin Teofane behandelt wird. Nach dem gleichen Libretto schrieb Händel kurze Zeit später seine Oper „Ottone“ und verwendete darin Musik von Antonio Lotti.

In Zusammenhang mit dem thematischen Schwerpunkt wurde als Schirmherr der Händel-Festspiele Prinz Alexander von Sachsen gewonnen, der eine Festrede im Rahmen des Festaktes hielt. „Wenn wir uns im Jahre 2011 die Frage stellen, was wir aus dem geschichtlichen, kulturwirtschaftlichen wie auch künstlerischen Erbe des fantastischen Sommers von 1719 lernen können, so ist dies für mich eine ganz eindeutige Botschaft. Sachsens Glanz war fast 900 Jahre lang fundiert durch das Streben nach kultureller Vollendung. Friedvolles wetteifern und Wirken, kreatives Verbinden von Kultur und Wissenschaft aber auch Weltoffenheit und Lebensfreude haben 1719 ein Monument des menschlichen Geistes geschaffen, inspiriert vom Wunsch eines friedlich geeinten Europas, auf der Basis wirtschaftlicher Stabilität. Sachsen war nie Militärmacht, Sachsen erblühte durch Wissenschaft und Kunst. Lassen wir uns in diesem Sinne durch Händels Werke inspirieren, durch die Musik seiner Zeit, aber auch durch den Geist der Schönheit, der Dresden damals beseelte und der überwältigendes schuf.“ (zitiert aus der Festrede)

Wie bei den Händel-Festspielen 2010 wurden auch im Jahr 2011 Brücken zu anderen Genres und Künsten geschlagen, beispielsweise zum Jazz (Uri Caine, Gianluigi Trovesi), Pop (Bridges to Classics), zum modernen Tanz (Aterballetto) und zum Puppentheater („Rinaldo“-Aufführung in Bad Lauchstädt). In zwei Barock Lounges in der Neuen Residenz wurden künstlerische Elemente der heutigen Club-Kultur integriert. Durch diese Verbindungen gelang es, ein anderes und neues Festspielpublikum anzusprechen und zu begeistern.

Die jüngsten Händel-Fans hatten bei zahlreichen Kinder-Veranstaltungen die Möglichkeit, den Barockkomponisten und seine Musik kennen zu lernen, darunter die Wiederaufnahme des szenischen Konzerts des Stadtsingechors „Die Kinder des Mister Handel“ oder das Familienfest im Hof des Händel-Hauses mit Workshops, Konzerten und Klangexperimenten. Sogar ihre eigenen Kinder-Händel-Festspiele feierten die jungen Festspielbesucher in Kooperation mit der SKV Kita GmbH.

Im Anschluss an das Eröffnungskonzert wurde der Händel-Preis der Stadt Halle, vergeben durch die Stiftung Händel-Haus, an Prof. Dr. Wolfgang Ruf überreicht. Die Laudatio hielt Prof. Krones aus Wien.

Parallel zu den Händel-Festspielen fand vom 6. bis 8. Juni im Händel-Haus eine internationale wissenschaftliche Konferenz in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Musik, Abteilung Musikwissenschaft, und der Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft e.V. sowie gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft statt. Das Thema der Konferenz lautete: „Händel und Dresden. Italienische Musik als europäisches Kulturphänomen.“ 27 Referentinnen und Referenten aus Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika, der Schweiz, aus Österreich, Polen, Australien, Großbritannien und Italien wirkten hierbei mit. (weiteres hierzu s. unter Wissenschaft und Forschung).

Folgende kleine Auswahl der Medienberichterstattung dokumentieren zum einen die mediale Verbreitung, zum anderen den Erfolg der Händel-Festspiele 2011. Die Berichterstattung im Rundfunk, mit Ausnahme der Frühkritik von MDR Figaro über „Ottone“, und Fernsehen (MDR, TV Halle) wurde aus Mangel an Transkriptionen bzw. Belegaufnahmen hier nicht berücksichtigt. Ebenso wurden die nach Juli 2011 publizierten Darstellungen in Magazinen (Publikation und Online) nicht erfasst mit Beiträgen in Deutschland, Italien Frankreich und Großbritannien. Hier sei auf den Medienspiegel der Händel-Festspiele 2011 auf CD verwiesen.

Deutsche Welle, 3. Juni 2011
Die barocke Musik am sächsischen Hof bestimmt das Programm der 60. Händel-Festspiele, die in Halle begonnen haben. 1.400 Künstler aus aller Welt stehen bis zum 12. Juni in der Geburtsstadt des Barockkomponisten Georg Friedrich Händel an 30 verschiedenen Orten auf der Bühne. Präsentiert werden unter anderem sieben Opern und vier große Oratorien. Es gibt aber auch wieder Neuinterpretationen alter Händel-Werke. So trifft auch Jazz und 80er-Jahre-Pop auf Barockmusik.

www.tctubantia.nl, 3. Juni 2011
„Hallelujah“ in bus naar Halle
Dirigent Nicolas Mansfield met 50 enthousiaste lezers naar Händel Festspiele Ook „Hallelujah“ uit de Messiah wordt met de lezers doorgenomen. Het is de bedoelling dat deze twee werken zondag 12 juni – eerste pinksterdag – als een verrassingsconcert worten uitgevoerd op her grote marktplein van Halle. De stad beleeft dran – met vele belangstellenden uit de gehele wereld – het slotweekeinde van de Händel Festspiele. Het is in de rijke historie van de Festspiele – begonnen in 1922 – nooit eerder voorgekomen date en groep buitenlandse bezoekers zich op een dergelijke wijze in Halle manifesteert.

Neue Musikzeitung online, 4. Juni 2011
Markenzeichen der Halleschen Festspiele sind die Opernaufführungen. Allein sieben – vier in szenischer Aufführung, drei in konzertanter – stehen auf dem Programm. (...) Bewährtes wie der „Messiah“, „Brdiges to Classics“ und die große Open-Air-Abschlussveranstaltung in der Galgenbergschlucht finden auch 2011 statt. Ausgebaut wurden die Brückenschläge zu anderen Musik- und Ausdrucksformen wie Tanz und Jazz, interreligiöse und interkulturelle Projekte. „Wir wollen mit unseren Angeboten unverwechselbar und zukünftsträchtig bleiben und auch neues Publikum gewinnen“, betont der Festivalchef. Auf einen guten Kurs sieht Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) die Festspiele „für den großen Sohn der Stadt“. Händels Musik an authentischen Orten, die Einbeziehung fast aller Bevölkerungsschichten und die Balance zwischen Tradition und Innovation im Namen des Barocks seien Garant für weiter wachsende Anziehungskraft von Festival und Stadt, sagt sie.

MDR Figaro Frühkritik (Dieter David Scholz) über „Ottone“, 4. Juni 2011
Aber das Original dieser sächsischen Repräsentationsoper, das ist zum ersten Mal seit 200 Jahren gestern abend in der historisch kritischen Hallenser Ausgabe zu erleben gewesen. Darauf war man natürlich sehr gespannt. (...) Diese Aufführung hat etwas Handgestricktes, ist durch und durch spießig und hangelt sich läppisch an der Oberfläche der Handlung entlang. Die Produktion hat etwas von albernem Schülertheater. (...) Es ist ein Tiefpunkt der Händelaufführungen im Rahmen der Händelfestspiele, das muß man leider sagen, wenn man ehrlich ist. Und das nicht nur inszenatorisch, sondern auch sängerisch. (...) So einen langweilig und uninspiriert gespielten Händel hat man lange nicht gehört.

Thüringische Landeszeitung, 6. Juni 2011
Während im Opernhaus zur „Ottone“-Premiere die Luft von Akt zu Akt immer wärmer und stickiger wird, gewinnt das Orchester unter Gastdirigent Marcus Creed im selben Maße an Verve. Doch nicht die Temperaturen, sondern die Temperamente der Musiker sind das Markenzeichen der traditionsreichen Händelfestspiele in der Salzstadt. Und „Ottone“ fast allein aus Bordmitteln der städtischen Bühne produziert, kann sich allemal hören und ansehen lassen.

Magdeburger Volksstimme, 6. Juni 2011
Der jetzigen szenischen Neuproduktion des Händel-Werkes hat sich in Halle Franziska Severin angenommen. Die Leipziger Operndirektorin interpretiert den „Ottone“ bunt und heiter, ohne dabei die grundsätzlichen historischen Zusammenhänge außer Acht zu lassen.

Online Musik Magazin, 6. Juni 2011
Fazit: Eine musikalisch lohnenswerte Wiederentdeckung einer der zahlreichen Werke des Hallenser Meisters, besonders da die Regie so ausgeklügelt ist und auf jedwede unnötigen Mätzchen verzichtet.

Bild Halle, 6. Juni 2011
Ich erlebte das Wunder eines Gesamtkunstwerks in seltener Perfektion. Zu verdanken ist das allen, die dabei sind, ausnahmslos. Ob Sänger, ob Orchestermusiker – *jeder* ist in Höchstform und ganz in seinem Element.

Der Neue Merker (Wien), 8. Juni 2011
Das Händelfestspielorchester Halle, wohl eines der besten Spezialorchester für Händel-Opern, wurde von Marcus Creed sehr umsichtig geleitet, wobei man das Gefühl bekam, dass er die Musik Händels richtiggehend zelebrierte. Das begeisterte Publikum belohnte die exquisite Darbietung des Orchesters mit einigen „Bravi“- Rufen, sparte auch nicht mit Szenenapplaus und bejubelte am Schluss minutenlang das gesamte exzellente Sängerensemble.

Mitteldeutsche Zeitung, 6. Juni 2011
Die Mailänder Marionetten-Compagnie Colla wird für ein Kunsthandwerk gefeiert, das man eigentlich zum Weltkulturerbe erklären müsste. (...) Aber die Lautten-Compagney lässt sich von der Bildgewalt der Puppenbühne zu einer Fülle von zusätzlichen Farben inspirieren und musiziert derart sensibel, dass sich bei „Cara Sposa“ in der Lauchstädter Sauna eine Träne in den Schweiß mischt – und dass man bei der Militärparade tatsächlich Gänsehaut bekommen kann. So muss Händel klingen.

www.gaystation.info, 10. Juni 2011
Eine solche Schwerpunktsetzung war das Konzept des neuen Direktors des Händelhauses in Halle und gleichzeitigen Chefs der Händelfestspiele in Halle, Clemens Birnbaum. Und der hat nicht nur eine neue Konzeption mitgebracht, und das ist eine, die wirklich interessante neue Blicke eröffnet, zumal die Schwerpunkte ja auch durch Sonderausstellungen und Shows untermauert werden, sondern er brachte zudem neue erstklassige Künstler an die Saale. War es 2009 die große Cecilia Bartoli, die er als wahres Highlight gewinnen konnte, ist es in diesem Jahr, nach Karina Gauvin 2010, die unvergleichliche Vivica Genaux. Das war einfach nur fantastisch und wahrhaft zum Niederknien.

Dpa, 12. Juni 2011
Die Händel-Festspiele in Halle haben dieses Jahr mehr Besucher angelockt als erwartet. Während des zehntägigen Festivals in der Geburtsstadt des Barockkomponisten besuchten laut Veranstalter 45000 Menschen die Konzerte und anderen Angebote. „Wir können annehmen, dass wir einen deutlichen Zuwachs an überregionalem und internationalem Publikum verzeichnet haben“, sagte Festspiel-Intendant Clemens Birnbaum am Sonntag.

Dapd, 12. Juni 2011
Die am weitesten gereisten Besucher kamen aus Japan, Korea und Australien. Auch künstlerisch sei Weltklasse geboten worden.

Das Blättchen. Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft über „Rinaldo“, 12./13 Juni 2011
Der Erfolg ist sensationell. Händels Musik im feinsinnigen Dirigat von Katschner, die jungen Countertenöre und Sängerinnen auf den Emporen. Marionettenfiguren werden in Gestik und Mimik nach den Regeln der Affektenlehre geführt. (...) Mit „Rinaldo“ ist ein Spektakel, eine musical comedy entstanden, die zeigt wie ungebrochen das Libretto und Händels Musik in die Gegenwart passen.

Mitteldeutsche Zeitung, 13. Juni 2011
Künstlerisch kann Birnbaum auf einen hervorragenden Jahrgang verweisen. Das zeigen neben diversen Rundfunk-Mitschnitten und Live-Übertragungen vor allem die Produktionen, die von Halle aus in die Welt gehen. So wird der in Bad Lauchstädt bejubelte „Rinaldo“ der Lautten-Compagney Berlin im Winter auf einer Tournee durch die Schweiz gezeigt. Das Händel-Festspielorchester gastierte bereits am Montag mit dem Oratorium „Jephtha“ in Göttingen. Und die von der Kulturstiftung des Bundes geförderte interreligiöse Begegnung „Israel in Egypt“ kehrt nach ihrem Gastspiel in Jerusalem demnächst nach Deutschland zurück, um beim Wittenberger Festival „Himmel auf Erden“ sowie in Leverkusen präsentiert zu werden.

Haaretz (Jerusalem), 14. Juni 2011 (englische Übersetzung über das Gastspiel „Israel in Egypt“ in Jerusalem)
It was not a combination of cultures, neither a politically correct homage of one culture to another: It was a political-musical demonstration of culture side by side of another culture, a call for living together, for a reality of inter-religious and intercultural interest, a reality of entire tolerance instead of religious fanaticism:
monotheistic and secular universalism. The show was a fantasy of a paradise which could exist in the Middle East with European support, in this case – Germany. A fantasy of openness: parts of Haendel with the magnificent Toelzer boys' choir and the outstanding orchestra: l'arte del mondo. These did not darken the exciting oriental songs: art and folklore stood side by side, intensifying each other.

Saarbrücker Zeitung, 14. Juni 2011
Mit dem traditionellen Abschlusskonzert in der Galgenbergschlucht und einem Feuerwerk sind am Sonntagabend in Halle die 60. Händel-Festspiele zu Ende gegangen. An elf Tagen haben mehr als 45000 Menschen über 100 Veranstaltungen zu Ehren des Barockkomponisten besucht, hieß es.

Frankfurter Rundschau, 14. Juni 2011
Der aktuelle Pultgast Marcus Creed (...) liefert einen solide geschmeidigen Sound, bleibt aber doch hinter dem barocken Furor zurück, den Wolfgang Katschners Lautten Compagney im Goethe-Theater Bad Lauchstädt zu einer Marionetten-Variante von Händels „Rinaldo“entfaltete. (...) Bei einem auf Breite setzenden Festival ist durchgängige Spitzen-Qualität ein Problem. Doch sollte man nicht eine Kostbarkeit wie „Aci, Galatea e Polifemo“ mit The English Concert und exzellenten Solisten dem akustischen Höllenschlund des Domes überantworten, oder einen Counter-Star wie Franco Fagioli (...) der akustisch ebenso bedenklichen Konzerthalle-Ulrichskirche.

Freie Presse Chemnitz über „Ottone“, 14. Juni 2011
Bei dieser geballten szenischen Harmlosigkeit helfen weder die pyrotechnischen Sternchen, noch die Verfremdung des vom Blatt gesungenen und dadurch relativierten lieto fines etwas.

Neues Deutschland, 15. Juni 2011
Vor allem aber hat das heimische Opernhaus diesmal seine Chance verpasst, mit einem streitbaren, szenischen Beitrag irgendeine Rolle bei der Rezeption der Barockopern zu spielen. Nicola Hümpels aktuell wieder aufgenommene, ästhetisch pfiffige „Orlando“-Inszenierung aus dem Vorjahr war wohl doch eher Eintagsfliege als Frühlingsschwalbe.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Juni 2011
Das Gastspiel von „Europa Galante“ unter dem Violinvirtuosen Fabio Biondi malte Händels Orchesterfarben jedenfalls noch weit strahlender aus (als Marcus Creed mit dem Händel-Festspieleorchester). Wenn dazu eine glänzend aufgelegte Ann Hallenberg oder der stupende Sopranist Florin Cezar Ouatu zu wahnwitzigen Koloraturen ansetzen, wenn die Tanzrhythmen punktgenau und dennoch belebt ins Schwingen kommen wie in den Kastratenarien des katalanischen Countertenors Xavier Sabata, dann ist das ganz große Kunst.

La Voce di Romagna, 19. Juni 2011
Sul podio dell’orchestra del festival era Marcus Creed: più preoccupato, forse, di far fronte all’appiombo strumentale e ai problemi d’intonazione che attento a ciò che accadeva in palcoscenico. Successo calorosissimo: Händel, nella sua patria, è popolare come Verdi da noi.

Evangelische Zeitung, 26. Juni 2011
Die Hallenser Dramaturgie war diesmal besonders geglückt. Denn zu „Ottone“ führte man konzertant auch noch eine Fassung dieses Werkes auf, die Georg Philipp Telemann für die Hamburger Gänsemarkt-Oper nach deren speziellen Bedingungen geschaffen hat, und das Vorbild für Händels Werk, die „Teofane“ von Antonio Lotti. Solche Verbindungen machen das Besondere von Festspielen aus.

www.seenandheard-international, 5.07.2011
It was all there: the familiar and the new, conservative and experimental productions, music spanning six centuries, puppet theater, dance, famous and lesser known artists – the only element I missed at this year’s festival was Handel’s keyboard music. This seems all the more odd as Germany’s arguably greatest Handel interpreter, Ragna Schirmer – every single one of her recordings testifies to her solid and profound musicianship, beyond any glitz – is a resident of Halle. „She is currently in Asia,“ explains Clemens Birnbaum. „But next year she is going to be with us!“ All the more reason to attend the Festival in 2012! (Weitere Berichte in Magazinen erschienen u.a. in Deutschland, Frankreich, Italien und England)

<u>Die Händel-Festspiele 2011 in Zahlen</u>
50 Eigene Kauf-Veranstaltungen
Platzkapazität: 27.084
Verkaufte Plätze: 19.845
Besucher (geschätzt mit allen kostenfreien Openair-Veranstaltungen): ca. 45.000
Auslastung netto: 73,3%
Einnahmeerlös: 543.489 €
Akkreditierte Journalisten 81 (68 national und 13 international)
Konzertausstrahlungen 4 (MDR), 1 (NDR), 1 (Deutschlandfunk)
Nennungen in Printmedien: 684

Dies bedeutet im Vergleich zu den Zahlen der Händel-Festspiele zwischen 2008 und 2010:

1. Der Jahrgang 2009 ist aufgrund des Jubiläumsjahres mit einer größeren Anzahl an angebotenen Veranstaltungen und einer weitaus höheren finanziellen Ausstattung zur Durchführung von mehr Veranstaltungen nur bedingt vergleichbar mit den übrigen Jahrgängen 2008, 2010 und 2011. Die Vergleiche sollten sich deshalb auf die Jahrgänge 2008 und 2010 beziehen.
2. Die Platzkapazität liegt im Jahr 2011 ungefähr in derselben Größenordnung wie in den Jahren 2008 (Platzkapazität: 26.995) und 2010 (Platzkapazität: 27.650)
3. Die prozentuale Auslastung liegt im Jahr 2011 leicht höher als in den Jahren 2008 (69,4%) und 2010 (72,2%)
4. Der Einnahmeerlös fällt 2011 deutlich niedriger als 2010 (652.148 €), aber auch deutlich höher als 2008 (444.022 €) aus. Ein Grund für die niedrigeren Einnahmen im Vergleich zu 2010 liegt in der Durchführung eines angebotenen, sehr hochpreisigen Konzertes mit Cecilia Bartoli, das alleine einen Einnahmeerlös im Jahr 2010 in Höhe von fast 125.000 € brachte. Entsprechende Veranstaltungen, bei denen derartig hohe Ticketpreise veranschlagt und entsprechende Einnahmen erzielt werden können, sind eine absolute Ausnahme und wurden für 2011 nicht geplant. Vernachlässigt man das Konzert mit Cecilia Bartoli einnahmeseitig, dann ist der Einnahmeerlös für 2011 auf ungefähr demselben hohen Niveau wie für das Jahr 2010 zu bewerten.
5. Die Anzahl der akkreditierten Journalisten liegt im Jahr 2011 mit 81 Personen höher als in den Jahren 2008 (76) und 2010 (74). Hier wirkt die organisierte Pressereise der Stiftung positiv.
6. Die Ausstrahlungen von Konzerten der Festspiele im Hörfunk konnten von 4 auf 6 erhöht werden.
7. Die Nennungen in den Printmedien ist im Vergleich zwischen den Jahren 2008 (278) und 2010 (582) deutlich gestiegen.

Insgesamt ist eine positive Bilanz der Händel-Festspiele 2011 zu ziehen. Die Händel-Festspiele konnten in allen Punkten das hohe Niveau der Vorjahre halten bzw. sogar in einigen Punkten leicht oder erheblich ausbauen. Ein noch größeres überregionales Besucherpotenzial hätte angesprochen werden können, wenn Hotelkapazitäten in einer höheren Kategorie im innerstädtischen Bereich vor allem an den Wochenenden zur Verfügung gestanden hätten.

2.2. Weitere Konzertveranstaltungen

Am 21. Mai 2011 wurde mit dem Konzert von Bob van Asperen das letzte in Eigenverantwortung veranstaltete Konzert der Reihen **„Musik im Händel-Haus“** und **„Focus Bohlenstube“** der Spielzeit 2010/2011 durchgeführt. Zuvor wurden im Jahr 2011 im Kammermusiksaal noch 4 Konzerte (u.a. die ausverkauften Konzerte mit dem französischen Ensemble Le Concert Lorrain in Kooperation mit dem Zentrum für Telemann-Pflege und –Forschung in Magdeburg sowie das umjubelte Geburtstagskonzert für Georg Friedrich Händel) sowie in der Bohlenstube 2 Konzerte durchgeführt. Das Programm der neuen Spielzeit 2011/2012 mit insgesamt 9 Konzerten „Musik im Händel-Haus“ im Kammermusiksaal (darunter fallen 4 Konzerte in das Jahr 2011), 4 Konzerten „Focus Bohlenstube“ (darunter fallen 2 Konzerte in das Jahr 2011) und 4 Konzerte „Händels Schätze – Musik im Dialog“ (darunter fallen 2 Konzerte in das Jahr 2011) wurde mit einem Faltblatt dem Konzertpublikum Anfang Mai 2011 präsentiert. Außerhalb der Händel-Festspiele sind somit international renommierte Künstler zu Gast, die größtenteils auch bei den Händel-Festspielen – hier in größerer Formation – auftreten. Beispielhaft hierfür genannt seien das Konzert mit dem spanischen Countertenor Xavier Sabata mit Mitgliedern des Orquesta Barroca de Sevilla am 17. Dezember 2011 sowie zwei Konzerte mit Ensembles, die den Echo-Klassik-Preis zuerkannt bekamen (Hamburger Ratsmusik und Lautten Compagney Berlin). Auch Musiker aus Halle sind in die Reihe integriert, so beim Konzert am 12. Mai 2012 (Annette Markert und das Hallesche Consort). Dem Publikum wurden drei verschiedene Anrechte angeboten. Außerdem erhalten die Konzertbesucher die Möglichkeit, mit der Konzertkarte die Ausstellungen des Museums am Konzerttag kurz vor dem Konzert zu besuchen. Dies ist ein attraktives Instrument, um die Verbindung zwischen Musikausstellung und Musikpraxis herzustellen.

Die Konzertreihe **„Händels Schätze – Musik im Dialog“** (ehemals unter dem Titel „Gesprächskonzert *Das besondere Instrument*“) wird in Kooperation mit dem Händel-Festspielorchester durchgeführt. Bei dieser jeweils mittwochs stattfindenden Konzertreihe tritt neben die Musikdarbietung eine Gesprächsrunde hinzu, in der die Kustodin oder ein Restaurator der Stiftung Händel-Haus ein besonderes Musikinstrument der eigenen Sammlung vorstellt. Für diese Kammerkonzerte existiert ein Kooperationsvertrag mit der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle. Im Jahr 2011 fanden insgesamt 4 Konzerte dieser Reihe statt.

In den Sommermonaten 2011 fanden im Großen Hof des Händel-Hauses fünf Jazz-Konzerte openair statt (**„It’s session time! – Jazz-Sommer im Händel-Haus“**). Die Programme wurden vom Publikum gut angenommen. Leider waren die Wetterverhältnisse im Sommer nicht für Openair-Veranstaltungen attraktiv (zu kühl, regnerisch), weshalb auch einige Konzerte in die Glashalle verlegt werden mussten. Dennoch war das Publikum von Atmosphäre und Stimmung sehr positiv angetan.

Darüber hinaus gab es im Jahr 2011 noch ein **Sonderkonzert** im Kammermusiksaal im Rahmen der **internationalen Fachtagung** „Ingenieurwissenschaftliche Analyse und Beschreibung von Musikinstrumenten“ (12. Mai 2011) mit Gudrun Sidonie Otto (Sopran) und Sebastian Knebel (Hammerflügel).

Als Vorkonzert der Händel-Festspiele 2012 fand am 26. November 2011 ein Festkonzert mit Philippe Jaroussky und dem Freiburger Barockorchester in der Georg-Friedrich-Händel HALLE statt. Das umjubelte Konzert, zu dessen Anlass der international gefragte, französische Countertenor sein Debüt in Halle mit einem reinen Händel-Programm gab, wurde auch als Arrangement über das Stadtmarketing Halle in Kombination mit einer Aufführung von Händels „Ottone“ am Vorabend und einem Ausstellungsbesuch im Händel-Haus angeboten. Das Konzert selbst wurde von MDR Figaro aufgezeichnet. In der Mitteldeutschen Zeitung wurde eine enthusiastische Kritik am 28. November veröffentlicht:

Er kam, sang und siegte: Was Philippe Jaroussky bei seinem halleschen Debüt gemeinsam mit dem Barockorchester Freiburg bot, war eine Sternstunde - und katapultierte den französischen Counter aus dem Stand in die ewige Hitliste der Händel-Festspiele. Denn was da als Galakonzert im Vorfeld angekündigt wurde, erwies sich beinahe ausnahmslos als Verneigung vor dem halleschen Meister.

3. Wissenschaft und Forschung

Pünktlich zum 326. Geburtstag des Komponisten Georg Friedrich Händel am 23. Februar 2011 schaltete die Stiftung Händel-Haus Dutzende **digitalisierter Erstdrucke Händel’scher Werke und Libretti online auf www.haendelhaus.de**. Diese sind ebenso auf der Homepage Museum digital Sachsen-Anhalt (www.museumdigital.de/san/) abzurufen.

Die wissenschaftlichen Tätigkeiten der seit Oktober 2010 errichteten **Forschungsstelle zur „Rezeption Händels in den Diktaturen Deutschlands des 20. Jahrhunderts“** wurde im Jahr 2011 weiter fortgeführt. Am 20.01.2011 erhielt die Stiftung Händel-Haus den Zuwendungsbescheid des Bundesverwaltungsamtes, in dem für die Projektphase 2 (Kalenderjahr 2011) eine Bundeszuwendung in Höhe von 109.388,- € zweckgebunden zugesagt wurde. Zu verschiedenen Anlässen stellte das Forschungsteam seine Arbeit und erste Erkenntnisse in Halle vor, u.a. im Rahmen der Veranstaltung Nacht der Wissenschaft, der eigenen Vortragsreihe „Musik hinterfragt“ oder bei einer Präsentation im Institut für Musik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg am 9. Mai 2011.

Am 1. März 2011 wurde in der Stiftung Händel-Haus das **restauratorische Forschungsprojekt zur Dekontamination von durch Holzschutzmittel kontaminierte Musikinstrumente** der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine Vielzahl von Kunstgütern wie Musikinstrumente, Möbelstücke oder Wandvertäfelungen wurden in den 1970er Jahren zum Schutz vor holzzerstörenden Insekten mit dem Holzschutzmittel „Hylotox 59“ behandelt. Auf den Oberflächen bildeten sich Kristallablagerungen, bei denen es sich um den giftigen Wirkstoff Dichlordiphenyltrichlorethan (DDT) handelt. Das Projekt wird von der DOW Olefinverbund GmbH im Rahmen einer zweckgebundenen Spende finanziell unterstützt. In das Forschungsprojekt eingebunden sind die Fraunhofer Institute UMSICHT (Oberhausen), IWS (Dresden) und IPA (Stuttgart). Nicht entschieden ist derzeitig noch ein Antrag zur Komplementärfinanzierung beim DBU.

Das Forschungsprojekt **„Statische Untersuchungen an historischen Tasteninstrumenten“** in Kooperation mit der TU Dresden und der ETH Zürich und gefördert im KUR-Programm zur Konservierung und Restaurierung von mobilem Kulturgut der Kulturstiftung des Bundes fand im Jahr 2011 mit einer sehr erfolgreichen **internationalen Fachtagung** („Ingenieurwissenschaftliche Analyse und Beschreibung von Musikinstrumenten“), die am 12. und 13. Mai 2011 im Händel-Haus stattfand, seinen Abschluss. 16 Referenten aus Deutschland, Frankreich, Schweden, der Schweiz sowie aus den Vereinigten Staaten von Amerika stellten aktuelle Forschungsarbeiten über die Anwendung ingenieurwissenschaftlicher Methoden bei der Analyse und Beschreibung von Musikinstrumenten vor. Dabei wurde auch das Projekt der Stiftung Händel-Haus präsentiert. Die Tagungsleitung lag in den Händen von Prof. Dr.-Ing. habil. Michael Kaliske (TU Dresden) und Prof. Dr.-Ing. habil. Dr. h.c. Peter Niemz (ETH Zürich). Ungefähr 35 Teilnehmer, darunter Ingenieure, Restauratoren, Musikinstrumentenbauer und Museumsfachleute, nahmen teil. In dieser Mischung unterschiedlicher Disziplinen stellte die Tagung ein Novum dar. Der Wunsch nach regelmäßigen Folgekonferenzen wurde geäußert. Auch wenn das Forschungsprojekt „Statische Untersuchungen an historischen Tasteninstrumenten“ der Stiftung Händel-Haus zu einem Abschluss kam, konnten einige Fragen nicht geklärt werden. Dabei kam der Wunsch seitens der Kooperationspartner TU Dresden und der ETH Zürich auf, den Werkstoff Holz mit seinen statischen Belastbarkeiten weiter zu erforschen. Hierfür wurde ein Antrag bei der DFG gestellt. Die Stiftung Händel-Haus signalisierte, dass sie als Kooperationspartner weiter zur Verfügung stünde, ohne allerdings in erheblichem Maße finanzielle Mittel hierfür bereitstellen zu können.

Gemeinsam u.a. mit dem Institut für Musik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft e.V und gefördert durch die DFG wurde eine **Internationale Wissenschaftliche Konferenz** zum Thema „Händel und Dresden. Italienische Musik als europäisches Kulturphänomen“ vom 6. bis 8. Juni 2011 durchgeführt. 27 Referenten aus Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika, Italien, der Schweiz, Österreich, Polen, Australien und England hielten Vorträge. Am Beispiel Händels wurde erörtert, aus welchen Gründen italienische Kompositions- und Interpretationsverfahren in weiten Teilen Europas im 18. Jahrhundert dominierten, wobei die eigentümliche historische Konstellation erklärungsbedürftig ist, dass ein in England tätiger und in Deutschland geborener Komponist von Opere serie in Dresden, eine Residenz des heiligen römischen Reiches deutscher Nation (und nicht in Italien selbst), italienische Sänger engagierte.

Vom 20. bis 23. September 2011 fand der erste **Studienkurs** der Stiftung Händel- Haus statt. Neben einem Vortrag von Dr. Hans Dieter Clausen aus Hamburg im Rahmen der Reihe „Musik hinterfragt“ und die Präsentation der Aktivitäten der Stiftung Händel-Haus mit Ausstellungen, wissenschaftliche Bibliothek und Archiv wurden den Studenten im Rahmen von Werkstatt-Seminaren editorische Fragestellungen vermittelt (Dr. Clausen und Wissenschaftler der Halleschen Händelausgabe). Darüber hinaus gab Bernhard Forck (Geiger und Leiter des Händel-Festspielorchesters) in einem Seminarblock Einblicke in Fragen der historischen Aufführungspraxis. Am Studienkolleg nahmen 8 Studentinnen und Studenten aus dem gesamten Bundesgebiet (Berlin, Leipzig, Weimar, Essen u.a.) sowie eine Studentin aus Graz teil. In einem Resümee-Gespräch wurde das Konzept in der Verbindung von Theorie und Praxis von den Studenten sehr positiv bewertet. Es ist gelungen, die Studenten für Editionsarbeit im Allgemeinen und insbesondere für das Forschungsgebiet Händel zu interessieren.

Am 14. Januar 2011 wurde im Rahmen einer Pressekonferenz ein **Kooperationsvertrag mit der Internationalen Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft e.V.** geschlossen. Den Vertrag unterzeichneten die Kuratoriumsvorsitzende Frau OB Dagmar Szabados, der Präsident der Internationalen Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft, Prof. Dr. Wolfgang Hirschmann, und der Direktor der Stiftung Händel-Haus, Clemens Birnbaum. Ziel der Kooperation ist es, gemeinsam und in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern die Händel-Pflege in Halle, vor allem in überregionalen und internationalen Zusammenhängen zu fördern und Halle als international bedeutenden Standort der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Leben und Werk Händels zu stärken. Dazu zählt u. a. die gegenseitige Unterstützung bei der *Hallischen Händel-Ausgabe*, der neuen historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werke Händels, einem von der Union der deutschen Akademien und Wissenschaften geförderten, von der Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft e.V. herausgegebenen und als Drittmittelprojekt an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angesiedelten Editionsvorhaben. Des Weiteren die gemeinsame Durchführung von wissenschaftlichen Konferenzen und Studienkollegs, die Pflege und der Ausbau eines internationalen Netzwerkes zur Händel-Pflege und Forschung sowie die Herausgabe des *Händel-Jahrbuchs* als Organ der Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft e.V. als Publikationsort der internationalen Händelforschung und für Beiträge der Konferenzen, die gemeinsam mit der Stiftung Händel-Haus veranstaltet werden.

4. Bildung

Das seit dem 13. Januar 2010 regelmäßig mittwochs um 15 Uhr stattfindende, offene museumspädagogische Angebot unter dem Titel **„Schallspiele“** wurde im Jahr 2011 fortgeführt. Hier können Eltern und/oder Großeltern mit ihren Kindern bzw. Gruppen unangemeldet zum Händel-Haus kommen und ein pädagogisches Angebot von ca. 1 Stunde Dauer wahrnehmen. Je nach Zusammensetzung der Beteiligten findet eine altersgerechte Führung durch Teile der Dauerausstellungen statt oder es werden Klangexperimente durchgeführt bzw. Klanggeschichten erfunden.

Das im Herbst 2010 begonnene **kulturelle Vermittlungsprojekt** zur barocken Operngeschichte unter dem Titel **„Händels Oper Ottone im musikalischen, historischen und geographischen Kontext“** wurde im Jahr 2011 fortgeführt und im Juni 2011 abgeschlossen. Im Januar 2011 erhielt die Stiftung Händel-Haus den Zuwendungsbescheid des BKM, in dem für die Projektphase 2 (Kalenderjahr 2011) eine Bundeszuwendung in Höhe von 5.500,- € zweckgebunden zugesagt wurde. Seitens des BKM wurde es als modellhaftes Projekt im Bereich kulturelle Vermittlung eingestuft. Neben einer Kunst- und Opernwerkstatt mit Probenbesuch von „Ottone“ in der Oper Halle wurde auch eine Geschichtswerkstatt mit einer Exkursion zum Magdeburger Dom durchgeführt. Als Schulen beteiligten sich die Fliederwegschule und die Erste Kreativitätsschule Halle-Neustadt der 4. bis 7. Klasse. Zum Abschluss wurde das Projekt im Rahmen einer Ausstellung in der Glashalle öffentlich präsentiert, die dort den ganzen Sommer 2011 zu sehen war.

In Verbindung mit der Musikbibliothek der Stadt Halle fanden im Händel-Haus sehr erfolgreich zwei **Projekttage Musik** für Schulkinder der Klassenstufen 3 und 4 (4. Mai und 8. Dezember) statt. Ein 5-tägiger **Sommerworkshop für Kinder** von 7 bis 12 Jahren wurde unter dem Titel „Bevor die Schule anfängt!“ vom 15. bis 19. August angeboten. Im Rahmen der Händel-Festspiele fand am 11. Juni im Hof, im Kammermusiksaal und in der Glashalle des Händel-Hauses ein **„Fest für die ganze Familie“** statt mit kreativen Angeboten wie eine Druckwerkstatt oder eine Instrumentenbauwerkstatt und die Aufführung der Kinder- und Familienoper „Scipolo oder die Macht der Musik“. Ergebnisse des kulturellen Vermittlungsprojekts zur barocken Operngeschichte unter dem Titel „Händels Oper Ottone im musikalischen, historischen und geographischen Kontext“ wurden in einer Ausstellung präsentiert.

In der Vergangenheit wurden von der Stiftung Händel-Haus für die Kinder- und Familienveranstaltungen fertige Produktionen eingeladen, die häufig wenig mit der Person oder der Musik Händel zu tun hatten. Aus diesem Grunde wurde im Sommer 2011 von der Stiftung Händel-Haus die freie Theatergruppe „Wolter und Kollegen!“ beauftragt, ein Schauspiel mit Musik zu produzieren, das im Händel-Haus bis zum Sommer 2013 insgesamt 16-mal aufgeführt werden soll. Hieraus entstand das Stück **„Herr Händel aus Halle“**, das zum selbst veranstalteten „Tag der Musik“ (siehe unter Punkt 7) am 9. Oktober seine Premiere feierte. Im Jahr 2011 folgten 4 weitere Aufführungen des Stücks.

Die Vortragsreihe **„Musik hinterfragt“** und das **Seniorenkolleg** wurden als Eigenveranstaltungen der Stiftung weiter fortgeführt. Die Durchführung der „Musik hinterfragt“-Veranstaltungsreihe wird vom Freundes- und Förderkreis des Händel-Hauses zu Halle finanziell unterstützt. In der Reihe „Musik hinterfragt“ vermitteln namhafte Wissenschaftler Forschungserkenntnisse in eher populärer Form (z.B. Prof. Dr. Matthias Puhle, Dr. Gerhard Poppe, Prof. Dr. Eszter Fontana). Mehrere Vortragsthemen nahmen dabei explizit Themen der gezeigten Sonderausstellungen auf. Die Wissenschaftler des Rezeptions-Forschungsprojektes der Stiftung Händel-Haus haben im Jahr 2011 in dieser Reihe mehrfach Vorträge gehalten, wobei diese inhaltlich oder zeitlich dem Forschungsprojekt zuzuordnen waren. Auch andere Mitarbeiter/innen der Stiftung traten hier in Erscheinung. Das Seniorenkolleg richtet sich in Aufbereitung und Veranstaltungszeit an Senioren/innen. Das Seniorenkolleg ist so populär, dass immer 2 Termine für 1 Thema angesetzt werden.

Die Laufzeiten der Verträge über **Kultur-Bildungspartnerschaften** mit der Kita Georg Friedrich Händel und der Kooperativen Gesamtschule Wilhelm von Humboldt, die im Jahr 2010 geschlossen wurden, hatten im Jahr 2011 weiterhin Bestand.

5. Baumaßnahmen

Im Rahmen der Bautätigkeiten der Stiftung Händel-Haus sind neben diversen notwendigen Reparaturmaßnahmen vor allem die **Erneuerung der Elektroanlage** im laufenden Betrieb im Verwaltungsgebäude zu nennen (Maßnahme fast abgeschlossen). Die alten Kabel und Elektroverteiler, die noch aus DDR-Zeit stammten, wurden durch neue ersetzt. Somit erhöht sich der Sicherheitsstandard im Haus (Brandschutz). In diesem Zusammenhang erhielten auch Flure und Hof-Treppenhaus neue Lampen, und das Hof-Treppenhaus wurde renoviert und neu gestaltet. Bei der **Renovierung des Hof-Treppenhauses** wurde in der Farbgebung ein historisches Farbkonzept berücksichtigt, das in einer Dokumentation von Johannes Spengler (Büro für Denkmalpflege in Halle) vorlag. Gemäß dieser Dokumentation wurde auch die **Hof-Haustür restauriert**.

Folgende weitere Räume wurden im Anschluss an die Erneuerung der Elektroanlage neu gestaltet und teilweise auch neu möbliert: Sekretariat (2011 noch nicht abgeschlossen), Direktorenzimmer und Renaissance-Raum. Gerade im Renaissance-Raum sollte berücksichtigt werden, dass dieser Raum auch öffentlich genutzt wird (Hochzeitsfeierlichkeiten, Veranstaltungen wie Vorträge, Konferenzen). Im Direktorenzimmer mussten neue Möbel angeschafft werden, weil die historischen Möbel (18. und 19. Jahrhundert), die bis zu diesem Zeitpunkt hier standen und von den Vorgänger-Direktoren genutzt wurden, nicht einer Nutzung ausgesetzt sein, sondern als Kunst- und Kulturgut aufbewahrt werden sollten. Ein alter Schrank verbleibt im Direktorenzimmer, nachdem durch Folien die Luxzahl im Raum minimiert werden konnte.

Darüber hinaus wurde die **Beleuchtungssituation im großen und kleinen Hof** sowie in der Hofdurchfahrt inklusive der elektrischen Zuleitungen erneuert. Außerdem wurden beleuchtete und verschließbare **Plakatschaukästen in der Hofdurchfahrt** installiert.

Im **Dachbereich** wurden nach einem Gutachten zur „**Verbesserung der Energieeffizienz und Behebung von Feuchteschäden im Dachgeschoss**“ bauliche Veränderungen vorgenommen. Zielvorgabe war, dass es erstens im Winter nicht mehr zu starken Eiszapfenbildungen im Dachbereich und somit zur Gefährdung von Fußgängern kommt, und dass zweitens nach Vereisung von Dächern die Gefahr des Eindringens von Schmelzwasser verringert wird. Außerdem soll durch die in diesem Zusammenhang vorgenommene Dämmung im Dachbodenbereich auch eine höhere Energieeffizienz erreicht werden. In diesem Kontext wurde auch der Einbau einer Dachrinnenheizung in Auftrag gegeben.

6. Lagerung Kunst- und Kulturgut

Die Aufbewahrung des Kunst- und Kulturgutes der Stiftung sind unterschiedlich zu bewerten. So gibt es zwei Dauerausstellungsbereiche in unterschiedlichen baulichen Gegebenheiten („Händel – der Europäer“ im historischen Gebäude, „Historische Musikinstrumente“ im Neubau „Alte Schützei“). Die Bibliothek, in der Großteile der Bücher und der Nachlässe und Papierarchive aufbewahrt werden, ist in einem Neubau untergebracht. Des Weiteren lagern Kulturgüter in einem Außendepot in der Barbarastraße sowie im Dachgeschoss des historischen Anbaus des Händel-Hauses (Tonarchiv und Bildersammlung) sowie in einem Raum im Neubau „Alte Schützei“ (Graphiksammlung). Alle Gebäude sind einzeln zu betrachten.

6.1. Dauerausstellung „Händel – der Europäer“

Die Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ befindet sich in Altbauten in der 1. Etage sowie im Dachgeschoss. Die Temperaturen liegen in der Heizperiode zwischen 18 und 21 °C. Die relative Luftfeuchte liegt stabil bei etwas über 40 %. Die Klimawerte werden mit Hilfe von Datenloggern elektronisch erfasst und seit 1995 dokumentiert. Sie werden von einem Mitarbeiter der Stiftung überwacht, der sich durch seine Langzeitstudien betreffs Klimawerte und Statik von historischen besaiteten Tasteninstrumenten in der Fachwelt einen Namen gemacht hat. Auf Störungen wird umgehend reagiert. Befeuchtungsgeräte werden regelmäßig und bedarfsgerecht von der Wache und den Aufsichten befüllt.

Problematisch sind die Lichtwerte, die bei der vorhandenen, seit 2009 bestehenden Dauerausstellung deutlich zu hoch sind. Anstelle der im Museumsbereich anzustrebenden 50 lx für lichtempfindliche Materialien (Papier, Graphiken etc.) bzw. 200 lx für mäßig lichtempfindliche Materialien (Ölgemälde, Holz u.ä.) werden zwischen 300 und 500 lx gemessen. Direkt an den Deckenlampen werden sogar Werte zwischen 600 und 700 lx gemessen. Aufgrund dieser Werte helfen die Lichtschutzfolien, die zwischen den Doppelverglasungen der Tafeln und Vitrinen angebracht wurden, nur wenig. Die Lichtschutzfolien an den Fenstern minimieren hingegen das Außenlicht um ca. 20%. Die Lichtwerte sind vor allem für originale Graphiken und für originale Papierdokumente, aber auch für Gemälde und Holzmöbel problematisch. Ein weiteres Problem ist, dass die Objektbeleuchtung in der Lichtplanung der Dauerausstellung nicht eine Flächenbeleuchtung, sondern eine punktuelle bzw. partielle Beleuchtung favorisiert. Hierdurch kommt es zu erheblichen Wärmestrahlungen an einzelnen Punkten der Objekte, wodurch mittel- und langfristig thermische Schäden (z.B. Spannungen in den Farbschichten) verursacht werden können. Kurzfristig lassen sich diese Mängel lediglich durch Abschalten einzelner Lichtquellen minimieren. Dies hat allerdings deutliche ästhetische Verluste zu Folge. Grundsätzlich lässt sich das Problem nur mit einer sehr kostspieligen und komplett neuen Lichtplanung und Umsetzung im Rahmen der vorhandenen Ausstellungsgestaltung korrigieren.

Bei den ausgestellten Büchern sind die verwendeten Buchunterlagen problematisch, weil der Aufschlagwinkel zu groß ist. Dies muss mittelfristig geändert werden, nachdem die Buchvitrinen endgültig befestigt wurden (s. unter Punkt 12 „Ausblick 2012“).

Sicherheitstechnisch ist die Dauerausstellung nach modernen Kriterien abgesichert. Die Räume müssen in voraussichtlich ca. 2 Jahren neu malerisch gestaltet werden (nebst den Wandbeschriftungen, die direkt an die Wände geklebt sind), wenn die Räume weiterhin in einem repräsentablen, nicht schmutzigen Zustand erscheinen sollen.

6.2. Dauerausstellung „Historische Musikinstrumente“

Die Dauerausstellung „Historische Musikinstrumente“ befindet sich in einem Neubau („Schützei“) in der 1. und 2. Etage. Die Temperatur- und Feuchtigkeitswerte werden mit Hilfe einer Klimaanlage elektronisch reguliert. Zur Unterstützung kommen Befeuchtungsgeräte für kritische Jahreszeiten (Heizperiode im Winter) zum Einsatz. Für die Sommermonate existiert eine Luftkühlung. Die Temperaturen liegen in der Heizperiode zwischen 18 und 21 °C. Die relative Luftfeuchte liegt stabil bei etwas über 40 %. Die Klimawerte werden mit Hilfe von Datenloggern elektronisch erfasst und seit 1995 dokumentiert. Sie werden von einem Mitarbeiter der Stiftung überwacht, der sich durch seine Langzeitstudien betreffs Klimawerte und Statik von historischen besaiteten Tasteninstrumenten in der Fachwelt einen Namen gemacht hat. Auf Störungen wird umgehend reagiert. Befeuchtungsgeräte werden regelmäßig und bedarfsgerecht von der Wache und den Aufsichten befüllt.

Historische Musikinstrumente ohne farbliche Fassung sind weniger anfällig betreffs der Lichtwerte als Graphiken oder Notendrucke. Werte um die 200 lx ergeben keine Schädigungen. Real vorhanden sind Werte von 40 bis 100 lx. In der Museumsarchitektur wurde berücksichtigt, dass durch große Einstellwände das Tageslicht abgeschirmt ist. Dennoch sind alle Glasflächen zusätzlich mit einer UV-Schutzfolie versehen worden. An kritischen Stellen, an denen direktes Sonnenlicht eindringen kann, wurden zusätzlich Lammellenrollos angebracht. Durch Lichtfaseroptik mit UV- und Infrarotfilter gelangen in die Vitrinen keine zusätzlichen schädlichen Infrarot- und UV-Anteile. Ein weiterer wesentlicher Vorteil der Glasfaserbeleuchtung liegt darin, dass die Lichtquellen räumlich von den Vitrinen getrennt, in den oberen Einfassungen gelagert werden und die Abwärme die Vitrinen nicht aufheizt. Verstellbare Linsenaufsätze ermöglichen den Einsatz als Punkt- bis hin zur Flächenbeleuchtung. Die Nieder-Halogenstrahler der Firma Erco in der Musikinstrumentenausstellung besitzen alle einen UV-Schutzfilter. Alle Strahler sind auf 70 % gedimmt. Lediglich im Zusammenhang einer Audioführung werden einzelne Strahler über eine Lichtsteuerung kurzzeitig auf 100 % hochgefahren, um einzelne Musikinstrumente (die gerade beschrieben werden und von denen Tonaufnahmen erklingen) hervorzuheben.

Podeste für Tasteninstrumente sind eine Barriere für die Besucher. Das für die Podeste verwendete Eichenholz dient als Puffermaterial für Luftfeuchteschwankungen. Plexiglaspatten schützen die Klaviaturen. Flächen unter geöffneten Deckeln sind durch Plexiglasplatten gegen Staub geschützt. Unter diesen Abdeckungen bildet sich zusätzlich ein positives Binnenklima (Pufferung möglicher Luftfeuchteschwankungen). Alle Instrumente in den Vitrinen sind mit einem eigens für sie konstruierten Aufhängesystem aus Edelstahl befestigt. Die Enden des Aufhängesystems, die in direkten Kontakt zu den Instrumenten gelangen sind aus Draht handgebogen und mit säurefreiem Strumpfschlauch überzogen.

Durch eine Inergen-Anlage sind die Objekte bei Brandfall geschützt. Besucher haben genug Zeit das Gebäude über die Fluchtwege zu verlassen. Brandmelder, Einbruchsmelder, Fluchtwegehinweise entsprechen den modernen Museumsanforderungen. Sicherheitstechnisch ist die Dauerausstellung nach modernen Kriterien abgesichert.

6.3. Bilder- und Graphiksammlung

Die Graphik- und Münzsammlung wird in einem Raum im Neubau der „Schützei“ (R 212) aufbewahrt. Die Graphiken werden in verschließbaren Graphikschränken aus Holz bzw. Metall gelagert. Es wird darauf geachtet, dass die Graphiken nur mit säurefreien Papieren in Berührung kommen. Die Raumtemperatur bewegt sich nach Schätzwerten zwischen 19° C im Winter und 28° C im Sommer. Die relative Luftfeuchtigkeit liegt nach Schätzung bei ca. 40% und im Winter ein wenig niedriger. Der Raum wird nicht befeuchtet. Eine Klimamessung findet nicht statt. Der Raum hat mehrere Fenster, die nicht mit Schutzfolien verklebt sind. Eine Verdunkelungsmöglichkeit gibt es nicht. Dies ist, solange die Graphiken in den Schränken gelagert werden, nicht zwingend erforderlich. Das Graphikatelier wird gleichzeitig auch als Büroraum genutzt. Außerdem ist eine kleine Küche mit Wasseranschluss vorhanden. Mittel- und langfristig muss die Aufbewahrung der Graphiksammlung in einer neuen, verdunkelten Räumlichkeit, die zudem klimatisch erfasst wird, erfolgen. Die vorgefundene Situation, dass das Graphikatelier gleichzeitig als Büro genutzt wird, ist für die Graphiksammlung ungeeignet. Es wird geprüft, inwiefern im Depot in der Barbarastraße die Graphiksammlung räumlich und konservatorisch korrekt untergebracht werden kann. Im Graphikatelier soll ein Graphikschrank weiter stehen bleiben für die Fälle einer Zwischenlagerung vor und nach Besichtigungen bzw. Ausstellungspräsentation, bevor ein Rücktransport ins Depot wieder erfolgt.

Die Gemäldesammlung wird in einem Flur-Durchgangsbereich im Dachgeschoss des historischen Anbaus des Händel-Hauses aufbewahrt. Das Klima im Flurbereich wird nicht gemessen. Der Flur hat als Durchgangsbereich kein stabiles Klima. Dennoch wird der Bereich mit einem Luftbefeuchter klimatisiert. Das Klima wird nicht wie die Ausstellungsbereiche mit Hilfe von Datenloggern elektronisch erfasst. Ein Vorteil der Lagerung im Flurdachbereich ist, dass kaum Licht eindringt und somit niedrige lx-Werte vorhanden sind. Mittel- und langfristig muss die Lagerung aus dem Flurbereich genommen werden und in einer neuen, abschließbaren und klimatisch messbaren Räumlichkeit erfolgen. Grundsätzlich handelt es sich im Flurbereich auch um einen Rettungsweg, der von entsprechenden Brandlasten frei gehalten werden muss. Es wird geprüft, inwiefern im Depot in der Barbarastraße die Gemäldesammlung räumlich und konservatorisch korrekt untergebracht werden kann.

6.4. Bibliothek mit Archiv- Nachlass-, Foto- und Plakatsammlung

Die Sammlungen der Bibliothek sind erstens in der Mehrzahl im Bibliotheksraum in einem Neubau (Baujahr: 2001; gemeinsam genutzt mit der Stadtmusikbibliothek und der Musik-Institutsbibliothek der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) untergebracht. Der vergleichsweise kleine und beengte Bibliotheksraum vereint Freihandbereich, Arbeits- und Nutzungsbereich sowie Magazin und Tresor. Zweitens sind Sammlungsteile (Plakatsammlung) im gemeinsam mit der Stadtmusikbibliothek genutzten Magazin untergebracht. Weitere Standorte für die Lagerung sind der Dachgeschossbereich des historischen Anbaus des Händel-Hauses (gemeinsam mit dem Tonarchiv; Lagerungssituation s. dort) und das Depot Barbarastraße (vor allem Nachlässe und Archivmaterialien; Lagerungssituation s. dort)

In den zum Bereich Bibliothek zugeordneten Sammlungen befinden sich Bücher und Noten (teilweise historische Bestände), Tonträger (darunter auch Schellackplatten), Autographe und Handschriften, Nachlässe (vor allem Papier) sowie die Foto- und Plakatsammlung.

Temperatur und Luftfeuchtigkeit sind im Bibliotheksraum über das Jahr hindurch sehr konstant. (Temperatur ca. 20°C.; rel. Luftfeuchtigkeit recht niedrig bei ca. 30%, aber auch bei Veränderungen der Wetterlage sehr stabil). Im Magazin der Stadtmusikbibliothek findet keine Messung statt; es werden ähnliche klimatische Daten vermutet. Die Objekte werden im Bibliotheksraum größtenteils in Regalen in einer Kompaktanlage offen aufgestellt gelagert; wertvolle Handschriften, Autographe und Drucke lagern liegend im dunklen Tresor. Im Tresor werden die Objekte in säurefreien Mappen, diese in säurefreien Archivkartons mit maximal 10 Exemplaren pro Mappe aufbewahrt.

Einige Schellackplatten sind gemeinsam im Tonarchiv untergebracht (Lagerungssituation s. dort). Nach Erfassung im elektronischen Bibliothekskatalog sollen diese in den Bibliotheksraum überführt werden.

Ein Teil der Nachlässe (z.B. Chrysander) wird im Bibliotheksraum, ein anderer Teil im Depot Barbarastraße gelagert. Die aufgearbeiteten Nachlässe werden in säurefreien Archivmappen aufbewahrt. Vor allem die noch nicht abschließend erfassten und archivierten Nachlassbestände lagern teilweise noch unverpackt oder in einfacheren Aktenkartons im Depot Barbarastraße. Aufgrund der geringen Personaldecke der Stiftung wird die Erfassung und damit einhergehende restauratorisch unproblematische Aufbewahrung nur zögerlich und schrittweise erfolgen können. Hierbei handelt es sich größtenteils um Archivmaterialien aus dem 20. Jahrhundert. Da sich hierunter auch DDR-Akten mit säurehaltigem Papier sowie verblassende Xerokopien befinden, besteht mittelfristig Handlungsbedarf.

Die Fotosammlung ist in sehr alten Hängeregistraturen im Bibliotheksraum untergebracht. Das Lagerungsmaterial ist möglicherweise für eine längerfristige Lagerung ungeeignet. Die Negative hingegen werden mittlerweile in modernen Foto-Archivkartons gelagert.

Der Bibliotheksraum ist sicherheitstechnisch mit einer Alarmanlage (VDS-Klasse C) und eine Brandmeldeanlage versehen. Der Eingangstürbereich wird mit Kameras überwacht.

Trotz des Neubaus und eines grundsätzlich guten Lagerungsklimas hat der Bibliotheksraum neben dem Platz- auch ein Lagerungsproblem. Wenig geeignet ist beispielsweise, dass es nur einen Raum ohne bauseitige Trennung zwischen Magazin- Benutzungs- und Arbeitsbereich gibt. Der Magazinbereich kann deshalb nicht gesondert klimatisiert und beleuchtet werden, was für eine langfristige Konservierung besser geeignet wäre. Dieser Mangel kann nur dadurch behoben werden, dass das Magazin in einen neuen Raum und ein anderes Gebäude verlagert würde. Dies hat allerdings praktische Nachteile, weil Bibliotheksnutzer dann Magazinbestände, die den größten Teil der Sammlung ausmacht, vorbestellen müssten und eine kurzfristige Nutzung nicht möglich ist. Dieser Missstand ließe sich deshalb nur dadurch beheben, wenn die Bibliothek vollständig in eine neue Räumlichkeit umziehen würde. Aber auch dies hätte einen Nachteil, nämlich dass der benutzerfreundliche Verbund zwischen Stadtmusikbibliothek, Institutsbibliothek und Bibliothek der Stiftung Händel-Haus aufgelöst würde. Mittelfristig besteht aber sowohl aus konservatorischen, aber auch aufgrund eines mangelnden Platzes Handlungsbedarf.

6.5. Tonarchiv

Das Tonarchiv befindet sich im Flur-Durchgangsbereich im Dachgeschoss des historischen Anbaus des Händel-Hauses und besteht aus Originalaufnahmen auf Studioband sowie aus Kopien von Tonträgern und Sendungen auf Studioband. Der Raum wurde in DDR-Zeit mit einfachen Holzpanelen als ein abgedunkelter Eckraum abgegrenzt. Eine Klimamessung findet nicht statt. Es besteht ein erhebliches Sicherheitsrisiko, weil es sich um einen unsachgemäßen Einbau handelt, der nicht den Brandschutzbestimmungen entspricht. Eine Auslagerung in naher Zukunft in ein neu zu findendes Depot ist dringend erforderlich und bereits angedacht. Es wird geprüft, inwiefern im Depot in der Barbarastraße das Tonarchiv räumlich und konservatorisch korrekt untergebracht werden kann. Hier gilt es insbesondere zu prüfen, inwiefern erstens die Studiobänder Jahres-Temperaturschwankungen wie im Depot Barbarastraße ausgesetzt werden können, ohne Schaden zu nehmen bzw. wie dies durch einen Klimaschrank im Depot gewährleistet werden könnte (Eine Lagerung bei unterer Zimmertemperatur von 15° bis 20°C ist hierfür angemessener). Zweitens muss geprüft werden, inwiefern die beschichteten Studiobänder möglicherweise eine Gefahr für die Erhaltung der Holz- und Papierlagerungen darstellen könnte.

6.6. Depot Barbarastraße

Beim Depot in der Barbarastraße handelt es sich um LKW-Garagen in einem ehemaligen Kasernengelände. Der Fußboden wurde vor der Nutzung als Depot erneuert und die Decke abgehängt. Die Elektrik ist 15 Jahre alt.

Im Depot Barbarastraße wird ein Großteil der Musikinstrumente der Stiftung Händel-Haus gelagert, die größtenteils in einem Zustand sind, für den noch ein erheblicher Konservierungsbedarf besteht. Das hängt damit zusammen, dass vor dem Umzug ins Depot Barbarastraße die Musikinstrumente einer katastrophalen Lagerung ausgesetzt waren. (Die Lagerung im alten Außenlager wurde im Blaubuch der Bundesregierung 2006 kritisch angemerkt.) Außerdem befinden sich im Depot Barbarastraße Teile des Archivgutes (Papier), das keinen Platz in der Bibliothek selbst gefunden hat, sowie die Ergänzungssammlung (z.B. historische Möbel) und die Büsten. Aufgrund einer vorhandenen Zentralheizung ist das Depot frostfrei, und es können kurzfristige starke Temperaturschwankungen vermieden werden. Die Temperaturen liegen im Jahresbereich zwischen 4 und 30°C. Vor allem im Sommer kommen Kondenstrockner zum Einsatz, um eine Luftfeuchtigkeit auf Werte zwischen 45 und 55% zu erreichen. Die Klimawerte werden mit Hilfe von Datenloggern elektronisch erfasst, monatlich ausgelesen und dokumentiert. Sie werden von einem Mitarbeiter der Stiftung überwacht, der sich durch seine Langzeitstudien betreffs Klimawerte und Statik von historischen besaiteten Tasteninstrumenten in der Fachwelt einen Namen gemacht hat. Wenn sich im Depot keine Personen aufhalten, sind die Räume voll verdunkelt. Aus diesem Grund sind Schädigungen durch Licht auszuschließen.

Das gelagerte Kunstgut wird auf für Kunstgüter geeigneten Palettenregalen gelagert. Es existiert eine Brand- und Einbruchmeldeanlage. Zugang zum Depot haben nur wenige Mitarbeiter der Stiftung selbst, die auch die Reinigung übernehmen. Das Depot Barbarastraße ist mit einer Sicherheitsanlage (VDS-Klasse C) inklusive Brandmelder ausgestattet.

7. Nennenswerte Neuerwerbungen

Für das Jahr 2011 sind einige Neuerwerbungen des nicht veräußerbaren Kunstgutes der Stiftung Händel-Haus zu konstatieren. Spektakulär ist hierbei der Erwerb einer **Büste Georg Friedrich Händels aus dem 18. Jahrhundert (Inventarnummer BS I, 115)**. Diese Neuerwerbung (Ankauf) aus englischem Privatbesitz fand große Beachtung in der regionalen und überregionalen Presse (Mitteldeutsche Zeitung, Bild, Rheinische Post, Kölnische Rundschau u.a.). Nach zweifacher, von der Stiftung Händel-Haus angefragter Fachexpertise steht fest, dass die Gipsbüste aus der Mitte des 18. Jahrhunderts stammt und Georg Friedrich Händel abbildet. Entstanden ist sie in der Londoner Werkstatt des Bildhauers John Cheere (1709 – 1787) oder in der seines älteren Bruders, Henry Cheere (1703 – 1781), vermutlich nach einem Original von Louis-François Roubiliac. Bei der nun in der Stiftung Händel-Haus sich befindlichen Büste handelt es sich um das einzige bekannte Exemplar. Sie stellt somit ein Unikat dar. Die Büste wurde dem Konzertpublikum der Reihe „Musik im Händel-Haus“ auf der Bühne präsentiert. Die zukünftige Verwendung der Büste ist noch zu klären.

Weiterhin erwähnenswert sind der Erwerb wertvoller **Erst- und Frühdrucke** von Kompositionen Georg Friedrich Händels oder Medien, die im Kontext zum Werk Händels stehen, die entweder käuflich erworben bzw. deren Erwerb durch zweckgebundene Spenden der Stiftung Händel-Haus ermöglicht wurden oder die als Schenkung der Stiftung überlassen wurden:

Georg Friedrich Händel: Otho an opera : as it was perform'd at the Kings Theatre for the Royal Accademy / compos'd by Mr: Handel. Publish'd by the author. – [Partitur]. – London : Walsh & Hare, [1723] (Signatur: X 77 - T)

Es handelt sich um die Erstausgabe der Oper „Ottone, Re di Germania“, die Händel im Jahr 1723 auf die Bühne brachte. Der Druck erschien bereits einige Wochen nach der Uraufführung in einer weitgehend vollständigen Partitur bei den Londoner Musikverlegern und Musikalienhändlern John Walsh sen. Sowie John und Joseph Hare. Walsh und Hare veröffentlichten zuweilen Raubdrucke von Händels Werken; hier arbeiteten sie aber wohl mit ihm zusammen, wie das enthaltene Druckprivileg anzeigt. Die Auflagenhöhe dürfte bei vielleicht 200 Exemplaren gelegen haben. Heute sind nur wenige weitere Exemplare in den Bibliotheken weltweit nachgewiesen. Die Rechnung für den Ankauf des Bandes ist auf Dezember 2011 datiert und deshalb als Verbindlichkeit in der Bilanz 2011 gebucht. In der Inventarisierung wird der Band allerdings erst in der Bilanz 2012 gelistet, weil die Stiftung das Buch erst im Januar 2012 erhielt.

Georg Friedrich Händel: The favourite songs in the opera call'd Alcina / compos'd by Mr. Handel London : Walsh, [1735-36]. 3 Bände
(Signatur: X 76 - T)

Bei dieser in drei Abschnitten erschienenen Auswahlausgabe mit den beliebtesten Arien aus der Oper Alcina handelt es sich um einen der frühesten Drucke dieses Werkes überhaupt. Es dürften etwa 200 Exemplare dieser Ausgabe hergestellt worden sein, von denen heute nur noch ein kleiner Teil weltweit in Bibliotheken nachgewiesen ist. Es handelt sich um das einzige bekannte Exemplar in Deutschland.

Georg Friedrich Händel/Johann Adama Hiller: Te Deum Laudamus, zur Utrechter Friedensfeyer / ehemals in Engländischer Sprache componirt,und nun mit dem bekannten lateinischen Texte hrsg. von Johann Adam Hiller. – Leipzig : Schwickert, [1780] (Signatur: VIII 045 - S/3)
Der Leipziger Thomaskantor und Gewandhauskapellmeister Johann Adam Hiller machte einige Werke Händels Ende des 18. Jahrhunderts in Deutschland populär, indem er sie bearbeitete und in mehreren Städten aufführte. Bei dem vorliegenden Exemplar seiner Ausgabe des Utrechter Te Deums (HWV 278) handelt es sich offenbar um einen Sonderdruck oder um Korrekturfahnen, denn das Titelkupfer fehlt. Das Heft ist ungebunden und enthält mehrere zeitgenössische handschriftliche Eintragungen (wohl Markierungen von Zeilenumbrüchen in handschriftlichen Kopien der einzelnen Stimmen). Es wurde der Stiftung Händel-Haus von Dr. Werner Wiemer aus München als Geschenk übergeben.

Georg Friedrich Händel,: The celebrated Choruses, from Handels oratorios, arranged for the organ or piano forte ; in four volumes / by Dr. Calcott, Mr. Hook and other esteemed authors. - London : Preston, [1814-1819], 2 Bände. (Signatur: Ia 248 a-b-S).
Es handelt sich um frühe Arrangements für Tasteninstrumente von Chören aus Händels Oratorien und einigen anderen Werken. Sämtliche vier Teile sind vollständig vorhanden und zu zwei Bänden gebunden.

Georg Friedrich Händel: Concert (G-Moll) für Streichorchester, zwei obligate Violinen und obligates Violoncell / für die Aufführungen in den Gewandhaus-Concerten und zum Gebrauch beim Conservatorium der Musik zu Leipzig genau bezeichnet und mit einer Schluss-Cadenz versehen von Ferdinand David. - Für das Pianoforte zu vier Händel arrangiert / von Richard Kleinmichel. - Leipzig : Senff, [1868] (Signatur: IIb 103 b -S)
Dieser kleine Notendruck aus der Mitte des 19. Jahrhunderts enthält das Concerto grosso op. 6 Nr. 6 g-Moll (HWV 324) in einer Bearbeitung für Klavier zu vier Händen.

Autographer Brief von Robert Franz an eine Sängerin, Halle (Saale), 24.04.1871 (4 Seiten) (Signatur: AS-Franz B127)
Der hallische Komponist und Händel-Herausgeber Robert Franz (1815-1892) erläutert in diesem Brief der Adressatin, einer Sängerin, u.a. seine Vorstellung von der richtigen Aufführung der Werke Händels und Bachs.

Autographe Briefe von Albert Schweitzer (und Lotte Gerhold) an Bertha Chrysander (1957-1959) (Signatur: AS-Schweitzer B 1 - B 4 und E 1)
In mehreren Briefen aus der Zeit zwischen 1957 und 1960 danken der Musikwissenschaftler, Arzt und Friedensnobelpreisträger Albert Schweitzer sowie seine Mitarbeiterinnen Lotte Gerhold und Mathilde Kottmann Bertha Chrysander, der Schwiegertochter des Händel-Forschers Friedrich Chrysander (1826-1901), für Händel-Partituren und -Faksimiles, die diese ihm als Geschenk nach Lambarene gesandt hatten. Das Schweitzer-Konvolut stellt eine interessante Quelle für die Händel-Rezeption in der Mitte des 20. Jahrhunderts dar und ergänzt den in der Stiftung Händel-Haus aufbewahrten umfangreichen Teilnachlass Friedrich Chrysanders.

Georg Friedrich Händel: Psalm / von G. F. Haendel in vollständiger Original Partitur mit untergelegtem deutschen Texte hrsg. von J. O. H. Schaum. - [Partitur], Berlin : Christiani, 1823. (Signatur: VIII 83b - S)
Diese seltene, deutschsprachige Ausgabe von Händels Anthem „The Lord is my light“ (HWV 255) wurde von Johann Otto Heinrich Schaum (1763-1834) herausgegeben. Schaum plante die Edition einer „ganzen vollständigen Ausgabe von Händels Werken“ in deutscher Sprache. Letztendlich erschienen aber nur einige Bände. Der neu erworbene Band ergänzt die in der Bibliothek des Händel-Hauses bereits vorhandenen Schaum-Ausgaben.

Julius Schäffer: Zwei Beurtheiler Robert Franz's : ein Beitrag zur Beleuchtung des Unwesens musikalischer Kritik in Zeitungen und Broschüren / Julius Schäffer. - Breslau : Leuckart, 1863. (Signatur: 200606 - S)
Der Verfasser verteidigt den halleschen Komponisten und Händel-Bearbeiter Robert Franz (1815-1892) gegen die Kritiker seiner Liedkompositionen. Diese warfen seinen Liedern z. B. „große Armuth“ und „mangelnde Tiefe“ vor. Franz war in vielfältige Musikfehden seiner Zeit verwickelt, u.a. gegen Friedrich Chrysander, mit dem er sich über die angemessene Edition von Händels Werken stritt.

Torquato Tasso: La Gerusalemme liberata / di Torquato Tasso con la vita di lui, con gli argomenti à ciascun canto di Bartolomeo Barbato, con le figure di rame à ciascun canto, Venetia: Curti, [1628]. (Signatur: 410002 T)
Diese frühe Ausgabe des Vers-Epos „Gerusalemme liberata“ (Das befreite Jerusalem) von Torquato Tasso wurde auf einer Auktion ersteigert. Der Band ist mit mehreren ganzseitigen Kupferstichen, die die Handlung illustrieren, ausgestattet. Durch die Abbildungen eignet sich der Band besonders gut als Ausstellungsstück für zukünftige Sonderausstellungen. Drei Opernlibretti Händels basieren auf Geschichten des Vers-Epos.

Barthold Heinrich Brockes „Irdisches Vergnügen in Gott, bestehend in physicalisch- und moralischen Gedichten“, Hamburg, 1732-1749.
- 9 Teile in 6 Bänden. (Signatur: 410003a-f)
Händel vertonte Gedichte aus dem „Irdischen Vergnügen in Gott“ in seinen „Neun deutschen Arien“. Die Bände werden als Exponat in der geplanten Sonderausstellung über Brockes im Jahr 2012 gezeigt. Der Erwerb wurde mit einer zweckgebundenen Spende des Freundes- und Förderkreises des Händel-Hauses finanziell ermöglicht.

Römhild Konvolut (Schenkung), 3 Hefte, Entstehungszeit: frühes 19. Jahrhundert (Signatur: AS-Römhild-Konvolut A1 bis A3)
Das Konvolut, bestehend aus 3 Notenheften (Handschriften), wurde der Stiftung Händel-Haus 2011 von Herrn Peter Römhild (Berlin) geschenkt. Es handelt sich um zeitgenössische Abschriften, nicht um Autographen. Alle drei Hefte sind vermutlich am Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden. Heft 3 enthält auch Werke des halleschen Komponisten und Schriftstellers Johann Friedrich Reichardt (1752-1814). Bemerkenswert ist auch das musikalische Würfelspiel in Heft 1.

8. Sonstige Aktivitäten der Stiftung

Am 9. Oktober 2011 führte die Stiftung Händel-Haus erstmals einen **„Tag der Musik“** in Kooperation mit der Musikakademie Sachsen-Anhalt, Kloster Michaelstein, durch. Neben freiem Museumseintritt, fest terminierten Audio-Führungen, Konzerten und Workshops für Kinder wurden Mitmach-Aktivitäten angeboten wie einen Drum-Circle und einen Mitsingchor. Mitmachen konnten alle ohne Voraussetzungen. Die verschiedenen Angebote richteten sich an alle Altersgruppen; einbezogen waren auch besondere Angebote für Kinder. An diesem Tag fand auch die Premiere des Musikalischen Schauspiels „Herr Händel aus Halle“ von Wolter und Kollegen! statt. (Weiteres hierzu siehe unter Punkt 4 Bildung).

Am 14. Oktober 2011 fand in **Kooperation mit dem Heinrich-Schütz-Musikfest** (Veranstalter: Mitteldeutsche Barockmusik e.V.) ein Vortrag über „Die Bayreuther Orgelweihe“ im Händel-Haus statt. Es folgte ein Orgelkonzert in der Marktkirche.

Die Stiftung Händel-Haus beteiligte sich aktiv im Jahr 2011 bei der **12. Museumsnacht** Halle / Leipzig am 7. Mai, beim **Internationalen Museumstag** am 15. Mai und bei der **Langen Nacht der Wissenschaften** am 1. Juli.

Des Weiteren beteiligte sich die Stiftung Händel-Haus im Jahr 2011 an dem neuen Reiseangebot **„Nur bei uns – Kultur im Paket“** von Stadtmarketing Halle. Mit Erwerb dieser Karte erhalten die Besucher einen kostenfreien Eintritt in die Ausstellungen des Händel-Hauses. Die kooperierenden Kulturpartner erhalten nach Abrechnung anteilige Kosten zurück.

Nach der Feststellung, dass die Händel-Festspiele als Premium-Produkt keine Wort-Bild-Marke besitzen und dass das jährliche Erscheinungsbild in der vorliegenden Form für die Zukunft nicht mehr entwicklungsfähig ist, wurden mehrere Agenturen aus Halle, dem Saalekreis und dem Bundesgebiet angefragt, sich im Rahmen eines **Agentur-Pitch** hierüber Gedanken zu machen und Vorschläge zu unterbreiten. Ende September 2011 fand die Präsentation im Händel-Haus statt. Für die Findungskommission wurden von fachlicher Seite die Fachbeiräte Bettina Quäschning und Stefan Voß um Mitwirkung gebeten. Stefan Voß konnte dies einrichten, Bettina Quäschning musste aus terminlichen Gründen absagen. Das Votum der Kommission fiel auf zwei Agenturen mit Präferenz für das Gestaltungsbüro Brömme. Die Entwürfe beider Büros wurden der Kuratoriumsvorsitzenden am 29. September 2011 präsentiert und erläutert, die ihre Zustimmung erteilte. Nachdem mit dem Büro Brömme nachverhandelt wurde, begann mit diesem Büro im Jahr 2011 die Planung und Realisierung des zukünftigen Händel-Festspiel-Logos. Die Festlegung der genauen Festspiel-Erscheinungsbilder für eine Kampagne wurde auf das Frühjahr 2012 terminiert.

In Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle Luther 2017 und den Luther Gedenkstätten fand am 15.11.2011 eine **Veranstaltung in der Landesvertretung Sachsen-Anhalts bei der EU in Brüssel** statt. Unter dem Titel **„Irdisches Vergnügen in Gott“** spielte die Lauttencompagney Berlin Musik von Georg Friedrich Händel mit Vertonungen von Texten des protestantischen Dichters Barthold Heinrich Brockes. Barthold Heinrich Brockes (1680 – 1747) schuf mit seiner Gedichtsammlung „Irdisches Vergnügen in Gott“ ein zentrales Werk der so genannten Erbauungsliteratur des 18. Jahrhunderts, deren Ursprünge letztlich auf Luther zurückgehen. Trotz seiner naturlyrischen Schilderungen sieht Brockes, der u.a. auch eine im 18. Jahrhundert mehrfach vertonte Passion in deutscher Sprache dichtete, die Welt als Ort religiöser Erfahrung. Der in Hamburg geborene Brockes studierte in Halle (Saale) zwischen 1700 und 1702 Jura und Philosophie und kehrte 1704 in seine Geburtsstadt zurück, in der wiederum Händel zwischen 1703 und 1706 lebte. Zu Beginn der Veranstaltung gab der Direktor der Stiftung eine Einführung in die Themengebiete Reformation in Sachsen-Anhalt und Halle, Verbindungen zwischen Händel und Brockes sowie Informationen über die Händel-Festspiele in Halle (Saale). Die Veranstaltung war sehr gut besucht und fand ein positives Echo. Finanziert wurde die Veranstaltung mit Landesmitteln der Lutherdekade über die Luthergedenkstätten/Geschäftsstelle Luther 2017.

Am 24. und 25. November 2011 beteiligte sich die Stiftung Händel-Haus als Kooperationspartner der Franckeschen Stiftungen und der Stiftung Moritzburg an einem **Workshop der Konferenz Nationaler Kultureinrichtungen (KNK) zum Thema „Museum als Laboratorium kultureller Bildung“**. Es wurden Beispiele aufgezeigt, wie eine enge Vernetzung der beiden großen Bildungsträger Schule und Museum aufgebaut werden könne. In diesem Rahmen präsentierte die Stiftung Händel-Haus ihr kulturelles Vermittlungsprojekt zu „Ottone“, das zwischen Herbst 2010 und Juni 2011 im Händel-Haus und der Oper Halle sowie mit Exkursionen nach Memleben und Magdeburg stattfand.

9. Personalpolitik Stiftung Händel-Haus

Die Stiftung Händel-Haus verfügte zu Beginn des Kalenderjahres 2011 über 24 fest angestellte Mitarbeiter/innen, davon 20 Personen in Vollzeit und 4 Personen in Teilzeit.

Zum 31. Januar 2011 ging ein Mitarbeiter im Bereich Bibliothek in den Ruhestand.

Zum 1. April 2011 bat die Wissenschaftliche Hilfskraft, die im Rahmen des Sonderforschungsprojekts über die Rezeptionsgeschichte in den Diktaturen Deutschlands angestellt ist, den Arbeitsvertrag auf 10 Stunden pro Woche zu reduzieren, damit sie ein Promotionsstipendium annehmen könne. Die Voraussetzung für den Erhalt des Stipendiums begrenzt eine zusätzliche (wissenschaftliche) Tätigkeit auf maximal 10 Stunden pro Woche. Vom 1. April bis 31. Dezember 2011 wurde aus diesen Gründen zur Ergänzung Herr Maik Richter als Studentische Hilfskraft mit 9 Arbeitsstunden befristet eingestellt. Seine Tätigkeit endete am 31. Dezember 2011 und wird seit 1. Januar 2012 von Frau Laura Landmann fortgeführt.

Ein Mitarbeiter im Restaurierungsatelier hat auf eigenen Wunsch zum 1. April 2011 unter Beibehaltung seines bisherigen Arbeitsvertrages (Änderungsvertrag) seine Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden unbefristet reduziert. Die Regelung sieht ferner vor, dass er maximal 2 arbeitsfreie Wochentage im Monat erhält.

Als Auszubildende im Rahmen eines dualen Studiums an der Berufsakademie Riesa, Studienrichtung „Eventmarketing“, ist weiterhin eine Studentin bei der Stiftung beschäftigt. Die Laufzeit des Ausbildungsvertrages endet am 30. September 2013.

Die noch offene Position einer/s Verwaltungsdirektors/in, wie im Kuratorium besprochen, wurde noch nicht ausgeschrieben. Grund hierfür ist, dass aufgrund der Elektroarbeiten bei laufendem Betrieb im Verwaltungstrakt das Büro als Ersatzbüro für andere Mitarbeiter genutzt werden musste.

Zum 31.12.2011 waren bei der Stiftung Händel-Haus 24 fest angestellte Mitarbeiter/innen beschäftigt, davon 19 Personen in Vollzeit und 5 Personen in Teilzeit. Insgesamt verfügt die Stiftung Händel-Haus zum 31.12.2011 über 23,5 Vollbeschäftigteneinheiten.

Außerdem sind bei der Stiftung Händel-Haus als Leiharbeitnehmer/innen 7 Beschäftigte tätig in den Bereichen Aufsicht, Kasse, Hausmeister-Dienstleistung und Reinigung. Hierbei arbeitet die Stiftung mit zwei Fremdfirmen zusammen (Dussmann AG, ZGM Halle).

Mit dem Betriebsrat wurde gemäß § 87 Abs 1. Nr. 5 BetrVG eine Betriebsvereinbarung zu Urlaubsgrundsätzen geschlossen, in der für alle Mitarbeiter/innen eine einheitliche Regelung zu Urlaubsgrundsätzen definiert wurde, die es zuvor nicht gab. Die Betriebsvereinbarung tritt am 1.1.2012 in Kraft.

10. Finanzen

Der Jahresabschluss 2011 wurde gemäß § 16 Satz 3 der Satzung vom Direktor unter Einbeziehung eines Steuerberaters (Steuerbüro Scholz & Carell, Herr Detlef Carell) erstellt. Der vorliegende Jahresabschluss der gemeinnützigen Stiftung dient dem Nachweis, dass ihre tatsächliche Geschäftsführung auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung des steuerbegünstigten Stiftungszwecks gerichtet ist gemäß § 63 AO. Dabei kamen handelsrechtliche Vorgaben zur Geltung unter Beachtung der grundsätzlichen Vorschriften der Abgabenordnung für die ordnungsgemäße Buchführung im Sinne der §§ 145, 146, 147 AO und der Gemeinnützigkeit im Sinne der §§ 52, 53, 54 ff. AO. Nach Kuratoriumsbeschluss wurde der Jahresabschluss 2011 am 11. April 2012 Frau Dr. Wohlfeld und Herrn Hoberg in Räumlichkeiten der Stiftung Händel-Haus übergeben und vorbesprochen und anschließend zu Prüfung an die BRV AG weitergeleitet.

Aktiva
Das Aktivvermögen der Stiftung beträgt zum 31.12.2011 € 23,9 Mill. Dies setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Ansprüchen auf Einzahlungen in das Stiftungskapital der Stadt Halle (Saale) in Höhe von € 12,1 Mill. und des Landes Sachsen-Anhalt in Höhe von € 1 Mill. sowie dem laut Satzung nicht veräußerbarem Kunstgut der Stiftung in Höhe von € 6,5 Mill. Eine weitere große Position im Anlagevermögen bezieht sich auf die Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ sowie die damit in Verbindung stehende Rekonstruktion des zerstörten romanischen Gewölbes und die Sanierung von Dach und Fassade. Hinzu kommen im Jahr 2011 beschlossene Maßnahmen der Hofgestaltung. Weiteres Vermögen weist die Stiftung in der Büro- und Werkstatttechnik (Restaurierungsatelier) in Höhe von € 185 T auf.

Der Warenbestand im Museumsshop erhöhte sich auf € 125 T, wobei hier auch viele alte Kataloge und Bücher aus der Zeit vor Stiftungsgründung enthalten sind, die aber im Museumsshop kaum oder gar nicht mehr verkauft werden. Für die Zukunft empfiehlt hier der Direktor eine kritische Durchsicht und die Vernichtung entsprechender, lange nicht mehr verkaufter Bücher und diese somit 2012 abzuschreiben.

Die geringfügigen Forderungen belaufen sich auf € 1.218,16 und bestehen hauptsächlich gegenüber dem MDR, der das Vorkonzert mit Philippe Jaroussky im November 2011 aufgezeichnet hat und hierfür die Abgleichung der Leistungsschutzrechte zum 31. Dezember 2011 noch nicht bezahlt hatte (€ 1.000). Sämtliche Forderungen sind im Jahr 2012 beglichen worden.

Zusätzlich zu den kurzfristigen liquiden Finanzmitteln der Stiftung in Höhe von € 1,6 Mill. treten Wertpapieranlagen in Höhe von € 348 T, die im Jahr 2011 vorgenommen wurden. Bei der Volksbank wurden € 50 T in Form eines Sparbriefes angelegt. Dieser Betrag entspricht einer Spende von DOW für die Realisierung des Dekontaminationsprojektes, das noch nicht begonnen wurde, aufgrund eines noch laufenden Antrags zur Komplementärfinanzierung durch die DBU (s. Punkt 3 und Punkt 12 des vorliegenden Berichts). Am 7.September 2011 erfolgte bei der Saalesparkasse eine mündelsichere Anlage mit folgenden Produkten (abzüglich Ausgabeaufschläge):

a) Nord/LB Neuemission NLB2FM, Gattung: Inhaberschuldverschreibung Serie 1357), Betrag 130.000 €. Zum Fälligkeitstermin erfolgt die Rückzahlung des Anlagebetrages zum Nennbetrag von 100%.

b) Nordic Horizon Zinsstufen 1/2011 Anleihe (Emittentin HSH Nordbank AG), Betrag: 170.000,- €. Es handelt sich hierbei um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der HSH Nordbank AG mit fester Laufzeit und einer festen Zinsstafel gegeben wird. Zur Fälligkeit erfolgt die Rückzahlung der Anleihe zu 100% des Nennbetrages. Die Laufzeit endet am 9. März 2015.

Passiva

Auf der Passivseite erhöhte sich das Grundstockvermögen (nicht veräußerbare Kunstgüter) um rund € 17 T durch Neuanschaffungen auf € 6,5 Mill. Aufgrund eines Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEAO), BMF vom 10.09.2002, IV C-4-.S 0171 – 93/02, kann eine Körperschaft maximal 10% ihrer sonstigen nach § 55 Abs. 1 Nr. 5 zeitnah zu verwendenden Mittel einer freien Rücklage zuführen. Mittel im Sinne dieser Vorschrift sind die Überschüsse bzw. Gewinne aus steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäfts- und Zweckbetrieben sowie die Bruttoeinnahmen aus dem ideellen Bereich. Dies – und in mündlicher Abstimmung mit dem Finanzamt – findet nicht nur für das Jahr 2011 Berücksichtigung, sondern wird auch auf die Vorjahre angewendet. Aus diesem Grunde erhöht sich die Freie Rücklage gemäß § 58 Nr. 7 a AO von € 270 T auf € 1.3 Mill., Stand 31.12.2010, und € 1.4 Mill, Stand 31.12.2011.

Der Verlauf der bereits vom Kuratorium beschlossenen Projekte, die aus den gebundenen Ergebnisrücklagen der Vorjahre finanziert werden, wird weiter unten beschrieben. Im Jahr 2011 wurden zur Finanzierung hierfür rd. € 370 T verwendet. Die im Jahresabschluss 2010 gebildete und lt. AO § 58 Nr. 12 mögliche Thesaurierungsrücklage bleibt weiter bestehen. Die satzungsmäßige Rücklage reduziert sich planmäßig um die jährlichen Zahlungen der Stadt Halle (Saale) und des Landes Sachsen-Anhalt in das Stiftungsvermögen auf € 13 Mill.

Die Rückstellungen in Höhe von € 334 T betreffen einerseits Rückstellungen aus dem Jahr 2010 wie die Fortführung der notwendigen Sanierung der Elektroanlage im Verwaltungsgebäude (€ 27.310), den Ausbau des Hofes (€ 15.000), das Forschungsprojekt zur Dekontaminierung der Musikinstrumente mit Holzschutzmitteln in Höhe der zweckgebundenen Spende der Dow Olefinverbund GmbH (€ 50.000), mögliche Rückzahlungen und Einnahmeausfälle bei Absage der Openair-Veranstaltungen in der Galgenbergschlucht (€ 100.000), notwendige kurzfristige Reparaturleistungen (€ 40.000) und Altersteilzeitregelung eines Mitarbeiters der Stiftung (€ 46.000). Neu eingestellt wurden in die Rückstellung der Jahresabschluss (€ 2.500), die Prüfung des Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer (€ 6.100), die Archivierung von Kunstgütern (€ 35.000), die vollständige Erneuerung der Schließanlage für die Sicherung der Kunstgüter (€ 10.000) sowie Urlaubsrückstellungen (€ 18.635) und die lt. TVöD einbehaltenen Leistungsentgelte (€ 13.000). Für die Rückstellung Ausbau Hof wurden im Jahr 2011 € 126.000 aufgelöst, da ein Akustikgutachten zum Ergebnis führte, dass eine geplante Akustikwand am Hofende sehr kostenaufwändig, aber wenig effektiv ist. Aus diesem Grunde wurde das Vorhaben des Baues einer Akustikwand aufgegeben und der Betrag entsprechend aufgelöst. Die Rückstellungen für die Altersteilzeit eines Mitarbeiters wurden gemäß der Auskunft vom Personalservice der Stadt Halle angepasst.

Bei den Verbindlichkeiten handelt es sich größtenteils um Rechnungen von Handwerksfirmen, deren Baumaßnahmen und Rechnungslegung im Jahr 2011 erfolgte, die aber von der Stiftung am 31.12.2011 noch nicht angewiesen wurde. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen vorgeschriebene Abgaben (Lohnnebenkosten) für den Dezember 2011, die aber erst im Januar 2012 fällig und dann auch angewiesen wurden. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält bereits erhaltene Einnahmen für eine Veranstaltung im folgenden Geschäftsjahr.

Einnahmeüberschussrechnung

Neben Einnahmen im Rahmen des Stiftungsgeschäfts durch die Stadt Halle (Saale) und durch das Land Sachsen-Anhalt (Händel-Festspiele) wurden durch Spenden und Fördermittel € 359 T eingenommen. Der höhere Spendenbetrag im Jahr 2010 hängt im Wesentlichen mit einer einmaligen, zweckgebundenen Spende für das Dekontaminationsforschungsprojekt von DOW in Höhe von € 50 T im Jahr 2010 zusammen.

Unter den nicht steuerbaren Einnahmen sind die Eintrittserlöse der Händel-Festspiele in Höhe von € 555 T hervorzuheben. Die Einnahmen sind niedriger als im Jahr 2010 ausgefallen, was mit den besonders hohen Konzerteinnahmen für das Konzert mit Cecilia Bartoli im Jahr 2010 zusammenhängt (über € 100 T). Ein vergleichbarer Einnahmeerlös oder eine vergleichbare Preispolitik sind für andere Einzelveranstaltungen der Festspiele nicht möglich und wurden im Wirtschaftsplan 2011 auch nicht geplant. Deshalb ist dies als singulärer Effekt zu bewerten, der allein mit der Künstlerin Cecilia Bartoli zusammenhängt.

Weitestgehend auf gleich hohem Niveau bzw. teilweise leicht gestiegen sind die anderen nicht steuerbaren Einnahmen. Ein besonders hoher Ertrag ergibt sich aus der Auflösung der Rückstellung. Wie weiter oben beschrieben, handelt es sich hierbei vornehmlich um eine Auflösung in Zusammenhang mit einer ursprünglich geplanten Akustikwand im Hof.

Die Honorarkosten für selbstständige Künstler stiegen 2011 auf € 989 T. Sie liegen damit aber weit niedriger als noch im Jahr 2009 mit € 1.3 Mill. Hierbei sollte zudem bedacht werden, dass lt. Kuratoriumsbeschluss vom 3. Juni 2011 eine gebundene Rücklage aus dem Überschuss 2010 eingestellt wurde, die u.a. zur Finanzierung des Projekts „Kindertheaterproduktion ‚Das Leben von Georg Friedrich Händel'" vorgesehen war. Diese Produktion wurde im Jahr 2011 realisiert und wird in der Kostenstelle 2550 kostenseitig geführt. Auch die Durchführung von zwei kostenintensiven, vollwertigen szenischen Produktionen im Goethetheater Bad Lauchstädt im Rahmen der Händel-Festspiele 2011 sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen, wohingegen die Händel-Festspiele 2010 lediglich eine halbszenische Produktion im Goethetheater in Eigenregie durchführten. Ebenso entstanden im Jahr 2011 die Kosten für das Vorkonzert zu den Händel-Festspielen 2012, das im November 2011 stattfand. Entsprechendes gab es im Jahr 2010 nicht.

Die Sachausgaben eigener Veranstaltungen haben sich gegenüber 2010 auf € 284 T erhöht. In diesem Zusammenhang sind Kosten und Durchführung von drei attraktiven Sonderausstellungen im Händel-Haus zu erwähnen. Auch die Umsetzung der erwähnten zwei szenischen Produktionen in Bad Lauchstädt sowie das Vorkonzert im November 2011 haben im Vergleich zum Jahr 2010 zusätzliche Sachausgaben verursacht.

Für die Öffentlichkeitsarbeit wurden im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr € 132 T mehr ausgegeben (Ausgaben 2011: € 278 T). Hier spiegelt sich wider, dass lt. Kuratoriumsbeschluss vom 25. Oktober 2010 für das Kalenderjahr 2011 aus dem Überschuss zusätzliche Marketingaktivitäten finanziert werden sollten. Außerdem fand im Jahr 2011 ein Agentur-Pitch statt, der zum Ziel hatte, den Händel-Festspielen eine eigene Wort-Bild-Marke, die bislang nicht existierte, zu geben. Erste Kosten hierfür fielen im Jahr 2011 an.

Raumnebenkosten und Bewachung sind höher als im Jahr 2010 ausgefallen. Dies hängt mit der ersten Stufe lt. Verordnung des Branchen-Mindestlohnes für das Wach- und Sicherheitsgewerbe zusammen. Zudem wurde im Jahresabschluss 2010 eine Rückerstattung der Betriebskosten mit den Raumnebenkosten (Kostenstelle 2666) verrechnet. Im vorliegenden Jahresabschluss wird hingegen die Rückerstattung als eigenständige Kostenstelle geführt (2681).

Die höheren Steuerberatungskosten hängen u.a. mit Vorarbeiten im Rahmen des Kuratoriumsbeschlusses zusammen, dass der Jahresabschluss 2011 von einem Wirtschaftsprüfer geprüft werden soll. Nach Abrechnungen mit Fördermittelgebern z.B. des Bundes mussten z.B. aufgrund höherer Einnahmen als projektiert und im Antrag angegeben, anteilig Fördermittel zurückgezahlt werden. Dies betrifft auch das Rezeptionsforschungsprojekt, in dem beispielsweise Reisekosten deutlich niedriger ausfielen, weil für die Besuche wichtiger Archive in Berlin die Privatwohnung eines Mitarbeiters kostenfrei zur Verfügung stand, weshalb keine ursprünglich beantragten Hotelkosten anfielen.

Die Verkaufserlöse im ideellen Bereich (insgesamt € 24 T) sowie im Zweckbetrieb in Höhe von € 19 T (Gesamterlös: € 43 T) konnten gegenüber 2010 leicht gesteigert werden (Gesamterlös: € 39 T).

Bei den Personalkosten erhöhten sich die Lohn- und die Lohnnebenkosten. Dies hängt mit dem Rezeptionsforschungsprojekt zusammen, das im Herbst 2010 mit 4 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern in Teil- und Vollzeitbeschäftigung begonnen wurde. Personalkosten entstanden – im Gegensatz zum Jahr 2010 - über das gesamte Geschäftsjahr 2011.

Zur Werterhaltung der Gebäude hat die Stiftung im Jahr 2011 nicht nur Reparaturen in Höhe von € 28 T (2010: € 31 T) durchgeführt, sondern auch in Höhe von € 134 T (Kostenstelle 2667 – 2010: € 105 T) investiert. Somit kommt die Stiftung der Vereinbarung mit der Stadt Halle nach, in einer Größenordnung von € 100 T pro Jahr in die Werterhaltung zu investieren.

Die Erträge aus Wertpapieren (Kostenstelle 4151) stammen aus der weiter oben mitgeteilten Wertpapieranlage; die Kursverluste (Kostenstelle 4153) sind die Ausgabeaufschläge beim Kauf der Wertpapiere. Die langfristigen Mieteinnahmen sind monatliche Mieteinnahmen laut Verträgen mit der Brasserie und der Mitteldeutschen Barockmusik e.V.; die kurzfristigen Mieteinnahmen betrifft nicht steuerbare Einnahmen aus der Vermietung von Räumlichkeiten an Dritte, z.B. für Hochzeiten und die Durchführung von Veranstaltungen.

Ergebnis
Zusammengenommen weist die Stiftung Händel-Haus für das Jahr 2011 als Stiftungsergebnis € 185.310,92 auf, das in Form liquider Mittel zur Verfügung steht.

Bevor der Direktor gemäß § 16 Satz 3 der Satzung der Stiftung Händel-Haus die Verwendung des Jahresgewinns vorschlägt, soll im Folgenden der Stand derjenigen Projekte aufgelistet werden, die als gebundene Gewinnrücklagen im ideellen Bereich seitens des Kuratoriums in den Jahren 2010 und 2011 beschlossen wurden:

Kuratoriumsbeschlüsse laut Sitzung vom 25.10.2010

Ausbau Audioführungen für die Dauerausstellung „Händel – der Europäer“

Die technische Umsetzung der geplanten Audioführungen stellte sich schwieriger und aufwändiger dar im Fall der Programmierung als geplant, aber gleichzeitig deutlich weniger aufwändig, was den notwendigen Erwerb zusätzlicher Technik bzw. Lizenzen betrifft. Dies betrifft vor allem die Programmierung der Opernbühne. Aus dem genannten Grund konnte bis heute eine Komplettversion in Französisch, bei der auch das Porträtmorphing und die Opernbühne integriert sind, noch nicht umgesetzt werden. Zu den Händel-Festspielen 2012 soll dies endgültig komplettiert sein. Danach soll eine italienische und eine spanische Version, wie beschlossen, realisiert werden. Kostenseitig fielen Übersetzungsleistungen und Sprecherhonorare sowie geringe Technikkosten an. Bislang wurde für die französische Version ein Gesamtbetrag in Höhe von € 2.759 aufgebracht. Für die zwei ausstehenden Übersetzungen (italienisch und spanisch) dürften nach den Erfahrungen insgesamt nicht mehr als € 6.000 benötigt werden; für die chinesische Version käme ein Betrag in ungefähr gleicher Höhe nochmals hinzu. Das bedeutet, dass von der ursprünglich geplanten und beschlossenen Rücklage anstelle von € 45.000 rund **€ 30.000 anderweitig verwendet werden können**.

Weitere Ausgestaltung der Ausstellung „Hallische Musikgeschichte“ im W.F.Bach-Haus

Die Baumaßnahme durch die HWG konnte erst Ende 2011 realisiert werden. Seit Ende 2011 wird auch von der Stiftung die Gestaltung der beiden Räume zum Thema „Hausmusik“ vorangebracht. Ausschreibungen für Vitrine und Technik wurden vorbereitet. Hierbei musste berücksichtigt werden, dass eine große Glasvitrine in der Bohlenstube u.a. aus Brandschutzgründen zur Verknappung der Besucherzahlen entstehen muss, weshalb die Kosten für die Ausgestaltung der Räume deutlich gestiegen sind. (Beschlossene Rücklage: € 30.000)

„Klangstudio“. Errichtung neuer Ausstellungsbereiche im Händel-Haus im Bereich Musikinstrumente

Die Vorplanung wurde durchgeführt, auf deren Basis ein Bauantrag am 07.04.2011 gestellt wurde. Eine Baugenehmigung erhielt die Stiftung allerdings erst am 26.01.2012. Bis zu diesem Zeitpunkt ruhten weitere planerische Leistungen. Nach Beendigung der Ausstellungsgestaltung im W.F.Bach-Haus kann nun nach Erhalt der Baugenehmigung an diesem Projekt weitergearbeitet werden. Bislang sind noch keine nennenswerten Kosten angefallen. (Beschlossene Rücklage: € 120.000).

Durchführung des Forschungsprojekts „Grundlagenforschung zur Rezeptionsgeschichte Händels in den Diktaturen Deutschlands“

Seit Oktober 2010 arbeiten 3 Musikwissenschaftler (1 Vollzeit- und 2 Teilzeitstellen 50%) sowie 1 Wissenschaftliche und 1 Studentische Hilfskraft am Forschungsprojekt. Die Forscher nahmen an diversen Konferenzen teil sowie am Tag des Archivs und Nacht der Wissenschaft in Halle. Für 2013 ist eine aktive Beteiligung im Rahmen eines Panels der Konferenz zum Thema „Macht und Musik“ geplant. Derzeitig fielen Kosten in Höhe von € 131.710 an (Beschlossene Rücklage: € 465.000).

Digitalisierung wichtiger Drucke

Die bedeutenden Früh- und Erstdrucke der Stiftung Händel-Haus sind digitalisiert und können online seit Februar 2011 genutzt werden. Da es hierbei eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Digitalisierung der Museen im Museumsverband Sachsen-Anhalt e.V. gab, weshalb ein zusätzlicher Server weder gekauft noch ein Speicherplatz gemietet werden musste und ebenso wenig Programme käuflich erworben werden mussten, konnten die Kosten deutlich minimiert werden. Ein Großteil der wichtigen Früh- und Erstdrucke wurden digitalisiert. Neuerwerbungen sollen nach und nach ebenfalls digitalisiert werden. Es entstanden für das Digitalisierungsprojekt bislang Kosten in Höhe von € 2.759 anstelle der veranschlagten € 15.000. Für die weitere Digitalisierung kommender Neuerwerbungen sollten bis 2013 noch eine Rücklage in Höhe von € 2.000 aufrecht erhalten werden. **Der Restbetrag von € 10.242 sollte für andere Zwecke verwendet werden.**

Unterstützung der wissenschaftlichen Konferenzen 2011 bis 2013

Eine wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Händel und Dresden“ fand vom 6. bis 8. Juni 2011 statt. Die Konferenz wurde nach einem Antrag von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Der Antrag wurde vom Kooperationspartner der Konferenz, dem Institut für Musik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, gestellt. Finanziell beteiligte sich aus diesem Grund die Stiftung Händel-Haus lediglich mit unbaren Leistungen wie Personal, Bereitstellung Technik und Kammermusiksaal. Eine direkte finanzielle Beteiligung fand nicht statt. Aus diesem Grunde sind bislang für diese projektbezogene Rücklage keine finanziellen Aufwendungen im Kalenderjahr 2011 entstanden. Nach den Gesprächen für 2012 und 2013 zeigt sich, dass die Rücklage in Höhe von € 35.000 bei weitem nicht vollständig für die finanzielle Unterstützung der Konferenzen verwendet werden muss. Für die Konferenz 2012 „Händel und die Konfessionen“, die u.a. mitfinanziert wird durch die Franckeschen Stiftungen zu Halle und der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland ist eine anteilige Finanzierung in Höhe von 1.500,- € zugesagt und für die Konferenz 2013 „Macht und Ohnmacht der Musik“ sind 5.000.- € zugesagt (für die Ausrichtung des Panels zum Rezeptionsforschungsprojekt). Damit werden an anstelle der Rücklage von € 35.000,- insgesamt nur rund € 6.500 benötigt und **€ 28.500 können für andere Stiftungszwecke** verwendet werden.

Studienkurs am Händel-Haus

Vom 21. bis 23.09.2011 fand der erste Studienkurs im Händel-Haus statt. Es nahmen 8 Studentinnen und Studenten aus dem gesamten Bundesgebiet und Österreich teil. Übernommen wurden Honorarkosten für die Dozenten nebst Reise- und Übernachtungskosten sowie die Übernachtungskosten der Studenten. In ähnlicher Form soll im Jahr 2012 ein Studienkurs stattfinden. Die avisierte Rücklagenverwendung bis 2013 braucht nicht vollständig ausgeschöpft zu werden. Für den Studienkurs 2011 entstanden Kosten in Höhe von € 1579. Nach den Erfahrungen können ähnliche Beträge von jeweils € 2.000 pro Jahr für 2012 und 2013 eingeplant werden. Damit werden an anstelle der Rücklage von € 25.000,- insgesamt nur rund € 5.579 benötigt und **€ 19.421 können für andere Stiftungszwecke** verwendet werden.

Vorkonzerte der Händel-Festspiele

Am 26.11.2011 fand das erste Vorkonzert mit Philippe Jaroussky und den Freiburger Barockorchester mit großem Erfolg in der Georg-Friedrich-Händel-HALLE statt. Für das Jahr 2012 ist ein weiteres Konzert geplant. Bislang wurden für Honorar und Werbung des Vorkonzertes 2011 € 35.466 aus der projektbezogenen Rücklage verwendet. Die verbleibenden € 144.534 sollten für die Folgejahre stehen bleiben.

Erteilung von Auftragskompositionen

Mit dem MDR wurde eine gemeinsame Auftragskomposition besprochen, allerdings kam der Prozess ins Stocken, nachdem der Vertrag des Chordirigenten Howard Arman nicht mehr verlängert wird. Seitdem gibt es keine eindeutigen Signale, ob und in welcher Art man die strategische Partnerschaft fortführen möchte. Auch eine Auftragsvergabe einer Komposition für Klavier und Orchester für Ragna Schirmer hat bislang nur den Komponistennamen, mit dem Ragna Schirmer zusammen arbeiten möchte, als Ergebnis befördert. Aufführungen beider Projekte waren ursprünglich für 2012 geplant und mussten wegen der beschriebenen Zeitverzögerungen auf die Jahre 2013 bzw. 2014 verschoben werden. Eine Realisierung in diesem Zeitrahmen ist allerdings derzeit noch ungewiss. Die Rücklage sollte aber noch weiter bestehen bleiben, um die Projekte nicht endgültig beenden zu müssen.

Kulturelle Vermittlung barocker Operngeschichte: Händels Oper *Ottone* im musikalischen, historischen und geographischen Kontext

Das Projekt im Bereich Museumpädagogik wurde im 2. Halbjahr 2010 begonnen und im Rahmen der Händel-Festspiele 2011 beendet. Hierfür wurden anstelle der geplanten € 18.000,- insgesamt € 16.900 aus der Rücklage verwendet. Da das Projekt abgeschlossen ist, kann **der Restbetrag in Höhe von € 1.100 für andere Stiftungszwecke verwendet werden**.

Finanzierung zum Ankauf weiterer Erstdrucke und wichtiger Notendrucke des 18. Jahrhunderts sowie weiterer Kunstgüter

Im vorliegenden Jahresbericht sind unter Punkt 7 mehrere Ankäufe wichtiger Kunstgüter genannt, darunter auch der Erwerb einer Händel-Büste aus dem 18. Jahrhundert. Auch im Kalenderjahr 2010 erfolgten bereits entsprechende Ankäufe. Gebucht werden diese Ankäufe unter der Kostenstelle 2520. Aus der Bilanz ist ersichtlich, dass im Jahr 2010 Ankäufe in Höhe von € 4.956,51 und im Jahr 2011 in Höhe von € 9.285,92 erfolgten. Insgesamt wurde demnach mit € 14.242,42 rund die Hälfte (Plan: 30.000 €) aus der Rücklage verwendet. Die Rücklage sollte bestehen bleiben, um weiterhin auf Angebote kurzfristig reagieren zu können.

Verstärkte, einmalige Marketingaktivitäten

Die Rücklage von € 52.000 wurde im Jahr 2011 bereits über die Hälfte verwendet. U.a. dienten diese Mittel dazu, ein eigenständiges Magazin (ohne Bach-Fest) als Beilage für Zeitungen zu produzieren und zu distribuieren. Die Rücklage sollte weiterhin für zusätzliche Marketingaktivitäten bestehen bleiben.

Kuratoriumsbeschlüsse laut Sitzung vom 3. Juni 2011

Das Kuratorium hatte in seiner Sitzung beschlossen, den Jahresüberschuss vorzutragen und satzungsgemäß zu verwenden. Die vom Direktor vorgestellten Projekte wurden zur Kenntnis genommen und zugestimmt. Dabei handelte es sich um folgende Vorhaben:

Sanierung und Renovierung des historischen Renaissance-Raumes

Die Sanierung wurde mit neuer Elektrik, gestalterischer Konzeption für Heizungsverkleidung, Lampen etc. im 4. Quartal 2011 begonnen. Im Jahr 2011 wurde hierfür € 19.425,88 verwendet. Rechnungen werden noch in 2012 folgen.

Realisierung im Rahmen einer Vorfinanzierung der Kindertheaterproduktion „Das Leben von Georg Friedrich Händel“ von Wolter und Kollegen

Im Sommer 2011 wurde der Auftrag an „Wolter und Kollegen“ vergeben und das Stück erarbeitet. Die Uraufführung fand unter dem Titel „Herr Händel aus Halle“ am 9.10.2011 im Rahmen des Tags der Musik im Händel-Haus statt. Vertraglich wurde einerseits ein Produktionskostenbeitrag in Höhe von insgesamt € 13.000 im Jahr 2011 gezahlt; darüber hinaus zahlt die Stiftung Händel-Haus pro Aufführung brutto 1.000,- € (Gesamt für 2011: € 4.000,-). Im Kalenderjahr 2011 sind demnach insgesamt für dieses Projekt € 17.000,- verwendet worden.

Verwendung der Mittel zu langfristig angelegten Koproduktionspartnerschaften von szenischen Händel-Opernaufführungen im Goethetheater Bad Lauchstädt zu den Händel-Festspielen 2012 bis 2014

Im Kalenderjahr 2011 wurde eine entsprechende Koproduktionspartnerschaft mit dem Centre des Musique Baroque de Versailles für die Händel-Festspiele 2012 vereinbart. Für die Händel-Festspiele 2013 gibt es eine Koproduktionspartnerschaft mit Parnassus Arts Productions von Händels „Alessandro“ mit Partnern in Athen und Frankreich. Finanziell wurden im Kalenderjahr 2011 noch keine Mittel für dieses Projekt verwendet.

Nach dem oben skizzierten Stand der projektbezogenen Rücklagen und den Erfahrungen können, wie in den einzelnen Punkten geschildert, € 89.263 der projektbezogenen Rücklage für andere Satzungszwecke verwendet werden. **Gemäß Beschluss des Kuratoriums laut Sitzung vom 25.10.2010 können die „Finanzierungsbeträge der einzelnen Projekte variabel gestaltet werden“.** Auf diese Möglichkeit greift der Direktor zurück. Um kurzfristig die im Rahmen der 2012 beginnenden Aufbauarbeiten des W.F.Bach-Hauses die neuen Ausstellungsräume ausstatten zu können, soll nach Kostenermittlungen und Angeboten die Rücklage für das Projekt „Weitere Ausgestaltung der Ausstellung „Hallesche Musikgeschichte“ im W.F.Bach-Haus von 30.000,- € auf € 70.000 für die Jahre 2012 und 2013 erhöht werden. Die Kostensteigerung hängt einerseits mit der Verwendung neuer, aber kostenintensiver medialer Techniken, andererseits mit dem Einbau einer übergroßen und sehr teuren Raumvitrine in der Bohlenstube zusammen, die zur Verknappung der Besucheranzahl pro Zimmer durch den Brandschutz vorgegeben wurde.

Der restliche, frei gewordene Betrag in Höhe € 49.263 soll dem Projekt „Klangstudio. Errichtung neuer Ausstellungsbereiche im Händel-Haus im Bereich Musikinstrumente“ zugeschrieben werden. Nachdem die Baugenehmigung erfolgte, soll dieses Projekt ab dem 4. Quartal 2012 angeschoben werden. Die bessere finanzielle Ausstattung ermöglicht es, den geplanten neuen Ausstellungsbereich mit neuen Medien besser ausstatten zu können (ursprünglich geplant € 120.000; neue Planung: € 169.263)

Gemäß § 16 Satz 3 der Satzung der Stiftung Händel-Haus schlägt der Direktor folgende **Verwendung des Jahresgewinns 2011** in Höhe von € 185.310,92 vor. Gemäß Abgabenordnung § 58 Nr. 7 kann eine freie Rücklage gebildet werden. Die Höchstgrenze gemäß Anwendungserlass zur Abgabenordnung (AEAO), BMF, 10. September 2002, IV C 4-.S 0171 – 93/02 sind maximal 10% aus dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäfts- und Zweckbetrieben und den Bruttoeinnahmen aus dem ideellen Bereich. Auf dieser Basis lassen sich € 56.921,24 einer freien Rücklage gemäß § 58 Nr. 7 AO zuführen. Dies schlägt der Direktor vor.

Der restliche Betrag in Höhe von € 128.389,68 wird gemäß § 58 Nr. 6 AO einer gebundenen Rücklage zugeführt. Hierfür schlägt der Direktor folgende Projekte vor:

1. Die Stiftung Händel-Haus hat in ihrer Sammlung mit dem Ruckers-Cembalo eines seiner wertvollsten Musikinstrumente. Aufgrund diverser Umbauten, die bereits vor über 300 Jahren begonnen haben, wurden die Saitenspannungen so verändert, dass das Instrument im Ergebnis einer internationalen wissenschaftlichen Ruckers-Konferenz in Halle im Jahr 1996 mit der Empfehlung „nicht spielbar“ versehen wurde. Zur Erhaltung des Originals für die Nachwelt hat sich hieran das Händel-Haus bzw. die Stiftung Händel-Haus gehalten. Um aber den Klang des Ruckers-Cembalo wieder „zum Leben zu erwecken“, soll ein Nachbau, der sich an den früheren Entwicklungsstufen des Originals orientiert, erfolgen. Die beabsichtigte Variante soll allerdings keine „strenge“ Kopie eines der frühesten Zustände (1599/1621) des Originals sein. Dies ergibt sich einerseits aus der Unvereinbarkeit der verschiedenen Dispositionen 1599 und 1621, andererseits aus der Unvereinbarkeit des jeweiligen früheren Zustands mit den Anforderungen als Continuoinstrument im heutigen Konzertleben (beispielsweise Stimmtonhöhe, Transposition). Zur Realisierung dieses Projekts hat sich die Stiftung Händel-Haus mit drei verschiedenen Cembalo-Bauern (Griewich, Fuchs, Hein) in Verbindung gesetzt und die Möglichkeiten eines Nachbaus diskutiert. Der Leiter des Restaurierungsateliers der Stiftung als Fachabteilungsleiter schlägt vor, mit Dietrich Hein in Oldenburg den Nachbau zu realisieren. Nach dem derzeitigen Stand der Diskussion kalkuliert Dietrich Hein einen Betrag in Höhe von € 53.000,- Dieser Betrag kann sich nach Beauftragung und weiterer Diskussion zur Realisierung, um nicht nur die Spielbarkeit zu gewährleisten, sondern auch klanglich ansprechend zu realisieren, möglicherweise erhöhen. Der Direktor schlägt eine Rücklage für dieses Projekt in Höhe von € 55.000 vor.
2. In der Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ müssen einige Fehler korrigiert werden. Das Herunterfallen von Vitrinen wurde bereits in vorherigen Berichten dokumentiert. Im Kalenderjahr 2012 soll nach einer Ausschreibung und in Zusammenarbeit mit einem Statiker eine langfristige Anbringung der Vitrinen erfolgen (Kosten Anbringung € 28.000,- zzgl. Kosten des Statikers auf Stundenbasis). Auch in der Bohlenstube soll die LED-Beleuchtung ergänzt werden, dass hiervon der Raum als Ganzes beleuchtet wird und nicht nur zur Hälfte (Kosten: € 2.650,-). Für diese Maßnahmen und weitere Reparaturen im Rahmen der Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ soll eine Rücklage in Höhe von € 32.000,- gebildet werden.
3. Die Homepage der Stiftung Händel-Haus ist veraltet und nicht auf den neuesten Stand. Die Struktur ist unübersichtlich, die grafische Gestaltung veraltet und es fehlen rotierende Teaser bzw. News u.ä., um die Homepage für die Net-Community interessant zu machen. Aus diesem Grunde ist ein Relaunch der Homepage notwendig. Für die neue Internet-Präsentation, in die aber die vorhandenen Datenbanken integriert werden sollen, sind gestalterische und technische Arbeiten notwendig. Nach vorliegenden Kostenschätzungen (€ 7.500 für Konzeption und Gestaltung sowie 15.000,- Programmierung und technische Umsetzung) sollte eine Rücklage in Höhe von € 23.000 gebildet werden.

4. Obwohl es sich bei den Händel-Festspielen um ein Premiumprodukt handelt, besitzen diese keine eigene Wort-Bild-Marke, mit deren Wiedererkennung geworben werden kann. Um diesen Missstand zu beheben, wurde im Herbst 2011 ein Agentur-Pitch von der Stiftung realisiert. Dabei erhielt eine Agentur der Zuschlag, die bereits ein zukünftiges Signet der Händel-Festspiele entwickelt hat. Für die kommenden Jahre kommen Kosten für die Entwicklung eines neuen Jahrgangs-Erscheinungsbildes inkl. Erstellung von Anzeigenvorlagen, Online- Banner, Programmheften, Vorschauflyer, Großflächenplakate etc. hinzu. Hier entstehen Kosten ab 2012 lt. Angebot über € 20.000. Für die Realisierung sollen hierfür aus der gebundenen Rücklage € 18.389,68 eingestellt werden.

Der Direktor schlägt vor, dass die ermittelten Mittel der genannten Projekte nicht festgeschrieben werden, sondern dass die Finanzierungsbeiträge für die genannten Projekte untereinander variabel gestaltet werden können.

11. Diverses

Am 14. Januar 2011 teilte im Rahmen einer Pressekonferenz die Kuratoriumsvorsitzende, Frau OB Dagmar Szabados, mit, dass nach Beschluss des Kuratoriums und auf Empfehlung des Fachbeirats der Stiftung Händel-Haus Herr Prof. Dr. Wolfgang Ruf der Händel-Preis der Stadt Halle, vergeben durch die Stiftung Händel-Haus, verliehen werde. Im Gegensatz zu Meldungen in der Presse wurde weder in der Pressekonferenz noch in den Pressemeldungen eine Dotierung des Preises erwähnt.

Die Firma Mawa, die den Zuschlag für den Leuchtenbau der 2009 fertiggestellten Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ im Rahmen einer Ausschreibung zugesprochen erhielt, hatte – wie zuvor berichtet – im Jahr 2010 Klage gegen die Stiftung Händel-Haus beim Landgericht Halle eingereicht (Werklohnforderung aus zwei Nachträgen). Am 22. Februar 2011 wurde das Urteil verkündet. Die Klage wurde abgewiesen; die Kosten des Rechtsstreits hat die Klägerin (Mawa) zu tragen.

Mit dem Verein „Happy Birthday Händel Förderverein“ als Veranstalter des Happy Birthday Händel-Konzertes in der Händel-Halle gab es eine Kooperation: Die Stiftung hat in ihrer Veranstaltungspublikation auf das Konzert hingewiesen; im Gegenzug hat der Verein allen Chormitgliedern das Programm der Händel-Festspiele 2011 übergeben. Für die Zukunft sollen weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit eruiert werden.

Am 25. November 2011 fand eine Pressekonferenz im Händel-Haus statt, in der das Programm der Händel-Festspiele 2012 vorgestellt wurde. Anlässlich dieser Pressekonferenz verkündete die Kuratoriumsvorsitzende, Frau OB Dagmar Szabados, dass nach Beschluss des Kuratoriums und auf Empfehlung des Fachbeirats der Stiftung Händel-Haus Frau Prof. Ragna Schirmer den Händel-Preis der Stadt Halle, vergeben durch die Stiftung Händel-Haus, für das Jahr 2012 verliehen werde.

Im November 2011 trat eine Besucherordnung für die Ausstellungen der Stiftung Händel-Haus in Kraft, die auch auf der Homepage nachzulesen ist. Eine öffentlich zugängliche und damit gültige Besucherordnung hatte es zuvor nicht gegeben.

Die Stiftung Händel-Haus ist Mitglied in verschiedenen Institutionen. In diesem Zusammenhang vertrat der Direktor die Stiftung auf Mitgliederversammlungen u.ä.: Am 11. April 2011 nahm der Direktor auf der Jahrestagung des Museumsverbandes Sachsen-Anhalt in Bernburg teil. Am 16. Mai 2011 nahm der Direktor an der Mitgliederversammlung der KNK im Bach-Archiv in Leipzig teil. Am 23. Mai 2011 nahm der Direktor als Vorstandsmitglied der MBM an der Präsidiumssitzung in Halle (Saale) teil; es folgten im Rahmen der MBM-Mitgliedschaft vom 27. bis 29. Mai 2011 die Teilnahme an den Mitteldeutschen Musiktagen in Zittau, und verschiedene Veranstaltungen der Heinrich-Schütz-Musiktage in Weißenfels und Gera im Oktober 2011 sowie an der Mitgliederversammlung am 23. November 2011 in Leipzig. Am 10. Oktober 2011 nahm der Direktor der Stiftung Händel-Haus am Arbeitstreffen der AG Musikermuseen in Deutschland in Meiningen teil.

Am 10. Januar 2011 fand auf Initiative des Direktors der Stiftung Händel-Haus in Köthen ein erstes Treffen verschiedener überregional bedeutender Musikveranstalter Sachsen-Anhalts statt mit dem Ziel, über gemeinsame Marketingmöglichkeiten und Programmausrichtungen (Lutherdekade) ins Gespräch zu kommen. Hieraus bildete sich eine Arbeitsgruppe, die einen gemeinsamen Internetauftritt prüfte und Kontakt zur IMG aufnahm. Ein 2. Treffen in der großen Runde fand am 29. November 2011 in Köthen statt. Hier wurde von den Teilnehmern beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen. Die Erarbeitung eines Entwurfs für eine Geschäftsordnung wurde an eine Arbeitsgruppe delegiert.

Der Direktor der Stiftung Händel-Haus nahm im Jahr 2011 als Beiratsmitglied an einigen Sitzungen zur Ausstellungsneugestaltung des Heinrich-Schütz-Hauses in Weißenfels teil.

Am 3. Juni 2011 fand eine gemeinsame Sitzung des Fachbeirats mit dem Kuratorium statt. Neben dem Jahresbericht 2010 und einen Ausblick für 2011 mit anschließender Diskussion standen auf der Tagesordnung die Empfehlung des Fachbeirats für den Händel-Preisträger 2012, ein Tagesordnungspunkt „Händel und Tourismus“ sowie „Konservatorische Kriterien der Sammlungen Stiftung Händel-Haus“. In Aussprache zu letzterem Punkt wurde der Direktor gebeten, in seinen Jahresberichten Kriterien der Aufbewahrung des Kunst- und Kulturgutes der Stiftung zu beschreiben. Dieser Punkt wurde erstmals im vorliegenden Bericht aufgenommen.

Das Kuratorium der Stiftung Händel-Haus tagte am 3. Juni und am 20. Dezember 2011. Auf der ersten Sitzung wurden u.a. der Jahresabschluss 2010 und die Entlastung des Direktors, der Wirtschaftsplan 2012 und der Händel-Preisträger 2012 beschlossen. Außerdem wurden die Fachbeiräte Prof. Dr. Wolfgang Hirschmann, Detleff Bischoff, Bettina Quäschning, Prof. Dr. Wolfgang Ruf und Stefan Voß erneut in den Fachbeirat berufen. Prof. Eszter Fontana, Prof. Ragna Schirmer, Angela Kaiser und Axel Köhler wurden erstmals als Fachbeiräte berufen. Ein Umlaufbeschlussverfahren des Kuratoriums über die Prüfung des Jahresabschluss 2011 durch einen Wirtschaftsprüfer im 3. Quartal kam zu keinem Ergebnis.

12. Ausblick 2012

Vom 31. Mai bis zum 10. Juni 2012 werden in der Geburtsstadt des Komponisten Georg Friedrich Händel zu den **Händel-Festspielen** über 100 Veranstaltungen, darunter mehr als 46 Verkaufsveranstaltungen, und ein umfangreiches Rahmenprogramm stattfinden. Mit mehr als 30 Veranstaltungsorten, darunter die neuen Spielstätten Moritzkirche in Halle, St. Andreaskirche in der Lutherstadt Eisleben und das Lutherhaus in der Lutherstadt Wittenberg, werden über 1.000 Künstler aus aller Welt das Programm der Händel-Festspiele 2012 gestalten. Sechs Oratorien, drei Opern, mehrere Erst- und Uraufführungen, zahlreiche mit dem ECHO Klassik ausgezeichnete Künstler sowie spannende neue Projekte stehen auf dem Programm.

Thematisch wirft die Lutherdekade seit 2008 ihre Schatten voraus. Ein Schwerpunkt bildet im Jahr 2012 das Thema „Reformation und Musik“. Diesem Thema widmen sich die Händel-Festspiele 2012 in besonderer Weise mit der thematischen Reihe „Händel und die Konfessionen“. So erklingen in Festspielveranstaltungen die Musik unterschiedlicher konfessioneller Strömungen, denen Händel begegnete: Neben einem Konzert, das Händels Lehrer und wichtigen protestantischen Kirchenmusiker Friedrich Wilhelm Zachow gewidmet ist, ertönt Händels einzige deutschsprachige Passionsmusik, die so genannte „Brockes-Passion“. Werke für die römisch-katholische Kirche in Rom und die anglikanische Kirche in England sowie englischsprachige Oratorien komplettieren das Bild eines Lutheraners, der seinem Glauben treu blieb und sich dennoch in seiner Musik auch gegenüber anderen christlichen Konfessionen offen zeigte. Im Rahmen der Händel-Festspiele wird eine zusätzliche Konzertreihe „Nach Luther“ integriert, die vom Bund (BKM) und vom Land Sachsen-Anhalt finanziell unterstützt wird.

Die Händel-Festspiele 2012 bieten erneut ein abwechslungsreiches Programm mit international hochkarätigen Künstlern. Mehr als zehn ECHO Klassik-Preisträger sind zu den Händel-Festspielen in Halle (Saale) live zu erleben, darunter Philippe Jaroussky, Vesselina Kasarova, Ragna Schirmer, Jordi Savall, der RIAS Kammerchor, das L’Orfeo Barockorchester und Les Talens Lyriques mit Christophe Rousset. Neben Jaroussky, Kasarova und dem L’Orfeo Barockorchester geben das Helsinki Baroque Orchestra, die Dunedin Consort & Players, das Bozen Baroque Ensemble sowie die Ensembles La Morra und Artaserse ihre Debüts in Halle. Hinzu kommen regionale Künstler, Ensembles und Chöre, die die Händel-Festspiele mitgestalten. Neben der Robert-Franz-Singakademie Halle und dem Pauluschor Halle im traditionsreichen Abschlusskonzert in der Galgenbergschlucht musizieren in der „Brockes-Passion“ der Stadtsingechor zu Halle und das international renommierte L’Orfeo Barockorchester miteinander.

Ein Faltblatt mit den Höhepunkten der Händel-Festspiele 2012 wurde den Besuchern der Händel-Festspiele 2011 sowie den Reiseveranstaltern seit Juni 2011 ausgegeben. Am 25. November 2011 wurde im Händel-Haus in Halle das vollständige Programm in einer Pressekonferenz vorgestellt. Hierbei waren neben der Kuratoriumsvorsitzenden, Frau OB Dagmar Szabados, und dem Direktor der Stiftung noch als Mitwirkende der Händel-Festspiele die Pianistin Ragna Schirmer und der Vorsitzende des Vorstands der Saalesparkasse, Friedrich Stumpf, als wichtiger Sponsor vertreten. Am selben Tag startete der allgemeine Kartenvorverkauf der Händel-Festspiele. Im Anschluss an die Programmvorstellung verkündete Frau OB Dagmar Szabados die Preisträgerin des Händel-Preises der Stadt Halle, vergeben durch die Stiftung Händel-Haus 2012: Ragna Schirmer. Am Folgetage (26. November 2011) fand in der Georg-Friedrich-Händel HALLE als Vorkonzert der Händel-Festspiele 2012 ein Galakonzert mit Philippe Jaroussky statt (weiteres hierzu s. 2.2.).

Zur Finanzierung der Händel-Festspiele 2012 gibt es Zusagen seitens des Bundes (BKM) einerseits für die Händel-Festspiele und andererseits für die Mitfinanzierung der Konzertreihe „Nach Luther“. Des Weiteren erhalten die Händel-Festspiele Mittel des Landes Sachsen-Anhalt sowie Drittmittel von Lotto Sachsen-Anhalt, der Ostdeutschen Sparkassenstiftung gemeinsam mit der Saalesparkasse, Total, Stroer DSM (unbar), Kathi, Papenburg, der Mitteldeutschen Barockmusik und der Dieter und Elisabeth Boeck Stiftung aus Nordrhein Westfalen.

Nach dem Erfolg im vergangenen Jahr soll auch im Herbst 2012 ein Vorkonzert der Händel-Festspiele 2013 stattfinden. Am 2. November gastiert in der Georg-Friedrich-Händel HALLE der international renommierte deutsche Countertenor Andreas Scholl und wird dabei vom Originalklangorchester L'arte del mondo unter Leitung von Werner Ehrhardt begleitet. Das Konzert ist – abgesprochen mit der Oper Halle - eingebettet in ein Händel-Wochenende: Eine Wiederaufführung von Händels Oper „Alcina" ist für den 3. November in der Oper Halle angesetzt. Außerdem soll am 3. November 2012 das neu gestaltete Stadtmuseum Halle eröffnet werden, sodass auswärtigen Besuchern ein interessantes Wochenendprogramm angeboten werden kann. Die 1. Pressekonferenz mit der Programmvorstellung der Händel-Festspiele 2013 soll aufgrund der höheren Aufmerksamkeit ebenso am 2. November 2012 stattfinden.

Die **wissenschaftliche Konferenz** in Zusammenarbeit u.a. mit dem Institut für Musik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und den Franckeschen Stiftungen zu Halle nimmt die thematische Reihe „Händel und die Konfessionen" zum Anlass, der Frage nachzugehen, welchen Einfluss die verschiedenen Konfessionen, mit denen Händel im Laufe seines Lebens in Berührung kam, auf sein kompositorisches Schaffen hatten. Auch Händels Lehrer Friedrich Wilhelm Zachow und dessen Kirchenkantaten werden anlässlich seines 300. Todestages Gegenstand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung sein.

Neben den Händel-Festspielen sind für das Jahr 2012 **Konzerte im Händel-Haus** geplant, darunter die Fortführung der Konzertreihen „Musik im Händel-Haus", „Focus Bohlenstube" und „Händels Schätze – Musik im Dialog". Die neue Spielzeit dieser Konzertreihen wird im September/Oktober 2012 starten. Auch die Openair-Jazz-Konzerte im Sommer werden fortgeführt. Wie im Jahr 2011 wird zum zweiten Mal ein „Tag der Musik" im Oktober 2012 veranstaltet.

Das Problem der abfallenden Buchvitrinen in der **Dauerausstellung „Händel – der Europäer"** soll Anfang des Jahres endgültig behoben werden.

Drei **Sonderausstellungen** sind geplant: Eine Jahresausstellung anlässlich des 300. Todestages von Friedrich Wilhelm Zachow, Lehrer von Georg Friedrich Händel und Musikdirektor der Marktkirche zu Halle. Zwei weitere Sonderausstellungen sind in der Schatzkammer geplant: Einerseits über Barthold Heinrich Brockes in Verbindung mit der Jahresausstellung der Franckeschen Stiftungen über die protestantische Musikkultur, andererseits über den halleschen Komponisten Samuel Scheidt, dessen 425. Geburtstag im Jahr 2012 gefeiert wird und von dem die Stiftung Händel-Haus über mehrere Originaldokumente verfügt.

Das **Wilhem-Friedemann-Bach-Haus** soll im Juni 2012 wieder eröffnet werden mit der bereits 2010 fertig gestellten neuen Dauerausstellung „Musikstadt Halle". Zwei weitere Räume, darunter die historische Bohlenstube, sollen zukünftig als Ausstellungsräume zum Thema „Hausmusik" gestaltet werden. Die Planungen hierzu werden 2012 beginnen. Ein Ausstellungsführer wird im Mai 2012 erscheinen.

Bauseitig wird die Erneuerung der Elektroinstallationen weiter durchgeführt. In diesem Zusammenhang wird der Serverraum erneuert und in einen neuen Server investiert. Darüber hinaus werden die Räumlichkeiten der Künstlergarderoben im Händel-Haus (Backstage-Bereich) grundlegend renoviert und neu eingerichtet. Dabei werden auch zwei Küchen im Verwaltungsbereich und im Bereich der Künstlergarderoben komplett erneuert. Im Dachbereich des Händel-Hauses soll mit der Bauphase der vom Kuratorium beschlossenen Vermittlungsräume mit Klangexperimenten begonnen werden, sobald eine Baugenehmigung vorliegt.

Für die Aufbewahrung des Tonarchivs und weiterer Sammlungsgüter (Bibliothek, Fotoarchiv) werden **externe Depoträume** gesucht, die dann auch klimatisch zur Lagerung von Kunst- und Kulturgut entsprechend hergerichtet werden müssen.

Im Bereich der **Bildung** wird weiterhin das Seniorenkolleg, die Schallspiele und die Reihe „Musik hinterfragt" angeboten. Daneben gibt es Projekttage Musik, einen „Tag der Musik" und den Sommer-Ferienworkshop für Kinder.

Im Bereich **Wissenschaft und Forschung** wird weiter am Rezeptionsforschungsprojekt gearbeitet. Für das Dekontaminationsforschungsprojekt wurde in Zusammenarbeit mit Fraunhofer Instituten in Dresden, Stuttgart und Oberhausen ein Kofinanzierungsantrag bei der DBU gestellt. Möglicher Beginn der eigentlichen Forschungsarbeit ist für Sommer 2012 geplant. Vom 26. bis 28. September 2012 soll der zweite Studienkurs im Händel-Haus mit dem Schwerpunkt „Händel in Italien und sein Oratorium *La Resurrezione*" stattfinden.

Im **Personalbereich** wird ein Mitarbeiter (Leiter Haustechnik) im Herbst 2012 in den Ruhestand gehen. Die Stelle soll als Halbtagsstelle als Haustechnischer Leiter bzw. Facility Manager neu besetzt werden, wobei ein Mitarbeiter der Stiftung Interesse angekündigt hat, seine Stelle entsprechend aufzuteilen. Ausgeschrieben wird die im Kuratorium bereits besprochene und abgestimmte Stelle eines Verwaltungsdirektors/in. Das bis zum 14. November 2012 befristete Arbeitsverhältnis mit der Leiterin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit soll in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis überführt werden.

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Universitätsring 24 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich diesen satzungsmäßigen Zweck. Sie verwirklicht diesen Zweck selbst und unmittelbar.

(2) Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen und Einrichtungen zu errichten oder bestehende zu erwerben, zu übernehmen oder sich an diesen zu beteiligen, soweit dies im Einklang mit dem Gesellschaftszweck steht.

(3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die genannten Zwecke der Gesellschaft verwandt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Stiska, Rolf
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar
	stellv. Vorsitzender	Range, Stefan
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter
		Dr. Wünscher, Ulrike
		Ewert, Gertrud
		Heinemann, Jens

Aufsichtsrat:

Schramm, Rudenz
Stromberg, Kay
Wolff, Sabine

	31.07.2011	31.07.2010	31.07.2009
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	4	3	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Veränderungen 2011 zu 2010	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	29.941	95	28.628	92	28.460	82	1.313	5
Umlaufvermögen	1.214	4	2.041	7	6.122	18	-827	-41
Rechnungsabgrenzungsposten	253	1	252	1	78	0	1	0
Bilanzsumme	**31.408**	**100**	**30.921**	**100**	**34.660**	**100**	**487**	**2**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	28.147	90	28.127	91	28.233	81	20	0
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.242	4					1.242	
Rückstellungen	770	2	1.547	5	1.076	3	-777	-50
Verbindlichkeiten	1.035	3	1.030	3	1.658	5	5	0
Rechnungsabgrenzungsposten	214	1	217	1	3.693	11	-3	-1
Bilanzsumme	**31.408**	**100**	**30.921**	**100**	**34.660**	**100**	**487**	**2**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	37.299	37.466	22.124
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		6	13
sonstige betriebliche Erträge	339	327	374
Materialaufwand	3.762	3.474	2.370
Personalaufwand	29.314	29.687	17.641
Abschreibungen	1.574	1.632	928
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.969	3.115	2.100
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	12	16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	28	-97	-512
außerordentliche Erträge	4		
außerordentliches Ergebnis	4		
sonstige Steuern	12	10	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	20	-107	-513
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	20	-107	-513

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,05	-0,29	-2,32	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,07	-0,38	-1,78	%
Cash-Flow:	1.594	1.525	416	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	70	66	38	T€
Personalaufwandsquote:	77,88	78,54	78,37	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2011	31.7.2010	31.7.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	95,22	92,48	81,99	%
Eigenkapitalquote:	89,62	90,96	81,46	%
Fremdkapitalquote:	10,38	9,04	18,54	%

ee) Leistungsdaten

	31.7.2011	31.7.2010	31.7.2009	Angaben in
Besucher	239.507,00	245.621,00	139.358,00	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	1.355,00	1.620,00	957,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Gründung und Entwicklung

Am 25. Juni 2008 beschloss der Stadtrat mit sofortiger Wirkung die Gründung eines Mehrspartenhauses in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH mit einem Stammkapital von 25.000 Euro unter der Firma „Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“, in die die Kultureinrichtungen Verbund Oper / Staatskapelle, Kulturinsel und Thalia Theater überführt werden sollten. Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester.

Zum Geschäftsführer der neuen Gesellschaft wurde Herr Rolf Stiska bestellt.

Die Gründungsphase erstreckte sich im Wesentlichen auf das erste Rumpfgeschäftsjahr.

Das erste Rumpfgeschäftsjahr umfasste den Zeitraum von der Eintragung im Handelsregister am 22. Juli 2008 bis zum 31. Dezember 2008.

Die Überführung der städtischen Kultureinrichtungen in die Gesellschaft erfolgte mit Geschäftsjahr zum 01. Januar 2009 auf der Grundlage des Stadtratbeschlusses vom 26. November 2008.

Vom 01. Januar 2009 bis zum 31. Juli 2009 schloss sich das zweite Rumpfgeschäftsjahr an.

Die GmbH trat in die Arbeits-, Dienst- und Ausbildungsverhältnisse mit Arbeitern, Angestellten und Auszubildenden ein, die bis zum 31. Dezember 2008 in den zu überführenden Betrieben der Stadt beschäftigt waren.

Mit 600 Mitarbeitern und 12 Auszubildenden nahm die GmbH ihre eigentliche Geschäftstätigkeit zum 01. Januar 2009 auf.

Mit der notariellen Beurkundung des Ausgliederungsvertrages am 10. August 2009 sowie der fristgerechten Eintragung der Ausgliederung in das Handelsregister des Amtsgerichts Stendal am 03. September 2009 erfolgte die Übertragung des unbeweglichen sowie des beweglichen Vermögens der Einrichtungen auf die GmbH.

Damit wurde der Gründungsprozess erfolgreich abgeschlossen.

Innerbetrieblich sah es die Geschäftsführung mit Beginn der Geschäftstätigkeit als ihre entscheidende Aufgabe an, einerseits die künstlerische Arbeit und die Leistungsangebote uneingeschränkt fortzuführen, andererseits die Betriebsstrukturen und die Arbeitsaufgaben zu organisieren.

Einen wichtigen Schritt zur Erhaltung von Leistungsvermögen und Senkung der Kosten bildete der Abschluss eines Haustarifvertrages für die Musiker der Staatskapelle ab 01. März 2009.

Mit dem Geschäftsjahr 2009/2010 gelang erstmals eine Koordinierung von Premierenterminen. Es begannen ein wechselseitiger Einsatz von Ensemblemitgliedern sowie die gegenseitige Nutzung von Proben- und Spielstätten.
Die Fertigung von Inszenierungsausstattungen erfolgte nahezu ausschließlich in den theatereigenen Werkstätten.
In Technik, Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit und in der Theaterpädagogik wurde der Zentralisierungsprozess erfolgreich realisiert. Die hierbei beabsichtigten Spareffekte durch Abbau von Personal wurden erreicht.

Bereits im Geschäftsjahr 2009/2010 wurde die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle durch die im Frühjahr 2010 erfolgten Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst vor neue wirtschaftliche Herausforderungen gestellt. Tarifsteigerungen waren bei der mittelfristigen Planung der Personalaufwendungen und der Zuschüsse der GmbH gemäß Beschluss des Stadtrates vom 26. November 2008 nicht berücksichtigt worden. Der Umgang mit diesem Problem stellte eine zentrale Frage für das Geschäftsjahr 2010/2011 und die Folgejahre dar. Da eine Zuschusserhöhung sowohl seitens des Landes als auch der Stadt ausgeschlossen wurde, strebte die GmbH zur Abdeckung der tariflichen Mehraufwendungen den Abschluss von Haustarifverträgen an.

Für den Fall des Scheiterns entsprechender Verhandlungen beschlossen der Aufsichtsrat und die Gesellschafterin unter Vorbehalt die Schließung des Thalia Theaters zum 31. Juli 2011. Diese Beschlüsse wurden gegenstandslos, nachdem mit Wirkung vom 01. April 2011 Haustarifverträge für die auf NV-Bühne beschäftigten Mitglieder sowie die Beschäftigten nach TVöD der GmbH wirksam geworden sind. Die Haustarifverträge beinhalten eine Absenkung der Vergütung um bis zu 10 % gegen Freizeitausgleich und schließen betriebsbedingte Kündigungen bis zum Ende des Geschäftsjahres 2014/2015, Ausgliederungen und Spartenschließungen bis zum Ende des Geschäftsjahres 2013/2014 aus.

2. Leistungsentwicklung

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle absolvierte im Zeitraum vom 01. August 2010 bis zum 31. Juli 2011 ihr zweites volles Geschäftsjahr. Im Verlaufe dieses Geschäftsjahres sind folgende Leistungen erbracht worden:

Vorstellungen und Besucher:

	Plan	Ist
Opernhaus		
Vorstellungen	245	302
Besucher	80.490	80.802
neues theater		
Vorstellungen	378	402
Besucher	47.400	45.908
Puppentheater		
Vorstellungen	200	219
Besucher	20.900	21.601
Thalia Theater		
Vorstellungen	420	240
Besucher	32.040	22.720
Staatskapelle		
Vorstellungen	112	111
Besucher	63.170	52.135
Theaterpädag. und theaternahe Veranstaltungen		586
Besucher		16.341
Gesamt		
Vorstellungen, Konzerte, Veranstaltungen	1.355	1.860
Besucher	244.000	239.507

Wie die Aufstellung zeigt, sind die Besucherziele der Bühnen Halle im Geschäftsjahr 2010/2011 nicht vollständig erreicht worden. Mit einer Gesamtzahl von 239.507 blieben sie unter dem Plan von 244.000 Besuchern und unter dem Vorjahresergebnis von 245.621 Besuchern. Dahinter verbergen sich sehr unterschiedliche Entwicklungen in den Sparten und Spielstätten. Während im Opernhaus plangemäß ein deutlicher Anstieg der Besucherzahlen gegenüber der Vorjahreszahl erreicht wurde, liegen vor allem das Thalia Theater und die Staatskapelle unter den Erwartungen und den Ist-Ergebnissen vorangegangener Jahre.

Die Oper Halle erarbeitete 11 Inszenierungen, deren Premieren entsprechend dem Spielplan termingerecht stattfanden.

Macbeth	Oper	20. August 2010
Anatevka	Musical	02. Oktober 2010
Des Kaisers neue Kleider	Oper	06. November 2010
Das Rheingold	Oper	19. November 2010
Die Schöne und das Biest	Ballet	04. Dezember 2010
Lulu	Oper	05. Februar 2011
Lucrezia borgia	Oper	02. April 2011
Bernarda Albas Haus / Die vier Jahreszeiten	Ballet	23. April 2011
Gräfin Mariza	Operette	20. Mai 2011
Ottone	Oper	03. Juni 2011
Dracula	Musical	01. Juli 2011

Außerdem wurden im Verlaufe der Spielzeit 9 Inszenierungen aus den Vorjahren wieder in den Spielplan der Bühne des Opernhauses aufgenommen. Hinzu kamen 2 Inszenierungen für die Bespielung des Goethe-Theaters Bad Lauchstädt.

Zusätzlich stand dem Publikum ein Angebot von 11 Inszenierungen in kleinen Spielstätten des Opernhauses oder anderen Spielorten der GmbH zur Verfügung.
Im Ergebnis der Spielzeit 2010/2011 sind für die Oper und das Ballett 302 Vorstellungen abzurechnen. Davon entfallen 148 auf eigene Vorstellungen der Oper und des Balletts im Großen Saal des Opernhauses, 5 auf open-air-Aufführungen in der Moritzburg, 21 auf Gastspiele der Oper in Bad Lauchstädt (9), Friedrichshafen (2), Ludwigshafen (2), Winterthur (3), Heilbronn (4) Fürth (1), 88 auf die kleinen Spielstätte Foyer und Café im Opernhaus, 14 auf das Thalia Theater und die Kulturinsel sowie 26 auf Gastspiele und Vermietungen im Opernhaus.

Mit den gesamten Vorstellungen und Veranstaltungen sind 2010/2011 sind 80.802 Besucher erreicht worden. Das entspricht der Zielstellung des Planes für das Geschäftsjahr und stellt zugleich eine deutliche Steigung gegenüber den Vorjahren dar. In der Spielzeit 2009/2010 hatte die Besucherzahl der Oper 72.623 Personen, in der Spielzeit 2008/2009 70.117 Personen betragen. Der Besucherzuwachs resultiert aus einer verbesserten Auslastung der Aufführungen im Opernhaus, einer gestiegenen Nachfrage der Angebote in den kleinen Spielstätten des Opernhauses, speziell im Kinderbereich, sowie einer hohen Gastspieltätigkeit. Im Vergleich zu den Vorjahren stießen die Neuinszenierungen der Spielzeit auf breitere Zustimmung des Publikums. Besonders die Aufführungen von „Anatevka“ erfreuten sich hohen Zuspruchs.
Mit der Inszenierung „Rheingold“ begann die Koproduktion der Oper Halle und des Theaters im Pfalzbau Ludwigshafen von Richard Wagners „Ring des Nibelungen“. Die Aufführungen wurden in beiden Städten zu künstlerischen Höhepunkten der Saison.

Die Staatskapelle gab in Halle 82 Konzerte vor 41.628 Besuchern. Im Vorjahr waren es 91 Konzerte vor 45.271 Besuchern gewesen.

Außerhalb der Stadt Halle gab es 24 Konzerte in Sachsen-Anhalt und 5 in anderen Städten Deutschlands. Diese Gastspiele fanden insgesamt 10.507 Besucher. Im Vorjahr waren in auswärtigen Konzerten 19.105 Besucher erreicht worden.
Der Rückgang der Gastspieltätigkeit innerhalb Deutschlands erklärt sich durch folgende Tatsachen: zum einen hat die Finanzkrise die allgemein prekäre Lage in den öffentlichen Haushalten extrem verschärft, so dass sich viele Spielstätten aus Kostengründen darauf beschränkt haben, nur Orchester aus ihrer Umgebung einzuladen oder die Gastspiele auszudünnen. Zum anderen war die Einsatzkapazität der Staatskapelle 2010/2011 in besonderer Weise durch den Haustarifvertrag eingeschränkt, weil freie Tage, die im Jahr zuvor nicht gegeben werden konnten, nachgewährt werden mussten. Hinzu trat, dass einige auswärtige Konzerte sich zum Planungszeitpunkt in Verhandlung befanden, letztlich aber nicht zu Stande kamen.

Nach wie vor sind die 16 Sinfoniekonzerte in der Georg-Friedrich-Händel-Halle Aushängeschild für die künstlerische Arbeit und den Ruf des Orchesters. Mit insgesamt 16.886 Besuchern ist hier im Vergleich zum Vorjahr ein gleich bleibend starkes Publikumsinteresse zu verzeichnen. Die Auslastung erreichte damit wieder den Durchschnittswert von 91,3 %.

Daneben erfreuen sich auch die Konzerte der Reihe „Klassisches Erbe“ und die „Pavillonkonzerte“ zunehmender Beliebtheit. 5.639 Besucher erlebten diese 12 Veranstaltungen im Saal des Kongress- und Kulturzentrums, d. h. durchschnittlich 470 pro Konzert. Dies entspricht einer Auslastung von 94 %.

Die Kulturinsel hat in der Spielzeit 2010/2011 621 Vorstellungen vor 67.509 Zuschauern gespielt. Davon entfielen 402 Vorstellungen mit 45.908 Zuschauern auf das neue theater und 219 Vorstellungen mit 21.601 Zuschauern auf das Puppentheater.

Die Spielzeit 2010/2011 war eine Spielzeit der Jubiläen und des Übergangs. Das neue theater feierte mit einer großen Gala seinen 30. Geburtstag. Einer der populärsten Schauspieler des Ensembles, Reinhard Straube, wurde 65 und er wurde mit der Inszenierung "Pension Schöller" noch einmal ganz ins Zentrum des Interesses des Publikums gerückt. Mit der Inszenierung "Der Theatermacher" von Thomas Bernhard ist einer der populärsten deutschen Dramatiker der Nachkriegszeit endlich zum ersten Mal in Halle erfolgreich gezeigt worden.

Der neue Intendant des neuen theaters Matthias Brenner gab mit "Zscherben - Ein Dorf nimmt ab!" bereits vor seiner Amtszeit eine erste Visitenkarte ab. Dieser außergewöhnliche Schritt hat die landläufige Meinung widerlegt, dass Intendantenwechsel niemals kollegial und fair verlaufen können. Die Erfolgsgeschichte der Ausbildung von Schauspielstudenten der Hochschule Felix Mendelssohn Bartholdy am neuen theater gipfelte in dem Intendantenvorspiel im Frühjahr 2011. Vier ausverkaufte Vorstellungen und die Tatsache, dass alle Studenten an feste Häuser vermittelt wurden, belegen eindrucksvoll, dass das Studio Halle als eines der besten in Deutschland gilt.

Das Puppentheater hat seinen guten internationalen Ruf mit dem umjubelten Gastspiel der Inszenierung "Buddenbrooks" in Paris weiter ausgebaut. Die Tatsache, dass das Puppentheater Halle bereits zum vierten Mal zu dem Festival "Augenblick mal" eingeladen worden sind, belegt, dass es auch im Bereich des Kindertheaters nach wie vor einen Spitzenplatz in Deutschland einnimmt. Das Festival "Augenblick mal" lädt alle zwei Jahre die zehn bemerkenswertesten Kinder- und Jugendtheaterinszenierungen aus dem deutschsprachigen Raum in Berlin ein. Eine Jury reist dafür durch alle Theater und schaut sich ca. 600 Inszenierungen an, aus denen sie dann fünf für Kinder und fünf für Jugendliche auswählt.

Mit der Inszenierung "Die hässliche Herzogin Margarete Maultasch" nach Feuchtwanger ist die Tradition der Romanbearbeitungen erfolgreich fortgesetzt und mit der Inszenierung "Sophiechen und der Riese" der Kinderspielplan bereichert worden.

Das Thalia Theater erreichte in 240 Vorstellungen 22.720 Besucher, unter Berücksichtigung der theaterpädagogischen Aktivitäten 25.942 Besucher. Im Vorjahr waren es 39.841 Besucher in 447 Vorstellungen gewesen. Bei diesem Vergleich ist zu beachten, dass 2011 keine Kinderstadt durchgeführt worden ist, bei der im Jahre 2010 10.562 Besucher gezählt wurden. Aber auch unter Berücksichtigung dessen sind die erreichten Leistungsergebnisse des Thalia Theaters im Geschäftsjahr 2010/2011 völlig unzureichend. Von den geplanten Produktionsvorhaben wurden einige, wie „Niemands-Haus“ und „Minna von Barnhelm“ nicht realisiert, andere Angebote litten unter ungenügender Nachfrage. Im Rahmen des Schulabonnements der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle entschieden sich viele Gruppen anstelle der Inszenierungen des Thalia Theaters für Aufführungen anderer Sparten. Die unbefriedigenden Ergebnisse des Thalia Theaters in der Spielzeit 2010/2011 bringen zum Ausdruck, dass es der künstlerischen Leitung angesichts der existenziellen Bedrohung des Thalia Theaters nicht gelang, alle Kräfte zum Nachweis der Unverzichtbarkeit zu aktivieren.

3. Ertragslage und personelle Entwicklung

Für das Geschäftsjahr vom 01. August 2010 bis 31. Juli 2011 sieht der Wirtschaftsplan der GmbH Erlöse aus dem Theaterbetrieb (eigener Umsatz) in Höhe von 2.600.000 Euro vor. Im Ergebnis des Geschäftsjahres 2010/2011 sind Umsatzerlöse von 2.989.766 Euro erwirtschaftet worden.

	€
Einnahmen Kartenverkauf	1.825.116
Einnahmen aus Gastspielen	782.141
sonstige Theatereinnahmen	54.345
Einnahmen aus Vermietungen	106.725
Summe Erlöse aus dem Theaterbetrieb	2.768.327

Diese Erlöse lassen sich wie folgt den Sparten zuordnen:

	Plan / €	Ist / €
Oper	1.247.000	1.450.760
Staatskapelle	568.000	519.377
neues theater	380.000	450.865
Puppentheater	180.000	187.103
Thalia Theater	145.000	105.877
sonstige Theatereinnahmen	30.000	54.345
davon Theaterpädagogik		9.598
Erlöse aus dem Theaterbetrieb gesamt	2.550.000	2.768.327

Außerdem sind sonstige Umsatzerlöse aus Theatereinnahmen erwirtschaftet worden:

	Plan / €	Ist / €
Erlöse aus Ticket- und Vorverkaufsgebühren	10.000	13.273
Programme / Plakate	40.000	42.431
Zuschüsse / Fördergelder		165.735
Sonstige Umsatzerlöse gesamt	50.000	221.439

Die Umsatzerlöse stellen sich wie folgt dar:

	Plan / €	Ist / €
Erlöse aus dem Theaterbetrieb	2.550.000	2.768.327
sonstige Umsatzerlöse	50.000	221.439
Umsatzerlöse gesamt	2.600.000	2.989.766

Im Vergleich zum Wirtschaftsplan sind im Ergebnis des Geschäftsjahres 2010/2011 Mehrerlöse aus eigenem Umsatz in Höhe von 390 T€ erwirtschaftet worden. Von diesen Mehreinnahmen entfallen 219 T€ auf Erlöse aus dem Theaterbetrieb und 171 T€ auf sonstige Umsätze. Auch gegenüber dem Vorjahr konnte eine erhebliche Steigerung des Umsatzes erzielt werden. So betrugen die Erlöse aus dem Theaterbetrieb, die jetzt mit 2.768 T€ zu Buche stehen, im Geschäftsjahr 2009/2010 nur 2.394 T€. Dies ist entscheidend auf die Entwicklung im Opernhaus zurückzuführen. Dort sind die Erlöse aus dem Theaterbetrieb von 1.031 T€ im Geschäftsjahr 2009/2010 auf 1.451 T€ im Geschäftsjahr 2010/2011 gestiegen. Der Plan des Wirtschaftsjahres 2010/2011 wurde um 204 T€ überboten. Diese außerordentliche positive Erlösentwicklung ist sowohl auf eine verbesserte Besuchersituation im Opernhaus, vor allem aber auf die rege Gastspieltätigkeit der Oper zurückzuführen. Auch das neue theater konnte die geplanten Erlöse im Ist deutlich überbieten. Demgegenüber erreichten die Staatskapelle und das Thalia Theater die geplanten Erlöse nicht.

Die Mehreinnahmen bei sonstigen Umsätzen sind im Wesentlichen auf Zuschüsse und Fördergelder für Projekte zurückzuführen, die nicht geplant waren.

Neben den Erlösen aus eigenen Umsätzen waren für das Geschäftsjahr 2010/2011 sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 682 T€ geplant. Davon entfielen 350 T€ auf Urlaubsrückstellungen, die im Ergebnis des Jahresabschlusses 2009/2010 jedoch ausschließlich über die Personalkosten verrechnet werden. Somit steht einer realen Plansumme von 332 T€ ein Ist von 343 T€ gegenüber.

Diese Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	€
Laufender Ertrag	
Mieten Wohnungen und Geschäftsräume	81.714
Fördergelder / Spenden / Sponsoring	116.754
Erhaltene Skonti	9.907
Werbung für Dritte	8.964
Kostümverleih/Kostümverkauf	8.288
Zuschüsse Dritter	5.642
Sonstige (einschl. a.o. Ertrag)	19.801
	251.070
Neutrale Erträge	
Auflösung Betriebskostenvorauszahlungen 2008/2009	63.935
Nachzahlung umsatzabhängige Pacht	11.174
Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung	5.597
Auflösung von Rückstellungen	1.442
Buchgewinne aus Anlagenverkäufen	1.175
Sonstige periodenfremde Erträge	8.746
	92.070
Sonstige betriebliche Erträge gesamt	343.140

Bei der Position Fördergelder/Sponsoring entfällt ein Betrag von 100 T€ auf Sponsoring der Saalesparkasse Anhalt für die Inszenierung „Der Ring des Nibelungen“, 10 T€ eine Vergütung laut dem Sponsoringvertrag mit der Saalesparkasse, Halle (Saale) und mit T€ 6 Zuwendungen eines Fördervereins für das Bühnenpraktikum einer Regisseurin.

Für das Geschäftsjahr 2010/2011 stand der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle ein Zuschuss in Höhe von 34.309 T€ zur Verfügung. Dieser Zuschuss ist planmäßig in Anspruch genommen worden.

Die Ertragsentwicklung stellt sich im Plan-Ist-Vergleich somit wie folgt dar:

	Plan / €	Ist / €
Umsatzerlöse	2.600.000	2.989.766
sonstige betriebliche Erträge	682.000	343.140
Zwischensumme	3.282.000	3.332.906
Zuschuss	34.309.000	34.309.000
Zwischensumme	37.591.000	37.641.906
Zinsen	20.000	8.793
Summe Erträge	37.611.000	37.650.699

Die GmbH erwirtschaftete somit Mehreinnahmen gegenüber dem Wirtschaftsplan in Höhe von 40 T€.

Die Aufwendungen stellen sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt dar:

	Wirtschaftsplan / €	Betriebsplan / €	Ist / €
Materialaufwand	4.366.000	3.684.008	3.761.987
davon bezogenes Material	2.230.000	808.000	1.034.700
davon bezogene Leistungen	2.136.000	2.876.008	2.727.287
Personalkosten	29.860.000	29.130.000	29.313.876
Abschreibungen	1.800.000	1.800.000	1.573.930
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.935.000	2.621.923	2.968.860
Zwischensumme	37.961.000	37.235.931	37.618.653
sonstige Steuern			11.542
Gesamtaufwendungen	37.961.000	37.235.931	37.630.195

Der Plan-Ist-Vergleich zeigt in der Gesamtsumme Minderaufwendungen gegenüber dem Wirtschaftsplan in Höhe von 331 T€.

Die Abweichung zwischen Wirtschaftsplan und Betriebsplan resultiert aus der im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2009/2010 veränderten Kontenzuordnung. Im Posten bezogenes Material waren in der Wirtschaftsplanung sämtliche Inszenierungskosten erfasst. Dies beinhaltete vor allem die Kosten für Neuinszenierungen (630 T€), laufende Inszenierungskosten (Urhebergebühren, Instrumentenreparaturen, Mieten Spielstätten, Bühnentechnik, Beleuchtungs- und Tontechnik und sonstige) (1.000 T€), sowie Gastspiele (300 T€), und Werbung (300 T€). Im Posten bezogene Leistungen wurden ausschließlich Honorare geplant.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden im Betriebsplan um den Bereich Werbung (300 T€) erhöht, der hier zugeordnet wurde. Außerdem wurden hier Anpassungen in den Bereichen Instandhaltung und Betriebskosten vorgenommen.

Im Einzelnen gestaltet sich der Plan-Ist Vergleich des Betriebsplanes, der auch die Grundlage der Budgetplanung der Sparten bildet, wie folgt:

Materialaufwendungen in T€	Ist 2009/2010	Betriebsplan 2010/2011	Ist per 31.07.2011
Neuinszenierungen	553	600	747
laufende Inszenierungskosten	199	164	169
Werkstätten	34	30	22
Ballettschuhe	13	14	12
Zwischensumme	799	808	950
zzgl. Projekte	76	-	85
bezogenes Material gesamt	875	808	1.035
Fremdleistungen Inszenierungen	6		1
Instrumentenreparatur	146	102	149
Honorare inkl. Reisekosten und Übernachtung	1.490	2.075	1.667
Urhebergebühren	221	207	283
Notenleihgebühren	50	53	92
Miete Spielstätten	130	140	137
Feuerwache	71	69	71
Gastspiele	197	230	191
Zwischensumme	2.311	2.876	2.591
zzgl. Projekte	286		136
bezogene Leistungen gesamt	2.311	2.876	2.727
Materialkosten gesamt	3.186	3.684	3.762

Ersichtlich ist, dass die Aufwendungen für Inszenierungen im Ergebnis deutlich höher lagen als vorgesehen. Das betrifft hauptsächlich das Opernhaus, wo vor allem die Neuinszenierungen Rheingold, Macbeth (Doppeldekoration für open air Moritzburg und Oper) sowie Gräfin Mariza die geplanten Kosten wesentlich überschreiten. Generell verbirgt sich dahinter das grundlegende Problem eines zu engen Ausstattungsetats für die anspruchsvolle künstlerische Arbeit. Die intensiven Produktionsprozesse sowie die konkreten Angebotsstrukturen bewirken auch spürbare Mehrbelastungen bei den Kosten für Materialleihgebühren (Noten, Textbüchern) und für die Abgeltung von Urheberrechten. Die Kosten für die Projektarbeit sind zu einem hohen Anteil durch die außerplanmäßigen Einnahmen an Fördergeldern und Zuschüssen gedeckt.

Bei den Aufwendungen für Instrumentenreparaturen handelt es sich zum überwiegenden Teil um Kosten für die Instandsetzung privater Musikinstrumente der Musiker zu deren Übernahme der Arbeitgeber gemäß Tarifvertrag verpflichtet ist. Die Höhe der jährlichen Aufwendungen ist seitens der Geschäftsführung kaum beeinflussbar.

Positive Abweichungen zwischen Plan und Ist bestehen vor allem bei den Honoraren. Die positive Differenz entsteht jedoch nur, da alle Honorarausgaben unter dieser Position geplant werden, die Aufwendungen jedoch nur zum einen Teil, soweit es sich um selbständige Arbeit handelt, hier verbucht werden. Ein anderer Teil, die Honorarkosten für Gäste in abhängiger Arbeit, werden unter Personalaufwendungen ausgewiesen. Die Summe der Honorare, die im Ist der Personalausgaben enthalten ist, beträgt 777 T€. In der Gesamtsumme erreichten die Honorarkosten eine Summe von 2.444 T€. Die Mehraufwendungen gegenüber dem Plan von 2.075 T€ erklären sich aus dem Einsatz von Gästen anstelle von fest Beschäftigten.

Bei der Planung der Personalaufwendungen für das Wirtschaftsjahr 2010/2011 war von einer durchschnittlichen Beschäftigungszahl von 546 Personen ausgegangen worden.

Ausgehend hiervon hatte die Hochrechnung der Personalaufwendungen auf der Basis des geltenden Tarifniveaus Kosten in Höhe von 29.702 T€ ergeben. Dieser Betrag, in den Vergütungserhöhungen aus der Tarifrunde 2010/2011 von ca. 972 T€ eingeflossen waren, konnte im Rahmen des zur Verfügung stehenden Zuschusses nicht finanziert werden. In den Wirtschaftsplan 2010/2011 wurde nur ein Betrag von 29.160 T€ aufgenommen. Die Planung war mit der Zielstellung verbunden, die Fehlsumme von 542 T€ durch Abschluss von Haustarifverträgen abzudecken. Zu der festgesetzten Plansumme von 29.610 T€ kamen geplante Urlaubsrückstellungen von 700 T€ hinzu, so dass im Wirtschaftsplan eine Gesamtsumme von 29.860 T€ für Personalaufwendungen ausgewiesen wurde.

Im Ergebnis des Geschäftsjahres 2010/2011 werden Personalaufwendungen in Höhe von 29.314 T€ ausgewiesen. In dieser Summe sind Honoraraufwendungen von 777 T€ für abhängig beschäftigte Gäste enthalten, die nicht unter Personalkosten, sondern als bezogene Leistungen geplant waren. Somit beträgt das zum Plan vergleichbare Ist 28.537 T€. Die Plan-Ist-Differenz von 1.216 T€ erklärt sich zur einen Hälfte aus der Frage der Urlaubsrückstellungen, die anders als geplant verbucht worden sind. Davon abgesehen blieben die Urlaubsrückstellungen mit einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 90 T€ weit unter dem Planansatz von 350 T€. Die andere Hälfte der Planunterschreitung resultiert aus Personalabbau und zeitweiliger Nichtbesetzung von Planstellen.
Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2010/2011 waren anstelle der geplanten 546 nur 534 Personen vollbeschäftigt.
Von dieser Zahl entfielen 358 Personen auf die künstlerischen Tarifbereiche, 167 Personen auf Beschäftigte nach TVöD und 9 auf Auszubildende.
Mit Wirksamkeit vom 01. April 2011 sind Haustarifverträge für die auf NV-Bühne beschäftigten Mitglieder sowie für die Beschäftigten nach TVöD in Kraft getreten. Sie führten im Zeitraum vom 01. April bis 31. Juli 2011 zu Einsparungen von etwa 435 T€.

Die Abschreibungen liegen mit 1.574 T€ deutlich unter dem Planansatz von 1.800 T€. Bei Erstellung des Wirtschaftsplanes war noch nicht abzusehen, wie mit den Abschreibungen der Bauinvestitionen umgegangen wird. Zum Stichtag 31.07.2011 sind diese noch unter dem Posten Anlagen im Bau erfasst. Für die Zuschüsse aus dem Konjunkturpaket wurde ein Sonderposten gebildet, der entsprechend den zukünftigen Abschreibungen der bezuschussten Wirtschaftsgüter aufgelöst wird.

Die sonstigen betrieblichen Aufwenden stellen sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt dar:

(in T€)

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	Ist 2009/2010	Betriebsplan 2010/2011	Ist 2010/2011
Werbung	330	300	308
Instandhaltung	284	251	313
Wartung Anlagen	143	120	233
Bewachung	175	171	157
Reinigung/Abfallentsorgung	283	306	361
Miete	93	67	67
Arbeitsschutz	19	15	16
Betriebskosten (Heizung, Wasser, Strom)	776	691	707
Fahrzeuge	64	61	66
Versicherungen	41	45	49
Beiträge	125	114	157
Verwaltung	566	422	417
sonstige Aufwendungen	176	55	61
Zwischensumme	3.075	2.618	2.912
zzgl. Projekte			19
Zwischensumme	3.075	2.618	2.931
Neutrale Aufwendungen			
Periodenfremde Aufwendungen	108		38
Buchverluste aus Anlagenabgängen	5		-
Zuführung Pauschalwertberichtigung	6		-
	119	-	38
Gesamt:	3.194	2.618	2.969

Der Plan-Ist-Vergleich zeigt einen deutlichen Mehraufwand vor allem in der Instandhaltung und Wartung von Gebäuden und technischen Anlagen, der zur Gewährleistung von Sicherheit und Funktionsfähigkeit erforderlich war. Besonders in der Oper und im Thalia Theater besteht durch Vernachlässigung von Instandhaltungsarbeiten ein erheblicher Nachholbedarf. Vor allem im Zusammenhang mit den umfangreichen Baumaßnahmen ergab sich auch ein erheblicher Mehraufwand an Reinigungsleistungen.

Der Wirtschaftsplan sah bei Erträgen von 37.611 T€ und Aufwendungen von 37.961 T€ einen Jahresfehlbetrag von 350 T€ vor.
Im Ergebnis des Geschäftsjahres ist durch Mehrerlöse von 40 T€ und Minderausgaben von 330 T€ ein Gewinn in Höhe von 20 T€ erwirtschaftet worden.
Die Ergebnisverbesserung ist zum entscheidenden Teil darauf zurückzuführen, dass die Urlaubsrückstellungen um 302 T€ unter der geplanten Größe von 700 T€ blieben.

4. Investitionen

Ort	Maßnahme	Plan / €	Ist / €
Oper	Neubau Schlosserei/Schneiderei		
	Eigenmittel	286.000,00	30.540,41
	Fördermittel	1.800.000,00	1.164.849,95
	Gesamt:	2.086.000,00	1.195.390,36
	Ost-Fassade		
	Eigenmittel	360.000,00	596.194,89
	Fördermittel	0	77.334,82
	Gesamt:	360.000,00	673.529,71
	Brandmeldeanlage	80.000,00	117.559,07
	Planung / Westfassade-Brandschut	50.000,00	47.615,83
	Baumaßnahmen	142.000,00	238.387,08
	Elektroarbeiten-Zuschauerhaus	70.000,00	41.326,43
	Veranstaltungstechnik	104.000,00	42.174,78
	Anlagebestände Inszenierungen	26.000,00	19.713,02
	Betriebs.-u. Geschäftsausstattung	40.000,00	14.733,79
	Summe	2.958.000,00	2.390.430,07
Staatskapelle	Brandmeldeanlage - Gr. Gosenstr.	45.000,00	5.396,33
	Summe	45.000,00	5.396,33
Kulturinsel	Veranstaltungstechnik	40.000,00	36.582,84
	Baumaßnahmen	14.000,00	21.176,44
	Bestuhlung 2.BA	291.000,00	290.173,35
	Summe	345.000,00	347.932,63
Thalia	Veranstaltungstechnik	30.000,00	33.256,07
	Baumaßnahmen	50.000,00	35.868,41
	Summe	80.000,00	69.124,48

Ort	Maßnahme	Plan / €	Ist / €
Zentraler Bereich	EDV-Ersatz Hardware/Software	12.000,00	42.831,74
	EDV-Ablöse Mietgeräte ITC	40.000,00	30.622,29
	Summe	52.000,00	73.454,03
	Gesamt	3.480.000,00	2.886.337,54

Im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2010/2011 waren Investitionen von 3.480 T€ geplant. Einschließlich der nicht im Plan ausgewiesenen Fördermittel für die Ostfassade von 300 T€ belief sich das Planvolumen auf 3.780 T€. Davon entfielen 2.100 T€ auf Fördermittel und 1.680 T€ auf Eigenmittel der GmbH.
Schwerpunkte der Investitionstätigkeit bildeten der Neubau von Metallatelier/Kostümwerkstatt im Rahmen des Konjunkturprogramms II sowie die Instandsetzung der Ostfassade des Opernhauses mit Unterstützung des Städtebauförderprogramms. Bei beiden Bauvorhaben, die im Verlaufe des Geschäftsjahres 2010/2011 fertig gestellt werden sollten, entstanden durch den Winter mehrmonatige Verspätungen. Die Bauabnahme ist nunmehr zum 30. September 2011 sowohl für die Ostfassade als auch die Werkstatt erfolgt. Durch die Verzögerungen in der Fertigstellung verschoben sich auch die Endabrechnung sowie ein Teil der Finanzierung in das Geschäftsjahr 2011/2012.
Für die Errichtung der Werkstätten war eine Gesamtsumme von 2.346 T€ geplant. Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand wird dieser Betrag eingehalten. Im Rahmen der genannten Summe besteht ein Sicherungseinbehalt für strittige Nachtragsforderungen von Baufirmen.
Das Vorhaben Ostfassade wird voraussichtlich mit Gesamtkosten von 950 T€ abrechnet. Das entspricht dem Planwert gemäß bestätigtem Nachtrag.

Für weitere Investitionen sah der Plan für das Geschäftsjahr 2010/2011 ein Mittelvolumen von ca. 1.034 T€. Verausgabt wurde ein Betrag von ca. 1.017 T€. Schwerpunkte bildeten Baumaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Aufenthaltsbedingungen vor allem im Opernhaus sowie die Erneuerung der Bestuhlung im neuen theater.

Die Instandsetzung der Westfassade des Opernhauses ist planungsseitig vorbereitet worden. Da zur Sicherung der Liquidität der GmbH das Investitionsvolumen ab dem Geschäftsjahr 2011/2012 deutlich reduziert werden muss und zurzeit auch keine Fördermittel zur Verfügung stehen, kann das Vorhaben zunächst nicht in Angriff genommen werden.

5. Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte mit Einbringung des Vermögens der Eigenbetriebe und durch Einlage des Vermögens der Stadt über ein Anlagevermögen am 31.07.2009 in Höhe von 28.460 T€.
Das Anlagevermögen erhöhte sich zum 31.07.2011 auf 29.907 T€, das Stammkapital (25 T€) und die Kapitalrücklage (28.716 T€) werden zum Bilanzstichtag in unveränderter Höhe ausgewiesen.
Bedingt durch den Gewinn von 20 T€ erhöht sich das Eigenkapital zum 31.07.2011 um diesen Betrag auf 28.147 T€.
Die Bilanzaktivseite beinhaltet Forderungen gegen die Gesellschafterin in Höhe von 545 T€. Die liquiden Mittel belaufen sich auf 475 T€.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 20 T€ ab.

6. Zukunft

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle mit ihren künstlerisch eigenständigen Sparten sowie einem Schauspielstudio stellt ein großartiges Potential in der Kulturhauptstadt Halle (Saale) und im Land Sachsen-Anhalt dar. Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle verfügt bis einschließlich 2013 über ein relativ hohes Maß an Planungssicherheit, da bis 2012 die Landeszuschüsse und die städtischen Zuschüsse festgeschrieben sind und für 2012 entsprechende Zusagen vorliegen. In diesem Rahmen bestehen Risiken zu einem in der Besuchergewinnung und der darauf basierenden Erlösrealisierung, zum anderen in der Gewährleistung der geplanten Kostenentwicklung.

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle hat nunmehr für alle Beschäftigungsgruppen Haustarifverträge abgeschlossen. Die beinhalten für die Musiker der Staatskapelle eine Laufzeit von mindestens bis zum Jahre 2017, für die anderen Beschäftigten bis zum Sommer 2014 mit Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis zum Sommer 2015.

Die Sicherung der Liquidität setzt in diesem Zeitraum bis 2015 voraus, dass die Zuschüsse des Landes und der Stadt mindestens in der Höhe des Jahres 2012 – Stadt 20,7 Mio € / Land 11,9 Mio € – beibehalten werden. Selbst mit diesen Zuschüssen in einer Gesamthöhe von 32,6 Mio € kann die Liquidität nur durch erhebliche Einschränkung der Investitionstätigkeit gewährleistet werden, da das Betriebsergebnis in den Geschäftsjahren 2012/2013 und 2013/2014 mit jährlichen Verlusten von 700 T€ prognostiziert wird.

Für das Geschäftsjahr 2014/2015 besteht die Alternative zwischen Verlängerung der Haustarifverträge oder Einleitung struktureller Veränderungen einschließlich Personalabbau, der jedoch frühestens zum Ende des Geschäftsjahres wirksam wurde. Diese Variante wäre im Geschäftsjahr mit einem erheblichen Verlust von ca. 3 Mio. € verbunden, würde jedoch Handlungsfreiheit und Entlastungsmöglichkeiten für die Folgejahre herstellen. Die Fortsetzung der Haustarifverträge könnte das Geschäftsergebnis 2014/2015 günstiger gestalten, jedoch immer noch mit einem Verlust von über 1 Mio. € verbunden sein, der in den Folgejahren durch Tariferhöhungen eine stete Steigerung erfahren würde.

Die Geschäftsführung strebt an, bis 2014/2015 so viel Liquidität anzusammeln, dass das Geschäftsjahr 2014/2015 bei Beendigung der Haustarifverträge überstanden werden kann. Sofern die Zuschüsse für die GmbH nach 2013 abgesenkt werden sollten, ist die Insolvenz der Gesellschaft unausweichlich.

Zoologischer Garten Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Fasanenstraße 5a 06114 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	26

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Zoologischer Garten Halle GmbH ist ein Zoologischer Garten, der der Erholung und Bildung der Bevölkerung dient, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung die biologische Wissenschaft und Forschung unterstützt, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der internationalen Kooperation Zoologischer Gärten für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten beteiligt, sich für die Belange des Tierschutzes in der Stadt Halle engagiert und sich um eine enge Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Personen bemüht, die gleiche Ziele verfolgen. Zur Einreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu befördern.

Öffentlicher Zweck:

Der Zoologische Garten Halle dient in erster Linie sowohl kulturellen als auch wissenschaftlichen Zwecken. Im öffentlichen Bereich ergeben sich auch Ziele des Tourismus die letztlich der Wirtschaftsförderung dienen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Jacob, Andreas
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Neumann, Wolfram
	stellv. Vorsitzender	Töpper, Gernot
		Andrä, Erwin
		Hajek, Andreas
		Hopfgarten, Klaus
		Paulsen, Oliver

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgt.

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
Aufsichtsrat	1		
Beirat		1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010		2009		Verände-rungen 2011 zu 2010	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	28.535	98	31.107	98	34.307	98	-2.572	-8
Umlaufvermögen	538	2	777	2	595	2	-239	-31
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0	11	0	13	0	-4	-36
Bilanzsumme	**29.080**	**100**	**31.895**	**100**	**34.915**	**100**	**-2.815**	**-9**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.553	16	6.031	19	7.512	22	-1.478	-25
Sonderposten für Investitionszulagen	13.092	45	13.903	43	14.918	43	-811	-6
Rückstellungen	486	2	511	2	891	2	-25	-5
Verbindlichkeiten	10.918	37	11.405	36	11.557	33	-487	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	31	0	45	0	37	0	-14	-31
Bilanzsumme	**29.080**	**100**	**31.895**	**100**	**34.915**	**100**	**-2.815**	**-9**

bb) GuV

	2011	2010	2009
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.481	1.205	1.350
sonstige betriebliche Erträge	5.083	5.474	5.145
Materialaufwand	1.060	1.006	973
Personalaufwand	2.877	2.969	2.914
Abschreibungen	1.801	1.794	1.830
sonstige betriebliche Aufwendungen	889	1.006	802
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	54	6	13
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	465	587	491
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-474	-677	-502
außerordentliche Erträge	997		
außerordentliche Aufwendungen	1.990	792	1.346
außerordentliches Ergebnis	-993	-792	-1.346
sonstige Steuern	11	11	11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.478	-1.480	-1.859
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.478	-1.480	-1.859

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-99,80	-122,81	-137,74	%
Eigenkapitalrentabilität:	-24,51	-19,71	-19,84	%
Cash-Flow:	323	314	-30	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	84	91	89	T€
Personalaufwandsquote:	43,83	44,45	44,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	98,10	97,50	96,71	%
Eigenkapitalquote:	15,66	18,91	21,51	%
Fremdkapitalquote:	84,34	81,09	78,49	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Besucher	319.775,00	263.343,00	303.538,00	Anzahl
Tierbestand	1.602,00	1.656,00	1.710,00	Anzahl

e) Lagebericht

Wirtschaftsbericht

Die Gesellschaft, eigenständig in der Rechtsform einer GmbH seit dem 01.01.1995, dient dem Zweck nach dem Betrieb und der Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie der Sicherung seiner künftigen Entwicklung.

Die Bedingungen für den Betrieb einer kulturellen Einrichtung sind auf das Engste verbunden mit dem ökonomischen Umfeld, in dem eine kulturelle Einrichtung eingebettet ist. Damit wird sie zum Spiegel der ökonomischen und soziökonomischen Verhältnisse ihrer Region.

Da die Besucherentwicklung in allen deutschsprachigen Zoos nie besser war als die wirtschaftliche Entwicklung, ist ein Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für eine gute Besucherentwicklung anzusehen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war um 3% höher als im Vorjahr. Damit konnte sich der konjunkturelle Aufholprozess der deutschen Wirtschaft auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise fortsetzen.

Die Zahlen des Arbeitsmarktes haben sich im Jahr 2011 gegenüber 2010 ebenfalls verbessert. Dennoch bleibt auch weiterhin ein erhebliches Potential an Arbeitskräften ungenutzt. Letztlich führt dieser Umstand dazu, dass, wie allgemein festgestellt, die wirtschaftliche Lage von der Bevölkerung als schwieriger empfunden wird, als diese tatsächlich ist.

Der demografische Wandel der Gesellschaft, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betreffend, ist auch in kulturellen Einrichtungen bemerkbar. Dieser Trend wird sich zukünftig noch verstärken und eine Anpassung in allen Bereichen erfordern.

Geschäftsverlauf

Das Jahr 2011 stand im halleschen Zoo im Zeichen des 110. Jahrestages seiner Gründung. Das geplante Ergebnis bei den Besucherzahlen, entsprechend dem langjährigen Trend mit 300.000 Gästen geplant, konnte mit 19.775 Besuchern überboten werden.

Von Bedeutung dieser Besucherentwicklung war (ohne in der Reihenfolge der Aufzählung einer Wertung vorzunehmen):

1. der Witterungsverlauf im Jahr 2011, der das Prädikat „zoofreundlich“ trägt . Besonders an den Wochenenden, Feiertagen und Schulferien waren die Hauptkonkurrenten, die Freibäder, in ihrer Attraktivität eingeschränkt.

2. Die Wiedereröffnung der Totenkopfaffenanlage im Mai 2011, nach abgeschlossener Rekonstruktion, war ein Höhepunkt im Geburtstagsjahr. Wenn es sich hierbei auch um keine den Schauwert steigernde Neuanlage handelte, so hat sie für das Gesamtbild eine überaus prägende Bedeutung. Ebenso wichtig ist in diesem Zusammenhang die Beendigung der Verkehrseinschränkungen im Besucherbereich nach Abschluss der Sanierung und die volle Wegführung im Zoo.

3. Die Aktivitäten wurden im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und bei den Veranstaltungen im Wirtschaftsjahr 2011 entsprechend der Bedeutung des Jubiläumsjahrs gesteigert und ausgebaut. Besonders wichtig war hier die Zusammenarbeit mit der Stadtmarkting GmbH sowie dem Sender Radio Brocken.

   Die Veranstaltung zum Zoofest führte zum einen zu einer Eventveranstaltung mit guten Besucherzahlen, es waren 8.689 Gäste an diesem Wochenende im Zoo. Zum anderen ging, in Verbindung mit der Rundfunkwerbung, von dieser Veranstaltung eine Strahlwirkung aus, die in das gesamte Jahr hineinwirkte. Neben den üblichen und bewährten Veranstaltungen wurde versucht, über die Zusammenarbeit und Kooperation mit anderen Einrichtungen Veranstaltungen zu initiieren, die die Bekanntheit in anderen Bevölkerungskreisen der Stadt Halle und des Umfeldes entwickelt. Hier soll nur auf die Abschlussveranstaltung zweier Seminargruppen der Hochschule für Design Burg Giebichenstein verwiesen werden.

Bei den Umsatzerlösen wurde, trotz der Erfüllung bei den Besucherzahlen, die Plankennziffer mit 97 % nicht vollständig erfüllt. Hinsichtlich des durchschnittlichen Erlöses pro Besucher wurde zwar gegenüber dem Vorjahr mit 4,01 Euro eine Steigerung um 2,4 % erreicht, die geplante Erlösgröße von 4,47 Euro /Besucher wurde verfehlt. Dieses Einnahmedefizit konnte bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgeglichen werden.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der Abschluss eines Sponsoringvertrages mit der Saalesparkasse. Die mittelfristige Laufzeit bringt der Gesellschaft Planungssicherheit.

Der Personalbestand der Gesellschaft orientierte sich an der Planvorgabe, die eingehalten wurde. Die zahlungswirksamen Aufwendungen für Löhne und Gehälter blieben auch 2011 gegenüber dem Vorjahr konstant. Die Belegschaft leistete erneut und wiederholt einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle.

Die Aufwendungen für Material und der sonstige betriebliche Aufwand wurden mit 9,3% mehr in Anspruch genommen. Die Ursachen dafür liegen im Wesentlichen in den Mehraufwendungen, die im Rahmen der Aktivitäten zum Zoojubiläum entwickelt wurden. Neben dem Mehraufwand für Werbung und Veranstaltungen, was zu einer ganzjährigen Medienpräsenz und umfangreichen zusätzlichen Veranstaltungen führte, wurde eine intensive Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing GmbH praktiziert.

Ebenso führte der erfolgreiche Verlauf bei der Entwicklung der Besucherzahlen zu einer erhöhten Inanspruchnahme von zusätzlichen Leistungen aus dem Bereich der Kassenbesetzung und dem Einsatz von Ordnungskräften. Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Mindestlöhne in diesem gesellschaftlich sensiblen Arbeitsmarktsegment entstand hier ein zusätzlicher Mehraufwand.

Im Geschäftsjahr 2011 weist die Gesellschaft ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von -993.087,05 Euro aus. Dies beruht auf außerplanmäßigen Abschreibungen und entsprechender Auflösung der Sonderposten. Die außerplanmäßige Abschreibung wurde vor allem auf die Gebäudesubstanz der Tiefgarage vorgenommen. Dies wurde notwendig, weil die Erträgnisse aus dem Parkhaus als Indikator für die Werthaltigkeit des Vermögensgutes Tiefgarage keine andere Option zulassen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor außerplanmäßigen Abschreibungen und entsprechenden Auflösungen des Sonderpostens verbesserte sich von -677 T€ auf -474 T€. Gegenüber dem Vorjahr sank das außerordentliche Ergebnis um 200 T€ auf 993 T€. Somit blieb das Jahresergebnis von -1.478 T€ auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Investitionstätigkeit der Gesellschaft wurde 2011 von der Fertigstellung des Totenkopfaffenhauses bestimmt. Dabei wurden neben dem Zuschuss der Stadt Halle des Jahres 2011 auch jene Mittel verbraucht, die aus dem Jahre 2010 übertragen worden waren.

Der zum 31.10.2010 abgelaufene Pachtvertrag zur Zoogastronomie wurde zum Jahreswechsel 2010/2011 ausgeschrieben und neu vergeben. An die Vergabe des Pachtvertrages war eine Investitionszusage des zukünftigen Gastronomiepächters gebunden. Der neue Pachtvertrag wurde am 16.03.2011 geschlossen. Der Gastronomiebetrieb wurde dann vertragskonform von einem unabhängigen Gutachter geprüft. Das Prüfungsergebnis, ohne Einwendungen, wurde dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht.

Risikobericht

Die Gesellschaft stand im Geschäftsjahr 2011 vor der Aufgabe, die Reilvilla einer zooverträglichen Nutzung zuzuführen. Das Objekt wurde deshalb ausgeschrieben. Die Verhandlungen mit den zwei potentiellen Interessenten, beide im sozialen Bereich, mit einem Schwerpunkt auf der Kinderbetreuung tätig, wurden zunächst ergebnislos beendet. Die entsprechenden Angebote waren für die Zoo Halle GmbH nicht zu akzeptieren.

Wiederholt wurde in der Vergangenheit auf Faktoren im Zoobetrieb hingewiesen, die den allgemeinen Erfolg eines zoologischen Gartens beeinflussen und von relevanter Bedeutung sind. Neben dem Witterungsverlauf, Tourismus und Freizeitverhalten der Bevölkerung – nicht unwesentlich von der wirtschaftlichen Lage beeinflusst - ist immer auch das Gesamtpaket von entscheidender Bedeutung für den Erfolg eines Zoobetriebes. Zum Verständnis des Begriffs „Gesamtpaket“ sei auf die Aufgaben des Zoos als Erholungs- und Bildungsstätte sowie als Ort wissenschaftlicher Tätigkeit und des Artenschutzes verwiesen.

Die Geschäftsführung strebt an, die einzelnen Teilgebiete in Gleichmäßigkeit zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund wurde die Sanierung des Totenkopfaffenhauses abgeschlossen und derzeit wird die Mähnenwolfanlage, zurzeit nicht besetzt, in eine Känguru-Emu-Anlage umgebaut. Dieser Umbau ist ein Geschenk des Vereins der Freunde und Förderer des halleschen Bergzoos e. V., der die Gesamtsumme von etwa 110.000 Euro trägt und damit wesentlich zur Attraktivitätserhöhung beitragen wird.

Zur weiteren energetischen Ertüchtigung des gesamten zoologischen Gartens ist ein Energiekonzept erarbeitet worden, das, wenn es umgesetzt werden kann, eine aktuelle jährliche Einsparung bei den Energiekosten von ca. 48.500 € brutto bedingen würde.

Von allergrößter Relevanz ist die in Aussicht gestellte Option der Entschuldung der Zoo Halle GmbH. Die derzeitige Darlehensvaluta von 10.760.000 € zieht einen Kapitaldienst von 787.000 € nach sich. Die beiden Darlehen sind derzeitig bis zum Jahr 2013 bzw. 2014 in der Zinsbindung. Eine Darlehensablösung würde bei Zuschussabsenkung durch die Stadt dazu führen, dass hier ein weiterer Spielraum in der Haushaltskonsolidierung geschaffen würde, der Zoo von den Risiken der Darlehenslast befreit und er künftig kein Zinsänderungsrisiko tragen müsste.

Der Zoo ist derzeitig nicht in Gerichts- und Schiedsverfahren involviert. Ausfallrisiken im Sinne einer Betriebsgefährdung entstehen nur durch höhere Gewalt oder behördliche Anordnung zur Schließung wegen einer auftretenden Seuche.

In den Betriebsablauf ist ein integriertes Risikomanagementsystem installiert. Dadurch werden Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit etc. rechtzeitig erkannt und die Möglichkeit zum Gegensteuern wird gewährleistet. Darüber hinaus sind im Rahmen des Risikomanagements alle Mitarbeiter angehalten, die Geschäftsführung zu informieren, sofern ihnen grundsätzliche Risiken bekannt werden. Dazu finden Belegschaftsversammlungen statt und im 14tägigen Rhythmus Dienstberatungen. Im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit werden derzeit kurze Beratungen wöchentlich abgehalten.

Die monatliche Planbetrachtung und die quartalsweise Unterrichtung der Beteiligungsmanagement-Anstalt Halle (Saale) führen ebenfalls zu einer regelmäßigen Risikoabschätzung und zur Einleitung geeigneter Gegenmaßnahmen. Der Gesellschafterin, dem Aufsichtsrat, dem Stadtrat, der Stadtverwaltung und der Saalesparkasse soll an dieser Stelle ausdrücklich für die erwiesene Hilfestellung im Berichtszeitraum gedankt werden.

Risiken für die künftige Geschäftsführung bestehen nach Auffassung des Unterzeichners nicht. Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht bekannt.

Zukünftige Entwicklung

Für das Jahr 2012 wird mit einer weiteren Stabilisierung der Besucherergebnisse gerechnet. Der Umbau der verschlissenen Mähnenwolfanlage zur modernen Känguru-Emu-Anlage wird die Attraktivität der Zoo Halle GmbH erhöhen. Die geplante personelle und finanzielle Entwicklung des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit wird die positive Entwicklung nach außen kommunizieren. Insgesamt wird es auch dadurch zu einer Ergebnisverbesserung kommen.

3.8 BETEILIGUNGSMANAGEMENT

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährsträgerin:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 118 Absatz 4 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 118 Abs. 4 GO-LSA. Danach hat eine geeignete Stelle das Beteiligungsmanagement zu gewährleisten. Die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ist diese geeignete Stelle.

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Lork, Heinrich

Verwaltungsrat:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
	Bönisch, Bernhard
	Dr. Brock, Inés
	Geier, Egbert
	Hintz, Katharina
	Kley, Gerry
	Knöchel, Swen

	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
Verwaltungsrat	8	7	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2011 T€	%	2010 T€	%	2009 T€	%	Veränderungen 2011 zu 2010 T€	%
Anlagevermögen	160	32	184	40	170	34	-24	-13
Umlaufvermögen	328	67	266	59	318	65	62	23
Rechnungsabgrenzungsposten	4	1	5	1	4	1	-1	-20
Bilanzsumme	**492**	**100**	**455**	**100**	**492**	**100**	**37**	**8**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	202	41	143	31	62	13	59	41
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	70	14	97	21	95	19	-27	-28
Rückstellungen	183	37	175	39	167	34	8	5
Verbindlichkeiten	37	8	40	9	168	34	-3	-8
Bilanzsumme	**492**	**100**	**455**	**100**	**492**	**100**	**37**	**8**

bb) GuV

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
sonstige betriebliche Erträge	974	807	834
Personalaufwand	619	567	509
Abschreibungen	37	32	43
sonstige betriebliche Aufwendungen	132	125	150
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	6	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	4	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	184	85	138
außerordentliches Ergebnis	0	-7	0
Rückzahlung von Betriebskostenzuschüssen	47	0	138
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	137	78	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	221	110	181	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	122	115	139	T€
Personalaufwandsquote:	63,54	70,25	61,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	Angaben in
Sachanlagenintensität:	13,60	17,68	12,76	%
Eigenkapitalquote:	41,05	31,42	12,64	%
Fremdkapitalquote:	58,95	68,58	87,36	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftjahr 2011 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2010 nach GO-LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2010 **im Sinne von § 118 GO-LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2012 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2010 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2010 **in Kurzform** wurde auf Anregung des Verwaltungsrates erstmals konzipiert.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der Regelungen nach § 118 GO-LSA soll das Interesse der BürgerInnen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungs-angeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

Der Kurzbericht diente als eine informatorische Grundlage in der **Pressekonferenz** zum „Konzern Stadt Halle“ am 1. Dezember 2011.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz wird die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt.

Mit der Verifizierung der Bilanzansätze im **Jahr 2011** zeigte sich wiederum, dass die **Entwicklung** der Wertansätze durch Veränderungen im Beteiligungsportfolio und durch strategische Entscheidungen beeinflusst wird.

4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

5. Fachberatung/Training von Modellierungswerkzeugen

Zur Abbildung strukturierter Entscheidungsprozesse hat die Anstalt ein Werkzeug entwickelt.

Bei der Umsetzung des konzeptionellen Ansatzes „Konzern Stadt Halle (Saale)“ in dem Aktionsfeld „Shared Services“ erschien das Modellierungswerkzeug zur Unterstützung geeignet zu sein.

Den Umgang mit den Modellierungswerkzeugen trainiert und dazu fachlich beraten hat die Anstalt mit Projektteilnehmern aus den städtischen Ressorts „DV-Koordination“, „E-Government“, „Zentrale Dienste“ und „Strategische Steuerung“.

6. Bestandsaufnahme von Maßnahmen des „Shared-Service-Projektes“

Mit dem Shared-Service-Projekt sollen Synergie-Effekte im Konzern der Stadt Halle (Saale) gehoben werden.

Mit der Bestandsaufnahme von Maßnahmen des Shared-Service-Projektes hat die BMA den zielorientierten und strukturierten Einstieg in die Projektarbeit ermöglicht.

Den Konzerngedanken und die Inhalte des Projektes hat die BMA allen Entscheidungsträgern vorgestellt.

Die bisher als Erfolg versprechend eingeschätzten Maßnahmen sollen nun von den Budget-Verantwortlichen der Kernverwaltung mit Vertretern der Beteiligungen untersucht und ggfs. dann umgesetzt werden.

Die zukünftige Rolle der BMA besteht darin, sich bei Bedarf als neutrale, moderierende, auf Interessenausgleich ausgerichtete und zielorientierte Einrichtung des Konzerns Stadt Halle (Saale) erfolgreich einzubringen.

7. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Einen **Zukunftsfonds** der Stadt Halle (Saale) hat die BMA initiiert, um weitere Effekte zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes erzielen zu können.

Letztlich geht es um die wirtschaftlichste Verwendung von Finanzmitteln aus der gesellschaftsrechtlichen Neustrukturierung der Stadtwerke-Gruppe (sogenannte VNG-Gelder).

Mit der Kommunalaufsicht bleibt im Rahmen des Widerspruchsverfahrens gegen die Haushaltsverfügung 2010 zu klären, ob die frei verfügbaren Finanzmittel zum Abbau des Altdefizites oder zu profitableren Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Städtischen Haushaltes und der Wirtschaftskraft der Beteiligungen bei einem gleichzeitigen Beitrag für eine lebenswerte Stadt einzusetzen sind.

Eine Liste mit Projektvorschlägen hat die BMA erstellt und mit dem Landesverwaltungsamt eine Verständigung darüber erreicht, welche Maßnahmen Aussicht auf Anerkennung durch die Kommunalaufsicht haben und welche Kriterien zur Erfüllung der Darlegungslast einzuhalten sind.

Zahlreiche umfangreich aufbereitete Projektunterlangen sind dem Landesverwaltungsamt zwischenzeitlich zur Entscheidung vorgelegt worden. Eine abschließende Stellungnahme steht noch aus.

Die Erbringung von **Konsolidierungsbeiträgen** der Wohnungswirtschaft und der Stadtwerke-Gruppe für den städtischen Haushalt controllt das städtische Beteiligungsmanagement auf Bitten der Stadt permanent.

Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung wurden definiert. Sie dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich handelt es sich um eine Durchführungs-Verordnung zur Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale). Darin werden Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert. Eine abschließende Erörterung und Entscheidung im Stadtrat steht noch aus.

Die **Mandatsbetreuung** erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch standardisierte Reports an und durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien.

Unter dem Titel **„Erfolgsfaktoren für die kommunale Wohnungswirtschaft“** hat die BMA einen Vorschlag für die Steuerung der beiden städtischen Wohnungsunternehmen unterbreitet.

Zur **Neustrukturierung der Stadtwerke-Gruppe** hat sich die BMA mit zahlreichen Anregungen in den Entwicklungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Ein **aktualisierter Internetauftritt** der BMA steht interessierten Besuchern seit Herbst 2011 zur Verfügung. Verständlichere Erläuterungen von Fachbegriffen und weitere Hilfsmittel für die Navigation sollen insbesondere themenfremden Dritten den Einstieg in das komplexe und neuartige Aufgabengebiet eines kommunalen Beteiligungsmanagements erleichtern.

Lage der Anstalt

Die **Finanzierung** der Anstalt wird durch Investitions- bzw. Ertragszuschüsse der Stadt Halle (Saale) **abgesichert**.

Im Wirtschaftsjahr 2011 hat die Anstalt die **Betriebskostenzuschüsse** von 935 TEUR in Höhe von 184 TEUR nicht verbraucht.

Nach dem Allgemeinen Haushaltsgrundsatz für die Gemeindewirtschaft aus § 90 Abs. 2 GO-LSA, die Haushaltswirtschaft sparsam und wirtschaftlich zu führen, wurden Personal- und Sachkosten eingespart. Planungsseitig wurde die strategische Ausrichtung von Personalkostenanpassungen berücksichtigt. Budgetierte Aufwendungen für das Sonderprojekt „Shared Services“ fielen nur in untergeordnetem Umfang an.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen wird ferner auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2011 ganzjährig gesichert.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet:

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2011 im Sinne von § 118 GO-LSA
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2011 in Kurzform
- Erstellung der Beteiligungs-Reports
- Schulung von städtischen Mitgliedern in Aufsichtsgremien
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik

Im folgenden Wirtschaftjahr wird ein **ausgeglichenes Ergebnis erwartet**. Nicht mehr benötigte Ertragszuschüsse sollen an die Stadt Halle (Saale) zurückgezahlt werden.

Risikomanagement

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert.

Die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger wird als Risiko und Chance zugleich bei der BMA gesehen.

Steuerliche Verhältnisse

Die Anstalt ist unter der Steuer-Nummer 111/149/01948 beim Finanzamt Halle-Nord registriert. Sie gilt ausschließlich für die Lohnsteuer.

Die **Umsatzsteuer**-Identifikationsnummer lautet DE 240278977.

Mit Bescheid vom 02. Februar 2006 über den Antrag der BMA auf Erteilung einer allgemeinen Rechtsauskunft hat das Finanzamt Halle-Nord ausgeführt, dass körperschaftsteuerlich die BMA mit dem „reinen Beteiligungsmanagement“ keinen Betrieb gewerblicher Art führe. Sie betreibe nur eine Vermögensverwaltung für die Stadt.

Umsatzsteuerlich sei die BMA insoweit kein Unternehmer. Die Leistungen der BMA seien nicht umsatzsteuerbar.

Von der **Kapitalertragsteuer** ist die Anstalt befreit.

Das Finanzamt hat der BMA mit Datum vom 07.09.2009 die Bescheinigung nach § 44a Abs. 4 EStG ausgestellt. Damit sind Kapitalerträge im Zeitraum vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2012 nicht steuerpflichtig.

Wirtschaftliche Grundlagen

Zu dem Beteiligungsportfolio zählen 95 Eigenbetriebe, Stiftungen, Kapitalgesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts.

Finanziert wird die Tätigkeit der BMA über Investitions- und Ertragszuschüsse der Stadt Halle (Saale).

Vorstand

Der Vorstand ist für die Zeit ab dem 1. Juni 2011 für weitere fünf Jahre vom Verwaltungsrat bestellt worden. Über eine anschließende individuelle Altersteilzeit ist er langfristig an die Stadt gebunden worden.

Personal

Zum Bilanzstichtag wurden sieben Personen in Vollzeit beschäftigt. Dazu waren zwei Personen geringfügig angestellt.

Das Vergütungskonzept umfasst auch eine leistungsabhängige Vergütung nach den Grundsätzen der Balanced Score Card.

Mit den vier Dimensionen Finanzen, Prozesse/Projekte, Umfeld und Personal wird ein ausgewogener Steuerungsbogen für pekuniäre Leistungsanreize geboten.

Die Zielvorgaben für die BMA werden zur internen Steuerung auf die einzelnen Mitarbeiter/-innen projiziert.

Personalwirtschaftlich wird der Steuerungsbogen dazu genutzt, über einen wirtschaftlichen Anreiz die Belegschaft zur Fort- und Weiterbildung zu motivieren. Personenspezifisch werden Fach- und Managementkenntnisse vertieft oder erweitert, um die Qualität der Aufgabenerfüllung zu optimieren.

Perspektivisch eröffnen sich dem Personal gleichzeitig weitergehende Positionen im Konzern der Stadt Halle (Saale).

Die **Reorganisation** der BMA im Jahr 2011 zielte insbesondere auf die Sicherung termingerechter Mandatsbetreuung durch Beseitigung von Kapazitätsengpässen und auf Redundanzen bei unfreiwilligem Ausfall einer Person ab.

Die **Anpassung der Gehälter** der Mitarbeiter/innen ist zum 1. Juli 2011 individualvertraglich nach dem vom Verwaltungsrat beschlossenen Vergütungskonzept für die nächsten 5 Jahre erfolgt.

Hinsichtlich der Personalaufwendungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Unterstützende Dienstleistungen werden durch eine Steuerberatungsgesellschaft für die Lohnbuchhaltung mit dem Programm „DATEV LODAS comfort V. 9.45“ erbracht. Für die EDV-gestützte Buchhaltung setzt die Anstalt seit dem 01.01.2006 das Programm „Lexware buchhalter plus V 17.0“ ein.